

Fernando Espinoza

GESELLSCHAFTLICHE KRISE, STREITKRÄFTE UND
DIREKTE MILITÄRINTERVENTION.
BESTIMMUNGSFAKTOREN UND FOLGEN DIREKTER
MILITÄRINTERVENTIONEN DER CHILENISCHEN
STREITKRÄFTE.

~~1904~~

Diss. Münster

1904

Soziologie

Gesellschaftliche Krise, Streitkräfte und
direkte Militärintervention.
Bestimmungsfaktoren und Folgen direkter Militärinterventionen
der chilenischen Streitkräfte.

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von
Fernando Espinoza
aus Parral (Chile)

1983

Tag der mündlichen Prüfung: 9.2.1984

Dekan: Prof. Dr. M.E. Brockhoff

Referent: Prof. Dr. H. J. Krysmanski

Korreferent: Priv. Doz. Dr. H. M. Jürgens

EINLEITUNG	1
1. DIE ENTWICKLUNG DER MILITÄRSOZIOLOGIE UND IHRER STUDIENGEBIETE	10
1.1. Die Militärorganisation als Thema der Militär- soziologie	15
1.2. Die zivil-militärischen Beziehungen als Schwerpunkt der Militärsoziologie	17
1.3. Die zivil-militärischen Beziehungen in Lateinamerika	24
1.4. Sozio-ökonomische Formationen, politische Herrschafts- systeme und militärische Institutionen in Latein- amerika	36
2. DER BÜRGERKRIEG 1891 ALS AUSDRUCK DIVERGIERENDER KLASSENINTERESSEN	45
2.1. Die sozio-ökonomische Entwicklung Chiles im 19. Jahr- hundert	45
2.1.1. Der Agrarsektor	49
2.1.2. Der Bergbausektor	51
2.1.3. Der Handels- und Finanzsektor	57
2.1.4. Der verarbeitende Industriesektor	59
2.1.5. Die Wirtschaftsfunktion des Staates	61
2.1.6. Die Abhängigkeit von den Zentren der Weltwirtschaft	63
2.2. Das politische System	66
2.2.1. Sozialstruktur und politisches System	66
2.2.2. Politische Institutionen und Prozesse im 19. Jahr- hundert	70
2.2.3. Die vorherrschenden politischen Tendenzen und ihre Rückbindung an die sozio-ökonomischen Strukturen	71
2.2.3.1. Die konservative Tendenz	72
2.2.3.2. Die liberale Tendenz	76
2.2.3.3. Die radikale Tendenz	80
2.3. Die Regierung Balmaceda	82
2.3.1. Das Demokratisierungsprogramm - Der Streit zwischen Präsidialsystem und Parlamentarismus	84
2.3.2. Die Industrialisierungs- und innovative Investitions- politik des Staates	85

2.3.3.	Die Auswirkungen der Modernisierungspolitik auf das Verhältnis zum englischen Imperialismus. Salpeter- und Eisenbahnpolitik	87
2.3.4.	Die politische Opposition - vom parlamentarischen Widerstand zum offenen Aufstand	90
2.3.5.	Reaktion der ausländischen Mächte auf die Bürgerkriegsereignisse	93
2.4.	Die Streitkräfte und die zivile Macht	97
2.4.1.	Die politische Identität der Streitkräfte	103
2.4.2.	Die Transformation der Streitkräfte und ihre sie bestimmenden Faktoren	104
2.4.3.	Die Intervention der Streitkräfte während der Regierung Balmaceda	109
2.5.	Die unmittelbaren Folgen des Sieges der Konservativen	117
3.	DIE KRISE DES OLIGARCHISCHEN HERRSCHAFTSSYSTEMS UND DIE MILITÄRINTERVENTIONEN (1924 - 1932)	120
3.1.	Die Grundzüge der sozio-ökonomischen Entwicklung nach 1891	120
3.1.1.	Die Entwicklung des Agrarsektors	125
3.1.2.	Der manufakturrell-industrielle Sektor	128
3.1.3.	Der Exportsektor und die wirtschaftliche Abhängigkeit	134
3.1.4.	Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Differenzierung	136
3.2.	Die Identität der politischen Kräfte und der Charakter der politischen Prozesse	139
3.2.1.	Die Grundzüge des parlamentarischen Systems	139
3.2.2.	Das Profil der politischen Kräfte	144
3.2.2.1.	Die Konservative Partei	145
3.2.2.2.	Die Liberale Partei	146
3.2.2.3.	Die Nationale Partei	147
3.2.2.4.	Die Liberal-Demokratische Partei	147
3.2.2.5.	Die Demokratische Partei	148
3.2.2.6.	Die Radikale Partei	148
3.2.2.7.	Die Kommunistische Partei	151
3.3.	Die Entwicklung der Streitkräfte nach dem Bürgerkrieg von 1891	153

3.3.1.	Die Fortsetzung der Modernisierung und Professionalisierung der chilenischen Armee unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der deutschen Militärmissionen	153
3.3.1.1.	Die deutschen Waffenexporte nach Chile	154
3.3.1.2.	Die deutsche Militärmission in Chile und die Ausbildung chilenischer Offiziere in Deutschland bis 1914	156
3.3.1.3.	Die Beziehungen zwischen chilenischer und deutscher Armee nach dem Ersten Weltkrieg	165
3.3.1.4.	Die Folgen der Professionalisierung für Organisation und Berufsbild der Armee	167
3.3.1.5.	Die externe politisch-ideologische Beeinflussung der chilenischen Armee	168
3.3.1.5.1.	Die Übernahme des Konzepts vom totalen Krieg	171
3.3.2.	Das inländische sozio-politische Bedingungsfeld für die zivil-militärischen Beziehungen in Chile	173
3.3.2.1.	Die Streitkräfte und ihr Verhältnis zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung	174
3.3.2.2.	Die Funktion der Streitkräfte in den politischen Prozessen dieser Periode	180
3.3.2.3.	Die sozio-politischen Optionen der Streitkräfte im Vorfeld der direkten Militärinterventionen	185
3.3.2.4.	Die Transformation des Selbstverständnisses der Streitkräfte auf ihre Funktionen zur Sicherung des nationalen Interesses	187
3.4.	Die Periode der direkten Militärinterventionen	190
3.4.1.	Das Ende des Parlamentarismus. Die Regierung Arturo Alessandris (1920 - 1924)	190
3.4.1.1.	Die Streitkräfte während der ersten Regierung Arturo Alessandris	194
3.4.2.	Die Militärintervention vom September 1924	196
3.4.3.	Vom Staatsstreich des 23.1.25 zu den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1925	202
3.4.4.	Die Regierung Emiliano Figueroas (Dezember 1925 - Mai 1927)	204
3.4.5.	Die Periode der Legalen Diktatur. Die Regierung von Carlos Ibañez (Mai 1927 bis Juli 1931)	209

	Seite
3.4.5.1. Die Streitkräfte während der Regierung Ibañez	213
3.4.6. Der Übergang zur Demokratie: Vom Sturz der Regierung Ibañez bis zur erneuten Wahl Alessandris (26.7.31 - 3.10.32)	220
3.5. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie. Die Regierung Arturo Alessandris (1932 - 1938)	225
3.6. Schlußfolgerungen zur sozio-politischen Rolle der Streitkräfte während der untersuchten Periode	228
4. ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN DER DIKTATUR DER NATIONALEN SICHERHEIT	231
4.1. Die Faktoren der gesellschaftlichen Krise und ihre Entwicklung während der Regierung Eduardo Freis (1964 - 1970)	232
4.1.1. Die Krise des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells	232
4.1.2. US-Lateinamerikapolitik und die Ergebnisse der Reformprogramme	236
4.1.3. Soziale Konflikte und die Mobilisierung der sozialen Kräfte	240
4.1.4. Die Krise des Staates und die politischen Kräfte	243
4.1.4.1. Die Christdemokratische Partei	244
4.1.4.2. Das politische Vertretungsorgan der Oligarchie: Die Nationale Partei	245
4.1.4.3. Die sozialistische Linke	247
4.2. Die Vertiefung der Krise der chilenischen Gesellschaft. Die Regierung der Unidad Popular (1970 - 1973)	248
4.2.1. Die Umsetzung des Wirtschaftsprogrammes der UP und die Entwicklung der politischen Krise	251
4.2.2. Die Entwicklung des politischen Prozesses in der Oligarchie	255
4.2.3. Die politische Entwicklung innerhalb der UP	258
4.3. Die Streitkräfte in der Periode von 1932 - 1945	264
4.3.1. Soziale Isolierung, ideologisch-korporative Konsolidierung und Verzicht auf direkte politische Intervention.	266
4.3.2. Die Militärideologie. Die Geopolitik als Ergänzung der bestehenden ideologischen Grundsätze der chilenischen Streitkräfte	270

	Seite
4.3.2.1. Die Geopolitik in Chile	276
4.3.3. Der Anfang der neuen abhängigen Militärbeziehungen	279
4.3.4. Zusammenfassung der Periode von 1932 bis 1945	282
4.4. Die chilenischen Streitkräfte in der Nachkriegszeit	283
4.4.1. Die Vereinigten Staaten und Lateinamerika	283
4.4.1.1. Das globale Sicherheitskonzept der USA und seine Wirkung auf Lateinamerika	284
4.4.1.2. Das hemispherische Sicherheitssystem	286
4.4.1.3. Die Evolution des Modells der hemisphärischen Sicherheit	290
4.4.1.4. Die Bewaffnung	293
4.4.1.5. Die Militärausbildung	293
4.4.1.6. Entwicklung als Ergänzung der Sicherheitspolitik	295
4.4.1.6.1. Die Rolle der Militärs in dem Entwicklungsprogramm	297
4.4.1.6.2. Die "Civic-Actions-Programms"	298
4.4.1.6.3. Alternative Sicherheits- und Entwicklungsvorstellungen in den lateinamerikanischen Streitkräften	299
4.4.1.7. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit	301
4.4.1.7.1. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in den USA	302
4.4.1.7.2. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in Lateinamerika	304
4.4.2. Die chilenischen Streitkräfte und das hemisphärische Sicherheitssystem	310
4.4.2.1. Die Übernahme der Konzeption des antisubversiven Krieges durch die Streitkräfte	317
4.4.2.2. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in Chile	327
4.4.3. Die inneren Faktoren, die die Entwicklung der Streitkräfte bestimmen	336
4.4.3.1. Die Streitkräfte und das Prinzip der Unterordnung unter die zivile Macht	337
4.4.3.2. Idealisierung der militärischen Funktion und institutionelle Verstärkung	340
4.4.3.3. Soziale Zusammensetzung und soziale Widersprüche innerhalb der Streitkräfte	342
4.4.3.4. Korporative und ökonomische Interessen der chilenischen Streitkräfte	345

4.4.3.5.	Die chilenischen Streitkräfte und die wirtschaftliche Entwicklung	348
4.4.3.6.	Streitkräfte und politische Macht in den 60er Jahren	349
4.4.3.7.	Die Reaktion der Streitkräfte auf die gesellschaftliche Krise	353
4.4.4.	Die chilenischen Streitkräfte während der Regierungszeit der UP	358
4.4.4.1.	Die Politik der Regierung der Unidad Popular gegenüber den Streitkräften	359
4.4.4.2.	Kritische Betrachtung der Regierungspolitik der UP gegenüber den Streitkräften	364
4.4.4.3.	Die Insurrektionspolitik der Opposition und der Streitkräfte	368
4.4.4.3.1.	Die Bildung einer gesellschaftlichen Basis für den Staatsstreich	370
4.4.4.3.2.	Die ideologische Beeinflussung der Streitkräfte	372
4.4.4.3.3.	Die Politik der systematischen Durchdringung der Streitkräfte	374
4.4.4.4.	Die Vereinigten Staaten und die chilenischen Streitkräfte	375
4.4.4.5.	Die innere Entwicklung der Streitkräfte in dieser Periode	380
4.4.4.5.1.	Übergewicht konstitutionalistischer Positionen	380
4.4.4.5.2.	Die Struktur der Putschisten und die Vorbereitung des Aufstandes	381
4.4.4.5.3.	Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise und die Polarisierung der politisch-militärischen Alternativen	383
4.4.4.5.4.	Isolierung der verfassungstreuen Kreise	385
5.	HERRSCHAFT DER OLIGARCHIE UND MILITÄRDIKTATUR	387
5.1.	Wirtschaftsmodell und Organisation der Gesellschaft	394
5.1.1.	Ergebnisse des Wirtschaftsmodells	397
5.1.2.	Die Schwächen des Modells	403
5.2.	Staatsführung und politische Institutionalisierung des Modells. Die Armee als Regierung	404

	Seite
5.2.1.	Die nationale Einheit 407
5.2.2.	Die antikommunistische Ideologie 408
5.2.3.	Die Rolle der Streitkräfte 409
5.2.4.	Die Zeit der Notstandssituation 410
5.2.5.	Die Phase der Institutionalisierung 411
5.3.	Äußere Faktoren bei der Einführung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells 420
5.4.	Entwicklungen und neue Grundzüge der bewaffneten Institutionen durch die Machtausübung 423
5.4.1.	Politische Partizipation und Einheit der Streit- kräfte 427
5.4.1.1.	Die Militärideologie 428
5.4.1.2.	Die Repression in der Armee 428
5.4.1.3.	Transformation der Prinzipien von Befehl und Gehorsam 429
5.4.1.4.	Eingeschränkte Partizipation an der Machtausübung 430
5.4.2.	Gesellschaftliche Zusammensetzung und soziale Beziehungen der Streitkräfte 431
5.4.3.	Organisch-technische Entwicklung der Streitkräfte 434
5.4.3.1.	Die neue Auffassung von Krieg 434
5.4.4.	Einheitliche Militärführung in Armee und Staat 437
5.4.4.1.	In die staatliche Verwaltung auf nationaler und Provinzebene 437
5.4.4.2.	Beteiligung der Streitkräfte an militärischen und strategischen Industrien 439
5.4.5.	Befriedigung der korporativen Bedürfnisse 440
5.4.5.1.	Zunehmende Zahl von Armee- und Polizeiangehörigen 441
5.4.5.2.	Rüstungsausgaben 442
5.4.6.	Die Widersprüche in der Armee 444
LITERATURVERZEICHNIS	448

EINLEITUNG

Der Staatsstreich vom 11. September 1973 in Chile, die rücksichtslose Repression der aus ihm hervorgegangenen Militärregierung gegen ihre politischen Gegner und die durch sie erfolgte tiefgreifende Involution der zuvor geführten Politik in allen Teilen der Gesellschaft stellte zahlreiche Fragen in der internationalen Öffentlichkeit und den spezialisierten Kreisen, die sich mit den zivil-militärischen Beziehungen befassen. Als zentrale Problemstellung ergab sich die Erklärung des sozio-politischen Verhaltens derjenigen Streitkräfte, die bis zum September 1973 in der Regel als "apolitisch" und "der zivilen Macht untergeordnet" galten. Jene hoch mystifizierende Auffassung der historischen Entwicklung hinsichtlich der zivil-militärischen Beziehungen in Chile stützte sich ausschließlich auf die Tatsache, daß nach 1932 kein direkter Interventionsversuch der chilenischen bewaffneten Institutionen erfolgreich wurde. Nicht berücksichtigt wurde in dieser Einschätzung, daß nach 1932, insbesondere aber nach dem Zweiten Weltkrieg die chilenischen Streitkräfte sich in einem inneren Prozeß befanden, der ihre Anfälligkeit verstärkte, unmittelbar in die sozio-politischen Ereignisse zu intervenieren. Zudem betrachtete diese Überlegung nicht die Tatsache, daß in einer unterentwickelten und abhängigen kapitalistischen Gesellschaft wie der chilenischen die Option seitens der hegemonialen Klassen bestand, sich der Unterstützung durch die Militärs zu bedienen, falls die Fundamente ihrer Herrschaft ernsthaft bedroht und nicht innerhalb der bestehenden institutionellen Ordnung zu sichern waren.

Das mangelhafte Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen in Chile setzte sich vor allem in Untersuchungen und Veröffentlichungen um, die im Zusammenhang der Analyse des sozio-politischen Verhaltens chilenischer Streitkräfte die Gesamtheit der sie bestimmenden Faktoren nicht zu berücksichtigen vermochten und den Betrachtungsgegenstand entweder nur teilweise oder auf der Erscheinungsebene reduziert erfaßten.

Bisher existieren drei besondere Studien, die den Anspruch erheben, das Verhältnis zwischen zivilen und militärischen Bereichen in seiner Totalität einschließlich seiner historischen Entwicklung zu erklären.

Hinzu kommen eine Vielzahl kürzerer Beiträge zu Teilaspekten des Problems. Sie sollen in der vorliegenden Arbeit diskutiert und hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit untersucht werden. Zunächst sei auf die erwähnten drei Studien hingewiesen. Im Jahre 1970 erschien in Chile eine Untersuchung des französischen Sozialwissenschaftlers Alain Joxe ¹, die zum ersten Mal versuchte, die Gesamtheit der Aspekte und Faktoren, die bis dahin die Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft bedingten, zu erklären. Die Arbeit schließt eine Reihe quantitativer Aspekte ein, die die innere Entwicklung der chilenischen Streitkräfte und der Polizei beeinflussten: Aufrüstung, Wachstum des Militärhaushalts, Militäreinkäufe im Ausland insbesondere in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg usw.. Joxe versuchte darüberhinaus, die Hypothese Jose Nuns ² zu operationalisieren, der zufolge die soziale Zusammensetzung des Offizierskorps der latein-amerikanischen Streitkräfte den gesellschaftlichen Mittelschichten entspricht. Joxe untersucht im Detail, inwieweit sich der chilenische Offizierscorp aus den verschiedenen Schichten innerhalb der sogenannten chilenischen Mittelschicht rekrutiert. Seine Arbeit analysiert insbesondere die Abhängigkeitsbeziehungen der chilenischen Streitkräfte von denen der Vereinigten Staaten, die sich nach 1945 im wesentlichen durch die Waffenlieferungs- und Ausbildungsprogramme und die Einbeziehung Chiles im Modell der hemispherischen Verteidigung, deren Fundamente und Folgen im vierten Kapitel der vorliegenden Arbeit analysiert werden, herausbildeten.

Mangelhaft erscheint jedoch die Behandlung folgender zentraler Aspekte der historischen Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in Chile.

Kaum thematisiert wurde die spezifisch innere Entwicklung der chilenischen Streitkräfte vor 1945, aufgrund dessen die Kontinuität bzw. Diskontinuität ihrer Beziehungen zum zivilen Bereich zwischen der Periode der ersten Professionalisierung und Modernisierung der chilenischen Streitkräfte am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts und der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg nur schwer zu begreifen ist.

1 Joxe, Alain: Las Fuerzas Armadas en el sistema político chileno. Santiago de Chile 1970.

2 Nun, José: A Latin American Phenomenon, the Middle-class Military Coup. In: Petras, J./Zeitlin, M.: Reform or Revolution in Latin America, a Reader. New York 1968.

Die Analyse des Zusammenhangs sozialer Zusammensetzungen der Streitkräfte zu den Mittelschichten ist in verschiedener Hinsicht sehr schematisch und berücksichtigt nicht die Tatsache, daß die spezifische Sozialisation des in den Streitkräften integrierten Soldaten und die relative soziale Isolierung, die eine solche Eingliederung verursacht, seine primären Interessen durch ein spezifisches von den bewaffneten Institutionen bestimmtes Wertsystem ersetzen. Dieses neue Wertsystem entspricht seinerseits im wesentlichen den Interessen gesellschaftlicher Kräfte, die den sozialen Charakter eines Staates bestimmen. Joxe legt Wert darauf, die militärischen Abhängigkeitsbeziehungen zu betonen, verzichtet aber gleichzeitig auf eine Analyse des Zusammenhangs zwischen äußeren Einflüssen auf die innenpolitischen Verhältnisse und der spezifischen gesellschaftlichen Funktion der Streitkräfte. Der Einfluß ideologischer Aspekte auf die militärischen Abhängigkeitsbeziehungen wird in seiner Arbeit gleichfalls kaum behandelt.

Eine zweite Arbeit mit ähnlichen Ansprüchen wie die Joxes wurde 1976 von Frederick Nunn¹ in den USA veröffentlicht. Ausgehend von der post-kolonialen Zeit untersucht Nunn die zivil-militärischen Beziehungen in Chile bis zum September 1973. Die Analyse dieser Beziehungen bis zum Jahre 1932 beinhaltet im wesentlichen eine ausführliche Beschreibung der Ereignisse und der für eine angebrachte Interpretation der zwischen Gesellschaft, Staat und Streitkräften bestehenden Zusammenhänge notwendig in Frage kommenden Aspekte. Eine mangelnde Berücksichtigung der Herrschaftsverhältnisse in der chilenischen Gesellschaft führt ihn zu einer unexakten Interpretation der Motivationen direkter militärischer Interventionen und der sozio-politischen Orientierung im Zuge dessen entstandener Regierungen.

So formuliert Nunn die These - hier orientiert er sich an den Interpretationen der traditionellen chilenischen Geschichtsschreibung - der zufolge die Ursache des Bürgerkrieges von 1891 in der individuellen Absicht des Präsidenten Balmacedas (1886 - 1891) lag, eine Diktatur zu errichten. Ähnliche Mängel zeigen sich in seiner Interpretation der direkten Militärinterventionen während der Zeit zwischen 1924 und 1932. Nunn behauptet, daß die Streitkräfte in Vertretung der Interessen einer

1 Nunn, Frederick: The Military in Chilean History. Essays on Civil-Military Relations, 1810 - 1973. University of New Mexico Press 1976.

aufsteigenden Mittelschicht handelten. Der Versuch, solche Auffassungen zu widerlegen, wird im zweiten und dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit unternommen.

Wenngleich die Untersuchung der zivil-militärischen Beziehungen bis zum Jahre 1932 interessante Aspekte aufweist, so sind die Schlußfolgerungen aus den Beziehungen nach 1932 eindeutig unzureichend und verfehlt. Dies gilt insbesondere für die Analyse des Staatsstreichs vom September 1973. Für Nunn ist er das Ergebnis sozialer Unruhen, die Militär zur direkten Intervention veranlaßten. Sozialpolitische Interessen, die hinter dieser Intervention standen als auch die direkte Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Vorbereitung des Staatsstreichs werden grundsätzlich ausgeklammert. Schließlich ist anzumerken, daß die Arbeit Nuns in keiner Weise Fragen militärischer Abhängigkeiten der chilenischen Streitkräfte von den USA insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigt.

Eine dritte relevante Untersuchung wurde von den Autoren A. Varas, F. Agüero und F. Bustamante¹ durchgeführt und im Jahre 1981 in Chile veröffentlicht. Sie stellt die vollständigste und methodisch am besten strukturierte Analyse der hier vorgestellten dar und umfaßt in ihrer Darstellung die zivilmilitärischen Beziehungen seit den 20iger Jahren dieses Jahrhunderts bis zur Militärintervention vom September 1973. Das größte Verdienst dieser Untersuchungen liegt in der Einbeziehung drei wesentlicher Dimensionen zur Erklärung des sozio-politischen Verhaltens der Streitkräfte:

- Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Streitkräfte handeln und ihr Einfluß auf die bewaffneten Institutionen.
- Die spezifisch relativ autonome Entwicklung der Streitkräfte hinsichtlich der Sozialisation ihrer Mitglieder ihrer Organisation und die Entwicklung einer spezifischen Militärideologie.
- Der Einfluß der militärischen Abhängigkeit auf die Formierung der Militärideologie und des sozio-politischen Verhaltens der Streitkräfte. Durch eine ausführliche Untersuchung der Veröffentlichungen aller drei Waffengattungen der chilenischen Streitkräfte sowie anderer wertvoller

¹ Varas, A./Agüero, F./ Bustamante, F.: Chile, democracia, Fuerzas Armadas. Santiago de Chile 1980.

Quellen stützt sich die Arbeit auf eine solide empirische Basis. Dennoch ist es notwendig, auf einige ihrer Schwächen hinzuweisen. Die anfängliche Professionalisierung der chilenischen Streitkräfte und ihre Folgen für die damaligen zivil-militärischen Beziehungen wurden nur am Rande behandelt, die Entwicklung der Militärinstitutionen unter der gegenwärtigen Militärregierung gar nicht einbezogen. Obwohl die Autoren eine fundierte Analyse der sozio-politischen und spezifischen militärischen Beweggründe, die zu Militärinterventionen in der Periode 1924 - 1932 führten, vornehmen, ist die Bewertung der sozio-politischen Leistung der Militärregierungen während dieser Jahre insofern einseitig, als sie als Ausdruck reformorientierter, in Vertretung der Mittelschichten und der industriellen Bourgeoisie handelnden Militärs betrachtet werden. Wie im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit dargestellt wird, drückten die Militärinterventionen dieser Periode mehrere gesellschaftliche Orientierungen aus und führten nicht nur zu einer weitgehenderen Partizipation der Mittelschichten, sondern auch zur Stabilisierung der Machtstellung traditioneller oligarchischer Klassen innerhalb der nach 1932 entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine zentrale These der Untersuchung von Varas, Agüero und Bustamante im Zusammenhang der Militärintervention vom September 1973 lautet, daß unzureichende Bemühungen ziviler Gruppen um die materiellen Bedürfnisse und ideologischen Orientierungen der Streitkräfte, ihre soziale Isolierung verstärkten und antidemokratische Entwicklungen innerhalb der Militärs förderten. Problematisch an dieser Einschätzung ist die Verwendung des nicht weiter differenzierten Begriffs "Zivile Gruppen". Angemessener ist die Analyse der spezifischen Beziehungen gesellschaftlicher Klassen und Schichten zueinander und zu den Militärinstitutionen. Betrachtet man das Problem aus dieser Perspektive, stellt sich die Frage aus welchem Grunde und von wem sich die chilenischen Streitkräfte im gesamtgesellschaftlichen Rahmen isoliert hatten. Zudem ist festzuhalten, daß die innere Entwicklung der bewaffneten Institutionen im wesentlichen zur Aufrechterhaltung der sozialen Verhältnisse und des Staates im abhängigen kapitalistischen System stattfindet. Es existiert - wie im vierten Kapitel der vorliegenden Arbeit untersucht wird - eine deutliche Entsprechung spezifischer ideologischer Orientierungen der Streitkräfte zu den Bedürfnissen hegemonialer Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer

Herrschaft. Ähnliches gilt für die Erklärung antidemokratischer Konzeptionen innerhalb der Militärs.

Dieser Sachverhalt schließt jedoch nicht die Möglichkeit der Entstehung von Militärfraktionen aus, die sich mit alternativen Gesellschaftsmodellen identifizieren.

Zur Struktur und methodischen Prämisse der vorliegenden Untersuchung.

Ziel dieser Untersuchung ist die Erklärung historischer Entwicklungen der zivil-militärischen Beziehungen in Chile seit der Periode der Professionalisierung der Streitkräfte bis zur gegenwärtigen Situation. Die Notwendigkeit der Analyse dieses relativ umfassenden Zeitraums geht von der Überlegung aus, daß entscheidende Aspekte bisher nicht ausreichend untersucht worden sind, der heutige Zustand zivil-militärischer Beziehungen aber nur erklärt werden kann, wenn sowohl ihre historische Kontinuität innerhalb der chilenischen Streitkräfte als auch die Vielfältigkeit der Verhältnisse zwischen Streitkräften, Staat und Gesellschaft in ihrer historischen Perspektive gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die Analyse konzentriert sich auf die historischen Phasen, in denen sich die Krisen der chilenischen Gesellschaft zuspitzten und zu direkten Interventionen der Streitkräfte führten.

Zur Verdeutlichung der dieser Arbeit zugrunde liegenden methodischen Prämissen sei darauf hingewiesen, daß im ersten Kapitel die Entwicklung der Militärsoziologie und die Studien der zivil-militärischen Beziehungen skizziert werden. Letztere sollen in drei Perioden unterteilt werden:

- Der Bürgerkrieg von 1891
- Das Ende der Herrschaft der traditionellen Oligarchie und die direkten Militärinterventionen der Periode zwischen 1924 - 1932.
- Die Ursachen und Folgen der im September 1973 entstandenen Militärregierung.

In jeder der erwähnten Krisenperioden werden folgende entscheidende Bestimmungsfaktoren des sozio-politischen Verhaltens der chilenischen Streitkräfte untersucht.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der jeweiligen Krisen.

Die chilenischen Streitkräfte intervenierten nie aus ausschließlich eigener Initiative. Jede Intervention fand auf dem Höhepunkt gesamtgesellschaftlicher Krisen statt. Zur Durchsetzung unterschiedlicher Herrschaftsmodelle orientierten sich die Militärs an entsprechend unterschiedlichen Positionen im Rahmen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. In diesem Zusammenhang entwickelten sich auch innerhalb der Streitkräfte Militärfraktionen, die sich zum Teil mit alternativen Gesellschaftsmodellen identifizierten, in denen drei Perioden aber in der Minderheit und ohne wesentlichen Einfluß blieben. Aus dieser Perspektive soll, ausgehend von der Analyse der hinter jeder Intervention stehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse und politischen Prozesse, eine angemessene Erklärung der Motivationen erfolgen, die das Militär zu direkten Eingriffen veranlaßten. Die Untersuchung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist insofern auch von besonderer Bedeutung, als erkennbar wird, an welchen gesellschaftlichen Positionen und Interessen sich die jeweiligen Regierungsmaßnahmen des sich an der Macht befindlichen Militärs orientieren.

Die spezifisch innere Entwicklung der Streitkräfte.

Vor den direkten Militärinterventionen fand innerhalb der Streitkräfte ein spezifischer, von den anderen Gesellschaftsinstitutionen relativ autonomer Entwicklungsprozeß statt. In dessen Verlauf kristallisierten sich eine Reihe von Werten und partikulären Organisationsformen heraus. Sie übernahmen, weil sie in einer Institution entstanden, die sich für die Übernahme der Staatsgewalt vorbereitete, notwendig funktionalen Charakter an.

Die spezifische Entwicklung der bewaffneten Institutionen führte zur Ausprägung bestimmter materieller Bedürfnisse für die Organisation und die an ihr beteiligten Individuen, die als unerläßlich für die Erfüllung der Aufgaben der Institution wahrgenommen wurden und sich in korporative Forderungen (Ausrüstung, Sold, materielle Infrastruktur) umsetzten. Unter bestimmten Umständen können solche, an die zivile Macht gestellten Forderungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse führen.

Im Falle Chiles spielten diese institutionellen Forderungen eine wichtige Rolle bei der Motivation und Mobilisierung der Streitkräfte in den Militärinterventionen der Periode 1924 - 1932, sowie bei den Interventionsversuchen am Ende der 60iger Jahre. Wenngleich sie nicht als entscheidende Faktoren wirkten, dienten sie dennoch als Anlaß zum militärischen Handeln.

Die partikuläre gesellschaftliche Funktion der Streitkräfte erfordert eine eigene ideologische Struktur, die, sich in verschiedener Hinsicht von den Ideologien ziviler hegemonialer Klassen unterscheidend, zur Erklärung und Rechtfertigung ihrer gesellschaftlichen Rolle herangezogen wird. Diese Militärideologie befindet sich in der Regel immanent der sogenannten Militärdoktrinen.

Trotz ihres spezifischen Charakters findet die Militärideologie ihre Entsprechung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen. Interessensidentitäten zwischen Militär und gesellschaftlichen herrschenden Gruppen sind - so soll in der Untersuchung der drei erwähnten Perioden nachgewiesen werden - die Ursache dafür.

Da die Streitkräfte ständig dem Einfluß anderer ideologischer Konzeptionen aus dem zivilen Bereich ausgesetzt sind, besteht die Möglichkeit der Infragestellung bzw. der Änderung offizieller Militärideologien. In Chile ergab sich diese Möglichkeit vor allem in den Perioden, in denen sich das Gewicht sozialistisch orientierter Gruppen vergrößerte und teilweise die Militärinstitutionen erfaßte.

Die Militärideologie der chilenischen Streitkräfte wurde auch durch ausländische Militärdoktrinen beeinflusst. Von besonderer Bedeutung für die innere Entwicklung der Streitkräfte und der chilenischen Gesellschaft waren die engen Beziehungen zu dem deutschen Militär zwischen 1886 und 1937 und dem nordamerikanischen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Untersuchung der inneren Entwicklung der Streitkräfte ist besonders relevant, da sie in entscheidendem Maße die Beteiligung an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmt.

Die militärischen Abhängigkeitsbeziehungen.

Die Streitkräfte der Entwicklungsländer sind ständig von den vielfältigen Beziehungen zu den Streitkräften der Industrienationen beeinflusst worden. Lange Zeit waren sie nicht in der Lage, sich selbst mit Kriegsmaterial zu versorgen und importierten es aus den Industrienationen. Demzufolge wurden die Angehörigen der Streitkräfte in den Entwicklungsländern im Gebrauch der Waffen ausgebildet. Die Ausbildung umfaßte neben den technischen Inhalten auch die Vermittlung ideologischer Konzeptionen der waffenexportierenden Länder. Auf diese Weise verbreiteten sich Elemente von Militärdoktrinen aus den Industriestaaten auch in den chilenischen Streitkräften.

Eine andere Form der externen ideologischen Beeinflussung ergibt sich aus den Abkommen von bi- und multilateralen Kooperationsbündnissen und Pakten. Sie weisen bestimmte politische und ideologische Optionen auf, deren Funktionsträger die jeweiligen an den Abkommen beteiligten nationalen Streitkräfte werden. Dies zeigt sich insbesondere im Falle der Militärabkommen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und den USA nach dem Zweiten Weltkrieg, die im vierten Kapitel dieser Arbeit untersucht werden.

Unter diesen Umständen wurde das sozio-politische Verhalten der chilenischen Streitkräfte nicht nur von den gesellschaftlichen Verhältnissen im Lande und von ihren inneren Entwicklungen bestimmt, sondern auch von wichtigen externen Faktoren beeinflusst.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß, obwohl in der Analyse der konkreten Praxis der Streitkräfte die Wirkung der oben genannten Bestimmungsfaktoren kaum voneinander zu trennen sind, der Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse der entscheidende Bestimmungsfaktor des sozio-politischen Verhaltens der bewaffneten Institutionen darstellt.

1. DIE ENTWICKLUNG DER MILITÄRSOZIOLOGIE UND IHRER STUDIENGEBIETE

Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist die Analyse der zivil-militärischen Beziehungen im Kontext der direkten militärischen Interventionen der Streitkräfte in die Staatsangelegenheiten während der Geschichte Chiles, die entwicklungspolitische Leistung der militärischen Institutionen an der Macht und die Folgen dieser Interventionen für die nachfolgende gesamtgesellschaftliche Entwicklung.

Eine deutliche Systematisierung unseres Untersuchungsgegenstandes und der angewandten methodologischen Instrumente kann erst geleistet werden, wenn man sich zunächst mit der Frage nach den zivil-militärischen Beziehungen im Rahmen der Militärsoziologie beschäftigt. Das ist das Hauptthema dieses ersten Kapitels.

Die Tatsache des Bestehens zweier qualitativ und in ihrer Funktion verschiedener Strukturen innerhalb des Staatsapparates - einer zivilen und einer militärischen Macht - hat für die Sozialwissenschaften als bereits vor Bestehen der Militärsoziologie anerkannter Disziplin die Frage nach der Regulierung beider Instanzen gestellt. Die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit dieser Frage bereits seit Entstehung des modernen bürgerlichen Staates ¹.

In der bürgerlichen Staatslehre sind die Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Macht von Anfang an definiert. Die Streitkräfte besitzen das Gewaltmonopol der Gesellschaft mit dem Ziel der Verteidigung der inneren und äußeren nationalen Souveränität. Diese Funktion soll sich innerhalb einer verfassungsmäßigen Ordnung, die die Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Macht festlegt, verwirklichen.

Trotz dieser Festlegung sahen die Begründer der bürgerlichen Staatslehre die Möglichkeit vor, daß sich die Gewaltorgane des Staates unter Umständen von ihren definierten Funktionen verselbständigen,

1 Cuellar, Oscar: Notas sobre la participación política de los militares en América Latina. In: Aportes. Nr. 19. Paris 1971. S. 6 - 41.

die gesetzte Grenze überschreiten und die Funktionen der zivilen Sphäre übernehmen könnten. Das erklärt, weshalb andere bürgerliche verfassungsmäßige Ordnungen - wie etwa die der amerikanischen Föderalisten ¹ - ein raffiniertes System schufen, um die zivile Kontrolle durch den Staat zu sichern.

Die Anerkennung der im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Institutionen besonderen Stellung und Funktion der militärischen Institutionen, ihre wachsende organische und institutionelle Entwicklung - der Übergang von einer Söldnerarmee zu einer professionalisierten und einheitlichen Institution - und ihre zunehmende Rolle als politischer Faktor im Staat führte im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer intensiveren Beschäftigung mit den erwähnten Phänomenen. Es handelte sich damals jedoch um Studien, die sich in einigen Fällen durch ihre Allgemeinheit auszeichneten und in anderen Fällen durch ihre Besonderheit. Eine systematische und differenzierte Betrachtung des Problems existierte damals noch nicht. Eine Ausnahme bilden die Werke historisch-materialistischer Herkunft.

Bei der Entstehung der Soziologie als anerkannter Sozialwissenschaft fand die Beschäftigung mit der Militärfrage wenig Aufmerksamkeit. Comte und Spencer entwickelten die Begriffe "Militarismus" und "militärische Gesellschaften", wobei diese Gesellschaften als unterlegen - verglichen mit der industriellen Gesellschaft - betrachtet wurden. Diejenigen Staaten, in denen die Streitkräfte eine aktive Rolle spielten, wurden als rückständig bezeichnet und die militärische Tätigkeit als Überleben feudaler Relikte aufgefaßt ².

Einen weiteren Schritt und gleichzeitig eine Annäherung an spätere Themen der Militärsoziologie lieferte Max Weber in seiner Analyse der Bürokratie und ihrer Folgen für die militärische Disziplin und in seiner Typologie über militärische Statusgruppen ³.

1 Cuellar, Oscar: Notas sobre la participación política ... a.a.O. S. 9 f.

2 Friedeburg, Ludwig von: Militärsoziologie. In: Zoll, Ralf u.a. (Hrsg.): Bundeswehr und Gesellschaft. Opladen 1977. S. 205

Roghmann, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 9: Organisation. Militär. Stuttgart 1977. S. 195.

Rattenbach, Benjamin: Sociología militar. Buenos Aires 1959. S. 24.

3 Roghmann, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie a.a.O. S. 150.

Wichtige Beiträge - wenn auch in den westlichen Rezensionen kaum erwähnt - wurden vom historischen Materialismus geschaffen. Marx, Engels und später Lenin befaßten sich mit verschiedenen Seiten des Problems, wobei der wichtigste Beitrag dazu die Analyse des Militärs als Bestandteil eines bürgerlichen Herrschaftssystems war ¹.

Eine andere Richtung der Militärstudien bestand aus vereinzelten Analysen, die sich meist mit sehr spezifischen Fragen befaßten, so zum Beispiel mit der Frage der militärischen Sonderrechte während des Sezessionskrieges in den USA (1863), während des Dreyfuß-Prozesses in Frankreich (1894) und mit der zunehmenden Trennung von Bevölkerung und Streitkräften in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts ².

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden die ersten systematischen Studien auf dem Gebiet, das später als Militärsoziologie bekannt werden sollte. Dazu gehören die Arbeiten von Karl Demeter über die Rekrutierung des Offizierskorps und dessen Einfluß auf die militärischen Institutionen Deutschlands und das Werk von Rudolf Steinmetz "Soziologie des Krieges" ³.

Der eigentliche Beginn der Militärsoziologie als unabhängiger und relativ definierter Forschungsgegenstand entstand aufgrund der Bedürfnisse der USA - Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges. Auf Initiative des US - Verteidigungsministeriums wurde eine Gruppe von Psychologen und Soziologen mit der Aufgabe beauftragt, Untersuchungen über die Ausbildung und die Führung militärischer Gruppen in der US - Armee zu führen. Nachträglich wurden diese Forschungsaufträge auf andere Gebiete des militärischen Lebens ausgedehnt wie zum Beispiel auf Untersuchungen über die Sozialisationsbedingungen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, den Einfluß der

1 Engels, F.: El origen de la familia, la propiedad privada y el estado. In: Marx, Carlos / Engels, F.: Obras escogidas en dos Tomos. Tomo II. Moscú 1955. S. 168 - 326.

Lenin, V.I.: El estado y la revolución. In: Lenin, V.: Obras escogidas en tres Tomos. Tomo II. Moscú 1956. S. 293 - 393.

Ernst, Jutta / Gudzent, Christa / Schramm, Peter: Auswahlbibliographie zur Geschichte des Militarismus (marxistisch-leninistische Literatur). In: Nuß, Karl u.a. (Hrsg.): Der deutsche Militarismus in Geschichte und Gegenwart. Berlin 1980. S. 290 - 299.

2 Rattenbach, Benjamin: Sociología militar. a.a.O. S. 24.

3 Rattenbach ebd. S. 25.

formellen und informellen Gruppen auf die Einstellung und das Verhalten der Truppen in der Friedenszeit sowie in der Kriegssituation, die Anpassung und Zufrieden- bzw. Unzufriedenheit der Mannschaften mit den gestellten Aufgaben, den Führungstechniken und den Ausbildungsmethoden. Ein weiterer Schritt wurde jedoch bei der Erforschung ähnlicher Aspekte innerhalb der feindlichen deutschen und japanischen Armeen gemacht. Ein drittes Gebiet der Aufträge des US-Verteidigungsministeriums bildete beispielsweise die Erforschung der Einstellungen und des Verhaltens der Bevölkerung im feindlichen Lager, die Reaktionen nach einem Bombardement oder die Wirkung der psychologischen Kriegsführung auf die japanische und deutsche Bevölkerung ¹.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Ergebnisse der oben erwähnten Untersuchungen in einer Sammlung von vier Bänden unter dem Titel "The American Soldier" und in Form von Aufsätzen im "American Journal of Sociologie" veröffentlicht. Diese Untersuchungen kennzeichnen den Beginn einer Reihe militärsoziologischer Studien, die bis heute in verschiedenen Ländern weiterentwickelt worden sind. Besondere Bedeutung erreichten nach dem Zweiten Weltkrieg die US-amerikanischen Forschungen über ähnliche Aspekte während der Kriege in Korea und Vietnam. An diesen Untersuchungen beteiligten sich staatliche Forschungseinrichtungen, private Institutionen sowie US-amerikanische Universitäten ².

Aus der Anfangszeit der Militärsoziologie sind für die Zwecke dieser Arbeit zwei zentrale Fragen zu stellen: Die Frage der Abgrenzung der Militärsoziologie von anderen Sozialwissenschaften, die sich mit der Militärfrage befassen und die Frage der Rolle der zivil-militärischen Beziehungen in dieser anfänglichen Untersuchungsphase.

Was den ersten Aspekt angeht ist es bis heute nicht möglich gewesen, eine deutliche Trennungslinie zwischen der Militärsoziologie und verwandten Sozialwissenschaften zu ziehen. Es wird bei den angegebenen Beispielen deutlich, daß zum Beispiel die Grenze zur Sozialpsychologie, der Organisationssoziologie und der Militärsoziologie kaum zu

1 Roghmann, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie. a.a.O. S. 146 f.
2 ebd. S. 152 f.

definieren ist. Das ist eines der Merkmale fast aller wissenschaftlichen Arbeiten auf diesem Gebiet und wird auch in unserer Analyse über die chilenischen Streitkräfte zum Ausdruck kommen.

Was den zweiten Aspekt angeht, läßt sich zunächst eine Orientierung insbesondere auf die innere Struktur und Organisation der Streitkräfte feststellen. Die Frage der Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft stellt sich in erster Linie bezüglich der Bewältigung der Probleme der Streitkräfte als geschlossener Organisation und nicht in Bezug auf die Wirkung der Institution "Streitkräfte" auf die Machtstrukturen der Gesellschaft. Die Frage des Militärs als gesellschaftlicher Machtfaktor wurde in diesen Untersuchungen ausgeklammert. Mit dieser Orientierung wurden zum Beispiel Untersuchungen durchgeführt, die die Wirkung von rassistisch unterschiedlich zusammengesetzten Einheiten auf den inneren Zusammenhalt der US-Streitkräfte feststellen sollten, oder Studien über das soziale Ansehen des Militär-Berufs. Erst mit der weiteren Entwicklung der Militärsoziologie, in der die Rolle des Militärs immer deutlicher zum Ausdruck kam, wie zum Beispiel bezüglich der Frage des gesellschaftlichen Einflusses des militär-industriellen Komplexes in den USA oder der zunehmenden politischen Rolle der Streitkräfte in den Entwicklungsländern, erweiterte sich das Untersuchungsfeld auf die zivil-militärischen Beziehungen. Damit wurden zwei für die Militärsoziologie wichtige Untersuchungsfelder bestimmt, nämlich das Militär als Organisation und das Militär in seiner Wirkung als gesellschaftliche Institution. Auf beide Aspekte werden wir später detailliert eingehen. Zunächst jedoch ist hier ein drittes, relativ junges Gebiet der Militärsoziologie zu erwähnen. Im Laufe der Jahre sind neue gesellschaftliche Erscheinungen, bei denen die Streitkräfte oder Befreiungsarmeen eine Schlüsselrolle spielten, aufgetreten. Es handelt sich um Probleme wie Aufrüstung, Sicherheitsfragen, Aufstände und Guerilla-Kriege in den Entwicklungsländern etc. Aufgrund dessen stellt sich für einige Autoren¹ die Frage nach der Einführung eines dritten Schwerpunkts der Militärsoziologie, nämlich einer "sociology of war and armed group conflict"². Wegen der

1 Janowitz, Morris: Military Conflict. Beverly Hills / London 1975.

Janowitz, Morris: On the Current State of the Sociology of Military Institutions. In: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Berichte 17. München 1979, S. 11 - 25.

2 Schlösser, Dietmar: Militärsoziologie. Königstein / Ts. 1980. S. 10.

Schwierigkeit der Abgrenzung dieses Themas von anderen Themen wie etwa Sicherheitsfragen oder Fragen der Gewaltanwendung als Gegenstand der Politikwissenschaft ist die Aufnahme dieses Themas immer noch sehr umstritten ¹.

1.1. Die Militärorganisation als Thema der Militärsoziologie

Im Laufe der Entwicklung der Studien über Militärorganisationen haben sich allmählich verschiedene Teilbereiche herausdifferenziert, die ursprünglichen Fragestellungen wurden erweitert und präzisiert. Dadurch sind folgende Teilaspekte erfaßt worden, die gleichzeitig als Subthemen der Organisationsstudien zu betrachten sind. Als wichtigste Teilbereiche sind folgende Themen zu erwähnen: Die Unterschiede zwischen zivilen- und Militärorganisationen, der Einfluß der technischen Entwicklung auf die Struktur und Hierarchie der Streitkräfte, die technische Anforderung nach Erneuerung der Koordinierungsmethoden und der Kommunikationssysteme, Typologien militärischer Statusgruppen, die Funktion der formellen und informellen Gruppen in Friedenszeiten und Kriegssituationen ².

Es kann nicht unsere Absicht sein, eine detaillierte Darstellung aller Aspekte, die sich auf die Frage des Militärs als Organisation beziehen, anzugeben. An dieser Stelle interessiert uns besonders die folgende Frage: Weshalb ist die Militärorganisation ein differenziertes Studiengebiet geworden und welche spezifischen Züge zeigen die militärischen Organisationen? Eine oberflächliche Betrachtung zeigt keine besonderen Unterschiede zu anderen Organisationen, die man in der zivilen Gesellschaft vorfinden kann, wie etwa der staatlichen Bürokratie oder der industriellen Organisation. In beiden Sphären werden Hierarchie, Arbeitsteilung, Zielsetzung, Koordinations- und Kommunikationsstrukturen gefordert. Während sich jedoch die industrielle Organisation für die Güterproduktion strukturiert, stellt sich für die militärische Organisation als wichtigstes Ziel die Vorbereitung für die Kriegssituation. Zu diesem Zweck verfügt das Militär über das Waffenmonopol und über eine Reihe spezifischer Sozialisations- und

¹ Schlösser, Dietmar: Militärsoziologie. a.a.O. S. 12

² ebd. S. 37 ff.

Organisationsnormen. Diese entscheidenden qualitativen Unterschiede zur zivilen Organisation der Gesellschaft hat zu einer isolierten Betrachtung der Militärorganisationen geführt.

Die Vorbereitung für den Krieg prägt das Militär als Individuum und als Institution. Diese Zielsetzung impliziert die Übernahme verschiedener individueller und kollektiver Einstellungen und Verhalten wie die Unterordnung unter eine strenge Disziplin, die Fähigkeit zu töten und die Möglichkeit, getötet zu werden, die ständige Bereitschaft zum Einsatz, die Fähigkeit, quasi automatisch als geschlossene Gruppe zu handeln usw.. Diese Dispositionen existieren in der zivilen Gesellschaft in der Form, wie es für die militärischen Organisationen erforderlich ist, nicht. Hieraus ergeben sich zwei wichtige Folgen für das Militär:

- Die Eingliederung des Soldaten erfolgt durch ein spezifisches Sozialisationsmodell, das ihm erlauben soll, bestimmte technische und ideologische Erfordernisse zu internalisieren.¹
- Für diesen Prozeß ist die Existenz einer dafür geeigneten Institution notwendig. Neben den verschiedenen Merkmalen dieser Organisation wie strenge Hierarchisierung, präzise Aufgabenverteilung, deutliche Funktionalität von Koordinations- und Kommunikationsstrukturen ist hier von entscheidender Bedeutung, daß die gesamte Organisation in der Regel ihre Funktionen abgesondert von anderen Gesellschaftsstrukturen verwirklicht.

Die Form, in der der Sozialisationsprozeß stattfindet und der abgesonderte Charakter der militärischen Organisation ist der Grund, weshalb sie als "totale Institution" bezeichnet wird.² Das Militär als "totale Institution" ist wie folgt beschrieben worden:

"Für den kasernierten Soldaten muß die Organisation noch weitere Funktionen z.B. der Haushaltsführung, der Familie und der Freizeitgestaltung übernehmen und zwar gewöhnlich im gleichen Gebäudekomplex und im gleichen Personenkreis unter erheblicher Einschränkung des freien Handlungsbereiches. Diese...totale Erfassung des Soldaten läßt sich als funktionale Notwendigkeit aus den militärischen Zielsetzungen erklären." ³

1 Watson, Peter: Psycho-Krieg. Möglichkeiten, Macht und Machtmißbrauch der Militärpsychologie. Düsseldorf und Wien 1982.

2 Goffman, Erving: Asylum. Garden City. N.Y. 1961.

3 Rughman, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie...a.a.O. S. 170.

Die Besonderheiten der sozialen Existenzformen der Streitkräfte sind für die Ziele dieser Arbeit deshalb wichtig, weil sich durch sie eine von anderen gesellschaftlichen Verhältnissen relativ autonome Entwicklung von Tätigkeitsformen und ideologischen Konzeptionen vollzieht, die gleichzeitig entscheidende Folgen für die gesellschaftlichen Machtverhältnisse haben können. Dieser Aspekt hat besondere Bedeutung in der Analyse der zivil-militärischen Beziehungen.

Zuletzt ist hier festzustellen, daß die hier skizzierten Besonderheiten in erster Linie für die Militärinstitutionen der kapitalistischen Länder gelten können und keinen allgemeingültigen Charakter haben. Die Militärorganisationen der sozialistischen Länder gehen von ganz anderen gesellschaftlichen und militärorganisatorischen Voraussetzungen aus, deren Analyse über die Ziele dieser Arbeit hinaus gehen würde ¹.

1.2. Die zivil-militärischen Beziehungen als Schwerpunkt der Militärsoziologie

Die Studien über zivil-militärische Beziehungen haben sich auf die Beziehungen in den westlichen Industrienationen, in den Entwicklungsländern und in den sozialistischen Ländern konzentriert. Die Beschäftigung mit den ersten beiden Problemkreisen besitzt besondere Relevanz für das Studium der zivil-militärischen Beziehungen in Chile. Unsere Absicht ist hier die Darstellung der relevanten Aspekte, mit denen sich die Studien der zivil-militärischen Beziehungen in den kapitalistischen, industrialisierten und in den Entwicklungsländern befaßt haben. Der Grund dafür ist, daß die Studien der Beziehungen in den Entwicklungsländern meist von den angewandten begrifflichen Strukturen der Studien in den entwickelten Ländern ausgegangen sind.

Von den verschiedenen Hauptaspekten, mit denen sich die Studien der zivil-militärischen Beziehungen beschäftigt haben, sind hier die

1 Autorenkollektiv: Soldat und Krieg. Probleme der moralisch-politischen und psychologischen Vorbereitung in der Sowietarmee. Berlin 1972.

Wiatr, Jerzy J.: Sozio-politische Besonderheiten und Funktionen von Streitkräften in sozialistischen Ländern. In: König, René u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln und Opladen 1968. S. 99 - 122.

folgenden zu erwähnen: die soziale Zusammensetzung der verschiedenen beruflichen Ränge, die Wirkung der primären Sozialisation auf die spätere Ausbildung als Militärangehörige, das soziale Ansehen der Militärberufe bei der zivilen Bevölkerung, die Rolle der sozio-ökonomischen Umwandlungen in den Militärorganisationen und in den strategischen Zielen der Streitkräfte.

Der relevanteste Teilbereich der Studien besteht jedoch aus den Analysen der Streitkräfte in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Machtstrukturen.

Ausgehend von einem normativen Standpunkt sind die Bestimmungen des zivilen und des militärischen Bereichs in der bürgerlichen Demokratie deutlich abgegrenzt. Das Militär ist den zivilen Machtstrukturen untergeordnet und sein gesellschaftliches Handeln muß mit den Strukturen und Zielen des Staates übereinstimmen. Auf der anderen Seite zeigt sich - ausgehend von einer konkreten Betrachtung des Problems -, daß die militärischen Interventionen über die bereits erwähnte Grenze hinaus eine reale Tatsache darstellen. Zwar kommt dieses Problem in den Entwicklungsländern deutlicher zum Ausdruck, ist jedoch ebenfalls eine latent vorhandene Möglichkeit in den industrialisierten Ländern.

Die Militärinterventionen sind im Wesentlichen auf vier Möglichkeiten begrenzt worden, die Samuel Finer wie folgt dargestellt hat: ¹

- Einfluß auf die politische Autorität: hier handelt es sich um die Verfolgung des Ziels, die politische Autorität innerhalb der Bestimmungen der verfassungsmäßigen Ordnung zu überzeugen. Zu dieser Ebene gehören zum Beispiel Interventionsformen, mit denen die Streitkräfte gegenüber der zivilen Regierung mit dem Ziel auftreten, bestimmte Lösungen zu erreichen, ohne die ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel direkt anzuwenden.

- Einfluß auf die Regierung durch Erpressung: das Militär benutzt, um seine Ziele zu erreichen, mit mehr oder weniger Offenheit bestimmte Druckmittel. Eine derartige Anwendung von Druckmitteln erstreckt sich von Maßnahmen wie direkter Androhung hin bis zur Einschüchterung und offenen Bedrohung der zivilen Regierung.

¹ Finer, S.A.: The Man on Horseback. The Role of the Military in Politics. London. Second printing 1967, S. 140 - 164.

- Einfluß durch Bedrängung der zivilen Regierung: in dieser Variante wird der Regierungschef oder sein Kabinett verdrängt oder durch andere Autoritäten ersetzt. Das Militär tritt nicht direkt in Erscheinung, sondern bleibt im Hintergrund und unterstützt in indirekter Form die neue Regierung.

- Die direkte Machtübernahme durch das Militär: bei dieser vierten Interventionsmöglichkeit ersetzt das Militär die alte zivile Regierung durch eine Militärregierung, die die ganze Macht im Staat übernimmt.

Neben dieser Klassifizierung der Interventionsebenen existieren eine Vielzahl von Erklärungen und Bezeichnungen der direkten militärischen Interventionen, auf die wir hier nicht eingehen können¹. Wenn wir die Klassifizierung von Finer dargestellt haben, dann nur deshalb, weil diese vier Interventionsebenen deutliche zeigen, daß die direkte Machtübernahme durch das Militär andere Möglichkeiten der Einflußnahme nicht ausschließen. Unter Umständen sind die indirekten Interventionsformen ebenso relevant wie die letzte Möglichkeit.

Das Problem des Militarismus wurde auch im Rahmen der direkten Interventionen behandelt. In der westlichen Soziologie existiert jedoch keine einheitliche Definition des Phänomens. Hier handelt es sich meist um Darstellungen äußerlicher Aspekte des Problems, wobei strukturelle gesellschaftliche Ursachen kaum betrachtet werden. Folgende Definitionen des Militarismus werden diese Behauptung belegen:

- a. Militarismus als aggressives Verhalten und als zu kriegerischen Konflikten neigende Haltung.
- b. Militarismus als Strukturierung der Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Streitkräfte wie es in Kriegszeiten charakteristisch ist.

¹ Rattenbach, Benjamin: Sociologia militar. a.a.O. S. 142 f.

Huntington, Samuel: Political Order in Changing Societies. New Haven. Conn. 1968. S. 192 - 263.

Perlmutter, A.: The Praetorian State and the Praetorian Army: toward a Taxonomy of Civil-military Relations in developing Policies. In: Comparative Politics. Bd. 1. 1968/69. S. 382 - 404.

Rapoport, David C.: A Comparative Theory of Military and Political Types. In: Huntington, Samuel (Hrsg.): Changing Patterns of Military Politics. New York 1962. S. 72 - 74.

c. Militarismus als Überbetonung der Statussymbole, des militärischen Zeremonialismus und des Drills.

d. Eine umfangreiche und vollständige Definition des Militarismus wird von Alfred Vagt gegeben ¹: Militarismus wird als Zustand definiert, in dem der Soldat, der Krieg sowie militärische Vorstellungen und Verhaltensweisen verherrlicht werden und als Leitbilder auf andere Bereiche der Gesellschaft übertragen werden. In der gesellschaftlichen und politischen Struktur, die daraus entsteht, spielen folgende Faktoren eine bestimmende Rolle: die politische Struktur wird zentralistisch geführt; die Militärelite entsteht ausschließlich aus Selbstrekrutierung, was die Übertragung von militärischen Werten und Normen auf die nächste Generation ermöglicht; die Streitkräfte werden durch besondere Privilegien begünstigt; es besteht eine enge Verbindung der Institutionen mit denjenigen militärischen Kreisen, die die politische Macht kontrollieren ².

e. Eine von anderen Prämissen ausgehende Definition wird vom historischen Materialismus vertreten ³. Hier wird der Militarismus im Wesentlichen definiert als ein politisches System herrschender Ausbeuterklassen gegen die Volksmassen im eigenen Land begleitet von einer Expansionspolitik gegenüber anderen Ländern. Die Erscheinungsformen des Militarismus sind dieser Definition nach in verschiedenen Aspekten der Definition Vagts ähnlich. Der Hauptunterschied liegt jedoch in der Tatsache, daß der historische Materialismus ein Kausalverhältnis von Militarismus und gesellschaftlichen Strukturen sowie bürgerlichen Herrschaftsformen sieht. Als historischer Ausdruck dieses Systems sei hier der deutsche Militarismus und seine Beteiligung an der Auslösung des Ersten und Zweiten Weltkrieges genannt. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kann der Militär-Industrie-Komplex in den USA als Beispiel dienen.

1 Vagt, Alfred: History of Militarism. London 1959.

2 Roghmann, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie. a.a.O. S. 200.

3 Militarismus. In: Böhme, Waltraud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1978. S. 583 - 584.

Lenin. W.I. / Liebknecht, Karl: Militarismus-Antimilitarismus. Reihe Sozialistische Klassiker. Frankfurt.

Die Tatsache, daß die direkten militärischen Interventionen in den entwickelten Ländern keine häufige Erscheinung sind, führte zur Analyse ihrer Ursachen. Gleichzeitig führten jedoch theoretische und latente Interventionsmöglichkeiten ¹ zur Analyse der Kontrollmechanismen der Streitkräfte bezüglich der Verhinderung direkter Interventionen.

Was den ersten Aspekt angeht gibt es viele Erklärungsversuche. Sie können wie folgt zusammengefaßt werden:

- Die Interventionen fanden wegen der engen Verbindung zwischen den herrschenden Klassen und der Militärelite nicht statt ².
- Die Streitkräfte sahen ihre institutionellen Strukturen von seiten der Gesellschaft nicht bedroht. Die Militärs neigen allerdings dann zur Intervention, wenn die Institution von der Auflösung bedroht wurde. Beispiele sind der Kapp-Putsch (1920) in Deutschland und der Putschversuch von 1961 in Frankreich ³.
- Während die oben erwähnten Erklärungsversuche sich besonders auf das Militär beziehen, sucht die dritte Interpretation eine Erklärung im politischen System. Dieses System wird als stabil charakterisiert und besitzt in den betreffenden entwickelten Ländern einen höheren Grad an politischer Kultur. Charakteristisch für diesen Zustand sind u.a. folgende Merkmale: Allgemeine Anerkennung der Legitimität der Regierung, Anerkennung und reale Existenz ziviler Vermittlungsinstanzen zwischen Individuum und Staat, Fehlen eines offenen Dissens in grundsätzlichen Fragen zwischen der Vielzahl politischer Gruppen. Besitzt ein Land die Merkmale einer entwickelten politischen Kultur, dann existieren die Vorbedingungen, die eine militärische Intervention ermöglichen könnten, nicht ⁴.

1 Wildenmann, Rudolf: Politische Stellung und Kontrolle des Militärs. In: König, René u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln und Opladen 1968. S. 59 - 89.

2 Andreski, Stanislaw: Conservatism und Radicalism of the Military. In: Archives européennes de sociologie. Bd. 2. 1961.

3 Lang, Kurt: The Military Putsch in a Developed Political Culture: Confrontations of Military and Civil Forces und Society. Den Haag 1968.

4 Finer. S. E.: The Man on Horseback. a.a.O. S. 86 - 129.

- Die Interpretationen des historischen Materialismus beziehen sich auf die Hegemonie der herrschenden Klassen, auf die Faktoren, die diese Hegemonie in Frage stellen und auf die gesellschaftliche Krise, die dadurch verursacht wird. Wird die Hegemonie der bürgerlichen herrschenden Klassen in Frage gestellt, etwa durch das wachsende Gewicht der politisch organisierten Arbeiterklasse, dann entstehen günstige Möglichkeiten, um eine Intervention der Streitkräfte - per Definitionem bewaffneter Arm des bürgerlichen Herrschaftssystems - zu verursachen. Diese Definition sieht die Möglichkeit vor, daß unter Umständen das gesellschaftliche Gewicht der unterdrückten Klassen so groß sein kann, daß die Haltung der Streitkräfte nicht unbedingt mit dem Interesse der herrschenden Klassen übereinstimmt ¹. Nach dieser Auffassung werden die nicht erfolgreichen Interventionen interpretiert als die Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Hegemonie durch Gewalt und Überzeugung bzw. Ideologie über potentielle alternative Klassen aufrechtzuerhalten. Ausgehend von diesen Interpretationen der Interventionsursachen bzw. der Ursachen nicht erfolgreicher Interventionen stellt sich die Frage der Kontrolle der Streitkräfte durch die zivile Gesellschaft.

In diesem Rahmen sind verschiedene Kontrollmechanismen analysiert worden: Kontrolle der Militärausgaben ², Kontrolle durch eine von der zivilen Macht deutlich definierte Beförderungspolitik, durch vergleichbare Gehälter mit den zivilen Berufen, durch Ausnutzung der Rivalitäten innerhalb der Streitkräfte, durch Säuberung des Offizierskorps von politisch unzuverlässigen Personen ³. Verschiedene Autoren betonen die Wichtigkeit einer oder vieler Kontrollmechanismen.

Zu der meist diskutierten und globalen Auffassung gehört die von S.P. Huntington ⁴. Seiner Auffassung nach besteht die aussichtsreichste Kontrollmöglichkeit in der Professionalisierung der Streitkräfte. Durch die Professionalisierung konzentriert sich der Soldat genau wie andere Berufsgruppen auf seine eigentlichen Aufgaben. Dadurch erreicht der Militärberuf ein höheres soziales Prestige und eine höhere Berufsethik,

1 Cuellar, Oscar: Notas sobre la participación política ... a.a.0. S. 19

2 Galbraith, John K.: Como controlar a los militares. Buenos Aires 1970.

3 Roghmann, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie. a.a.0. S. 197.

4 Huntington, Samuel P: The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-military Relations. Cambridge. Mass. 1957.

an deren Aufrechterhaltung die Streitkräfte als Institution interessiert sind. Die Kontrolle der Streitkräfte erfolgt dieser Auffassung nach durch die Institution als solche. Darüberhinaus bedarf eine intensive Professionalisierung einer langen und speziellen Ausbildung und eines Trainings, das viel Zeit des Betroffenen in Anspruch nimmt; Konzentration auf die eigentlichen militärisch-technischen Aufgaben und mangelndes Interesse für die politischen Angelegenheiten ist die Hauptfolge dieses Prozesses.

Die Professionalisierungsthese ist mehrfach widerlegt worden ¹, dies in erster Linie von denjenigen Autoren, die die These der zivil-politischen Kontrolle der Militärinstitutionen vertreten. Nach S. Finer ² ist die Professionalisierung, wie sie von Huntington dargestellt wird, weder eine Garantie für die Kontrolle des Militärs noch für die Verhinderung einer direkten Intervention. Im Gegenteil können die Professionalisierung oder die wachsenden professionellen Anforderungen in den modernen Armeen wichtige Motivationen sein, eine Einmischung des Militärs in die Politik hervorzurufen. Zahlreiche Militärputsche haben im Namen "professioneller Interessen" stattgefunden, dies zum Beispiel in den Fällen, in denen die Regierungen nicht in der Lage waren, die Rüstungsbedürfnisse der Streitkräfte zur Fortsetzung ihrer professionellen Entwicklung zu befriedigen. Als Alternative zur Professionalisierung vertritt Finer die Auffassung, daß nur die moralische Kraft der zivil-politischen Überlegenheit eine reale Kontrolle der Streitkräfte und die Verhinderung einer militärischen Intervention ermöglichen kann.

Vor der Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in den Entwicklungsländern ist es als letztes notwendig, folgende Aspekte zu erläutern.

- Ergebnis unserer Betrachtung der Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in der westlichen Militärsoziologie ist die Beobachtung der vorwiegenden Beschränkung dieser Studien auf eine formale und deskriptive Ebene. Die Phänomene der staatlich-politischen Strukturen wurden praktisch isoliert von den sozio-ökonomischen Verhältnissen

1 Roghmann, Klaus / Ziegler, Rolf: Militärsoziologie. a.a.O. S. 198 - 200.

2 Finer, S.A.: The Man on Horseback. a.a.O. S. 24 - 32.

betrachtet, die sie in großem Ausmaß bestimmen; damit bleiben wichtige ursächliche Erklärungen unberücksichtigt. Auf diesen Aspekt der zivil-militärischen Beziehungen werden wir in der Analyse der Entwicklungsländer deutlicher eingehen müssen.

- Auch wenn zahlreiche Schlußfolgerungen, die für die entwickelten kapitalistischen Länder gewisse Gültigkeit besitzen, für das Studium der zivil-militärischen Beziehungen der Entwicklungsländer angewandt wurden, ist es fraglich, ob sie überhaupt angewandt werden können. Die Faktoren, die hier die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen, unterscheiden sich wesentlich von denen, die die entwickelten Gesellschaften bestimmen. Eine spezifische Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in den Entwicklungsländern ist deshalb erforderlich.

1.3. Die zivil-militärischen Beziehungen in Lateinamerika

Eine allgemeine Erfassung der zivil-militärischen Beziehungen in den Entwicklungsländern wäre nicht gewinnbringend für die Ziele dieser Arbeit. Studien über die Lage in Afrika, Asien und Lateinamerika bezeugen die Schwierigkeit, derart verschiedenartige Wirklichkeiten im Bereich der Streitkräfte sowie in der Form der Gesellschaften zu systematisieren¹. Schon die Beschränkung auf Lateinamerika führt wegen der strukturellen Unterschiede der sozio-ökonomischen Formationen, der politischen Strukturen und der partikulären Rolle, die die Streitkräfte in verschiedenen Ländern gespielt haben, zu erheblichen Schwierigkeiten. Immerhin hat sich eine auf Lateinamerika beschränkte Analyse als möglich erwiesen - wenn auch unter verschiedenen theoretischen Kriterien -, wie wir sehen werden.

Was die Erfassung der zivil-militärischen Beziehungen Lateinamerikas angeht sehen wir uns gezwungen, uns auf diejenigen Studien zu konzentrieren, die ihrer Relevanz wegen im Mittelpunkt der theoretischen

¹ Büttner, Friedemann: Militär und Entwicklung in der Dritten Welt. In: Büttner, Friedemann u.a.: Reform in Uniform? Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Bonn-Bad Godesberg 1976. S. 15 - 179.

Auseinandersetzung gestanden haben. Eine detailliertere Betrachtung der zum Thema erschienenen zahlreichen Beiträge ¹ können wir an dieser Stelle nicht leisten.

Ende der fünfziger Jahre erschienen die ersten systematischen Analysen der zivil-militärischen Beziehungen in Lateinamerika. Bei diesen Beiträgen handelte es sich in erster Linie um Studien, die den Versuch unternahmen, die militärischen Interventionen zu erklären, zukünftige mögliche Tendenzen aufzuzeigen und politische Schlußfolgerungen für die US-amerikanischen Herrschaftskonzepte in Bezug auf Lateinamerika zu ziehen. Die aus diesen Studien gezogenen politischen Konsequenzen entsprechen durchaus den Herrschaftsalternativen bezüglich Lateinamerikas, die damals im Mittelpunkt der Diskussion standen ².

Ein zweites Merkmal dieser Untersuchungen ist die Anwendung von Kategorien, die den Studien der zivil-militärischen Beziehungen in den westlichen Industrienationen entnommen waren; dies gilt übrigens auch für diejenigen Teile der Studien, die sich mit der Analyse der strukturellen Merkmale der lateinamerikanischen Gesellschaft befassen.

Der liberale Ansatz. Ausgehend von rationalistischen und positivistischen Auffassungen des 18. und 19. Jahrhunderts, die den Militarismus, militaristische Gesellschaften und den Militär als Persönlichkeitstyp ablehnten, entwickelte sich in den USA eine Auffassung, die die Militärinterventionen in Lateinamerika durch die Existenz der militärischen Organisationen erklärt. Es gehört zu einem wesentlichen

¹ Lindenbergh, Klaus: Fuerzas Armadas y Política en América Latina, Bibliografía Selecta. ILDIS. Santiago de Chile 1972.

Dokumentationsdienst Lateinamerika. Militär und Politik in Lateinamerika. Reihe A. Hamburg 1976.

² Es handelt sich um die folgenden Alternativen für die Länder Lateinamerikas: USA-Herrschaft und gleichzeitig Förderung bürgerlich-demokratischer Regierungen und/oder pragmatische USA-Herrschaft ohne Berücksichtigung des politischen Systems im betreffenden Land. Zur theoretischen und ideologischen Orientierung dieser Ansätze bemerkte Rouquié: "Die Interpretationen haben impressionistischen, um nicht zu sagen, autobiographischen Charakter in dem Sinn, daß sie vielmehr auf die Ideologie und die Wertvorstellungen des Autors als auf die hintergrundigen Mechanismen des lateinamerikanischen Militarismus schließen lassen." Siehe Rouquié, Alain: Le rôle politique des forces armées en Amérique Latine. État des travaux. In: Revue Française de Science Politique. Be. 19. Heft 4. Paris August 1969. S. 867.

Merkmal der militärischen Institutionen, ein Störfaktor der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein. Hierbei handelt es sich um einen Begriff der gesellschaftlichen Entwicklung, der diese als kontinuierlichen Prozeß zur Demokratisierung und Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Institutionen im politischen Leben eines Landes versteht. In diesem Prozeß haben die Streitkräfte einen pathologischen Charakter und werden als Störfaktor betrachtet ¹. Die Lösung der Frage der Militärinterventionen hängt von der Möglichkeit ab, die militärischen Institutionen der zivilen Macht unterzuordnen und sie gleichzeitig - im Sinne Huntingtons ² - zu professionalisieren. Perspektivisch gesehen postuliert diese Auffassung die Auflösung der Streitkräfte.

Bezüglich der Politik der USA gegenüber Lateinamerika und insbesondere bezüglich der Militärinterventionen wird das Problem wie folgt dargestellt: Wenn die Politik der USA in ihrem historischen Anspruch, demokratische Regierungsformen in der westlichen Hemisphäre zu fördern und durchzusetzen, konsequent sein will, dann muß diese Politik sich an einer Verminderung des bewaffneten Potentials der lateinamerikanischen Armeen orientieren. In diesem Sinne stellt diese Auffassung eine Kritik am undiskriminierten Waffentransfer der USA an die lateinamerikanischen Streitkräfte dar ³.

Die Tatsache, daß der liberale Ansatz zu einem Zeitpunkt entstanden ist, zu dem die Streitkräfte einiger lateinamerikanischer Länder vorübergehend auf eine direkte Machtausübung verzichteten und zudem, wie zum Beispiel in Argentinien und Brasilien, demokratische Regierungsformen verwirklicht werden konnten, veranlaßte den Vertreter dieser Auffassung zu der optimistischen Schlußfolgerung, das Zeitalter der militärischen Interventionen gehe allmählich zu Ende.

Die Mängel dieser Auffassung zeigten sich in ihrer Unfähigkeit, die militärischen Interventionen zu erklären und in ihren Prognosen über den zukünftigen Charakter der zivil-militärischen Beziehungen in den

1 Zum liberalen Ansatz siehe Lieuwen, Edwin: Arms and Politics in Latin America. New York 1960.

The Changing Role of the Military in Latin America. In: Journal of Interamerican Studies. Bd. 3. Heft 4. Oktober 1961. S. 559 - 569;
General versus Presidents, Neo-militarism in Latin America. London 1964.

2 Huntington, Samuel P.: The Soldier and the State. a.a.O.

3 Rouquié fasst die liberale Auffassung durch die folgende Frage zusammen: "Wie kann man die Sicherheit der USA verstärken und gleichzeitig in unseren Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten unseren demokratischen Idealen treu bleiben?" Siehe Rouquié, Alain: Le rôle politique des forces armées ... a.a.O. S. 868.

Ländern Lateinamerikas. Die Übertragung bestimmter - sogar für die Erfassung gesellschaftlicher und militärischer Phänomene in entwickelten Gesellschaften umstrittener - Begriffe und Zusammenhänge wie zum Beispiel "Professionalisierung des Militärs und Demokratie", "liberales Verständnis des Antimilitarismus", "gesellschaftliche Entwicklung und Demokratie" u.a., auf die lateinamerikanische Wirklichkeit erwies sich als wenig brauchbar, um die Komplexität dieser Gesellschaftsformationen, den widersprüchlichen Charakter der Streitkräfte und der zivil-militärischen Beziehungen zu verstehen.

Die Modernisierungsthese. Auch wenn sich in diesen Jahren die Situation Lateinamerikas dadurch auszeichnete, daß die Streitkräfte in einer Reihe von Ländern vorübergehend auf die direkte Machtausübung verzichteten, war gleichzeitig auch deutlich, daß sie in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen würden. Das Wiederaufstehen bewaffneter Volksbewegungen in Bolivien (1952), Guatemala (1954) und Kuba (1958) veranlaßte die politisch-militärischen USA-Strategen zu neuen Überlegungen bezüglich der Art und Weise, diese neuartigen Bewegungen zu stoppen. Als Ergebnis entstanden neue abhängige Entwicklungsmodelle, die die lateinamerikanischen Gesellschaften modernisieren und entwickeln sollten, gleichzeitig aber auch politisch-strategische Auffassungen, die dem Militär eine besondere gesellschaftspolitische Rolle in Form der Modernisierung der lateinamerikanischen Länder zuwiesen. Diese Überlegungen drückten sich in aller Deutlichkeit in den Regierungsplänen der Kennedy-Administration aus: auf der sozio-ökonomischen Ebene in der "Allianz für den Fortschritt" ¹ und auf der politisch-militärischen Ebene in der Konzeption des "Antisubversiven Krieges" ². Die Theorien der Modernisierung ³ postulieren eine gesellschaftliche

1 Espinoza, Fernando: Drei Interpretationen der sozio-ökonomischen Entwicklung Lateinamerikas. Magisterarbeit. Münster 1978. S. 129 - 132. Über Allianz für den Fortschritt vgl. das vierte Kapitel dieser Arbeit.

2 Veneroni, Horacio: Estados Unidos y las Fuerzas América Latina. Buenos Aires 1973.

Kramer - Kaske, Lieselotte: Präventivkrieg gegen das kämpfende Volk. Die Strategie der USA in Lateinamerika (1960 - 1970). Berlin 1977. Vgl. das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit.

3 Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz: Entwicklungstheorien und Entwicklungsbegriff. In: Nohlen / Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt 1. Hamburg 1974. S. 13 - 37.

Ingrasso, Marco: Modelos socioeconómicos de interpretación de la realidad latinoamericana: de Mariategui a Gunder Frank. Cuadernos Anagrama 62. Barcelona. o.J.

Entwicklung, in der die Entwicklungsländer verschiedene Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung durchlaufen sollen, die im Wesentlichen die gleichen sind, die die kapitalistischen Industrienationen durchlaufen haben bis sie ihren heutigen Entwicklungsstand erreicht haben ¹. Es handelt sich in erster Linie um eine Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, die als modellhaft für den Übergang aus einem Zustand der Rückständigkeit (Entwicklungsländer) in einen Zustand der Modernität (Industrienationen) dargestellt wird ².

Ein wichtiger Bestandteil dieser Auffassung besteht in der Bestimmung der sozialen Bedingungen für die Entwicklung der rückständigen Gesellschaften. Gleich wie in den ersten Phasen der Entwicklung der Industriegesellschaften soll hier eine "mittelständische" Schicht gefördert werden, die ähnliche geistig-soziale Merkmale wie die ursprüngliche europäische Bourgeoisie - Unternehmergeist, Gewinneifer, Ausbildung, Risikobereitschaft, kurzum "calvinistischen Geist" - vorweisen kann. Ist eine mit diesen Eigenschaften ausgestattete Schicht nicht vorhanden, wie es dieser Interpretation zufolge in vielen Entwicklungsländern der Fall ist, dann kann diese Rolle den modernsten Institutionen oder Gruppen der betreffenden Gesellschaft zufallen.

Dieser Konzeption nach sind es die Streitkräfte, die diese modernisierende Rolle unter gegebenen Umständen in einer Reihe von Ländern übernehmen können ³. Maßgebend für diese Schlußfolgerung sind bestimmte

1 Rostow, W. W.: The Stages of Economic Growth. A non Communist Manifest. Cambridge 1960.

2 Zur Kritik der Modernisierungstheorien vgl. Nohlen, Dieter / Nuscheler, Franz: Entwicklungshilfe und Entwicklungsbegriff. a.a.O.; Gunder Frank, André: Sociología del desarrollo y subdesarrollo de la sociología. Cuadernos Anagrama 16. Barcelona o.J.

3 Johnson, J.J. (Hrsg.): The Role of the Military in Underdeveloped Countries. Princeton N.J. 1962.

The Military and Society in Latin America. Standord Cal. 1965.

Diese Thematik wurde durch die Analyse der "Civic-Action-Programme" und der "National-Building" vervollständigt. Vgl. Jones, Richard A.: The Nation Builder Soldier of the Sixties. In: Military Review.

Jan. 1965; Pye, Lucien W.: Aspects of Political Development. MIT. Boston und Toronto 1966; Chang, David W.: Military Forces and Nation Building. In: Military Review. Sept. 1970; Barber, Willard F. / Ronning, C, Neale: Internal Security and Military Power, Counter Insurgency and Civic Action in Latin America. Ohio 1966.

Zur Kritik dieser Konzeption siehe das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit.

Eigenschaften der bewaffneten Institutionen: sie verfügen über Kenntnisse und technologische Anlagen, die in bestimmten Entwicklungsprojekten angewandt werden könnten, über eine Organisation, die sich auf das ganze Territorium des Landes erstreckt; sie sind durch die im Ausland erhaltene Militärausbildung in Berührung mit der industriellen Gesellschaft gekommen und haben dadurch die für die Entwicklung des Landes wichtigen geistigen Eigenschaften dieser Gesellschaften internalisiert. Das Militär wird so als Träger der gesellschaftlichen Entwicklung in den unterentwickelten Gesellschaften proklamiert. Die Militärinterventionen werden entsprechend der jeweiligen Situation, in der sie stattfinden, erklärt. Im Wesentlichen werden sie als eine historische Gegebenheit, mit der man hinsichtlich der übergeordneten Modernisierungsfunktion rechnen muß, betrachtet. Das Entscheidende der Rolle der Streitkräfte in der Gesellschaft liegt hier in der Fähigkeit, Träger der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein.

Streitkräfte als Vertreter von Klasseninteresse. Die Unzulänglichkeit der erwähnten Ansätze, den Charakter der lateinamerikanischen Streitkräfte und ihrer gesellschaftlichen Funktion zu verstehen, führte zur Anwendung anderer theoretischer Ansätze zur Erklärung dieser Problematik. Man wollte beweisen, daß die Ursachen der Militärinterventionen letztendlich im Interesse der Mittelschichten ¹ begründet liegen, die ohne Militärinterventionen keine andere Möglichkeit sehen, die Staatsmacht zu übernehmen. Da die Streitkräfte sich im Laufe ihres Professionalisierungsprozesses insbesondere aus diesen Schichten rekrutierten ², existiert eine wesentliche Interessenverbindung, die diese Interventionen begünstigt. Die logische Ausformung dieser Auffassung wird zusammenfassend so dargestellt: in den modernsten Nationen Lateinamerikas sind es die Mittelschichten, die die Militärputsche verursachen. Die Unfähigkeit dieser Schichten, die in diesen Ländern keine Unternehmensbourgeoisie sind, sich zu einer herrschenden Klasse zu formieren, macht sie abhängig vom traditionellen Wirtschaftsmodell. Durch die Anstiftung der Militär-

1 Nun, José: A Latin American Phenomenon. The Middle-class Military Coup. In: Petras, J. / Zeitlin, M.: Reform or Revolution in Latin America, a Reader. New York 1968. S. 145 - 182.

2 Johnson, J.J.: Algunas características sociales de los militares latinoamericanos. In: Revista Paraguaya de Sociología. Bd. 2. Heft 3. Asunción May - August 1965. S. 41 - 54.

interventionen sehen sie die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen vor den Folgen der von diesem Modell verursachten Wirtschaftskrise, wie zum Beispiel Pauperisierung, gleichzeitig aber auch vor den Machtabsichten der Volksmassen zu schützen.

Die Bedeutung dieser Interpretation liegt im Wesentlichen in folgenden Aspekten begründet: Sie versucht, wichtige sozio-strukturelle Variablen in die Analyse der Militärinterventionen einzubeziehen und beweist gleichzeitig, daß das politische Verhalten nicht unbedingt an die Interessen der traditionell herrschenden Klassen gebunden ist. Problematisch an dieser Interpretation ist die Schlußfolgerung, daß die Streitkräfte in verschiedenen Interventionen die Interessen der von ihnen repräsentierten Mittelschichten vertreten haben. Die populistischen Interventionen, die hier als Beispiel genannt werden - die Regierung Vargas (1930 - 1945) in Brasilien, die Regierung Perón (1946 - 1955) in Argentinien und die Regierung Ibañez (1927 - 1931) in Chile - wurden zwar auch von Kreisen der Mittelschichten getragen, zeichneten sich aber auch dadurch aus, daß sie im Wesentlichen neue Formen der Hegemonie der traditionellen Herrschaftsgruppen darstellten ¹. Auch wenn die industrielle Bourgeoisie ihr Gewicht im traditionellen Bündnis durch ihren Einfluß in diesen Regierungen verstärkte, blieb die sozio-ökonomische Stellung der Handels-, Finanz- und Agraroligarchie unberührt ².

1 Kossok, Manfred: Kirche und Armee. Zur Krise traditioneller Machtinstitutionen in Lateinamerika. In: Lateinamerika. Probleme, Perspektiven. 2. Sonderheft Deutsche Außenpolitik. Berlin 1971. S. 132.

2 Eine vierte, jedoch weniger relevante Interpretation entwickelte sich anhand der Herstellung von statistischen Korrelationen zwischen der Häufigkeit und Eigentümlichkeit der Militärinterventionen und bestimmten sozioökonomischen Indikatoren wie Pro-Kopf-Einkommen, Größe des entsprechenden Landes, soziale Mobilisierung etc. Vgl. Rouquié, Alain: Le rôle politique des forces armées ... a.a.O. S. 872.

Fossum, Egill: Factors Influencing the Occurrence of Military Coups d'Etat in Latin America. Journal of Peace Research 3. 1967. S. 228 - 251.

Putman, R.D.: Toward Explaining Military Intervention in Latin American Politics, In: World Politics. Bd. 20. Heft 1. Oktober 1967. S. 83 - 110.

Die Unvollkommenheit dieser Konzeption wurde von Kossok, Manfred: Kirche und Armee. a.a.O. S. 130 wie folgt dargestellt: "Ein solches Verfahren würde in absurder Weise nach dem statistischen Durchschnitt der Jahre 1930 bis 1966 Argentinien mit Paraguay oder Brasilien mit Haiti gleichsetzen."

Zu anderen Kritiken dieser Auffassung vgl. Rouquié, Alain: Le rôle politique des forces armées ... a.a.O. S. 871 - 872.

Auch wenn diese Auffassungen wichtige punktuelle und kohärente Erklärungen und zum Teil interessante Darstellungen der zivil-militärischen Beziehungen in Lateinamerika lieferten, waren sie nicht in der Lage, die Komplexität der Problematik zu erklären. Verantwortlich für diese Mängel sind die methodischen und ideologischen Grundlagen, von denen die Verfasser ausgegangen sind. Die konkrete Geschichte der zivil-militärischen Beziehungen Lateinamerikas zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Streitkräfte weder per se undemokratisch inspiriert sind, noch - auch in der bürgerlichen Deutung des Begriffs - unbedingt eine modernisierende Rolle in den Gesellschaften Lateinamerikas gespielt haben. Weiterhin wurden diese Militärinterventionen weder ausschließlich von der Interessenlage der Mittelschichten motiviert, noch können sie durch isolierte und gleichzeitig zu umfassende sozio-ökonomisch-militärische Korrelationen erklärt werden.

Ende der sechziger Jahre traten neue Phänomene in Erscheinung, die sich in der Analyse der zivil-militärischen Beziehungen der Länder Lateinamerikas widerspiegeln und zu neuen Erklärungsversuchen dieser Beziehungen führten.

- Die Modernisierungsfunktion der Streitkräfte wurde in die Praxis umgesetzt wie zum Beispiel im Fall der institutionellen Militärinterventionen ¹ in Brasilien und Argentinien. Nun konnte man eine erste Einschätzung der Tätigkeit des Militärs an der Macht und dieser neuen Form der Intervention vornehmen. Es bestätigte sich, daß diese Militärputsche eine neue Form der Durchsetzung der Interessen der historisch herrschenden Gruppen dieser Länder im Bündnis mit dem transnationalen Kapital darstellten und die Modernisierungsprämisse nur in diesem Rahmen verwirklicht werden konnte ².

1 Mit dem Militärputsch des brasilianischen Militärs im Jahre 1964 eröffnete sich eine neue Art der militärischen Interventionen, seitdem intervenieren sie als "totale Institution" mit einem Programm, einer klar definierten Ideologie und einer zentralen Führung. Diese Interventionen unterscheiden sich von denjenigen, in denen die endgültige Orientierung der Intervention von den vorausgegangenen Fraktionskämpfen innerhalb des Militärs abhängig war, und von denjenigen, in denen die Aktion eines Führers (Caudillo, F.E.) maßgebend für den Erfolg und die Orientierung der Intervention war.

2 Das gilt auch für die Militärputsche der siebziger Jahre in Chile, Uruguay, Bolivien und Argentinien. Siehe Rouquié, Alain: *L'Etat Militaire en Amerique Latine*. Paris 1982.

- Die Machtübernahme des reformorientierten Militärs in Peru (1968), Panama (1968) und Bolivien (1970) ¹, die Maßnahmen wie Vervollständigung bzw. Durchführung von Agrarreformen, Nationalisierung der Bodenschätze, Vergesellschaftung der wichtigen Zweige der verarbeitenden Industrie und andere Maßnahmen zur Verwirklichung der politischen und ökonomischen Souveränität der betreffenden Länder ermöglichte, machte deutlich, daß in den lateinamerikanischen Streitkräften ein wichtiges Reformpotential existierte. Ähnliche Tendenzen waren mehr oder weniger ausgeprägt bei fast allen Streitkräften existent. Eine solche Orientierung sprengte den Rahmen der bis dahin existierenden Interpretationen und zeigte gleichzeitig, daß die einseitige Bindung der lateinamerikanischen Streitkräfte an die oligarchischen Kreise unter bestimmten Umständen durchbrochen werden und in eine andere Richtung verlaufen konnten.
- Sie nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA entstandene Auffassung der hemisphärischen Verteidigung vor einem angeblichen Angriff der kommunistischen Länder auf Lateinamerika, die allen Armeen Lateinamerikas zueigen war, verwandelte sich als Folge der kubanischen Revolution in eine Konzeption, die die kommunistische Gefahr jetzt innerhalb der verschiedenen Länder bekämpft sehen wollte ². Die lokalen Streitkräfte durften nun ihre polizeiliche, mehr nach Innen wirkende Rolle verstärken und entsprechend bewaffnet, trainiert und ausgebildet werden. Diese Auffassung, die schon zu Beginn der sechziger Jahre konzipiert und praktiziert wurde, fand ihre endgültige Ausprägung im "Rockefeller-Bericht" (1969) ³. Als Folge dieser Orientierung entwickelte sich ein

1 Vgl. Literaturangaben bei Lindenberg, Klaus: Über die militärische Besetzung der Politik in Lateinamerika. In: Büttner, Friedemann u.a.: Reform in Uniform? Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Bonn-Bad Godesberg 1976. S. 517 - 522.

2 Über diese Konzeptionen vgl. das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit.

3 Rockefeller Report on Latin America. Hearing before the Subcommittee on Western Hemisphere Affairs of the Committee of Foreign Relations. United States Senate. Ninety-First Congress. Washington November 20. 1969. Appendix: Quality of Life in the Americas. S. 117 ff.

Mols, Martin: Quality of Life in the Americas. Der Bericht Nelson A. Rockefellers als offizielles Dokument für eine Neuorientierung der Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten. In: Zeitschrift für Politik. 17. Jahrgang. Heft 4. Köln-Berlin. November 1970. S. 392 - 438.

Prozeß, dessen prägende Merkmale in der Literatur der siebziger und achtziger Jahre als "militärische Abhängigkeit", "qualitative und quantitative Entwicklung der Aufrüstung" und "Ideologisierung der militärischen Funktion-Doktrin der nationalen Sicherheit" bezeichnet wurde.

- Auf der Ebene der Entwicklung der Sozialwissenschaften zeigte sich ein Reifungsprozeß, der den Versuch ausdrückte, die lateinamerikanische Wirklichkeit von einem anderen Gesichtspunkt als von dem Gesichtspunkt der Modernisierungstheorie zu betrachten und andere Wege der gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas aufzuzeigen¹. Innerhalb dieser Ansätze lassen sich "Entwicklungstheorien"² (Teorias desarrollistas F.E.), eine "historisch-materialistische Konzeption"³ und die "Dependenz-Theorien"⁴ unterscheiden, wobei sich letztere als modernisierte Deutungen des historischen Materialismus zur Erklärung der lateinamerikanischen Realität verstehen. Der erste Ansatz läßt trotz wichtiger Unterschiede einen klaren Einfluß der Modernisierungstheorien erkennen. Schematisch kann man diesen Ansatz

1 Hochmann, Elena / Sonntag, Heinz Rudolf: Theorie und Praxis in der Sozialwissenschaft in Lateinamerika. In: Cordova, Armando / Silva M., Hector: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. Frankfurt a.M. 1974. S. 120 - 130.

Estéves V., Jaime: Notas sobre el desarrollo de las ciencias sociales y la integración cultural latinoamericana. In: Latinoamérica. Anuario. Centro de Estudios Latinoamericanos. Nr. 12. México/D.F. 1979. S. 457 - 466.

2 Siehe Espinoza, Fernando: Drei Interpretationen ... a.a.O. S. 36 ff. Caputo, Orlando / Pizarro, Roberto: Dependencia y relaciones internacionales. Costa-Rica 1974.

3 Arismendi, Rodney: Lenin, la revolución y América latina. Uruguay 1970.

4 Im Rahmen der Dependenz-Theorien lassen sich verschiedene Exponenten und Richtungen feststellen. Vgl. Evers, T.T. / von Wogau, P.: Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung. In: Das Argument 79. 15. Jg. Heft 4 - 6. Berlin Juni 1973. S. 404 - 455.

Boeckh, Andreas: Dependencia-Theorien. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Baden-Baden 1980. S. 87 - 93.

wie folgt darstellen:

"Während marxistische Autoren dazu neigen, die Möglichkeit einer qualitativen Entwicklung der Peripherie im kapitalistischen Welt-system zu bestreiten, was sie für eine revolutionäre Herauslösung der Peripherie aus diesem System plädieren läßt, sehen andere Autoren durchaus noch Chancen für eine kapitalistische Entwicklung in den Peripheren, sofern einige Rahmenbedingungen des kapitalistischen Weltmarktes verändert werden (-- Neue Weltwirtschaftsordnung)." 1

Die meist verbreiteten dieser Ansätze waren Ende der sechziger Jahre die Dependenz-Theorien. Die Relevanz der Dependenz-Theorien liegt in der Tatsache begründet, daß sie in der Auseinandersetzung mit der Erklärung und den Alternativen der lateinamerikanischen Entwicklung die Frage der Abhängigkeit dieser Länder von den westlichen Industrienationen als zentrale Faktoren für die Erklärung und Überwindung der Unterentwicklung betrachten.

Ursprünglich wurde das Problem der Abhängigkeit in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aspekten der Unterentwicklung thematisiert, um nachher andere Bestandteile der Problematik wie kulturelle, politische, militärische Abhängigkeit u.a. einzubeziehen.

In einem nachträglichen Differenzierungsprozeß konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Dependenz-Theoretiker auf konkrete Merkmale der sozio-ökonomischen und politischen Formationen Lateinamerikas. Dadurch wurde es möglich, nicht nur ein vollständiges und differenziertes Verhältnis der lateinamerikanischen Gesellschaften zu erreichen, sondern auch die konkreten Auswirkungen der Abhängigkeit auf die verschiedenen Teilbereiche der lateinamerikanischen Gesellschaften viel genauer zu erfassen.

Die neuen Entwicklungen innerhalb der lateinamerikanischen Streitkräfte, in ihren Beziehungen zu den in den sechziger Jahren neu entworfenen

1 Boeckh, Andreas: Dependencia-Theorien. a.a.O. S. 88.

Orientierungen der USA-Politik gegenüber Lateinamerika ¹ und zuletzt die neue analytische Perspektive, die die bereits erwähnten kritischen Ansätze lieferten, führten zur Bildung neuer methodologischer Prämissen für die Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in Lateinamerika, was gleichzeitig die Überwindung der herkömmlichen Interpretationen darstellte.

Das gemeinsame Merkmal dieser neuen Ansätze ist, daß sie die politische Funktion der lateinamerikanischen Streitkräfte in direktem Verhältnis zu den sozio-ökonomischen Formationen, den Klasseninteressen und den politischen Strukturen der lateinamerikanischen Gesellschaften zu erklären versuchten. Gleichzeitig erkannte diese Konzeption, daß in der Geschichte der institutionellen Entwicklung der Streitkräfte bestimmte korporative Interessen waren, die den Charakter der Interventionen und die Machtausübung der Militärregierungen mit ausprägten. Die Militärinterventionen werden hier als Ergebnis der Wechselwirkung verschiedener gesellschaftspolitischer und korporativ spezifischer militärischer

1 Die militärischen Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika sind ein Teilbereich der zivil-militärischen Beziehungen, die seit Ende der sechziger Jahre besonders untersucht worden sind. Eine Zusammenfassung der betrachteten Hauptaspekte kann wie folgt dargestellt werden:

- Die militärischen USA-Konzeptionen zur Aufrechterhaltung und Reproduktion ihres Herrschaftsinteresses in Lateinamerika.
- Die Rolle der lateinamerikanischen Streitkräfte innerhalb dieser Konzeption.
- Die Mechanismen zur Durchführung dieser Konzeption:
 - + Gemeinsame militärische Planung
 - + Ausbildung unter Führung der USA-militärischen Institutionen von Angehörigen der lateinamerikanischen Streitkräfte
 - + Indiktrinisierung der lateinamerikanischen Streitkräfte nach den Prinzipien der Doktrin der nationalen Sicherheit. Legitimierung der Doktrin der nationalen Sicherheit als offizielle Doktrin der Streitkräfte.
 - + Militärische Machtausübung und konkrete Umsetzung der Prinzipien der Doktrin der Nationalen Sicherheit.
 - + Waffentransferpolitik und ihre Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Verstärkung der Machtstellung der militärischen Institutionen Lateinamerikas.

Über die militärischen Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika vgl. das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit.

Faktoren verstanden ¹. Wir werden im Folgenden die grundsätzlichen gemeinsamen Aspekte dieser Auffassungen darstellen.

Eine Interpretation der lateinamerikanischen zivil-militärischen Beziehungen unter dieser Prämisse und in einer historischen Perspektive ist für die Ziele der vorliegenden Arbeit besonders geeignet. Einerseits ermöglicht eine derartige Vorgehensweise, die erwähnten methodologischen Grundsätze in einer konkreten und synthetischen Form darzustellen, andererseits wird es auf diese Weise möglich, diejenigen Prämissen zu systematisieren, die als Grundlage für die Analyse der direkten Militärinterventionen der chilenischen Streitkräfte von besonderer Bedeutung sind. Wie sich noch zeigen wird, wird die Wechselwirkung der oben genannten Faktoren auf die zivil-militärischen Beziehungen in Chile im Mittelpunkt unserer Analyse stehen.

1.4. Sozio-ökonomische Formationen, politische Herrschaftssysteme und militärische Institutionen in Lateinamerika - ein Überblick

Es sind verschiedene Teilaspekte, die im Rahmen dieser Interpretation für die Erklärung des politischen Verhaltens der lateinamerikanischen Streitkräfte angegeben worden sind. ² Wir werden uns an dieser Stelle auf die Darstellung ihrer, für die Ziele unserer Chile-Analyse relevanten, Prämissen beschränken.

¹ Als Vertreter der erwähnten kritischen Interpretationen der zivil-militärischen Beziehungen in Lateinamerika sind hier beispielhaft folgende Autoren und Titel zu erwähnen.

Beltrán, V.R.: El papel político y social de las fuerzas armadas en América Latina. Caracas 1970.

Lindenberg, Klaus: Über die militärische Besetzung der Politik in Lateinamerika...a.a.O.

Kossok, Manfred: Zur politischen Funktion der Armeen in Lateinamerika. Aktuelle und historische Aspekte. In: Zeitschrift für Militärgeschichte. Bd. 7 Nr. 2. Berlin 1968. S. 149 - 166.

Kossok, Manfred: Möglichkeiten und Grenzen eines politischen und sozialen Funktionswandels der Streitkräfte in den Entwicklungsländern: Der Fall Lateinamerika. In: Gräbener, J: Klassengesellschaft und Rassismus. Düsseldorf 1971. S. 313 - 328.

Kossok, Manfred: Kirche und Armee. a.a.O.

Unter diesen Autoren lassen sich jedoch auch theoretische und methodologische Unterschiede erkennen. Während Lindenberg im wesentlichen von einer historisch-strukturalistischen Perspektive ausgeht ist der historische Materialismus der Ausgangspunkt Kossoks.

² Siehe Lindenberg, Klaus: Über die militärische Besetzung der Politik in Lateinamerika...a.a.O. S. 368-442.

- Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen spielen eine erstrangige Rolle bei der Erklärung der inneren Entwicklung der Militärinstitutionen (Organisation, Professionalisierung, Bewaffnung usw.) sowie für die Erklärung der politischen Interventionen der Streitkräfte in der Geschichte Lateinamerikas ¹. Diese Feststellung wird bei der Betrachtung der verschiedenen Perioden der lateinamerikanischen Geschichte deutlich.

In der Periode nach der Unabhängigkeit vom spanischen und portugiesischen Kolonialismus (1810 - 1850) waren weder die Streitkräfte noch die nationalen Gesellschaften einheitlich strukturiert ². Die

1 Über die strukturellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die das sozio-politische Verhalten der lateinamerikanischen Streitkräfte u.a. Faktoren bestimmen siehe:

Cardoso, F.H./Faletto, E: Dependencia y desarrollo en América Latina. México 1974.

Furtado, C.: La economía latinoamericana desde la conquista ibérica hasta la revolución cubana. México 1974.

Gunder Frank, Andre: Capitalismo y subdesarrollo en América latina. Buenos Aires 1974.

Sunkel, O. / Paz, P.: El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo. Madrid 1973.

Halperin Donghi, Tulio: Historia contemporánea de América Latina. Madrid 1975.

2 Die gesellschaftlichen Verhältnisse der postkolonialen Zeit sind im wesentlichen als eine Fortsetzung der strukturellen Merkmale der lateinamerikanischen Gesellschaften während der spanischen und portugiesischen Kolonialherrschaft zu verstehen. In den Unabhängigkeitskriegen erreichten die Länder Lateinamerikas zwar ihre Souveränität gegenüber den Kolonialmächten, eine Änderung der inneren Gesellschaftsstruktur erfolgte jedoch nur sehr beschränkt. Siehe dazu:

Sunkel, O. / Paz, P.: El subdesarrollo latinoamericano ... a.a.o. S. 43 - 62 und 271 - 306.

Sandoval Rodríguez, Isaac: Las crisis políticas latinoamericanas y el militarismo. México 1978. S. 39 - 93.

Über das Militär während der Kolonialzeit siehe:

Lindenberg, Klaus: Über die militärische Besetzung ... a.a.o. S. 402 - 405.

Johnson, John J.: The Military and Society in Latin America. Stanford. Cal. 1967.

Kahle, Günter: Die Encomienda als militärische Institution im kolonialen Hispanoamerika. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Band 2. Köln-Graz 1965.

Konetzke, Richard: Süd- und Mittelamerika I. Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft. Frankfurt/M. 1965. S. 157 ff.

regionalen und politischen Fraktionskämpfe zwischen den diversen oligarchischen Führern der Unabhängigkeitskriege (Handels-, Minen- und Großgrundbesitzoligarchien) hatten politisch-militärischen Charakter. Jede Fraktion vereinigte unter ihren Forderungen diverse soziale Gruppierungen und verwaltete gleichzeitig private Armeen zur Durchsetzung ihrer Interessen.¹

In dieser Periode - als Periode der Caudillo-Herrschaft bekannt - war die Unfähigkeit der oligarchischen Fraktionen, ihre Interessen innerhalb eines einheitlichen Staatsapparates real zu strukturieren, dafür verantwortlich, daß die nominell nationalen Streitkräfte keine moderne professionelle Organisation und Ausbildung erlangen konnte.²

Die Grenze zwischen staatlich-militärischer Gewalt und Privatarmeen war in der Praxis nicht definiert. Die militärisch-politische Teilnahme der Chaudillos an politischen Entscheidungen erklärt sich hier in erster Linie nicht aus einem autonomen Handeln der Streitkräfte, sondern aus den erwähnten Rahmenbedingungen, in die sie integriert sind. So waren die oligarchischen Fraktionskämpfe für die Instabilität der politischen Verhältnisse, für die mangelnde organisatorische Entwicklung der bewaffneten Institutionen sowie für die direkte Teilnahme an den politischen Entscheidungen verantwortlich.

Die nachfolgende Periode (1850 - 1930) wird im wesentlichen dadurch bestimmt, daß sich die Abhängigkeitsbeziehungen zwischen England und den lateinamerikanischen Ländern stabilisieren und weitere sozio-ökonomische und politische Prozesse innerhalb der lateinamerikanischen Gesellschaften beeinflussen.³

1 Halpering Donghi, T.: Historia contemporánea...a.a.O. S. 134 ff.

Lindenberg, K.: Über die militärische Besetzung ...a.a.O. S. 405-407.

Johnson, John J.: The Military and Society...a.a.O.

Lieuwen, Edwin: Arms and Politics in Latin America. New York 1960. S. 18 - 24.

Sandoval Rodríguez, Isaac.: Las crisis políticas...a.a.O. S. 64 - 93.

Kossok, Manfred: Zur politischen Funktion der Armeen in Lateinamerika. a.a.O. S. 155 - 156.

Sotelo, Ignacio: Vom Militärcaudillismus zur militärischen Technokratie. In: Sotelo, I./ Eber, K./ Moltman, B.: Die bewaffneten Technokraten. Militär und Politik in Lateinamerika. Hannover 1975. S. 11 - 26.

2 Sandoval Rodríguez, I.: Las crisis políticas...a.a.O.

3 Furtado, C.: La economía latinoamericana...a.a.O. S. 35 - 44.

Sunkel, O./ Paz, P.: El subdesarrollo...a.a.O. S. 62-69 und 297 ff.

Fertigwaren werden aus den Metropolen - hierbei insbesondere, aber nicht ausschließlich, aus England - importiert, während die lateinamerikanischen Wirtschaften in erster Linie von Rohstoffexporten abhängig sind. Der Staat spielt in dieser Periode eine viel bedeutendere Rolle als in der Periode der Caudillo-Herrschaft. Ein Teil der Exportgewinne von Rohstoffproduktionen, die zum größten Teil an die Metropolen fließen, wird durch ein Besteuerungssystem über die Exporte an die entsprechenden Staaten bezahlt und bleibt so im Lande. Dieses Staatseinkommen wird nach bestimmten Kriterien in die innere, von den oligarchischen Fraktionen kontrollierte Wirtschaftsdynamik der Länder reintegriert. Der Staat handelt so als Verwalter bzw. Umverteiler der größten Einkommensquelle der Länder, was zur Verstärkung, Legitimierung und Strukturierung seiner Funktionen beiträgt ¹.

Die früher konkurrierenden oligarchischen Fraktionen einigen sich unter den gegebenen Umständen und erreichen einen politischen Minimal-Konsens, auf dessen Basis sie ihre nicht aufgehobenen Differenzen weiterhin austragen. Der Kampf um eine Kontrolle der Machtorgane des Staates findet hier unter einer grundsätzlichen politischen Übereinstimmung statt und ist am Anspruch der unterschiedlichen oligarchischen Fraktionen orientiert, sich einen möglichst hohen Anteil am Staatseinkommen anzueignen.

Eine andere Folge der Stabilisierung des Exportmodells war die relative Dynamisierung der wirtschaftlichen Struktur der lateinamerikanischen Länder, die bedeutende Konsequenzen für den Prozeß der sozialen Differenzierung dieser Gesellschaften hatte. Diese Entwicklung führte zur Entstehung und Formierung anderer sozialer Klassen und Schichten - zum Beispiel der Arbeiterklasse, der Mittelschichten und der Industriebourgeoisie -, die allmählich alternative Interessen entwickeln und am Ende dieser Periode die Grundlagen des Exportmodells und seiner politischen Institutionen entschieden in Frage stellen ².

Die erwähnten Grundmerkmale der gesellschaftlichen Ordnung hatten eine entscheidende Bedeutung für die Organisation und die politische Orientierung der lateinamerikanischen Streitkräfte. Es ist die Periode, in der der integrierte oligarchische Staat einheitliche bewaffnete Institutionen errichten muß. Die Streitkräfte werden jetzt dem Staat unterge-

1 Sunkel, O. / Paz, P.: El subdesarrollo ... a.a.O. S. 306 ff.

2 Sunkel, O. / Paz, P. ebd. S. 344 ff.

Cardoso, F.H. / Faletto, E.: Dependencia ...a.a.O. S. 54 ff.

ordnet; eine deutliche Hierarchisierung und eine definierte Rangstruktur nach modernen Kriterien wird eingeführt; das Ausbildungssystem wird vereinheitlicht, für alle Teile der Streitkräfte verbindlich und nach dem Muster der europäischen und später der nordamerikanischen Streitkräfte verwirklicht ¹. Ein Prozeß der Professionalisierung und der Modernisierung der Militärinstitutionen wird während dieser Periode in Gang gesetzt. Mangels organisatorischer und erzieherischer Fähigkeiten der lateinamerikanischen Streitkräfte wurde dieser Prozeß von den europäischen Militärmissionen eingeleitet. Der Zeitpunkt für den Beginn der Transformation der Militärinstitutionen Lateinamerikas läßt sich datieren auf die Ankunft der deutschen Militärmission in Chile im Jahre 1885 ². Die politische Übereinstimmung der oligarchischen Fraktionen und die Stabilität des Exportmodells bis etwa zum Ersten Weltkrieg trug entschieden zur Identifizierung der Streitkräfte mit den Fundamenten der oligarchischen Ordnung bei, was zu einer Einschränkung des Spielraums für militärische Interventionen führte ³. In der Tat kann man feststellen, daß direkte Militärinterventionen in dieser Periode selten sind. Der Charakter der Militärinterventionen in späteren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wird auch bei dieser Interpretation nach den oben erwähnten methodologischen Grundsätzen analysiert. So werden zum Beispiel die Militärregierungen der zwanziger und der dreißiger Jahre, die als populistisch gekennzeichnet werden, als Ausdruck der Krise des Exportmodells infolge der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929, als Ausdruck der Krise des politischen Herrschaftsmodells der oligarchischen Fraktionen und als Ausdruck der Entstehung und Formierung weiterer sozialer Klassen und Schichten verstanden, die einerseits die exklusive oligarchische Herrschaft aus politischen und wirtschaftlichen Gründen

1 Lieuwen, Edwin: Arms and Politics ... a.a.O. S. 31 ff.

Johnson, John J.: The Military and Society ... a.a.O. S. 69 ff.

Epstein, Fritz T.: European Military Influences in Latin America. Unpublished Manuscript. Library of Congress. Washington 1941.

Rouquié, Alain: L'Etat Militaire ... a.a.O. S. 94 - 126 und 148 - 193.

Veneroni, H.L.: Estados Unidos y las fuerzas armadas de America Latina. Buenos Aires 1971.

2 Lieuwen, E.: Arms and Politics ... a.a.O. S. 31 - 32.

3 Rouquié, Alain: L'Etat Militaire ... a.a.O. S. 88 ff.

Sandoval, Rodríguez, I.: Las crisis políticas ... a.a.O. S. 93 ff.

bekämpfen, andererseits sich um eine Partizipation bemühen ¹.

Die Unterschiede zwischen den sozialen Trägern des alten Herrschaftsmodells und den um eine Partizipation an der politischen Macht kämpfenden Gruppen konnten nur durch die direkte politische Intervention der Streitkräfte überbrückt werden. Die historische Funktion der in diesen Jahren entstandenen Militärregierungen - die Regierung von Ibanéz in Chile, von Vargas in Brasilien, von Perón in Argentinien u.a. - lag in ihrer Fähigkeit, die grundsätzlichen Interessen der oligarchischen Fraktionen zu wahren und gleichzeitig eine Partizipation an den Machtentscheidungen der bis dahin von diesen politischen Funktionen ausgeschlossenen Gruppen zu ermöglichen. Diese Integration gilt vor allem für die Industriebourgeoisie und für Fraktionen der Mittelschichten, was zu einer neuen Zusammensetzung des herrschenden Blocks führte. Noch deutlicher wird die Einwirkung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf das politische Verhalten der Streitkräfte bei der Analyse der letzten Militärdiktaturen, die das politische Leben Lateinamerikas in den letzten zwanzig Jahren beherrscht haben. Die Militärinterventionen in Brasilien (1964), Argentinien (1966 und 1976), Bolivien (1971) und Uruguay und Chile (1973) sind dabei maßgebende Beispiele ².

Im Wesentlichen wird die Errichtung dieser Militärregime als Ausdruck der Unfähigkeit der einheimischen Monopolbourgeoisie und Agraroligarchie verstanden, ihre Macht im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Institutionen zu erhalten. Da die wirtschaftliche Macht dieser herrschenden Fraktionen nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der verstärkten Durchdringung der lateinamerikanischen Wirtschaften durch die nordamerikanischen transnationalen Unternehmen sehr eng mit dem ausländischen Kapital verbunden ist, werden diese Militärinterventionen als die letzte Reaktion dieser Interessenkoalition zur Wahrung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen verstanden.

1 Cardoso, F.H./Faletto, E.: Dependencia ... a.a.O. S. 102 - 130.

Sandoval, Rodríguez I.: Las crisis políticas ... a.a.O. S. 139 ff.

Kossok, Manfred: Möglichkeiten und Grenzen... a.a.O. S. 317 - 319.

2 Rouquié, A.: L'Etat Militaire ... a.a.O. S. 276 ff.

Carranza, M.E.: Fuerzas armadas y estados de excepción. México 1978. S. 74 ff.

Diese Reaktion ist entscheidend dadurch bedingt, daß sich in allen erwähnten Ländern alternative politische Koalitionen und soziale Bewegungen strukturieren, die als Vertretungsorgane der Arbeiterschaft, der Landarbeiter und Bauern, der radikalisierten Mittelschichten und einiger Fraktionen der einheimischen Bourgeoisie auftreten. Wesentliches Merkmal dieser Bewegungen ist ihre grundlegende Opposition zum bestehenden Gesellschaftsmodell und ihre Lösungsvorschläge, die sich an der Transformation des abhängigen Kapitalismus orientieren. Beispiele sind hier die Frente Amplio in Uruguay und die Unidad Popular in Chile.

Die Teilnahme der Streitkräfte an der Aufrechterhaltung der hegemonialen einheimischen und ausländischen Interessen wird bedeutend durch die Tatsache beeinflusst, daß die lateinamerikanischen Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine Reihe von Verträgen und Teilabkommen an die US-amerikanischen militärstrategischen Weltinteressen gebunden sind. Diese engen Beziehungen bedeuten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine Ideologisierung der lateinamerikanischen Streitkräfte auf Grundlage der von den USA im Kalten Krieg vorangetriebenen Werte. Nach der kubanischen Revolution erweiterte sich die militärische Ausbildung und Indoktrination durch die Einführung der Programme zur Bekämpfung der Guerilla-Bewegungen, die auch als Programme gegen den "subversiven Krieg" bekannt wurden. Das Fundament dieser Indoktrination war die Bekämpfung des Kommunismus auf allen Ebenen und in allen Ländern der Welt ¹.

Unter die Bezeichnung Kommunismus wurden in der Regel all diejenigen sozialen und politischen Bewegungen gefaßt, die für eine Transformation der bestehenden hegemonialen Ordnung eintraten.

Durch die Realisierung dieser Ausbildungsprogramme verstärkte sich die Politisierung der lateinamerikanischen Streitkräfte in dem Sinne, daß jetzt auch die ideologischen Grundsätze des herrschenden Blocks und die seiner ausländischen Allianzpartner übernommen wurden.

- Ein zweiter für unsere Arbeit relevanter Grundsatz dieser Konzeption postuliert, daß sich in den Militärinstitutionen ebenso wie in den Militärinterventionen unterschiedliche sozio-politischen Orientierungen widerspiegeln. Im Allgemeinen tendieren die Militärinstitutionen und

¹ Vgl. das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit.

Militärregierungen zur Aufrechterhaltung des existierenden Herrschaftssystems; gleichzeitig aber fanden in den verschiedenen Epochen der lateinamerikanischen Geschichte Militärinterventionen statt, deren sozio-politischer Inhalt mit grundsätzlichen oder partiellen Interessen anderer - sogar antagonistisch zur bestehenden Ordnung stehenden - sozio-politischen Orientierungen entsprachen ¹.

Schon in den dreißiger Jahren intervenierten die Streitkräfte, um sozio-politische Forderungen durchzusetzen, die nicht mit den Interessen der bis dahin herrschenden exportorientierten oligarchischen Fraktionen identisch waren und sich eher mit den Forderungen der Industriebourgeoisie und mittelständischen Gruppen identifizierten. Diese Tendenz wiederholte sich unter anderen Rahmenbedingungen Ende der sechziger Jahre im Fall der reformorientierten Militärdiktaturen in Peru, Bolivien, Panama und Ecuador. Es gab sogar minoritäre Gruppen innerhalb der lateinamerikanischen Streitkräfte, die sich für die Verwirklichung sozialistischer Entwicklungsmodelle einsetzten ².

Eine zentrale Erklärung dieses Phänomens finden wir in der Analyse der Ursachen und des Charakters der gesellschaftlichen Krisensituationen unter den Bedingungen der abhängigen kapitalistischen Entwicklungsmodelle der lateinamerikanischen Gesellschaften ³.

In Zeiten relativer Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse liegt die innere Hauptfunktion der Streitkräfte in der Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. In der Ausübung dieser Funktion entsteht eine klare Identifikation zwischen den Streitkräften und den hegemonialen Klassen, die die politische Orientierung der staatlichen Institutionen aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Vorherrschaftsstellung weitgehend bestimmen. In dieser Periode wird das politische Verhalten der Streitkräfte primär von dem sozialen Charakter des Staates, in den sie integriert sind, bestimmt. In Krisensituationen jedoch zeigt sich der Einfluß anderer alternativer Klassen in verstärkter Form in allen gesellschaftlichen Institutionen einschließlich der Streitkräfte. Typisch für diese Krisensituationen, die durch innere und äußere, politische und sozio-ökonomische Faktoren verursacht worden sind, ist die

1 Lindenberg, K.: Über die militärische Besetzung ... a.a.O.

Kossok, M.: Kirche und Armee. a.a.O. S. 139 - 140.

2 Vgl. das dritte und vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit

3 Kossok, M.: Kirche und Armee. a.a.O.

Tatsache, daß keine der bis dahin bestehenden gesellschaftlichen Strukturen ihre Funktionen ausüben können. Alle existierenden gesellschaftlichen Funktionsmechanismen und Wertsysteme werden noch verstärkt dadurch relativiert, daß in der Regel alternative sozio-politische Kräfte die Herrschaft der alten Klassen herausfordern. So entsteht eine Situation, in der die Bindungen der Streitkräfte an die hegemoniale Macht dementsprechend relativiert wird, was dazu führen kann, daß eine globale oder partielle Identifikation der bewaffneten Institutionen mit anderen Klassen und Schichten möglich wird.

Diese vielseitigen Identifikationsmöglichkeiten werden auch beeinflußt dadurch, daß in den Stabilitätsperioden neben der Unterstützung der gegebenen Ordnung durch die Militärinstitutionen gleichzeitig ein Prozeß der Professionalisierung und der sozialen Differenzierung innerhalb der Streitkräfte stattfindet. Ab Ende des vorigen Jahrhunderts setzen sich diese Institutionen nicht nur aus Angehörigen traditioneller oligarchischer Klassen, sondern auch aus Angehörigen bürgerlicher und mittelständischer Schichten zusammen ¹.

¹ Nun, José: Lateinamerika: Die Hegemoniekrise und der militärische Staatstreik. In: König, R. (Hrsg.): Aspekte der Entwicklungssoziologie. Sonderheft 13/1969 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln-Opladen 1969. S. 328 ff.

2. DER BÜRGERKRIEG 1891 ALS AUSDRUCK DIVERGIERENDER KLASSEN-INTERESSEN

Wenn wir uns an dieser Stelle näherhin mit dem Bürgerkrieg von 1891 befassen, dann deshalb, weil er in seinen Auswirkungen auf zwei Ebenen einen Wendepunkt für das chilenische Militär darstellt:

- Diese erstmalige direkte Intervention von Streitkräften in Staatsangelegenheiten hatte weitreichende Folgen für die innere Entwicklung der bewaffneten Institutionen.
- Mit dieser Intervention nahmen die Streitkräfte zum ersten Mal direkten politischen Einfluß auf die qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Für die gesellschaftliche Entwicklung Chiles bedeutete dieser Krieg die Durchsetzung und Weiterführung eines gesellschaftlichen Entwicklungsmodells gegen alternative Konzepte.

Die angemessene Würdigung des Bürgerkrieges von 1891 kann jedoch nur mit der Untersuchung seiner sozio-ökonomischen, politischen und militärischen Entstehungsvoraussetzungen geleistet werden.

2.1. Die sozio-ökonomische Entwicklung Chiles im 19. Jahrhundert

Die Unabhängigkeitskriege mit ihrer daraus folgenden Befreiung vom spanischen Königreich bedeuteten für Chile einen strukturellen gesellschaftlichen Wandel, der sich jedoch nicht in der Umkehr der inneren sozio-ökonomischen Machtverhältnisse äußerte. Die gesellschaftlich relevante Kraft blieb die Agraroligarchie, die die Handelsbourgeoisie und die schwache Bergbaubourgeoisie an ihrer Macht partizipieren ließ. Diese drei Gruppen bildeten die hegemoniale Macht, die im Bereich der Wirtschaftspolitik das Land bis 1925 fast widerspruchsfrei unter Kontrolle halten konnte. Später entstandene soziale Klassen wie die staatliche oder von der Privatwirtschaft abhängige Bürokratie und die industrielle Bourgeoisie konnten nur peripher an der institutionellen Macht teilhaben. Die Bergbaubourgeoisie überwand ihre anfänglich schwache

Position und erreichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren ökonomischen und politischen Höhepunkt.

Für die drei die hegemoniale Macht konstituierenden Gruppen gab es ein verbindendes Interesse ¹, die Einsicht in die Notwendigkeit freier Handelsbeziehungen mit anderen Mächten außer Spanien. Mit der Unabhängigkeit von Spanien verbesserten sich die Handelsmöglichkeiten für die befreiten Länder, die noch als spanische Kolonien in Amerika ausschließlich Handel mit dem Mutterland treiben durften ². Gerade der exportorientierte Charakter der Wirtschaftsstruktur und das Fehlen eines inneren Marktes zur Realisierung der Produktion ließen die Eröffnung des freien Handels als Verbesserung begreifen. England, USA und Frankreich traten als Absatzmärkte an die Stelle Spaniens, wobei England die wichtigste Stellung einnahm. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde dieser Kreis durch Deutschland erweitert.

Diese Auslandsbeziehungen trugen sehr früh einen abhängigen Charakter, weil die wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie nach metropolitanischen Bedürfnissen eingerichtet wurde ³, was sich besonders in weltwirtschaftlichen Krisensituationen und bei Schließung ausländischer Märkte deutlich machte.

Diese Abhängigkeit entwickelte sich phasenweise in den beiden Hälften des vorigen Jahrhunderts, in der ersten Hälfte beschränkten sich die Beziehungen auf Handel und Finanzwesen, breiteten sich jedoch in der zweiten Hälfte auf den Bergbausektor aus, wo englische, deutsche und französische Direktinvestitionen stattfanden.

Diese Entwicklung wurde nach einer Phase der phänomenologischen Betrachtung expliziter Gegenstand theoretischer Entwürfe. Die in Chile herrschenden Gruppen leisteten dazu keinen originellen Beitrag sondern bedienten sich der in Europa entwickelten liberalen wirtschaftlichen Theorieentwürfe, nach denen der Markt als Hauptrgulator der wirtschaftlichen Prozesse im nationalen wie transnationalen Kontext

1 Siehe Véliz, Claudio: La mesa de tres patas. In: Godoy, Hernán (Hrsg.): Estructura social de Chile. Santiago de Chile 1971. S. 232 - 151.

2 Halperin Donghi, Tulio: Historia contemporánea...a.a.o. S. 11 ff.
Sunkel, O. / Paz, P.: El subdesarrollo... a.a.o. S. 275 ff.

3 Gunder Frank, André: El desarrollo del subdesarrollo capitalista en Chile. In: Gunder Frank, Andre: Capitalismo y subdesarrollo en América latina. Buenos Aires 1974. S. 64 ff.

anzusehen ist ¹. So wie diese Theorie das freie Spiel der Kräfte für die ökonomischen Prozesse in einem Land fordert, ordnet sie auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Metropolen und Peripherie: Die Länder der Peripherie sollen sich auf die Rohstoffförderung konzentrieren, während die Metropolen das Produktionsmonopol behalten sollen.

Diese Theorie fand in Chiles Wirtschaftspolitik sehr schnell Anwendung und wurde zu ihrem endgültigen Fundament, nachdem die chilenische Regierung unter Manuel Montt (1851 - 1861) den französischen Wirtschaftswissenschaftler Gustav Courcelle-Seneuil als Berater berufen hatte. Als technischer Berater des Finanzministeriums und Dozent der Universidad de Chile (1855 - 1863) konnte er seinen ideologischen Einfluß fast unbegrenzt ausweiten ². Unter seiner Führung entstand die erste Generation von chilenischen Wirtschaftswissenschaftlern, die zusätzlich zu ihrer Universitätsarbeit großen Einfluß auf die politischen Parteien und die Regierungsgeschäfte nehmen konnten. Zeugnisse ihres Wirkens finden wir in den Erläufen über gegenseitige Handelsfreiheit zwischen Chile auf der einen und England, Frankreich, Deutschland und den USA auf den anderen Seiten im Jahre 1864. Dieser Erlaß führte zu einem Defizit der chilenischen Handelsbilanz mit diesen Ländern, zur Schwächung der chilenischen Industrieentwicklung, da protektionistische Maßnahmen für chilenische Produkte nicht vorgesehen waren, und zur faktischen Zerstörung der chilenischen Handelsmarine ³.

Einen wichtigen Faktor für diese wirtschaftliche Entwicklung stellt die sehr frühe Institutionalisierung der politischen Verhältnisse in Chile dar.

Das Jahr 1830 markiert den Anfang einer neuen Epoche in der chilenischen Geschichte. Fast zwanzig Jahre lang war sie gekennzeichnet von einer anarchistischen Periode, in der die politischen Institutionen ständig in Frage gestellt und Experimenten unterzogen wurden. Föderalistische

1 Caputo, O. / Pizarro, R.: Dependencia y relaciones ... a.a.O. S. 10 ff.

2 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo económico-social de Chile. Santiago de Chile 1955. S. 44 - 46.

3 Die Regierungen Prietos (1831 - 1841) und Bulnes hatten noch Maßnahmen zum Schutz der Handelsmarine vor amerikanischen und europäischen Konkurrenten erlassen, die vorsahen, daß jede in einem chilenischen Schiff im- oder exportierte Ware Steuererleichterung bekommen würde. Siehe Veliz, C.: La mesa de tres patas. a.a.O. S. 234 - 235; Gunder Frank, Andre: El desarrollo ...a.a.O. S. 64 ff;

Vitale, Luis: Interpretacion marxista de la Historia de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1971. S. 156 ff.

Regierungen lösten autoritäre Regierungen ab, keine Regierung konnte jedoch so lange überstehen, wie die Verfassung, wovon es auch mehrere gab, es vorsah ¹.

Mit dem Sieg einer konservativen Fraktion in der Schlacht von Lircay 1830 setzten sich die Interessen der konservativen Handelsbourgeoisie und der Agraroligarchie gegen die der besiegten liberalen Gruppen durch ². 1833 entstand so die erste langfristig gültige Verfassung des Landes, die nach einigen Jahrzehnten nur reformiert wurde. Sozio-ökonomische Interessen verbanden sich so mit politischen Interessen, daß die Übernahme der politischen Macht durch die oben näher beschriebenen Gruppen die konkrete Durchsetzung eines Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells darstellt.

Entscheidend für die Stärkung der politischen Macht dieser Gruppen war die Auflösung der bestehenden Armee und die Einführung ziviler Milizen unter ihrer direkten Kontrolle ³. Im Folgenden müssen wir die konstituierenden und stabilisierenden Faktoren dieser Herrschaftsform im einzelnen untersuchen.

Wie schon oben skizziert bedeutet die Erlangung der Unabhängigkeit keinen qualitativen Wechsel im Produktionssektor, sondern war Grundlage für die Modernisierung und Diversifizierung der noch in der Kolonialzeit festgelegten Strukturen. Durch die Aufnahme exportorientierter Freihandelsbeziehungen geschah auf der einen Seite Chiles weltwirtschaftliche Integration, auf der anderen Seite die Unterordnung des eigenen Binnenmarktes. All die Güter, die nicht im Lande produziert wurden, wurden importiert, die eigene Produktion solcher Güter wurde nicht gefördert. Für die herrschenden Gruppen bedeuteten diese Prioritäten in der Handelspolitik den unbeschränkten Zugang zum Luxusgüterkonsum, für die chilenische Wirtschaft eine defizitäre Handelsbilanz, eine progressive Entkapitalisierung und eine eingeschränkte industrielle Entwicklung, die überhaupt erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte ⁴.

1 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.o. S. 89 ff.
Edwards, Alberto: Bosquejo histórico de los partidos políticos chilenos. Santiago de Chile 1976. S. 21 ff.
León Echaiz, R.: Evolución histórica de los partidos políticos chilenos. Buenos-Aires - Santiago de Chile 1971. S. 3 ff.
Eyzaguirre, Jaime: Historia de las instituciones políticas y sociales de Chile. Santiago de Chile 1979. S. 69 ff.

2 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.o.

3 Ebd. S. 200-203.

4 Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo frustrado. Santiago de Chile 1973. S. 25 ff.

2.1.1. Der Agrarsektor

Der geographische Raum, in dem sich Chiles Agrarwirtschaft entwickelte, entspricht dem Raum, in dem sich das politische und gesellschaftliche Leben abspielte. So lebten 1865 28,6 % der Bevölkerung in der Stadt, 71,4 % auf dem Lande ¹. Diese offensichtliche Dominanz des Agrarsektors gilt es nun zu untersuchen. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz als koloniales Erbe bestimmte das ganze 19. Jahrhundert die Struktur des chilenischen Agrarsektors. Die nachkoloniale Entwicklung war jedoch von einer größeren Konzentration des landwirtschaftlichen Eigentums geprägt. 1869 bewirtschafteten 2.300 Großgrundbesitzer 70 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, wohingegen 27.000 Landwirte die anderen 30 % bewirtschafteten ². Mit der enormen Ausweitung der Latifundien - auf teilweise 5000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ³ - wurde die ökonomische Ausbeutung des Bodens unmöglich.

"Er (der Großgrundbesitzer, F.E.) bedingt die Vergeudung fruchtbaren Bodens, er verhindert die Anwendung neuer und perfekterer Produktivkräfte in der Landwirtschaft; letztlich hält er die Institution der Inquilinaje (Pachtwesen, F.E.) aufrecht, mittels derer er eine große Zahl von Menschen, die in wenig qualifizierter Arbeit beschäftigt sind, zum Objekt rücksichtsloser Ausbeutung macht." ⁴

Diese rückständigen Produktionsverhältnisse weisen Ähnlichkeiten mit feudalen Produktionsverhältnissen auf, erklären aber nicht das System, in dem sich diese Verhältnisse abspielen. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Latifundien diente fast ausschließlich der Befriedigung der luxurorientierten Konsumwünsche ihrer Besitzer, die kein Interesse an einem Kapitalakkumulationsprozeß hatten. Der liberale Historiker und Politiker Benjamin Vicuña Mackenna stellte diese Situation so dar:

"Die Erde hat uns das Getreide, die Weide, den Speck und das Dörrfleisch gegeben; wir haben uns selbst Brokatstoffe, goldene Pariser Kutschen, livrierte Diener ... gegeben, jede Hazienda hat das Kapital zum Bau eines Palastes in der Hauptstadt." ⁵

1 Jobet, J.C.: Ensayo crítico ... a.a.O. S. 50.

2 ebd. S. 50 - 51.

3 ebd. S. 50 - 51.

4 Ramírez, Hernán: Historia del movimiento obrero en Chile. Santiago de Chile 1956. S. 52.

5 Vicuña Mackenna, Benjamín: Las dos crisis actuales. In: El consejero de la agricultura. Tomo II. Santiago de Chile. o.J. S. 395. Zit. nach: Ramírez, Hernán: Historia del movimiento ... a.a.O. S. 52.

Mit der Ausschaltung eines Binnenmarktes durch die alleinige Orientierung der chilenischen Wirtschaft auf die Konsumbefriedigung der herrschenden Gruppen ergab sich die volkswirtschaftlich problematische Situation, daß im Bereich der Wirtschafts- und Agrarentwicklung die Impulse insbesondere vom Ausland ausgingen. Die Exportsteigerung chilenischer Agrarprodukte war Folge einer erhöhten Auslandsnachfrage, der chilenische Binnenmarkt konnte keine ausreichenden Impulse für die Agrarentwicklung geben. Ein solcher Nachfrageimpuls ergab sich mit dem Goldboom in Kalifornien und Australien, wodurch sich ab 1840 die Exportrate chilenischer Agrarprodukte (Gerste, Bohnen, Weizen und Mehl) erhöhte. Mit der industriellen Ausbeutung der Salpetervorkommen in Peru und den kapitalistischen Akkumulationsprozessen in den Industriellen Metropolen England und Frankreich erhöhte sich die Nachfrage nach chilenischen Agrarprodukten fortschreitend ¹. Diese Exportsteigerung war Grundstein für eine gewisse Mechanisierung der Landwirtschaft. Innovative Investitionen wie Bewässerungsanlagen und Agrarmaschinen waren der Anfang für eine begrenzte agro-industrielle Entwicklung ². Die mit dem Erwerb der Salpeterminen expandierende einsetzende Bergbauwirtschaft hatte auch für den Agrarsektor weitreichende Folgen. Das langsame Entstehen eines Binnenmarktes durch die erhöhte Konsumnachfrage der Minenarbeiter führte zur Integration neuer Territorien (Magellanen, Araucaner-Gebiete) ³, die als landwirtschaftliche Nutzflächen ausgebeutet werden konnten. An der agrarischen Ausbeutung dieser neuen Territorien hauptsächlich beteiligt waren die deutschen

1 Sepúlveda, Sergio: El trigo chileno en el mercado mundial. Santiago de Chile 1959. S. 49 ff.

Bauer, Arnold J.: Expansión exomónica en una sociedad tradicional: Chile central en el siglo XIX. In: Revista Historia, Nr. 9. Universidad Católica de Chile. Santiago de Chile 1970. S. 151 ff.

2 Hernández, Silvia: Transformaciones tecnológicas en la agricultura de Chile central. Siglo XIX. In: Cuadernos de CESO. Nr. 3. Santiago de Chile 1966. S. 14.

3 Die Eroberung des Araukaner-Gebietes durch das chilenische Heer galt in der offiziellen chilenischen Geschichtsschreibung als "Befriedung der Araukaner-Gebiete", stellt sich jedoch in Wirklichkeit als ein blutiger Krieg gegen die araukanische Minderheit zur Durchsetzung der Kolonisation neuer Gebiete für die deutschen Siedler und inländischen Kapitaleigner dar. Vgl. Vitale, Luis: Interpretación marxista de la historia de Chile. Tomo IV. Frankfurt/M. 1975. S. 156 ff. Barcelo Lira, José M.: La evolución del ejército chileno desde la ocupación del territorio araucano (1859 - 1879) hasta nuestros días. In: Memorial del ejército de Chile. Jg. 28. 1. Semester. Santiago de Chile 1935. S. 199 - 218.

Siedler¹ und inländischen Kapitaleigner. Das Auftreten dieser neuen Schicht von Agrarunternehmern ist nicht nur hinsichtlich der fortschreitenden Entwicklung im Agrarsektor, sondern auch für die ökonomische und politische Entwicklung Chiles von Bedeutung.

Die ökonomische Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren spiegelte sich in der hegemonialen Entwicklung ihrer materiellen Träger wieder. Wenn auch die Agraroligarchie während des 19. Jahrhunderts die hegemoniale Macht blieb, so bedeutete doch die Schwächung des Agrarsektors durch Exportunterbrechungen die Stärkung anderer Sektoren. Die das Bergbaukapital representierenden Gruppen setzten sich im politischen und ökonomischen Bereich durch liberale Auffassungen von den konservativen Agrargruppen ab. Der offene Kampf der verschiedenen Gruppen um die Staatsmacht stand jedoch hinter den verbindenden gemeinsamen Interessen zurück.

2.1.2. Der Bergbausektor

Die industrielle Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in Chile geschah in verschiedenen Etappen: zuerst - und das aufgrund der globalen Nachfrage - das Silber, dann das Kupfer und später - nach dem Pazifik-Krieg zwischen Chile auf der einen und Peru und Bolivien auf der anderen Seite (1879 - 1883) - das Salpeter. Auch hier entwickelte sich aufgrund des fehlenden Binnenmarktes ein stark exportorientierter und abhängiger Wirtschaftssektor. Das Entstehen dieses Produktionssektors war von enormer Wichtigkeit für die weitere politische und soziale Entwicklung in Chile, war es doch dieser Sektor, wo sich die bürgerlichen Gruppen zu den Impulsgebern liberaler Ideen machten, wo sich die Keimzellen der organisierten Arbeiterbewegung in Chile bildeten und wo sich durch ausländische Direktinvestitionen der Charakter wirtschaftlich abhängiger Entwicklung herausbildete.

¹ In der Regierungszeit von Manuel Montt (1851 - 1861) gab es die erste Einwanderungswelle deutscher Siedler in Chile im Gebiet von der Provinz Cautin bis Chiloé. Vgl. Blancpain, Jean-Pierre: Les allemands au Chili (1816 - 1945). Köln-Wien 1974.

Ein interessantes Phänomen ist die ausschließlich inländische Ausbeutung der Silbervorkommen, die unter Verzicht auf ausländische Unterstützung weitestgehend von der Kommerzialisierung ausgenommen war ¹. Anders verhielt es sich im Kupferbergbau, wo der Einfluß der Engländer schon von Anfang an deutlich wurde. Dieser Einfluß resultierte nicht aus englischen Direktinvestitionen, sondern vermittelte sich über die Kreditvergabe und die Kommerzialisierung dieses Rohstoffes. Wenn die Engländer durch Direktinvestitionen auch nur 30 % der gesamten Kupferproduktion kontrollierten, so war ihr indirekter Einfluß durch die Kontrolle über die Eisenbahn, einen Teil der Handelsmarine und die Aktivitäten der Handelshäuser um ein vielfaches größer. Für die Engländer war die Belieferung ihrer Hochöfen mit chilenischem Kupfer sehr bedeutend, so lag der Anteil Chiles in der Weltkupferproduktion im Zeitraum 1860 bis 1880 auf dem ersten Platz, 63 % dieser Produktion wurde nach England ausgeführt.

Die Ausbeutung dieses Rohstoffes geschah in der Hauptsache durch kleine und mittlere Minenunternehmen, deren Kapitalstöcke für eine autonome Förderung nicht ausreichten. Daher wurde es für sie notwendig, wenn sie die Möglichkeiten der Kommerzialisierung nutzen wollten, sich direkt zu verschulden, d.h. in Kapital oder Produktionsmitteln. Anbieter dieser beiden für die Produktion notwendigen Mittel waren nur zu einem kleinen Teil Chilenen, der Großteil rekrutierte sich aus Engländern ².

Die ausländischen und wenigen inländischen Kreditgeber, die in der Regel Händler und nicht Bankiers waren, investierten ihre Gewinne in den Ausbau der Infrastruktur und verarbeitenden Industrie, die beiden Bereiche, die Quelle ihrer Gewinne waren, jedoch nicht im unmittelbaren Produktionssektor.

1 Hermann, Alberto: La producción en Chile de los metales y minerales mas importantes desde la conquista hasta fines del año 1902. Santiago de Chile 1903. S. 30 - 32.

2 "Ihre Funktion bestand darin, die kleineren Minenunternehmen durch die Gewährung von Krediten (zur Ausbeutung ihrer Minen. F.E.) zu befähigen - auf der einen Seite durch Geldvergabe auf der anderen durch Warenvergabe -. Mit diesem Handel erwirtschafteten sie einen doppelten Gewinn: so forderten sie einerseits hohe Zinsen für die Kredite, andererseits hohe Preise für die Waren ... Zusätzlich verpflichtete sich der Minenunternehmer in der Regel, seine Produkte den Befähigten zu billigen Preisen zu verkaufen." Siehe Pérez Rosales, Vicente: Ensayo sobre Chile. Santiago de Chile o.J. S. 446 - 447.

Das Auftreten der USA als größtem Konkurrenten im globalen Kupfergeschäft konnte die so geschwächte chilenische Kupferindustrie nicht auffangen ¹. Wie wir später noch sehen werden, bedingte die dekadente Entwicklung im Kupferbergbau die Umverteilung der Kapitalstöcke auf den Salpeterabbau.

Vorher konnten sich unter dem Schutz des expansiven Kupfergeschäftes andere Sektoren entwickeln. Mit dem Anstieg der kupferverarbeitenden Industrie in Chile stieg der Kohlebedarf. Dieser Sektor war entsprechend exportunabhängig und unter der Kontrolle inländischer Kapitaleigner, auch wenn die Engländer - teilweise sogar mit Erfolg - immer wieder die Einfuhr englischer Kohle durchzusetzen versuchten. Mit Beginn des Jahres 1850 begann in den Provinzen Tanapaca und Autofagasta - beides noch bolivianische und peruanische Territorien - der Abbau eines neuen Minerals, des Salpeters. Dieses Mineral erhält seine auch wirtschaftlich hohe Bedeutung mit der Entdeckung seines Gebrauchswertes als Düngemittel in den USA und Europa. Das Weltmonopol des Salpeterabbaus konzentrierte sich in diesem Gebiet.

Peruanische und chilenische Kapitaleigner waren die bedeutendsten Investoren in diesem Sektor, nur zu einem kleinen Teil waren englische, deutsche und italienische Kapitaleigner beteiligt. Bis 1875 verfügten die peruanischen Kapitaleigner über 54 % der Direktinvestitionen, die chilenischen über 18 % und die englischen über 15 %. Interessant zu sehen ist, daß sich die englische Beteiligung an diesem Sektor ohne Kapital aus der Metropole, sondern mit Kapital von chilenischen oder peruanischen Banken ereignete ².

"Es sind nicht die englischen Kapitaleigner gewesen, die den Initialimpuls für das Entstehen und die aktuelle Entwicklung dieses Industriezweiges gegeben haben. ... Die chilenische Gesellschaft für Konsignation (Compania Chilena de Consignaciones. F.E.) investierte in den Ausbau der Salpeterindustrie mehr als 1.500.000 Pesos, die Bank Edward, die sich in diesem Bereich engagierte, und fünf andere Handelshäuser des Hafens von Valparaiso investierten mehr als 1.000.000 Pesos." ³

1 Ramírez, Hernán: Historia del movimiento ... a.a.0. S. 36.

2 Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución de 1891. Santiago de Chile 1972. S. 16.

3 Billinghamst, Guillermo: Los capitales salitreros de Tarapacá. Santiago de Chile 1889. S. 30.

In Valparaiso organisierten sich andererseits 11 Aktiengesellschaften, die sich an dem Projekt des Salpeterabbaus in Tarapaca beteiligten, wodurch sich der Anteil der chilenischen Kapitalbeteiligung in diesem Sektor im Jahre 1870 auf 6.500.000 Pesos erhöhte ¹.

Auf diese Weise gestaltete sich die chilenische wie auch die englische Finanzierung im Salpeterabbau, ohne daß es für das Land Chile selbst ein Direktinvestitionskonzept gegeben hätte.

Im Jahre 1879 brach dann der sogenannte Pazifikkrieg zwischen Chile auf der einen und Peru und Bolivien auf der anderen Seite aus, ausgelöst durch die chilenischen, englischen und deutschen ² Interessen an den Salpetervorkommen im späteren Norden Chiles, die durch Nationalisierungspläne der peruanischen Regierung gefährdet schienen. Ähnliche Interessen verfolgten Chiles Kapitalgruppen auf bolivianischem Territorium.

Für die Nationalisierung des Salpeters wurden die Kapitaleigner mit Anteilscheinen abgefunden, die jedoch, als das chilenische Militär auf die peruanische Hauptstadt zumarschierte, immer mehr an Wert verloren. Diese Situation nutzte der Engländer J. T. North - eine Figur, die im politischen und wirtschaftlichen Bereich eine relevante Rolle spielte, auch in den dem Krieg folgenden Ereignissen -, um mit dem Geld der nationalen und englischen Finanzgruppen den mehrheitlichen Anteil im

1 Billinghamurst, Guillermo: Los capitales salitreros ... a.a.O. S. 30.

2 Auch wenn der Einfluß des deutschen Kapitals nie so groß war wie der englische - er erreichte in der Provinz Tarapaca jedoch immerhin 8 % des Besitzes -, so war ihre Teilhabe am Krieg nicht unbedeutend. Vgl. Hell, Jürgen: Deutschland und Chile von 1971 - 1918. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. 14. Jahrgang. Heft 12. Rostock 1965. S. 81 - 105.

Salpetergeschäft zu erkaufen.¹

Nach der chilenischen Eroberung der ursprünglich peruanischen und bolivianischen Territorien mußte die chilenische Regierung festlegen, wie die weitere Entwicklung im Salpeterabbau, dessen Verwalter sie nun waren, verlaufen sollte. Fernerhin mußte auch ein Weg gefunden werden, wie mit den Anteilseignern verfahren werden sollte. Zu diesem Berufe setzte die chilenische Regierung eine Kommission ein, die aus den Schülern des liberalen Wirtschaftswissenschaftlers Gustav Courcelle-Deneuil, Marcial Gonzales und Zorobabel Rodrigues bestand. In ihrem Bericht beanstandeten sie als größtes Übel die durchgeführte peruanische Verstaatlichungspolitik - die Nationalisierung der Salpeterindustrie -. Dieses Urteil basierte auf "dem Grundaxiom, daß sich der Staat immer als schlechter Wirtschaftsverwalter erwiesen habe."²

Die beiden Politiker und Ökonomen rieten der chilenischen Regierung, "um dieses gefährliche und alle Kräfte absorbierende System zu bekämpfen, daß es Chile zu wünschen sei, die vorrangigen Regeln einer guten öffentlichen Wirtschaftspolitik, die die totale Enthaltung des Staates aus der speziellen Domäne der Industrie forderten, in die Realität umsetzen zu können."³

1 Hell bemerkt dazu: "Der Krieg war vor allem das große Geschäft des englischen Spekulantenkönigs John Thomas North, der die Mehrzahl der deutschen Werke nach dem Krieg aufkaufte. Mit 20 Pfund im Beutel war er nach Chile gekommen und hatte sich 1871 durch den Ankauf kleinerer Salpeterfelder selbständig gemacht. Bei Kriegausbruch 1879 segelte er nach London, sicherte sich die Unterstützung des Finanzmagnaten Rothschild und kehrte wieder nach Iquique zurück mit einigen Dampfern und Schaluppen, die er sofort der chilenischen Flotte zur Verfügung stellte. Mit den englischen Finanzgrößen im Hintergrund wurde er der Lenker der Kriegsgeschicke. Für seine Dienste schenkte ihm der chilenische Flottenchef 40 000 t beschlagnahmten Guano, den er für 800 000 Dollar verkaufte. Der Spekulant legte diesen Gewinn in peruanischen Salpeterscheinen an, weil er um den Ausgang des Krieges wußte. Diese Schuldscheine wurden schon vor dem Kriege, soweit sie nicht in Händen der Salpeterunternehmer geblieben waren, an der Börse in Lima gehandelt. 1879 stand der Kurs noch auf 60 % des Nominalwertes, sank dann nach den Erfolgen Chiles 1880 aber auf 11 % des Nominalwertes. North kaufte jetzt alle Schuldscheine auf, die er erreichen konnte. Sein Spekulationsbruder Dawson, Leiter der Bank von Tarapaca und London (Rothschild) in Iquique, gab ihm Kredite so viele er nur wünschte." Siehe Hell, Jürgen: Deutschland und Chile ... a.a.O. S. 85.

2 Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo frustrado ... a.a.O. S. 83 - 84.

3 ebd. S. 84.

In Anlehnung an diese Ratschläge verfügte die chilenische Regierung, daß derjenige zum weiteren Abbau der Salpetervorkommen berechtigt sei, der über drei Viertel der von Peru ausgegebenen Anteilscheine verfügte und den Gegenwert des übrigen Viertels in gängiger Währung bezahlte. Auf diese Weise konkretisierte sich der Übergang des Salpeterabbaus in den Herrschaftsbereich des englischen Monopols von J.T. North.¹ Wenn die Engländer auch 1875 über nur 15 % des Salpeterkapitals verfügten, stieg ihr Anteil nach dem Krieg 1884 auf 34 % und erreichte im Jahre 1890 den Höchststand mit 70 %.² Dieser Prozeß der Entnationalisierung der Salpeterwirtschaft hatte weitreichende Folgen für die weitere Entwicklung Chiles. Die Stagnation und der Rückgang auf den internationalen Absatzmärkten für Silber und Kupfer hatte vor dem Krieg im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich in Chile eine große Krise hervorgerufen. Mit der Steigerung der Importsätze und der wachsenden Auslandsverschuldung wuchs die defizitäre Zahlungsbilanz, so daß die Entwicklung der Salpeterindustrie in Chile einen bedeutenden Impuls für diese Gesellschaftsformation darstellte. Schon innerhalb kürzester Zeit lag der Anteil des Salpetersektors am gesamten staatlichen Steuereinkommen bei mehr als 60 %. Diese Entwicklung prägte auch die weitere Konsolidierung der traditionell herrschenden Gruppen: so auf der einen Seite die inländische Handels- und Finanzbourgeoisie, die sich in dem Bereich der Kreditvergabe an englische Unternehmen betätigte, auf der anderen Seite die inländische Agraroligarchie, für die mit der Industrialisierung des Salpeterabbaus neue Märkte entstanden waren. Das Entstehen dieses Binnenmarktes für Agrarprodukte traf zu einem Zeitpunkt ein, als die chilenische Agraroligarchie im Exportbereich nicht mehr mit anderen exportierenden Ländern, wie Argentinien, konkurrieren konnte.³

Dieser gewaltige Salpeterboom brachte den Großgrundbesitzern weitere materielle Vorteile, so sank ihre direkte Steuerlast proportional

1 Basadre, Jorge: Una antología sobre la guerra del pacífico. Biblioteca de autores tacneños. Tacna 1976. S. 36 - 39.

2 Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución ... a.a.O. S. 19.

3 "Je mehr die Agrarexporte zurückgingen, ... desto mehr waren die Agrarproduzenten auf die Lieferung in die Wüstenzonen Nordchiles angewiesen, wo bis heute fast alle Bergbaubetriebe liegen." Siehe Eßer, Klaus: Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut. Reinbeck bei Hamburg 1972. S. 16.

mit der Steigerung der direkten Staatsfinanzierung durch den Salpetersektor. Lag der Anteil des Einkommens aus dem Außenhandel am Gesamtstaatseinkommen 1854 noch bei 66,1 %, hatte er 1897 schon den Höchstwert von 97 % erreicht und damit den Anteil des indirekten Steuereinkommens am Gesamteinkommen auf die restlichen 3 % gedrückt und zugunsten der inländischen Kapitaleigner und Großgrundbesitzer die direkte Steuerpflicht überflüssig gemacht.¹

Weiterhin profitierten die Großgrundbesitzer im Bereich der Kreditgeschäfte. So zahlten sie vom Staat gewährte Kredite in entwerteter Währung zurück, nachdem sie den Staat zu einer Inflationspolitik gezwungen hatten, weil nur so für sie Gewinne im Kreditgeschäft zu erwirtschaften waren. Gleichermaßen regten sich andere gesellschaftliche Gruppen, die ein besonderes Interesse an einer stabilen Währung hatten, wie z.B. die den Binnenmarkt konstituierende mittelständische Bürokratie und Handwerkerschaft und die anfängliche Industriebourgeoisie. Gegen diese Stabilisierungsversuche setzte sich jedoch der kollektive Druck der gemeinsamen Interessen der Agrarschuldner durch.²

Diese wachsende Abhängigkeit der chilenischen Wirtschaftsstruktur von im wesentlichen nur einer produktiven Tätigkeit läßt sich funktional so analysieren: Abgesehen von einer größeren Krisenanfälligkeit durch die Monoproduktion bedeutete diese Entwicklung die Konsolidierung rückständig wirtschaftlicher Strukturen und die weitere Machtstellung ihrer gesellschaftlichen Träger.

2.1.3. Der Handels- und Finanzsektor

Der chilenische Handelssektor, schon zu Kolonialzeiten existent, war für die Kommerzialisierung und Entwicklung der Export- und eingeschränkt auch der Importwirtschaft von großer Bedeutung. Die Entwicklung im Bergbausektor führte zum Entstehen eines Beziehungsnetzes im Norden des Landes, wo die Händler eine besondere Rolle als Kreditgeber spielen konnten. So gründet das Banksystem in dem ursprünglichen System der Befähigung kleinerer Unternehmen zum Abbau

¹ Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo frustrado ... a.a.O. S. 79.

² ebd. S. 90 ff.

der Bodenvorkommen, des mit der Zeit jedoch immer weitere Sektoren an sich zog. Die gemeinsame Artikulation von Handels-, Agrar- und Bergbausektor in einem Bankensystem erklärt sich aus der Möglichkeit höherer Gewinne für diese Sektoren und der Finanzierung eigener produktiver Tätigkeiten.¹ Diese Entwicklung fand ihre institutionelle Entsprechung im Bankemissionsgesetz von 1860,² welches ganz im Sinne des liberalen Wirtschaftswissenschaftlers Gustav Courcelle-Seneuil nur minimale Voraussetzungen für die Errichtung einer Bank fordert. Dieses von Chilenen gegründete und mit Zweigstellen bis nach Bolivien reichende Bankensystem wurde etwa ab 1880 von ausländischen Kapitaleignern zunehmend beeinflusst.

Im Bankensektor waren die Interessen der oligarchischen Gruppen, wie oben schon gesehen, verschmolzen, von da aus wurden die gemeinsamen Interessen kollektiv artikuliert. Im Banksektor waren die Versuche dieser Gruppen zentralisiert. Vorherrschenden Einfluß auf Regierung und verfassungsgebende Organe zu nehmen, um günstige Gesetze zu fördern und ungünstige zu verhindern.

Die Bedeutung dieses Sektors wird besonders bei der Betrachtung der ökonomischen Krisensituationen deutlich. Die internationalen Krisen (1857 - 1861) und vor dem Pazifik-Krieg) bedeuteten den Rückfall der Exportquoten und damit eine Minderung des Nationaleinkommens. Die chilenische Regierung entschied sich für einen wirtschaftsliberalen Weg aus der Krise, in dem sie die Privatemission ohne ausreichende staatliche Kontrolle erlaubte, eine Erlaubnis, die als unmittelbar folgende Phänomene das Anwachsen der Staatsverschuldung und eine rege Spekulationstätigkeit nach sich zog.³ Ziel dieser Maßnahme war die Verbesserung der Verwertungsbedingungen im Exportsektor. Als weitere Folge der unkontrollierten Geldschöpfungsmöglichkeiten ergab sich eine Inflation, die sich in das Konzept einer allgemeinen Währungsdestabilisierungspolitik einpasste. Diese Maßnahmen wurden in ihrer Gesamtheit vom Parlament gebilligt, von dem Parlament, in dem die meistbegünstigten Gruppen das größte Gewicht hatten.⁴ Für die große Masse der Konsumenten

1 Vitale, Luis: Interpretación marxista ... a.a.O. S. 34 ff.

Jobet, J.C.: Ensayo crítico ... a.a.O. S. 43 ff.

2 Jobet, J.C.: ebd.

3 ebd. S. 60.

4 Pinto, Anibal: Chile, en caso de desarrollo frustrado ... a.a.O. S. 50.

die Arbeiter und mittelständischen Sektoren, verschlechterten sich die Bedingungen analog dazu.¹ Die Träger dieser Politik lassen sich mit folgendem Zitat festmachen:

"Die Großgrundbesitzer mit ihrer Option für eine schwache Währung sind immer von den Minenunternehmen des Landes begleitet worden ... Die Großgrundbesitzer und Minenunternehmer wären sehr froh, wenn der Wert der Geldscheine nur einen Penny betragen würde ..." 2

Im Exportsektor verbesserten sich die Bedingungen der Profitmaximierung mit dem Maß der Geldentwertung, wenn auch die Bezahlung der exportierten Produkte in harter ausländischer Währung vorgenommen wurde, kamen die Exportunternehmer ihrer Zahlungspflichten für Löhne, Transporte und Staatsabgaben in Chile mit der entwerteten eigenen Währung nach.

Die Frage nach dieser Abwertung, ihrer Träger, der Rolle des Staates und der begleitenden Umstände ist wichtig für eine logische Einordnung der Interessenverflechtungen im Exportsektor und der sie ordnenden Machtverhältnisse, ohne die das Verständnis der Hintergründe des Bürgerkrieges von 1891 unmöglich ist.

2.1.4. Der verarbeitende Industriesektor

Wie wir oben schon gesehen haben, wurde die industrielle Entwicklung in Chile durch die einseitige Orientierung auf die Exportwirtschaft stark behindert,³ dennoch kam es in direkter Abhängigkeit vom Exportsektor zur Stabilisierung gewisser Industriezweige. Die Entwicklung einzelner Produktionssektoren konzentrierte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf die Versorgung der Minen- und Agrarunternehmen, wobei es sich vor allem um die Produktion von Minenwerkzeugen, Dampfkesseln, Eggen, Pflügen, Konsumgüter etc. handelte. Im handwerklichen

1 Feliú Cruz, Guillermo: La evolución política, económica y social de Chile. Ensayo histórico sobre los razgos fundamentales hasta 1924. In: Anales de la Universidad de Chile. tercer trimestre. Santiago de Chile 1960. S. 48.

2 ebd. S. 48.

3 Encina, F.A.: Nuestra inferioridad económica. Santiago de Chile 1972. S. 196 ff.

Bereich wurden ähnliche Güter auf niedrigerem Produktionsniveau hergestellt.¹

Die einheimische Industrie konnte sich natürlich am besten in exportwirtschaftlichen Krisensituationen entwickeln, wenn der Import nötiger Produkte stark eingeschränkt oder ganz unmöglich war. Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Krise vor dem und während des Pazifik-Krieges: Aufgrund der diesem Krieg vorausgegangenen Exportkrise mußten die Dinge im Land produziert werden, die nicht importiert werden konnten. In der Zeit während des Krieges entstanden zeitliche begrenzte, aber doch bedeutende Bedürfnisse, die nicht mit den traditionellen Importgütern befriedigt werden konnten:

"So stellte sich spontan ein Rückgang der Importziffern für die Güter ein, die zur Bekleidung und Rüstung der Streitkräfte nötig waren ... Auf der anderen Seite erhöhten die Fabriken die Verarbeitungsquoten von Leder, Pulver, Chemieprodukten, Pharmazeutika, Kanonen, Dampfkesseln für Schiffe etc. um ein 10-, 20- und sogar 100-faches." 2

Diese Umstände konnten jedoch nicht zu einer dauerhaften Etablierung dieser Industriesektoren beitragen, weil die gesamte Entwicklung des Landes von der Exportorientierung abhängig war, deren theoretisches Fundament die Ideologie von der freien Marktwirtschaft war, derzufolge es auch keine staatlichen Subventionen für die einheimische Industrie gab.

Diese staatlichen Prämissen förderten das Entstehen einer Interessengemeinschaft der nationalen industriellen Bourgeoisie, die eine kritische Haltung gegenüber den ausgeprägten Zügen der Exportorientierung einnahm und alternative Vorschläge zugunsten ihrer eigenen und der relativ autonomen Entwicklung des eigenen Landes unterbreitete. Die Interessenlage dieses Sektors läßt sich exemplarisch an den von der industriellen Bourgeoisie mit der Zeit gestellten Forderungen verdeutlichen:

- Entwicklung einer inländischen verarbeitenden Industrie
- Reklamation des nationalen Charakters der Handelsmarine

1 Nollf, Max: La industria manufacturera. In: Geografía económica de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1962. S. 151.

2 Pinto, Anibal: Chile, en caso de desarrollo frustrado ... a.a.o. S. 66.

- Einrichtung eines kontrollierten Bankengesetzes
- Nationalisierung der Salpeterwirtschaft.

Die verbindenden Interessen der industriellen Bourgeoisie bündelten sich im Jahre 1884 institutionell mit dem Entstehen der Sociedad de Fomento Fabril (SOFOPA) (Fördergesellschaft für die verarbeitende Industrie. F.E.), in der sich das Interesse an der Entwicklung einer großen nationalen Industrie artikuliert. Ihre entscheidendste Rolle spielte diese Gruppe in der Periode des Präsidenten Balmaceda (1886 - 1891), die wir später noch eingehender analysieren werden.

Die Träger und Impulsgeber dieser Ideen formierten sich, auch wenn ihr gesellschaftspolitischer Einfluß gering war, als einheitliche Gruppe, deren alternativen Konzeptionen sich wie folgt umreißen lassen:

"Gegenüber der von Courcelle-Seneuil vorgeschlagenen und von den Engländern, den Bankiers, den Händlern und den Großgrundbesitzern durchgesetzten freien Marktwirtschaft artikuliert sich immer deutlicher die Forderung des Protektionismus und der Förderung der nationalen Industrie." ¹

2.1.5. Die Wirtschaftsfunktion des Staates

Die wirtschaftliche Funktion des Staates kann nur in direktem Zusammenhang mit den Entwicklungsprozessen der sozialen Differenzierung in Chile und den Hegemoniebestrebungen der inländischen herrschenden Gruppen gesehen werden.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der wirtschaftliche und politische Bereich in den Händen der Agrar- und Handelsoligarchie lag, gab es bestimmte protektionistische Maßnahmen neben der Begünstigung der Exportwirtschaft nur in dem Maße, wie sie den Interessen dieser Gruppen von Nutzen sein konnten. Dies kann beispielhaft im Bereich der Steuerpolitik und der Infrastrukturmaßnahmen nachgewiesen werden: Die Großgrundbesitzer mußten zwar Einkommensteuer bezahlen, waren aber von der Steuerpflicht für ihre Hauptexportgüter Getreide und Mehl befreit. Die damals noch nicht so dominanten Minenunternehmer mußten für ihre Ausfuhr Güter eine Exportsteuer von 6 % entrichten. ²

¹ Ramírez, Hernán: Historia del movimiento ... a.a.O. S. 193.

² Vitale, Luis: Interpretación marxista ... a.a.O. S. 158.

Im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen blieb der Einfluß der Minenunternehmer auch gering, obwohl sie den größten Beitrag zum Staatseinkommen leisteten, weil sie aufgrund des zentralistischen Charakters der Regierung von Mitentscheidungsmöglichkeiten ausgeschlossen waren. So sorgte der Staat im Zentralgebiet des Landes für günstige Abfuhrbedingungen für die Exportprodukte aus der Landwirtschaft, wohingegen die Eisenbahn im Norden von den Minenunternehmern selbst gebaut werden sollte.¹

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Minenunternehmer nach erbitterten Hegemonialkämpfen zwischen den rivalisierenden herrschenden Gruppen² an entscheidendem Einfluß gewonnen hatten, erlangte die Machtverteilung im Staat ihre bis in das 20. Jahrhundert gültige Gestaltung. Die widersprüchlichen Interessen der einzelnen Sektoren werden im Spektrum der verschiedenen Parteien ausgedrückt, das tiefgründig einheitliche Interesse der an der Exportwirtschaft existentiell gebundenen Sektoren formierten sich jedoch zu einer deutlichen Artikulation ihrer Forderungen. Die für diese Gruppen uneingeschränkten Profitmöglichkeiten im Exportsektor ließen sie die Kontrolle der staatlichen entscheidungsinstanzen zu erlangen versuchen. Die Bank- und Entwertungsgesetze, die Staatsverschuldung etc. waren unmittelbare Folgen ihres gewachsenen Einflusses.

So bestand die wirtschaftliche Funktion des Staates letztendlich darin, der Garant für die die obenbenannten Gruppen vorrangig begünstigende Umverteilung des im Salpeterbergbau erwirtschafteten staatlichen Einkommens zu sein. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, wenn das Staatseinkommen aus der Salpeterwirtschaft geringer wurde, verschuldete sich der Staat im Ausland, um den herrschenden Gruppen weiterhin begünstigende Kapitalverwertungsbedingungen zu garantieren.

Eine zusätzliche Funktion bekam der Staat damit, daß er demzufolge ständig zwischen den Interessen der einheimischen Oligarchie und der ausländischen Kapitaleigner vermittelte.

1 Vitale, Luis: Interpretación marxista ... a.a.O. S. 159.

2 Den Höhepunkt dieser Hegemonialkämpfe bildeten die Bürgerkriege von 1851 und 1859. Vgl. ebd. S. 223 ff.
Villalobos, Sergio u.a.: Historia de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1979. S. 558 ff.

Schon hier wird deutlich, daß es politisch-ökonomische Faktoren waren, die das Bestehen einer solchen Staatsverfassung über einen so langen Zeitraum hin möglich machten. Die dem Staat zugewiesenen Funktionen korrespondierten mit der Umsetzung staatstheoretischer Ideen wie des Liberalismus, die in den Bedürfnissen der herrschenden Gruppen ihre materielle Basis fand.

An dieser Stelle anzumerken ist eine weitere Funktion des Staates, die sich mit der Vergrößerung der Staatseinkünfte ergab:

"Nach dem Krieg von 1879 verdoppelten sich zwar die Staatseinkünfte, es erhöhten sich aber auch die staatlichen Verpflichtungen für Löhne und Gehälter, für Ehren- und Gnadensolde, für den ausländischen Schuldendienst etc. um 100 % ..." ¹

Aufgrund der Vernachlässigung innovativer Investitionen im produktiven Sektor mußte der Staat Arbeitsplätze für Arbeiter und Angestellte und damit eine neue Mittelschicht schaffen. ² Dies ist deshalb wichtig zu erwähnen, weil diese Schicht mit der Zeit eine wichtige politische Kraft werden und entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der chilenischen Gesellschaft gewinnen konnte.

2.1.6. Die Abhängigkeit von den Zentren der Weltwirtschaft

Die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Chile sind eng mit der Beziehungsform mit den Zentren der Weltwirtschaft verbunden. Es ist jedoch nicht so, daß nur von außen herangetragene Faktoren die entstandene Abhängigkeit stützten, sondern eine Entsprechung mit zugrundeliegenden inneren Strukturen nötige Voraussetzung war, derzufolge von einem bestimmten Punkt der Geschichte an die Abhängigkeit von den äußeren Märkten und die Eigentumsverhältnisse im Land selbst entscheidendes Gewicht bekamen. Wir müssen an dieser Stelle untersuchen, von welcher gemeinsamen Basis aus sich ausländische und

¹ Aldunate, Luis: Estudios de actualidad. Santiago de Chile 1893.
Zit. nach: Pinto, Anibal: Chile, en caso de desarrollo frustrado...
a.a.O. S. 80.

² Johnson, John J.: Political Change in Latin America. The Emergence of the Middle Sectors. Stanford. Cal. 1958. S. 74 ff.

"nationale" Interessen verbinden konnten. 1860 umfaßten die chilenischen Ausfuhren nach England 70 % der gesamten Exportrate, die Einfuhren aus England 48 % der gesamten Importrate ¹. Englische Händler fungierten als Kreditgeber für die Minenunternehmen und für den chilenischen Staat, 1822 erhielt Chile einen Kredit in der Höhe von 1.000.000 £ bei einem Zinssatz von 6 % und einer effektiven Auszahlung von 63 %, 1830 erreichte dieser Kredit schon einen realen Wert von 934.000 £ und 1842 kostete er schon 1.690.000 £. ²

Bis in das Jahr 1880 umfaßten die englischen Investitionen eine Summe von 7.500.000 £, wovon 6,1 Mill. öffentliche Kredite und 1,4 Mill. Direktinvestitionen (Eisenbahn, Minen, Kaufhäuser etc.) waren. ³

Diese Aktivitäten verstärkten sich mit dem Maße, wie sich die Kapitalakkumulation in England potenzierte, die weitere Investitionen im produktiven Sektor des eigenen Landes nicht mehr zuließ.

Nach dem Pazifikkrieg verdreifachten sich die englischen Investitionen in Chile:

"Bis 1890 stiegen die britischen Kapitalanlagen auf 24.000.000 Pfund. Davon waren 16 Millionen direkte Anlagen in Salpetergruben, Bergwerken, Eisenbahnen, Bahnen o.a., der Rest von 8 Millionen in England aufgenommenen Anleihen ..." ⁴

"1890 produzierten 77 Werke, davon 4 deutsche (Gildemeister & Co. 1, Fölsch & Martin 2, Wehrhahn & Co. 1), 3 chilenische und 60 englische. Sie alle bildeten einen Block unter englischer Hegemonie, die im ständigen Salpeterkomitee ihre Verwaltungszentrale mit Sitz in London hatte. Die Nitrate Railway & Co. (1,2 Mill. Pfund) besaß das Eisenbahnmonopol für die Tarapaca-Region. Die Tarapaca Waterworks & Co. (400.000 Pfund) versorgte die Provinz mit Wasser. Die Bank of Tarapaca & London (1 Mill. Pfund) beherrschte den Kredit." ⁵

1 Ramírez, Hernán: Historia del movimiento ... a.a.o. S. 32.

2 Vitale, Luis: Interpretación marxista... a.a.o. S. 308 - 309.

3 Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución... a.a.o. S. 37.

4 Hell, Jürgen: Deutschland und Chile... a.a.o. S. 86.

5 ebd. S. 86

Von den im Salpeterbergbau erwirtschafteten Gewinnen wurde nur ein sehr geringer Teil in Chile reinvestiert, der große Teil dieser Kapitalmasse wurde in andere Länder transferiert.¹

Die einflußreichen ausländischen Kapitaleigner waren natürlich sehr an der Gestaltung des Salpeterproduktionsniveaus interessiert, um auf diesem Wege die Preisentwicklung für diesen Rohstoff auf dem Weltmarkt steuern zu können. Zu diesem Zwecke wurden regelrechte Abspracheinstanzen geschaffen, die eine autonome Entscheidungskompetenz des chilenischen Staates in diesem exportabhängigen Sektor gänzlich zunichte machte. Die Senkung des Produktionsniveaus führte konsequent zu einem Rückgang der Exportziffern und verringerte damit die Einkommensmöglichkeiten des Staates.

Diese Umstände standen den Interessen einer inländischen und autonomen Entwicklung entgegen, weil die Kapitalstöcke für Investitionen in nationale produktive Sektoren außerhalb der Kontrolle inländischer Instanzen waren. Wie wir oben schon gesehen haben, hatten die inländischen oligarchischen Kreise an einer solchen innovativen autonomen Entwicklung kein Interesse, weil der Staat ihnen die günstigsten Kapitalverwertungsbedingungen eingeräumt hatte. Die Gewinne im Exportsektor wurden nicht in neue Produktionssektoren investiert, der Staat gebrauchte die Masse des Salpetereinkommens zur Tilgung seiner Auslandsschulden und zur Kreditvergabe für die herrschenden Gruppen.

Erst nach dem Pazifik-Krieg artikulierten sich diejenigen Kräfte (nationale Industriebourgeoisie, Handwerker, angestellte Mittelschicht u.a.), die an einem alternativen Wirtschaftsmodell einsetzten. Eine genauere Untersuchung dieser Bewegung und ihrer sozialen Träger werden wir in einem späteren Teil dieser Arbeit leisten.

Die Allianz zwischen dem chilenischen Staat, den oligarchischen Gruppen und dem englischen Imperialismus realisierte sich sogar in irrelevant erscheinenden Maßnahmen.²

1 J. T. North investierte nach der großen Kapitalakkumulation in Chile direkt in England und in Frankreich und besaß sogar einige Goldminen in Australien. Vgl. Le Figaro. Paris 23.4.1895. Interview von Gaston Calmette mit J.T. North. Zit. nach: Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.0.

2 Pinto, Anibal: Chile, en caso de desarrollo frustrado ... a.a.0. S. 64 - 65.

Neben dem bestimmenden Einfluß des englischen Kapitals, gab es noch andere ausländische Einflüsse. So gab es deutsche Handelshäuser, die den deutschen Kapitalexport erleichtern sollten, seit der politischen Unabhängigkeit.¹ Deutschland war wichtigster Importeur von Salpeter, das als Grundprodukt für die Düngemittel- und Sprengstoffindustrie benötigt wurde. 1890 deckte die Förderquote der deutschen Salpeterunternehmen in Chile 18 % der gesamten Salpeterfördermenge ab.²

Nach dem Pazifik-Krieg intensivierten sich auch die Finanzbeziehungen zwischen Chile und Deutschland und 1899 gewährten die deutsche Bank und Mendelsohn in Berlin ein Darlehen in der Höhe von 1,5 Mill. £.³ Diese Anstrengungen wurden von der deutschen Seite mit der Absicht unternommen, mit dem englischen Kapital zu konkurrieren. Nach dem Bürgerkrieg von 1891 trat diese Entwicklung noch deutlicher zu Tage. Auch wenn wir uns hier an erster Stelle mit den Phänomenen und Ursachen der wirtschaftlichen Abhängigkeit befaßt haben, muß doch erwähnt werden, daß die Abhängigkeit auch andere Gebiete umfaßte, wie es z.B. im Bereich der Professionalisierung der chilenischen Armee offenbar wurde. Die Funktionen der deutschen Diplomatie, Regierung, Wirtschaftsinteressen und Militärinstruktoren für die Entwicklung des Bürgerkrieges von 1891 werden Gegenstand eigener Untersuchungen in einem späteren Teil dieser Arbeit sein.

2.2. Das politische System

2.2.1. Sozialstruktur und politisches System

In unseren vorherigen Untersuchungen ist die den Anfang des vergangenen Jahrhunderts kennzeichnende Dichotomie der chilenischen Gesellschaftsformation in den dichtbesiedelten Gebieten, den agrarisch strukturierten, wirtschaftlichen und politischen Zentren schon erwähnt worden. So lebten im Jahre 1830 82 % der chilenischen Bevölkerung auf dem Lande, 10 % von ihnen gehörten der Agraroligarchie an.⁴

¹ Hell, Jürgen: Deutschland und Chile...a.a.O. S. 83.

² ebd. S. 86.

³ ebd. S. 90.

⁴ Heise González, Julio: 150 años de evolución institucional. Santiago de Chile 1977. S. 22

Diese Epoche läßt sich exemplarisch mit der Untersuchung des strukturellen Ausbeutungssystems in der Landwirtschaft, der Inquilinaje veranschaulichen: Die Institution der Inquilinaje regelte das Pächterwesen. Die Pächter, die für den Großgrundbesitzer arbeiteten, erhielten als Entlohnung kein Geld, sondern Naturalien und Warengutscheine, die nur in von dem Großgrundbesitzer kontrollierten Handelshäusern eingelöst werden konnten.

Auf einer anderen Ebene ist der landwirtschaftliche Hilfsarbeiter, der sein Leben als Wanderarbeiter fristete, anzusiedeln. Sein Status ist dem des einfachen Landarbeiters vergleichbar, der als Gehalt auch nur Naturalien und Warengutscheine ausgezahlt bekam.

Das System der Geldwirtschaft setzte sich erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts mit der Gründung der ersten Großbanken durch, ohne daß der Großteil der Landbevölkerung an diesem System partizipieren konnte.

Im Jahre 1838 artikuliert sich die Interessengemeinschaft der Agraroligarchie in der Einrichtung der Sociedad Nacional de Agricultura (Nationalgesellschaft für die Landwirtschaft. F.E.). Diese im historischen Vergleich sehr frühe Institutionalisierung eines Vertretungsorgans der Agraroligarchie ist als Ausdruck für das hohe Interessenbewußtsein dieser Kräfte zu werten, aus ihr erklärt sich das kohärente Handeln der den Agrarsektor bestimmenden sozialen Träger. Gleichzeitig verrät die Einrichtung dieser Organisation die Einsicht ihrer Schöpfer in die Notwendigkeit einer Institution zur Verteidigung ihrer Interessen.

Die Stabilisierung des politischen Systems in Chile ist tendenziell sicherlich eng mit diesem Phänomen verbunden, das in partiellen Fraktionskämpfen Vermittlungsfunktionen wahrnehmen konnte.

Die institutionelle Organisation der Landarbeiter, Hilfsarbeiter und Kleinbauern war jedoch erst eine Erscheinung des 20. Jahrhunderts, hier besonders gegen Ende der 60er Jahre, als die städtischen Arbeiterorganisationen an formierendem und entwickelndem Einfluß auf die

Landarbeiterorganisationen gewinnen konnten.¹

Das dichotomische System der sozialen Strukturen hielt sich das ganze vergangene Jahrhundert hindurch, eine Änderung konnte erst mit dem Verstetigungsprozeß der sozialen Differenzierung, die durch die wirtschaftliche Entwicklung einsetzte, eintreten. Die neu entstandenen sozialen Gruppen gliederten sich dann aber an schon bestehende an, eine Neustrukturierung oder ein Wandel der Grundverhältnisse, wie sie z.B. eine Agrarreform hätte darstellen können, trat nicht ein.

Die Ausweitung der Staatsfunktionen auf die Bereiche der öffentlichen Arbeiten, der staatlichen Bürokratie und Erziehung hat an dieser Entwicklung Anteil.

Mit dem Entstehen von Manufakturen, industriellen Produktionsstätten und Bergwerken wurde das Spektrum der sozialen Sektoren noch umfassender. Ihre sozialen Träger äußerten andere Präferenzen und Interessen als die Landarbeiter und Kleinbauern und spielten in den politischen und sozialen Prozessen des 19. und mehr noch des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle.

Mit dem Verstädterungsprozeß verlor das Land immer mehr den Charakter des Schauplatzes, an dem sich das politische und gesellschaftliche Leben Chiles abspielte, so verringerte sich der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 1865 bis 1907 von 71 % auf 57 %.²

¹ Die erste Landarbeitererhebung ereignete sich 1934 in der Region von Malleco im Süden des Landes unter dem Einfluß ehemaliger Minenarbeiter, die nach der Schließung der Salpeterminen im Norden des Landes in ihre Heimatsregionen zurückgekehrt waren und ihre Erfahrungen in den Arbeiterorganisationen dort gemacht hatten. Das Gesetz über die Agrarreform und Landarbeiter- und Kleinbauernorganisation entspricht einer alten Forderung der Gewerkschaften Arbeiterparteien und wurde unter der Regierung Frei (1964 - 1970) mit der Unterstützung von Kommunistischer, Sozialistischer und Radikaler Partei verabschiedet.

Über die Landarbeitererhebung von 1934 siehe Villalobos, Sergio u.a.: Historia de Chile. Tomo IV. Santiago de Chile 1979. S. 545.

² Lechner, Norbert: Der Demokratisierungsprozeß in Chile. Versuch einer Interpretation der politischen Entwicklung. Inaugural-Dissertation. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1969. S. 44.

Kennzeichnend für die politische Situation in Chile im vorigen Jahrhundert bleibt die Tatsache, daß keine der oben erwähnten, neu entstandenen sozialen Gruppen in der Lage war, wesentliche Fundamente des oligarchischen Systems beseitigen zu können, sondern sich eher um eine Partizipation bemühte. Ermöglicht wurde dieser Umstand durch eine relative Flexibilität des verfaßten politischen Systems, soweit es nicht zu einer Infragestellung seiner selbst kam.

Die Herausbildung einer Mittelschicht in Chile wird erst mit dem Ende des Salpeter-Krieges zu einer relevanten politischen Größe. Die Angestellten der öffentlichen Verwaltung, die Handwerker, die Handelsangestellten, die Lehrer u.a.¹ wurden zu Trägern liberaler Ideen für Politik und Wirtschaft und erlangten immer mehr Einfluß auf die staatlichen Entscheidungsinstanzen. Die Liberalisierung der postkolonialen politischen Strukturen in der Verfassung von 1833 in dieser Zeit ist im wesentlichen von diesen Kräften mitgeprägt worden. Die Sociedad de la Igualdad (Gesellschaft für die Gleichheit. F.E.), die Sociedad Democratica (Gesellschaft für die Demokratie. F.E.) u.a. waren die ursprünglichen Artikulationsorte des fortschrittlichen politischen Liberalismus. Später wurde die Radikale Partei zum Forum der liberalen Mittelschicht. Für die Erledigung sozialer Aufgaben standen den liberalen Kräften Handwerksgremien und andere Selbsthilfeorganisationen zur Verfügung.

Eine Arbeiterklasse bildete sich erst in den großen Minenunternehmen, den Hafenwerken und Eisenbahnbau im Norden und in der Mitte des Landes, also nach 1850 heraus.

Vorläuferinstitutionen der organisierten Arbeiterklasse waren im Grunde die oben beschriebenen Organisationen der liberalen Mittelschicht.² Die Arbeiterbewegung in Chile verdankt ihre Existenz der frühen Organisation des mittelständischen Handwerks. Sie konnte als solche erst ab dem Ende des vergangenen Jahrhunderts mit der Errichtung

1 De León, César A.: Las capas medias en la sociedad chilena del siglo XIX. In: Anales de la Universidad de Chile. Nr. 132. Santiago de Chile 1964. S. 51 - 95.

Pike, Frederick B.: Aspects of class relations in Chile, 1850 - 1960. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 43. Nr. 1. North Carolina 1963. S. 14 - 33.

2 Ramírez, Hernán: Historia del movimiento...a.a.O. S. 141 ff.

Godoy, Hernán (Hrsg.): La estructura social de Chile. Kap. IV. Santiago de Chile 1971. S. 181 - 330.

selbständiger gewerkschaftlicher Organisationen beginnen.¹ Ihre politische Heimat fand die Arbeiterklasse im Jahre 1887 in der Demokratischen Partei, einer Abspaltung von der Radikalen Partei. Auch an diesem Phänomen läßt sich die enge Verquickung der Entwicklung der Arbeiterorganisation mit denen der Mittelschicht veranschaulichen.²

2.2.2. Politische Institutionen und Prozesse im 19. Jahrhundert

Die Untersuchung dieser Problemkreise ist von entscheidender Wichtigkeit für eine angemessene Beurteilung der zivil-militärischen Beziehungen. Es ist daher notwendig, wesensmäßige Elemente der politischen Entwicklung aufzufinden, da diese nie ganzheitlich erklärt werden kann, wenn man sie als Phänomen einer hochstehenden politischen Kultur begreift. Tatsächlich unterscheidet sich Chile vom Großteil anderer lateinamerikanischen Staaten durch die Beständigkeit seiner politischen Institutionen, die die Basis für die politischen Prozesse in diesem Land bildeten. Diese Prozesse verliefen in einer solchen Kontinuität, daß sie kaum von Staatsstreichen, Bürgerkriegen o.ä. gestört werden konnten.³

1 Ramírez, Hernán: Historia del movimiento...a.a.O. S. 201 ff.

Angell, Alan: Partidos políticos y movimiento obrero en Chile. Mexiko 1974. S. 22 ff.

Chelén Rojas, Alejandro: Trayectoria del socialismo. Buenos Aires 1968.

Jobet, Julio César: Recabarren, los orígenes del movimiento obrero y del socialismo chilenos. Santiago de Chile 1955.

Guirriero, Adolfo: Consideraciones sobre los sindicatos chilenos. In: Aportes. Nr. 9. Paris Julio 1968. S. 78 - 114.

2 ebd.

3 Schon vor dem Bürgerkrieg von 1891 gab es gewisse instabile Tendenzen, in denen die erste Präferenz des Zusammenhaltens der institutionellen Strukturen in Frage gestellt und alternative Lösungsmöglichkeiten mit Gewalt und außerhalb der bestehenden Strukturen durchzusetzen versucht wurde, wie z.B. die Aufstände der Minenbourgeoisie (1851) und einer Gruppe föderalistischer Großgrundbesitzer (1859). Vgl. Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.O. S. 159.
Villalobos, Sergio u.a.: Historia de Chile....a.a.O. S. 558 ff.

Oftmals ist zur Veranschaulichung der Gesellschaftsformation in Chile das Bild des Zentauren, dessen Haupt europäische und dessen Leib lateinamerikanische Züge tragen, herangezogen worden. In diesem Bild steht der Leib für die Basis der sozio-ökonomischen Wirklichkeit, der Kopf für den Überbau der politischen Verfaßtheit.

Zu kurz greift auch die Reduktion der Erklärungsansätze auf das Phänomen einer politischen Kultur, wenn sie unabhängig von anderen sozio-ökonomischen Beziehungen determiniert wird. Als ergänzende Erklärung für die mangelnde Interventionsneigung der Streitkräfte wird häufig die these von der politischen Unterordnung und den Respekt der Streitkräfte vor gesellschaftlichen Institutionen angeführt.

Wie wir im weiteren Verlauf unserer Arbeit noch sehen werden, erweisen sich die hier vorgestellten Erklärungsansätze als unzureichend. Unsere Interpretation geschieht unter der Berücksichtigung der Analyse folgender Aspekte:

- Die Grundzüge der sozio-ökonomischen Struktur
- Die vorherrschenden politischen Tendenzen und ihre Rückbindung an die sozio-ökonomischen Strukturen.
- Der spezifische Charakter der politischen Prozesse und seine Bedeutung für die politische Stabilität.

Den erstgenannten Aspekt haben wir weiter oben eingehend behandelt.

2.2.3. Die vorherrschenden politischen Tendenzen und ihre Rückbindung an die sozio-ökonomischen Strukturen

Wenn wir an dieser Stelle von politischen Tendenzen sprechen, machen wir unser Interesse an den politischen Hauptrichtungen und Trends deutlich. Eine Aufzählung kurzlebiger und unbedeutender Parteien und Gruppierungen kann bei unserer Untersuchung nicht hilfreich sein.

Für die politische Landschaft in Chile des vergangenen Jahrhunderts sind drei maßgebliche Trends kennzeichnend, es sind dies der konservative, der liberale und der radikale Trend. Keine dieser Richtungen konnte sich von den anderen durch ein größeres Maß an Alternativfähigkeit zu den bestehenden Machtstrukturen absetzen. Sie unterschieden sich von ihrem sozialen Ursprung her und im Selbstverständnis bezüglich ihrer Partizipation an der Machtausübung, die ihnen die Durchsetzung der

Interessen ihrer sozialen Basis bei der Verteilung der staatlichen Überschüsse ermöglichten und in ihren ideologischen Positionen. Wesensmäßige Übereinstimmungen ließen sich in der Frage der Orientierung der chilenischen Wirtschaftsbeziehungen feststellen. Alle waren an diesem exportorientierten Wirtschaftsmodell interessiert, weil alle von diesem System begünstigt wurden. Daraus erklärt sich auch, daß diese Richtungen kein Interesse an der Veränderung der Staatsfunktionen haben konnten. Der hohe Grad an Homogenität wurde mit den Diversifizierungsprozessen im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich stellenweise unterbrochen, in dem sich objektive Interessengemeinsamkeiten aufhoben, und sich beispielweise einzelne Interessensgruppen von den oligarchischen Gruppierungen abspalteten. Dies war der Fall bei der Auseinandersetzung um die Nationalisierung der Salpeter, um die Verteilung der nationalen Einkünfte, um die Protektion der nationalen Industrie u.ä..

2.2.3.1 Die konservative Tendenz

Der Erlangung der Unabhängigkeit folgte eine Zeit ständiger Instabilität. Die an der Unabhängigkeit von Spanien interessierten Kräfte lassen sich in die Gruppe der Anhänger republikanischer Ideen und die Gruppe der Agraroligarchie einteilen. Das Modell der postkolonialen Verfassung wurde mechanisch von dem französischen und dem nordamerikanischen Vorbild übernommen, ohne daß in Chile eine vergleichbare materielle und soziale Basis existierte. Der Wille, ein demokratisches System in Chile zu verankern, äußerte sich abgehoben von einer Reflexion auf ein eigenes lateinamerikanisches Profil. Die Instabilität war eng mit den Kriegsfolgen verbunden, die das Land in eine wirtschaftliche und soziale Misere gebracht hatte.

Handelnde Subjekte in den politischen Experimenten in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeit waren republikanische Intellektuelle, die aufgrund ihrer Ausbildung in Europa Träger liberaler Ideen geworden waren. Die Agraroligarchie, die wegen ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht großen Anteil an der Erlangung der Unabhängigkeit hatte, blieb bis zur endgültigen Machterlangung im Jahre 1829 hinter der Initiative der Republikaner zurück. Ihre politischen Absichten waren restaurativer Natur, restaurativ weil sie nicht an der Wiedereinrichtung der in

Spanien und Chile historisch überlebten Monarchie interessiert, sondern an der Wiedereinrichtung der kolonialen Machtstrukturen und der sie ermöglichenden Beziehungen waren. Ein besonderes Interesse verfolgten diese Kräfte mit der Restauration des autoritären und zentralistischen Charakters der kolonialen politischen Strukturen, um die Versuche, in Chile auf diese Weise ein republikanisches System wie in Europa und Nordamerika einzurichten, zu beenden.¹

Die zentrale Gestalt dieser Bewegung war der Händler Diego Portales, der mit den ihn unterstützenden Gruppen nicht an die Umsetzung eines primär politischen Programms oder Einrichtung einer Verfassung dachte, wie es z.B. die Liberalen taten, sondern an die vorrangige Umsetzung ihrer Gruppeninteressen. Die institutionelle Garantie dieser Ziele war das Profil der geänderten und gleichzeitig restaurativen Fundamente einer neuen Ordnung.

Eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung dieser Ziele spielte die katholische Kirche, die sehr eng mit der kolonialen Ordnung verbunden war und deren Hierarchie gegen die Unabhängigkeit eingestellt war, auch wenn sie sich später an die neuen Bedingungen anpaßte, sich von den liberal-republikanischen Gruppen jedoch deutlich distanzierte.²

Die enge Bindung von Konservativismus und Kirche hielt sich so bis in die dritte Dekade des 20. Jahrhunderts durch. So lange lieferte die Kirche eine kohärente Ideologie, die die konservative Ordnung legitimierte. Wir können dieses Vergehen der Kirche als autoritären

1 Die Zeit zwischen 1810 und 1830 war von verschiedenen Regierungswechseln und- stürzen gekennzeichnet und wurde in der offiziellen Geschichtsschreibung als Epoche der Anarchie bezeichnet. Ihr Ende fand diese Epoche in einem Bürgerkrieg (Schlacht von Lircay) wo sich die restaurativen gegen die republikanischen Kräfte durchsetzten. Vgl. Villalobos, Sergio u.a.: Historia de Chile. Tomo III. Santiago 1979. S. 438 ff.

2 Ein Großteil der liberal-republikanischen Kräfte gehörten zu den Anhängern des Freimaurertums, dessen Ideen eng mit denen der französischen Revolution verbunden waren.

Paternalismus kennzeichnen und so illustrieren:

"In der kolonialen Sozialordnung finden wir die unangemessene Projektion der ethisch-religiösen Kategorien des Katholizismus in die profane Welt des sozialen Lebens. Die Hierarchieordnung der katholischen Kirche und die vertikale Autoritätsstruktur spiegeln einander. Diese Herrschaftsstruktur, an deren Ende die absolute Unterwerfung und die Macht "von Gottes Gnaden" stehen, wird am reinsten von der traditionellen Hacienda-Struktur reproduziert. Ich möchte deswegen für die Phase der Restauration, wo die herrschende Klasse ihre Herrschaft durch die Prinzipien der traditionellen-gottgewollten Sozialordnung legitimiert, von der "traditionellen Hacienda-Legitimation" sprechen. Portales hatte mit viel Klarheit und Realitätssinn auf die tragenden Prinzipien der Kolonialzeit zurückgegriffen und so die Kontinuität wieder hergestellt." 1

Die konservative Tendenz wurde hauptsächlich durch die Agraroligarchie repräsentiert, später ordneten sich Händler, Minenunternehmer, Bankiers zu. Unter der Hegemonie der Agraroligarchie konnte das erste beständige institutionelle System der Geschichte Chiles strukturiert werden. Kennzeichnend für diese Tendenz und ihr System, das von 1830 bis 1860 beständig an der Macht bleiben konnte, sind zwei Merkmale: der autoritäre und zentralistische Charakter und die beschränkte Partizipationsstruktur. Um den autoritären Charakter dieses Systems näher beschreiben zu können, müssen wir uns mit den Institutionen etwas genauer beschäftigen. Beginnen wir mit den Befugnissen des Präsidenten der Republik. Er konnte ohne Einschränkungen durch eine parlamentarische Kontrolle Minister berufen und abberufen, er verfügte über das absolute Vetorecht bei der Verabschiedung von Gesetzen im Parlament. In jeder Phase des Wahlprozesses konnte der Präsident intervenieren und somit das Parlament ganz unter seine Kontrolle stellen. Neben anderem war er auch oberster Chef der Streitkräfte. ² Die in der Person des Präsidenten konzentrierte Machtfülle läßt einen Vergleich mit monarchischen Regierungsformen zu. ³

1 Lechner, Norbert: Der Demokratisierungsprozeß in Chile. a.a.o. S. 34 - 35.

2 Heise, Julio: 150 años de evolución...a.a.o. S. 44 - 45.

3 Eyzaguirre, Jaime: Fisonomía histórica de Chile. Santiago de Chile. S. 115. Zit. Nach: Lechner, Norbert: Der Demokratisierungsprozeß in Chile.a.a.o. S. 35.

Die koloniale Prägung des institutionellen Systems wird wie folgt illustriert:

"Die Befugnisse des Präsidenten der Republik in der Verfassung von 1833 entsprachen fast im Wortlaut denen des Generalkapitäns der Kolonie." ¹

Die große Popularität republikanischer Ideen in der postkolonialen Zeit drückt sich in einigen Befugnissen des Senats, der Abgeordnetenkammer und des Staatsrates aus. In der Abgeordnetenkammer mußten jährlich die Haushaltsgesetze bewilligt werden, alle 18 Monate wurden dort die Fiskalgesetze und die Zahl und Ausstattung der Land- und Seestreitkräfte festgelegt. Diese Rechte konnte die Abgeordnetenkammer in Friedens- und Kriegszeiten gleichermaßen wahrnehmen.

So lange die Agrar- und Handelsoligarchie über die ungeteilte Macht im Staat verfügte, ergab sich keine bedeutende Situation, in der die Abgeordnetenkammer nicht mit dem Präsidenten übereinstimmte. Sobald neue Gruppen am Machtkampf partizipierten, und sich die sozio-ökonomischen Verhältnisse diversifizierten, wirkte sich das auch auf die politischen Institutionen aus. Die Befugnisse dieser Kammer wurden zu wichtigen politischen Instrumenten der an Machtpartizipation interessierten Gruppen.

Wenn auch häufig das Jahr 1833 als Anfangspunkt der Demokratie in Chile terminiert wird, so ist diese Einschätzung doch nur mit Vorbehalt zu akzeptieren, weil die eingeschränkte Partizipationsstruktur, die sich besonders im Wahlrecht deutlich macht, dagegen spricht. Die Macht war autoritär bei den oligarchischen Kreisen zentralisiert.

Das aktive Wahlrecht war an Grundbesitz oder an in einem Unternehmen investierten Kapital gebunden. Das passive Wahlrecht für Senatoren war an ein Mindestgehalt von 2.000 Pesos und von 500 Pesos für Abgeordnete gebunden. Die Möglichkeit, gewählt zu werden, beschränkte sich somit nur auf Angehörige der aristokratischen Kreise, die damit das politische Leben kontrollierten. Als Träger dieses Systems kamen noch die Kreise hinzu, die aus ideologischen Gründen nicht an einem uneingeschränkten

¹ Heise, Julio: 150 años de evolución...a.a.o. S. 45.

partizipativen demokratischen System interessiert waren.¹ Die Stabilisierung eines solchen Modells konnte nur gelingen, wenn potentielle oppositionelle Gruppen frühzeitig kontrolliert oder neutralisiert werden konnten, und die Streitkräfte in diesem Interesse umstrukturiert werden konnten.²

Die Niederlage der liberal-republikanischen Kräfte in der Schlacht von Lircay hatte die Gefangennahme und Ausweisung ihrer früheren Generäle zur Folge. Nachdem die Armee auf diese Weise "enthauptet" worden war, wurde sie auch noch um wesentliche Teile verringert. Portales führte stattdessen zivile Milizen ein, die von Anhängern der restaurativen Regierung geführt wurden. Die Stärke dieser Milizen war mit 50.000 Mann größer als die der Armee.³

Die restaurativen Kräfte blieben 30 Jahre lang im Besitz der Regierungsgewalt⁴, bis sich Minenunternehmer und Handelsunternehmer in liberalen Gruppierungen reorganisiert hatten, und sich andere, zwar konservative Kräfte von den bestehenden Regierungen distanzieren.

2.2.3.2. Die liberale Tendenz

Wenn auch in der restaurativen Phase die liberal-republikanischen Organisationen auf dem politischen Terrain verloren, lebte ihre soziale Basis weiter fort. In einer Anfangsphase suchte sie, Einfluß innerhalb der konservativen Fraktion zu gewinnen, um später eigene Alternativen autonom zu entwickeln. Die Entwicklung einer eigenen Alternative gestaltete sich wegen des repressiven Charakters der konservativen Regierungen sehr schwierig.

¹ Der Anteil der aktiven Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung lag zu dieser Zeit bei 0,4 %. Vgl. Nohlen, Dieter: Chile. Das sozialistische Experiment. Hamburg 1973. S. 38.

² Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.O. S. 200 - 207.

³ Ein bedeutender liberaler Politiker dieser Epoche beschreibt die Funktion der Milizen so: "Mit alterfahrenen Führern und von der Regierung ausgewählten Offizieren, vorbildlich bewaffnet und organisiert war ihre Stärke groß genug, das ganze Land Chile zu beherrschen." Vgl. Vicuña. Pedro Felix: Vindicación de los principios e ideas que han servido en Chile de apoyo a la oposición en las elecciones populares de 1848. Lima 1846. Zit. nach Vitale, Luis ebd. S. 201.

⁴ Es handelt sich um die Regierungen von Jose Joaquin Prieto (1831 - 1841), Manuel Bulnes (1841 - 1851) und Manuel Montt (1851 - 1861).

Die Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Tendenz erweisen sich weniger deutlich im Bereich der Sozioökonomie, viel mehr im Bereich der politischen Machtverteilung und des ideologischen Überbaus.

Ihre Hauptforderungen beinhalteten die Errichtung eines realdemokratischen Systems, die Reform der autoritären Verfassung und demzufolge die Mitbeteiligung an der politischen Macht. Hauptforderung auf der ideologischen Ebene war die strikte Trennung von Staat und Kirche, wo der Staat ohne verfassungsmäßige Bindung an die Kirche die Partizipation verschiedener religiöser Tendenzen garantieren sollte. Diese den französischen Republikanern entlehnte Forderung macht deren starken Einfluß auf die chilenischen Liberalen exemplarisch deutlich.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik erwiesen sich auch die Liberalen ohne Unterschied als Anhänger des Exportmodells. Diese Feststellung markiert den Rahmen für die Auseinandersetzungen zwischen liberaler und konservativer Tendenz.

Innerhalb der liberalen Gruppen gab es jedoch keine einheitliche Struktur, vielmehr muß man von zwei Hauptströmungen sprechen, die mit der Zeit zunehmend zu einer Einheit konvergierten. Die erste Strömung hatte ihren Ursprung im Konservatismus, wo sie sich nach der Ära Portales immer deutlicher artikulieren konnten. Von dieser Position aus opponierten sie gegen die politischen Ausschreitungen der Konservativen, die auf repressivem Wege die politische Partizipation einschränkten. Diese Gruppe nannte man *Filopolita* ¹.

Die zweite Strömung wurde von Intellektuellen getragen, deren Ideen von der argentinischen Emigration unter der Diktatur Rozas ² und der Revolution in Frankreich im Jahre 1848 gekennzeichnet waren. Diese Gruppe organisierte sich im Umfeld der *Sociedad de la Igualdad* neben Arbeitern und Handwerkern. Die zweite Strömung erwies sich als die radikalste liberale Gruppe, weil sie nicht nur politische, sondern auch sozio-ökonomische Forderungen aufstellte. Hieraus resultierte das Eintreten dieser Strömung für den Protektionismus und die Entwicklung der einheimischen Industrie. ³ Diese Kräfte waren maßgeblich an der Erhebung

1 Edwards, Alberto: *Bosquejo histórico de los partidos políticos chilenos*. Santiago de Chile 1976. S. 50 - 51.

2 Ramírez, Hernán: *Historia del movimiento ...a.a.O.* S. 141 ff.

3 Arcos, Santiago: *Carta a Francisco Bilbao*. In: Godoy, Hernán (Hrsg.): *La estructura social de Chile*. a.a.O. S. 200 - 215.

von 1851 beteiligt, welche jedoch von der konservativen Regierung niedergeschlagen werden konnte und zum Verbot der Sociedad de la Igualdad und zur Ausweisung ihrer Führer führte.¹

Die beiden Hauptströmungen konvergierten in der Mitte von 1850 zu einer Einheit, die sich in der Gründung der liberalen Partei ausdrückte. Unter dem Einschluß des Minen- und Finanzsektors und der Mittelschicht konnte diese Partei zu einer allmählichen Durchsetzung liberaler Forderungen beitragen, ohne daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die evolutionäre Entwicklung des Landes durch tiefe Brüche aufgehalten werden konnten.

Den Beginn der parlamentarischen Bedeutung der liberalen Partei markiert das Jahr 1861, wo die Liberalen die Alleinherrschaft und Hegemonie der Konservativen durch ihre Mitbeteiligung an der Regierung aufbrechen konnten. Die Mitbeteiligung an der Regierung Pérez (1861 - 1871) half den Liberalen bei der Durchsetzung einiger liberaler Reformen und der Begrenzung der repressiven Befugnisse der Regierung. Gleichzeitig setzten die Liberalen die Ausweitung der Befugnisse des Parlamentes durch. Mit der Einführung der Religionsfreiheit hatten die Liberalen auch Anteil daran, daß die römisch katholische Religion als Staatsreligion zu existieren aufhörte. Unüberwindliche Gegensätze zwischen Liberalen und Konservativen in dieser Regierung im Bereich der politischen Partizipation und die für eine Alleinherrschaft ausreichende Kräfteentwicklung der Liberalen führte im Jahre 1871 zur Regierungsperiode Errázuriz (1871 - 1881), in der weitergehende Reformen, wovon die im politischen Bereich am bedeutendsten waren, durchgeführt und die Macht der katholischen Kirche weiter beschnitten werden konnten. Das zentrale Ergebniss im Bereich der politischen Reformen war die Ausweitung des Wahlrechtes², wonach denjenigen das aktive Wahlrecht eingeräumt wurde, die des Lesens und Schreibens fähig waren. Wenn dies auch formal eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten zu entsprechen scheint, so muß doch klar gesehen werden, daß der Anteil der aktiven Wähler an der Gesamtbevölkerung auf 2,5 % begrenzt war.³

1 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.O. S. 211 ff.

2 Zu anderen Reformen in dieser Regierungsperiode siehe:
Heise, Julio: 150 años de evolución...a.a.O. S. 70.

3 Nohlen, Dieter: Chile: Das sozialistische a.a.O. S. 39.

Die von den Liberalen durchgeführten Demokratisierungsmaßnahmen bedeuteten eine begrenzte Änderung des autoritären Präsidialsystems. Verfügte der Präsident bis dahin über die uneingeschränkten Rechte eines absoluten Souverän, bedurfte es jetzt eines parlamentarischen Minimalkonsenses, wenn er Initiativen in das Parlament einbringen wollte. Hierin kann erst der eigentliche Beginn des parlamentarischen Systems in Chile gesehen werden, auch wenn von einer strikten Betrachtung der Verfassung her das politische System weiterhin als präsidial gekennzeichnet werden müßte.

Die Konservativen waren durch die Sachlage gezwungen - entsprechend der relativen Schwächung ihres soziopolitischen Einflusses und der Stärkung anderer oligarchischer Fraktionen -, sich den Demokratisierungstendenzen anzupassen.

Dieser Anpassungsprozeß konnte so weit fortschreiten, wie er nicht grundsätzlich die Interessen der oligarchischen Gruppen in Frage stellte. Wie oben schon erwähnt kann als Merkmal der liberalen Politik die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten am Staatsleben auf andere, nicht zur ihrem Kreis gehörenden sozialen Sektoren beschrieben werden. Die relative Stabilität dieses Systems erklärt sich auch daraus, daß den potentiell alternativen Kräften, die objektiv von anderer sozialer Herkunft und deren Interessen grundsätzlich andere waren, nicht eine angemessene Artikulation und Organisation gelingen konnte.

Die Mittelschichten konnten besonders nach der Ausweitung der Wahlrechte in die politische Entscheidungsprozesse integriert werden. Allein einzelne Handwerkergruppen widerstanden der Gefahr einer untergeordneten Politik unter die Herrschenden Gruppen, indem sie liberale Ideen übernommen und teilweise sogar anarchistische und sozialistische Ideologien akzeptiert hatten. Die Widersprüche zwischen liberalen Kreisen und anderen oligarchischen Gruppen hatten solange keinen antagonistischen Charakter, wie die von den Erstgenannten vorgeschlagenen Reformen keine ernsthafte Gefahr für die herrschenden Interessen des nationalen Exportkapitalsektors und des englischen Imperialismus darstellten.

2.2.3.3. Die radikale Tendenz

Die Untersuchung der radikalen Tendenz ist wichtig wegen ihrer differenten sozialen Strukturierung und ihrem Ursprung. Von der liberalen unterscheidet sich die radikale Tendenz durch ein tieferes Interesse an Reformen der staatlichen Institutionen. Die radikale Tendenz wurde institutionell in der Radikalen Partei aufgenommen. Beständige Forderungen der Radikalen Partei waren die Achtung der individuellen Rechte, die Kontrolle der legislativen Befugnisse und die Einschränkung der präsidentialen Macht. Die Differenzen zwischen Liberaler und der aus ihr hervorgegangenen Radikalen Partei lagen in der unterschiedlichen Betonung von Prioritäten im Bereich der demokratischen und kirchenpolitischen Reformen. Die Zusammenarbeit von Konservativen und Liberalen werteten die Radikalen als nicht mehr mit fortschrittlich-demokratischen Ideen zu vereinbarende Übereinstimmung, sie waren dagegen an einer kompromißlosen Politik gegenüber der Konservativen interessiert. Auch in der sozialen Zusammensetzung unterscheidet sich die Radikale von der Liberalen Partei:

"Ihren ursprünglichen Kern hatte sie in einer starken Gruppe von Minenunternehmern, Industriellen, Händlern, Intellektuellen und freiberuflich Tätigen, einem Zusammenschluß von Individuen... ohne nennenswerte soziale Herkunft, die sie mit der Oberschicht verbinden konnte, können sie doch aufgrund ihrer ökonomischen Aktivitäten einerseits als Angehörige der Kleinbourgeoisie, andererseits der Großbourgeoisie betrachtet werden. Von einem anderen Gesichtspunkt her ist es vielleicht angebrachter zu sehen, daß sie die Grundzüge einer Mittelschicht trug, die dem Industrialisierungs- und Urbanisationsprozeß folgend sich in Chile während des 19. Jahrhunderts formierte." 1

Die organische Integration der entstandenen Mittelschicht war deutlicher als bei der Liberalen Partei die Funktion der Radikalen Partei, auch wenn der Einfluß der Mittelschichten in dieser Partei nicht überschätzt werden darf, weil die politische Führung der Partei in den Händen der Handels- und Minenunternehmer lag. Dieser Umstand läßt sich auf ideologischer Ebene so vermitteln:

"Sie fühlen sich als Erben liberal-demokratischer Ideen und des laissez-faire von Adam Smith." 2

1 Urzúa Valenzuela, Germán: Los partidos políticos chilenos. Las fuerzas políticas. Ensayos de insurgencia política en Chile. Santiago de Chile 1968. S. 149.

2 Ebd. S. 150.

In vielen ideologischen und politischen Positionen gab es enge Bindungen zwischen Radikaler Partei und den Fundamenten des politischen Systems, was besonders nach der Auflösung der konservativ-liberalen Allianz und der Einrichtung der liberalen Allianz unter Einschluß der Radikalen deutlich wurde.

Die eigentliche Bedeutung der Radikalen Partei liegt, wenn wir sie abschließend betrachten wollen, darin, daß sie zur politischen Eingliederung und Kanalisation der Mittelschichten, die in der Liberalen oder Konservativen Partei keinen Platz finden konnten, unter Ausweitung ihrer liberalen Tendenzen beitrug.

Die historische Funktion dieser Radikalen Partei darf jedoch nicht mit ihrer Funktion gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts verwechselt werden, wo die mittelständischen Gruppen ein viel größeres Gewicht, das teilweise bis zur alleinigen Führung reichte, innerhalb der Parteihegemonie erreichen konnten. Da erst wurden auch neue programmatische Aspekte, wie z.B. die soziale Frage und die Reformversuche der sozioökonomischen Verhältnisse, für die inhaltliche Arbeit der Partei festgelegt. Solange ließen sich kaum Unterschiede zwischen Radikaler und Liberaler Partei feststellen.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns mit der Demokratischen Partei, die aus der Radikalen Partei hervorging (1887), befassen die im vergangenen Jahrhundert kein genügend großes Gewicht erreichen konnte, um die politischen Ereignisse entscheidend zu beeinflussen. Wichtig ist die Erwähnung dieser Partei vor allem deshalb, weil sich in dieser politischen Organisation zum erten mal in der Geschichte Chiles Handwerker und Arbeiter in einem Artikulationsprozeß vereinigten und eine von den herrschenden unabhängige Kraft formieren konnte.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Profilierung der Demokraten stand die grundsätzliche Kritik an den bestehenden Machtstrukturen, wie sie sich in Staat, Wirtschaft und Stabilisierung der Abhängigkeit von den industriellen Metropolen ausdrückten. Gerade die Frage nach Grund und Funktion der Abhängigkeit wurde vorrangig behandelt:

"Die chilenische Nation löste sich zwar von der politischen Herrschaft ihres Mutterlandes, konnte aber nicht das Joch der ökonomischen Beherrschung, das sie an Europa band, abschütteln.

Unvollständige Gesetze verwandelten es in eine Fabrik oder Hazienda unserer Herren von Übersee. Sobald die Engländer bei uns ihre Fabriken, kaum von unseren Zollgebühren belastet, einrichteten, hinderte sie uns gleichzeitig an der Ausübung derselben Tätigkeit." 1

Die programmatischen Aspekte der Partei lagen in folgenden Forderungen:

- Politische, ökonomische und soziale Emanzipation
- Verfassungsänderung und andere Gesetzesänderungen im Bereich des Wahl- und Steuerrechtes und der Frauenrechte
- Direkte Wahl der juristischen Amtsträger
- Protektion der nationalen Industrie
- Gerechte Lohnpolitik etc. 2

Die Demokratische Partei war einer späteren Phase Entstehungsort für sozialistisch orientierte Gruppen, insbesondere für Partido Obrero Socialista (Sozialistische Arbeiterpartei. F.E.) im Jahre 1912 und für die Kommunistische Partei Chiles im Jahre 1922.

2.3. Die Regierung Balmaceda³

Nach der Vorstellung der grundsätzlichen Interessen und Konfliktsituationen während des 19. Jahrhunderts wenden wir uns nun der näheren Betrachtung der unmittelbaren Umstände und Ereignisse zu, die vor dem Bürgerkrieg von 1891 stattfanden.

Unser Interesse gilt der Untersuchung von drei wesentlichen Aspekten der von Teilen der Liberalen getragenen Regierungspolitik unter dem Präsidenten Jose Manuel Balmaceda, die sich einer strukturellen Modernisierung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Chile verpflichtet wußte.

Kennzeichnend für diese Politik war die Protektion der inländischen Industrie und Industrieentwicklung, die Erweiterung produktiver öffentlicher Investitionen und die Einschränkung der Entscheidungsbefugnisse des englischen Imperialismus durch die stufenweise

1 Concha, Malaquías: El programa de la democracia. Santiago de Chile 1905. S. 25.

2 ebd. S. 25.

3 Vgl. zur politischen Biographie Balmacedas: Miranda Salas, Felix: Balmaceda. El hombre. Santiago de Chile 1973.
Yrarrázabal Larraín, José M.: El presidente Balmaceda. Tomos I y II. Santiago de Chile 1940.

vorangetriebene Eigenbeteiligung am Abbau der Salpetervorkommen. Die Durchsetzung dieser Absichten bedeutete selbstverständlich eine Abkehr vom die oligarchischen Kreise alleinbegünstigenden Modell der freien Marktwirtschaft und bestehenden Umverteilungsmodus. Der neue innenpolitische Trend fand auch in der Außenpolitik seine unmittelbare Entsprechung, die die von Chile nach dem Salpeterkrieg errungene Stellung sichern sollte. Die Verstärkung der nationalen Verteidigung durch die Modernisierung und Aufrüstung von Heer und Marine sollte dem offenen Ausbruch latenter Konflikte mit den Nachbarländern vorbeugen und zur Sicherung der Vorherrschaft Chiles im südlichen Pazifik beitragen.¹ Beispielhaft erwähnt sei hier das besondere Engagement Deutschlands im Bereich der materiellen Ausrüstung der Streitkräfte und der Professionalisierung ihrer inneren Führung.²

Wenden wir uns nun aber der oben angedeuteten Untersuchung von den drei Aspekten zu, die in den wesentlichen Zügen die Kernpunkte des Konfliktes zwischen Exekutive und dem traditionell oligarchisch kontrollierten Kongress erklären.

Unbedingt zu beachten ist hier, daß große Teile der Liberalen Partei nach ihrer anfänglichen Unterstützung der Balmaceda-Regierung in das Lager der Konservativen Opposition überwechselten, als sie die Folgen der Modernisierungspolitik für ihre eigenen Profitinteressen einschätzen konnten. Die Restrukturierung des alten oligarchischen Interessenskartells hatte, als der institutionelle Rahmen nicht mehr zur Artikulation und Durchsetzung ihrer Forderungen ausreichte, den in seinem Ausmaß in der institutionellen chilenischen Geschichte bis dahin unbekannten Bürgerkrieg von 1911 zur Folge.

1 Burr, Robert: The Balance of Power in Nineteenth-Century South America: An Exploratory Essay. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 35. Nr. 1. North Carolina 1955. S. 55 ff.

Barros, Mario: Historia diplomática de Chile (1541 - 1938). Barcelona 1970. S. 389 ff.

2 Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika, Militär und Rüstungsinteressen in Argentinien, Bolivien und Chile vor 1914. Düsseldorf 1974.

Brunn, Gerhard: Deutscher Einfluß und deutsche Interessen in der Professionalisierung einiger lateinamerikanischer Armeen vor dem 1. Weltkrieg (1885 - 1914). In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika. Bd. 6. Köln-Graz 1969. S. 278 - 336.

2.3.1. Das Demokratisierungsprogramm - Der Streit zwischen Präsidialsystem und Parlamentarismus

Ein Element der Regierungspolitik Balmacedas war die Vorsetzung und abschließende Durchführung der von den Liberalen eingeführten Liberalisierungsprozesse. Wenn auch die präsidiale Kompetenz wesentlich eingeschränkt wurde, so wurde dennoch nicht die absolute Macht an das Parlament gegeben. Bei der Frage nach der Aufteilung der Staatsgewalt entschied sich Balmaceda für einen Mittelweg zwischen den Positionen der Anhänger von Parlamentarismus und Präsidialsystem:

"Ich akzeptiere nicht für mein Vaterland - so sagte er im Parlament im Jahre 1891 - die Diktatur des Kongresses und ich unterstütze auch nicht eine Diktatur der Exekutivgewalt: Ich wünsche mir eine Herrschaft der Freiheit und Unabhängigkeit der Staatsgewalten..."¹

Die Einführung einer relativen Autonomie der bis dahin sehr eng mit der Exekutive verbundenen kommunalen Institutionen und die Gesetzesnovellierung im Bereich der Ernennung von Richtern, die die Macht der Exekutivorgane im juristischen Sektor einschränkte, waren Nebenprodukte einer grundsätzlichen Erneuerung, der Ausweitung des Wahlrechtes.²

Da das Wahlrecht trotz aller Reformen immer noch an den Einkommensnachweis gebunden war, führte Balmaceda das universelle Wahlrecht ein, das nur an die Fähigkeit des Lesens und Schreibens gebunden war. Der Anteil der Wähler an der Gesamtbevölkerung stieg damit auf immer noch nur 5,4 %.³ Die mit dem kumulativen Wahlrecht ermöglichte Stimmenthäufung auf einen Kandidaten⁴ eröffnete die gleichberechtigte Vertretungsmöglichkeit für Minderheiten.

Die Relativierung der präsidialen Befugnisse konnte die starke konservative Opposition jedoch nicht daran hindern, Balmaceda der Einrichtung einer präsidialen Diktatur zu bezichtigen, weil er im Januar 1891 die jährlich zu erneuernden Gesetze im Haushalt- und Militärsektor ohne Genehmigung der legislativen Gewalt verabschiedet habe. Augenscheinlich entschloß sich Balmaceda nicht aus diktatorischen Motiven für diesen

1 Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.O.S. 183 - 184.

2 Heise, Julio: 150 años de evolución...a.a.O. S. 90.

3 Nohlen, Dieter: Chile. Das sozialistische.....a.a.O.

4 Heise, Julio: 150 años de evolución... a.a.O.

Weg, sondern um der Monate langen Verschleppung einer Entscheidung im Parlament ein Ende zu bereiten. Die Verschleppung dieser Entscheidung durch die konservative Opposition im Parlament war fester Bestandteil einer den gewaltsamen Aufstand provozierenden Obstruktionspolitik.

2.3.2. Die Industrialisierungs- und innovative Investitionspolitik des Staates

Das Interesse an einer alternativen wirtschaftlichen Entwicklung wurde mit dem Erstarken der industriellen Unternehmen nach dem Pazifik-Krieg immer deutlicher formuliert. Gerade die durch diesen Krieg begünstigten Unternehmer unterstützen Balmaceda bis zum Ende seiner Regierungsperiode. Neben dieser Kraft basierte die Industrialisierungspolitik auch auf dem Beispiel von bürgerlich autonomen Entwicklungen wie z.B. in den USA und auch auf protektionistischen Ideen, wie sie in Deutschland z.B. von Frederick List verbreitet wurde.

Ihre institutionelle Verankerung fand diese Entwicklung im Jahre 1887 mit der Gründung des Ministeriums für Industrie und öffentliche Arbeiten. Die Befreiung von den Zollgebühren bei der Einfuhr von Maschinen und Werkzeugen, die zur Einrichtung oder Ausweitung von Industrieanlagen benötigt wurden, muß als eine solche protektionistische Maßnahme gewertet werden.

Als Resultat dieser Politik kann die Gründung von 40 Fabriken in dem Zeitraum von 1887 bis 1890 und von 100 Fabriken und Handwerksbetrieben im Zeitraum von 1891 bis 1894 betrachtet werden.¹

Die Investitionen im Bereich der Infrastruktur und anderer öffentlicher Ausgaben (Schulen, Brücken, Straßen etc.) erreichten ein nie da gewesenes Ausmaß und waren notwendige Grundlage für die Dynamisierungsprozesse des neuen Entwicklungsweges.

Anteil der Ausgaben für öffentliche Arbeiten am Gesamt-Haushalt²

Jahr	Ordentliche und außerordentliche Ausgaben für öffentliche Arbeiten	Ordentliche und außerordentliche Gesamt-ausgaben	%
1886	12.036.796 Pesos	46.092.536 Pesos	26 %
1889	14.899.161 "	59.390.144 "	25 %
1890	26.196.417 "	75.063.376 "	35 %

¹ Nolff, Max: La industria manufacturera....a.a.0. S. 156.

² Ramirez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.0. S. 121.

Die infrastrukturelle Dynamisierungsprozesse wirkten sich positiv auf die einheimische Industrie aus, die die Baustoffe und andere Materialien lieferten.¹

Um das neue wirtschaftliche Programm umsetzen zu können, mußte die Regierung auch in der Finanzpolitik wesentliche Korrekturen vornehmen. Die minimalen Partizipationsmöglichkeiten des Staates an der Verwertung des erwirtschafteten Kapitals - der Staat war während der dominanten Exportorientierung Garant für die Umverteilung des Kapitals zugunsten der Oligarchie - mußte, wenn dieses Programm durchgeführt werden sollte, in eine Kontroll- und Sicherungsfunktion dieser Sachmittel einmünden. Zu diesem Zweck war an die Bildung einer Staatsbank und die Einführung einer starken Kontrolle der Geldemission gedacht. Die Einwände, die die konservative Opposition dazu bewogen, im Kongress gegen diese Vorlage zu stimmen, werden im folgenden deutlich:

"Mit diesem Gesetz von grundsätzlichem sozialistischen Charakter bekleidet sich die Regierung mit der Befähigung, Geldscheine zu drucken." 2

Außerdem hatte die neue Orientierung eine Umstrukturierung des sektoralen Lohnniveaus zur Folge, weil sich durch eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften in den neu eingerichteten und dynamisierten Sektoren auch die Höhe der Löhne zugunsten der dort tätigen Arbeiter verschob:

"Den Landarbeitern wurde vorher ein Lohn von 60 Centavos pro Tag ohne Verpflegung bezahlt, die Arbeiter im Baugewerbe erhalten heute einen Lohn von 90 Centavos inclusive von Verpflegung, die 26 Centavos ist." 3

Die Lohnentwicklung in den modernen Sektoren zog den spontanen Widerstand der Großgrundbesitzer, die sich zur Zahlung ähnlicher Löhne verpflichtet fühlten, nach sich:

"Die Winzer sehen sich heute vor der dringenden Notwendigkeit, den gleichen Lohn wie in den Fabriken zu bezahlen, wenn sie die Ernte rechtzeitig einbringen wollen." 4

1 Pinto, Anibal: Chile, en caso de desarrollo frudtrado...a.a.O. S. 66-67.

2 Velasco, Fanor: La revolución de 1891. Memorias. Santiago de Chile 1925. S. 318 - 319.

3 Zeitung La Tribuna. 20.4.1889. Zit. nach: Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución ...a.a.O. S. 114.

4 Zeitung Eco de los Andes. 18.4.1889. Zit. nach ebd. S. 115.

Grundsätzlich hatte die Modernisierungspolitik ihre weitreichendsten und einschränkendsten Auswirkungen für die traditionelle Oberschicht, deren Möglichkeiten zur fast uneingeschränkten Nutzung des Staatseinkommens und zu Spekulationen in Folge der Privatemissionen. Für das Land Chile bedeutete dieses Programm die Schaffung der Grundbedingungen für das Entstehen einer mächtigen nationalen Industrie-bourgeoisie und der strukturellen Gefährdung des traditionellen Agrar-sektors.

Die staatliche Unterstützung der nationalen Industrie führte zum Entstehen einer radikalen restaurativen Opposition, die nach allen Möglichkeiten suchte, wieder die politische Macht im Staate zu gewinnen. Die Kritik der Opposition beinhaltete den Vorwurf gegen Balmaceda, eine politische Diktatur einrichten zu wollen, berührte jedoch eng die Wirtschaftspolitik des Staates, der sie die Funktion einer Verstärkung der Machtbefugnisse für die politische Exekutive zuschrieb.

"Das politische Gewicht des zur Diskussion stehenden Projektes (Der Eisenbahnbau.F.E.) ist nicht zu verstecken. Für diese Sache wird die Exekutive, der Staatschef mit einer bedeutenden Machtfülle ausgestattet: Diese Sache legt solch immense Elemente und Mittel in die Hände, daß er einen unwiderstehlichen Einfluß auf die Masse des Volkes ausüben kann, was zur Folge haben kann, daß die öffentlichen Freiheiten, insbesondere die Wahlen gefährdet werden." 1

2.3.3. Die Auswirkungen der Modernisierungspolitik auf das Verhältnis zum englischen Imperialismus. Salpeter- und Eisenbahnpolitik

Aus der Notwendigkeit, die Sachmittel zur Finanzierung des Modernisierungsprogramms beschaffen zu müssen, resultierte der Versuch, Englands Einfluß insbesondere im Salpetersektor zurückzudrängen. Dieser Trend wurde auch verstärkt durch das wachsende Engagement anderer Mächte in Chile, das ausdrücklich von der Regierung gefördert wurde. Die englische Besorgnis über diese Entwicklung drückte sich folgender-

1 Sesiones del Congreso 1887. Senado 17.10.1887. Zit. nach: Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.O. S. 118.

maßen aus:

"Seit der Amtsübernahme des Präsidenten Balmaceda pflegt Chile sehr enge politische Beziehungen mit Deutschland, was den Geschäften und dem Handel dieses Landes zum Vorteil gereichte. Im Kongress aber mehren sich die Zeichen des Widerstandes gegen die großen Einfuhren von Krupp-Kanonen und deutschen Lehrern." 1

Die ersten Maßnahmen des Staates zur Einschränkung des englischen Einflusses im Salpeterbergbau wurden 1887 mit dem Ankauf von 71 Werken getroffen.² Später bat Balmaceda den Generalinspekteur der Salpeterwerke, einen Bericht über den Zustand dieses Sektors zu verfassen, dessen Ergebnisse entscheidend für die endgültige Neuorientierung der Salpeterpolitik wurde. Der Inspekteur stellte nämlich fest, daß von den 2.85 Pesos, die ein Zentner Salpeter beim Verkauf kostete, nur 1,68 Pesos für Löhne, Verpackung, Transporte und Exportrechte im Land blieben, 1,17 Pesos jedoch als Gewinne oder Beiträge zur Amortisierung aus dem Land flossen.³ Er empfahl in seinem Bericht die Nationalisierung der Salpeterindustrie, der sich, wie wir später noch sehen werden, nur tendenziell angeschlossen wurde. Während einer Grubenvisitation im August 1889 sagte Balmaceda dazu:

"Das Privateigentum gehört im ganzen Land den Ausländern und konzentriert sich ganz besonders bei einzelnen Angehörigen einer Nationalität. Wünschenswert wäre, daß dieses Eigentum auch Chilenen gehören würde...Der Zeitpunkt ist gekommen, der Republik eine Erklärung abzugeben. Das Salpetermonopol darf nicht unter den Einfluß des Staates geraten, dessen Hauptaufgabe nur die Sicherung von Eigentum und Freiheit sein kann. Auch darf es nicht unter den Einfluß von Privatunternehmern, seien es in- oder ausländische, geraten, weil wir keine ökonomische Tyrannei akzeptieren, weder von vielen noch von wenigen. Der Staat muß immer ein ausreichendes Salpeter Eigentum garantieren, um mit seinem Einfluß Produktion und Verkauf schützen und unter allen Umständen die Industrielle Diktatur von Tarapaca zu verhindern." 4

1 Foreign Office 16. Vol. 259. Informe de la Legación de Gran Bretaña en Chile. Nr. 45. 3.6.1890. Zit. nach Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarrevolución...a.a.O. S. 166.

2 Encina, Francisco A. / Castedo, Leopoldo: Resumen de la historia de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1956. S. 1788 ff.

3 ebd. S. 1794.

4 ebd. S. 1790 - 1791.

Im Bericht des Inspektors hatte auch die Einschätzung der Gewinne der von J.T. North kontrollierten Salpeterereisenbahn einen Platz gefunden. Es wurde deutlich, daß North einen Monopolpreis für den gesamten Transport festgelegt hatte, der sowohl die Eigentümer anderer Salpeterwerke als auch Agrarproduzenten in den zentralen Regionen des Landes betraf. Mit seinen Preisen lag North um ein drei- bis vierfaches höher als die staatlichen Eisenbahnunternehmen.¹

Diese Ergebnisse bewogen Balmaceda dazu, die Verstaatlichung eines Teils der Eisenbahnunternehmen in Angriff zu nehmen.² Ein mit diesem Ziel eingebrachter Gesetzesentwurf wurde jedoch vom Kongress abgelehnt, wodurch Balmaceda gezwungen wurde, die antimonopolische Politik durch Aufkündigung des bestehenden Vertrages mit der Nitrate Railways Company of Tarapaca und Zulassung neuer Gesellschaften in diesem Sektor fortzusetzen.³

Inmitten der Auseinandersetzungen zwischen Kongress und Präsident klagte die obengenannte Gesellschaft unter dem Schutz des Kongresses die Regierung der Verletzung von Gesetz und Verfassung an. Gleichzeitig suchte sie um die Unterstützung der englischen Regierung nach, die dann auch Anklage gegen diese Politik erhob.

Von großer Bedeutung in diesen Auseinandersetzungen waren die engen strukturellen und personellen Verbindungen zwischen Kongress und englischen Eisenbahnunternehmen. Die häufig anzutreffende Personalunion, wo Kongressabgeordnete gleichzeitig in führenden Positionen bei den Eisenbahnunternehmen tätig waren, war vielfach Grund genug für die sichere Interessenvertretung des englischen Eisenbahnkapitals. Da, wo diese Bindungen zwischen Kongress und Unternehmen nicht so eng waren, mußte die offene Bestechung von Abgeordneten diese Funktion erfüllen.⁴

1 Encina, Francisco A. / Castedo Leopoldo : Resúmen de la historia ... a.a.O. S. 1794.

Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.O. S. 123.

2 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.O. S. 212.

3 ebd. S. 212.

4 Im Jahre 1897 klagten englische Eisenbahnaktionäre ihre Direktoren der Veruntreuung von 100.000 Pfund an. Die Untersuchungen ergaben, daß diese Summe zum Zwecke der Bestechung chilenischer Abgeordneter ausgeschüttet worden war. Neben Anderen profitierten besonders die Führer der oppositionellen Parteien - Enrique Mc Iver (Radikale Partei), Carlos Walker Martínez (Konservative Partei), Eulogio Altamirano und Julio Zegers (Liberale Partei). Vgl. Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.O. S. 73 ff.

2.3.4. Die politische Opposition - vom parlamentarischen Widerstand zum offenen Aufstand

In den fünf Regierungsjahren erlebte die Regierung Belmacedas verschiedene Zusammensetzungen. Der Präsident ernannte 14 Kabinette, woran unter Ausschluß der Konservativen Partei, die sich von Anfang an allen Integrationsbemühungen widersetzte, alle Parteien des politischen Spektrums partizipierten. Die freiwillige Parteipartizipation der Liberalen und Radikalen Partei endete sofort, als die Grundzüge der Regierungspolitik deutlich wurden. Zu diesem Zeitpunkt formierte sich neu das verbindende Interesse der schon erwähnten oligarchischen Kreise gegen diese Regierungspolitik.

Zu Ende seiner Regierungszeit konnte der Präsident nur noch mit einer begrenzten politischen Unterstützung rechnen:

"Die sozialen Sektoren, die Belmaceda unterstützten, waren begrenzt auf eine Minderheit aus der Bourgeoisie die zum Kreise der Liberalen Partei zählten; gleichzeitig konnte er mit der Unterstützung der Funktionsbürokratie, der Lieferanten und Nutznießer von Staatsaufträgen für öffentliche Arbeiten, von einigen Technikern und Grund- und Hauptschullehrern und von Angehörigen der handwerklichen Schichten, die sich der Demokratischen Partei angeschlossen hatten, rechnen. Der Hauptunterstützungsfaktor, den Belmaceda im Bürgerkrieg aufweisen konnte war die Armee." ¹

Der Übergang von parlamentarischer Opposition zum offenen Aufstand läßt sich an zwei Punkten markieren, der Ankündigung der neuen Salpeterpolitik durch den Präsidenten während seiner Visitation im Norden und dem Besuch des J.T. North in Chile mit der Absicht, sein Salpeterengagement zu steigern und das Monopol zu sichern. Beide Ereignisse, die im Jahre 1889 stattfanden, führten zur umfassenden und radikalen Koordination der restaurativen Opposition.

Seine politisch formulierte Verkleidung fand der Konflikt in den Fragen nach dem Charakter des Verfassungssystems, nach der Präsidenten-

¹ Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.o. S. 229.

nachfolge¹ und nach der umstrittenen Umgehung des Parlaments bei der oben schon erwähnten Haushaltsgesetzgebung. Die Verabschiedung dieses Dekretes:

"...Da es unmöglich ist, während des Verabschiedungsprozesses die öffentlichen Dienste auszusetzen, ohne die innere Ordnung und äußere Sicherheit der Republik zu gefährden, erlasse ich folgendes Dekret:
Solange nicht das Haushaltsgesetz für dieses Jahr verabschiedet ist, behält das am 31. Dezember 1889 für 1890 erlassene Gesetz auch für 1891 seine Gültigkeit. Belmaceda." 2

war der entscheidende äußere Anlaß für den offenen Aufstand. Dieser letzte Anlaß stand jedoch nur am Ende einer langfristig geplanten und strukturierten Destabilisierungspolitik. Element dieser Politik war eine gezielte Pressekampagne, so schrieb z.B. die Zeitung "El Mercurio" von Valparaiso am 2. Juli 1890 unter dem Titel "Wir nähern uns der endgültigen Entscheidung" mit der Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten:

"Die Präsidentialpolitik wird den Herrn Belmaceda zu einem Abgang zwingen, der nicht vom Ruhm eines Opfers, sondern von der Scham einer Niederlage begleitet sein wird." 3

Im August 1890 hatte die Opposition damit begonnen, in konspirativer Weise die Führung der verschiedenen Parteien mit außergewöhnlichen Befugnissen im Untergrund zu organisieren⁴ und Revolutionskomitees in Santiago, Valparaiso und Concepcion zu formieren. Diese Komitees koordinierten bis Januar 1891 die Basisarbeit der Opposition, im Bürgerkrieg verwandelten sie sich in paramilitärische Verbände,⁵ wie wir später genauer sehen werden.

1 Die Opposition bezichtigte Balmaceda der direkten Regierungsintervention zugunsten eines seiner politischen Vorstellern entsprechend dem Präsidentschaftskandidaten. Vgl. Encina, Francisco A. / Castedo, Leopoldo: Resúmen de la historia ... a.a.O. S. 1721 ff.

Heise, Julio: Historia de Chile. El período parlamentario 1861 - 1925. Santiago de Chile 1974. S. 69 ff.

2 Bañados Espinoza, Julio: Balmaceda, Su gobierno y la revolución de 1891. Tomo II. Paris 1893. S. 3 - 4.

3 Zeitung El Mercurio. 2.7.1890. Zit. nach Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarrevolución...a.a.O. S. 225.

4 Bañados Espinoza, Julio: Balmaceda, Su gobierno...a.a.O. S. 3 - 10.

5 Cox Méndes, Ricardo: Recuerdos de 1891. Santiago de Chile 1944. S. 68 ff.

Am 06. Januar 1891 brach der offene Bürgerkrieg aus, als sich die chilenische Flotte mit dem Vizepräsidenten des Senats Waldo Silva und dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer Ramon Barros Luco an Bord gegen die Regierung erhob. Unter Leugnung jeglicher Legitimität der Regierung erklärten die Aufständischen:

"Zum ersten Male in der Geschichte Chiles hat sich der Präsident der Republik als außerhalb des verfassungsmäßigen Regimes stehend erklärt....er wollte die persönliche und willkürliche Macht erlangen...In einer so gewichtigen Ausnahmesituation sieht sich der Kongress genötigt, mit seinem ganzen Gewicht der Verteidigung der Verfassung zu entsprechen und alle zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, um die Verfassung wieder zur Geltung zu bringen." 1

Aufgrund der sozialen Schichtung der Marine, die sich dem britischen Vorbild entsprechend aus Angehörigen der traditionell konservativen Schichten rekrutierte, fand der Aufstand dort eine beinahe ganzheitliche Unterstützung, wohingegen die Armee ihn nur schwach unterstützte. Neben der Marine als dem militärischen Stützpunkt der Opposition traten England und Deutschland aufgrund der deutlichen Interessensdeckung mit ihrer Unterstützung auf den Plan.

Die Frage nach der sozialen Trägerschaft dieses Aufstandes läßt sich am besten aus zeitgenössischen Berichten erklären:

"Es ist unmöglich zu leugnen, daß der Flottenaufstand von den oberen Klassen mit grenzenlosem Jubel als Befreiung von der Tyrannenherrschaft begrüßt wurde. Das untere Volk drückt im Gegenteil seine vollständige Gleichgültigkeit für diese Bewegung aus und mehr noch es hängt sogar an dieser Regierung." 2

"Ihr (Der aufständischen Bewegung.F.E.) gehören die großen Bankiers, wie Edwards und Matte, die Mehrzahl der Minen- und Großgrundbesitzer, überhaupt wohl im Ganzen die jetzt leitenden Klassen des Landes an. Im Falle ihres Unterliegens würden sie aber ruiniert sein, ihre Besitztümer konfiziert werden, würde überhaupt eine Umwälzung aller Besitzverhältnisse mit den sich daran knüpfenden Folgen eintreten. Sie müßten also um das Dasein kämpfen." 3

1 Bañados Espinoza, Julio: Balmaceda, Su gobierno...a.a.O. S. 10.

2 Informe del Barón von Gutschmid, Ministro de Alemania en Santiago 10.1.1891. In: Documentos publicados por la cancillería alemana: Los acontecimientos en Chile. Santiago de Chile 1891. S. 13.
Vagt, Alfred: Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Welt-politik. Bd. II. New York 1937. S. 1648.

3 DZA Postdam. AA II. Nr. 1223, Bl. 31; Gutschmid an AA von 29.1.91. Zit. nach Hell, Jürgen: Deutschland und Chile...a.a.O. S. 87.

Nach der Erhebung stellten die Aufständischen in den Salpetergebieten eine eigene Regierung auf. Die Pkkupation dieses Gebietes war von gemein wichtiger strategischer Bedeutung, da sie so den Krieg gegen die Regierung zum großen Teil finanzieren konnten. Da sie im Zentrum des Landes weder auf eine bedeutende zivile Unterstützung rechnen konnten, noch die militärisch politische Kontrolle dieses Landstriches durch die Regierungskräfte brechen konnten, begrenzten sich ihre Aktionen auf ver- einzelte den entscheidenen Schlag vorbereitende Sabotageakte.

Durch die Zwangsrekrutierung der Salpeterarbeiter waren die Aufständischen in der Lage, eine eigene Armee aufzustellen, der sie später sogar Offiziere der deutschen Militärmission unter Leitung von Emil Körner anschlossen. Der Anschluß dieser Offiziere bedeutete aufgrund ihrer militärischen Erfahrungen und Kenntnisse eine entscheidende Verstärkung für die Opposition. Mitte August rückten die Oppositionsstreitkräfte bis in die Nähe von Valparaiso vor, wo sie nach kurzer Offensive in den Schlachten von Con-Cón und Placilla die loyalen Regierungskräfte besiegten.¹

Dieser Umstand ließ den Präsidenten in der argentinischen Botschaft um Asyl bitten, wo er am 19. September 1891 Selbstmord beging.

2.3.5. Reaktion der ausländischen Mächte auf die Bürgerkriegsereignisse

England.

Die Engländer billigten nicht nur den Aufstand der Opposition im Norden des Landes, sondern unterstützten ihn durch direkte finanzielle Zuwendungen. Der Abgesandte der USA wußte seine Regierung davon zu berichten, daß J.T. North einen Betrag von 100.000 Pfund an die Oppositionskräfte bezahlt hätte.² Neben diesen Aktionen einzelner englischer Unternehmer nahm auch die englische Regierung offen Partei für die Aufständischen, indem deren Truppen von der englischen Handelsmarine befördert und mit Bekleidung und Lebensmitteln ausgestattet

1 Toro, Agustín: Síntesis histórico militar de Chile. Santiago de Chile 1977. S. 343 ff.

2 U.S. Government: Papers relating to the foreign relations... Informe de la Legación de los Estados Unidos en Chile al Departamento de Estado. 17.3.1891. Zit. nach Ramíerez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.O. S. 199.

Hell, Jürgen: Deutschland und Chile...a.a.O. S. 88.

wurden.¹ Die englische Kriegsmarine patrouillierte vor der chilenischen Küste, um im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen das Eigentum britischer Unternehmer schützen zu können und den Oppositionskräften wichtige Informationen über Bewegungen und Ausstattungen der loyalen Regierungsarmee zukommen zu lassen.

Nach dem Sturz Belmacedas wurde diese Funktion der Engländer offen proklamiert, so erklärte der provisorische Regierungschef Marinekapitän Jorge Montt dem englischen Abgesandten in Chile:

"Er sagte mir (Jorge Montt zum englischen Abgesandten Kennedy.F.E.) - so berichtete Kennedy -, daß er nicht ausreichend genug den Marineoffizieren seiner Mayestät seine Dankbarkeit für ihre deutliche Sympathie und Hilfestellung für die chilenische Flotte seit Ausbruch der Revolution bezeugen könne." 2

Das Ende des Bürgerkrieges sicherte den Einflußbereich und die objektive Interessenlage des englischen Imperialismus.

Deutschland.

Die Reaktion Deutschlands auf den Aufstand verlief zweigleisig, auf der einen Seite erklärten die Deutschen ihre strikte Neutralität gegenüber den aufständischen Streitkräften, auf der anderen Seite brachten sie die volle Unterstützung der Opposition zum Ausdruck. Die angenommene Haltung der Neutralität erklärte sich aus der möglichen Niederschlagung der Oppositionsstreitkräfte und dem Interesse an der Erfüllung der mit Belmaceda ausgehandelten Verträge und hier insbesondere der deutsche Kredit, der zum großen Teil zur Anschaffung von Kriegsmaterial diente.³

1 Co★ Méndes, Ricardo: Recuerdos de 1891...a.a.0. S. 68 ff.

2 Foreign Office 132. Vol. 28. Carta de Kennedy a Sanderson, 15.9.1891. Zit. nach Ramirez, Hernán: Belmaceda y la contrarevolución...a.a.0. S. 202.

3 Ein Teil dieses Kredits war mit der Auflage verbunden, dafür Eisenbahn- und Kriegsmaterial zu kaufen, auf diese Weise erhielt Krupp den Auftrag zur Lieferung von 10 Kanonen zu einem Gesamtpreis von 5 Mill. Mark. Später umfaßten die Aufträge noch die Lieferung von 14 Batterien, 7,5 cm Geschützen. Krupp beschränkte sich nicht auf die Lieferung von Waffen an die Regierungskräfte. Die Waffensysteme, die von den Agenten der Oppositionsjunta in Europa von Krupp alle Nationen an den Lieferungen beteiligt waren. Vgl. Vagts, Alfred: Deutschland ... a.a.0. S. 1641.

Die Sympathien für die Opposition drückten sich in den direkten Interventionen von deutschen Handels- und Minenunternehmer aus. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der deutsche Abgesandte in Chile Baron von Gutschmid, was sich besonders in seiner Einschätzung der Kriegseignisse ausdrückte:

"Das Aufkommen einer mittellosen und durch keine großen Interessen an die Wohlfahrt des Landes gebundene Demokratie wird und muß den allmählichen, aber sicheren Rückgang des fremden Kapitals sowie den Ruin des fremden Kaufmannes zur unausbleiblichen Folge haben, weil dann eben jenes Vertrauen in die an die Oberfläche gelangenden, neuen leitenden Klassen und in die Stabilität der Institutionen des Landes fehlen wird. Dagegen wird der Sieg der Opposition allein schon genügen um dem fremden Handel das Vertrauen in die Zukunft widerzugeben, denn...sie und der fremde Handelstand stehen seit mehr als 30 Jahren in vertrauensvollen Wechselbeziehungen zueinander und haben sich gegenseitig zu Wohlstand und Reichtum verholfen." 1

Die mögliche Gefahr für deutsche Investitionen in Chile bewog ihre Regierung zur Verlegung der in China stationierten Flotte nach Chile, wo sie ähnliche Funktionen wie die englische Flotte übernahm. 2 Auch wenn die deutsche Flotte während des Krieges nicht direkt zugunsten der Aufständischen intervenierte, so knüpften sie nach dem Kriege enge Kontakte mit ihnen.

In der Haltung der deutschen Militärinstrukteure offenbarte sich mit aller Deutlichkeit die doppeldeutige Politik Deutschlands. Emil Körner und mit ihm die anderen deutschen Instrukteure waren vertraglich mit der Regierung verbunden. Bis in den Mai 1891 entsprachen sie ihren Vertragspflichten, um dann jedoch in den Dienst der Opposition zu treten. Diese Entscheidung ist im wesentlichen auf den Einfluß der im Salpetergeschäft beteiligten deutschen Unternehmer zurückzuführen. 3

1 Vagts, Alfred: Deutschland...a.a.O. S. 1650.

2 ebd. S. 1650.

3 Diez, Lafn: Los alemanes del 70 en Chile. In: Revista Babel. Nr. 45. Santiago de Chile Mayo-Junio 1948. S. 151.

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die schon unmittelbar nach der Unabhängigkeit von Spanien durch die Nordamerikanische Regierung bestimmte Monroe-Doktrin (1823) zeugt von dem besonderen Interesse der USA an der Ausbreitung ihres Einflusses in Lateinamerika. Ihre Anstrengungen führten jedoch erst in diesem Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg zum Erfolg. Die Einberufung Panamerikanischer Konferenzen macht weiterhin die Absicht der USA deutlich, eine gesamt-amerikanische Vereinigung unter ihrer Führung zu gründen. Die erste Konferenz dieser Art fand im Jahre 1886 statt. Von besonderem Interesse für uns ist die Untersuchung der Beziehungen zwischen den USA und der Balmaceda-Regierung. Für die USA waren die Unstimmigkeiten zwischen Europa und Balmaceda durchaus mit ihren eigenen Interessen vereinbart, zumal die chilenische Regierungspolitik keine nordamerikanischen Absichten durchkreuzte.

Im Bürgerkrieg versuchten die USA Balmaceda zu überzeugen, Salpeterprodukte als Kreigsbannware zu deklarieren. Mit diesem nicht durchgeführten Vorschlag verfolgten die Nordamerikaner das Ziel, die Oppositionskräfte und den europäischen Imperialismus zurückzudrängen, um gleichzeitig größere Einflußmöglichkeiten für ihre Interessen zu erlangen.¹

Im militärischen Sektor vermieden die USA die Sendung von Kriegsmaterial an die aufständischen Gruppen.²

Die Haltung der USA erklärt sich aus der historischen Konkurrenz mit den europäischen Staaten und den angenommenen Erfolgsaussichten für die Regierung des Präsidenten. Von einem günstigen Ausgang des Bürgerkrieges erhofften sich die Vereinigten Staaten eine Zurückdrängung des europäischen Einflusses in Lateinamerika und eine Stärkung ihrer pan-amerikanischen Vorhaben. Die Zurückdrängung Europas sollte resultieren aus der chilenischen und nordamerikanischen Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages auf Gegenseitigkeit. All diese Erwartungen wurden gestärkt durch die positive Rezeption des nordamerikanischen Entwicklungsmodells durch den Präsidenten.

¹ Vagts, Alfred: Deutschland...a.a.Ö. S. 1646 ff.

² ebd. S. 1650.

Pike, Frederick B: Chile and the United States, 1880 - 1962. The Emergence of Chile's Social Crisis and the Challenge to United States Diplomacy. University of Notre Dame Press 1963. S. 66 - 71.

Der Sieg der restaurativen Kräfte und die konsequente Wiedereinführung eines von Europa abhängigen oligarchischen Systems schränkte die Einflußmöglichkeiten der USA wesentlich ein und führte zum Ausbruch offener Konflikte mit der neuen Regierung.¹ Erst Jahrzehnte später konnten die USA wieder ihre Beziehungen mit Chile verstärken und ausdehnen.

2.4. Die Streitkräfte und die zivile Macht

Ebenso wie die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen können die militärischen Voraussetzungen des Bürgerkrieges nur in Verbindung mit der Machtergreifung von Portales, dem Repräsentanten der restaurativen Kräfte richtig gewürdigt werden.

In unseren Ausführungen werden wir uns nach einer kurzen Betrachtung der Marine der Untersuchung des wesentlich relevanteren Faktors des Heeres zuwenden. Die größere Bedeutung des Heeres erklärt sich einfach aus seiner Stärke und Omnipräsenz im ganzen Lande und der territorialen Beschränktheit der Marine auf die wenigen Haupthälften des Landes. Das verstärkte oligarchische Interesse am Freihandel mit latein- und nordamerikanischen Staaten und die daraus resultierenden militärischen Auseinandersetzungen mit Peru und Bolivien (1838 - 1840 und 1879 - 1883) waren Anlaß für die sehr frühe Modernisierung der chilenischen Flotte. Von entscheidender Bedeutung für die soziale und militärideologische Gestaltung der Marine war die enge Bindung an England, was sich in der Unterstützung bei der Modernisierung und Professionalisierung der Seestreitkräfte durch englische Instrukteure konkretisierte, und an die bedeutenden inländischen Handelsgruppen in Valparaíso, dem wichtigsten Handels- und Umschlagszentrum Chiles. Die beiden genannten Faktoren waren mitentscheidend dafür, daß sich die Marine als geschlossen an der Seite der Oligarchie stehende Institution darstellte. Der englische Einfluß auf die Marine verstärkte sich proportional zur Entwicklung der englischen Interessen.

¹ Pike, Frederick B.: Chile and the United States...a.a.O.

Barros, Mario: Historia diplomática...a.a.O. S. 484 ff.

Trotz der außenpolitischen Bedeutung der Marine konnte sie in den gesamten chilenischen Streitkräfte nur eine untergeordnete Rolle spielen.¹

Für die Formierung des Heeres war die Phase der politischen Instabilität oder Anarchie, wie sie in der Geschichtsschreibung oft genannt wurde, sehr bedeutend. Diese bis 1829 dauernde Periode trug im wesentlichen die gleichen Kennzeichen wie die in anderen lateinamerikanischen Ländern längerfristig bestehende militärische Caudillo-Herrschaft. So wie in Chile eine Unzahl von Regierungen an die Macht kam, ohne daß im Lande ein Konsens unter den Trägern des Unabhängigkeitskrieges hergestellt werden konnte, war es für die Caudillo-Herrschaft bezeichnend, eine extreme institutionelle Instabilität und Zersplitterung der Machtinstanzen verstreut im ganzen Land zur Voraussetzung zu haben. Die lokale Herrschaftskonzentration bei einigen wenigen oligarchischen Fraktionen war direkte Folge der kolonialen Machtparzellierung,² am deutlichsten wird dieser Faktor in der regionalen Herrschaft agrar-oligarchischer Gruppen.

Kennzeichnend für die Auseinandersetzungen in der Epoche, die aufgrund der engen Verbindungen von Oligarchie und Militär auch für unseren Untersuchungsgegenstand von Bedeutung sind, waren auf der einen Seite Differenzen zwischen einzelnen herrschenden Fraktionen (Handels-, Agrar- und Bergbauinteressen) und auf der anderen Seite regionale Auseinandersetzungen (Föderalisten versus Zentralisten). Hinzu traten Konflikte im Bereich der Ideologie, wo liberal-republikanische gegen konservativ-restaurative Tendenzen standen.

Die Unfähigkeit der herrschenden Gruppen, ihre gemeinsamen Interessen zu objektivieren und in ein verbindendes Herrschaftsmodell umzusetzen, führte zu einer objektiven Vergrößerung des Einflusses der Streitkräfte oder partikulären bewaffneten Verbänden. Die Bemühungen um die Unterstützung des Militärs bei den Hegemoniekämpfen der einzelnen Fraktionen

1 López Urrutia, Carlos: Historia de la marina de Chile. Santiago de Chile 1996.

Nunn, M., Frederick: The military in Chilean History. Essays on Civil-Military Relations, 1810 - 1973. University of New Mexico Press 1976.

2 Zur Militärstruktur während der Kolonial- und ihrer unmittelbaren Folgezeit vgl. Jara, Alvaro: Guerra y sociedad en Chile. Santiago 1971. Quiroga, Alvaro: La génesis histórica de las FF. AA. en Chile 1810 - 1813. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 9. Berlín (West) Nov. 1981. S. 75 - 96.

waren von großer Notwendigkeit. Das Heer war zwar direkt der zentralen Regierung unterstellt, seine Führung war jedoch eng mit den einzelnen Gruppen verbunden. Die zivilen Milizen standen in ihrer Mehrheit unter der direkten Kontrolle von Großgrundbesitzern. Die soziale und politische Verwurzelung der Marine haben wir oben untersucht.

Mit der Durchsetzung des restaurativen Modells änderte sich auch das Militärwesen im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern. Die bewaffneten Auseinandersetzungen, die der Wiedereinführung der alten Strukturen vorausgingen, hatten gezeigt, daß die zentrale Regierung auf den Schutz der regulären Armee hatte vertrauen können, wohingegen die Konservativen ihre Unterstützung hauptsächlich bei den zivilen Milizen gefunden hatten. Aufgrund dieser Erfahrungen war es ein Hauptanliegen der restaurativen Regierung, die Identifikation der gesamten Streitkräfte mit dem autoritär-konservativen System zu erwirken. Ihre Aufgabe war es nun, die Streitkräfte aus der engen Gefolgenschaft liberaler Caudillo-Herrschaft zu lösen. Ganz in diesem Sinne müssen die Transformations- und Organisationsanstrengungen in Bezug auf das Militär von Portales gesehen werden. Da konnten dann auch die Interessen der konservativen Caudillos mit der staatlichen Institutionalisierung und Legitimierung der zivilen Milizen einen neuen Platz finden.

Die Stärke des regulären Heeres, das ausnahmslos an allen politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen 1817 und 1830 beteiligt war, wurde durch eine überproportionale Aufstockung der zivilen Milizen - im Jahre 1837 stand der Zahl von 2.800 regulären Armeemitgliedern die Zahl von 25.000 zivilen Milizionären entgegen ¹ - radikal beschnitten. Etwa 200 Führer der regulären Armee wurden entweder aus dem Dienst entfernt oder des Landes verwiesen. ²

Auf diesem Wege konnte es den konservativen Kräften gelingen, die Streitkräfte ihren jetzt einheitlichen Interessen unterzuordnen.

War der Zutritt zur Militärakademie nach ihrer Gründung im Jahre 1820 noch für ein relativ breites sozio-politisches Spektrum offen, so wurde er nach dem Sieg nur noch für die Angehörigen der siegreichen Kräfte möglich. ³

1 Blancpain, Jean-Pierre: Les allemands au Chili...a.a.O. S. 703 - 704.

North, Liisa: Civil-Military Relations in Argentina, Chile and Peru. Institute of International Studies. University of California. Berkeley 1966. S. 6

2 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.O. S. 201.

3 North, Liisa: Civil-Military Relations...a.a.O. S. 6

Die Führung der zivilen Milizen lag in den Händen von Angehörigen der regulären Armee, in der Stadt von Händlern und auf dem Lande von Großgrundbesitzern:

"Die Oligarchie, die die Präsidenten machte, stand auch an der Spitze des kleinen Heeres. Die zivilen Milizen, die in den Städten eng an die präsidentiale Macht gebunden waren, standen auf dem Land unter der direkten Kontrolle der Großgrundbesitzero-
ligarchie. Das Heer konnte nicht versuchen, die Macht zu übernehmen, ohne in eine direkte Konfrontation mit diesen Kräften zu geraten." 1

Diese Organisation im Verbund mit der sozialen Herkunft der neuen militärischen Führungsgeneration war das bedeutende Gegengewicht gegen latente Erhebungsversuche liberaler Kräfte. So wurden die bürgerkriegs-ähnlichen Aufstände 1851 und 1859 nur durch die Zusammenarbeit von lokaler Armee und zivilen Milizen niedergeschlagen. 2

Effekt dieser Politik war neben der Zentralisierung der Staatsmacht, als deren Garnat die reguläre Armee diente, die Existenz einer dezentralisierten paramilitärischen Struktur, die die lokalen Hegemonieansprüche schützte und demzufolge eng mit der landwirtschaftlichen Führungsgruppe verbunden war. Diese Konzeption entsprach den vorherrschenden politischen Absichten, die in der Kolonialzeit entstandenen regionalisierten Agrarstrukturen in ihrer Existenz zu sichern, als deren Garant die neue zentralisierte und autoritäre Regierung funktionieren sollte.

Gleichzeitig erhöhte sich aber die Gefahr einer lokalen Machtkonzentration gegen die Zentralregierung, wie wir es stellenweise während der Caudillo-Herrschaft bis 1830 erleben konnten. Eine reale Gefahr bedeutete dieser Umstand wegen der nach 1830 zunehmenden Interessenkonvergenz aller herrschenden Gruppen aber nicht.

Das Heer, stark an die präsidentiale Macht gebunden, konnte erst durch die stetige Interessenvertretung des neuen Staates, die Verteidigung der äußeren Souveranität und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung wieder-erlangen. Die beiden siegreich geführten Kriege gegen Peru und Bolivien

1 Joxe, Alain: Las fuerzas armadas en el sistema político chileno. Santiago de Chile 1970. S. 45.

2 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.o.

Villalobos, Sergio u.a.: Historia de Chile...a.a.o.

konnten den Trend zu einem Selbstverständnis der Armee als Garant für die Verteidigung der nationalen Interessen verstärken. An dieser Stelle sei noch einmal ganz deutlich darauf hingewiesen, daß das Heer nun eine ganz andere Rolle spielte als während der Caudillo-Herrschaft, wo es als Garant partikulärer Interessen fungierte.

Die den Streitkräften neu zugewiesene Aufgabe, das restaurative Staatsmodell zu verstärken und zu verteidigen, wird besonders bei der Untersuchung ihrer in zwei bedeutenden innenpolitischen Auseinandersetzungen gespielten Rolle deutlich. Die Niederschlagung der von Teilen der Opposition durchgeführten Erhebungsversuche durch das Militär belegen deutlich seine Funktion zur Unterdrückung aller oppositionellen Versuche, an den Machtstrukturen zu partizipieren.

Eine andere Funktion übernahmen die Streitkräfte mit der "Befriedung der Araukanergebiete", einer Aktion, mit der die Indianerbevolkerung, die schon den blutigen spanischen Kolonialisierungsversuchen widerstanden hatte, der Zentralregierung untergeordnet werden sollte. Das Interesse der Regierung galt aber nicht nur der Bevölkerung, sondern vor allem den Territorien. Das Heer mußte aufgrund des enormen indianischen Widerstandes ständig fast die Hälfte seiner Kräfte in dieser Kampagne engagieren, bevor im Jahre 1897 die endgültige Niederschlagung erfolgen konnte.¹

Mit der Ankunft einer deutschen Militärmission im Jahre 1885 nach dem Pazifik-Krieg in Chile konnte die Professionalisierung der Armee ihren Anfang nehmen.² Bis dahin hatten sich Heer und zivile Milizen in Ausbildung, Organisation und Effizienz als mangelhaft herausgestellt.

1 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.O.
Barcelo Lira, José M.: La evolución...a.a.O.

2 Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe...a.a.O. S. 21 ff.
North, Liisa: Civil-Military Relations...a.a.O. S. 14 ff.

Nunn, Frederick M.: Emil Körner and the Prussianisation of the Chilean Army: Origins, Process, and Consequences, 1885 - 1900. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 50. Nr. 2. S. 300 - 322.

Nunn, Frederick M.: The military in Chilean History ...a.a.O. S. 107 ff.

Quiroga, Alvaro: El "prusianismo" en las fuerzas armadas chilenas. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 14 - 15. Berlin (West) April 1983. S. 63 - 86.

Von Hartrott, Victor: Der deutsche Einfluß im chilenischen Heere. In: Deutsche Arbeit in Chile. Band 2. Santiago de Chile 1913. S. 1 - 16.

Novoa S.G.: Deutsche Mitarbeit in der Entwicklung der chilenischen Armee. In: Westküstenbeobachter. III: 65/66. 10.1.35. S. 21 - 25.

Díaz, F.J.: La instrucción militar alemana en Chile. Recuerdos de cuarenta años. Santiago de Chile 1926.

Die Einführung eines napoleonischen Reglements versuchte zwar, das militärische Leben zu ordnen, die französischen Instrukteure Julliet und Charmoux ¹, die 1840 nach Chile entsandt worden waren, konnten jedoch keinen großen Einfluß auf die gesamte Umgestaltung der Armee gewinnen. Die mangelnde Strukturierung der militärischen Führung drückte sich auch darin aus, daß zwar im Jahre 1820 ein Generalstab eingerichtet wurde, der jedoch nur in Kriegszeiten zusammentrat.

Den inländischen Militärinstrukteuren fehlte es an Kenntnissen moderner Strategie und Taktik z.B. im Bereich der Kavallerie und Artillerie, die in Europa schon gezielte Anwendung fanden. ²

Die inhaltliche Beschränktheit der damaligen Militärausbildung drückt sich im folgenden Zitat über die Situation an der Militärschule, die übrigens nach ihrer Gründung im Jahre 1817 dreimal geschlossen wurde, aus:

"Der lückenhafte Studienplan, in der Absicht einer generellen und nicht professionellen Ausbildung, beinhaltete das Auswendiglernen von Texten aus dem traditionellen Unterricht. Für die militärische Ausbildung fehlte es an fähigen Lehrern. Schießen, Fechten und Manövern gehörten nicht zum Programm. Die Übungen der massiven Truppenverbände (für lange Zeit auch in Schlachten die einzige Aufstellungsform der Armee. F.E.) für die Militärparade am 18. September (dem Nationalfeiertag zur Unabhängigkeit.F.E.) waren die einzigen Kennzeichen einer militärischen Ausbildung." ³

Bis in das Jahr 1870, als insbesondere durch Importe aus Deutschland, Frankreich und USA eine Modernisierung der Bewaffnung vorgenommen werden konnte, war die Lage auch in diesem Bereich mehr als mangelhaft. ⁴ Nach dem Pazifik-Krieg wurde die chilenische Armee fast nur noch mit Waffen aus Deutschland versorgt.

1 Blancpain, Jean-Pierre: Les allemands au Chili...a.a.O. S. 706.

2 ebd. S. 707.

3 ebd. S. 710.

Körner, Emil: Relación sobre el estado de la instrucción en la Escuela Militar y propuestas para una reforma de sus reglamentos. In: La instrucción militar alemana en Chile. Recuerdos de 40 años. Santiago de Chile 1926. S. 1 - 10.

Körner, Emil: Die historische Entwicklung der chilenischen Wehrkraft. In: Beiheft zum Militärwochenblatt. Vol.5. Berlin 1910. S. 139 - 144.

4 Nunn M., Frederick: The military in Chilean History....a.a.O. S. 70.

2.4.1. Die politische Identität der Streitkräfte

Oft sind Kontinuität des institutionellen Regierungssystems und harmonische Aufeinanderfolge von Präsidenten (1830 - 1891) als Ausdruck für die politische Enthaltsamkeit der Streitkräfte gewertet worden. Chile konnte so lange Zeit als Beleg für die These der möglichen Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Macht herangezogen werden.

In unseren vorherigen Ausführungen ist aber auch schon deutlich zu Tage getreten, daß diese sogenannte Enthaltsamkeit der Armee nur Resultate der gelungenen politischen und sozialen Integration der militärischen Führung in die herrschenden Gruppen war. Die inneren und äußeren Ziele des restaurativen Modells fanden bei der Führung von Armee, zivilen Milizen und Marine beinahe ungeteilte Zustimmung. Demzufolge ist es also nicht möglich, von politischer Enthaltsamkeit zu sprechen, viel zutreffender ist die Identifizierung dieser Haltung als offene politische Übereinstimmung zwischen ziviler Macht und den Streitkräften. Deutlich macht sich dieser Sachverhalt an der Partizipation der Streitkräfte an der Niederschlagung der liberalen Milizen in den bürgerkriegähnlichen Auseinandersetzungen von 1851 und 1859 und der Repression gegen alle Opposition während der konservativen Regierungsepochen.

Ein gleichwertiges Anzeichen für die Übereinstimmung ist allein die Tatsache, daß in den konservativen Regierungsepochen zwei bedeutende Generäle zu Präsidenten gewählt wurden. Der eine war Joaquin Prieto, der die restaurativen Kräfte führte und von 1831 bis 1841 Präsident war, der zweite war Manuel Bulnes, der sich im ersten Krieg gegen Peru und Bolivien ausgezeichnet hatte und im Anschluß an Prieto bis 1851 Präsident war.

Trotz der Bedeutung der zivil-militärischen Integration muß gesehen werden, daß der Charakter dieser Periode durch die schon analysierten sozio-ökonomischen Faktoren geprägt wurden und nicht so sehr durch eine eigene Dynamik der chilenischen Streitkräfte. Die für Armee und zivile Milizen festgestellten Merkmale, der niedrige Professionalisierungsgrad und die fast ganzheitliche Integration, verhinderten die Herausbildung einer kooperativen und eigenständigen interessensgebundenen Identität. Die Möglichkeit einer autonomen Entwicklung mit eigener Ideologie, hohem Organisationsgrad usw., wie sie sonst für die Professionalisierung der

Streitkräfte typisch ist, war für die chilenische Armee nicht gegeben. Diese strukturelle Übereinstimmung zwischen Streitkräften und ziviler Macht fand auf der ideologischen Ebene seine Entsprechung in der Internalisierung der Doktrin von der sich der zivilen Macht unterordnenden und nicht in politischen Angelegenheiten einmischenden Armee durch die Führung der chilenischen Streitkräfte. Die Übernahme dieser Funktion diente der Ausbildung gesellschaftlicher Anerkennung und der Stärkung dieses Selbstverständnisses. Gleichfalls führte diese Entwicklung in der offiziellen Geschichtsschreibung zu einer Überbetonung der militärischen Funktionen für den Dienst an der gesamten Nation und zur Vernachlässigung des Umstandes, daß die Streitkräfte eine eindeutige an partikuläre Interesse gebundene Politik vertraten.

2.4.2. Die Transformation der Streitkräfte und ihre sie bestimmenden Faktoren

An dieser Stelle müssen wir, der Frage nach den die bisher dargestellte Situation verändernden Gründen nachgehend, den gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß zum Gegenstand unserer Untersuchungen machen. Die einheitliche Geschlossenheit der oligarchischen Kräfte, die für die erste Phase nach 1830 bestimmend war, artikulierte sich in der Folgezeit weiter deutlich, an ihrer Gestaltung partizipierten aber verschiedene Gruppen, die den Prozeß zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung repräsentierten. Der Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahre 1891 markiert nichts anderes als den Zeitpunkt, an dem die Einzelinteressen der differenten Kräfte einen unüberbrückbaren Charakter erhalten hatten. Die Streitkräfte als gesellschaftlicher Faktor mußten in diesen Differenzierungsprozessen involviert sein, weil keine Übereinkunft im Rahmen des politischen Systems möglich war.

Wichtigstes Ergebnis dieser Prozesse war das Entstehen neuer sozialer Kräfte, denen es gelang, an der Staatsführung zu partizipieren und damit das Profil der staatlichen Institutionen neu zu formieren.

Der Umstand, daß sich trotz der Unterordnung der Mehrheit der Streitkräfte unter die konservative Zentralregierung ein kleiner Teil bei den liberalen Erhebungen von 1851 und 1859 auf die Seite der fort-

schrittlichen Kräfte stellte, läßt darauf schließen, daß sich auch später ein Teil des Militärs mit den neuen die politische Macht anstrebenden Gruppen identifizieren würde. Sobald die liberalen Tendenzen zum bestimmenden Machtfaktor geworden waren, ordneten sich dementsprechend die Streitkräfte auch diesen Kräften und nicht ausschließlich den Konservativen unter. Mit Eintritt der liberalen Machtpartizipation kam die beinahe organisch enge Verbindung von Militär und konservativ-restaurativen Kräften an ihr Ende. Die Beziehungen zwischen Militär und ziviler Macht waren von nun an dadurch gekennzeichnet, daß sich die Streitkräfte allen hegemonialen Gruppen im Staate unterordneten. Eine auch nach dem Übergang von konservativer zu liberaler Dominanz in der Staatsführung mögliche von den gesellschaftlichen Trägern der Streitkräfte emanzipierte Intervention, die aufgrund einer verminderten Anpassungsfähigkeit des Militärs hätte stattfinden können, ergab sich nicht, weil die Streitkräfte im Prozeß der sozialen Diversifizierung integriert waren und auf der ideologischen Ebene das Prinzip von der Unterordnung unter jedwede zivile Macht verinnerlicht hatten. Der Diversifizierungsprozeß hatte zudem nicht offen antagonistischen Charakter, sondern spiegelte nur die Artikulation verschiedener Interessensgruppen wieder. Die nicht erfolgte Intervention der Streitkräfte kann nicht als Folge des apolitischen Profils betrachtet werden, sie entspricht vielmehr der grundsätzlichen Identifikation des Militärs mit den Staatsinteressen und allen an der Staatsführung partizipierenden Kräften. Die Unterschiede zwischen der Integration der Streitkräfte zur Zeit der Portales Regierung und der liberalen Regierungen liegt darin, daß die Streitkräfte unter den Liberalen eng an eine erweiterte hegemoniale Führung mit deren sozialen Trägern gebunden waren. Das Profil des Militärs in Chile ist entscheidend auch von außenpolitischen Entwicklungen mitgeprägt worden. Der abhängige Charakter Chiles im Kontext der Weltwirtschaft und die Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern, hier vor allem die Kriege mit Peru und Bolivien, machten eine besondere Formation und Organisation der Streitkräfte nötig. Von besonderer Bedeutung war hier der Krieg gegen Peru und Bolivien in den Jahren 1879 - 1883, wodurch sich Chile neue Territorien im Norden aneignete, die für ihren Salpeterreichtum bekannt waren. Für diese Option mußten auf militärischer Ebene bedeutende Opfer gebracht werden, obwohl wie schon gesehen der Salpeter in den eroberten Gebieten zum größten Teil Eigentum der Engländer wurde.

Mit dem Ausbruch des Krieges wuchs die Notwendigkeit einer besseren personellen Ausstattung der Streitkräfte. Wenn die Zahl der in Armee, Kriegsmarine und zivilen Milizen rekrutierten Soldaten ungefähr 23.000 Mann umfaßte, so standen am Ende des Krieges insgesamt 35.000 Chilenen unter Waffen.¹ Diese Vergrößerung der Armee hatte zur Folge, daß das Offizierkorps nicht mehr in der Lage war, die Streitkräfte den neuen Bedingungen entsprechend zu führen. Der Offiziersstand selbst wurde durch das Hinzukommen von Unteroffizieren anderer sozialer als traditioneller Herkunft erweitert, was den Prozeß der sozialen Diversifizierung innerhalb der Streitkräfte weiter vorantrieb.²

Diese mit dem wachsenden Einfluß bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise begonnene Entwicklung blieb auch nach der personellen Verringerung der Streitkräfte nach dem Krieg bestehen. Doch waren dies nicht alle Faktoren nach dem Krieg von besonders militärspezifischer Bedeutung. Der Annexion der neuen Territorien im Norden folgten die Wiedererlangungsansprüche von Peru und Bolivien und die seit der Kolonialzeit mit Argentinien bestehenden Auseinandersetzungen um Territorien in Patagonien im Süden des Landes, die die Bedeutung der Streitkräfte als Garant für die nationale Verteidigung verstärkten.³ Diese Erfordernisse für das chilenische Militär wurden mit nationalen Interessen begründet, der Einfluß englischer und deutscher Kapitalfraktionen muß deutliche gesehen werden.

Nach dem Krieg war die Situation für das chilenische Heer durch einen radikalen Prozeß der Modernisierung und Professionalisierung gekennzeichnet, der eine totale Änderung von Organisation, Reglement, Ausbildung und Ausrüstung einschloß. Dieser Professionalisierungsprozeß gilt als Markstein für den Beginn der Professionalisierung der lateinamerikanischen Streitkräfte.

Der Begriff der Modernisierung ist in Chile seitdem im Gegensatz zu einer nur beschränkten Renovierung der Ausrüstung als ein Prozeß in enger Verbindung mit der Professionalisierung betrachtet worden.

1 Nunn M., Frederick: The military in Chilean History...a.a.O. S. 70.

2 Hacketal, Eberhard: Die chilenischen Streitkräfte - historisch Entwicklung und politische Funktion. In: Asien, Afrika und Lateinamerika. Bd. 2 Heft 2. Berlin DDR 1974. S. 202.

3 Burr, Robert: The Balance ...a.a.O.

Neben den schon erwähnten Änderungen in der gesellschaftlichen Struktur, in der Zusammensetzung der Streitkräfte und in der oligarchischen Machtaufteilung ist die Professionalisierung ein wesentliches Element zum Verstehen der zivil-militärischen Beziehungen und der direkten militärischen Interventionen im Bürgerkrieg von 1891.

Neben dem Druck ausländischer Interessen waren es vor allen Dingen auch technisch-militärische Gründe, die den erwähnten Prozeß vorantrieben. Der Sieg der chilenischen gegen die peruanischen und bolivianischen Streitkräfte wurde von bedeutenden Politikern und Militärs nicht so sehr auf eine gute Vorbereitung oder besonders hochwertige technische Ausrüstung zurückgeführt, sondern als Ausdruck einer "genialen Improvisation" ¹ gewertet. Die peruanischen und bolivianischen Streitkräfte waren nur noch schlechter vorbereitet und geführt, die chilenischen konnten Vorteile aus den Erfahrungen in den Kämpfen zur Befriedung der Araukanergebiete ziehen. Vor der Möglichkeit, daß sich die Nachbarländer militärisch verstärken könnten, entschied sich die militärische Regierung selbst zur Professionalisierung ihrer Streitkräfte, um so ihre eroberten Positionen auch verteidigen zu können.

Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 1885 ein Vertrag über die Errichtung einer deutschen Militärmission in Chile ratifiziert. Im Jahre 1886 nahm sie unter Führung des preußischen Kapitäns Emil Körner ² ihren Dienst auf, um die chilenische Armee zu "preussianisieren". Der Vertragsschluß mit den Deutschen erklärt sich aus dem hohen Prestige, das die Preußische Armee besonders nach dem Deutsch-Französischen Krieg in der Welt gewonnen hatten. Das Engagement der Deutschen in Chile erklärt sich auch aus der Konkurrenzsituation im Kampf um die Dominanz in Lateinamerika mit England und den USA. Sie erwarteten sich wirtschaftliche und politische Vorteile und ganz besonders eine Steigerung ihrer Waffenexporte. ³

Die deutsche Mission arbeitete über vierzig Jahre in Chile, wir befassen uns jedoch ausschließlich mit der Arbeit, die sie bis 1891 leistete.

1 Donoso, Armando: Recuerdos de 50 años. Santiago de Chile 1947. S. 372.

2 Zur Person Emil Körner vgl. Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe... a.a.O. S. 21 ff.

Nunn, Frederick M.: Emil Körner...a.a.O. S. 300 - 322.

Quiroga, Alvaro: El "prusianismo"...a.a.O. S. 63 - 86.

3 Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe...a.a.O. S. 15 ff.

Vagts, Alfred: Deutschland...a.a.O. S. 1636 ff.

Der Kapitän Emil Körner war ursprünglich als stellvertretender technischer Direktor der Militärschule und Lehrer für die Fachgebiete Artillerie, Infanterie, Militärgeschichte und Taktik eingestellt. In dieser Funktion wurde er begleitet von dem deutschen Leutnant Schenk (Artillerie), Kapitän Janukovsky (Gymnastik und Fechten) und Major Betzhold (Befestigungsanlage). Körner vergrößerte jedoch sein Aufgabengebiet, nachdem er die dringenden Erfordernisse für die nationale Verteidigung im Bereich von Ausbildung und Ausrüstung gesehen hatte,¹ mit Unterstützung einiger chilenischer Offiziere.² Diese Entwicklung fand ihren Ausdruck auch in der 1886 erfolgten Ernennung Körners zum Oberst der chilenischen Armee. Körner schlug die Gründung einer Kriegsakademie für ausgewählte Offiziere vor, die die Aufgaben des Generalstabs übernehmen sollten. Mit diesem Vorhaben verfolgte er die Absicht, den bis dahin nur in Kriegszeiten zusammentretenden Generalstab permanent zu institutionalisieren.

Die Erfahrungen mit den neuen Studienprogrammen und der praktischen Ausbildung hatten eine tiefgreifende Veränderung in der Effizienz der Streitkräfte vor allem bei den jungen Offizieren zur Folge. Die Ausbildungsprogramme waren gekennzeichnet durch eine besondere Beachtung der einzelnen militärischen Fachgebiete, die sonst bei der Mehrheit der Offiziere unbekannt gewesen waren.

Auf der organisatorischen Ebene war die Einrichtung von bürokratisch strukturierten Organisations- und Beförderungsnormen Zeichen der wachsenden Professionalisierung.³

Die engen militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Chile gediehnt, daß im Jahre 1889 die ersten fünf chilenischen Offiziere zur Ausbildung nach Deutschland entsandt wurden.

Der Professionalisierungsprozeß wurde zu Beginn nur von einigen wenigen Offizieren aufgrund ihrer Erfahrungen im Pazifik-Krieg begrüßt, während der Großteil der traditionellen Offiziere diesen Prozeß als Bedrohung für ihre angemessenen Beförderungschancen ansah. Auch im militär-technischen Bereich widersetzten sich die älteren Offiziere wegen der

¹ Körner, Emil: La instrucción...a.a.0.

Körner, Emil: Die historische Entwicklung...a.a.0.

² Nunn M., Frederick: The military in Chilean History...a.a.0. S. 75 - 76.

³ North, Liisa: Civil-Military Relations...a.a.0. S. 14 ff

hohen Voraussetzungen der Professionalisierung, deren Verwirklichung somit bis 1891, wie von Körner und seinen Anhängern gewünscht, nur ansatzweise geschehen konnte.

Diejenigen Offiziere aber, die die Vorteile der neuen Ausbildungsprogramme erkannt hatten, wurden im Laufe der Zeit zu den treuesten Anhängern Körners und des Professionalisierungsprogramms.

Dieser mit Körner begonnene Prozeß war für die institutionelle Entwicklung der Armee von historischer Bedeutung, was sowohl den Bereich der zivil-militärischen Beziehungen als auch den der Verteidigung der nationalen Souveränität umfaßte.

Auch wenn er im Jahre 1891 noch in seinen Anfängen sich befand und seine Folgen nicht schon für alle deutlich sein konnten, war der Einfluß von Körner und den neu ausgebildeten Offizieren - von 150 Offizieren in der gesamten Armee waren 90 nach dem neuen Reglement ausgebildet worden - ¹ für die Entscheidung des Bürgerkrieges zugunsten der Konservativen sehr bedeutend.

2.4.3. Die Intervention der Streitkräfte während der Regierung Balaceda

Wie wir schon gesehen haben umfaßte die grundsätzliche Modernisierungspolitik Balmacedas auch die Professionalisierung der Streitkräfte. So versicherte Balmaceda die Mission Körner seine volle Unterstützung und beschloß die Modernisierung der Ausrüstung von Marine und Heer. Dieser Umstand spiegelt sich besonders in einer deutlichen Erhöhung der Militärausgaben während seiner Regierungszeit wieder:

1886	7.657.969 Pesos
1887	7.259.960 Pesos
1888	8.441.545 Pesos
1889	14.353.534 Pesos
1890	13.849.028 Pesos ²

¹ Frey, Luise: Influencia del general Körner en la organización del ejército de Chile. Unveröffentlichte Examensarbeit. Santiago de Chile 1952. S. 8.

² Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarrevolución...a.a.O. A. 170.

Das besondere Interesse der Regierung galt jedoch der Marine, wohingegen die Armee eher in kleineren Dimensionen von einigen hochqualifizierten Offizieren und Unteroffizieren organisiert werden sollte. Dementsprechend verfügte die Armee im Jahre 1890 über eine Anzahl von 6000 Soldaten, 945 Offizieren und 677 Unteroffizieren.¹ Die große Zahl der Offiziere und Unteroffiziere erklärt sich aus der Notwendigkeit, im Kriegsfall die zivilen Milizen, die im Jahre 1888 ihren Namen im Nationalgarde verändert hatten, in die Armee zu integrieren. Die Nationalgarde war in Friedenszeiten eine semi-militärische Organisation, die begrenzt auch militärische Instruktionsaufgaben übernahm und sich 1890 aus 23.200 Angehörigen und 1.100 Offizieren zusammensetzte. Die im Krieg nötige Integration der Nationalgarde erklärt zutreffend die große Zahl von Offizieren in der Armee.

Mit der Modernisierung und Professionalisierung der Armee waren alle gesellschaftlich relevante Gruppen wenn auch aus unterschiedlichen Motiven einverstanden. Entsprach sie bei Balmaceda einer grundsätzlich modernen aufklärerischen Orientierung, so konnte sie für die oligarchischen Gruppen nur als Mittel zur Konsolidierung der bestehenden Machtverhältnisse verstanden werden.

Da, wo die Opposition einen politischen Konflikt nicht eindeutig für sich entscheiden kann, organisiert sie eine breite konspirative Tätigkeit. In unserem Falle griff die restaurative Opposition zu folgenden Maßnahmen:

- Im August 1890 wurden sogenannte Revolutionskomitees gegründet, die das Profil para-militärischer Aktionstruppen erreichten, um sich im Untergrund für eine offene Konfrontation mit der Regierung vorzubereiten. Während des Krieges lagen ihre Aktionszentren im Zentrum und Süden des Landes, wo sie durch gezielte Sabotageakte die Koordinierung der Regierungstreitkräfte zu schwächen versuchten.²

- Die Führung von Liberaler und Konservativer Partei organisierte sich in mit außergewöhnlichen Befugnissen ausgestatteten Exekutivkomitees, die in

¹ Ramirez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.o. S. 171.

² Bañados Espinoza, Julio: Balmaceda, Su gobierno...a.a.o. S. 3 - 10.

einigen Städten sogar lokale Filialen hatten. Diese Exekutivkomitees hatten neben anderen vor allem die Bildung und Koordinierung der Revolutionskomitees zur Aufgabe.¹

- Ihren großen Einfluß auf das Pressewesen im Land nutzte die Opposition zu einer massiven Pressekampagne gegen die Legitimität der Regierung, mit der besonders ihr Einfluß in den Streitkräften zugunsten ihrer politischen Entscheidung gegen die Regierung zu verstärken. So schrieb "El Mercurio" am 29.7.90:

"Welchen Namen verdient wohl ein Soldat, der sich in einem Land, wo Institutionen existieren, die von der kriminellen Hand eines Machtsüchtigen zerstückt werden, erhebt, um die Herrschaft des Gesetzes widereinzurichten und seinen Mitbürgern ihre Rechte und ihre Freiheit wiederzugeben? Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man ihn den Retter nennen und die Nachkommen werden ihm die Ehre eines Denkmals erweisen" 2

Im gleichen Sinne schrieb dieselbe Zeitung im Dezember 1890:

"Das Heer ist Symbol für Ordnung und Stärke. Vergleichen wir diese Aufgabe des Heeres mit der, die ihm unter einer Diktatur aufgetragen wurde, sehen wir uns zu recht in der Annahme bestätigt, wenn Herr Balmaceda dem Heer letztere Aufgabe zuweist, daß er vorhat, es zu degradieren. Die Aufgaben würden sich von Schutz und Verteidigung der Institutionen zur Zerstörung der Legalität verwandeln; seine Garantiefunktion für die öffentliche Ordnung würde sich in Elemente sozialer Zwietracht verwandeln; in der Tat würde es statt das Gesetz einen Mann zum Herrn haben." 3

- Mit der Unterstützung wichtiger militärischer Führer bemühten sich die Oppositionskräfte um eine direkte Durchdringung von Heer und Marine. Wichtigstes Anliegen war dabei die Gewinnung von Offizieren und Generälen. So führten die Generäle Del Canto und Baquedano,⁴ die im Pazifik-Krieg hohes Ansehen gewonnen hatten, mehrere Veranstaltungen mit Opposition und militärischer Führung durch. Als bedeutender Verbindungsmann stand

1 Cox Méndes, Ricardo: Recuerdos de 1891...a.a.0. S. 68 ff.

2 Vitale, Luis: Interpretación marxista...a.a.0. S. 225 - 226.

3 Zeitung El Mercurio. 9.12.1890. Zit. nach Vitale, Luis ebd. S. 224.

4 Encina, Francisco A./ Castedo, Leopoldo: Resumen de la historia...a.a.0. S. 1759.

ihnen Enrique Valdes Vergara zur Verfügung, dem es gelang, im Auftrag des Revolutionskomitees von Santiago den Marinekapitän Jorge Montt, der später als Koordinator der Marinestreitkräfte und Führer des gesamten Aufstandes fungieren sollte, für die Verschwörung zu gewinnen. Über Vergara schrieb der Oppositionsführer Julio Zegers:

"Im Oktober 1890, ... siedelte Enrique Valdés Vergara nach Santiago über, um dort die von ihm seit geraumer Zeit durchgeführten revolutionären Propagandakampagnen umzusetzen. Er bediente sich seiner freundschaftlichen Beziehungen zu vielen Führern und Offizieren, die im Krieg gegen Bolivien und Peru seine Waffenkameraden gewesen waren. Er diente dem Komitee von Senatoren und Abgeordneten, daß sich kurze Zeit später mit dem erklärten Ziel der Revolutionsvorbereitung gebildet hatte, als aktiver Agent ... Er koordinierte einen Angriffsplan auf den Monedapalast mit dem berittenen Jägerbataillon, daß zum Schutz dieses Gebäudes eingeteilt war". 1

Diese Anwerbungsversuche hatten in der Armee nur sehr begrenzten Erfolg, in der Marine konnte jedoch eine größere Mehrheit gewonnen werden. Bezeichnend für das von uns oben geschilderte Phänomen der Internalisierung der Unterordnung unter eine zivile legitimierte Regierung durch die Streitkräfte war die Tatsache, daß die Marine von den Aufständischen eine Erklärung über die Illegitimität der Balmaceda Regierung verlangte.

An dieser Stelle müssen wir die das die Mehrheit der Marine bewegenden Gründe zur Unterstützung der Aufständischen näherhin untersuchen, wo wir doch wissen, daß der Marine das besondere Interesse von Balmaceda gegolten hatte. Ausstattungs- und organisationstechnische Beweggründe müssen schon auf den ersten Blick als nicht ausreichend erkannt werden, vielmehr bieten sich die soziale Zusammensetzung, die grundsätzlichen Orientierungen innerhalb der Ausbildungsstrukturen und die politischen Optionen der Marineangehörigen an. Im sozialen Bereich waren viele Marineangehörige eng mit handels- und finanzoligarchischen Gruppen in Valparaíso verbunden. Die Ausbildung der Marine hatten nach der Unabhängigkeit in der Hauptsache britische Offiziere übernommen. Diesen beiden Elementen entsprechend war auch auf der politischen Ebene eine Abkehr von den Modernisierungsabsichten der Regierung wesentlicher überein-

1 Bañados Espinoza, Julio: Balmaceda, Su gobierno....a.a.0. S. 6 - 7.

stimmungspunkt in der Marine.¹

Besonders die Beziehungen zu den englischen Offizieren mit der offenen Unterstützung durch den englischen Imperialismus waren ausschlaggebende Faktoren bei der Entscheidung der Seestreitkräfte. Die englischen Schiffe waren es auch, die im Laufe des Krieges den Aufständischen wertvolle Informationen über die wenigen Aktionen und Bewegungen der regierungstreuen Seestreitkräfte übermittelten.²

Die Loyalität der Marine gegenüber den Aufständischen war für die Entscheidung des Bürgerkrieges aufgrund der besonderen geographischen Situation - die lange Pazifikküste - sehr wichtig, weil auf diesem Wege die Truppentransporte und die Versorgung der regierungstreuen Zivil- und Militärkräfte außerordentlich erschwert werden konnten.

Gerade das Fehlen einer den Aufständischen gleichwertigen militärischen Stärke der Exekutive entschied die weitere auch territoriale Ausdehnung der Oppositionsstreitkräfte. Eine Besonderheit dieses Bürgerkrieges stellt die Einbeziehung einer wirtschaftlichen Dimension neben rein militärischen oder kriegerischen Aspekten dar. Die Besetzung wirtschaftlich bedeutender Gebiete unter Duldung und offene Einverständnis der englischen und deutschen Eigentümer ermöglichte den Konservativen die Finanzierung des Bürgerkrieges durch die Ausbeutung der vorhandenen Bodenschätze. Die in der Salpeterindustrie Beschäftigten stellten zusätzlich ein großes menschliches Potential für die weitere Rekrutierung von Oppositionsstreitkräften dar, um die numerische Überlegenheit der Regierungskräfte eindämmen zu können. Denn da der Großteil der regulären Armee an der Seite der Regierung blieb, mußten die Oppositionellen eine eigene Armee aufstellen, wenn sie den Krieg für sich entscheiden wollten.

Bei der Rekrutierung einer eigenen Armee wurden die Aufständischen in der Hauptsache von zwei Faktoren unterstützt:

- Sie erzwangen die Unterstützung der im Pazifik-Krieg erfahrenen und durch ihre schwere Arbeit abgehörten Minenarbeiter. Sie wurden mit dem Wohlwollen der in- und ausländischen Minenunternehmer die Kerntruppe

1 Nunn M. Frederick: The military in Chilean History...a.a.O. S. 77 - 78.

López Urrutia, Carlos: Historia de la marina...a.a.O. S. 311 ff.

2 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 89.

der aufständischen Armee:

"Die Chefs der englischen Salpeterbetriebe von Tarapaca zwangen ihre Arbeiter zur Unterstützung der aufständischen Bewegung mit dem Versprechen, während dieser Dienstzeiten täglich zwei Pesos an sie zu bezahlen, und der Drohung, sie zu entlassen oder nicht mehr einzustellen, wenn sie diesen Anweisungen nicht Folge leisten würden." ¹

- Der zweite wesentliche Faktor war die Unterstützung durch die deutsche Diplomatie und die Mission Körner. Während die deutsche Regierung noch eine zweiseitige Strategie forcierte, enthielt sich Oberst Körner trotz enger Kontakte mit dem Revolutionskomitee von Santiago bis Mai 1891 der direkten Parteinahme für die Aufständischen.²

Für die militärische Organisation der konservativen Gruppen spielte Körner und die ihn begleitenden Offiziere eine besondere Rolle, die letztendlich für die Entscheidung des Bürgerkrieges ausschlaggebend war. Als Körner nämlich im Mai 1891 seine Entscheidung zugunsten der Oppositionsstreitkräfte fällte, folgten ihm die von seiner Mission in der Militärschule und Kriegsakademie zwischen 1886 und 1890 ausgebildeten chilenischen Offiziere. Für die reguläre Armee war dieser Übertritt von 150 für ihre Modernisierung bedeutenden Offiziere ein großer Verlust. Gleich nach seiner Ankunft im Norden des Landes begann Körner mit dem Aufbau einer organisierten Oppositionsarmee.³ Der Vorsprung in der auf seinen Kenntnissen basierenden qualitativen und quantitativen Entwicklung konnte von den regulären Streitkräften, für die der Umgang mit modernen Taktiken gleichsam unbekannte war,⁴ in der Schlußoffensive nicht wettgemacht werden. Auch für die Anschaffung dringend benötigten

1 Jobet, J. C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 89.

2 Frey, Luise: Influencia del general Körner...a.a.O. S. 10.

3 ebd. S. 8 ff.

Cox Méndes, Ricardo: Recuerdos de 1891...a.a.O. S. 285 ff.

4 Werner Haupt kennzeichnet den elementaren Unterschied zwischen der klassischen Formierung der chilenischen Armee und der alternativen von Körner eingeführten Formierung so: "Sein Grundsatz ist es, nicht mehr in massierten Truppenverbänden, sondern in kleinsten Einheiten aufzutreten. Er läßt jetzt die Bataillonen selbständig operieren; dadurch ist seine Truppe den Regierungsregimentern überlegen." Vgl. Haupt, Werner: Deutscher Einfluß auf die Militärgeschichte in Chile. In: Deutscher Soldatenkalender-Jahrbuch. Nr. 9. 1961. S. 48.

Kriegsmaterials aus Deutschland war die enge Beziehung zwischen Körner und Oppositon wichtig.¹ Ein zusätzliches für Körner ausschlaggebendes Motiv für seine Partizipation auf Seiten der Aufständischen lag begründet in seinen Interessen an der Professionalisierung der chilenischen Armee, gegen die sich vor allem die älteren Offiziere, die sich im Krieg für die Unterstützung Balmacedas entschieden hatten, gestellt hatten. Diese älteren Offiziere taten dies aufgrund ihrer internalisierten Regierungsloyalität und anderer sozialer Motive. Körner hingegen hoffte im Falle eines konservativen Sieges die Professionalisierung und Modernisierung der Armee ohne weiteres vollständig und ohne diese Hindernisse durchführen zu können. Die jungen Offiziere standen aber nicht nur wegen ihrer Sympathien für das Körnersche Professionalisierungsmodell, sondern vor allem wegen ihrer sozialen Bindungen an das wirtschaftliche und politische Modell der konservativen Fraktion auf Seiten der aufständischen Armee.

Deutlich formuliert war bei den Konservativen auch die Absicht, nach einem Sieg - ganz wie im Falle der Machtübernahme von Portales - die gesamten Streitkräfte zu säubern und die Beförderungsmöglichkeiten für die Soldaten zu vergrößern. Diese Optionen waren Körner selbstverständlich willkommener als die von Balmaceda präferierten Pläne, hauptsächlich die Marine in das Zentrum von Modernisierung und Professionalisierung zu stellen.²

Ausreichend waren die bis hier vorgetragenen Motive für die Entscheidung Körners, sich an die Seite der Aufständischen zu stellen, nicht. Eine besondere Rolle spielte dabei die enge Bindung von Körner an das Revolutionskomitee von Santiago, wo er enge Beziehungen mit den führenden Persönlichkeiten der Opposition aufnehmen konnte.³ Der deutsche Abgesandte in Chile drängte Körner geradezu zur Parteinahme für die Aufständischen, weil er deutlich vor Augen hatte, daß die deutschen Handels- und Wirtschaftsinteressen wesentlich besser in den Händen der Konservativen auf-

1 Cox Méndes, Ricardo: Recuerdos de 1891...a.a.O. S. 279 - 280.

2 Nunn M., Frederick: The military in Chilean History...a.a.O. S. 78.

3 Frey, Luise: Influencia del general Körner...a.a.O. S. 10.

aufgehoben wären:

"Durch seine Heirat (des deutschen Abgesandten. F.E.) wurde er mit stark am Salpetergeschäft interessierten Personen verwandt, die in ihrer absorbierenden und monopolisistischen Ausdehnung durch die Vorhaben Balmacedas behindert wurden und durch sein Selbstverständnis als preussischer Berufssoldat war er nur zeitweise vom Dienst an seinem Heimatland befreit. Die winzigen und untergeordneten Interessen der jungen Salpeterindustrie von Fölsch & Martin, Gildemeister und Sloman verbanden sich mit dem imperialistischen Kampf des jungen deutschen Staates. Dieser benötigte eine wachsende Salpeterquote, um mit dem Salpeter als Düngemittel die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten aus dem Ausland zu verringern und als Grundstoff die Sprengstoffindustrie zu intensivieren." 1

Die Gewinnung Körners ermöglichte den Aufständischen die Aufstellung einer 10.000 Mann starken Armee, die in den Entscheidungsschlachten von Con-Con und Placilla im Zentrum des Landes schließlich die reguläre besiegen konnte. Diese bildete nach dem Sieg den Kern der regulären Armee, in der - nun von allen Opponenten gereinigt - ohne Widerstand die vollständige Professionalisierung vorgenommen wurde.

Balmaceda hatte sich dagegen verstärkt um die Optimierung der aus schon beschriebenen Gründen fast vollständig loyal gebliebenen regulären Armee bemüht. So wurden bei Kriegsausbruch die Löhne und Gehälter aller Teile der Armee um 50 % erhöht. Gleichzeitig verordnete Balmaceda die allgemeine Mobilmachung von Armee und Nationalgarde, derzufolge sich insgesamt 30.000 Mann rekrutierten, die die Zentral- und Südregion des Landes kontrollieren konnten.

Balmaceda bemühte sich auch um eine Erhöhung der Waffenlieferungen aus den USA und Deutschland, konnte jedoch nicht die gleichzeitigen Lieferungen an die Aufständischen verhindern. Die erdrückend erscheinende numerische Überlegenheit von 30.000 zu 10.000 Mann zugunsten der Regierungskräfte konnte die militärische Niederlage nicht verhindern, weil die Aufständischen diesen Nachteil durch taktische und organisatorische Überlegenheit aufheben konnten. Ihre Versuche, die Regierungskräfte zu zerstreuen, Teile ihrer Mitglieder zur Desertation zu bewegen und

1 Diez, Laín: Los alemanes del 70 en Chile....a.a.o. S. 151.

wachsenden Einfluß innerhalb der regulären Armee zu gewinnen, führten zu dem Ergebnis, daß die Regierungskräfte in den Entscheidungsschlachten effektiv nur 15.000 Mann mobilisieren konnten.¹

Die militärischen Interventionen in der Entscheidung der politischen Ereignisse hatte die Qualität einer Spaltung der Streitkräfte als unausweichlicher Höhepunkt eines sozialen Diversifikations- und technisch-organisatorischen Professionalisierungsprozesses, der die Streitkräfte für die Wahrnehmung gesellschaftspolitischer Widersprüche empfindlich gemacht hatte. Die Spaltung der Streitkräfte kann deshalb nur als unbedingter Reflex der sozialen und politischen Antagonismen gedeutet werden. Die Unterordnung der Streitkräfte unter die Interessen der sozio-ökonomischen und politischen zivilen Fraktionen drückte sich nach dem Sieg auch darin aus, daß keine Militärregierung, sondern nach einer kurzen Übergangszeit, in der der Kapitän zur See Jorge Montt dem Staate verstand, schnell eine neue zivile institutionelle Struktur eingerichtet wurde, die allein von den Interessen der siegreichen Fraktionen bestimmt wurde.

2.5. Die unmittelbaren Folgen des Sieges der Konservativen

Mit der Behandlung der Frage nach den unmittelbaren Folgen dieses Sieges berühren wir einführend das Thema des nächsten Kapitels, weil die zweite Intervention der chilenischen Streitkräfte im Zeitraum von 1924 bis 1932 ursächlich auf die Folgen der ersten zurückzuführen ist.

Die von Balmaceda infragegestellten Machtstruktur konnte sich unter vorübergehende Schwächung der einheimischen Industriegruppen, Mittelschichten und Arbeiterorganisationen, die die Politik Balmacedas unterschiedlich stark unterstützt hatten, verstärken. Deutlich wurde das besonders in den Anstrengungen, die Ergebnisse Balmacedaschen Reformpolitik wieder zurückzunehmen. Resultate dieser Anstrengungen waren:

- Die Fiskalausgaben des Staates wurden drastisch verringert.

¹ Toro, Agustín: Síntesis histórico militar de Chile...a.a.O. S. 363 ff.

- Die wieder restaurierte Autonomie des Bankensystems führte zu einer ständigen Geldentwertung. So fiel des Peso von 1890 bis 1899 um etwa 42 % von 1 Peso = 24 Penny auf 1 Peso = 14 Penny.¹
- Der Ausbau des Salpetermonopols insbesondere unter Kontrolle der Engländer ließ aufgrund organisierter Preisabsprachen und Produktionsdrosselungen den Preis des Salpeters auf dem Weltmarkt fallen. Eine dieser Absprachen fand im Zeitraum von 1896 bis 1897 statt, wo durch die Senkung der Förderquoten der Export von 26,8 Mill. Zentner auf 23,4 Mill. Zentner zurückging. Das Fiskaleinkommen ging somit von 162,6 Mill. Pesos im Jahre 1896 auf 85,4 Mill. im Jahre 1897 zurück.²
- Auf der staatspolitischen Ebene wurde das Präsidialsystem vom parlamentarischen System abgelöst, daß für die nächsten 30 Jahre Gültigkeit behalten sollte. Damit hatte sich eine alte Auffassung der Konservativen durchgesetzt, die in dieser Regierungsform die ideale Form zur Schlichtung der verschiedenen partikulären Interessen sahen. Die schlechten Erfahrungen mit dem großen Spielraum, der der Exekutive unter Balmaceda eingeräumt worden war, führten in den nächsten 30 Jahren zu einer grundsätzlichen Annulierung der Exekutive und zu ständigen Kabinettsumbildungen ohne Bruch des parlamentarischen Systems.³
- Die Bewilligung des Gesetzes der kommunalen Autonomie, die die Wahlaufsicht in die Hände der restaurativen Kräfte legte, bedeutete eine Ausweitung der Einflußmöglichkeiten diese Kräfte auf lokaler als auch sogar auf parlamentarischer Ebene.⁴
- Das Heer wurde entsprechend der Struktur der aufständischen Armee umorganisiert, Offiziere, die treue Anhänger Balmacedas geblieben waren, wurden erbittert verfolgt. Unter Führung des nach dem Krieg zum

1 Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución...a.a.O. S. 227.

2 ebd. S. 226.

3 Gil, Federico G.: El sistema político de Chile. Santiago de Chile 1969. S. 65 - 74.

Heise, Julio: 150 años de evolución...a.a.O. S. 81 - 113.

4 Ramírez, Hernán: Balmaceda y la contrarevolución..a.a.O. S. 229.

Donoso, Ricardo: Desarrollo político y social de Chile desde la Constitución de 1833. Santiago de Chile 1942. S. 103 ff.

Obersten Stabschef ernannten Brigadegenerals Emil Körner konnte die "Preussianisierung" des chilenischen Heeres verwirklicht werden. Dieser Umstand verstärkte die Bindungen von Chile an Deutschland, was sich in einem Zunehmen der Studienreisen chilenischer Soldaten nach Deutschland und Präsenz deutscher Instukteure ausdrückte. Unmittelbare Folge war, daß Deutschland dann auch im Bereich der Kriegsmaterialbeschaffung in der Regel den Zuschlag erhielt.¹

In der Marine wurden die alten historischen Beziehungen weitergeführt, hier konnte England weiter im Bereich von Ausrüstung und Ausbildung seine Vormachtstellung behaupten. •

Im Hinblick auf die Arbeiterbewegung, die sich langsam aber stetig organisatorisch entwickelte und sogar zu einzelnen Streiks in der Lage war, ² übernahm das Heer wieder mehr repressive Funktionen, die ihre "innere Funktion" und Orientierung an die oligarchischen Kräfte verstärkten.

- Insgesamt verschlechterten sich jedoch die politischen Artikulations- und Organisationsmöglichkeiten für die jetzt untergeordneten sozialen Gruppen, die erst Jahrzehnte später zur Entwicklung politischer und sozio-ökonomischer Alternativen wieder in der Lage waren.

1 Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe...a.a.O. S. 28 ff.

2 Ramírez, Hernán: Historia del movimiento obrero en Chile...a.a.O. S. 201 ff.

3. DIE KRISE DES OLIGARCHISCHEN HERRSCHAFTSSYSTEMS UND DIE MILITÄR- INTERVENTIONEN (1924 - 1932)

3.1. Die Grundzüge der sozio-ökonomischen Entwicklung nach 1891

Im Mittelpunkt unserer nun folgenden Untersuchungen soll die Reihe der zwischen 1924 und 1932 stattfindenden Militärinterventionen stehen. Die Erklärung dieser komplexen Interventionen, in denen die Streitkräfte nicht zu einer homogenen Option finden konnten, sondern sich an die verschiedenen soziopolitischen Strömungen banden, erfordert auch in diesem Kapitel die ausführliche Untersuchung der sozio-ökonomischen Formation Chiles und eine Analyse der die nach Balmaceda bedingenden und charakterisierenden politischen Prozesse.

Mit dem Sieg einer liberalen Allianz unter der Führung von Arturo Alessandri (1920 - 1924) wurde eine politische Wende eingeführt, die in Zusammenhang mit einer Krise globalen Charakters das ganze Jahrzehnt bestimmen sollte. Der Sieg dieser Kräfte war das Ergebnis und der Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung mit der die Politik des Landes bestimmenden Handels-, Finanz- und Agrar-oligarchie. Diese Entwicklung, im folgenden als Krise des oligarchischen Herrschaftssystems bezeichnet, ist Ausdruck für die Unfähigkeit des von den herrschenden Klassen durchgesetzten Modells, im sozio-politischen Bereich die Herrschaft dieser Kräfte zu garantieren. Die diesem Prozeß immanenten verschiedenen politischen und politisch-militärischen Experimente drückten auf der einen Seite die Krise des traditionellen Systems, auf der anderen das Zunehmen alternativer Klassen und Schichten und möglicher sozio-politischer Modelle aus.

Die 1920 offen ausbrechende und gegen 1930 beendete Krise fand ihre Entsprechung im Prozeß der institutionellen Demokratisierung und Integrations der bislang von der politischen Partizipation ausgeschlossenen Gruppen. Als wesentliches Element dieses Prozesses ist die Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahre 1925 zu sehen. In ihrer Folge werden eine Reihe von sozialen Gesetzen verabschiedet, unter anderem ragt hier besonders die Einführung des 1931 in Kraft getretenen Arbeitsgesetzbuches heraus. Der angesprochene Demokratisierungsprozeß drückte

sich jedoch in erster Linie in den Überbaustrukturen aus, ohne daß er eine Widerspiegelung auf der Ebene der sozio-ökonomischen Verhältnisse gefunden hätte. In der Tat stand keine grundsätzliche Umverteilung der wirtschaftlichen Macht innerhalb der oligarchischen Klassen am Ende dieser Periode.

Die Krise des oligarchischen Herrschaftssystems kann nur in Verbindung mit der sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung zwischen 1891 und 1920 verstanden werden. An dieser Stelle müssen wir diese Aspekte, auf die wir später intensiver eingehen werden, skizzenhaft vorstellen:

- In Folge des zunehmenden quantitativen und qualitativen Gewichtes der Arbeiterbewegung und der aus der Ausweitung des staatlichen Bürokratie- und privaten Manufakturwesens resultierenden Zunahme angestellter und beamteter Arbeitsverhältnisse wurde auch das Spektrum und die Qualität des chilenischen Parteiensystems erweitert.
- Die nationalen Manufakturunternehmer, die sich verstärkt nach dem Pazifik-Krieg gebildet hatten, konnten zunehmend wachsenden Einfluß gewinnen.
- Die Abhängigkeitsverhältnisse Chiles in Bezug auf ausländisches Kapital wurden gekennzeichnet durch eine allmähliche Verlagerung des englischen Einflusses auf den US-amerikanischen, was besonders nach dem ersten Weltkrieg deutlich wurde.
- Die wirtschaftliche Funktion des Staates, das Salpeterereinkommen zugunsten der oligarchischen Klassen umzuverteilen, wurde durch die Aufnahme die einheimische Industrie fordernden Tätigkeiten widersprüchlich erweitert.

Die folgenden Aspekte umschreiben keine deutlichen Veränderungen, sondern stellen sich als Weiterentwicklung grundsätzlicher Elemente dar, die sich vor dem Regierungsantritt Balmacedas stabilisiert hatten:

- Die gesamte Exportwirtschaft ruhte bis zum ersten Weltkrieg auf der Weiterentwicklung des Salpeterabbaus. Die gesamte Wirtschaft blieb

somit um diesen Sektor zentriert.

- Das Agrarsystem blieb den restaurativen Grundsätzen verhaftet.

Bevor wir uns einer sektorialen Analyse dieser Aspekte zuwenden, müssen wir uns mit der allgemeinen Funktionsweise der Wirtschaftsstrukturen befassen. Hier lassen sich die einzelnen Aspekte in ihrer Einbeziehung in die gesamte Dynamik beobachten.

Die Agrarexport- und Kupferexportwirtschaft hatte schon um 1900 an Bedeutung verloren und damit den Prozeß verstärkt, daß die gesamte Wirtschaft vom Exportgut Salpeter abhängig blieb.

Der wachsende Einfluß des US-amerikanischen Imperialismus in Chile wurde ab 1911 etwa die Investitionen im Kupfersektor verstärkt.¹

Bis die Kupferexportquote im Jahre 1920 über die Salpeterexportquote steigen konnte, drückte sich die Abhängigkeit vom Salpeter auch darin aus, daß vom realen Wert der Gesamtexportmenge im Bereich des Kupfers nur 25 %, im Bereich des Salpeters aber 40 % im Lande selbst verblieben.² Mit der Verstärkung des US-amerikanischen Einflusses organisierte sich ein neues Abhängigkeitsverhältnis, das sich strukturell jedoch kaum vom englischen Vorbild unterschied.

Die Abhängigkeit der chilenischen Wirtschaft vom Rohstoffexport machte das Land weiterhin besonders in Zeiten der Rezessionskrisen anfällig. Solche Krisen traten mit der Erfindung des synthetischen Salpeters nach dem Ersten Weltkrieg und der nachfolgenden Weltrezession von 1929 ein, wo die Export- und damit Staatseinkommen sanken und die Forderungen der internationalen Banken an den chilenischen Schuldendienst nicht mehr erfüllt werden konnten. Diese Krise hatte mit einem enormen Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der politischen Instabilität usw. weitreichende Folgen für das gesamte Wirtschaftsmodell. Trotz der schon skizzierten ständigen Kapitalausfuhr erhöhte sich das Staatseinkommen zunehmend, so vervielfachten sich die staatlichen Einkünfte aus der Salpeterwirtschaft

1 Siehe das zweite Kapitel der vorliegenden Arbeit.

2 Vera, Mario: Una política definitiva para nuestras riquezas básicas. Santiago de Chile 1964.

von 25 Mill. Pesos im Jahre 1880, über 100 Mill. Pesos im Jahre 1900 auf 431 Mill. Pesos im Jahre 1920.¹

Mit dem Wachstum des Staatseinkommens wurde natürlich die Umverteilungsfunktion zugunsten der Oligarchiefraktionen des bis 1920 von ihnen kontrollierten Staates wesentlich verstärkt:²

"In mehr als einer Gelegenheit vereinigte die finanzielle Notlage die Regierung mit stark an der Geldentwertung interessierten Privattoptionen. Die einen, um ihre Exportmöglichkeiten zu verfestigen, die anderen, um ihre Schulden zu entlasten; wieder andere, um - zum Schutz ihres Lebensstandards - ihre Kreditmöglichkeiten zu erhöhen. Und schließlich die Regierung, die nicht wegen irgendwelcher depressiven Abschwünge des Außenhandels ihre Tätigkeiten einschränken wollte. All diese Interessen bildeten eine übermächtige Konstellation von Elementen, die eine Stabilisierung der Währung entgegenstanden." ³

Die Geldmenge fand ihren Weg in die Wirtschaft durch die Privatbanken, die der staatlichen Kontrolle fast völlig entzogen waren. Ganz besonders deutlich wird die Klassegebundenheit des Staates, wenn wir beobachten, wie er in Krisensituationen aufgrund rezessiver Tendenzen auf dem Weltmarkt intervenierte oder regierte. Sobald nämlich eine Krise eintrat, griff der Staat zu zwei Maßnahmen, er belebte erstens die durch die Privatbanken kanalisierte Geldemission und forcierte zweitens eine Geldentwertung zur Exportförderung, die immer einen Zahlungsbilanzdefizit zur Folge hatte. Diese Maßnahmen zwangen den Staat aber zu einer weiteren Auslandsverschuldung, um den oligarchischen Klassen weiterhin Geldmittel zur Verfügung stellen zu können. Die ständige Anwendung dieser Maßnahmen führte zur Stabilisierung der enormen Gewinnquote für die herrschenden Gruppen und zu einer ständigen Inflation, die, wie wir später noch sehen werden insbesondere die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verschlechterte. An dieser Stelle wird sehr deutlich, daß aufgrund der weiteren zur Verfügungstellung von Zahlungsmitteln für die Herrschenden während und nach der Exportkrise selbige die Möglichkeit hatten, wie wir es auch

1 Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo...a.a.O. S. 80 und 87.

2 Fetter, Whitson: La inflación monetaria en Chile. Santiago de Chile 1937. Zit. nach Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo...a.a.O. S. 80.

3 Pinto, Anibal: ebd. S. 149.

schon für die Periode vor 1891 festgestellt hatten, billige Kredite zuzunehmen zuungunsten der Mehrheit der Bevölkerung aufzunehmen.¹

Die Tendenzen zu einer wachsenden Staatsverschuldung verstärkten sich in dem Maße, wie die zur Verfügung stehenden Mittel nicht im produktiven Sektor investiert, sondern zur Befriedigung der exklusiven Konsumbedürfnisse der Oberschicht (Importe von Luxusgütern Europa, Reisen, usw.) verbraucht wurden.²

Die Ergebnisse der größeren Einkünfte der Salpeterwirtschaft war auch, daß der Staat seine Funktionen als Arbeitgeber ausweiten konnte. Dies traf zu im Bereich der Ausweitung der staatlichen Bürokratie³, als auch der Förderung öffentlicher Arbeiten, die sich direkt auf einen infrastrukturellen Ausbau der Exportwirtschaftsbedingungen bezogen (Eisenbahnen, Straßenbau, usw.). Eine Steigerung der Agrarproduktion war nötig, um den Lebensmittelbedarf der Bevölkerung insbesondere in den expandierenden Salpeterbetrieben decken zu können. Die expansive Salpeterwirtschaft führte auf der anderen Seite jedoch zu einer relativen Dynamisierung neuer und dem Überleben alter Wirtschaftszweige. So machte die wachsende Salpeterproduktion die inländische Herstellung von einigen Ersatzteilen und Werkzeugen nötig, das Wachstum der im Bergbau beschäftigten Bevölkerung machte eine Steigerung der Lebensmittelproduktion, die einerseits innovative industrielle förderte, andererseits nicht unerheblich zum Überleben der alten Agrarstrukturen beitrug, erforderlich

1 Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo...a.a.0. S. 50.

Feliú Cruz, Guillermo: La evolución política, económica...a.a.0. S. 48. ebd. S. 48

2 Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo...a.a.0. S. 81 ff.

3 Diese Bürokratie wuchs ständig ohne Rücksicht auf die realen Bedürfnisse des Staates. Das Wachstum gründete in der Befriedigung der Beschäftigungsbedürfnisse eines Teils der Mittelschichten, der keine Arbeit im sich langsam entwickelnden produktiven Sektor hatte finden können. Die politisch brisante Funktion erhielt dieses Anwachsen mit dem Umstand, daß die herrschenden Gruppen die Vergabe dieser Ämter zur Begünstigung ihrer eigenen Anhängerschaft gebrauchten: "Die Verteilung öffentlicher Arbeitsplätze ist in der Praxis, wenn nicht auch in der Theorie, zum wichtigsten und effektivsten Programmpunkt der Kandidaten zum Abgeordneten- und Senatorenhaus und zum ehrlichsten Geheimwunsch ihrer Anhänger geworden." Vgl. Encina, F.A.: Nuestra inferioridad económica. Santiago de Chile 1962. S. 164.

machte. Wenn wir hier vom Überleben der Landwirtschaft sprechen, tragen wir dem Umstand Rechnung, daß sie aufgrund der rückständigen Produktionsverhältnisse im Lande auf dem Exportmarkt nicht konkurrenzfähig war. Eine Dynamisierung des gesamten Handelssektors in Chile ging mit dieser Entwicklung einher.

Die gesamte Funktionsweise der Wirtschaft entwickelte sich in diesem beschriebenen Rahmen bis zur Wirtschaftskrise von globalem Ausmaß im Jahre 1920 konstant. Nach dieser Krise jedoch und besonders verstärkt durch die Erfindung des synthetischen Salpeters gingen die Staatseinkünfte aus der Exportwirtschaft rapide zurück, so daß einige Produkte nicht mehr aus dem Ausland eingeführt werden konnten, was eine langsame Förderung inländischer industrieller Aktivitäten zur Folge hatte. Dieser Entwicklung entsprach auch eine Erhöhung der Importzollgebühren.

Als Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 setzte im Jahre 1930 in Chile ein entschiedener Industrialisierungsprozeß ein.

3.1.1. Die Entwicklung des Agrarsektors

Die politische und sozio-ökonomische Struktur des Agrarsektors läßt sich an dieser Stelle zusammengefaßt so verdeutlichen:

"Das Latifundiensystem ist auf der ökonomischen Ebene durch die Aufrechterhaltung eines primitiven Ausbeutungssystems ohne technischen Fortschritt charakterisiert; auf der sozialen durch eine semipatriarchalische Herrschaftsform, die im deutlichen Gegensatz zum industriellen Lohnverhältnis steht; auf der politischen Ebene hat das die Existenz einer Minderheit von Aristokraten, die die politische Macht innehaben, und einer Klasse von Knechten zu ihren exklusiven Diensten ermöglicht. Gestützt auf die ökonomische und politische Macht des großen Agrareigentum konnte diese Klasse das ökonomische, politische und kulturelle Leben des Landes in ihrem Interesse orientieren." 1

Die Landwirtschaft ist in den von uns untersuchten Epochen keinen wesentlichen Änderungen ihrer sozio-ökonomischen Strukturen unterworfen worden, vielmehr zeichnete sich dieser Sektor im Vergleich mit den anderen Wirtschaftssektoren durch eine auf dem Fehlen jeglicher Kontrolle

1 Jobet, J. C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.0. S. 202 - 203.

über die Produktivität gründende Stagnation und einem Bedeutungsverlust aus. Die Rückständigkeit dieses Sektors zeigt sich darin, daß ein großer Prozentsatz der vorhandenen fruchtbaren Anbauflächen nicht kultiviert wurde.¹

Trotz des stetigen Rückganges der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Sektors blieb er in einigen anderen Aspekten von größerer Bedeutung. Diese Bedeutung blieb besonders im sozialen Bereich erhalten, weil etwa ein Drittel des gesamten arbeitenden Bevölkerung Chiles in der Landwirtschaft tätig war.² Auch im politischen Bereich blieben für lange Zeit die traditionellen Machtverhältnisse bestimmend.

Die wichtigsten Änderungen der ökonomischen Strukturen in der Landwirtschaft fanden in Folge der "Befriedung der Araukanergeboete" und der nachfolgenden Kolonialisierungswelle von hauptsächlich deutschen Einwanderern nach 1852 statt, wodurch sich die Agrarwirtschaft, die bis dahin größtenteils im Zentrum des Landes betrieben wurden, in die ehemaligen Araukanergebiete ausbreiten konnte. Die deutschen Einwanderer wandten moderne Methoden zur Bewirtschaftung ihrer Felder an, wodurch die Produktivität in diesem Sektor gesteigert werden konnte. Innerhalb kurzer Zeit konnte auf diesem Wege der produktive Anteil dieser Regionen an der gesamten Agrarproduktion über die Quote in den Zentralgebieten des Landes steigen.³

Als Hauptgrund für die Stabilisierung des skizzierten Zustandes der Agrarwirtschaft muß das Fortbestehen des traditionellen Latifundien-system, derzufolge sich das Agrareigentum in den Händen einiger weniger konzentrierte, gesehen werden. Das Fortbestehen dieses Systems wurde ermöglicht durch das enorme Machtpotential der Agraroligarchie und das Fehlen von Alternativen zum Exportmodell bei den politischen Machthabern des Landes.

1 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.0. S. 205 - 206.

2 Während der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung im Jahre 1943 an der Gesamtbevölkerung bei 33 % lag, so betrug der Anteil der Agrarproduktion an der gesamten Produktion des Landes nur 15 %.
Siehe ebd. S. 206.

3 Pinto, Anibal: Chile, un caso de desarrollo...a.a.0. S. 75.

Der auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähige chilenische Agrarsektor verdankte seine weitere Existenz im Grunde nur dem Umstand, daß im Lande selbst durch die expandierende Salpeterwirtschaft neue Absatzmärkte erschlossen werden konnten.¹

Diese Entwicklung mündete in einer immer größeren Konzentration der Eigentumsverhältnisse, wie es exemplarisch in der nachfolgenden Tabelle für 1930 deutlich gemacht werden kann:²

	Anbaufläche (ha)	Prozent an Ges.-Fläche	Zahl der Eigentümer	Prozent an Ges.-Eigentum
Landw. Besitz über 1000 ha	21.281.000	78 %	2.620	2 %
Landw. Besitz 50 - 1000 ha	4.807.000	18 %	23.260	16 %
Landw. Besitz 5 - 50 ha	1.224.273	4 %	120.364	82 %

Es fand aber nicht nur eine Umverteilung des Bodens zugunsten der Groß-eigentümer statt, sondern auch bei den kleinen und mittleren Landwirten fand diese Konzentration ihre Entsprechung in der weiteren Parzellierung ihrer Besitztümer.³

Die Einkommens- und Eigentumskonzentration war neben anderen wirtschaftlichen und politischen Faktoren mitbestimmend für die Verhinderung der Einrichtung eines autonomen Industriealisierungsmodells. Sie verhinderte das Entstehen eines konsistenten inneren Marktes, der andere wirtschaftliche Prozesse dynamisiert hätte. Die niedrigen Löhne und die teilweise vorgenommene Entlohnung mit Naturalien in der Landwirtschaft bedingten nicht unerheblich die skizzierte Entwicklung mit, die schon aufgezeigten luxusorientierten Konsumgewohnheiten der oberen Agraroligarchie verstärkten diese Tendenz.

1 Wrioth, T. G.: Agriculture and Protectionism in Chile, 1880 - 1930.
In: Journal of Latin American Studies. Vol. 7. Nr. 1. England.
S. 46 - 47.

2 Jobet, J. C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.0. S. 202.

3 Faletto, E./Ruiz, E./ Zelman, H.: Génesis histórica del proceso político chileno. Santiago de Chile 1972. S. 48.

Auf die hier geschilderten Ausbeutungsverhältnisse reagierten die beherrschten Klassen in der Landwirtschaft kaum, wenn man sie mit dem Stand der politischen und sozialen Organisation der Arbeiter, die in der Krise von 1920 eine besondere Rolle spielten, vergleicht. Die Landarbeiter und Bauern blieben der agraroligarchischen Macht untergeordnet. Die Verhinderung emanzipativer Prozesse in der Landbevölkerung gründete in der Aufrechterhaltung des paternalistischen lokalen Herrschaftssystems seit der Kolonialzeit, dem niedrigen Bildungsniveau der Landarbeiter und der dieses System stabilisierenden ideologischen Funktion der katholischen Kirche. Die Entfremdung der in der Landwirtschaft Beschäftigten von ihren eigenen Interessen ging soweit, daß sie lange Zeit als verlässliche Wahlstützen für die Agraroligarchie dienen konnten. Ein Umstand, der es dieser Klasse erlaubte, ihre politische Macht im Staate ebensolange aufrechtzuerhalten.¹

Erst gegen Ende dieser von uns untersuchten Periode entstanden erste Zusammenschlüsse von Landarbeitern und Bauern unter den direkten Einfluß der wegen Salpeterkrisen in die Landwirtschaft zurückwandernden Salpeterarbeiter. Der hohe Entwicklungsgrad des sozialen und politischen Bewußtseins dieser Arbeiter konnte die Landbevölkerung beeinflussen und führte letztendlich zur Erhebung der Landarbeiter und Bauern in Ranquil (1933), der jedoch von Streitkräften und Polizei niedergeschlagen wurde.² Eine soziale Bewegung mit autonomen Interessen entstand in der Landwirtschaft erst in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts.

3.1.2. Der manufakturrell-industrielle Sektor

Die Entwicklung dieses Sektors war der gesamten Wirtschaftsdynamik des Landes untergeordnet, tendenziell änderte sich dieser Umstand nach 1920

¹ In Beziehung zum stetigen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft konnte bei einigen Autoren die Meinung entstehen, daß die wirtschaftlichen Überschüsse der Agraroligarchie nicht aus der direkten Ausbeutung der beherrschten Klassen in der Landwirtschaft entstanden, sondern aus der Partizipation der Agraroligarchie an Kontrolle und Verteilung des staatlichen Salpeterereinkommens. Die politisch-ideologische Kontrolle der Landbevölkerung wäre dann funktionales Element ihrer Machtinteressen. Siehe: Cavarozzi, Marcelo: El orden oligárquico en Chile 1880 - 1940. In: Desarrollo Económico. Revista de Ciencias Sociales. Vol. 18. Nr. 70. Buenos Aires 1978. S. 234 - 236.

² Siehe Villalobos, Sergio u.a.: Historia de Chile. Tomo IV a.a.O. S. 545.

und endgültig nach der globalen Krise von 1929. Die Gründe für diese schleppende Entwicklung lagen in der forcierten Durchsetzung des Exportmodells, wo, solange genügend Staatseinkommen aus der Salpeter- und Kupferwirtschaft zugunsten der Oligarchie verteilt werden konnte, kaum Finanzmittel zugunsten des produktiven Sektors eingesetzt wurden. Auf der ideologischen Ebene entsprach diese Entwicklung dem liberalen Wirtschaftsmodell einer "freien Marktwirtschaft", das keine Schutzmaßnahmen für einzelne Sektoren vorsah. So mußten alle Versuche der in der SOFOFA organisierten Industriellen scheitern, protektionistische Maßnahmen zugunsten des produktiven Sektors durchzusetzen:

"Der Kongress billigte gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts verschiedene Gesetze über Zuschüsse zur Unterstützung bestimmter Industriezweige. Einige Zeit später jedoch erließ er im Gegensatz zu dieser protektionistischen Politik ein anderes Gesetz, das die Importsteuer für Manufakturprodukte senkte, die ähnlich wie die im Land selbst hergestellten waren. Dieser Erlass bedeutete den Zusammenbruch einiger Fabriken." ¹

Das Fehlen jeglicher protektionistischer Maßnahmen machte die Entwicklung des manufaktuell-industriellen Sektors direkt von den Bedürfnissen der Salpeterindustrie (Werkzeuge etc.) und der wachsenden Bevölkerung (Lebensmittel etc.) abhängig. Entsprechend der Weltkonjunktur war der produktive Sektor progressiv, stagnativen und regressiven Perioden ausgesetzt.² Im Rahmen der inneren wirtschaftlichen Reformmaßnahmen nach dem Regierungsantritt des Präsidenten Arturo Alessandri (1920 - 1924) kam es langsam zu einer allmählichen Änderung der Grundzüge des traditionellen Exportmodells und Durchführung protektionistischer Maßnahmen zugunsten der nationalen Industrie. Inhaltliche Elemente dieser Tendenz waren einerseits die direkte Förderung von einigen Zweigen der produktiven Industrie, andererseits die Versuche, die Kapitalströme zentral zu überwachen. Im Zusammenhang mit den letztgenannten Versuchen entschloß sich die Regierung auf Anraten der US-amerikanischen Kemmerer-Mission³ zur Gründung einer Zentralbank. Aufgrund der weiterhin vorhandenen massiven

1 Nollf, Max: La industria manufacturera...a.a.0. S. 159.

2 Alvarez, Oscar: Historia del desarrollo industrial de Chile. Santiago de Chile 1936. S. 183 - 184.

3 ebd. S. 336.

Kontrollmöglichkeiten für die Finanzoligarchie konnte eine effektive staatliche Kontrolle nicht erlangt werden. Die von Alessandri durchgesetzten protektionistischen Maßnahmen ¹ zugunsten des produktiven Sektors erklären sich aus der globalen Salpeterkrise, die es Chile wegen nun fehlender Einkünfte nicht mehr erlaubte, diverse Güter einzuführen, diese mußten nun im Lande selbst produziert werden. Ihren Ausdruck fand diese Krise in einem rapiden Sinken der positiven Handelsbilanz von 1,05 Mrd. Pesos im Jahre 1920 auf 236,3 Mill. Pesos im Jahre 1921. ²

Unterstützung für die neue Politik fand die liberale Regierung in der Arbeiterklasse durch das Versprechen, die Arbeitsbedingungen verbessern zu wollen. Diese Verbesserungen konnten nur im Rahmen einer erweiterten Industrialisierungspolitik und dem verstärkten Ausbau öffentlicher Arbeiten geleistet werden. Die Frage nach dem Fortschritt der industriellen Entwicklung stellte sich seit Alessandri für jede weitere Regierung in ungebrochener Dringlichkeit.

Die mit der inneren Wirtschaftsreform Alessandris begonnene "Schließung" der chilenischen Ökonomie wurde auch während der Regierungszeit des General Ibañez (1927 - 1931) fortgesetzt. Diese Regierung versuchte trotz der enormen weiteren Abhängigkeit von den Exporteinkünften und der Auslandsverschuldung - sie betrug 1920 1134 Mill. Pesos, 1926 1596 Mill. Pesos und 1929 2289 Mill. Pesos ³ - die Ausbreitung des inneren Marktes und Entwicklung von Industrie und öffentlichen Arbeiten zu forcieren. Die Funktion des Staates als Motor für bestimmte wirtschaftliche Dynamisierungsprozesse wurde mit der Verabschiedung der Verfassung von 1925 verstärkt:

- Die Exekutive konnte über mehr Befugnisse in diesem Bereich verfügen als im parlamentarischen System. ⁴

¹ Martner, Daniel: Política comercial chilena. Santiago de Chile 1923. S. 663 - 664.

² Atria B., Raúl: Tensiones políticas y crisis económica: El caso chileno 1920 - 1938. In: Estudios Sociales. Nr. 1. Santiago de Chile Marzo 1973. S. 66.

³ ebd. S. 59.

⁴ Ellsworth, P.T.: Chile, an Economy in Transition. New York 1945. S. 49-50.

- Die verfassungsmäßige relative Ausweitung der Sozialpflichtigkeit des Staates konnte strukturelle Bedingungen für das Entstehen eines inneren Marktes erfüllen.¹

Die verfassungsmäßigen Rahmenrichtlinien wurden von konkreten Maßnahmen begleitet, die sich in der Einrichtung eines differenzierten Wechselkurses als unmittelbare Folge der Weltwirtschaftskrise von 1931, im Aufbau eines Instituts für Industriekredite zur staatlichen Förderung der inländischen Industrie und der Verabschiedung von Protektionsgesetzen ausdrückten. Diese Protektionsgesetze führten zwischen 1928 und 1931 dazu, daß die Importzölle für 73 % der gesamten Importgüter um 71 % erhöht wurden.²

Mit der Zunahme von Industriebetrieben wuchs auch die Zahl der Industriearbeiter, so stieg die Zahl der Betriebe zwischen 1923 und 1928 von 3.088 auf 8.467 und die Zahl der Beschäftigten von 66.174 auf 229.743.³ Aber erst die Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurde der Industrialisierungsprozeß entschieden vorangetrieben. Bedingt war dieser Prozeß durch die Notwendigkeit, weitere Importprodukte im Lande selbst herstellen zu müssen:

"Die Verkaufsraten von Salpeter und Kupfer, die 70 % des National-einkommens ausmachten, gingen 27 Mill. Pesos im Jahre 1929 auf 3,5 Mill. Pesos im Jahre 1932 zurück. Dies fand seine Entsprechung bei den Importen, die zwischen Oktober 1929 und Oktober 1930 um 88 % zurückgingen und 1932 nur noch ein Fünftel von der Importquote im Jahre 1929 ausmachten." 4

Aufgrund dieser Umstände konnte Chile nicht mehr seinen Schuldendienst erfüllen und kurzfristig keine Kredite mehr erhalten, was eine wachsende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Auf der politischen Ebene führte diese Entwicklung zum Sturz der Diktatur des Generals Ibanez.

1 Cabero, Alberto: Chile y los chilenos. Santiago de Chile 1948. S. 344.

2 Ellsworth, P.T.: Chile, an Economy...a.a.O. S. 49 - 50.

3 Nolff, Max: La industria manufacturera...a.a.O. S. 160.

4 Pike, Frederick: Chile and the United States,...a.a.O. S. 59.

Der Präsident Alessandri hatte in seiner zweiten Regierungszeit (1932 - 1938) keine andere Chance zur Belebung des inneren Marktes und zum Abbau der Arbeitslosigkeit, als forciert den nationalen Produktionssektor zu protegieren. Wie schon Ibanez führte er eine verstärkte Devisenkontrolle und einen differenzierten Wechselkurs ein und entschloß sich erstmalig zu Maßnahmen, die die Errichtung industrieller Anlagen erleichterten.¹ Gleichzeitig erhöhte der Staat die Quote der Zahlungsmittel, wodurch sich die Bedingungen für den investiven und produktiven Sektor verbessern konnten.²

Neben dem staatlichen Engagement war dieser Entwicklung besonders die Privatinitiative der aus- und inländischen Handelsunternehmen und Banken förderlich. Die Handelsunternehmer waren durch den Rückgang der Importe von einer Senkung ihrer Gewinne betroffen, um diese Tendenz aufzuhalten, engagierten sie sich verstärkt im Absatz inländischer Produkte. In einigen Fällen errichteten sie eigene Industrieunternehmen oder assoziierten sich eng mit solchen Unternehmen.³ So gründete die nord-amerikanische Firma Grace mehrere Textil-, Farb- und Stromversorgungsunternehmen, englische Firmen wie Duncan Fox und Williamson Balfour waren ebenso vertreten. Ausländische Firmen, die wegen der verschärften Devisenkontrolle ihr Kapital nicht aus Chile schaffen konnten, waren somit zu Investitionen im Lande selbst gezwungen.⁴

Die großen chilenischen Banken wie die Banco de Chile, die Banco Edwards und die Banco Español verstärkten ihre Machtposition nun durch ihr Engagement im Industriialisierungsprozeß.⁵

1 Thomson, Ch.A.: Chile Struggles for National Recovery. In: Foreign Policy Reports. London Februar 1934. Zit. nach Atria B., Raúl: Tensiones políticas...a.a.O. S. 63.

2 Der chilenische Staat erhöhte die Ausschüttung der Zahlungsmittel zwischen 1931 und 1938 von 730 Mill. Pesos auf 2.449 Mill. Pesos, wodurch die Zinsen von 9,4 im ersten Halbjahr 1932 auf 7,3 % im ersten Halbjahr 1938 sanken. Die Auslandsverschuldung stieg dementsprechend von 2.289 Mill. Pesos im Jahre 1929 auf 3.254 Pesos im Jahre 1939. Siehe Ellsworth, P.T.: Chile, en Economy...a.a.O. S. 36.

3 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo ...a.a.O. S. 210 und 221 - 223.

Faletto, E.u.a.: Génesis histórica...a.a.O. S. 49.

4 Nolff, Max: La industria manufacturera...a.a.O. S. 169.

5 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S.221.

Durch diesen Prozeß erhöhte sich die Zahl der Industriebetriebe von 8.467 im Jahre 1920 auf 19.000 im Jahre 1937.¹ Der Anteil der Handwerksbetriebe und der in ihnen Beschäftigten machte etwa 50 % der Gesamtbetriebe und der produktiv Beschäftigten aus.

Zusammenfassend lassen sich für die Entwicklung dieses Sektors folgende abschließende Anmerkungen herstellen:

- Der in dieser Epoche einsetzende Industrialisierungsprozeß war nicht Ausdruck dafür, daß sich alternative und um Autonomie bestrebte Gruppierungen gegenüber den herrschenden Klassen durchsetzen konnten. Die wirtschaftlichen Krisen konnten in keinen Sektor zu grundsätzlichen Strukturveränderungen führen. Das Entstehen einer Industriebourgeoisie blieb selbst für den Agrarsektor bedeutungslos, weil es der Finanz- und Handelsoligarchie gelungen war, ohne Aufgabe ihre Vorherrschaft flexibel auf die neue Situation zu reagieren. Aufgrund der engen Bindungen zwischen Industriebourgeoisie, Oligarchie und Auslandskapital wurden komplementäre und partizipative Strukturen geschaffen, die als Funktionsträger für die Erhaltung des alten Systems wirken sollten. Der Staat mußte weiterhin als Garant für die Interessenbefriedigung dieser Klassen funktionieren.
- Die Manufakturindustrie, die in ihrer Entwicklung den Prozeß der Importreduktion und des Entstehens eines inneren Marktes wieder spiegelt, entwickelt sich abhängig von den äußeren Umständen und nicht in Folge einer eigenen Dynamik, die die Existenz starker Interessengruppen zur Voraussetzung gehabt hätte, fort:

"Es ist gut zu verstehen, daß diese Entwicklungsform nicht das Resultat einer bewußten Option ist und nicht implizit die Absicht beinhaltet, die Möglichkeit eines größeren Wachstums nach außen zu opfern (Abhängigkeit der Wirtschaft vom Exportsektor. F.E.). Im Gegenteil, es ist die schwache Dynamik dieser Möglichkeiten gewesen, die die Wirtschaft vor die Notwendigkeit stellte, ihre Struktur zu ändern um weiter wachsen zu können." 2

1 Faletto, E. u.a.: Génesis histórica...a.a.O. S. 50.

2 CEPAL: Estudio económico para América Latina. Santiago de Chile 1949. S. 284.

- Die Entwicklung des industriellen Sektors war nicht direkte Folge der inneren Wirtschaftstätigkeit des Landes, sondern war verstärktes Resultat der Auslandsverschuldung und des Exporteinkommens. Der Industrialisierungsprozeß konnte somit auch keinen Beitrag zu einer Aufhebung der Abhängigkeitsverhältnisse leisten.
- Der durch diesen Prozeß sich erhöhende Anteil der Industriearbeiter an der gesamten arbeitenden Bevölkerung auf 17 % leitete auch ein Wachstum der sozialen und politischen Bedeutung dieser Klasse im Zusammenhang mit den Salpeter-, Kupfer- und Hafenarbeitern ein.

3.1.3. Der Exportsektor und die wirtschaftliche Abhängigkeit

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Chiles - hier insbesondere von England, aber auch von den USA und Deutschland - machte sich in erster Linie darin deutlich, daß das ausländische Kapital die Eigentumsrechte über die Hauptexportgüter besaß, in allen Wirtschaftszweigen durch Direktinvestitionen bedeutende Anteile gewollten hatte, den chilenischen Außenhandel kontrollierte und durch die Kreditvergabe finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen hatte. Die Kontrolle über die wichtigsten Ausfuhr Güter war wegen des hohen Gewichts des Exportsektors für die chilenische Wirtschaft das wesentliche Schlußelement für die Aufrechterhaltung des gesamten wirtschaftlichen Abhängigkeitssystems.

Die Vollmachtstellung des englischen Kapitaleinflusses in Chile war bis zum Ersten Weltkrieg relativ ungebrochen, obwohl sich auch bis dahin schon der wachsende Einfluß der Nordamerikaner kontinuierlich steigern konnte.¹ Nach dem Ersten Weltkrieg jedoch konnte die neue Weltmacht USA den englischen Einfluß in Chile deutlich zurückdrängen, erreichten die nordamerikanischen Investitionen in Chile im Jahre 1930 ein Gesamtvolumen von 700 Mill. US-Dollar, die englischen von nur 330 Mill. US-Dollar.² Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das US-Kapital die Kontrolle über

¹ Hell, Jürgen: Deutschland und Chile ...a.a.O. S. 93.

² Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 178.

die meisten Salpeter- und Kupferunternehmen des Landes gewonnen. Im Salpetergeschäft vollzog sich dieser Wandel dadurch, daß der chilenische Staat der US-amerikanischen Firma Guggenheim die Konzessinoen für den Abbau des Salpeters eingeräumt hatte und im Jahre 1927 das Salpeterbergwerk Lautaro, das größte im Lande, aus englischem in US-amerikanisches Eigentum übergegangen war.¹

Auf dem Kupfersektor war die US-amerikanische Anaconda Cooper Mining Co. mit ihren chilenischen Filialen der Chile Exploration Co. und der Andes Cooper Mining Co. durch Investitionen in Höhe von 220 Mill. US-Dollar in den Minen von Chuquicamata, wo 25 % der Weltkupferreserven lagerten, und Potrerillos engagiert. Die Kennekott Cooper Corporation kontrollierte mit ihren chilenischen Filialen Braden Cooper Co. mit Investitionen von 60 Mill. US-Dollar die Mine El Teniente, wo 10 % der Weltkupferreserve lagerten.²

Diese neue Abhängigkeit erreichte auch andere für die chilenische Wirtschaft wichtige Sektoren, wie z.B. die Erzminen, die Stromversorgung und Kommunikationsunternehmen, sowie andere schon skizzierte Sektoren.³

Die neue Abhängigkeit von den USA drückte sich besonders in den Handelsbeziehungen aus, wie es in der folgenden Tabelle deutlich wird:

Gesamtvolumen des chilenischen Außenhandels mit England, Deutschland und USA. (In Mill. US-Dollar).⁴

Jahr	England	USA	Deutschland
1920	25	42	2
1922	16,8	32	9,6
1924	27	34	9
1926	22	41,7	8,7
1928	37	43	14,6

1 Pike, Frederick: Chile and the United States,...a.a.O. S. 233.

2 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 210.

3 Ramirez, Hernán: Historia del imperialismo en Chile. Santiago de Chile 1971. S. 202 - 203.

4 ebd. S. 226.

Wenn wir auch schon grundsätzlich auf Qualität und Folgen der wirtschaftlichen Abhängigkeit im Bezug auf die eigene Entwicklung des Landes gesprochen haben, so muß doch noch einmal deutlich darauf hingewiesen werden, daß diese Abhängigkeit sich nicht nur aus den Bedürfnissen der Kapitalmetropolen, ihre Überschüsse in den Peripherien günstig zu verwerten, erklärte, sondern daß sich hier auch die mächtigen Interessen der einheimischen Oligarchie artikulierten. Als wir die Funktionsweise der chilenischen Wirtschaft darstellten, haben wir die funktionale Korrelation zwischen weiterer Abhängigkeit und den Profitmöglichkeiten für die Oligarchie aufgezeigt. Diese funktionale Korrelation drückte sich im Entstehen einer engen auch personalen Verbindung zwischen Auslandskapital und inländischen herrschenden Klassen aus. Die engen Verflechtungen entwickelten sich auch in den Beziehungen zum US-amerikanischen Imperialismus fort.

3.1.4. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Differenzierung

Noch 1875 hatten 27 % der chilenischen Bevölkerung ihren Lebensraum in den Städten, 73 % auf dem Lande. Der Ausbau des manufakturrell-industriellen Sektors, des Handels und der öffentlichen Arbeiten hatte jedoch eine deutliche lokale Populationsverschiebung zur Folge, so lebten schon 1907 bei einer Gesamteinwohnerzahl von 3,25 Mill. schon 43 % der Chilenen in Städten mit mehr als 1.000 Einwohner, 1930 bei einer Gesamteinwohnerzahl von 5 Mill. waren es 49,5 % und 1940 sogar 52 %.¹

Diese Änderungen drückten sich auch in einer Verschiebung der in den einzelnen Sektoren arbeitenden Bevölkerung aus, so ging besonders die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten zugunsten anderer Sektoren

¹ Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 132 - 133.

zurück: ¹

	1907	1920	1930	1932
Anteil der arbeitenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	38,6 %	32,2 %	34,1 %	36,0 %
Davon beschäftigt in				
Landwirtschaft	37,7 %	36,2 %	34,7 %	30,7 %
Minen	2,8 %	4,1 %	5,1 %	4,7 %
Manufaktur- und Baugewerbe	17,6 %	15,2 %	18,3 %	23,7 %
Öffentliche Arbeiten	5,3 %	4,2 %	7,6 %	33,5 %
Handel und Dienstleistungen	33,2 %	35,5 %	30,5 %	
Andere	-	-	-	3,0 %

Auf der sozialen Ebene war die Lage in Chile während dieser Epoche durch einen sehr niedrigen Lebensstandard, durch die wegen der schlechten Ausbildungsbedingungen sehr hohe Analphabetenquote und das Fehlen einer sozialen Gesetzgebung gekennzeichnet. Erst 1925 konnte die Lage der organisierten Arbeiterklasse durch die Einführung einer solchen Gesetzgebung verbessert werden. Bedingt durch das Fehlen jeglicher Bauern- und Landarbeiterorganisationen gestalteten sich die Bedingungen für den sozialen Fortschritt in der Landwirtschaft noch schwieriger.² Die Ende des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Streikbewegungen, die ihren Anfang in den Salpeterbetrieben und Häfen genommen hatten, ständig zunahmen und von den staatlichen Instanzen brutal niedergeschlagen wurden, führten langsam zu einigen Verbesserungen der sozialen Lage. Diese Verbesserungen wurden jedoch dadurch relativiert, daß durch die ständige Abwertung der Währung und ihrer inflationären Folgen die reale Kaufkraft niedergedrückt wurde.

¹ Ballesteros M./ Davis, T.E.: The Grow of Output and Employment in Basic Sectors of the Chilean Economy, 1908 - 1957. In: Economic Development and Cultural Change. Vol. 11, Nr. 2. Juni 1963. Zit. nach Atria B., Raúl: Tensiones políticas...a.a.O. S. 59.

² Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 133 - 134 und 204 - 205.

Diese Epoche war, wenn man es zusammenfassend betrachtet, von einer wachsenden Entwicklung wirtschaftlicher Aktivierungsprozesse in den Städten gekennzeichnet. Die Entwicklung fand ihren Weg mit der staatlichen Förderung öffentlicher Arbeiten, der Bürokratie und des manufaktuell-industriellen Sektors.

Der Dienstleistungssektor in Handel, Industrie und Minen und die öffentliche Verwaltung konnten zunehmend größere Bedeutung erlangen. Aus beiden Sektoren rekrutierte sich für lange Zeit die Basis der sogenannten Mittelschichtsparteien, der Radikalen und der Demokratischen Partei.

Mit der Kolonialisierung der chilenischen Südregion war auch ein neuer Typ von Agrarunternehmer entstanden, der sich im Unterschied zu den traditionell agraroligarchischen Kreisen in seinen politischen Positionen auf die radikale Partei orientierte.

Mit der wachsenden Bedeutung der Industrieunternehmen und der Behinderung ihrer weiteren Entwicklung durch das Exportmodell wurden zunehmend die kritischen Stimmen der Industriebourgeoisie laut. Viele Mitglieder dieser Klasse orientierten sich an alternativen Positionen innerhalb der Liberalen Partei, andere innerhalb der Radikalen und der Demokratischen Partei. Aus dieser Situation erklärte sich die wichtige Bedeutung, die diese Parteien zur Zeit des Ausbruchs der Krise des oligarchischen Systems mit einem Alternativmodell zur Exportorientierung erlangen konnten.

Aus den weiter oben erwähnten Zahlen läßt sich absehen, daß die Arbeiterklasse quantitativ an Gewicht gewonnen hatte. Diesem Wachstum entsprach auf der qualitativen Ebene die Entwicklung eines höheren Grades politischer und gewerkschaftlicher Organisation, was sich im Jahre 1909 in der Gründung der Chilenischen Arbeitsföderation (Federacion Obrera de Chile, FOCH) und im Jahre 1912 in der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (Partido Obrero Socialista de Chile, POS) ausdrückte.¹ Die Tendenz der Politisierung setzte sich in der Gründung der Kommunistischen Partei im Jahre 1922 und der Sozialistischen Partei im Jahre 1933 fort.

¹ Ramírez, Hernán: Historia del movimiento obrero...a.a.O. S. 201 ff.
Angell, Alan: Partidos políticos ...a.a.O. S. 22 ff.
Chelén Rojas, Alejandro: Trayectoria del socialismo...a.a.O.
Jobet, Julio César: Recabarren,...a.a.O.
Gurrieri, Adolfo: Consideraciones sobre...a.a.O. S. 78 - 114.
Pike, F.: Chile and the United States,...a.a.O. S. 110 ff.

Das wachsende Gewicht der organisierten Arbeiterklasse führte im Bereich der politischen Macht dazu, daß Vertreter eines bürgerlichen Alternativmodells zur bestehenden Wirtschaftsordnung partiell Forderungen der Arbeiter in ihre Programme übernehmen mußten (Regierung Alessandri). Die schon erwähnte Verabschiedung einer Arbeitsgesetzgebung im Jahre 1925 war Element dieser Entwicklung, sie beinhaltete:

- Die Einführung des Achtstundentages, das Verbot der Kinderarbeit und die Ermöglichung kollektiver Tarifverhandlungen (Gesetzesdekret Nr. 4053).
- Die Einführung eines Arbeitsversicherungsgesetzes (Gesetzesdekret Nr. 4054).
- Die Einführung eines Versicherungsschutzes bei Arbeitsunfällen (Gesetzesdekret Nr. 4055).
- Die Ermöglichung der Bildung von Angestellten- und Arbeitergewerkschaften (Gesetzesdekret Nr. 4057).¹

3.2. Die Identität der politischen Kräfte und der Charakter der politischen Prozesse

3.2.1. Die Grundzüge des parlamentarischen Systems

Die Periode des parlamentarischen Systems in Chile läßt sich von 1860, als liberale Tendenz wachsenden Einfluß gewinnen konnte, bis 1925, als die neue Verfassung verabschiedet wurde, festlegen. Andere Autoren beschränken diese Periode auf die Zeit zwischen 1891 und 1925.²

¹ Cabero, A.: Chile y los chilenos....a.a.0. S. 344.

² Siehe S. 48 Anm. 1, S. 66 Anm. 4 und S. 118 Anm. 3

Seit dem Jahr 1860 etwa wurde die exekutive Regierungsgewalt in ihrer Funktion als Kontrollinstitution des Staatsapparates immer mehr vom Parlamentarismus zurückgedrängt. Seine Durchsetzung korrespondierte mit den Bedürfnissen der oligarchischen Kreise, auf der wirtschaftlichen Ebene dem Konzept der freien Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen (Courcelle-Seneuil 1860). Innerhalb dieses Konzeptes wurde dem Staat keine andere Funktion eingeräumt, als auf der politischen Entscheidungsebene die sozio-ökonomischen Bedingungen zu erfüllen, die das freie Spiel der Kräfte überhaupt ermöglichten, und die innere und äußere Ordnung zu garantieren. Das Konzept der freien Konkurrenz der wirtschaftlichen Kräfte wurde dementsprechend auf das politische System unter Einschluß der ideologischen Ebene übertragen, die Befugnisse des Staates und hier insbesondere der Regierungsgewalt wurden radikal beschnitten. Die Programme der herrschenden politischen Tendenzen waren bis zum Ende dieser Epoche entscheidend von diesem Aspekt mitbestimmt.

Zentraler Kern dieses Modells war, daß die politische Macht für alle konkurrierenden herrschenden Gruppen gleichermaßen bestimmbar sein mußte, um dem Entstehen einer von diesen Kräften autonomisierten Regierung vorzubeugen. Dies geschah auch, um eine Entwicklung zu verhindern, daß sich eine Gruppe der exekutiven Macht bemächtigte, um durch einseitige Begünstigungen ihrer Interessen den Konsens aller oligarchischen Kräfte zu zerbrechen.

Die Durchsetzung dieses staatspolitischen Modells korrespondierte mit dem in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zunehmenden Gewichts liberaler Ideen, die die Agrar- und Handelsgruppen zum Zwecke eines funktionierenden Konsenses integrieren mußten. Der Parlamentarismus wurde somit zum Garanten für die Integration aller wenn auch manchmal widersprüchlichen herrschenden Interessen im Lande. Nicht zuletzt deshalb, weil dieses System den oligarchischen Kreisen die Möglichkeit einräumte, auf parlamentarischem Wege die Umverteilung von Staatseinkommen zu ihren Gunsten mitbestimmen zu können.

Die Gefährdung ihrer Interessen durch das Präsidialsystem trat für die Oligarchie besonders deutlich in der Regierungszeit Balmacedas hervor, nach dessen Sturz sie mit aller Kraft die Durchsetzung des Parlamentarismus forcierten. Zu diesem Zwecke war es nicht einmal nötig gewesen, neue

Gesetze zu erlassen, es mußten nur wenige Änderungen vorgenommen werden. So trugen die in den vergangenen 30 Jahren von diesen Gruppen unternommenen Anstrengungen, ihr Modell ideologisch zu verbreiten, nicht unerheblich zur Durchsetzung des neuen Systems bei.

Die dem Parlament in der Verfassung von 1833 eingeräumten Kontrollmöglichkeiten des Parlaments bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes und der Festlegung der personellen und materiellen Ausstattung der Land- und Seestreitkräfte wurden nach 1860 so überspitzt, daß der Kontrollspielraum für die Regierung völlig verloren ging.

Diese neue Praxis entsprach den Prozessen der sozio-politischen Diversifizierung und der Herausbildung von Alternativen zur konservativen Herrschaft, wo die traditionellen Kreise zur Sicherung ihrer eigenen Interessen keine andere Möglichkeit mehr hatten, als die parlamentarische Gewalt für eine breitere Partizipation zu öffnen und damit die Exekutive zu lähmen.

Gesichert wurde dieses System dadurch, daß die Wahlentscheidungen in erster Linie auf kommunaler Ebene entschieden wurden, wo die Macht der Agraroligarchie und der Einfluß der Minenbesitzer nach dem Sturz Balma-cedas unumstritten war:

"Diese Situation war eine große Verstärkung für den Regionalismus, weil die lokalen Strukturen absolut kontrolliert waren. Die zentrale Macht wurde zu einer Entelechie, weil sie ohne Interventionsmöglichkeiten bei der Kontrolle der kommunalen Wahlprozesse war und die Feudalherren (In Landwirtschaft und Minen) die Wahllisten erstellen und somit die Wähler kontrollieren konnten. Sie benutzen diese Macht völlig willkürlich als mächtigste Männer dieser Gemeinden, um die Stimmen kontrollieren zu können und somit ihre Interessen gegen die sonst allmächtigen Santiagoer Interessen durchzusetzen." ¹

Das Gewicht der lokalen Caudillos war im Rahmen des erwähnten übergeordneten Konsenses für lange Zeit gesichert und wurde besonders darin offenbar, daß sie den Staat 30 Jahre lang kontrollieren konnten. Dieser Umstand wurde verstärkt dadurch, daß die Caudillos auch die politische ideologische Kontrolle über die Landbevölkerung, die aufgrund des geringen Bildungsniveaus und des eingeschränkten Wahlrechts ² keine Möglichkeit

¹ Sosa, Ignacio: La cuestión social y el movimiento obrero en Chile. In: Latinoamérica. Anuario. Centro de Estudios Latinoamericanos. Nr. 11. México 1978. S. 110.

² ebd. S. 109.

zu Organisation und Artikulation ihrer Interessen wahrnehmen konnten, innehatten.

Das gesamte Wahlsystem zeichnete sich durch den hohen Grad von Korruption aus, wodurch die Möglichkeit eines Kandidaten, in den Kongress gewählt zu werden, von den wirtschaftlichen Befähigungen und seine Zugehörigkeit zu einer die lokale Macht ausübenden Gruppe abhängig wurde:

"Die Parteien und hier besonders die der Koalition (Konservative und Liberale) rekurrten sich aus sehr reichen Männern, um ihnen die Vertretung der Provinz im Senat anzubieten. Vermögende Minenunternehmer,..., sich angestrengt bemühende Industrielle, Großgrundbesitzer,...in der Zentralregion oder der Latifundien an der Grenze formierten sich so, daß sie, in der Sprache dieser Epoche, als Zusammenschluß von "Schlachtschiffen" bezeichnet wurden, die die Koalition und die Allianz (Liberaldemokraten, Liberale, Radikale und Demokraten) mobilisierten, um sich mit gegenseitigem Terror einzuschüchtern." 1

So war es möglich, daß eine staatliche Ordnung entstehen konnte, die in jeder Phase unter Ausschluß der Mittel- und Unterschichten von den oligarchischen Kreisen kontrolliert wurde. Die Möglichkeiten für die Arbeiterklasse, im Sinne ihrer Interessen Druck ausüben zu können, waren auf den außenparlamentarischen Raum beschränkt.

Auf der Regierungsebene entwickelten sich fortgesetzt Praktiken, die die Macht der Exekutive weiter einschränkte. Sobald Divergenzen zwischen Parlament und Regierung eintraten, griffen die Konservativen zu dem probaten Mittel, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und damit aus dem Parlament die politischen Orientierungen zu bestimmen. Die massive Häufigkeit von Kabinettsumbildungen führte dazu, daß zwischen 1831 und 1866 31 verschiedene Kabinette, zwischen 1891 und 1925 121 verschiedene Kabinette mit einer Gesamtzahl von 530 Ministern gebildet wurden.²

Im Rahmen dieser Strukturen konnten sich keine Demokratisierungsinitiativen durchsetzen, die Partizipationsmöglichkeiten an den Entscheidungsprozessen reproduzierten sich weiter, bis endlich gesamtalternative

1 Rivas Vicuña, Manuel: Historia política y parlamentaria de Chile. Tomo I. Santiago de Chile 1964. S. 64.

2 Heise, Julio: Historia constitucional de Chile. Santiago de Chile 1954. S. 108.

Konzepte zum politischen und sozio-ökonomischen Status quo an Bedeutung gewinnen konnten. Das über 30-jährige Bestehen eines äußerst exklusiven politischen Modells und die gleichseitige Stabilisierung der staatlichen Institutionen erklärte sich aus folgenden Gründen:

- Die benachteiligten sozialen Klassen zeigten nur ansatzweise eine sozio-politische Strukturierungsfähigkeit; dies galt besonders für die Arbeiterbewegung; die Mittelschichten und ihre politischen Vertretungsorgane konnten mit der Demokratischen und der Radikalen Partei eine beschränkte Partizipation in den parlamentarischen Entscheidungsprozessen gewinnen.
- Die Exportwirtschaft konnte bis zum ersten Weltkrieg ungehindert expandieren. Bedingt durch diese günstige Entwicklung waren die Nutznießer dieses Wirtschaftsmodells sogar in der Lage, trotz vorübergehender Krisen einige Finanzmittel zugunsten der untergeordneten Klassen zur Verfügung zu stellen. So konnte die Zahl der in der Bürokratie und der Wirtschaft Beschäftigten in relativ stabiler Weise wachsen.
- Die Funktion des Staates, das Salpetereinkommen primär zugunsten der herrschenden Gruppen umzuverteilen, blieb im Rahmen des schon erwähnten Konsenses während dieser Epoche erhalten. Diese Funktion garantierte das loyale Verhalten der oligarchischen Kräfte im Bezug auf den Staat und half mit, die politischen Verhältnisse ohne Gefahr eines offenen Bruches zu stabilisieren.
- Die Restrukturierung und Professionalisierung der Streitkräfte und hier besonders des Heeres wurde in Einklang mit dem gesamten politischen Modell forciert und trug somit zur Reproduktion der traditionellen sozialen und politischen Verhältnisse bei.

Den Zusammenhang zwischen der dem Staat zugeschriebenen Wirtschaftsfunktion und den Prinzipien der freien Marktwirtschaft haben wir oben schon mal skizziert. An dieser Stelle wollen wir darauf aufmerksam machen, daß diese Prinzipien in der Regel sehr pragmatisch auf die chilenische Wirklichkeit

angewandt wurden. Allein der Umstand, daß im offenen Gegensatz zur liberalen Ideologie dem Staat eine Umverteilungsfunktion zugeschrieben wurde, macht deutlich, daß sich die wirtschaftspolitischen Orientierungen originär nach den Bedürfnissen der oligarchischen Klassen richteten. In diesem Sinne müssen auch die Maßnahmen verstanden werden, in denen der Staat offen zugunsten bestimmter Sektoren intervenierte, wie z.B. beim Erlaß über begrenzte Protektionsmaßnahmen für die Landwirtschaft, als der inländische Agrarmarkt von ausländischen Erzeugnissen überschwemmt wurde.¹

Auf der einen Seite lag die Bedeutung der Aufrechterhaltung dieses Prinzips darin, eine ideologische Verkleidung für die primäre Option der oligarchischen Kräfte, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu sichern, zu finden, und auf der anderen Seite, darin dem ausländischen Kapital strukturelle Sicherheiten einzuräumen, der es bedurfte, um die für die gesamte Funktionsweise der chilenischen Wirtschaft notwendigen ausländischen Investitionen weiter ermöglichen zu können.

3.2.2. Das Profil der politischen Kräfte

Die Wahl Arturo Alessandris zum Präsidenten im Jahre 1920 war nichts anderes als der Ausdruck für das qualitative und quantitative Anwachsen der sozio-politischen Kräfte, die seit dem Pazifik-Krieg in der chilenischen Gesellschaft latent vorhanden waren. Die Entwicklung der sozialen und politischen Artikulation dieser Gruppen war mit der Niederlage Balmacedas unterbrochen worden und konnte sich in der Folge nur sehr langsam fortsetzen. Die politischen Parteien des herrschenden Blocks konnten sich nach 1891 kontinuierlich fortentwickeln, eine besondere Rolle spielten dabei die Liberale und die Konservative Partei. Auf der sozio-politischen Ebene war diese Epoche grundlegend durch zwei neue Elemente gekennzeichnet. Politisch bedeutsam war diese Epoche nämlich dadurch, daß in ihr das parlamentarische System zum endgültigen Durchbruch gelangte.

Auf der anderen Seite autonomisierten sich langsam die Forderungen der lange Zeit von der politischen Partizipation ausgeschlossenen Gruppen in

¹ Wrigth, T.G.: Agriculture and Protectionism...a.a.O. S. 45 ff.

einem korrelativen Verhältnis zu dem kontinuierlichen Organisations- bzw. Reorganisationsprozeß dieser Gruppen.

Die Parteien des herrschenden Blocks konnten auf diese neuen Forderungen in dem Maße integrativ reagieren, wie ihre Interessen dadurch nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurden. Die chilenische Parteienlandschaft zeichnete sich bis zum Ersten Weltkrieg durch ein hohes Maß an politischer und ideologischer Homogenität aus. Auf der anderen Seite stand jedoch ihre große numerische Zerstreuung, in der praktisch alle oligarchischen und mittelständischen Fraktionen eigenen Platz finden konnten. Die große Zahl der Parteien läßt sich aber auch als der Vielzahl hauptsächlich ideologischer Unterschiede erklären, wie dies beispielhaft an dem Verhältnis zwischen Liberaler und Konservativer Partei in Bezug auf die Religionsfrage deutlich wurde. Die Konservativen, von jeher mit der Kirche eng verbunden, traten forciert für die Einheit von Staat und Kirche ein, die Liberalen hingegen forderten massivst die strikte Trennung von Staat und Kirche.

3.2.2.1. Die Konservative Partei

Die Konservative Partei als Kopf der Opposition gegen Balmaceda wurde sehr schnell zur Hauptstütze des parlamentarischen Systems. Die organisatorische Aufsplitterung der oligarchischen Kräfte machte es nötig, daß die Konservativen Koalitionen mit Liberalen und Nationalen suchen mußten. Die Konservative Partei bildete immer den rechten Flügel innerhalb des parlamentarischen Systems, um sie herum artikulierten sich die einzelnen Elemente des Bündnisses, welches als die "Koalition" bezeichnet wurde. In diesem Bündnis organisierten sich die Liberale, die Demokratische, die Nationale und zeitweise sogar die Radikale Partei.

Schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts bekam auch in Chile die "soziale Frage" ¹, die durch die periodischen Wirtschaftskrisen und den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse gekennzeichnet war, ein immer größeres Gewicht. Jede Partei und damit auch die Konservative war

1 Feliú Cruz, G.: La evolución política,...a.a.0. S. 54 ff.

gefordert, eine Antwort auf diese Frage zu finden. Die Qualität der Antworten konnte immer als Meßlatte für den Reformwillen oder die Flexibilität der einen oder anderen herrschenden Gruppe angesehen werden. Die Konservative Partei reagierte auf diese in der päpstlichen Enzyklika "Rerum Novarum" (1891) exakt behandelte Fragestellung erst 10 Jahre später.

Die Konservativen betrachteten die Situation der Unterdrückten Klassen nicht strukturell, sondern führten auf eine individuell-ethischen Ebene die sogenannte "Hilflosigkeit" dieser Klassen als eine mit caritativen Mitteln zu behebende Angelegenheit an. Die Umsetzung dieser Caritas war somit auch nur dem individuellen Gewissen der dazu Befähigten überlassen, an eine verfassungsrechtliche Festlegung von Rechten für die unterdrückten Klassen konnte somit nicht herangegangen werden.¹

3.2.2.2. Die Liberale Partei

Die Liberale Partei zeichnete sich durch ein hohes Maß an heterogener politischer Organisation aus. Sie konnte für lange Zeit eine wesentliche Rolle im politischen Spektrum dieser Epoche spielen.

Ohne eine eindeutige ideologische Definitino erwies sich die Liberale Partei als treue Verfechterin des Modells von der freien Marktwirtschaft und des Parlamentarismus.

Die Liberale Partei war auch immer Geburtsort für neue Strömungen, die sich entweder abgespalteten oder integrierten. Je nach Stärke dieser Fraktionen schlossen die Liberalen, wie schon angedeutet, manchmal Bündnisse mit den Konservativen in der sogenannten "Koalition", manchmal mit den Radikalen in der sogenannten "Liberalen Allianz". Die Heterogenität dieser Partei wird im folgen Zitat deutlich zum Ausdruck gebracht:

"Die Liberale Partei vertrat keine besondere ideologische Position, sie vertrat sowohl die Interessen der großen Winzer,..., als auch die Salpeterinteressen und die Interessen der Industrie und Großunternehmen." 2

1 Feliú Cruz, G.: La evolución política,...,a.a.0. S. 54 - 55.

2 Gil, Federico: El sistema político de Chile...a.a.0. S. 73

Besonders nach 1920 konnten die Industrieunternehmer ihre Position in dieser Partei ausbauen.

Als strenge Anhängerin des Modells von der freien Marktwirtschaft konnte die Liberale Partei keine strukturverändernden Antworten auf die "soziale Frage" geben, es blieb in Ausnahmefällen dem individuellen Engagement ihrer Mitglieder überlassen, gelegentlich Gesetzesinitiativen zur Mildierung des sozialen Leids vorzuschlagen.¹

3.2.2.3. Die Nationale Partei

Die Nationale Partei war im Jahre 1860 als Abspaltung von der Konservativen Partei entstanden, weil es erhebliche Unterschiede in den Stellungnahmen zum Präsidialsystem und zum Verhältnis von Staat und Kirche gegeben hatte. Die Nationale Partei wurde zum Forum für die Chilenen, die konsequente Anhänger des Präsidialsystems und der Distanz von Staat und Kirche ohne radikale Trennung waren.

In ihrer sozialen Zusammensetzung rekrutierten sich die Radikalen aus Bankiers, Händlern und höheren Staatsbeamten. Trotz ihres relativen elitären Charakters ohne besondere quantitative Unterstützung partizipierte diese Partei an dem konservativen Bündnis, der sogenannten Koalition.

3.2.2.4. Die Liberal-Demokratische Partei

Diese Partei war ein Jahr nach dem Sturz Balmacedas entstanden und fühlte sich neben den selben politischen Prinzipien verpflichtet, wie sie schon Balmaceda während seiner Regierungszeit zu realisieren versucht hatte. Diese Prinzipien lassen sich inhaltlich bestimmen dadurch, daß sie unter Vernachlässigung sozio-ökonomischer Aspekte die deutliche Option für das Präsidialsystem beinhalteten.

Die Erinnerung an den Sturz des Präsidenten Balmaceda konnte diese Partei zu ihren Gunsten nutzen.

¹ Feliú Cruz, G.: La evolución política,...,a.a.O. S. 61.

Sie setzte sich mehrheitlich aus der bürgerlichen schon Balmaceda unterstützten Fraktion, aus Teilen der Mittelschicht und einem Teil der damals regierungstreuen Armeeoffizieren zusammen.¹

Im Laufe dieser Periode übernahm diese Partei grundsätzliche Positionen der oligarchischen Kräfte, was sich besonders in ihrer Partizipation an einzelnen Regierungen im Bündnis der "Koalition" zeigte.²

Grundsätzlich nahm diese Partei an der "Liberalen Allianz" teil.

3.2.2.5. Die Demokratische Partei

Diese Partei entwickelte nach 1891 als Vertretungsorgan für die mittelständische und der Arbeiterklasse weiter.

Auf der parlamentarischen Ebene setzte sich die Demokratische Partei verstärkt für die Durchsetzung einer Sozialgesetzgebung ein.³

Mit der Zeit verlor jedoch auch diese Partei immer mehr ihr eigenes Profil und paßte sich den Regeln des parlamentarischen Systems an.

Bis zu dieser Anpassung war die Gestalt der Partei gekennzeichnet von ihrem Engagement für die Mittelschicht und die Arbeiterklasse. Später trennten sich die Anhänger fortschrittlicher Ideen von dieser Partei, um neue Arbeiterorganisationen zu gründen, die bis heute noch nicht ihre Bedeutung verloren haben.

Der Umstand, daß die Demokraten an fast allen Regierungen partizipieren, führte zu einem deutlichen Rückgang ihrer Wählerunterstützung.⁴

3.2.2.6. Die Radikale Partei

Bei einer relativ stabilen sozialen Zusammensetzung herrschten in der Radikalen Partei immer verschiedene politische Tendenzen vor. Die Partei rekrutierte sich aus Mitgliedern der Minenbourgeoisie, der Moderni-

1 Remmer, Karen L.: The Timing, Pace and Sequence of Political Change in Chile. 1891 - 1925. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 57. Nr. 2. S. 215.

2 Vergara, X./ Barros, L.: La guerra civil de 1891 y la instauración del parlamentarismo. In: Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales. Nr. 3. Santiago de Chile 1972. S. 73 ff.

3 Feliú Cruz, G.: La evolución política, ..., a.a.O. S. 59 - 61.

4 ebd. S. 61.

sierungsfraktion innerhalb der Landwirtschaft und der in den neuen Sektoren vor allem dem staatsbürokratischen beschäftigten Mittelschichten.¹ Gerade die Mittelschichten konnten wegen ihrer massiven Ausbreitung an Bedeutung in dieser und für diese Partei gewinnen. Das Wachstum der Mittelschichten aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung läßt sich in einem kleinen Exkurs mit folgender Tabelle nachweisen:²

Berufe	Personen 1875	Personen 1907
Händler	30.000	78.490
Handwerker	50.114	
Privat-Angestellte	10.857	91.758
Öffentl.-Angestellte	2.500	6.192
Akademiker	7.280	16.866

Bis zur zweiten Dekade dieses Jahrhunderts blieb die Politik der Radikalen Partei den Interessen des herrschenden Blocks verbunden, erst danach begann ein bedingter Autonomisierungsprozeß für diese Partei, wodurch ihr Profil deutlicher bestimmt wurde.

An dieser Stelle wenden wir uns der Betrachtung der verschiedenen politischen Tendenzen innerhalb dieser Partei zu. Die Bedürfnisse der wachsenden Mittelschicht konnten innerhalb des dominanten wirtschaftlichen Modells nicht immer befriedigt werden. Dieser Umstand bedingte eine Entwicklung, in der sich die Radikale Partei einerseits zum Forum für die Anhänger des restaurativen Modells und andererseits für die Anhänger eine grundsätzlich alternative Wirtschaftsordnung machte.

Die Herausbildung dieser beiden Tendenzen läßt sich mit den schon erwähnten wirtschaftlichen Gründen erklären. Die Anhänger des Alternativmodells wurden auf der ideologischen Ebene mitbestimmt durch die Ideen des utopischen Sozialismus und später durch das Entstehen der deutschen Sozialdemokratie.³

Nach 1890 bildeten sich im wesentlichen die beiden folgenden Tendenzen innerhalb der Radikalen Partei heraus:

- Die eine blieb den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft und des Parlamentarismus verpflichtet. Im Folgenden werden wir sie als die traditionelle Tendenz bezeichnen.

1 Eber, Klaus: Durch freie Wahlen zum Sozialismus...a.a.O. S. 19.

2 De León, César A.: Las capas medias ...a.a.O. S. 72 ff.

3 Feliú Cruz, G.: La evolución política,...,a.a.O. S. 56.

- Die andere übernahm grundsätzlich die Positionen einer sozialdemokratischen Reformpolitik. Sie wird im Folgenden Sozialdemokratische Tendenz genannt werden.

Die Differenzen zwischen den beiden Tendenzen traten besonders deutlich im unterschiedlichen Engagement zur Lösung der "sozialen Frage" hervor. Die traditionelle Tendenz unter Führung von Enrique Mc Iver behandelte die genannte Frage so:

"In Chile existiert die soziale Frage nicht; es gibt keinen Grund, daraus ein Problem zu machen; es ist einzig und allein ein Problem der europäischen Gesellschaften, welches künstlich in unser Land eingeführt werden soll. Dieses Vorgehen ist nichts anderes als ein Mittel der revolutionären Agitation." 1

Die sozialdemokratische Tendenz war um Valentin Letelier gruppiert und setzte sich innerparteilich mit der Konvention von 1906 durch. Diese Tendenz trug entscheidend zum Wahlsieg von Alessandri im Jahre 1920 bei. 1919 schon waren die Reformabsichten deutlich formuliert, die prooligarchischen Kräfte zurückgedrängt;

"Im Jahre 1919 hatte die Partei vollständig ihre laissez-faire-Position verlassen und eine Plattform verabschiedet, die folgende Forderungen beinhaltet: Eine freie öffentliche Erziehung bis zum Universitätsniveau, soziale Sicherheit und Minimallöhne, ein progressives Steuersystem, die staatliche Intervention in Arbeitskämpfen, die Regulierung der Frauen- und Kinderarbeit, sowie die Arbeitszeitverkürzung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Unterstützung der einheimischen Industrie und die Verbesserung der Wohnbedingungen." 2

Mit diesen programmatischen Elementen konnte sich die Partei die Unterstützung breiter Kreise aus Arbeiterschaft und Mittelschicht sichern, die von der Krise nach dem Ersten Weltkrieg am stärksten betroffen waren. An dieser Stelle ist anzumerken, daß weitsichtige Kreise innerhalb des herrschenden Blocks viele dieser Programmpunkte übernahmen. Besonders taten sich hier die Finanzgruppen und Industrieunternehmer hervor, die auf das wachsende Gewicht der Arbeiterklasse und der Mittelschicht aufmerksam

1 Feliú Cruz, G.: La evolución política, ..., a.a.O. S. 57

2 Palma Z., Luis: Historia del Partido Radical. Santiago de Chile 1967. S. 127.

geworden waren. Ihnen ging es jedoch nicht um strukturelle Veränderungen, sie favorisierten eine Reformpolitik, die es ihnen ermöglichen sollte, den bedeutenden sozialen Protest zu kanalisieren. Die Integration der Mittel- und Arbeiterschichten in das traditionelle Herrschaftsmodell war das erklärte Ziel dieser Kräfte.

Die Radikale Partei jedoch bildete den Kern der linken Kräfte innerhalb des politischen Spektrums der damaligen Zeit. Um sie strukturierte sich die Liberale Allianz, auch wenn vor allem vor der Krise vor dem Ersten Weltkrieg partielle Bündnisse mit den "Koalitionskräften" eingegangen wurden. Die eindeutige Infragestellung des parlamentarischen Systems war ein erst nach 1920 auftretendes Phänomen im Programm dieser Partei.

3.2.2.7. Die Kommunistische Partei

Die prägewerkschaftliche Organisation der chilenischen Arbeiter und Handwerker war auf Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfeleistungen beschränkt. Wie schon gesehen sind sie aus den demokratischen und liberalen Bewegungen des vorigen Jahrhunderts entstanden. Auf der parteipolitischen Ebene standen diese Organisationen der Demokratischen und Radikalen Partei nahe. Es ist auf diese Gesellschaften zurückzuführen, daß erste Streikbewegungen entstanden, die später von der organisierten Arbeiterbewegung fortgesetzt werden konnten.¹ Je deutlicher sich die Arbeiterbewegung als mitbestimmender Faktor in Politik und Wirtschaft artikulieren konnte, desto mehr mußte sie sich politisch und ideologisch von den anderen in dieser Epoche relevanten Kräften abgrenzen.

So bildeten sich nach der Umorientierung innerhalb der Demokratischen Partei autonome politische Arbeiterorganisationen, die sich programmatisch

¹ Ramírez, Hernán: Historia del movimiento ...a.a.0. S. 201 ff.

Angell, Alan: Partidos políticos y movimiento...a.a.0. S. 22 ff.

Chelén Rojas, Alejandro: Trayectoria del socialismo...a.a.0.

Jobet, Julio César: Recabarren, ...a.a.0.

Guirriero, Adolfo: Consideraciones sobre ...a.a.0. S. 78 - 114.

für eine strukturelle Änderung des gesellschaftlichen Status Quo und die Überwindung des abhängigen kapitalistischen Systems mit eindeutig sozialistischer Orientierung einsetzten.¹

In diesen Autonomisierungsprozessen machte sich auch der ideologische Einfluß der verschiedenen sozialistischen Strömungen in Europa bemerkbar.²

Vom Zeitpunkt des Einsetzens dieser Prozesse an konnte die chilenische Arbeiterklasse mit eigenen Vertretungsorganen auf der sozialen und politischen Ebene eine autonome Politik verstetigen.

Die sozialistischen Gruppen konnten sich auf der politischen Ebene in der 1912 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (POS) einigen. Auch wenn diese Partei bei ihrer Gründung aufgrund der verschiedenen Strömungen noch einen relativ heterogenen Charakter besaß, muß ihr Entstehen als Ausdruck für den entwickelten politischen und ideologischen Reifungsprozeß der Arbeiterklasse gewertet werden. Die POS schloß sich sehr schnell den internationalen sozialistischen Organisationen an und unterstützte die russische Revolution. Im Jahre 1922 wurde die POS Mitglied der Dritten Internationale und verwandelte sich im gleichen Jahr in die Kommunistische Partei Chiles (PC).

Bis im Jahre 1921 die POS die Vertretung im Parlament gewinnen konnte, mußte sie sich um die Ausweitung ihres außerparlamentarischen Einflusses bemühen. In Folge dieses Einsatzes konnte es sich keine politische Kraft leisten, an den Forderungen der Arbeiterbewegungen vorbei zu gehen. Die entsprechende Organisierung der Arbeiterklasse auf der sozialen Ebene erfolgte in der Gründung der Arbeiterföderation Chiles (Federacion Obrera de Chile. FOCH) im Jahre 1909. Die FOCH war die erste Arbeiterorganisation mit nationalem Charakter, in der sich die wichtigsten Gewerkschaften vereinigt hatten. War die FOCH zur Zeit ihrer Gründung noch im wesentlichen von Liberalen und Konservativen Kräften stark beeinflusst, so ging nach 1917 die Führung dieser Organisationen in die Hände der sozialistisch orientierten Kräfte über. Grundsätzlich definierte sich die FOCH als Teil der sozialistischen Bewegung und forderte konkret die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

¹ Solche Organisationen waren das Soziale Arbeiterzentrum (1896), die Sozialistische Union (1897), die Arbeiterpartei Francisco Bilbao (1896) und die Sozialistische Partei (1901).

² Feliú Cruz, G.: La evolución política...a.a.O. S. 70.

Neben der FOCH existierte noch eine andere gewerkschaftliche Dachorganisation, die sich der internationalen anarcho-syndikalistischen Bewegung angeschlossen hatte (International Word Workers. IWW).

3.3. Die Entwicklung der Streitkräfte nach dem Bürgerkrieg von 1891

Die sozio-politischen Hintergründe der Militärinterventionen zwischen 1924 und 1932 blieben uns ohne Untersuchung der spezifischen Entwicklung der Militärinstitutionen - hier insbesondere der Armee - und ihre Einbeziehung in die Krise des oligarchischen Systems verborgen.

Die Situation am Ende der Präsidentschaft Alessandri war dadurch gekennzeichnet, daß sich die Konservativen zunehmend opponent gegen die Reformpolitik des Präsidenten wandten. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß das politische System funktionsfähig wurde, weil sich weder eine große Koalition zur Einigung der divergierenden Gruppeninteressen, noch der eine oder andere Block gegenüber den anderen durchsetzen konnten. Diese Bedingungen kennzeichnen das Umfeld der Militärinterventionen, die erst 1932 an ihr Ende kamen.

Wie wir in diesem Kapitel sehen werden, sind die verschiedenen Militärinterventionen verbunden mit den diversen sozio-politischen Interessengruppen und haben keinen einheitlichen Charakter. So reichte das Spektrum bei den Zielen dieser Interventionen von der Restaurierung des oligarchischen Systems, über eine Reformorientierung bis hin zu einer eindeutigen sozialistischen Orientierung.

3.3.1. Die Fortsetzung der Modernisierung und Professionalisierung der chilenischen Armee unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der deutschen Militärmissionen

Für den militärischen Bereich war die bedeutendste Angelegenheit in dieser Epoche die Fortführung der institutionellen Entwicklung der chilenischen Armee unter dem Einfluß der deutschen Reichswehr. Die Beziehungen zur deutschen Armee konkretisierten sich in der Entsendung deutscher Militärinstruktoren nach Chile und in der Ausbildung chilenischer Offiziere in

Deutschland. Unterstützt wurden diese Beziehungen durch die große Zahl deutscher Waffenexporte nach Chile.

Die Professionalisierung der Armee war vom Gesichtspunkt der Regierungen nach 1891 Kernelement zur Sicherung der inneren oligarchischen Ordnung. Dieser Schritt wurde für die Oligarchie um so nötiger, je mehr sich die organisierte Arbeiterbewegung angesichts der periodischen Krisen konsolidieren konnte.

Auf der außenpolitischen Ebene war eine gut ausgebildete Armee nötig, um die im Krieg mit Peru und Bolivien gewonnenen territorialen Vorteile verteidigen zu können und die auch von Argentinien beanspruchten Gebiete in Patagonien vor deren Zugriff zu bewahren.

Das deutsche Interesse an einer Fortsetzung der militärischen Beziehungen mit Chile erklärt sich aus der Politik einer imperialistischen Macht, die sich im Bereich der Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte und der politischen Einflußnahme auf Peripherieländer gegenüber den anderen imperialistischen Staaten USA und England durchsetzen mußten.

Die komparativen Vorteile Deutschlands auf der militärischen Ebene wirkten sich für dieses Land erst in Chile später in anderen Ländern Lateinamerikas aus.

3.3.1.1. Die deutschen Waffenexporte nach Chile

Ohne eine detaillierte Analyse dieses Sektors leisten zu wollen¹, wenden wir uns an dieser Stelle der Untersuchung der Grundzüge dieser Waffenexportpolitik zu.

Nach 1891 war es der deutschen Militärindustrie gelungen, das Monopol über Waffenlieferungen nach Chile zu erringen, die Exportquote bis zum Ersten Weltkrieg sogar immer weiter zu erhöhen.

Aufgrund der Ausbildung chilenischer Militärs in Deutschland und durch deutsche Militärinstrukteure in Chile wurden die Offiziere mit dem Gebrauch deutscher Waffen vertraut gemacht. Diese Ausbildung war ergänzender Bestandteil der gesamten Modernisierungspolitik, die eine neue Ausrüstung

¹ Material für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit dieser Problematik findet sich bei: Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika ...a.a.O.

der Streitkräfte nötig gemacht hatte. Wie sich diese Ausbildung auch auf die politische Formierung der chilenischen Offiziere auswirkte, macht folgendes Zitat deutlich:

"Bekanntlich bewahren die in der deutschen Armee ausgebildeten fremden Offiziere nach ihrer Rückkehr in die Heimat fast durchweg eine ausgesprochene Vorliebe für Deutschland und deutsche Einrichtungen; sie sind dadurch die gegebenen Mittelpersonen und Vertrauensleute für unsere offiziellen Vertreter im Auslande...Sehr oft aber haben sie auch die deutsche Industrie direkt gefördert durch Zuwendungen von Lieferungen (und) Heranziehung deutscher Werke bei Submissionen..."¹

Die Erhöhung der Waffenexportquoten nach Chile wurde in der Regel mit den Mitteln der Kriegspropaganda und einer gesteuerten Angst vor möglichen Angriffen der Nachbarländer durchgesetzt. Solche Kampagnen wurden immer wieder durch lokale chilenische oder deutsche Interessensgruppen vorangetrieben.

Jede reale oder fiktive militärische Konfrontation war dementsprechend von einer Steigerung der militärischen Ausstattung begleitet. So stiegen die Militärausgaben in den Jahren 1894/95, 1897/98 und 1901/02 in Zusammenhang mit einem möglichen Krieg mit Argentinien und im Jahre 1906 in Beziehung zu den Auseinandersetzungen mit Peru um die umstrittenen Territorien von Tacna und Arica im Norden des Landes überdurchschnittlich an. Die hohen Rüstungsinvestitionen blieben für die gesamte chilenische Wirtschaft nicht folgenlos, sie belasteten den Haushalt ungemein und zwangen das Land mehrmals dazu, die Finanzierung durch Verschuldung auf dem ausländischen Kapitalmarkt sicherzustellen.

Der chilenische Außenminister Adolfo Guerrero schrieb in diesem Zusammenhang am 12. April 1896 an den chilenischen Abgesandten in Lima:

"Die Wirtschaftskrise ist tief und intensiv; wir können mit unseren Ausgaben (für die Rüstung. J.S.) nicht so fortfahren, wie wir es jetzt tun. Der Krieg ist vorzuziehen; aber Argentinien wird ihn nicht gewinnen, da es Chile fürchtet und respektiert; es weiß, daß es Chile auf dem Schlachtfeld nicht besiegen kann; aber es weiß auch, daß Chile unter den gewaltigen Anstrengungen der Rüstungsausgaben als erster kaputtgehen wird." ²

¹ DZA, 28998, Bl. 147, AA Handelspolitische Abteilung (II), Referent Boyé, 7.12.1905 (gez. Körner, Direktor Abteilung II). Zit. nach Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 113.

² ebd. S. 58.

Die Belastung der Rüstungsausgaben für den gesamten Haushalt machte zwei Jahre später der chilenische Innenministern in geheimer Sitzung vor der Abgeordnetenversammlung deutlich:

"Das Land rechnet 1898 mit Einkünften in Höhe von 96 Mill. Pesos. Die Ausgaben für den ordentlichen Haushalt und für Waffenkäufe (ca. 25 % des gesamten Haushalts. F.E.) machten jedoch schon einen Betrag von 110 Mill. Pesos aus." 1

Die Belastung der chilenischen Wirtschaft durch den Rüstungssektor läßt sich exemplarisch im Vergleich mit dem Außenhandelsvolumen zwischen Chile und Deutschland verdeutlichen. Die chilenischen Einfuhren aus Deutschland hatten 1912 ein Gesamtvolumen von 112 Mill. Deutschen Mark, 1913 von 98 Mill. Deutschen Mark, die Waffenexporte aus Deutschland nach Chile hatten 1911 und 1913 jedoch schon ein Volumen von 60 Mill. Deutschen Mark erreicht. 2

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg brachte die Waffenlieferungen nach Chile vorübergehend an ihr Ende, 1925 wurden sie jedoch wieder aufgenommen.

Zwischen 1934 und 1938 bezog Chile dann wieder die Mehrheit seiner Waffen aus Deutschland, das damit die Konkurrenz der französischen und japanischen Waffenanbieter, die zeitweilig in diesem Sektor expandieren konnten, wieder zurückdrängte,

3.3.1.2. Die deutsche Militärmission in Chile und die Ausbildung chilenischer Offiziere in Deutschland bis 1914

Ein vorgezogenes Resümee über die Beweggründe des deutsch-chilenischen Militäraustausches bietet der Oberst im Generalstab der deutschen Armee Viktor von Hartrott, der die Instruktion des chilenischen Generalstabs

1 Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 64.
2 ebd. S. 178.

nach 1906 weiter vorantreiben sollte:

"Möchte die Saat die jetzt deutsche Generalstabsoffiziere auszustreuen berufen sind, reiche Frucht tragen. Möchte der altbewährte Grundsatz der deutschen Armee: 'si vis pacem, parabellum' von Jahr zu Jahr immer mehr Anhänger finden. Möchten sie alle wie General Salvador Vergara und Admiral Siva Palma für Chiles Rüstung einzutreten wissen, damit einst, wenn die Ehre der Nation zu den Waffen ruft, Kriegsminister wie Truppen Führer voller Überzeugung auszusprechen vermögen: 'Wir sind bereit'." 1

Die politischen Folgen des Bürgerkrieges von 1891 hatten die Position Körners gefestigt, er konnte nun beinahe uneingeschränkt an die Verwirklichung seiner Professionalisierungspläne gehen, die der chilenischen Armee eine ähnliche Organisationsform und Rangstruktur, Ausbildung, Bewaffnung und sozio-politische Formierung wie der deutschen Armee bringen sollte.

Die bedeutende Entsendung deutscher Instrukteure nach 1891 fand im Jahre 1895 statt, wobei 31 deutsche Offiziere nach Chile kamen.²

Diese Offiziere hatten einen Vertrag über eine Einsatzzeit von ein oder zwei Jahren. Danach konnten sie um eine Verlängerung ihrer Verträge ersuchen oder wurden wieder in die deutsche Armee eingegliedert.

In der Anfangsphase ihres Wirkens wurden die deutschen Instrukteure vor allen Dingen in den Kasernen tätig, um das Prinzip der Professionalisierung von unten nach oben verwirklichen zu können. Aufgrund des Widerstandes der einheimischen Militärschefs, die befürchteten, ihre Führungspositionen an die Deutschen abtreten zu müssen, konzentrierte sich die Tätigkeit der Instrukteure später auf die Ebene der militärischen und technischen Ausbildungsstätten und Akademien.³

Die Ausbildung chilenischer Stabsoffiziere konnte nicht von deutschen Offizieren geringeren militärischen Ranges durchgeführt werden. Dieser Umstand machte die Entsendung deutscher Militärakademieabsolventen nach Chile nötig. Die Entsendung solcher Offiziere setzte mit dem Jahr 1908 ein. Chilenische Offiziere wurden seit 1893 wieder für eine Ausbildung in

1 Von Hartrott, Victor: Der deutsche Einfluß im chilenischen Heere.... a.a.O. S. 15.

2 Díaz, F.J.: La instrucción militar alemana en Chile...a.a.O. S. 4 - 5

3 Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 58.

Deutschland freigestellt, ihre Zahl belief sich jährlich auf sechs bis zwölf Personen.¹

Schon 1913 waren 130 Offiziere unterschiedlichen Ranges an technischen und militärischen Ausbildungsstätten in Deutschland instruiert worden. Diese Zahl wird bedeutend, wenn man betrachtet, daß das gesamte chilenische Offizierskorps nur 833 Offiziere umfaßte.

Der hohe Stellenwert, den die deutsche Heeresführung diesem Austausch einräumte, wird deutlich, wenn man sich anschaut, zu welchen militärischen Einrichtungen den chilenischen Offizieren Zutritt gewährt wurde. So konnten sie an der Kaiserlichen Garde, an der technischen Schule in Charlottenburg und als Beobachter bei den deutschen Militäroperationen während des Ersten Weltkrieges teilnehmen.² Die Entwicklung der Modernisierungs- und Professionalisierungsfortschritte der Streitkräfte läßt sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges in vier Etappen einteilen:

- In einer ersten Etappe wurden Offiziere, die die Regierung Balmacedas unterstützt hatten, jedoch nicht politisch mit ihr verbunden waren, wieder in die Streitkräfte eingegliedert, die weiterhin Balmacedas treuen Offiziere relegiert. Nach dem Bürgerkrieg waren viele führende Soldaten der aufständischen Armee in lukrativere Zivilberufe zurückgekehrt, dementsprechend wurden politisch loyale Männer in die neue Armee aufgenommen, auch wenn sie dafür keine militärische Ausbildung besaßen.³ Diese Situation machte die Einführung eines Homogenisierungsprogramms notwendig, welches sich in seinem qualitativen Niveau sehr von den militärischen Ordnungsversuchen vor dem Bürgerkrieg unterschied. Das Programm umfaßte hauptsächlich praktische Elemente wie Manöver, Schießübungen, taktische Planspiele etc. Ergänzt wurde es durch die Einführung des auch in der deutschen Armee gültigen Reglements.
- Der Beginn der zweiten Etappe läßt sich mit dem ersten Eintreffen deutscher Instruktoren nach dem Bürgerkrieg im Jahre 1895 markieren.

1 Blancpain, Jean-Pierre: Les allemands au Chili...a.a.O. S. 739.

Novoa S., G.: Deutsche Mitarbeit in der Entwicklung...a.a.O. S. 23.

2 Los oficiales del ejército alemán en el ejército de Chile. Santiago de Chile o.J. S. 15.

3 Körner, Emil: Die historische Entwicklung...a.a.O. S. 153.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es keine einheitliche Organisationsstruktur innerhalb der Streitkräfte, Artillerie, Infanterie, Kavallerie und Pioniere waren an verschiedenen Orten des Landes ohne Verbindung untereinander stationiert. Sie wurden geführt von einer zentralen Organisation, die in unzutreffender Weise Generalstab genannte wurde. Die Kompetenzen des Stabes waren nicht auf Koordinationsaufgaben beschränkt, sondern er war im Grunde mit einer Generalvollmacht für alle Bereiche ausgestattet, wodurch die Befehlsstruktur der Streitkräfte völlig zentralisiert wurde.

Wesentliches Ergebnis der Neustrukturierungsmaßnahmen in dieser Etappe war die Einteilung des Landes in drei Militärzonen, in denen die drei wichtigsten Waffenverbände - die Artillerie, die Infanterie und die Kavallerie - gleichmäßig lokalisiert waren. Durch dieses Verfahren wurde die ganze organische Struktur, die Ausbildung etc. für alle Regionen des Landes vereinheitlicht. Auf gleichem Wege wurde die Befehlsstruktur in diesen Militärzonen flexibler gestaltet, weil der militärischen Führung in diesen Regionen eine gewisse Autonomie eingeräumt wurde.

Die deutschen Offiziere und Unteroffiziere machten sich um die Einführung des taktischen Reglements der deutschen Armee in die chilenische Armee verdient, sie wurden in jedes Bataillon entsandt, um insbesondere einheimische Truppeninstrukteure in die Ausbildung der Einheiten entsprechend dieses Reglements einzuweisen.¹

Aufgrund der Verdrängungsängste der einheimischen Truppenkommandeure in den einzelnen Regionen mußten die deutschen Instrukteure ihre Arbeit aus den Bataillonen in die Ausbildungsstätten und Akademien der chilenischen Armee verlagern. Wie sehr die praktische Professionalisierung Vorrang vor der theoretischen hatte wird bei der Betrachtung des Qualifikationssystems innerhalb der Militärschule deutlich, wo die Befähigung zu Führungsqualitäten "im Geiste des Militärs" auf Kosten der Allgemeinbildung vermittelt wurde.² Am Ende dieser Etappe war das Ziel einer weitgehenden Homogenisierung der individuellen und verbandlichen Ausbildung erreicht, hatte die Mehrheit der Armee ausgenommen des Generalstabs Funktionen im Rahmen des neuen Reglements übernommen.

1 Blancpain, Jean-Pierre: Les allemands au Chili...a.a.O. S. 735.

2 ebd. S. 741.

Angesichts der inneren Professionalisierungsfortschritte und der wachsenden äußeren Bedrohung stieg das Ansehen und Bedeutung der Armee in der chilenischen Gesellschaft.

- Die dritte Etappe läßt sich kennzeichnen als der Versuch, die begonnene Professionalisierung in den Mitverantwortlichkeitsbereich der Regierung zu integrieren, um dadurch das Programm auf der politischen Ebene zu institutionalisieren und zu legitimieren. Daneben konnte in dieser Etappe ein entscheidender Schritt in der globalen Transformation der Armee gegangen werden.

Wenn der Professionalisierungsprozess auch grundsätzlich den Interessen der oligarchischen Gruppen entsprach, so waren die einzelnen Maßnahmen in der Praxis mehrheitlich auf die große Autonomie von Körner und anderen hohen chilenischen Offizieren zurückzuführen.

Diese relative Autonomie des Militärsektors war aus der Sicht der Reformer selbst mehr als vorteilhaft, weil der Professionalisierungsprozeß ohne störende Interventionen aus dem zivilen Sektor vorangetrieben werden konnte. Auf der anderen Seite bestand aber auch die Gefahr, daß dieser Zustand ein mangelndes Engagement des politischen Machtpotentials im Militärsektor zur Folge haben und den offenen Bruch zwischen militärischer und politischer Führung provozieren konnte. Eine solche Situation war gegeben, als die Regierung im Rahmen einer Haushaltssanierung die Anschaffung von Rüstungsgütern aus Deutschland im Jahre 1898 zu verhindern versuchte.

Angesichts dieser Erfahrungen wurde der Versuch unternommen, den staatlichen Apparat stärker an den Professionalisierungsprozeß anzubinden. Mit dieser Entwicklung wurden zentrale Elemente und Auffassungen des deutschen Militarismus übernommen.

Praktische Umsetzung sollte dieser Versuch in der Eingliederung des Generalinspektors in das Kriegsministerium finden, von wo aus er die einzelnen Verbände kontrollieren konnte. Artillerie, Infanterie und Kavallerie sollten eigene Stäbe bilden, die vom Generalstab koordiniert werden sollte. Beide Versuche fanden nicht sofort die politische Unterstützung, wurden aber später von den hohen Offizieren und der politischen Macht übernommen.

Mit der gleichen Absicht wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Ihrer Einführung lagen zwar militär-organisatorische Überlegungen zugrunde, sie besaß aber auch eine Dimension, mit der der Einfluß der Armee auf der gesellschaftlichen Ebene verstärkt werden sollte.

Nach diversen Differenzen in Gesellschaft und Armee konnte diese von Körner schon 1891 vorgeschlagene Reform erst im Jahre 1900 eingeführt werden. Folgende maßgebliche Gründe bestimmten diese Entscheidung:

- Die Angst vor dem Ausbruch der latenten Kriegsmöglichkeiten mit den Nachbarländern.
- Die Notwendigkeit der Verwurzelung des Professionalisierungsprozesses auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.
- Die propagandistische ideologische Vorstellung des Wehrdienstes als Ausdruck des demokratischen und alle Klassengrenzen überschreitenden Dienstes am Vaterland und Garanten für den sozialen Aufstieg von den Rekruten aus der Arbeiterklasse ¹:

"Nach Meinung des Generals Boonen brachte die militärische Erziehung den Chilenen aus den unteren Klassen Gründe, ihr Land zu lieben und an seinem politischen, sozialen und wirtschaftlichem Leben in vielfältiger Weise teilzunehmen und Sparsamkeit zu lernen..." ²

Wenn wir die Einführung der Wehrpflicht in ihrer historischen Dimension betrachten, müssen wir sie als Fortschritt zu der bis dahin praktizierten Form der Rekrutierung anerkennen. Die sozio-politischen Begleitumstände und die hierarchischen Strukturen in der Armee verhinderten jedoch die Möglichkeit einer realen Demokratisierung der Streitkräfte. Neben propagandistischen Gründen hatte die Einführung der Wehrpflicht die direkte Funktion, potentielle Widersacher des oligarchischen Modells durch Integration in die Streitkräfte zu befrieden.

¹ Blancpain, Jean-Pierre: Les allemands au Chili...a.a.O. S. 744 - 745.

² Nunn M., Frederick: Emil Körner and the Prussianisation of the Chilean Army: Origins, Process and Consequences, 1885 - 1900. a.a.O. S. 310.

Eine besondere Rolle bei der Rekrutierung der Streitkräfte spielten die Arbeiterschichten, in denen sich sozialistische und anarchistische Programme weitestgehend verbreitet hatten. Die Führung der Armee hatte rechtzeitig die Gefahren eines wachsenden Einflusses dieser Ideologien erkannt, wovon verschiedene Militärpublikationen in dieser Epoche zeugen:

"Der Maximalismus, der seinen Ursprung im Sozialismus, Anarchismus und Syndikalismus hat, versteckt nicht seine antimilitärischen Ideen, und die Geschwindigkeit, mit der er sich in ganz Europa ausbreiten konnte, macht uns die Gefahr deutlich, über die wir uns nicht unwissend stellen können."¹

Dieser Gefahr begegnete die militärische Führung, indem sie die Rekruten durch die militärische Erziehung an die bestehende politische Ordnung anbinden wollte. Für dieses Unternehmen bedurfte es

"...eines Lehrstuhles für zivile und soziale Erziehung,...in der der Arbeiterfrage zur Verteidigung der bestehenden republikanischen Ordnung und gegen das sowjetische Regime und die Propaganda eine besondere Bedeutung eingeräumt werden sollte". ²

Wie wir schon oben gesehen haben, kann als vordergründiges Aktionsmotiv in dieser Epoche der Wille nach einer zielstrebigten Ordnung der Verhältnisse von Staat, Gesellschaft und Armee festgehalten werden. In diesem Sinne war auch der Versuch unternommen worden, einen Generalinspekteur der Streitkräfte in das Kriegsministerium einzugliedern. Dieses Unternehmen stand ganz im Kontext dessen, was auch schon mit der Einführung der Wehrpflicht intendiert worden war, nämlich die militärischen Beziehungen mit der Gesellschaft verstärkt zu beeinflussen.

Die Entwicklung dieser Ideen war eng an die Anwesenheit der deutschen Offiziere, die den Erfolg dieser Maßnahme mit der Anwendung der selben in Deutschland garantieren wollten, verbunden. So war es bestimmt kein Zufall, daß das meistverbreiteste Buch unter den chilenischen Offizieren das Werk von Kolmar von der Goltz, der in engen Kontakten zu Körner und

¹ Jiménez, P.: Misión educativa del ejército además de la preparación para la guerra. In: Memorial del Ejército de Chile. Vol. 17. Santiago de Chile 2. Semester 1922. S. 299.

² Díaz, Fernando: Defendamos al conscripto para mantener nuestro ejército. In: Memorial del Ejército de Chile. Vol. 17. Santiago de Chile 1. Semester 1922. S. 45 - 46.

anderen in Chile tätigen deutschen Offizieren stand, "Das Volk in Waffen"¹ war.

Trotz Einführung der allgemeinen Wehrpflicht kamen nicht alle Chilenen ihrer Pflicht nach, verschiedene Ausnahmegesetze hatten es gerade Angehörigen der oberen Klassen ermöglicht, am Militärdienst nicht teilnehmen zu müssen. Mit diesen Ausnahmegesetzen läßt sich erklären, daß im Jahre 1913 von 35.000 Wehrpflichtigen nur knapp ein Drittel nämlich 13.000 Rekruten ihren Dienst antraten.

Mit dem Beginn der vierten Etappe lassen sich auch die ersten Auswirkungen der Entsendung chilenischer Offiziere nach Deutschland feststellen, so wurde das Kontingent deutscher Offiziere in Chile verringert, ihre Aufgaben von chilenischen Offizieren übernommen. Diesen Offizieren ging es um die Durchsetzung der Professionalisierung auf der obersten Ebene, wobei sie sich im Bereich der Organisation und weiteren Strukturierung um eine exakte Nachahmung der Prinzipien innerhalb der deutschen Armee ohne Berücksichtigung der eigenen Umstände bemühten. Das in Deutschland praktizierte Modell war unter Bedingungen entstanden, in denen das Kriegsministerium z.B. wirklich den Kopf der Armee darstellte.

Im Jahre 1906 legten diese Offiziere die 1899 gescheiterten Vorschläge erneut vor, das Kriegsministerium sollte gänzlich umstrukturiert, Staatsorgan und Kopf der Armee werden.

Mit der Einführung eines Generalinspektors der Armee und von Waffeninspektoren bekam der chilenische Generalstab eine ähnliche Struktur wie der deutsche.

Die Militärzonen wurden in Divisionsverbände umgewandelt, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Divisionskommandeure verstärkt. Sie konnten sich mit dem Kriegsministerium ohne vorherige Verständigung mit dem Generalstabchef koordinieren.²

Der bis zu diesem Zeitpunkt an Einfluß verloren habende General Körner wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Generalinspektors getraut. Seine Aufgabe war es nun, die verschiedenen Waffengattungen zu überwachen, ohne jedoch auf die Truppeninstruktion Einfluß nehmen zu können. Auch in Angelegenheiten des Generalstabs hatte der Generalinspekteur keine Ent-

¹ Von der Goltz, Colmar: Das Volk in Waffen. Berlin 1883.

² Schaefer, J.: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 118.

scheidungskompetenzen, er leitete nur die gemeinsamen Manöver der verschiedenen Divisionen und betätigte sich als Berichterstatter für das Kriegsministerium. Mit der Einführung dieser Maßnahmen konnten die Militärs ihren Einfluß auf der politischen Entscheidungsebene verstärken.¹ Wenn sich die Professionalisierungsschritte in den ersten Etappen relativ problemlos verwirklichen ließen, so machte deren Durchsetzung in der vierten Etappe verschiedene Schwierigkeiten:

- Die im Rahmen der Reformmaßnahmen neue eingerichtete Personalstruktur in der Armee hatte zu einer überproportionalen Erhöhung der Zahl der Offiziere im Vergleich mit den Rekrutenzahlen geführt. So bedeutete die Anzahl von 800 Offizieren bei einer Gesamttruppenstärke von 14.000 Mann, daß 17,5 Mann auf einen Offizier entfielen. Von den 150 Stabsoffizieren war jeder für etwa 90 Mann zuständig.²
- Die große Zahl der Offiziere erklärt sich aus der ununterbrochenen Offiziersausbildung im Rahmen des Professionalisierungsprogrammes. Damit war jedoch für lange Zeit das organische Nachwachsen von Führungskräften behindert. Dies sollte sich im Laufe der Zeit noch als ein politisches Problem herausstellen.
- Die Umorganisation des Generalstabes und der Waffeninspektionen nach Vorbild der deutschen Armee brachte die Schwierigkeit mit sich, daß nur die jüngeren Mitglieder des chilenischen Offiziersstabes mit der Funktionsweise der deutschen Armee vertraut waren, sie aber aus hierarchischen Gründen nicht ihre älteren Offizierskollegen instruieren konnten. Diese Schwierigkeit machte die Entsendung deutscher Stabsoffiziere nach Chile nötig. So trafen im Jahre 1908 die Offiziere von Kießling, der übrigens 1921 zu den Mitbegründern der NSDAP in Deutschland gehörte, Mohr und von

¹ Saez M., Carlos: Recuerdos de un soldado. Tomo I. Santiago de Chile 1934. S. 30.

² Körner, Emil: Die historische Entwicklung. a.a.O. S. 152.

Hantrott in Chile ein, ihre Tätigkeiten lassen sich so beschreiben:

"Durch Vortragsreisen zu den Regimentern in der Provinz hielten die deutschen Instruktoren auch jene Truppenchefs über die neuste Entwicklung der Militärtechnik auf dem Laufenden, die weder die Chance gehabt hatten, nach Deutschland kommandiert zu werden, noch die chilenischen Kriegsakademie zu besuchen. Die Durchführung von Kriegsspielen, taktischen Übungsritten und Generalstabsreisen, die sie im ganzen Lande unternahmen, und auf denen sie sich zugleich über die möglichen Kriegsschauplätze informierten, brachte die notwendige Verbindung von Theorie und Praxis." 1

Diese Offiziere dienten in der chilenischen Armee bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, wo sie wieder in die deutsche Armee reintegriert wurden. Mit der Beendigung des Aufenthaltes deutscher Offiziere in Chile kam auch der langwierige Professionalisierungs- und Modernisierungsprozeß der chilenischen Armee an sein Ende.

3.3.1.3. Die Beziehungen zwischen chilenischer und deutscher Armee nach dem Ersten Weltkrieg

Die Niederlage der deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg hatte zu einer Unterbrechung der Militärbeziehungen zwischen den beiden Ländern geführt, wie insgesamt die Beziehungen zu Deutschland sich abkühlten.

Im Vertrag von Versailles war es Deutschland verboten worden, weitere Militärmissionen zu unterhalten und Waffen zu exportieren, wodurch auch formal- und staatsrechtliche Hinderungsfaktoren für diese Beziehungen entstanden waren. Diese Entwicklung versuchte Frankreich für sich zu nutzen, in dem es chilenischen Offizieren Ausbildungsmöglichkeiten in Frankreich einräumte.

Wie schon skizziert, übernahm Frankreich zusammen mit Japan von Deutschland auch die führende Position im Bereich der Waffenexporte nach Chile, weil sich die Bedeutung der Armee dort unvermindert fortgesetzt hatte. So

1 Schaefer, J.: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 154.

wurden die Waffenanschaffungen, als bedeutendster Anteil an den gesamten Militärausgaben, weiter fortgesetzt. Die Militärausgaben konnten so 1920/21 einen Anteil von 32,2 % am Gesamthaushalt ausmachen.¹

In Deutschland wurden aufgrund der internationalen Isolierung verstärkte Anstrengungen unternommen, die Kontakte mit den Ländern, mit denen es vor dem Weltkrieg schon freundschaftliche Beziehungen gab, wieder zu intensivieren. In Bezug auf Chile konnte Deutschland bei diesem Unterfangen auf die tätige Mithilfe der in Deutschland ausgebildeten chilenischen Offiziere rechnen.

Auch in Chile war das Interesse an guten Beziehungen mit Deutschland trotz der deutschen Niederlage weiterhin vorhanden, nicht zuletzt deshalb, weil sich die latente Kriegsgefahr mit Peru in den Gebieten von Tacna und Arica aktuell zugespitzt hatte.

So wurden denn auf Bitten der chilenischen Regierung wieder zwei deutsche Stabsoffiziere, die schon in Chile tätig gewesen waren, Offiziere Mohrs und von Kießling, nach Chile entsandt, um die deutschen Erfahrungen im ersten Weltkrieg zu vermitteln. In Anbetracht der deutlichen Bestimmungen im Vertrag von Versailles gingen die beiden Offiziere als Emigranten getarnt nach Chile.

Die wachsende Bedeutung der chilenischen Streitkräfte auch in politischen Angelegenheiten, die sich besonders in der Machtübernahme durch den General Ibañez (1927 - 1931) ausdrückte, war eine Situation geschaffen, in der deutscher Einfluß beinahe seine Vorkriegsqualität erreicht hatte. Auch der Austausch von Offizieren entwickelte sich wieder in den alten Bahnen, waren es direkt nach Kriegsende nur vier chilenische Offiziere, die in Deutschland ausgebildet wurden, so waren es 1928 schon wieder 17.² Einen Höhepunkt in der Geschichte des Militäraustausches zwischen Deutschland und Chile stellte die Teilnahme des Chefs der deutschen Heeresleitung, des Generals Heye an den Manövern der chilenischen Armee im Jahre 1929 dar.³ Mit dem Sturz des Generals Ibañez, dem Verlust des politischen Gewichts der Streitkräfte und der durch die Wirtschaftskrise bedingten

1 Schaefer, J.: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 211.
2 ebd. S. 200.

3 Haupt, Werner: Deutscher Einfluß auf die Militärgeschichte in Chile.
....a.a.O. S. 51.

Reduzierung des Militärhaushaltes verschlechterten sich die Bedingungen für die deutsch-chilenischen Militärbeziehungen, die sich bis 1937 zunehmend rückläufig entwickelten.

Bis zu diesem Zeitpunkt gelang es Deutschland jedoch wieder unter Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, seine Vormachtstellung im Bereich der Waffenexporte nach Chile gegen Frankreich und Japan wieder durchzusetzen.¹

3.3.1.4. Die Folgen der Professionalisierung für Organisation und Berufsbild der Armee

Nach Abschluß des Professionalisierungsprozesses stellte sich die chilenische Armee in einem völlig neuen organisatorischen Bilde dar.

Endergebnis der vollzogenen Maßnahme war die Schaffung einer total hierarchisierten Einheit.

Als eine solche Einheit blieben die Streitkräfte auch dann, als sich 1920 die oligarchische Krise verschärfte, als die politischen Diversifikationsprozesse weitergingen und das Land beinahe unregierbar wurde, trotz breiter sozio-politischer Zusammensetzung eine kompakte und handlungsfähige Kraft. Die Tatsache, daß die Streitkräfte als Institution in der ersten Militärintervention dieser Epoche auftraten, macht die neu entstandene Stärke der Armee in Folge des Professionalisierungsprozesses deutlich. Durch diesen Prozeß mitausgelöst war die gesellschaftliche Aufwertung des Militärberufes, in dem Maße wie die Militärausgaben wuchsen, wurde auch der Militärdienst zu einem sicheren und anerkannten Beruf aufgewertet. Verstärkt wurde diese Aufwertung auch durch die mit dem Militärberuf eröffnete Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes.

Der Militärberuf wurde damit zu einer Leiter für den gesellschaftlichen Aufstieg, was besonders von den Mittelschichten ausgenutzt wurde. Gerade diejenigen, die in den Zivilberufen, sei es in der freien Marktwirtschaft oder in der öffentlichen Bürokratie, keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten sahen, nutzten den Militärdienst zur Durchsetzung ihrer Interessen.

1 Schaefer, J.: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 192 ff.

Diese Entwicklung hatte auch Folgen für die innere Struktur innerhalb der Streitkräfte, das Offizierskorps war jetzt fast ausschließlich aus Mitgliedern dieser Mittelschichten zusammengesetzt.

In diesem Sinne blieb diese Durchlässigkeit für die Angeshörigen aus den Mittelschichten, solange die Armee treu zu den Grundlagen des oligarchischen Staates stand, auch Mittel, um diese Kräfte in das System zu integrieren.

3.3.1.5. Die externe politisch-ideologische Beeinflussung der chilenischen Armee

Das Bündnis bürgerlicher und militärischer Kreise, das in Deutschland die Bismarck'sche Politik der "Revolution von oben" bestimmte, hatte weitreichende Folgen für die Bestimmung der militärischen Funktion in Staat und Gesellschaft.

Das Militär war mitbestimmender Faktor im Staat und letzter Garant der unter der Hegemonie des angesprochenen Bündnisses entwickelten, die anderen Klassen unterordnenden "nationalen Einheit."

Diese politische Rollenzuschreibung für das deutsche Militär wurde im Rahmen des Militäraustausches auf das chilenische Heer übertragen, was neben internen gesellschaftlichen Faktoren mitbestimmender Grund für das zunehmende Interesse der chilenischen Streitkräfte an gesellschaftspolitischen Angelegenheiten.¹

Wenn wir dieses Ergebnis betrachten, wird deutlich, daß wir uns an dieser Stelle mit dem Verhältnis der Streitkräfte zu Staat und Gesellschaft in Deutschland befassen müssen. Die Bedeutung des Buches "Das Volk in Waffen" des deutschen Colmar von der Goltz für die chilenischen Offiziere haben wir schon erwähnt. In diesem Buch wurde sehr einsichtig das deutsche Modell der zivil-militärischen Beziehungen geschildert. Einen sehr wichtigen Raum nahm in diesem Buch mit dem Hauptthema Krieg und dessen erfolgreiche Vorbereitung und Führung das Studium des sozio-politischen

¹ Quiroga, Alvaro: El "prusianismo" ...a.a.O. S. 63 - 64.

Umfeldes ein. An dieser Stelle wird die Wichtigkeit der Eingliederung der Streitkräfte in die Gesellschaft sehr deutlich. In Bezug auf die enge Verflechtung zwischen diesen Instanzen heißt es bei von der Goltz:

"Das Rätsel in der gegenwärtigen Entwicklung ist die vollständige Verflechtung des militärischen Lebens mit dem Volksleben; so daß das erste das zweite möglichst wenig behindert und dennoch andererseits alle Mittel des letzteren im ersteren zum Ausdruck kommen." 1

Das Volksleben charakterisiert sich nach von der Goltz unter besonderer Berücksichtigung der politischen Stabilität und der Führung des Staates.² Alle Ebenen des Staates sollten im Mitbestimmungsbereich für die Armeeangehörigen durchlässig sein. Die Wehrverfassung sollte in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einwirken. Die gemeinsame Betätigung von öffentlicher Verwaltung und Militärbehörde wurde für dringend erforderlich gehalten.³ Die Offiziere sollten nach von der Goltz eine besonders privilegierte Stellung im Staate einnehmen:

"Es gebührt dem Offiziersstande deshalb aus innerer Notwendigkeit eine bevorzugte Stellung im Staate... Die gesellschaftlichen Vorteile, welche man seinem Stande gewährt, sind ein rentabel angelegtes Kapital." 4

In seiner Stellungnahme zur Auseinandersetzung um den Primat der Politik auch in der Kriegsführung und der daraus resultierenden Unterordnung der Militärinstitutionen unter die Gesellschaft macht von der Goltz deutlich, welche Rolle der deutsche Militarismus den Streitkräften einzuräumen gedachte:

"Wie innig Politik und Kriegsführung zusammenwirken müssen, liegt klar auf der Hand. Auch dies führt uns wieder zu der Überzeugung, daß die Lage eines Staates am glücklichsten ist, wenn sich Feldherr und Politiker in der Person eines grossen Königs vereinen." 5

1 Von der Goltz, C.: Das Volk in Waffen...a.a.O. S. 9.

2 ebd. S. 125 und 29.

3 ebd. S. 28.

4 ebd. S. 46.

5 ebd. S. 131.

Der Autor ließ an vielen Stellen sein Mißtrauen gegenüber zivilen Institutionen und den nicht den herrschenden Klassen verbundenen Politikern deutlich werden ¹ und formulierte gleichzeitig seine eindeutige Präferenz, eine autoritäre Regierungsform:

"Am günstigsten für die Entfaltung von Kriegsenergie ist die Lage eines in der Stunde der Gefahr an die Spitze gestellten Diktators." ²

Von der Goltz ordnet den Offiziersstand der "Aristokratie des Volkes" zu, die Truppen rekrutieren sich seines Erachtens aus den "rechtlosen Volksschichten", den offenen Antagonismus der differenten sozialen Schichtung versuchte er mit der Aufstellung der These vom verbindenden gemeinsamen nationalen Interesse zu kaschieren. Die enge Bindung der führenden Offiziere an die herrschenden Klassen wird in der folgenden von der Goltz'schen Darstellung deutlich:

"Der Zustand des Offizierskorps ist entscheidend für den Zustand des ganzen Heeres. Es wiederholt sich hier, was im politischen Leben allgemein zu beobachten ist. Solange die gebildeten, führenden Klassen Tüchtigkeit bewahren, bleibt auch das Volk brauchbar und stark. Hingegen zieht der Verfall der herrschenden Schichten den der ganzen Nation nach sich,... niemals dauernde Abhilfe geschafft wird. Das Offizierskorps muß daher den besten Teilen des Volkes entnommen werden." ³

Diese beschriebenen Konzeptionen wurden im Rahmen der deutsch-chilenischen Militärbeziehungen auf das chilenische Heer übertragen. Die Streitkräfte Chiles sollten damit ihren Beitrag zur Konsolidierung des oligarchischen Staatsmodells leisten:

"Die Oligarchien der untersuchten Länder sahen in der Aufstellung von modernen, an europäischen Vorbildern orientierten Armeen ein Instrument für die 'innere Ordnung', das sie für notwendig erachteten zur Aufrechterhaltung ihrer sozialen Stellung wie für die Gewinnung neuen Auslandskapitals." ⁴

¹ Von der Goltz, C.: Das Volk in Waffen...a.a.O. S. 417 - 418.

² ebd. S. 418.

³ ebd. S. 44.

⁴ Schaefer, J.: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 10.

Die neuen Funktionszuweisungen ließen das Interesse der Streitkräfte an politischer Partizipation zuerst punktuell, später immer beständiger werden, wie wir es besonders in der Zeit von 1924 bis 1932 beobachten konnten.

Auf der konkreten Ebene vollzog sich diese Entwicklung so:

- Die Träger der Professionalisierungsbemühungen sahen die vollständige Durchführung dieses Prozesses eng mit der Einbeziehung der Armeeführung in den Staatsapparat verbunden.¹
- Die wachsende Aufrüstung und die sie begleitende Kriegspropaganda hatte eine mächtige Koalition chilenischer politischer und militärischer Interessensgruppen und deutscher Waffenexportgruppen, die als "Kriegspartei" bekannt wurde. Für die Militärs waren Aufrüstung und Kriegsvorbereitung funktionale Elemente der Professionalisierung, die oligarchischen Gruppen erwarteten sich von einem Krieg wirtschaftliche Vorteile. So schrieb der deutsche Abgesandte Treskow an sein auswärtiges Amt:

"(Sie. F.E.) mögen einen Krieg mit billigem Papiergeld, Zwangsstundung, Ruhm und Eroberung dem drohenden wirtschaftlichen Untergang vorziehen." ²

3.3.1.5.1. Die Übernahme des Konzepts vom totalen Krieg

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich in der deutschen Armee die Konzeption des totalen Krieges durchgesetzt. Bevor wir sie im nächsten Kapitel behandeln, soll sie hier doch skizzenhaft vorgestellt werden. ³ Kernelemente dieses Konzeptes sind:

- Im Kriegsfall hat das Militär die vorrangige Entscheidungskompetenz in allen politischen Angelegenheiten.

1 Körner, Emil: Die historische Entwicklung. a.a.O. S. 164 - 163 und 172.

2 Treskow an AA. Santiago 26.4.1896. Zit. nach Vagts, A.: Deutschland und die Vereinigten Staaten... a.a.O. S. 1666.

3 Vgl. Comblin, José: La doctrina de la Seguridad Nacional. In: Dos ensayos sobre Seguridad Nacional. Vol. 1. Vicaría de la Solidaridad. Santiago de Chile 1977. S. 63 ff.

Schreiner, Albert: Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers. Frankfurt/Main 1981. S. 11 ff.

- Der Krieg wird aus dem exklusiven Verantwortungsbereich der Streitkräfte zur Angelegenheit aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dementsprechend wird für den Kriegsfall die Generalmobilmachung eingeführt.
- Der Krieg muß auf allen gesellschaftlichen Ebenen, nicht nur an der Front geführt werden.
- Der Krieg muß bis zur endgültigen Niederlage des Feindes geführt werden.

Für den ideologischen Kopf dieser Konzeption Ludendorf sind die Gründe für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg darin zu finden, daß es nicht gelungen sei, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in diesen Krieg zu integrieren. Nach Ludendorf hatte das Militär alles in seiner Macht stehende getan, um den Krieg zu gewinnen, die Zivilbevölkerung wäre den ihnen zukommenden Pflichten nicht zufriedenstellend nachgekommen.¹ Diese neue militärische Orientierung wurde von Deutschland im Zweiten Weltkrieg voll angewandt und später von US-amerikanischen Instruktoren in den lateinamerikanischen Armeen vertieft.

Aus der skizzierten Darstellung dieser Konzeption ist schon deutlich ersichtlich, welche Konsequenzen dies für eine militärische Durchdringung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu Friedenszeiten hat. Die Wiederaufnahme der deutsch-chilenischen Militärbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg förderte so auch die Übernahme dieser Konzeption in der chilenischen Armee. Im Rahmen dieses Übernahmeprozesses fanden auch immer mehr den militärischen Rahmen sprengende Themen Einlaß in die chilenischen Militärliteratur, hierunter fielen vor allem wirtschaftspolitische und antisozialistische Themen. Dieser Prozeß wurde auch von später noch zu behandelnden anderen Faktoren mitbestimmt.

In der dritten Dekade dieses Jahrhunderts drangen noch andere militärdoktrinäre Konzeptionen und Ideologien in die chilenischen Offizierskreise ein. Eine besondere Rolle spielten hier geopolitische Orientierungen, auf die wir im nächsten Kapitel noch näher eingehen werden, und

¹ Comblin, José: La doctrina de la Seguridad Nacional...a.a.O. S. 66.

der in Deutschland propagierte Nationalsozialismus.

Aufgrund der engen deutsch-chilenischen Beziehungen war es nicht verwunderlich, daß einflußreiche chilenischen Offiziere eine Vereinigung zur Unterstützung des Nationalsozialismus in Deutschland gründeten.¹

Diese Offiziere mobilisieren auch eine große Pressekampagne zugunsten des Nationalsozialismus² und gehörten zu den Mitbegründern der Nationalsozialistischen Partei Chiles.³

Mit dieser Praxis erfüllten sich zu einem Teil die Pläne der Faschisten in Deutschland, ihren Einfluß auf die lateinamerikanischen Länder auszuweiten.⁴

3.3.2. Das inländische sozio-politische Bedingungsfeld für die zivil-militärischen Beziehungen in Chile

Die die verschiedenen Militärinterventionen dieser Epoche auslösenden Motive lassen sich nur zu einem Teil im Hinblick auf die äußeren Beziehungen erklären, in einer umfassenden Analyse müssen die innergesellschaftlichen Bedingungsfaktoren mitberücksichtigt werden, denn nur aus dem Zusammenwirken innerer und äußerer Faktoren lassen sich diese Interventionen als historische Konsequenzen ableiten. Gestärkt durch die zunehmende gesellschaftliche Anerkennung des Soldatenstandes entwickelten sich im Militär autonome institutionelle Bedürfnisse, die zu ihrer Befriedigung im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Faktoren beitragen sollten. Die Untersuchung von Stellungnahme und Verhalten der Streitkräfte zu den übrigen Prozessen und Problemen innerhalb dieser Gesellschaftsformation wird uns den Charakter der Militärintervention in dieser Epoche deutlich bestimmen lassen.

1 Ibero-amerikanische Rundschau. Nr. 2. Jg. 6. 6.4.1940. S. 23. Zit. nach Schaefer, J.: Deutsche Militärhilfe an Südamerika...a.a.O. S. 202.

2 Diaz, F.J.: Los Nazis. El Mercurio. Santiago de Chile 26.6.1932.

Diaz, F.J.: Los Nazis y la colectividad alemana. El Mercurio. Santiago de Chile 29.7.1932.

Diaz, F.J.: Artículos sobre la organización militar de Chile publicados en El Mercurio de Santiago, 1931 - 32; Propaganda social nacionalista. Santiago de Chile. o.J.

3 Young, George F.W.: Jorge Gonzáles von Marees: Chief of Chilean Nacism. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Vol 11. Köln-Graz 1974. S. 315 - 316.

4 Der deutsche Faschismus in Lateinamerika (1933 - 1943). Humboldt Universität zu Berlin 1966.

3.3.2.1. Die Streitkräfte und ihr Verhältnis zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Gerade auch im Bereich der Betrachtung des Verhältnisses von den Streitkräften zur Sozio-ökonomie wird das besondere Gewicht der deutsch-chilenischen Militärbeziehungen mit der immanenten Idealisierung der in Deutschland gegebenen Verhältnisse deutlich.

Aufgrund mehrerer Faktoren konnte die Durchführung der deutschen Modernisierungsideale nur zu einem Teil in der chilenischen Armee realisiert werden. In erster Linie war dafür die in Folge der hohen Krisenanfälligkeit vorherrschende Instabilität des chilenischen Exportmodells verantwortlich. In Zeiten wirtschaftlicher Stabilität konnten die institutionellen Bedürfnisse der Streitkräfte befriedigt werden. In Krisensituationen war die Befriedigung dieser militärischen Bedürfnisse gefährdet. Abhängig von der jeweiligen konjunkturellen Entwicklung formierten sich innerhalb der Streitkräfte kritische Stimmen, die die sowohl zu militär- als auch zu zivilwirtschaftlichen Problemen Stellung bezogen. Ausgehend von diesen Stellungnahmen entwickelte sich praktisch eine eigene offizielle Politik der Streitkräfte, die in dieser Form ihre größte Bedeutung nach dem Ersten Weltkrieg bekam. Die Ausbildung einer offiziellen politischen Dimension innerhalb der militärischen Identität fiel zusammen mit der Entstehung einer bürgerlichen Opposition zum herrschenden Modell nach der nach 1891 wichtigsten Wirtschaftskrise in Chile. Die Träger des oligarchischen Modells konnten mit der Unterstützung der Streitkräfte solange rechnen, wie dieses System in der Lage war, eine grundsätzliche innere Stabilität zu garantieren und ihre institutionellen Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Reflexion über militärische Erfordernisse und deren Konsequenzen für die wirtschaftspolitischen Orientierungen im Lande nahmen auch in den militärischen Publikationen dieser Epoche einen immer größeren Raum ein¹, immer deutlicher wurde in solchen Veröffentlichungen das besondere militärische Interesse am Entstehen und Wachsen einer eigenständigen

¹ Navarrete, Mariano: La defensa nacional. Conferencia leída en la Universidad de Chile. Diciembre de 1917. Veröffentlicht in: Memorial del Ejército de Chile. Nr. 358. Nov.-Dez. 1970. S. 157.

nationalen Industrie gefordert. Diese Forderung schloß die massive Kritik an den Desideraten der bestehenden Ordnung mit ein. Natürlich hingen diese Orientierungen vordringlich mit den starken Interessen der Militärs an der Entwicklung einer eigenen Rüstungsproduktion im Lande selbst zusammen:

"Der aktuelle Krieg in Europa hat die dringende Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht, daß alle Länder, die eine vollständige nationale Verteidigung beabsichtigen, nicht nur ein mächtiges Heer und eine mächtige Marine besitzen, sondern auch eine industrielle Reserve,... haben müssen die ihnen während der ganzen Kampfhandlungen die genügende Ausstattung mit Waffen, Munition und Lebensmitteln und allen zur Erlangung des gewünschten Zieles - des Sieges - nötigen Mittel garantiert." 1

"Der bis heute unterentwickelte Stand der nationalen Industrie stellt sich als Faktor einer wirtschaftlichen und militärischen Armut dar, da die Effizienz der chilenischen Streitkräfte direkt von der materiellen Ausstattung mit Gütern abhängt, die aus dem Ausland angeschafft werden müssen." 2

Waren diese Forderungen auf der einen Seite Ausdruck der direkten materiellen und institutionellen Bedürfnisse der Streitkräfte, so vereinigten sie sich auf der anderen Seite mit eben solchen Forderungen ziviler Gruppen zu einer breiten Fraktion von Industrialisierungsbefürwortern, ohne daß damit die Transformation des oligarchischen Modells nötig wurde. Die eigenen Bedürfnisse der Militärs verbanden sich auf diesem Wege auch mit der Proklamation von verbindenden Begünstigungen durch den Industrialisierungsprozeß für die Angehörigen der unterschiedlichen sozialen Klassen wirtschaftlichen Gruppen und für den Staat. 3

Die ursprünglichen Motive wurde mit der Zeit ergänzt durch neue wirtschaftspolitischen Vorschläge, wie der Forderung nach einem notwendigen staatlichen Protektionismus 4, nach Ausbildung von Offizieren in den

1 Urrutia, Luis A.: Las industrias nacionales. In: Memorial del Ejército de Chile. Vol. 12. Bd. 2. Santiago de Chile 1917. S. 817.

2 Medina, Ernesto: El problema militar en Chile. Leipzig 1912. S. 45.

3 Navarrete, Mariano: La defensa nacional...a.a.O. S. 151 und 155.

4 Urrutia, Luis A.: Las industrias nacionales...a.a.O. S. 821 ff.

militärisch-industriellen Wirtschaftssektoren und nach einer stärkeren Teilnahme des Staates an der Förderung der nationalen Industrie.¹ Eine besondere Lukrativität sollten diese Forderungen dadurch erhalten, daß die Streitkräfte selbst als garantierter und damit krisenunabhängigerer Absatzmarkt für diese nationalen Industrieprodukte funktionieren würden.²

Das Verhältnis der Streitkräfte zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Lande stand in einem direkten Zusammenhang mit der Bindung ihrer Angehörigen an die verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Gruppen in dieser Epoche. Eine eben so wichtige Rolle mußte bei der Bestimmung dieses Verhältnisses die materielle Ausstattung, d.h. die Besoldung der Streitkräfte spielen.

Während der untersuchten Epoche setzte sich das Offizierskorps in Armee und Marine fast ausschließlich aus Angehörigen der oligarchischen Ober- und der Mittelschichten zusammen, sie waren den Gewinnern des Bürgerkrieges von 1891 in politischer wie sozialer Hinsicht eng verbunden. Ganz besonders deutlich wurde das in der Marine, die unter englischem Einfluß modernisiert wurde. Die Rekrutierung der mittleren und unteren Dienststränge geschah mit Angehörigen aus den Mittelschichten, für die es in der zivilen Wirtschaft keine lukrativen Beschäftigungsmöglichkeiten gab.

Die Professionalisierung stand auch im Dienste der materiellen Existenzsicherung für diese Offiziere, diese Funktion war jedoch direkt abhängig vom Umverteilungspotential, das dem Staat aus den Einkünften des Exportmodells zur Verfügung stand. In diesem Sinne drückten sich in der Professionalisierung sowohl diverse innere Widersprüche als auch Widersprüche zwischen Streitkräften und Gesellschaft aus.

Das Beförderungssystem³ für die Offiziere richtete sich bis in das Jahr 1908 nach einem 1890 erlassenen Gesetz. Nach diesem Gesetz hatte nur

1 Navarrete, Mariano: La defensa nacional....a.a.O. S. 155.

X.Y.Z.: Contribución al aprovechamiento de la industria nacional por la Armada y el Ejército. In: Revista de la Marina. Nr. 363. Jan.-Febr. 1918. S. 11 ff.

2 ebd. S. 155.

3 Millar C., René: Significado y antecedentes del movimiento militar de 1924. In: Revista Historia. Nr. 11. Universidad Católica de Chile. Santiago de Chile 1971. S. 36.

derjenige ein Recht auf Beförderung, der eine bestimmte Zahl von Dienstjahren aufweisen konnte. Die Unmöglichkeit einer zwangsweisen Pensionierung von Offizieren auch nach Ablauf der regulären Dienstzeit hatte die Situation geschaffen, daß diejenigen Offiziere solange in dem niederen Rang verblieben, bis auf natürlichem Wege Plätze im nächst höheren Rang frei wurden. Das Gesetz vom 3. Februar 1892 legte die Zahl der Offiziere auf 632 fest. Bedingt durch diese beiden Faktoren sanken die Beförderungschancen für die mittleren und unteren Offiziere ganz erheblich. Ein junger Offizier hätte danach zum Beispiel 80 Jahre gebraucht, um General werden zu können.

Mit dem zunehmenden Druck und der Organisation unzufriedener Offiziere, wie 1907 z.B. die Militärliga, wurde die vorgezogene Pensionierung für diejenigen Offiziere eingeführt, die in verschiedenen Rängen eine bestimmte Anzahl von Jahren ihren Dienst geleistet hatten.

Als Konsequenz aus dieser Entwicklung wurden zwischen 1908 und 1911 die Offiziersplätze auf eine Gesamtzahl von 1231 erhöht, ohne daß jedoch eine größere Beweglichkeit innerhalb des Beförderungssystems die Folge war. Bedeutenden Anteil daran hatten vor allen Dingen die weiterbestehenden Beziehungen zwischen höheren Offizieren und den oligarchischen Politikern, die gemeinsam darin engagiert waren, ungeachtet des Gesetzes den ihnen loyalen Offizieren auch nach Ablauf der gesetzlichen Frist weiterhin den Verbleib im Offizierskorps zu ermöglichen.¹

Die Soldaten in den Dienstgraden zwischen Leutnant und Kapitän wurden dadurch so benachteiligt, daß von ihnen nur 3,3 % überhaupt den Status eines Brigadegenerals erreichen konnten. Das Kontingent der vorzeitig in den Ruhestand versetzten Soldaten rekrutierte sich fast ausschließlich aus den Rängen zwischen Kapitän und Major.²

Eine bedeutende Rolle spielte auch die Besoldungssituation der Offiziere.³ Die Exportkrise hatte sich natürlich direkt auf das Besoldungssystem für

1 Saez M., Carlos: Recuerdos de un soldado...a.a.o. S. 35 - 36.

2 Millar C., René: Significado y antecedentes...a.a.o. S. 45.

3 Die unterschiedliche Beförderungssituation für das Heer muß gesondert betrachtet werden. Im Vergleich zum Heer gab es in der Marine einen Rang mehr und eine viel kleinere Zahl von Offizieren der unteren Ränge. In den Rängen zwischen Leutnant und Kapitän waren in der Armee 84 %, in der Marine 65 % der Soldaten beschäftigt. Vgl. ebd. S. 40.

die Streitkräfte aller Waffengattungen ausgewirkt, so kam es, daß zwischen 1912 und 1920 keine Lohnerhöhungen für die Soldaten verordnet wurden, obwohl in der gleichen Zeit die Inflationsrate auf 80 % gestiegen war. Die im Jahre 1920 stattfindende Lohnerhöhung brachte den Offizieren eine 20 %ige Steigerung ihres Einkommens, den mittleren eine 25 %ige, den unteren Offizieren eine 30 %ige, was jedoch keinesfalls einen Lohnausgleich darstellen konnte. Die soziale Lage der unteren und mittleren Offiziere verschlechterte sich ähnlich wie bei den schlecht bezahlten Angestellten im öffentlichen Dienst zunehmend.¹

Aus der bis hier geschilderten Lage wird deutlich, daß die Professionalisierung und Modernisierung der Streitkräfte grundsätzlich durch die Abhängigkeit der gesamten chilenischen Wirtschaft vom Exportmodell gehindert wurden. Nicht zuletzt dieser Umstand kann als mitbestimmender Faktor dafür angesehen werden, daß innerhalb der Streitkräfte allmählich sogar Alternativen zum bestehenden Modell in Wirtschaft und Politik entwickelt wurden. So verschlechterte sich das Klima zwischen Streitkräften und den oligarchischen Klassen; die Streitkräfte orientierten sich immer mehr an den Forderungen der alternativ um die politische und wirtschaftliche Macht kämpfenden Klassen.

Das veränderte Profil der Streitkräfte in Beziehung zur Oligarchie hatte direkte Auswirkungen auch auf das Verhältnis von Streitkräften und Arbeiterklasse. Mit der wachsenden Organisation und Mobilisierung der Arbeiterklasse und der nach 1920 immer deutlicher werdenden Kritik an den Mängeln des oligarchischen Systems setzte sich auch in den Streitkräften im allgemeinen die Meinung durch, daß das herrschende System nicht in der Lage sei, die Integration aller Klassen der Gesellschaft vordringlich zu betreiben.

Diese neue Situation bedeutet für die Militärs auch auf der theoretisch-ideologischen Ebene die Gefährdung eines verinnerlichten zentralen militärischen Wertes, die Gefährdung der "nationalen Einheit". Die verbreitete Meinung innerhalb der Streitkräfte zu diesem Komplex läßt sich so zusammenfassen: Die fehlende Sensibilität und die Unfähigkeit der Oligarchie hat im Verbund mit dem Handel antikapitalistisch orientierter Gruppen eine

¹ Tellez, Indalicio: Recuerdos militares. Santiago de Chile 1949.
S. 32 - 33.

Situation herbeigeführt, in der sich die Arbeiter in einem solchen Maße organisieren konnten, daß es nur als Bedrohung für das gesamte System empfunden werden kann.

Dementsprechend sahen die Angehörigen der Streitkräfte ihre Mission darin, die Haltung der Oligarchie zu verändern und gleichzeitig die Arbeiterbewegung zu kontrollieren, um sie von anarchistischen und kommunistischen Ideologien zu entfernen. Diese neue Mission der Streitkräfte wurde intensiv besonders auch in den militärischen Publikationen diskutiert. So äußerten sich die Anhänger eines Reformkurses in den Reihen der Streitkräfte im Jahre 1922, als die Auseinandersetzung um diese Reform des alten Systems zwischen Militärs und oligarchischen Gruppen relativ offen ausgefochten wurde, zwar diffus prosozialistisch, warnten die Arbeiterklasse aber wiederum massiv, sich nicht "anarchistischen und bolschewistischen Tendenzen" anzuschließen, und wandten sich heftig gegen den politischen Kampf der Arbeiterbewegung:

"Da die Handelsfreiheit mit gleichen Vorteilen und Steuern für alle existiert, ist es unvorstellbar, wie die ganze Arbeiterpartei in geschlossener Einigkeit gegen die an sich imaginäre kapitalistische Institution eintreten kann." 1

In dieser Situation räumten sich die Militärs selber die Kompetenz ein, die Arbeiterklasse erziehen zu dürfen, um sie vor antikapitalistischen Tendenzen zu "schützen". In dieser Selbstzuweisung neuer Aufgaben läßt sich gut das Selbstverständnis der Streitkräfte als sozial integrative Kraft erkennen:

"Getragen vom staatsbürgerkundlichen Unterricht der Bürger, die in Kasernen erzogen werden sollen, werden sich die Härten (hier im Sinne sozialer Konflikte F.E.) mildern, die sozialen Grenzen, die den Hauptfaktor für die Unzufriedenheit des Volkes darstellen, verwischt und verkleidet und wird ein großer Schritt im Sinne der Dämpfung der Haßgefühle getan, die unsere Arbeiter zur Übernahme extremistischer Positionen bewegen." 2

1 Bari M., David: El ejército ante las nuevas doctrinas sociales. Santiago de Chile 1922. S. 13.

2 ebd. S. 28.

Wollten die Streitkräfte dieser Aufgabe gerecht werden, mußten die Offiziere ihre gesellschaftspolitischen Kenntnisse erweitern, um den Problemen der Soldaten in den einfachen Dienstgraden auf diesem Gebiet wirksam begegnen zu können. Der Theoriestandard der Offiziere sollte mit Informationen über den Kapitalismus und die differenten antikapitalistischen Gesellschaftsentwürfe erweitert werden.¹

Das neue Verhältnis zur Arbeiterbewegung drückte sich besonders im Eintreten der Streitkräfte für eine forcierte Industrialisierung aus. Das bedeutete die Reform der bestehenden oligarchischen Ordnung, die Industrialisierung sollte eine das alte Modell ergänzende Funktion erhalten.

Mit dieser zentralen Forderung wollten die Militärs eine Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten erreichen, um über die folgende relative Verbesserung der Lebensbedingungen den Einfluß antikapitalistischer Kräfte in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen.

Die traditionellen Aufgaben der Streitkräfte zur Integration und Unterordnung der Arbeiter durch Erziehung und Repression sollten nun zusätzlich noch durch das wirtschaftspolitische Engagement weiter in Angriff genommen werden.

3.3.2.2. Die Funktion der Streitkräfte in den politischen Prozessen dieser Periode

Begleitendes Phänomen des stetigen Modernisierungs- und Professionalisierungsprozesses war die Zunahme des politischen Engagements der Militärangehörigen. Das wachsende Engagement der Streitkräfte lokalisierte sich bis etwa 1907 in engem Verbund mit den Institutionen und Trägern des oligarchischen Modells und in dem ständigen Versuch, die Militärinteressen in der politischen Sphäre durchzusetzen.

In der Zeit unmittelbar vor dem Beginn der direkten Interventionen plädierten die Militärs für ihre volle Einbeziehung in die politischen

¹ Aylwin O., Mariana/Alamos V., Ignacia: Los militares en la época de Don Arturo Alessandri Palma. In: 7 ensayos sobre Arturo Alessandri Palma. Santiago de Chile 1979. S. 313.

Angelegenheiten:

"Die Militärs, die mit der Bewachung der inneren und äußeren Sicherheit des Landes beauftragt sind, müssen mit ihren Worten und ihren professionellen Kenntnissen bei den legislativen Aufgaben der Nation mitwirken und es ist erforderlich, daß sie mehrere Sitze in den Kammern erhalten, zu dem Zwecke, die Kriterien für die Regierung in allen die Staatssicherheit berührenden Gesetzen zu orientieren." 1

Aktuelle Entwicklungen im sozio-politischen und wirtschaftlichen Bereich führten mit der Zeit zu einer immer größer werdenden Relativierung der Beziehungen zwischen Streitkräften und oligarchischen Gruppen.

Mit der zunehmenden Instabilisierung des politischen Systems als Folgeerscheinung der periodischen Wirtschaftskrisen formierte sich eine in verschiedener Hinsicht zur bestehenden Ordnung alternative politische Position bei den Militärangehörigen.

Die zunehmende Unfähigkeit des politischen Systems, wirksame Entscheidungen treffen zu können, was sich unter anderem in ständigen Kabinetts-umwandlungen und ständigem Wechsel der jeweiligen Bündnispartner ausdrückte, machte sich für den Militärbereich konkret darin bemerkbar, daß Gesetzesinitiativen, die die Besoldung, militärische Aufrüstung und die Beförderungsstruktur betrafen, nicht behandelt, sondern auf unbestimmte Zeit verschoben wurden. Gerade dieser Punkt rief die zunehmende Kritik der Streitkräfte an der Regierungspolitik hervor.

Auch das zunehmende partikuläre Eingreifen einzelner Persönlichkeiten in die Entscheidungskompetenzen einzelner Militärinstitutionen, die als Bruch mit der militärischen Hierarchiestruktur interpretiert wurde, ließ die Stimmen der benachteiligten Offiziere gegen diese parlamantarischen Praktiken lauter werden.

"Die Junta der Generäle stimmte meistens bei der Entlassung einiger Chefs und Offiziere wegen erwiesener beruflicher Disqualifikation überein, aber nur in seltenen Fällen ließen die Politiker ihre Hände aus dem Spiel und ihre Intervention reichte oft aus, um die Entscheidungen der erwähnten Junta zu annullieren....

1 Bari M., David: El ejército ante a.a.O. S. 44.

Von der Intervention eines Abgeordneten oder Senators war oft eine Kommandoführung, ein Garnisonswechsel oder eine Europareise abhängig...Die Freundschaft zu so einem Mann, in dieser Epoche eines verstärkten Parlamentarismus hatte einen außerordentlichen Wert. Die Notwendigkeit führte dazu, daß bestimmte Offiziere für die eigene Institution nicht ungefährliche Beziehungen knüpften." 1

Die Zuspitzung der Flügelkämpfe und die dadurch erreichte Lähmung der parlamentarischen Tätigkeiten ließen die Militärs den Widerspruch zwischen gesellschaftlichem status quo und eigenen Vorstellungen deutlich wahrnehmen. Das in den Streitkräften vorherrschende Bild vom Staat als dem per definitionem überparteilichen Garanten der nationalen Sicherheit mußte durch den Spiegel der Fraktionskämpfe und Blockierungen des Präsidialsystems seine Konturen verlieren. Dieses im Keim eigentlich schon immer vorhandene Mißtrauen der Streitkräfte gegenüber diesen parlamentarischen Praktiken nahm unter dem Druck der Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte um 1920 herum immer mehr zu und gab den traditionellen Interventionsneigungen wieder argumentativen Vorschub:

"Die unbegrenzte Einmischung des legislativen Corps in die Angelegenheiten, die die Vorbereitung der Einsatzfähigkeit betreffen, sei es bei ihrer Organisation oder bei ihrer Kontrolle, sowie bei der rechtmäßigen Festlegung des jährlichen Kriegs- und Marinehaushaltes...steht selbstverständlich im Gegensatz zu den Organisationsprinzipien, da die Instabilität der Führung der größte Feind der Gedankeneinheit ist, die in jedem Moment der Orientierungskompass auf dem Weg zur Erlangung des höchsten Wunsches der Nation sein soll, des Sieges nämlich." 2

Ausgehend von dieser Kritik wurden bei den Streitkräften Initiativen entwickelt, die diese Lage verändern sollten:

"Wenn man den schweren Schaden für die bewaffneten Institutionen unseres Landes betrachtet, die sich aus der ununterbrochenen Praxis der ministerialen Instabilität und dem Fehlen jeglicher professionellen Charakters erklären läßt, wird es möglich, an die Gelegenheit zu denken, eine Formel zu suchen, mit deren Ergebnis eine rechtzeitige Reaktion ermöglicht würde, bevor dieses Übel beschleunigt einen schwierigen Charakter annehmen kann." 3

1 Saez M., Carlos: Recuerdos de un soldado...a.a.O. S. 36.

2 Medina, Ernesto: El problema militar en Chile...a.a.O. S. 64.

3 ebd. S. 64.

Die reale Umsetzung des wirtschaftlichen und politischen Teiles des gesamten Staatsmodells geriet immer mehr in Widerspruch zu den Erwartungen der Streitkräfte, die wiederum in einzelne Interessensgruppen aufgeteilt waren, ganz nach dem Rang sozio-politischer Bedürfnisse der jeweiligen Mitglieder. Wenn die Erhebungen einzelner Gruppen auch nie von unmittelbarem Erfolg waren, markiert die häufige Wiederholung solcher Aktionen nach dem Jahr 1907 einen deutlichen Trend:

- Während der Kongressdiskussion 1907 über die vorzeitige Verabschiedung von Offizieren und die Quote der insgesamt zur Verfügung stehenden Offiziersplätze formierte sich eine Gruppe von Offizieren, um eine beschleunigte Verabschiedung der Gesetze in ihrem Sinne zu erreichen.¹

- 1910 wurde die Liga Militar, eine geheime Vereinigung gegründet, deren Hauptarbeit darin bestand, durch gezielte Öffentlichkeitspolitik und Absprachen mit politischen Vertretern die Bewilligung neuer Beförderungs-, Aufrüstungs- und Besoldungsgesetze zu erlangen und insgesamt die Bedingungen in den Kasernen zu verbessern.²
Diese Liga entwickelte sich mit der Zeit zu einer konspirativen Gruppe mit dem erklärten Ziel, das politische System stürzen zu wollen.

- Im Jahre 1911 wurde von Marineangehörigen die Liga Naval gegründet, der, obwohl in den Zielen fest mit der Liga militar verbunden, keine direkten Kontakte zu derselben nachgewiesen werden konnten. Das Fehlen jeglicher Zivilunterstützung für ihre Pläne ließ ihren Putschversuch kläglich scheitern.

- Das umgreifende Anwachsen von Geheimorganisationen innerhalb der Armee in Zusammenhang mit der öffentlichen Bestätigung der Existenz von offen betriebener Propaganda für den Beitritt der Militärangehörigen in die Freimaurerlogen - welche sozio-historisch in unmittelbarer Nähe zur Radikalen und Liberalen Partei standen - führte zu dem vom Kriegsminister

1 Saez M., Carlos: Recuerdos de un soldado...a.a.O. S. 36 - 37.

Benett, Juan: La revolución del 5 de Septiembre de de 1924. Santiago de Chile o.J. S. 15 - 16.

2 Millar C., René: Significado y antecedentes ...a.a.O. S. 53.

Jorge Boonen Rivera im Juli 1916 (General a.D.) erlassenen Dekret, das die Angehörigen der Streitkräfte verpflichtete, "sich von der Teilnahme an geheimen Gesellschaften, Bruderschaften und Logen zu enthalten..."¹

- 1919 kommt es zum ersten ernsteren Putschversuch in dieser Periode, an dem auch höhere Offiziere teilnehmen.² Die wachsende Anzahl von Arbeitererhebungen und Streiks zwischen 1918 und 1919 führte diese Offiziere zu der Annahme, daß es neben dem Putsch keine andere Möglichkeit mehr gäbe, die Arbeitermobilisierung zu stoppen.

Charakterisiert werden können ihre Motive im militärischen, politischen und sozio-ökonomischen Bereich so:³

- + Verabschiedung von Gesetzen zugunsten der Streitkräfte.
- + Wiederherstellung des durch politische Einflüsse untergrabenen Einheit innerhalb der Streitkräfte.
- + Bestätigung des Präsidenten der Republik bei dessen Zustimmung zu ihren Forderungen, sonst Ersatz durch eine Militärjunta.
- + Die Ernennung der Intendanten und Gouverneure nur aus den Reihen der aktiven oder im Ruhestand lebenden Militärs.
- + Die Grundforderung der Intervention war die Einrichtung "einer starken Regierung, die in der Lage sein sollte, der politische Anarchie ein Ende zu bereiten, weil sie den Fortschritt der Nation durcheinander gebracht hat und weil sie die administrative Demoralisierung und die Desorganisation der öffentlichen Dienste mit sich gebracht hat, und dadurch die Ursache für die sozialen Forderungen geworden ist."⁴
- + Die Eingrenzung der parlamentarischen Rechte und Befugnisse.

1 Discursos pronunciados durante el período ordinario de 1916 en la Cámara de Diputados de Chile por los diputados que impugnaron la orden del día del Ministro de Guerra, Sr. Jorge Boonen Rivera, que prohibía a los militares formar parte de sociedades secretas, cofradías i lojias. Santiago de Chile 1916. S. 3.

2 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoleedor. Tomo I. México 1953. S. 227 ff.

3 ebd. S. 231 - 233.

4 ebd. S. 231.

- + Die staatliche Intervention zur Verbesserung der Sozial- und Bildungssituation.
- + Parlamentarische Durchsetzung sozialer Arbeitsgesetze.
- + Forcierter Ausbau der industriellen Entwicklung des Landes unter Einfluß des Rüstungssektors.

Diese Intervention scheiterte jedoch, und ihre Initiatoren wurden von der Justiz zur Verantwortung gezogen. In diesem Versuch hatte sich jedoch auch deutlich der Einfluß faschistisch militärpolitischer Bewegungen in Europa, wie der von Mussolini in Italien und Primo de Rivera in Spanien, herausgestellt, Bewegungen, die sich anscheinend primär als Alternative zur Herrschaft der industriellen und finanziellen Kapitalkreise verstanden.¹ Aus Europa wurden vor allem die Ideen zur Form der Staatsführung im Sinne einer korporativen Konzeption und der Schaffung einer integrativen "nationalen Gemeinschaft" übernommen. Die anderen Aspekte der faschistischen Ideologie in Europa konnten wegen den grundlegenden Unterschieden zwischen der lateinamerikanischen und der europäischen Gesellschaftsformation nicht übernommen werden.

3.3.2.3. Die sozio-politischen Optionen der Streitkräfte im Vorfeld der direkten Militärinterventionen

Eindeutig festzumachen ist, daß sich mit der Professionalisierung der chilenischen Streitkräfte ihre Interventionsneigungen erhöhten. Wie schon nachgewiesen, intervenierten die Streitkräfte während dieser Periode nur im Intensitätsgrad verschieden ständig. Unbedingte Voraussetzung für eine direkte Intervention war der Zeitpunkt, an dem die bestehende Funktionsweise des oligarchischen Modells eindeutig in Frage gestellt wurde.

Während dieses Prozesses entstanden neue sozio-politische Orientierungen innerhalb der Streitkräfte, die sich mit den Forderungen der industriellen

¹ Togliatti, Palmiro: A propósito del fascismo. In: Palmiro Togliatti, escritos políticos. México 1971. S. 162.

Bourgeoisie und der Mittelschichten identifizierten, ohne daß der Einfluß pro-oligarchischer Offiziere entscheidend hätte zurückgedrängt werden können.

Die folgende Darstellung demonstriert gut die Schwierigkeit, den ganzen Militärapparat auf eine bestimmte soziopolitische Orientierung festlegen zu wollen, und beschreibt auf der anderen Weise in eindeutiger Weise, welch verschiedene Optionen innerhalb des militärischen Systems untergebracht werden mußten:

"Aufgrund des mit General Körner und den in Deutschland ausgebildeten chilenischen Offizieren repräsentierten starken preussischen Einflusses hatte das Militär im imperialen Deutschland vorherrschende autoritäre Konzeptionen übernommen. Dies hatte ermöglicht, daß in den Köpfen der chilenischen Offizialität tiefgreifende reaktionäre Ideen verwurzelt werden konnten, die so vereinfachte Konzeptionen wie die der 'starken Regierung' oder des 'Respekt vor dem Autoritätsprinzip' beinhalteten. Dasselbe ermöglichte den Militärs, die 'Professionspolitiker' zu verabscheuen; sie wünschten 'Ruhe, Ordnung und Disziplin' und zeigten sogar eine ausgeprägte Sensibilität gegenüber 'sozialen Ungerechtigkeiten' und die erklärte Absicht, ein 'neues Chile' in Gestalt einer 'nationalen Gemeinschaft' aufbauen zu wollen; sie zeigten aber auch eine fast krankhafte Abscheu vor den 'exotischen Doktrinen', dem 'disolventen Kommunismus' und anderen 'subversiven Ideen'. Auf das Bewußtsein vieler Militärs wirkte darüber hinaus stark der Faschismus von Mussolini in Italien und die Diktatur von Primo de Rivera in Spanien." 1

Die sich im Laufe dieser Prozesse am meisten durchgesetzte Tendenz können wir als Militärpopulismus bezeichnen.

Populistisch in dem Sinne, daß der heterogene Charakter seiner Träger und sozialen Stützen sowohl ein großes Widerspruchspotential einschloß, als auch in der politischen Praxis die Möglichkeit von verschiedenen Reformalternativen jedoch ohne Bruch mit den Grundsätzen der bestehenden Ordnung offen ließ.

Diese politischen Bewegungen mit den späteren Regierungspartizipationen, auf die wir im folgenden noch konkreter eingehen werden, beanspruchten die Vertretung bürgerlicher Gruppen, der Mittelschicht und der Arbeiterschaft.

1 Ramírez, H.: Orígenes y formación del Partido Comunista de Chile. Santiago de Chile 1965. S. 142 - 143.

Die militärische Variante des Populismus unterschied sich trotz der grundsätzlichen Analogie mit dem Zivilpopulismus dadurch, daß Mitglieder der Streitkräfte Hauptträger der Bewegung waren und die Lösung politischer Probleme auf autoritärem Wege in der Regel erfolgte.

Die gesellschaftspolitische Schwerpunktsetzung dieser Bewegungen hing in erster Linie von der aktuellen Stärke der einzelnen Interessensgruppen im Verhältnis zur Stärke ihrer Schichten oder Klassen im Moment der Entscheidung ab.

Im Gesamtkontext der historischen Erfahrungen in Lateinamerika haben die populistischen Bewegungen nie ernsthaft das Gewicht der oligarchischen Gruppen ausschalten können.

3.3.2.4. Die Transformation des Selbstverständnisses der Streitkräfte im Hinblick auf ihre Funktionen zur Sicherung des nationalen Interesses

Mit dem Beginn der Professionalisierung durch den deutschen General Körner hatte sich innerhalb der Streitkräfte auch ein neues Selbstverständnis im Hinblick auf ihre Funktionen und Aufgaben in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens herausgebildet und sich verstärkt das Konzept der Integrationsfunktion zur Wahrung der nationalen Einheit innerhalb der Gesellschaft durchgesetzt.

Das dermaßen ideologisierte Konzept ermöglichte den Streitkräften die Herausbildung eines Selbstverständnisses als überparteiliche Instanz mit dem Anspruch, die einzige gesellschaftliche Institution mit universellen Funktionen zu sein. Diese Funktion sahen sie bestimmt dadurch, daß sie keine partikulären, sondern die für alle Bürger verbindlichen allgemeinen Interessen der Nation verfolgten.¹

Der Anspruch der Überparteilichkeit hatte, wie wir später noch sehen werden, eine direkte politische Funktion und leitete sich für die Angehörigen der Streitkräfte aus bestimmten militärischen Erfordernissen ab.

¹ Bari M., David: El ejército ante...a.a.O. S. 27.

Kernstück dieser Argumentation war die Annahme, daß die Unverbundenheit mit bestimmten Gruppeninteressen zu einer größeren inneren Geschlossenheit der militärischen Organisation, zur Aufrechterhaltung der Disziplin und hierarchischen Befehls- und Organisationsstruktur führen könnte. Und nur die optimale Abstimmung dieser Aspekte garantierte die erfolgreiche Kriegsvorbereitung und -führung.

Andere spezifische Bedürfnisse der Streitkräfte bestimmten die Herausbildung der Idee von der militärischen Einheit zur Wahrung der Nation in ihrer Verankerung im oligarchischen System mit.

Mit dem Ende der französischen Revolution hatte sich ein Militärprinzip allseits akzeptierte Gültigkeit erworben, das Prinzip, daß ein Krieg nur dann erfolgreich abgeschlossen werden könne, wenn es vorher gelungen sei, alle sozialen Bestandteile der Nation zu mobilisieren. Unter dieser Prämisse durfte das Militär nie die Vertretung partikulärer Interessen übernehmen, auch wenn sie in der Realität direkter Vertreter einer bestimmten sozialen und politischen Ordnung waren.

Würden sich die Militärs gar zu direkt mit den Interessen der herrschenden Klassen identifizieren, könnte die Gefahr entstehen, daß sie bei Kriegsbemühungen nicht mehr über das Massenpotential der übrigen sozialen Klassen verfügen könnten.

Diese Darstellungsform der militärisch-gesellschaftlichen Beziehungen - Verbundenheit mit den Interessen an der bestehenden Ordnung und gleichzeitig Proklamation der Überparteilichkeit - war keine Erfindung der bewaffneten Institutionen, sondern entspricht der üblichen Darstellungsform der herrschenden Klassen im Kapitalismus zur ideologischen Legitimation ihrer Vorherrschaft. In Bezug auf die verschiedenen Besonderheiten der einzelnen kapitalistischen Länder wurde dieses Prinzip mit unterschiedlichen Akzenten durchgesetzt.

Die Wahrnehmung der integrativen Funktion zur Wahrung der nationalen Einheit unter den Bedingungen des oligarchischen Systems erwies sich im Grunde nur solange als Kompromiß mit den Grundsätzen der bestehenden Ordnung, wie selbige funktionsfähig blieb. Somit leisteten die Streitkräfte keine überparteiliche Funktion, sondern eine integrative Absorptionsfunktion potentieller Gegner der definierten Ordnung, den Anhängern sogenannter anarchistischer und sozialistischer Ideologien.

"Wir beobachten die Entstehung offener, der Armee feindselig gegenüberstehender Doktrinen, die sie mit der Untergrabung ihrer Organisation bedrohen. Der Maximalismus, einer Abteilung aus Sozialismus, Anarchismus und Syndikalismus, verhüllt seine antimilitaristischen Ideen nicht, und zeigt uns seine Gefahr durch die Schnelligkeit, mit der er sich in ganz Europa verbreitet hat." 1

Dementsprechend fällt den bewaffneten Institutionen die Aufgabe zu, die Rekruten durch die Verankerung erzieherischer Maßnahmen vor dem "Einfluß des sowjetischen Gesellschaftsmodells zu schützen."²

Die oben erwähnten ideologischen Werte der Militärinstitutionen und ihre Verbundenheit mit den Interessen der oligarchischen Klassen müssen in einem dynamischen Sinn verstanden werden. Sie artikulieren und verbinden sich in einheitlicher Form nur, wenn die Funktionsfähigkeit des Systems erhalten bleibt und dadurch die korporativen partikulären Interessen der Streitkräfte erfüllt werden können. Sobald aber diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, eröffnet sich die Möglichkeit einer Trennung zwischen den oligarchischen Gruppen und den Streitkräften. Mit Eintreten dieser Situation verzichten die Streitkräfte nicht auf ihre ideologischen Positionen, ergänzen sie aber mit neuen Formulierungen, die einerseits als Beiträge zur Stabilisierung des gesamten Systems auf einer neuen politischen und wirtschaftlichen Basis verstanden wird, auf der anderen Seite auf die Erfüllung ihrer partikulären Interessen abzielen.

Die Militärs leisteten somit einen ideologischen Anpassungsprozess an die neu entstandene wirtschaftliche und politische Situation ohne Änderung der grundsätzlichen Orientierung. Diesen Prozeß können wir mehr als Beleg für die Unzufriedenheit der Streitkräfte mit dem oligarchischen System, weniger für die grundsätzliche Ablehnung des abhängigen Kapitalismus werten. Diese Etappe der chilenischen Geschichte ließ noch keinen Platz für eine wirkliche Alternative zu.

1 Jiménez, P.: Misión educativa...a.a.O. S. 299.

2 Díaz, F.: Defendamos al conscripto...a.a.O. S. 45 - 46.

3.4. Die Periode der direkten Militärinterventionen

3.4.1. Das Ende des Parlamentarismus. Die Regierung Arturo Alessandris (1920 - 1924)

Das umstrittene oligarchische Herrschaftsmodell hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg zwei deutlich voneinander verschiedene Koalitionen herauskristallisieren lassen, die um die Macht im Staate kämpften. Auf der einen Seite stand als Repräsentantin der traditionell oligarchischen Gruppen die Union Nacional (Nationale Union)¹, die im Jahre 1918 gegründet wurde. In dieser Koalition organisierten sich die Konservative Partei, die National Partei, die rechten Flügel der Radikalen und Liberalen Partei, also all die Kräfte, die ein eindeutiges Interesse an der Aufrechterhaltung des Parlamentarismus und des herkömmlichen Wirtschaftsmodells hatten.

Auf der anderen Seite bildete sich die Alianza Liberal (Liberale Allianz)² als Repräsentantin für an einer Modernisierung interessierte Unternehmensgruppen und andere kleinbürgerliche Schichten. Sie postulierten in den Kernpunkten eine Reform des freien marktwirtschaftlichen Modells und den Ersatz des parlamentarischen Systems durch das Präsidialsystem. Nebenbei trat die Liberale Allianz für die Dezentralisierung des öffentlichen Verwaltungsapparates, die Direktwahl des Präsidenten der Republik, die strikte Trennung von Staat und Kirche und auf der sozio-ökonomischen Ebene eine verstärkte staatliche Kontrolle des Banken- und Versicherungswesens, die Währungsstabilität, die Extrabesteuerung für höhere Einkommensklassen u.a.m..³ Dieser Allianz gehörten mehrheitlich die Radikale und Liberale Partei, die Demokratische und die Liberal-Demokratische Partei an. Aufgrund ihres reformorientierten Programms erhielten diese Kräfte regen Zulauf aus Kreisen der Arbeiterklasse.

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor...a.a.O. S. 240 ff.
2 ebd.

3 Siehe Discurso de Dn. Arturo Alessandri, agradeciendo su designación como candidato a la presidencia de la república, pronunciado en la convención presidencial el 25.4.1920 y que constituye su programa de gobierno. In: Arturo Alessandri Palma. Recuerdos de gobierno. Tomo I. S. 395 - 404.

Die im Jahre 1920 durchgeführten Präsidentschaftswahlen konnten gegen die Kandidaten der Nationalen Union Luis Barros Borgoño und der Sozialistischen Arbeiterpartei Luis Emilio Recabarren der Kandidat der Liberalen Allianz Arturo Alessandri für sich entscheiden.

Dieser Wahlsieg brachte wichtige Veränderungen der bis dahin bestehenden politischen Verhältnisse mit sich. Zum ersten Mal nach 30 Jahren konnte die Macht der traditionellen Oligarchie auf der exekutiven Ebene unterbrochen werden.

Das neue Regierungsprogramm erwies sich als demokratisch-populistisch in dem Sinne, als es innerhalb der bestehenden Ordnung Reformen vorsah, die den abhängigen Kapitalismus stabilisieren sollten, während gleichzeitig die von der Macht ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten politisch unterstützt werden sollten.

Die sozialen Entstehungsbedingungen solcher politischer Koalitionen wurden im lateinamerikanischen Kontext der zwanziger und dreißiger Jahre wie folgt definiert:

"Die gewöhnliche Stagnation wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen verbunden mit politischer Repression einer konservativen Regierung, treibt viele Gruppen der Mittelschicht oder der Bourgeoisie in die Opposition. Sogar Gruppen der Armee oder des Klerus reagieren in gleicher Weise." ¹

Aufgrund seiner sozialen Heterogenität kam der Populismus im Laufe seines Entwicklungsprozesses zu widersprüchlichen Postulaten. Dies hängt letztlich von der Orientierung und Stärke der sozio-politischen zivilen oder militärischen Kräfte ab und wie diese sich unter einer populistischen Regierung durchsetzen.

In dieser Hinsicht kann eine populistisch orientierte Bewegung eine "alternative Zwischenlösung mit starker Tendenz zur Gewaltanwendung bei gleichzeitiger Anerkennung der meisten Grundwerte der bestehenden sozialen Ordnung" ² sein, kann aber auch zu einer "radikaleren Alternative führen, die sich hin zu einer sozialen Revolution mit Veränderung der grundsätzlichen Eigentumsverhältnisse orientiert". ³

¹ Di Tella, Torcuato: Populism and Reform in Latin America. In: Veliz, Claudio: Obstacles to Change in Latin America. Oxford University Press 1965. S. 54.

² ebd. S. 55.

³ ebd. S. 55.

Es können mehrere Alternativen angestrebt werden, doch bewegen sich die Möglichkeiten des Populismus in der Regel im Rahmen dieser ausgeführten Grundtendenzen.

Was das Programm und das politische Handeln der Liberalen Allianz angeht, kann festgestellt werden, daß sie nie die Grenzen der ersten Möglichkeit übersprang, auch wenn sie zu ihrer Zeit nicht unattraktiv für Mittel- und Arbeiterschichten war. Gleichzeitig stellte die Liberale Allianz angesichts der Verhältnisse der letzten 50 Jahre eine bedeutende Herausforderung für den Machtanspruch der traditionellen Oligarchie, insbesondere der Agraroligarchie dar.

Die Bedeutung des Populismus ist an dieser Stelle besonders zu unterstreichen, da die nachfolgende Periode der Militärinterventionen im Grunde aus Variationen populistischer, ziviler oder militärischer Regierungsformen bestand.

Trotz der Bedeutung der Liberalen Allianz bedeutete ihr Wahlsieg nicht unbedingt eine klare Zurückdrängung der traditionellen Oligarchie. Deren wirtschaftliche Macht blieb weiterhin unberührt, im Parlament behielt sie die klare Mehrheit. Die Folge war eine Regierungsperiode, die durch eine Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung gekennzeichnet war, und die schließlich zur ersten Militärintervention im September 1924 führte. Daraufhin mußte der Präsident das Land für sieben Monate (September 1924 bis März 1925) verlassen, konnte aber seine Regierungsgeschäfte wieder aufnehmen, nachdem eine erneute Militärintervention (Februar 1925) die Rückkehr des Präsidenten nach Chile durchgesetzt hatte. Wie wir noch sehen werden, hatten diese beiden Interventionen verschiedene Akzente, gleichzeitig ist jedoch festzustellen, daß am Ende der Regierungsperiode (September 1925) praktisch alle Forderungen der Liberalen Allianz durchgesetzt werden konnten.

Die hier ausgeführte Darstellung der Ereignisse erklärt jedoch nicht die politischen Motivationen des Programms der Liberalen Allianz, vor allem was den Präsidentialismus und die sozio-ökonomischen Aspekte desselben angeht.

Die präsidiale Alternative entstand zweifelsohne aus der Betrachtung der mangelnden Integrationsfähigkeit und aus der Tatsache, daß das parlamentarische System in Mißkredit geraten war. Der Parlamentarismus wurde zum Symbol der Herrschaft der traditionellen Oligarchie über die Exekutive.

Daher mußte sich die Liberale Allianz deutlich von einem Staatsmodell distanzieren, das viel zu stark mit der oligarchischen Herrschaftsform verbunden war.

Auf der anderen Seite konnte die Liberale Allianz ihr Reformprogramm nur unter einer Voraussetzung durchführen; sie mußte über eine reale Kontrolle der politischen und ökonomischen Machtmechanismen verfügen, um aus einer Position der Stärke innerhalb der staatlichen Institutionen den Staat eine aktive Rollen spielen zu lassen. Das sozio-ökonomische Reformprogramm vertrat die realistische Einschätzung, daß die Forderungen der Mittelschichten und der Arbeiterklasse nicht länger ignoriert werden durften. In Anbetracht der wachsenden Proteste sollten Maßnahmen für eine geeignete Integration in den politischen wie in den sozio-ökonomischen Bereich getroffen werden.

Die Alternative dieses Teils der chilenischen Oligarchie schloß auch eine Neuorientierung des außerwirtschaftlichen Bereiches ein. Nach dem 1. Weltkrieg zeigte sich ein eindeutiger Rückgang des imperialistischen Einflusses Englands und ein verstärktes Auftreten des US-Imperialismus. Teile der Finanzoligarchie und vor allem die Industriebourgeoisie orientierten sich, zu einem Zeitpunkt als die Salpetereinkommen sanken, am nordamerikanischen Geldmarkt, was neuen Abhängigkeitsbeziehungen den Weg öffnete.¹

In diesem Sinne ist auch die Alternative Alessandris gekennzeichnet: er nähert sich mehr den US-Interessen, während die traditionelle Oligarchie den alten Abhängigkeitsverhältnissen verbunden blieb.

Die skizzierten Maßnahmen konnten nur sehr begrenzt durchgeführt werden. Die Nationale Union behielt eine Mehrheit im Kongreß und übte eine entschlossene Opposition aus.² So entstand eine Lage, in der keine der beiden Seiten durch politische Mittel ihr Programm durchzusetzen vermochte. Das Problem der Nationalen Union bestand nicht so sehr in den Grundsätzen der Liberalen Allianz, sondern eher in der Befürchtung, daß nach Durchsetzung dieser Politik noch viel radikalere Forderungen aus den Reihen der Liberalen Bündnispartner erhoben würden, also eine Radikalisierung der Gesamtlage

1 Faletto, E. u.a.: Génesis histórica ...a.a.O. S. 25.

2 Matyoka Y., Gertrude: Political Obstructionism in the Chilean Senate 1920 - 1924; A Study of Legislative Behavior. In: Revista de Historia de America. Nr. 84. Mexico D.F. 1977. S. 111 - 134.

und eine Infragestellung der Basis der bestehenden Herrschaft. Es waren dies die Rahmenbedingungen, die es den wichtigsten Gruppen nicht mehr möglich machten, durch politische Mittel ihre Absichten durchzusetzen. Dies schaffte die Bedingungen für die direkte Intervention der chilenischen Streitkräfte im September 1924.

3.4.1.1. Die Streitkräfte während der ersten Regierung Arturo Alessandris

Um 1920 existierte in den chilenischen Streitkräften eine latente Unzufriedenheit. Die Regierungsübernahme Alessandris hatte die Zustimmung breiter militärischer Gruppen insbesondere der mittleren und unteren Dienstränge gefunden. Die programmatischen Vorschläge der Liberalen Allianz entsprachen einer Reihe von Forderungen der Streitkräfte. Der gewählte Präsident hatte soziale Maßnahmen, industrielle Entwicklung aber auch eine Verbesserung der materiellen Lage der Militärangehörigen versprochen.

Mit diesem Ziel hatte die Exekutive Ende 1923 verschiedene Gesetzesentwürfe wie die Entwürfe zur Reform des Militärstrafgesetzbuches, zur Reorganisation der Armee und Festlegung einer einheitlichen Kommando- stelle - größere Befugnisse der Generalinspektoren der Armee -, Entwürfe zur Verbesserung der Gehälter, zur Neureglementierung der Dienstaustritte und der Beförderungsbestimmungen eingebracht.¹ Da keine dieser Gesetze im Kongreß eine Mehrheit fanden wuchs die Kritik innerhalb der Streitkräfte am parlamentarischen System. Gleichzeitig begannen die politischen Kontrahenden durch legale und illegale Mittel Unterstützung bei den Streitkräften zu suchen.

Die Liberale Allianz reagierte durch informelle Besuche des Präsidenten in den Kasernen, auf die zugespitzte Lage. Dabei äußerte sich der Präsident anfangs nicht zur politischen Lage, später jedoch bezog er sich direkt auf die Problematik.²

1 Millar C., René: Significado y antecedentes...a.a.0. S. 63.

2 ebd. S. 63 - 80.

Aylwin, M. u.a.: Los militares en la época...a.a.0. S. 332.

Ende 1923 wiegerte sich der Kongreß, den periodischen Gesetzen zur Anzahl der Land- und Seestreitkräfte und zur Anwesenheit der Streitkräfte während der Kongreßversammlung zuzustimmen. Auf diese Weise antwortete der konservative Kongreß auf die Haltung des Präsidenten bezüglich der Streitkräfte.

Am 30. Dezember 1923 erklärte Alessandris den in der Kavallerieschule versammelten Heeresoffizieren der Santiagoer Garnison:

"Das politische Bündnis, das meine Administration ungerecht und hartnäckig im Senat sowie im Parlament bekämpft, hat die Verabschiedung der Gesetze zur Anzahl der Land und Seestreitkräfte und zur Anwesenheit der Streitkräfte während der Sitzungen des Kongresses verhindert." 1

Diese Arten von Erklärungen traten zum Ende der Regierungsperiode immer häufiger auf. Auf diese Weise förderte die Exekutive die Auseinandersetzungen innerhalb der Militärs war zur Fraktionsbildung in den Streitkräften beitrug.

Die Haltung der Nationalen Union bzw. einiger ihrer bedeutender Vertreter zeigte im Grunde keinen Unterschied zur Haltung der Regierung, mit dem Unterschied, daß in Heer und Marine Fraktionen existierten, die mit der traditionellen Oligarchie sympatisierten. Es handelt sich um die höheren und älteren Ränge, die am Bürgerkrieg von 1891 teilgenommen und immer das oligarchische System unterstützt hatten.

Im März 1924 fanden Senats- und Parlamentswahlen statt, in denen die Kräfte der Liberalen Allianz eine deutliche Mehrheit erlangten. Der Ausgang der Wahlen hatte zur Folge, daß die Nationale Union die Vorbereitungen zur Intervention der Streitkräfte beschleunigten. Die Bildung von geheimen Vereinen war das wichtigste Instrument zur Erreichung dieses Zieles. 2

Einer dieser Vereine, der als TEA bekannt war, setzte sich für die Bekämpfung Alessandris in der Öffentlichkeit ein und vertrat innerhalb der Streitkräfte eindeutig aus dem spanischen und italienischen Faschismus

1 Alessandri, Arturo: Recuerdos de Gobierno. Tomo I. Santiago de Chile 1967. S. 267 - 268.

2 Nunn, Frederick: The military in Chilean History... a.a.o. S. 135.
Millar C., René: Significado y antecedentes...a.a.o. S. 80 - 81.

entnommenen Konzeption. Ihre Kampfmittel schlossen nicht die Anwendung terroristischer Methoden zur Bekämpfung aus.

Diese Vereine förderten die Beziehungen zwischen zivilen- und militärischen Kreisen und hatten die Verwicklung der Streitkräfte in politische Auseinandersetzungen mit der Regierung zum Ziel.

"In der Tat, während dieser Periode fanden einige Treffen zwischen zivilen- und militärischen Persönlichkeiten, insbesondere mit bekannten Anhängern der Nationalen Union innerhalb der Marine, wie die Admiräle Gómez Carreño und Soubllets sowie mit den Generälen Altamirano und Benett, statt. Es wurde eine Militärbewegung für den November des Jahres (1924) vorbereitet, in der das Heer und die Marine in Zusammenarbeit mit konservativen Politikern beteiligt sein sollten." ¹

Trotz ihres populistischen Charakters wurde während der ersten Regierungsperiode Alessandris den Streitkräften weiterhin die repressive Funktion zugewiesen. So wurde insbesondere das Heer ständig zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung eingesetzt. Dies beweisen die Massaker von San Gregorio, Curanilahue und die Unterdrückung der Streikbewegungen in Santiago und Valparaíso.²

Die Einsätze der Streitkräfte wurden von den jungen Offizieren als Beweis für die Unfähigkeit der bestehenden Ordnung angesehen, die soziale Frage zu lösen und die Arbeiterklasse in das Herrschaftsmodell zu integrieren. Nach Auffassung dieser Offiziere konnte nur ein reformiertes System durch die Ausführung sozio-ökonomischer Maßnahmen den wiederholten Einsatz der Streitkräfte zur Lösung sozialer Konflikte - eigentlich Aufgabe der staatlichen zivilen Institutionen - vermindern. All diese Faktoren trugen zur Verstärkung der politischen Auseinandersetzungen bei und förderten die Militärintervention.

3.4.2. Die Militärintervention vom September 1924

Der auslösende Faktor der Militärintervention vom September 1924 war die Bewilligung eines Gesetzentwurfes zur Diätenerhöhung von Parlamentsab-

1 Aylwin, M.u.a.: Los militares en la época...a.a.O. S. 331.

2 Ramírez, H.: Orígenes y formación...a.a.O. S. 141.

geordneten und Senatoren durch den Kongreß, während andererseits die die Streitkräfte betreffenden Gesetzesentwürfe ständig mit dem Argument des defizitären Staatshaushaltes verschoben wurden.

Um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, besuchte am 4. September eine Gruppe von jungen Offizieren die Kongreßversammlung. Einen Tag später bildete sich ein Militärkomitee in Vertretung des gesamten Offizierskorps und stellte dem Präsidenten der Republik einen Forderungskatalog, der zunächst nur militär-korporative Bedürfnisse zum Ausdruck brachte, im Nachhinein jedoch durch sozio-politische Forderungen ergänzt wurde. Dieser Forderungskatalog schloß folgende Punkte ein:

1. Verfassungsreform
2. Sofortige Rücknahme der Diätenerhöhung
3. Sofortige Verabschiedung des Haushaltsgesetzes
4. Sofortige Verabschiedung des Arbeitsgesetzbuches
5. Bewilligung des Privatangestelltengesetzes
6. Modifizierung der Einkommenssteuern
7. Inkrafttreten des Entschädigungsgesetzes für die Überlebenden des Pazifikkrieges
8. Reform des organischen Heeresgesetzes
9. Zahlung der verschobenen Gehälter an Lehrer und andere Angestellte im öffentlichen Dienst
10. Gehaltserhöhung für die Polizei, die Marine und das Heer
11. Erklärung des folgenden Prinzips: ständiger und absoluter Ausschluß der Armee- und Marineangehörigen von Wahlkämpfen und allen anderen politischen Aktivitäten.¹

Der Charakter dieser Forderungen macht deutlich, daß die wahren Absichten der Militärbewegung auf die Lösung zentraler gesellschaftlicher Fragen abzielte und nicht nur militär-korporative Bedürfnisse der Streitkräfte erfüllen sollte.

Zunächst akzeptierte Alessandri diese Forderungen und bildete unter seiner Führung (5.9.1924) ein zivil-militärisches Kabinett.² Unter diesen Umständen bewilligte der Kongreß alle vorgeschlagenen Maßnahmen, die so Gesetzesstatus erlangten (8.9.1924). Dem Militärkomitee schloß sich die

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor...a.a.0.S. 382.

2 ebd. S. 381 ff.

Marine an, was entscheidend die Evolution der Kräfteverhältnisse innerhalb der Streitkräfte, wie wir später sehen werden, beeinflusste.

Nach der Bildung des zivil-militärischen Kabinetts weigerten sich die Streitkräfte, das Militärkomitee aufzulösen, was den Präsidenten der Republik zum Rücktritt und zum Verlassen des Landes veranlaßte.

Am 11.9.24 bildete sich eine Regierungsjunta unter der Führung der zwei ältesten Generäle der Armee (Benett und Altamirano) und eines Marineadmirals (Neff), die die staatliche Kontrolle übernahmen.¹

Mit der Bildung der Regierungsjunta wurde gleichzeitig das Militärkomitee aufgelöst und unter der Bezeichnung Militärjunta praktisch neu begründet.

Die Militärjunta setzte sich im wesentlichen aus den mittleren Rängen der Streitkräfte zusammen - von Leutnants bis Obersten - und ersetzte den aufgelösten Kongreß in seiner legislativen Funktion.

Die Militärjunta verfaßte das Manifest vom 11.9.24, das die Militärintervention folgendermaßen rechtfertigte:

"Die Korruption des politischen Lebens, die Misere des Volkes, die Spekulation, die Böswilligkeit der Mächtigen, die wirtschaftliche Instabilität und die Hoffnungslosigkeit einer Regeneration innerhalb des existierenden Regimes hatten die Bedingungen hergestellt, gerade die Klassen zu reizen, deren Kampf um das Leben am schwierigsten war. Aus allen diesen Faktoren erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges." 2

Weiterhin drückte das Manifest die Notwendigkeit aus, die "brandige Politik aufzuheben" und unterstrichen, daß die Militärbewegung "gegen alle politischen Parteien, die das öffentliche Bewußtsein deprimierten und die organische Korruption verursachten, gerichtet war." 3

Sie schlugen eine freie konstituierende Versammlung vor, aus der ein Grundgesetz, entsprechend den nationalen Bestrebungen, entstehen sollte.⁴

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor...a.a.O. S. 391.

2 Manifiesto de la Junta Militar al país. Zit. nach Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista. Santiago de Chile 1972. S. 43 - 44.

3 ebd.

4 ebd.

Die erste Militärintervention der 20er Jahre erreichte so einen institutionellen Charakter. Alle militärischen Interventionen waren daran beteiligt.

Die Einheit der Intervention ist auf drei wesentliche Faktoren zurückzuführen:

1. Die nicht erfüllten militär-korporativen Forderungen wurden zum Kristallisationspunkt für die verschiedenen Militärfraktionen und einigte sie im Widerstand gegen das parlamentarische System.
2. Die Mängel des parlamentarischen Systems auf den verschiedensten Ebenen wurden einheitlich von allen Militärinstitutionen, insbesondere vom Heer in Frage gestellt.
3. Die Bereitschaft der höheren Offiziere, die von den mittleren Rängen begonnene Bewegung zu führen, ermöglichte die Aufrechterhaltung der hierarchischen Struktur der Streitkräfte, verstärkte die Militärbewegung und vermied die Spaltung.

Die zum Zeitpunkt der direkten Militärintervention erlangte Einheit innerhalb der Militärs war jedoch von vorübergehender Natur. Die Notwendigkeit, gemeinsam zu handeln erforderte ein Zurückstellen der latenten Widersprüche. Auf der anderen Seite blieben die politischen Organisationen und ihre sozio-ökonomische Basis erhalten. Sie agierten nun unter der militärischen Herrschaft in direkter Weise, also durch Beeinflussung der verschiedenen Militärfraktionen, um ihre Machtstellung zu behaupten. Da die Militärintervention nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der sozialen, politischen und ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft führte, waren die Streitkräfte dazu verurteilt weiterhin von den vor der Intervention existierenden soziopolitischen Kräften beeinflusst zu werden. Die Formen der politischen Auseinandersetzung hatten sich geändert. Sie wurden nun durch die Streitkräfte bzw. durch ihre verschiedenen Fraktionen vermittelt.

Zwei Fraktionen profilierten sich zum Zeitpunkt der Durchführung des Regierungsprogrammes.

Auf der einen Seite befanden sich die Armee-Generäle, die im Pazifikkrieg und im Bürgerkrieg 1891 in den Streitkräften integriert hatten. Sie identifizierten sich mit oligarchischen Konzeptionen. Eine Mehrzeit unter ihnen hatte sich aktiv an den konspirativen Sitzungen der Nationalen

Union zum Sturz Alessandris im September 1924 beteiligt. Sie rechneten mit der Unterstützung der Gesamtheit der Marineoffiziere, die geschlossen hinter ihrer Führung standen und die sich mit den Postulaten der Nationalen Union identifizierten. Zur Hauptaufgabe dieser Fraktion wurde die Kontrolle über die Regierungsjunta.

Auf der anderen Seite standen die jüngeren Angehörigen des Offizierskorps, die mit aller Deutlichkeit die Grenzen des oligarchischen Modells für die Erfüllung der korporativen Forderungen der Streitkräfte und für die Entwicklung des Landes aufgezeigt hatten.¹ Ihre Vorschläge zeigten große Ähnlichkeit mit den Postulaten der Liberalen Allianz. Dieser mehrheitlichen Fraktion gehörten eindeutige Vertreter des Militärpopulismus an. Auf Grund der Heterogenität der populistischen Bewegung zeigten sich jedoch, wie wir bereits festgestellt haben, auch bedeutende Widersprüche, die zur Bildung neuer Fraktionen führten. In der Periode, die wir jetzt untersuchen, hatte die militärpopulistische Bewegung eine einheitliche Gestalt. Ihre bedeutenden Vertreter waren die Oberste Grove, Ibanez und Bravo.

Der Konflikt innerhalb der Streitkräfte kristallisierte sich in den zwei Organen Regierungsjunta und Militärjunta, die im September 1924 errichtet wurden.

Das erste Organ übernahm die Historische Funktion der Exekutive und wurde von höheren Rängen des Heeres und der Marine kontrolliert, das zweite Organ übernahm während der ersten drei Monate nach der Intervention die legislativen Aufgaben² und wurde von der militär-populistischen Tendenz, auch wenn eine Minderheit in der Militärjunta die Postulate der Regierungsjunta übernahm, im wesentlichen kontrolliert.

Die Regierungsjunta hatte anfangs eine große Legitimität insbesondere wegen des einheitlichen Charakters der Militärintervention. Die Regierungsjunta rechnete auf Grund ihrer hierarchischen Struktur mit der Möglichkeit, die Gesamtheit der Streitkräfte hinter sich zu vereinigen. Dies sollte ohne Verzicht auf ihre prooligarchische Position und engen Bindungen an die Nationale Union geschehen. In der Ausübung ihrer Regierungsfunktion beschränkte sich die Regierungsjunta auf die Ausführung der

1 Faletto u.a.: Génesis histórica..a.a.O. S. 29.

2 Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 48 ff.

Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Streitkräfte. Versprochene sozio-ökonomische und politisch-institutionelle Maßnahmen wurden nicht durchgeführt.¹

Was die Errichtung eines präsidentiellen Regimes angeht, änderte die Regierungsjunta ihren Vorschlag und beschränkte sich auf die Errichtung einer beratenden Versammlung, in der die Angehörigen der Nationalen Union eine bestimmende Funktion haben sollten und auf die Ausrufung von Präsidentschaftswahlen nach dem kumulativen Wahlrecht. Erst dann sollte ein neues Grundgesetz diskutiert werden. Beide Maßnahmen sollten zur Verstärkung der konservativen Position führen.

Die Militärjunta war wegen der Verschiebung der sozialen, entwicklungspolitischen und finanziellen Maßnahmen, die nach dem September 1924 versprochen wurden, besorgt. Zentraler Konfliktpunkt mit der Regierungsjunta war die Bevorzugung eines präsidentiellen gegenüber einem parlamentarischen System. Dieses neue System sollte bei gleichzeitiger Ausbreitung der sozialen Partizipation an den politischen Prozessen, durchgeführt werden. In diesem Sinne schlugen sie eine Alternative zur Regierungsjunta vor. Sie forderten die Errichtung einer konstituierenden Versammlung, die direkt nach dem universellen Wahlrecht gewählt werden sollte (*voto directo e individual*). Danach sollte eine breitere Partizipation der Mittelschichten und der Arbeiterschaft gesichert werden, was übrigens eine wesentliche Voraussetzung zur Integration dieser Klassen und Schichten in die populistische Konzeption der Liberalen Allianz sein sollte.

Im Dezember 1924 spitzte sich der Konflikt zwischen beiden Organen zu. Die Regierungsjunta besetzte das Kabinett ausschließlich mit Angehörigen der Nationalen Union und genehmigte gleichzeitig die Auflösung der Militärjunta. Mit diesen Schritten wurde eine konservative Orientierung der Militärbewegung, die ursprünglich gegen die Oligarchie gerichtet war, abgesichert.

Der Widerstand gegen diese Maßnahmen drückte sich in konspirativen und illegalen Handlungen der aufgelösten Militärjunta gegen die oligarchische Militärregierung aus. So konnte diese Gruppierung mit der aktiven Unterstützung der Liberalen Allianz rechnen. Hinzu kam ein Popularitätsverlust der eindeutig pro-oligarchisch gewordenen Regierungsjunta. Die Militärpopulistische Fraktion sah in den Maßnahmen die Absicht, noch einmal die

1 Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 48ff

Probleme des Landes gestützt auf eine oligarchische Minderheit lösen zu wollen. Dies war eine Herausforderung an die von ihnen vertretene Auffassung von nationaler Einheit, nach der Integration aller gesellschaftlicher Klassen und Schichten auf der Basis einer ausgeweiteten politischen Partizipation postuliert wurde.

Mit der Nominierung des konservativen Präsidentschaftskandidaten Ladislao Errazuniz am 7.1.25 für die von der Regierungsjunta ausgerufenen Neuwahlen, verstärkte sich die zivil-militärische Oppositionshaltung der Liberalen Allianz. Die Vorbereitungen für eine Änderung der Regierung wurden beschleunigt.

Am 23.1.25 wurde die Regierungsjunta gestürzt und die Staatsmacht wurde von einer populistischen Militärregierung, deren erste Maßnahme in der Entmachtung der älteren Armeegeneräle und Marineadmirale bestand, übernommen.

"Die Mehrheit der chilenischen Streitkräfte, aus Angehörigen der Mittelschichten und aus Männern proletarischer Herkunft zusammengesetzt, sympathisierte mit den nationalen Bestrebungen nach Reformen. Die junge Kamarilla mißtraute der Verbindung zwischen Regierungsjunta und Oligarchie und rief Alessandri zurück." 1

3.4.3. Vom Staatsstreich des 23.1.25 zu den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1925

Die Militärregierung setzte sich aus zivilen (Bello Codesido) und Militärischen (dem Armeegeneral Dartwell und dem Marineadmiral Ward) Personen zusammen.

Die Marine, die zu Beginn dieser Intervention Widerstand leistete, mußte sich angesichts ihrer Unterlegenheit in die neue Militärregierung integrieren.

In ihrem Manifest bekannte sich die neue Militärregierung nach einer harten Kritik an der gestürzten Regierungsjunta zu den Ansätzen der Liberalen Allianz und zu den Inhalten des Manifestes vom 11.9.24. Ihre erste Regierungsmaßnahme war die Zurückrufung des gestürzten Präsidenten Alessandri. Dieser sollte seine Regierungsperiode bis zu ihrem offiziellen Ende im Dezember 1925 weiterführen.

1 Gil, Federico G.: El sistema político de Chile...a.a.0. S. 76.

Alessandri kehrte nach Chile zurück und übernahm die Präsidentschaft am 23.3.25. Gleichzeitig löste sich die Militärjunta formell auf. Die formale Rückgabe der Regierungsbefugnisse bedeutete jedoch nicht eine vollständige Rückkehr der Streitkräfte in ihre Kasernen, die sie weiterhin ein Machtfaktor blieben. Faktisch wurde die Militärjunta nicht aufgelöst. Die indirekte Kontrolle der politischen Prozesse durch die Militärs war eine gegebene Tatsache. In dieser Periode wurden verschieden 1920 von der Liberalen Allianz vorgeschlagenen Maßnahmen wie ein progressives Einkommenssteuersystem, die Gründung einer Zentralbank und die Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes, das die präsidentiale Staatsform festlegte, durchgeführt. Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung wurde die fast absolute Kontrolle des Präsidenten durch das Parlament aufgehoben. So erhielt der Präsident weitere Befugnisse.

"Sie ließ eine starke Exekutive entstehen und verweigerte dem Kongreß die Befugnis (la facultad), durch Anwendung der Verfassung Ministerkabinette zu stürzen. Sie schaffte die sogenannten "periodischen Gesetze", die früher jedes Jahr bewilligt werden mußten und dazu gedient hatten, die Vorherrschaft des Parlamentes zu sichern, ab. Im Falle der Verschiebung der Haushaltsdebatte war der Präsident zur automatischen Verabschiedung berechtigt." 1

Auch die Macht der Oligarchie wurde durch die neue Verfassung, die eine höhere Wahlbeteiligung und die Direktwahl des Präsidenten ermöglichte, eingeschränkt. So wurden mit der Unterstützung der Streitkräfte die grundsätzlichen Postulate des Programmes der Liberalen Allianz, jedoch ohne qualitative Änderungen in der sozio-ökonomischen Struktur eingeführt zu haben, eingelöst.

Mit der Verabschiedung der Liberalen Reformen endeten die Widerstände der traditionellen Oligarchie. Diese versuchte nun, innerhalb der neuen Spielregeln ihre Machtstellung zu sichern. Das bedeutete weiterhin auch, daß sich die bis dahin bestehenden politischen Koalitionen (Nationale Union und Liberale Allianz) neu formierten. Die liberalen, radikalen und konservativen Parteien neigten jetzt eher dazu, untereinander zu koalieren. Die Verabschiedung der liberalen Reformen hatte die Wiederherstellung des Konsenses innerhalb der Agraroligarchie und den bürgerlichen Klassen zur Folge.

1 Gil, Federico G.: El sistema político de Chile...a.a.o. S. 106.

Das Anpassungsverhalten der oligarchischen, konservativen Gruppierung erklärt sich im wesentlichen aus folgenden Gründen:

- mit der Militärintervention vom Januar 1925 verlor die Nationale Union praktisch ihre ganze militärische Unterstützung. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, in dem die Möglichkeiten der Nationalen Union ihre Position zu behaupten in großem Maße von ihrer politisch-militärischen Stärke abhing.
- die durchgesetzten Reformen schränkten zwar die Macht der traditionellen Oligarchie ein, ließen ihre sozio-ökonomische Stellung aber praktisch unberührt. Daraus entstand die Möglichkeit einer Wiedererlangung ihrer Machtstellung unter den neuen institutionellen Rahmenbedingungen.

Die Übernahme dieser Reformen von allen Teilen des herrschenden Blocks bedeutete die Hinnahme einer besonderen sozio-ökonomischen Tatsache: die Mittelschichten und die Arbeiterschaft erhielten bessere Möglichkeiten, auf den gesellschaftlichen Prozeß Einfluß zu nehmen. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Reformen von 1925 zur Machtübernahme der Mittelschichten geführt hätte. Die Macht blieb im Grunde genommen unter Kontrolle der alten oligarchischen Gruppen und der modernisierenden liberalen Bourgeoisie. Mit den Reformen von 1925 verschieben sich die Akzente der alten sozio-politischen Auseinandersetzungen. Es wurde eine neue Etappe, die bis zum Jahre 1931 dauern wird, eröffnet. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen wird die Frage nach Art und Weise der Umsetzung der sozio-ökonomischen und politischen Reformen stehen.

3.4.4. Die Regierung Emiliano Figueroas (Dezember 1925 - Mai 1927)

Die neue Verfassung sollte mit der Wahl des Nachfolgers Alessandris in Kraft treten.

Bei dieser Wahl zeigte sich in aller Deutlichkeit das politische Spektrum, das um die Macht im Staate kämpfte und die neue Ordnung der politischen Koalitionen und Auseinandersetzungen, die das politische Leben nach den Reformen von 1925 prägte.

Auf der einen Seite stellte sich der Kandidat des neuen herrschenden Blocks, Emiliano Figueroa, zur Wahl. Er wurde von den konservativen und liberalen Parteien aufgestellt und besaß die Unterstützung von Teilen der Mittelschichten und der Arbeiterschaft, vertreten in der Radikalen und Demokratischen Partei.¹ Auf der anderen Seite stellte sich der Kandidat der fortschrittlichen Kleinbourgeoisie und der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft, José Santos Salas, zur Wahl. Diese Kandidatur konnte auf die Unterstützung der USRACH (Union Social de Asalariados de Chile) (Sozialer Verein der Lohnabhängigen Chiles)², der Kommunistischen Partei Chiles und der Federacion Obrera de Chile (Arbeiterföderation Chiles) zählen. Die Koalition war der erste politische Zusammenschluß in der Geschichte Chiles, in dem fortschrittliche kleinbürgerlich und sozialistisch orientierte politische Gruppierungen gemeinsam eine klare Alternative zur Politik des herrschenden Blocks aufstellten.

Das Bündnis um Emiliano Figueroa repräsentierte die Versöhnung und Wiedervereinigung der traditionellen mit den modernen herrschenden Klassen Chiles zur Durchführung eines Reformprozesses bei gleichzeitiger Erhaltung ihrer entsprechenden Machtstellungen. Es vertrat aber auch den versöhnlichen Willen wichtiger Teile der Mittelschichten, die auf eine grundsätzliche Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse verzichteten und sich damit zufrieden gaben, eine untergeordnete Rolle innerhalb der vom neuen Block beherrschten Machtstruktur zu spielen.

1 Ramirez, H.: Origenes y formación ...a.a.O. S. 147.

2 Die USRACH war ein politisch heterogener Zusammenschluß der sozialdemokratisch bis anarchistisch orientierten Gruppen. Seine programmatischen Ziele können wie folgt beschrieben werden: "Sie beabsichtigte die geistige, soziale, politische und ökonomische Emanzipation der Lohnabhängigen und die Organisation einer auf Gerechtigkeit, Solidarität und Zusammenarbeit basierenden neuen Gesellschaft. Sie erkennt an, daß die Emanzipation nur durch die technisch- moralische Befähigung der Lohnabhängigen im Rahmen eines Evolutionsprozesses zur gleichzeitigen Modifizierung der Produktionsformen und sozialen Lebensbedingungen möglich wird." ()

Die USRACH kann als Vorläuferorganisation der im Jahre 1933 gegründeten Sozialistischen Partei Chiles angesehen werden.

Siehe dazu Ramírez, H: ebd. S. 151 ff

Die Kandidatur Figueroas war auch Ergebnis des Drucks der Streitkräfte, die sich für eine einheitliche Kandidatur einsetzten mit der Absicht, den Teufelskreis der ständigen Spaltung zu überwinden, der charakteristisch für die parlamentarische Periode war.

Für den Fall eines Nichtzustandekommens einer einheitlichen Kandidatur hatten die Streitkräfte damit gedroht, ihren eigenen Kandidaten aufzustellen. Die Entscheidung der Streitkräfte, die einheitliche Kandidatur zu fördern, bedeutete für sie jedoch nicht den Rückzug aus den Machtstrukturen, wie wir später sehen werden, sondern nur ihre Bereitschaft, die Möglichkeit einer Durchführung der neuen Verfassungsprinzipien unter ziviler Führung, jedoch unter deutlicher militärischer Kontrolle, zu überprüfen. Dieses umfassende politische Bündnis schloß ein bedeutendes Widerspruchspotential ein; dies nicht so sehr in Bezug auf sozio-ökonomische Aspekte - hier herrschte ein solider Konsens im dominierenden Block -, sondern in Bezug auf die politische Rolle der Streitkräfte und die Art und Weise, wie politische Prozesse ablaufen sollten.

In diesem Bündnis waren einerseits diejenigen herrschenden Gruppen vertreten, die Alessandri unterstützt hatten und die sich aufgrund einer verwurzelten liberalen Auffassung dafür einsetzten, die Reformen von 1925 auf der Basis der neuen verfassungsmäßigen Ordnung durchzuführen, und andererseits diejenigen Fraktionen, denen die neue Institutionalität keine Garantie gab zur Aufrechterhaltung ihrer Interessen. Sie befürchteten den neuen Organisationsgrad, den die fortschrittlichen Mittelschichten und die Arbeiterschaft erlangt hatten. Sie neigten eher zur Errichtung einer autoritären Regierung mit dem Ziel der begrenzten Durchführung der sozio-ökonomischen und politischen Reformen. Sie akzeptierten die neue politische und organisatorische Entwicklung der in der Kandidatur von José Santos Sales vereinigten alternativen Gruppen und waren damit einverstanden, diese Klassen und Schichten - allerdings unter einer starken Regierungsführung - einerseits zu integrieren und andererseits dadurch von dem Einfluß der sozialistisch orientierten Organisationen fernzuhalten.¹ Die autoritären Tendenzen innerhalb des wiederhergestellten herrschenden Blocks waren in der Konservativen, Liberalen und Radikalen Partei zu finden. Sie hielten enge Verbindung zu ähnlich orientierten Offizieren, deren Hauptfigur der

¹ Ramírez, H.: Orígenes y formación...a.a.o. S. 169.

Kriegsminister der Regierung Alessandri, General Carlos Ibañez, war. In den Präsidentschaftswahlen setzte sich der Kandidat des herrschenden Blocks (180.000 Stimmen) gegen den Kandidaten José Santos Sales (80.000 Stimmen) durch.¹

Der Sieg des Mitgliedes der Konservativen Partei, Figueroa, symbolisiert die einheitliche Übereinstimmung in den Reihen der herrschenden Klassen. Die Stärkte dieser Regierung lag in der anfänglich geschlossenen Unterstützung der schon erwähnten sozio-politischen Gruppen und der Streitkräfte begründet, die bereits im Januar 1925 ihre Reihen von den konsequentesten oligarchischen Offizieren gesäubert hatten.

Diese anfänglich günstige Konstellation änderte sich jedoch, als die Regierung ihr Programm durchzuführen begann.

Die Durchführung sozio-ökonomischer Maßnahmen wurde sehr zögernd angegangen. Zweifelsohne war die ständige wirtschaftliche Notlage des Landes, die nach dem Ersten Weltkrieg nie richtig überwunden werden konnte, dafür verantwortlich, gleichzeitig aber auch die entschlossene Opposition bestimmter Interessensgruppen, die sich dieser oder jener Maßnahme widersetzen. Die konservativen Parlamentarier blockierten zum Beispiel die Verabschiedung eines progressiven Einkommenssteuergesetzes.

Die begrenzte Durchführung des während der Regierung Alessandri bewilligten sozio-ökonomischen Reformprogramms führte zu Protestbewegungen innerhalb der Mittelschichten und der Arbeiterschaft. Ende des Jahres 1926 riefen die Arbeiterorganisationen zu einem Generalstreik auf, der gewaltsam von den Streitkräften beendet wurde und mit der Einberufung des Ausnahmezustandes endete. Die Arbeiterkonflikte erreichten eine unbekannte Zuspitzung, da sich der Organisations- und Koordinierungsgrad innerhalb der Arbeiterschaft und zwischen der Arbeiterschaft und den radikalisierten Mittelschichten in der letzten Periode erhöht hatte.²

Bezüglich der Funktionsweise des Kongresses unter den Bedingungen einer präsidentialen Verfassung zeigten sich ähnliche Verfahrensweisen wie in der Periode des Parlamentarismus; es bildeten sich unzählige Fraktionen, die sich dieser oder jener Reformmaßnahme, wie den erwähnten progressiven Einkommenssteuergesetzen, widersetzen.³

1 Ramírez, H.: Orígenes y formación ...a.a.O. S. 150.

2 Montero, René: La verdad sobre Ibañez. Santiago de Chile 1952. S. 35 ff.

3 ebd. S. 20 ff

An dieser Stelle ist anzumerken, daß die Mitglieder des Senats im Grunde dieselben waren, die während der parlamentarischen Periode die politischen Entscheidungen bestimmt hatten.

Die dritte Schwierigkeit in der Durchführung der sozio-ökonomischen und politischen Reformen im Rahmen der neuen Verfassung lag nach der Meinung liberal-demokratisch orientierter Parlamentarier in den viel zu großen Einflußmöglichkeiten der Streitkräfte auf die Exekutive begründet.¹

Auch wenn die formale Teilhabe der Streitkräfte an der Regierung sich auf die Besetzung des Kriegsministeriums mit dem General Carlos Ibañez beschränkte, war ihre faktische Partizipation an Regierungsentscheidungen viel größer. Die Tatsache, daß nach der Intervention vom September 1924 das Militär das politische Feld nicht verließ, war ein wichtiger Streitpunkt in den Kongreßdiskussionen. Die Weigerung des Kongresses, während der Regierung Figueroa Militärausgaben zur Modernisierung und Verbesserung der materiellen Lage der Angehörigen der Streitkräfte zu bewilligen, soll als ein Versuch verstanden werden, die zunehmende politische Macht der Streitkräfte einzuschränken.²

In diesem Zusammenhang entstand eine neue Spaltung der im Parlament und Senat vertretenen zivilen Kräfte. Auf der einen Seite standen diejenigen Fraktionen, die eine Entwicklung innerhalb der neu entstandenen Verfassung befürworteten und auf der anderen Seite diejenigen Fraktionen, die sich für eine autoritäre Lösung der Krise einsetzten. Wir finden diesen Widerspruch praktisch in allen großen Parteien dieser Periode. Die autoritären Orientierungen gewannen jedoch zunehmenden Einfluß innerhalb dieser Gruppierungen.

"Beunruhigt durch die Situation im Lande riefen sie nach einer "starken Regierung", sie fanden die Unregierbarkeit des Landes unverantwortlich. Eine mächtige "Bewegung der Steuerzahler" - von Kapitalisten und Großgrundbesitzern initiiert - forderte die Revision des Steuersystems, die Durchführung protektionistischer Maßnahmen für die Industrie und die Lösung der langanhaltenden wirtschaftlichen Krise. Es wurde über die Unfähigkeit des Kongresses, die Gleichgültigkeit der Parteien und die Untätigkeit des Kongresses geklagt..."³

1 Nunn, Frederick: Emil Körner and the Prussianisation...a.a.O. S. 150.

2 Montero, René: La verdad sobre Ibañez....a.a.O. S. 21.

3 Ramírez, H.: Orígenes y formación...a.a.O. S. 154.

Diese Lage wurde durch einen Definitionsprozeß innerhalb der Streitkräfte begleitet, in dem diese durch autoritär-politische Konzeptionen homogenisiert wurden.

Nach dem Januar 1925 wurden zwei bedeutende populistische Fraktionen aus den Streitkräften ausgeschaltet.: erstens die Militärgruppe, die sich mit den Forderungen der radikalisierten Mittelschichten und der Arbeiterschaft identifizierten und sich unter der Führung von Marmaduke Grove für eine staatliche Politik mit Akzent auf "sozialen" Maßnahmen einsetzte und zweitens eine Gruppe, die sich unter der Führung des Generals Enrique Bravo für eine modernisierend - bürgerliche Politik einsetzte, und sich in Übereinstimmung mit den institutionellen Grundsätzen der Verfassung von 1925 befand.

Die Überlegenheit einer bürgerlich-autoritären Militärfraktion unter Führung des Kriegsministers Carlos Ibañez wurde bereits Mitte des Jahres 1926 deutlich.¹

Aufgrund einer zunehmend kritischer werdenden Lage und unter dem Druck der zivilen und militärischen autoritären Fraktionen wurde das Ministerkabinett im Februar 1927 gestürzt. Im neuen Kabinett übernahm der General Carlos Ibañez die Posten des Innen- und Kriegsministers. Drei Monate später, im Mai 1927, trat der Präsident der Republik zurück, denn es war unmöglich geworden, die Lage, die praktisch unter der Kontrolle der Streitkräfte war, zu kontrollieren. In den nachfolgenden Präsidentschaftswahlen (Mai 1927) siegte der einzige Kandidat, der sich zur Wahl stellte: General Carlos Ibañez.

Auf diese Weise übernahm das Militär in einem anscheinend verfassungsmäßigen Verfahren noch einmal bis Juli 1931 die ganz Macht im Staate. Die Regierung Ibanez wurde unter der Bezeichnung "legale Diktatur" bekannt.

3.4.5. Die Periode der Legalen Diktatur. Die Regierung von Carlos Ibañez (Mai 1927 bis Juli 1931)

Ibanez wurde während seiner Wahl und während der ersten Regierungsperiode durch politische Kräfte unterstützt, die fast das ganze Spektrum mit Ausnahme der Kommunistischen Partei umfaßten: Konservative, Liberale, Radikale,

1 Montero, René: La verdad sobre Ibañez...a.a.O. S. 20 ff.

Demokraten, USRACH - Anhänger, vor allem aber die Gesamtheit der Streitkräfte.

Gleichzeitig aber hatte seine Regierung eine noch nicht artikulierte potentielle Opposition, die den antidiktatorialen Fraktionen innerhalb derselben Parteien, die die neue Regierung unterstützten, angehörte. An dieser Stelle ist es notwendig, die Unterstützung durch Teile der Mittelschichten und der Arbeiterschaft zu erklären.

Das Versprechen auf eine Erhöhung der Fiskalausgaben, die Förderung der industriellen Produktion und der öffentlichen Arbeiten ließ innerhalb dieser Gruppen Erwartungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen entstehen. Da diese Versprechen nur bedingt in Erfüllung gingen, begaben sich diese Gruppierungen bald in die Opposition zur legalen Diktatur,

"Ibañez stellte sich als ein typischer Vertreter der Mittelschichten dar. Er beabsichtigte die Aufrechterhaltung der existierenden wirtschaftlichen Ordnung bei gleichzeitiger Durchführung einer reformistischen, demagogischen und in ihren Äußerlichkeiten spektakulären, sehr stark von faschistischen Konzeptionen geprägten Politik." 1

In einer Erklärung, die er aus Anlaß seiner Aufstellung zum Präsidentschaftskandidaten abgab, hatte Ibañez behauptet:

"Ich erwarte, daß unter meiner Administration die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden, um eine korporative Organisation der produktiven Kräfte der Nation einzuführen. Die Ausführung dieses Ideals wird zur Errichtung einer soliden und fruchtbaren Harmonie zwischen den verschiedenen Bestandteilen der Gesellschaft führen." 2

Im Februar hatte er behauptet:

"Es ist die Stunde gekommen die Rechnung zu begleichen. Es ist nicht mehr möglich, die böswillige Propaganda einiger weniger Berufspolitiker, noch die zersetzende Propaganda einiger weniger dreistiger Anarchisten hinzunehmen..."

Wir sind in einer bedauerlichen Lage geraten. Es gibt eine Abgeordnetenversammlung, die den Kommunisten huldigt, also denjenigen, die die Arbeitsfreiheit verletzen und die Arbeiter zur Subvention der öffentlichen Ordnung anspornen..."

Die Anarchisten gründen Zeitungen, predigen die soziale Revolution und rechnen darüberhinaus mit der kollektiven Feigheit des Landes... Der Zeitpunkt ist gekommen, um endgültig mit den roten Bindungen Moskaus zu brechen." 3

1 Ramírez, H.: Orígenes y formación...a.a.O. S. 158.

2 ebd. S. 159 - 160.

3 ebd. S. 159 - 160.

Die Ausführungen Ibañez zeigen in aller Deutlichkeit das Integrationsmodell, das er verfolgte. Sie entsprechen mit verblüffender Ähnlichkeit den Grundsätzen der Militärideologie, die sich in den letzten zwanzig Jahren in den chilenischen Streitkräften herausgebildet hatte.

Die Bedeutung der Regierung Ibañez und der Unterschied zu den anderen beiden Militärinterventionen dieser Periode liegt in der Tatsache begründet, daß ihre Postulate zum ersten Mal von einer überwältigenden Mehrheit der Streitkräfte getragen wurden und nun über einen längeren Zeitraum hinweg mit der Unterstützung bedeutender ziviler Stützen umgesetzt werden konnten.

Ein zentrales Merkmal der Regierung Ibañez war ihre zunehmende und umfassende repressive Tätigkeit, die sich besonders gegen die Federación Obrera de Chile (FOCH) (Arbeiterföderation Chiles), die Kommunistische Partei und die Anhänger der Unión Social de Asalariados de Chile (USRACH) richtete. Diese Organisationen wurden während dieser Regierung zu illegalen Organisationen erklärt.¹ Gleichzeitig versuchte die Regierung, parallele Arbeiterorganisationen wie die Confederación Republicana de Acción Cívica (CRAC) (Republikanische Konföderation der Zivilen Aktion) zur Unterstützung der Regierungspolitik zu gründen.²

In dem Maße, in dem die Regierung ihre Ziele nicht erreichen konnte, verstärkte sie ihre repressive Tätigkeit gegenüber den Angehörigen der Radikalen, Liberalen, Demokratischen und Konservativen Parteien aus, d.h. auf Vertreter derjenigen bürgerlichen Gruppen, die eine ähnliche sozio-ökonomische Politik wie die Regierung vertraten, jedoch entschieden die Diktatur als Regierungsform ablehnten.

Die repressive Politik wurde durch die Gründung einer einheitlichen Polizeikraft - Cuerpo de Carabineros - in dieser Periode ergänzt.

Die Polizei wurde dem Innenministerium untergeordnet und sollte ein Gegengewicht zu den Militärinstitutionen, in denen sich allmählich oppositionelle Fraktionen herausbildeten, dienen.

Die Regierung Ibañez bemühte sich gleichzeitig, beschränkte wirtschaftliche und administrative Reformen durchzuführen. Während dieser Periode wurde die öffentliche Verwaltung modernisiert, die nationale Industrieproduktion und die öffentlichen Arbeiten gefördert. Das Land lebte jedoch immer noch von seinen Exportprodukten.

¹ Ramírez, H.: Orígenes y formación...a.a.0. S. 163.

² ebd. S. 169.

Von all diesen Maßnahmen war die Errichtung des Instituts für industrielle Kredite zum Zweck der Förderung der industriellen Produktion von besonderer Bedeutung.

Das Kreditinstitut wurde vom Staat finanziert und war ein Teil eines Programms, das unter anderem protektionistische Maßnahmen und günstige Kreditbedingungen für die Industrie beinhaltete. Zum ersten Mal in der Geschichte Chiles übertrafen die industriellen Investitionen die Investitionen in der Landwirtschaft.¹

Diese industrielle Entwicklung kann nur sehr begrenzt als autonome industrielle Entwicklung bezeichnet werden, da viele der produktiven Aktivitäten von in Chile angesiedelten ausländischen Unternehmen, die die Kredit erleichterungen ausnutzten, vorangetrieben wurden und diese Programme auf Kosten einer zunehmenden Auslandsverschuldung des Staates finanziert wurden.²

Andererseits bedeutete die Förderung der Industrialisierung nicht die Vorherrschaft der industriellen Bourgeoisie Chiles im Gesellschaftsmodell, sondern vielmehr die Verlagerung der Investitionen der traditionellen Finanz- und landwirtschaftlichen Gruppen in den industriellen Sektor.³

Vom Gesichtspunkt der sozio-ökonomischen Effekte dieses Programmes aus betrachtet, war es darauf orientiert, eine Einkommens- und Beschäftigungserhöhung zu bewirken mit dem Ziel, die Mittelschichten und die Arbeiterschaft in das autoritär-politische Modell zu integrieren. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden, solange die Regierung über ausländische Kredite zur Finanzierung dieser Programme verfügte, also bis zum Ausbruch der weltwirtschaftlichen Krise im Jahre 1929. Bis zu diesem Zeitpunkt erhöhten sich Löhne und Gehälter, jedoch durch die Entwertung des Peso, die den Folgen der weltwirtschaftlichen Krise entgegenwirken sollte, sanken die Reallöhne um 40 Prozent im Zeitraum von 1929 bis 1932.⁴

Die sozio-ökonomischen Ergebnisse und ihre Folgen für die Machtstruktur des Landes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

"Chiles Wohlstand - basierend auf Beschäftigung, ausgeglichene Handelsbilanz, Wachstum der Export-Import-Aktivitäten, Stabilisierung der Währung und Wachstum des nationalen und Pro-Kopf-Einkommens - kann gesagt werden, hat nur zwischen März und Ende 1929 existiert... Handel, Finanzen, Industrie, Bergbau und Landwirtschaft blieben unter der Herrschaft der großen Familien und ihrer Verbündeten." 5

1 Faletto, E.u.a.: Génesis histórica...a.a.0. S. 70.

2 Pike, Frederick: Chile and the United States...a.a.0. S. 198.

3 Faletto, E.u.a.: Génesis histórica...a.a.0. S. 70.

4 Ebd. S. 71.

5 Nunn, Frederick: The military in Chilean History.....a.a.0. S. 167.

Im Jahre 1931 machten sich alle Folgen der weltwirtschaftlichen Krise und der nur oberflächlich durchgeführten Reformen der Regierung Ibanez bemerkbar. Die Exporteinkommen sanken, neue Auslandskredite konnten nicht beschafft und die Auslandsschulden nicht bezahlt werden. Die wirtschaftliche Tätigkeit im Lande erreichte einen Tiefpunkt und führte zum rapiden Ansteigen der Arbeitslosigkeit und zu Arbeitsstillegungen. Hierdurch wurden günstige Bedingungen für die Stärkung der oppositionellen Bewegung im Inland und durch die zahlreichen Exilanten auch im Ausland geschaffen. Bedeutende Unterstützung bekamen sie durch die oppositionellen Militärkräfte, die sich im Exil um die Personen des demokratisch-populistisch orientierten Alessandri, Anhänger des General Enrique Bravo und den sozial-populistisch orientierten Marmaduke Grove gruppierten.¹ Diese zivil-militärisch-oppositionelle Bewegung besaß in den Krisenjahren einen hohen Grad an politischer Artikulationsfähigkeit bezogen auf ihre Koordinierung und Organisation, die in einer nationalen Streikbewegung gipfelte und zum Sturz der legalen Diktatur Ibañez führte. An dieser Bewegung nahmen praktisch alle Parteien einschließlich derjenigen Fraktionen teil, die ursprünglich Ibanez unterstützt hatten.

3.4.5.1. Die Streitkräfte während der Regierung Ibañez

Die Existenz der Regierung Ibañez haben wir ausgehend von den Militärinterventionen vom Januar 1925 erklärt. Der Sieg des Militärpopulismus über die ausschließlich auf die traditionelle Oligarchie orientierten Generäle bedeutete nicht automatisch die Homogenisierung der Streitkräfte. Auch die an die Macht gekommenen populistischen Militärs vertraten verschiedene Richtungen innerhalb des breiten populistischen Spektrums. Nach der Intervention vom Januar 1925 profilierten sich deutlich drei Militärfraktionen in der Armee:

- Eine autoritär-populistische Mehrheitsfraktion, deren Ziele im Wesentlichen mit denen Alessandris übereinstimmten und die sich um General Ibanez gruppierte. Sie mißtraute den demokratischen Entscheidungs-

¹ Donoso, Ricardo. Alessandri agitador y demoledor. Tomo II. Mexiko 1954. S. 12 ff.

prozessen, vertrat eine entschlossene anti-sozialistische Haltung und bevorzugte die Anwendung repressiver Maßnahmen zur Lösung sozialer Konflikte.¹

- Eine populistisch-demokratische Fraktion um den General Enrique Bravo, die den politischen Absichten Alessandris sehr verbunden war. Der wesentliche Unterschied zur oben erwähnten Fraktion lag darin, daß sie die Entwicklung der politischen Prozesse im Rahmen der Verfassungsmäßigen Ordnung von 1925 entschieden unterstützte.

- Eine Fraktion um Marmaduke Grove, die wir als sozial-reformistisch (populistisch) bezeichnen. Sie setzte sich für eine reale sozio-politische Partizipation der Mittelschichten und der Arbeiterschaft ein, forderte eine ausgeprägte soziale Funktion des Staates und distanzierte sich von den oligarchischen Gruppen, ohne jedoch ursprünglich eine grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu fordern.

Es war die erste Fraktion, die unmittelbar nach der Intervention vom Januar 1925 die Hegemonie innerhalb der Armee erlangte, ohne jedoch anfangs die übrigen Fraktionen auszuschließen. Allmählich entwickelte sich ein Spannungsverhältnis, das erst während der Regierung Ibanez entschieden wurde. Diese Hegemonie drückte sich in der Ernennung Ibanez zum Kriegsminister im Januar 1925 aus. Als jener dieses Amt im Februar 1927 verließ, wurde es General Bartolomé Blanche übergeben, der die Orientierungen Ibanez teilte. Wie wir bereits gesehen haben, wurde Ibanez nach Verlassen des Kriegsministeriums bis März 1927 zum Innenminister ernannt, bis er zum Präsidenten der Republik gewählt wurde.

Die Marine andererseits opponierte zu Beginn der Militärintervention vom Januar 1925. Es waren Verhandlungen mit der Armee auf der Basis der Einschränkung des militärischen Potentials der Marine durch die Mobilisierung von Armeetruppen in die Häfen von Valparaiso und Talcahuano notwendig, um ihre Unterstützung an der Intervention zu sichern.

In der Marine gab es anfangs weder Veränderungen in ihrer organischen Struktur noch in ihrer historisch engen Beziehung zu den traditionellen oligarchischen Gruppen. Als die Ziele der Militärintervention im Januar 1925 im Wesentlichen erfüllt waren, stellte sich für die dominierende

¹ Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.o.S. 140.

Fraktion der Armee die Frage nach der kontrollierten Umsetzung dieser Maßnahmen auf der Basis der Wiederherstellung der Einheit im sozio-politisch herrschenden Block. Zur Erfüllung dieser Aufgabe zu einem Zeitpunkt, zu dem es noch theoretisch möglich gewesen wäre, diese Umsetzung im Rahmen der neuen verfassungsmäßigen Ordnung - der Wahl von Figueroa im Dezember 1925 - durchzuführen, war es jedoch erforderlich, die hierarchische Einheit der Streitkräfte, deren Disziplin sehr durch ihre aktive politische Beteiligung in Frage gestellt worden war, wiederherzustellen und zu homogenisieren. Diese Aufgabe war notwendiger denn je, da die reale Möglichkeit bestand, daß die durchgesetzten Reformen in einem deutlich anti-oligarchischen Prozeß enden würden.

Die neue militärische Einheit drückte sich in der Konsolidierung der hierarchischen Strukturen und dem Verbot für Offiziere bzw. Teile der Offiziere, sich politisch außerhalb der hierarchischen Strukturen zu äußern, aus.

Dies sollte jedoch keine Einschränkung der politischen Betätigung der Armee als Institution bedeuten. Es handelte sich eher um die Verstärkung ihres effektiven politischen Handelns im Sinne der Kontrolle der in Gang gesetzten gesellschaftlichen Prozesse.

Die Wiederherstellung der Einheit war somit politisch zweckmäßig, weil dieser Prozeß unter Führung der autoritär-populistischen Fraktion stattfand. Ibanez wurde nach dem Januar 1925 zum Obersten Kommandierenden Chef der Armee und zum Kriegsminister ernannt.

In Wirklichkeit kann festgestellt werden - wenn man die politische Orientierung der autoritären Fraktion mit der politisch-ideologischen Entwicklung der Streitkräfte in den letzten dreißig Jahren vergleicht-, daß die integrationistische gesellschaftliche Auffassung, die Forderung nach Erfüllung der korporativen Bedürfnisse und das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung, die in all diesen Jahren von der Armee verinnerlicht worden waren, am hervorragendsten von dieser Militärfraktion vertreten wurden. So war diese Fraktion innerhalb der Armee nicht nur zahlenmäßig stark, und nahm eine entscheidende Stellung in der hierarchischen Struktur ein, sondern sie besaß auch eine militär-ideologische (konzeptionelle, doktrinäre) Legitimität und Überlegenheit gegenüber den übrigen Fraktionen.

Für die anderen beiden Fraktionen bildete sie, da sie die dominierende Militärfraktion war, eine latente Bedrohung. Sie konnten solange überleben, wie sie sich den Entscheidungen der bedeutenden Militärgruppe unterordneten. Die sozial-reformistische Fraktion Groves zeigte ihre Unterschiede zum Kandidaten der "nationalen Einheit", Emiliano Figueroa, anlässlich der Präsidentschaftswahlen vom Oktober 1925, als er den Kandidat einer intellektuellen radikalisierten Minderheit, Vivente Huidobro - gegenüber den Kandidaten Santos Salas und Figueroa bedeutungslos - unterstützte.¹ Die spätere kritische Haltung Groves, die in der Nichterfüllung der versprochenen sozialen Reformmaßnahmen während der Regierung Figueroas² begründet lag, führte zu seiner Befürwortung von Waffenkäufen in Europa; hierdurch verlor er jede Möglichkeit, an Einfluß innerhalb der chilenischen Armee zu gewinnen. Spätere Treffen Groves mit oppositionellen Exilpolitikern im Jahre 1928 führten zu seinem Ausschluß aus der Armee.

Die populistisch-demokratische Fraktion verlor entsprechend an Einfluß, wie autoritäre Tendenzen in den Streitkräften und in der Gesellschaft während der Regierung Figueroa zunahmen.

Der General Enrique Bravo wurde im Jahre 1928 aus der Armee ausgeschlossen, danach zählte er zur exilierten Opposition. Wenige Monate zuvor war schon der ehemalige Präsident der Republik, Alessandri, ins Exil gegangen.

Die Marine blieb bis zum Jahre 1927 ohne bedeutende Veränderungen. Von vornherein gab es ein Spannungsverhältnis zwischen Marine und Armee; dieses lag begründet in der Tatsache einer sehr engen und ausschließlichen Bindung an die traditionellen konservativen Gruppen. Das Spannungsverhältnis hatte negative Folgen für die Vertretung der konservativen Interessen durch die Marine. Da sie praktisch gezwungen war, an der Militärintervention teilzunehmen, überließ sie faktisch der Armee die Kontrolle der gesellschaftlicher Prozesse. Dies erklärt zum Beispiel, weshalb materielle Verbesserungen ausschließlich die Armee begünstigt hatten. Darüberhinaus hatte der erzwungene Rücktritt fast aller der traditionellen Oligarchie nahestehenden Offiziere im Januar 1925 die Beförderungsmöglichkeiten der Offiziere, die in der Hierarchie der Armee folgten, verbessert. Diese Situation gab es jedoch in der Marine nicht. All diese Faktoren beunruhigten die jungen Offiziere in der Marine.

1 Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O.S.159ff.

2 Thomas, J.R.: The Evolution of a Chilean Socialist: Marmaduke Grove. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 47. Nr. 1. Februar 1967. S. 24.
Thomas, J.R.: Marmaduke Grove: A Political Biography. Dissertation. The Ohio University Press 1962. S. 132 ff.

Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 157ff

Für die Armee stellten sich die Probleme der Marine wie folgt dar: Im Kontext der Schwächung der Regierung Figueroas konnte eine autoritäre Lösung der Krise erst unternommen werden nachdem die Unterstützung und Homogenität der Marine durch die dominierende Fraktion in der Armee sichergestellt werden konnte. Die Ereignisse von 1891, in denen Marine und Armee unterschiedliche Positionen vertraten, wog schwer im Kalkül der Armee.

So entstanden aus dem Inneren von Marine und Armee günstige Bedingungen, um Änderungen bei den Seestreitkräften mit dem Ziel ihrer Homogenisierung unter die Richtlinien der herrschenden Armeefraktion.

Im Januar 1927

"Einige dissidente Kapitäne der Marine kamen nach Santiago um mit Ibañez zu sprechen. Sie waren beeindruckt von Zugeständnissen, die er für die Armee erreicht hatte - Beförderungen, Solderhöhungen und ähnliches - und sie wollten eine Modernisierung der Marine. Sie wollten die gleiche Errungenschaft für die Marine, die die Ereignisse von 1924 und 1925 für die Armee gebracht hatten." ¹

Mit Unterstützung der jungen Marineoffiziere war es aufgrund einer unbestrittenen Hegemonie in der Armee und der praktischen Kontrolle über die Regierung nicht schwer, alle Admiräle zum Rücktritt zu zwingen. Damit erlangte die autoritäre Fraktion in der Armee eine zusätzliche Verstärkung zur Errichtung einer autoritären Regierung. Mit all dieser Unterstützung begab man sich daran, die Regierung Figueroa zum Rücktritt zu zwingen. Nachdem Ibañez die Regierung übernommen hatte, war seine zentrale Aufgabe die Konsolidierung der Macht der Regierung im Staate und die Stärkung der Militärinstitution.

Die Gründung einer einheitlichen Polizei war eine zentrale Maßnahme zur Festigung der Position der Regierung im Staate. Bis jetzt hatten drei Körperschaften existiert, die polizeiliche Aufgaben ausführten: die Fiskalpolizei, die Kommunalpolizei und die Carabinieri. Die Kommunale Polizei hatte historische Bedeutung gehabt, weil sie eine lokale Polizeikraft war, die zur regionalen Macht der Agraroligarchie beigetragen hatte.²

1 Nunn, Frederick: The military in Chilean History.....a.a.O. S. 155.
Tarr, Terence S.: Military Intervention and Civilian Reaction in Chile.
Dissertation. University of Florida 1960. S. 189 - 190.

2 Montero, René: La verdad sobre Ibañez...a.a.O. S. 85.
Joxe, Alain: Las fuerzas armadas ...a.a.O.S. 65.
Varas, A./Agüero, F./Bustamante, F.: Chile, democracia, Fuerzas Armadas.
Santiago de Chile 1980. S. 68.

Mit der Bildung der einheitlichen Polizei im April 1927 - Cuerpo de Carabineros - wurden die polizeilichen Funktionen vereinheitlicht, umorganisiert und wie wir gesehen haben militarisiert. Das Korp der Carabinieri sollte dem Innenministerium untergeordnet werden, was praktisch eine neue bewaffnete Kraft im Dienste des Staates bedeutete, die insbesondere der Exekutive zur Verfügung stand. Die neue Polizei war in ganz Chile organisiert ¹, ihre Offiziersschule war von der Armee unabhängig. Ihre Aufgabe war es, die öffentliche Ordnung - natürlich auch in ihren politischen Dimensionen - aufrechtzuerhalten. So konnte einige Zeit später die Aktion der einheitlichen Polizei wie folgt bewertet werden:

"Die durch die Institution der Carabinieri Chiles erreichte Entwicklung ist von beträchtlicher Bedeutung als Faktor national-sozialer Ökonomie. Die Streiks, die generellen Arbeitsniederlegungen, die anarchistischen Demonstrationen mit ihren roten Fahnen, die Rebellion, die ungesunden Reden sind verschwunden, ohne Spuren zu hinterlassen. Die gesunde Amputation der faulen Gliedmaßen hat den restlichen Leib der Nation gerettet." ²

Darüberhinaus sollte die Polizei eine weiter politische Funktion innerhalb der chilenischen Machtverhältnisse wahrnehmen. Trotz der Homogenisierung der Streitkräfte unter die Regierungspolitik waren die letzten Militärinterventionen (1924 und 1925) immer noch Ereignisse, die in frischer Erinnerung waren. Niemand konnte sicher sein, daß neue Spaltungen, die übrigens die Stabilität der Regierung in Frage stellen würde, ausgeschlossen waren. Die Kontrolle des Korps der Carabinieri durch die Exekutive sollte auch dazu dienen, dieser Möglichkeit entgegentreten zu können. Das erklärt das bedeutende zahlenmäßige Gewicht der Polizei. Während im Jahre 1928 die Armee 25.000 Mann und 1.200 Offiziere zählte, zählte die Polizei 19.000 Mann und ca. 750 Offiziere. ³ Die Streitkräfte wurden insbesondere durch Modernisierungsmaßnahmen und durch die Verbesserung der materiellen Lage der Angehörigen der Streitkräfte gestärkt. ⁴

1 Varas, A.u.a.: Chile, democracia, Fuerzas Armadas...a.a.O. S. 68.

2 Sanchez del Pozo, Vicente: Régimen legal de Carabineros. Tesis de Derecho. Santiago de Chile 1930. S. 32. Zit. nach Joxe, Alain: Las fuerzas armadas...a.a.O. S. 160.

3 Nunn, Frederick: The military in Chilean History.....a.a.O. S. 171.

4 ebd. S. 169.

In der Armee erreichten während der Regierung Ibañez die Beziehungen zur deutschen Wehrmacht einen Höhepunkt in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, was die Waffenanschaffungen in Deutschland wachsen ließ. Die Marine wurde von einer britischen Mission beraten, die grundsätzliche Reformen und ein umfangreiches Modernisierungsprogramm durchführte.¹

Ähnliche Modernisierungsmaßnahmen wurden in den Seehäfen und Marinestützpunkten von Valparaíso und Talcahuano unternommen.

die Luftwaffe, die bis dahin als Luftfahrtabteilung der Heeresführung untergeordnet war, wurde in diesen Jahren zur modernsten Luftwaffenorganisation Lateinamerikas.²

Die Modernisierung der Streitkräfte war ein wichtiges Instrument zur Unterordnung der Streitkräfte unter die Regierung und erklärt zum größten Teil den mangelnden Widerstand innerhalb der Streitkräfte gegenüber der Regierungspolitik, auch zur Zeit einer zunehmenden wirtschaftlichen Krise und der Entstehung einer immer breiter werdenden zivilen Opposition. Die einzige artikulierte Militäropposition in diesen Jahren war die im Exil existente Opposition von Grove und Bravo.³

Der Sturz Ibañez war im Wesentlichen die Folge der zivilen Opposition gegenüber der Regierung.

Die Regierungsänderung bedeutet jedoch weder eine Umstrukturierung der Armeehierarchie noch eine Änderung in der militär-ideologischen Orientierung der chilenischen Streitkräfte.

Ibañez war nun gezwungen, das Land zu verlassen.

Bezüglich des Kräfteverhältnisses innerhalb der Armee war die Tatsache wichtig, daß in Folge der Ablehnung der Streitkräfte durch die zivilen Kräfte ein Moment der völligen Verunsicherung in den bewaffneten Institutionen auftrat. Dadurch eröffnete sich die Möglichkeit für andere - vorher unterdrückte - Militärfraktionen innerhalb der Streitkräfte, Einfluß zu nehmen, wie wir später sehen werden.

1 Nunn, Frederick: The military in Chilean History.....a.a.O. S. 169.

2 Varas, A.u.a.: Chile, democracia, Fuerzas Armadas...a.a.O. S. 69.

3 Donoso, Ricardo. Alessandri agitador y demoledor. Tomo II....a.a.O. S. 12 ff.

Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 159 ff.

3.4.6. Der Übergang zur Demokratie: Vom Sturz der Regierung Ibañez bis zur erneuten Wahl Alessandris (26.7.31 - 3.10.32)

Der Höhepunkt der gesamten, untersuchten Periode (1924 - 32) war die legale Diktatur von Carlos Ibanez. So wie die unmittelbar vorhergehende, zur Regierung Ibanez führende Periode untersucht worden ist, soll auch die darauffolgende analysiert werden. Nur so kann man eine umfassende Vorstellung von den Grenzen und Möglichkeiten der Streitkräfte bzw. der Auswirkungen der Existenz verschiedener sozio-politischer Orientierungen innerhalb der bewaffneten Institution bekommen. Für die Übergangsperiode von der legalen Diktatur bis zur Wiederherstellung der Demokratie bestand das zentrale politische Wirken der Streitkräfte in der Errichtung der "Sozialistischen Republik" der 100 Tage.¹

Der Zusammenschluß alternativer Kräfte, der zum Sturz von Ibanez führte, verfügte nicht über ein alternatives Wirtschaftsprogramm zur Überwindung der existierenden Krise und war damit gezwungen, die Wirtschaft in einer Form zu verwalten, die sich nicht von dem Programm der gestützten Regierung unterschied. Die entscheidende Forderung dieser Kräfte war der Sturz der legalen Diktatur, um die politischen Prozesse auf der Grundlage der Verfassung von 1925 zu fördern.

¹ Dieser allgemein anerkannte Begriff der sozialistischen Republik der 100 Tage darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser Zeit zwei unterschiedliche Konzeptionen die Regierungsgewalt erlangen konnten. Das inhaltliche Profil dieser Konzeptionen wird unten eingehend erläutert werden.

Im Vorfeld dieser Ereignisse war es schon einmal zu einer spektakulären Aktion gekommen, als nämlich meuternde Marinesoldaten das Kommando über die Flotte übernahmen. Auch wenn sich die meuternden Matrosen nach der Niederschlagung des Aufstandes nicht wieder in einem solchen Maße reorganisieren konnten, erweist sich dieses Ereignis doch als Phänomen einer relativen Labilität und Krisenanfälligkeit der Streitkräfte nach dem Sturz der Ibañez-Regierung.

Vgl. Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.o. S. 391 - 504.

Merino, José T.: La armada nacional y la dictadura militar. Santiago de Chile. 1932. S. 13 - 16.

Justo, Liborio: La sublevación de la escuadra. In: Punto Final. (Suplemento). Nr. 140. Santiago de Chile. Septiembre 1971.

Eine Ausnahme innerhalb der oppositionellen Strömungen bildeten verschiedene politische Gruppierungen, die die Positionen der Kleinbourgeoisie und der Arbeiterschaft im Sinne der Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems vertraten. Nach dem Sturz der legalen Diktatur bildeten sich verschiedene fortschrittliche Gruppierungen¹ wie die Nueva Accion Politica (NAP - Neue politische Aktion), die Accion Revolucionaria Socialista (Revolutionäre Sozialistische Aktion), die Partido Socialista Marxista (Marxistische Sozialistische Partei), die Partido Socialista Unificado (Sozialistische Einheitspartei) und die Gruppe Orden Socialista (Sozialistische Ordnung). Fast alle diese Gruppierungen stammen aus der USRACH, die den Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 1925, Jose Santos Salos, aufgestellt hatten und die sich im April 1933 in der Sozialistischen Partei Chiles zusammenschlossen. Dazu zählte auch die nach dem Sturz von Ibanez legal wirkende kommunistische Partei Chiles.

Die sozialistisch orientierten politischen Organisationen waren jedoch nicht in der Lage, die breite Unzufriedenheit zugunsten ihrer Positionen zu kanalisieren, zum einen wegen der Repression, der sie während der Regierung Ibanez ausgesetzt waren, zum anderen wegen der sich am Anfang befindenden ideologischen Organisations- und Definitionsphase, in der sich die Mehrheit unter ihnen befand.

Unter diesen Umständen waren es die demokratisch bürgerlichen Kräfte, die die Protestbewegung gegen Ibanez führen konnte. Die Gesamtheit der politischen Vertretungsorgane der herrschenden Klassen und die Mehrheit der Mittelschichten unterstützte diese Alternative.

Während die alten Strukturen und ideologischen Inhalte innerhalb der Streitkräfte nicht geändert wurden, entstand jedoch insofern eine neue Lage, als die Positionen, die in den vorangegangenen Jahren aus den Streitkräften ausgeschlossen waren (Grove, Bravo u.a.), nun reintegriert wurden. Damit finden wir in den Streitkräften die gleichen Tendenzen, aus denen die Intervention von 1925 entstanden war. Den Unterschied zur damaligen Situation lag in der sozial-populistischen Fraktion unter der Führung von Grove. Die Position, die sich früher für eine Verstärkung der Rolle des Staates und für die Beteiligung der Mittelschichten an den politischen Entscheidungsprozessen einsetzte, erfuhr einen ähnlichen Evolutionsprozeß wie die der fortschrittlichen Vertreter der Mittelschicht und setzt sich in

1 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 185.

der nach-diktatorischen Phase für ein Programm sozialistischer Orientierung ein.¹

Unter diesen Umständen kehrten die Streitkräfte entgegen den Vorstellungen der bürgerlich-demokratischen Bewegung nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben zurück. Es blieb vielmehr eine latente Interventionsmöglichkeit bestehen.

In diesem politischen Kontext und mit der Perspektive der Wiedereinführung der Demokratie wurden Neuwahlen ausgeschrieben, die der gemeinsame Kandidat der demokratisch orientierten, herrschenden Gruppen Juan Esteban Montero gewann (Oktober 1931). Ohne ein Programm striktureller Veränderungen war er praktisch gezwungen, ähnliche Wirtschaftsmaßnahmen wie die gestürzte Regierung zu ergreifen. Damit waren die Rahmenbedingungen für neue Regierungsstürze und -veränderungen gegeben.

In kürzester Zeit hatte diese Regierung jede soziale Unterstützung verloren und nach einigen Monaten der Regierungsausübung kämpften wiederum jene drei erwähnten Strömungen um die Macht im Staat:

eine populistisch-demokratische unter der Führung Alessandris;

eine populistisch-autoritäre, in der die Anhänger Ibanéz zusammengeschlossen waren;

und eine sozial-populistische, die im Verlauf dieses Prozesses sozialistische Positionen übernahm.

Diese drei Tendenzen fanden aufgrund des sozio-politischen Charakters dieser Prozesse zivile und militärische Anhänger.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß unter den post-diktatorischen Rahmenbedingungen die beiden zuletzt genannten zivil-militärischen Fraktionen ihre politischen Postulate entweder anders darstellten als die Vertreter des autoritären Populismus, oder einen politisch-ideologischen Prozeß durchgemacht haben, wie im Fall der sozio-reformistischen Fraktion.

¹ Thomas, J.R.: The Evolution...a.a.O. S. 27.

Thomas, J.R.: Marmaduke Grove...a.a.O. S. 132 ff.

Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 358 ff.

Faletto, E.u.a.: Génesis historia...a.a.O. S. 97.

Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 799 ff.

Die Anhänger Ibañez postulierten in dieser Periode diverse Maßnahmen, die sie als sozialistisch bezeichneten¹, die im Grunde jedoch nicht über den Rahmen eines kapitalistischen Systems mit starker Beteiligung des Staates hinausgingen. Die Vertreter der ursprünglich sozial-reformistischen Richtung sahen nun die Notwendigkeit, mit der bestehenden abhängigen kapitalistischen Ordnung zu brechen. In der Überwindung der Eigentumsverhältnisse, der Abhängigkeit Chiles vom Auslandskapital und der latifundistischen Agrarstruktur sahen sie die Möglichkeit, die sozio-ökonomischen Probleme Chiles zu lösen.²

Innerhalb der Streitkräfte vertrat diese Position der Kommandierende Chef der im Jahre 1931 gegründeten chilenischen Luftwaffe, Oberst Grove. Diese Strömung hatte während der kurzen Regierungszeit Monteros besonderen Einfluß in der Luftwaffe, fand aber auch Anhänger in Marine und Armee. Innerhalb der zivilen Gruppierungen wurde die sozialistische Fraktion von dem späteren Mitbegründer der Sozialistischen Partei Chiles, Eugenio Matte, vertreten.

Die punktuelle politische Übereinstimmung der zuletzt genannten Fraktionen setzte der Regierung Montero durch den Staatsstreich vom 4.6.32 ein Ende. Als Folge dieses Staatsstreiches bildete sich eine zivil-militärische Regierungsjunta, der General Puga - ohne feste Bindung an eine an der Regierung beteiligten Fraktionen-, der Vertreter der autoritär-populistischen Fraktion, Carlos Dávila, und der Vertreter der sozialistischen Fraktion, Eugenio Matte, angehörten. Oberst Grove wurde zum Verteidigungsminister ernannt. Nach einer Verschiebung ihrer sozio-politischen Schwerpunkte blieb die neue Regierung nur etwa 100 Tage im Amt und beabsichtigte währenddessen eine sozialistische Republik in Chile zu errichten.

Zwei Phasen zeigen die wechselnde Vorherrschaft der verschiedenen Fraktionen. In der ersten Phase setzte sich die sozialistische Fraktion durch (4.6.32 - 16.6.32). In diesen zwölf Tagen gelang es ihnen aber nicht, ihre programmatischen Vorschläge vollends durchzusetzen.³ Diese Phase endete mit dem Ausschluß der bedeutenden sozialistischen Vertreter (Grove und Matte) aus der Regierung. Die historische Bedeutung dieser zwöftägigen Regierung liegt darin, daß es zum ersten Mal in der Geschichte Chiles Vertretern einer sozialistischen Alternative möglich wurde, Regierungs-

1 Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.o.S.725ff.

2 ebd.

3 ebd. S. 725 ff.

verantwortung zu übernehmen und dabei von bedeutenden Teilen der Streitkräfte unterstützt zu werden. Diese Regierung wurde zwar massiv aus der Bevölkerung unterstützt, war jedoch nicht in der Lage, eine breite politische Basis zu organisieren.

Die zweite Phase war durch die Vorherrschaft der autoritär-populistischen Fraktion und durch den Ausschluß der sozialistischen Kräfte gekennzeichnet. Die Regierung wurde von Carlos Davila geführt und konnte insbesondere mit der Unterstützung der Armee rechnen. Sie führte kaum andere Maßnahmen durch als die ähnlich orientierte legale Diktatur Ibanez. Zu den wichtigsten, durchgeführten Maßnahmen gehörte das Erlassen einer Reihe von Gesetzesdekreten (decretos con fuerza de Ley), die die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates ausweiteten, z.B. die Möglichkeit der Enteignung privaten Besitzes vorsahen.¹ Keines der neuen Gesetze wurde aber in diesen Monaten vollzogen.

Die Stellung der Regierung in der Periode des Übergangs von der legalen Diktatur Ibanez bis zur Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse war äußerst instabil. Man kann eher von einer Reihe politisch-militärischer Experimente sprechen, bei denen sich keine der konkurrierenden Fraktionen durchsetzen konnte.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten in Bezug auf die wirtschaftliche und politische Krise konfrontiert wie die Regierungen Ibanez und Montero, sah sich die Regierung Davila im September 1932 gezwungen zurückzutreten. Damit ging eine achtjährige Periode zu Ende, in denen die Streitkräfte trotz der Existenz demokratisch gewählter ziviler Regierungen eine zentrale Rolle im Staate spielten. In diesen Jahren wurden alle für diese Epoche erdenklichen Regierungsformen erprobt, eine neue politische Verfassung trat in Kraft, es wurde aber keine sozio-ökonomische Änderung im Lande durchgeführt. Am Ende der Regierung Davila war es für alle politischen Kräfte deutlich, daß eine Politik der Militärinterventionen und Gegeninterventionen nicht in der Lage war, starke und stabile politische Bündnisse zu errichten.

Auf der anderen Seite waren die Streitkräfte vor allem wegen ihrer Unfähigkeit, die sozio-ökonomischen Probleme des Landes zu lösen und solide politische Strukturen zu etablieren, isoliert und bei der zivilen Bevölkerung in Mißkredit geraten. Es wäre nach diesen politisch-militärischen

¹ Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O.
S. 86 ff.

Experimenten kaum möglich gewesen, zivile Unterstützung für neue Militär-initiativen zu gewinnen.

Aus diesen Gründen und nach einer totalen Ausschöpfung militärischer Alternativen, wuchs die Erkenntnis bei den zivilen politischen Kräften nach der Notwendigkeit, ein breites politisches Bündnis unter Einschluß aller aktiven sozio-politischen Gruppierungen zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise auf der Basis der Verfassung von 1925 zu bilden.

Die Umstände für diesen neuen Versuch bzw. Konsens waren diesmal günstiger als bei ähnlichen Versuchen, die nach 1924 stattgefunden haben, da die zivilen und militärischen Fraktionen, die eine autoritäre Lösung der Krise befürworteten, isoliert und handlungsfähig waren.

So schlossen sich nach einem Jahr der politischen Instabilität Konservative, Liberale und Radikale um die Person des ehemaligen Präsidenten der Republik, Arturo Alessandri zusammen.¹ Im Oktober 1932 wurde Alessandri wiederum gewählt, mit einem Programm, das auf der wirtschaftlichen Ebene keine bedeutenden Unterschiede zum Programm Ibañez aufwies, jedoch von dem Umstand begünstigt wurde, daß eine Belebung der Weltwirtschaft in Sicht war. Zu dieser Wahl kandidierten auch die Vertreter der sozialistisch orientierten Gruppen um Grove und der Vertreter der kommunistischen Partei, Elias Laferte, die aber beide keine bedeutende Unterstützung bekamen.

3.5. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie. Die Regierung Arturo Alessandris (1932 - 1938)

Die Regierung Alessandris war die erste Regierung - noch in den Jahren politischer Instabilität -, die ihr Amt im Rahmen der neuen verfassungsmäßigen Ordnung antrat. Ein wichtiger Faktor, der zur Stabilität dieser Regierung beitrug, war die Tatsache, daß die neue politische Ordnung theoretisch und praktisch von allen politischen Parteien unterstützt wurde. Alle Parteien setzten sich dafür ein, die gesellschaftlichen Widersprüche im Rahmen der neuen Verfassungsordnung auszutragen.

Eine zentrale Bemühung der neuen Regierung war die Durchführung diverser Maßnahmen zur Einschränkung der politischen Macht der Streitkräfte. Die Regierung bildete die "Republikanischen Milizen", eine zivile Körperschaft,

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor....a.a.0. S. 120 ff.

die von der Exekutive unterstützt wurde und sich aus Angehörigen der Liberalen und Konservativen Partei zusammensetzte.¹ Die "Republikanische Miliz" hatte etwa 10.000 Mitglieder und sollte ein Gegengewicht bei einer eventuellen Intervention der Streitkräfte darstellen. Die Teilnahme der Angehörigen der rechten Parteien ist damit zu erklären, daß mit der Errichtung der zwölftägigen sozialistischen Republik für die herrschenden Klassen zum ersten Mal deutlich wurde, daß die Möglichkeit einer Militärintervention anti-oligarchischer Natur real war. Dazu kam, daß die Stabilisierung der neuen herrschenden Einheit eine klare Hegemonie dieser Gruppen auch auf dem militärischen Gebiet voraussetzte.

Wegen ihres eindeutigen Klassencharakters wurden die republikanischen Milizen von den linken oppositionellen Kräften als die "Sturmabteilung" der herrschenden Klassen bezeichnet. Eine wachsende Opposition gegenüber den Milizen und eine Destabilisierung der politischen Verhältnisse zwangen die Regierung im Jahr 1935 zum Rücktritt.²

Die Integration der Mittelschichten durch die Teilnahme der Radikalen Partei an der Regierungsallianz konnte nur vorübergehend, und zwar bis zum Jahre 1935, erreicht werden. Die eindeutige Kontrolle der Regierung von Seiten der Liberalen und Konservativen, die langsame Belebung der Wirtschaft nach der Krise von 1929 und die geringen Umverteilungsmöglichkeiten zugunsten der Mittelschichten trieb die radikale Partei im Jahre 1935 in die Opposition. Während der Regierung Alessandris setzte sich der Radikalisierungsprozeß von bedeutenden Teilen der Mittelschicht und der Arbeiterschaft fort. Wie bereits ausgeführt, identifizierten sich Teile der Mittelschichten und Arbeiter bereits im Jahre 1925 mit der Gründung der USRACH mit sozial-reformistischen Konzeptionen. Im Jahre 1932 sympathisierten diese Gruppen eindeutig mit der Orientierung der zwölftägigen sozialistischen Republik. Im Jahre 1933 gründeten diese Gruppierungen die Sozialistische Partei Chiles.

Die Sozialistische Partei setzte sich aus einer Reihe heterogener, kleinerer politischer Strömungen zusammen, die ein breites Spektrum - von sozialdemokratischen bis zu anarchistischen Tendenzen - umfaßten. In ihrem

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor... a.a.o. S. 127 - 128.
Tarr, Terence S.: Military Intervention...a.a.o. S. 149 ff.

2 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor...a.a.o. S. 127 - 128.

programmatischen Grundsatz wurde die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution mit nationalem Charakter, also unter Berücksichtigung der partikularen Bedingungen der sozio-ökonomischen Gesellschaftsformation Chiles, betont.¹ In Bezug auf ihre internationalen Beziehungen fällt die Sozialistische Partei den autonomen, nationalen Charakter ihrer Organisation heraus. Damit wollten sich die Sozialisten einerseits eindeutig gegen die kapitalistische Herrschaft im Lande abgrenzen, andererseits ihr eigenes sozialistisches Profil, beziehungsweise die Unterschiede zur damaligen Kommunistischen Partei, deutlich machen.

Im Jahre 1935 rief die Sozialistische Partei alle politischen linken Gruppierungen und gewerkschaftlichen Organisationen zur Bildung eines "Blocks der linken Kräfte" auf, mit dem Ziel, eine eindeutige politische Alternative zur Politik Alessandris zu bilden. Die Kommunistische Partei schloß sich dem Block der Linken nicht an, suchte jedoch kurz darauf ebenfalls ein politisch alternatives Bündnis zu bilden.

Der VII. Kongress der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 formulierte für die Kommunistischen Parteien Europas die Aufgabe, eine breite sozio-politische Volksfront zur Bekämpfung des Faschismus anzustreben. Diese Richtlinien wurden von der Kommunistischen Partei Chiles übernommen und den politischen Bedingungen Chiles angepaßt. Sie schlugen die Bildung einer breiten Volksfront mit folgenden programmatischen Zielen vor:²

- Durchführung einer Agrarreform
- Förderung der autonomen Industrialisierung und einer nationalen Bourgeoisie (Prinzip der Vollendung der bürgerlichen Revolution in Chile)
- Umverteilung von Löhnen und Gehältern
- Errichtung einer fortschrittlichen bürgerlichen Demokratie auf der politischen Ebene.

Diese Vorschläge schafften die Grundlage für eine politische Übereinkunft mit dem "Block der linken Kräfte" und der Radikalen Partei. Dies führte zur Bildung einer Volksfront, die sich bei den Wahlen des Jahres 1938 gegen die Kandidatur der Liberalen und Konservativen Partei durchsetzen konnte. Mit der Regierungsübernahme der Volksfront im Jahre 1938 gelang es zum

1 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 197 - 201.

Jobet, J.C.: El Partido Socialista de Chile. Tomo I. Santiago de Chile 1971. S. 38 ff.

2 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.O. S. 198 ff.

ersten Mal in der Geschichte Chiles, eine eindeutige Alternative zu den herrschenden Klassen und deren Form der Kontrolle der Exekutive durchzusetzen.¹

Mit der Wahl der Volksfrontregierung ging eine bedeutende Periode sozio-politischer Auseinandersetzungen zu Ende, bei denen die Streitkräfte eine zentrale Rolle spielten und in denen es neuen sozialen und politischen Kräften gelang, die gesellschaftlichen Ereignisse mitzubestimmen.

3.6. Schlußfolgerungen zur sozio-politischen Rolle der Streitkräfte während der untersuchten Periode

Wir wollen an dieser Stelle die wesentlichen sozio-politischen Funktionen der Streitkräfte in der untersuchten Periode analysieren. Bei dieser Analyse gehen wir davon aus, daß die chilenischen Streitkräfte im wesentlichen nicht über den von den herrschenden Gruppen - in ihren liberalen wie konservativen Varianten - bestimmten Rahmenbedingungen hinaus handelten, obwohl sie Militärinterventionen mit verschiedenen sozio-politischen Akzenten durchführten. Die einzige Ausnahme bildete die kurzlebige zwölfwältige, sozialistische Republik.

Die Streitkräfte als Bewahrer der materiellen Interessen der herrschenden Klassen

Wenn man die gesamte, zu untersuchende Periode betrachtet und von Ausnahmen (zwölfwältige sozialistische Republik) absieht, kann behauptet werden, daß die Streitkräfte stets, jedoch in unterschiedlicher Form, zur Aufrechterhaltung der grundlegenden materiellen Interessen der herrschenden Klassen beitrugen.

Während der Periode der traditionellen oligarchischen Herrschaft (1891 - 1924) ist diese Rolle - wie bereits gesehen - leichter nachzuweisen. In der Periode der direkten Militärinterventionen blieb diese Rolle unverändert, obwohl sich die sozio-politische Orientierung der Interventionen punktuell verlagerte. Es ist für die Periode der Militärinterventionen bezeichnend, daß trotz der Einführung sozio-ökonomischer und politischer

¹ Faletto, E.u.a.: Génesis histórica...a.a.0. S. 108 ff.

Reformen die ökonomische Macht der Agrar-, Finanz- und Handelsoligarchie und später der industriellen Bourgeoisie in keiner Weise angetastet wurde.

Die Streitkräfte als Bewahrer der Einheit der herrschenden Klassen

Am Ende der ersten Regierungsperiode Alessandris schienen die Widersprüche zwischen der traditionellen und konservativen Oligarchie und der "modernisierenden" Bourgeoisie unüberbrückbar. Keine politische Instanz war in der Lage, zwischen beiden Interessenslagen eine schlichtende Funktion zu spielen.

Der Verdienst der Streitkräfte war es in dieser Situation, die Durchsetzung eines neuen politischen, bürgerlichen Systems und eine Reihe wirtschaftlicher Reformmaßnahmen im Jahre 1925 zu unterstützen. Dadurch wurde eine neue Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit von konservativen und liberalen Fraktionen des herrschenden Blocks auf der Basis einer Verfassungsordnung geschaffen, die gleichzeitig eine bedingte Partizipation der Mittelschichten und der Arbeiterschaft ermöglichte.

Dies war schließlich die Formel, die sich einige Jahre später mit der Wahl Arturo Alessandris zum Präsidenten der Republik (1932 - 1938) als die geeignete Lösung erwies, ein neues stabiles, gesellschaftliches System unter Führung der herrschenden Klassen, diesmal jedoch auf eine breite soziale Basis gestützt, zu errichten.

Die Streitkräfte als Bewahrer der Einheit der herrschenden Interessen durch direkte militärische Machtausübung

Aufgrund ihrer spezifisch militär-ideologischen Ausbildung und der erwiesenen Unfähigkeit der herrschenden Kräfte, sich weder vor noch nach der Einführung sozio-ökonomischer und politischer Reformen des Jahres 1925 zu einigen, kamen die Streitkräfte zu dem Schluß, daß die Realisierung dieser Einheit nur unter dem Druck direkter Machtausübung zu erreichen sei. Dies bildete den Hintergrund für die direkte Militärintervention vom Januar 1925 und insbesondere für die legale Diktatur Ibanez.

Die legale Diktatur Ibanez ist im wesentlichen als ein Versuch der Streitkräfte zu verstehen, die nach dem Scheitern der Regierung Figueroas nicht gelungene Einheit der herrschenden Gruppen auf der Basis der militärischen

Kontrolle durchzusetzen. Davon konnte aber nur in den ersten beiden Regierungsjahren die Rede sein. Das Scheitern der Regierung Ibanez beweist nur die Unfähigkeit der Streitkräfte und Teilen der herrschenden Gruppen, ihre politischen Ziele zu erreichen, ändert aber nichts an den ursprünglichen Absichten dieser Militärregierung.

Die Streitkräfte als Vertreter diverser sozio-politischer Interessen

Das Mitwirken der Streitkräfte führte, wenn man die ganze Periode betrachtet, zur Errichtung einer neuen Herrschaftsform, bei der sich die traditionelle, konservative Oligarchie und die liberale Bourgeoisie verständigten. Dies fand seinen Ausdruck in der zweiten Regierungsperiode Alessandris und prägte die gesellschaftlichen Machtverhältnisse bis zur Regierungsübernahme der Unidad Popular im November 1970. Diese These bezieht sich auf die gesamte untersuchte Periode. Betrachtet man nämlich die Militärinterventionen dieser Jahre isoliert, so ist festzustellen, daß sie Ausdruck diverser sozio-politischer Orientierungen sind. So wandelte sich die Militärintervention vom September 1924 in eine Militärregierung, die letztlich die Interessen der traditionellen konservativen Oligarchie vertrat, während die Militärinterventionen vom Januar 1925 eher den Interessen der liberalen Bourgeoisie diene. Die Regierung Ibanez ihrerseits sollte die Einheit dieser Kräfte sichern, während die militärischen Träger der zwölftätigen sozialistischen Republik sich ausdrücklich für eine alternative Gesellschaftsordnung einsetzten.

Im Gegensatz zur Intervention vom Januar 1925, die zur Durchsetzung sozio-politischer, liberaler Reformen beitrug, stellte sich Ibanez die Aufgabe, diese Reform wieder einzuschränken. Diese Sachlage beweist noch einmal, daß in Perioden globaler gesellschaftlicher Krisen, wenn die gesamte Gesellschaftsstruktur infrage gestellt ist, - in diesem Falle geht es um die Infragestellung der konservativen oligarchischen Herrschaft-, alle früheren geltenden Legitimations- und Machtmechanismen, die die Streitkräfte an die gegebene alte Ordnung binden, relativiert werden.

Unter diesen Umständen und in direktem Zusammenhang mit der Entfaltung verschiedener sozio-politischer Alternativen zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise entstand die Möglichkeit der Bildung verschieden orientierter Fraktionen innerhalb der Streitkräfte.

4. ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN DER DIKTATUR DER NATIONALEN SICHERHEIT

Der Staatsstreich vom September 1973 ist das Ergebnis einer tiefgreifenden, generellen Krise, die sich seit der Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten der Republik im September 1970 verschärft. Diese Krise resultiert aus dem unüberbrückbaren Gegensatz zweier Gesellschaftsmodelle; ihre Vertreter kämpfen um die Macht, als unabdingbare Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen. Die Regierungskoalition, deren Programm den Übergang in eine sozialistische Gesellschaft intendiert, unterliegt mit dem Staatsstreich in diesem Kampf der bis dahin oppositionellen Koalition reformorientierter und oligarchischer Kräfte, die mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika und einiger transnationaler Unternehmen mit Interessen in Chile eine Vormachtsstellung in der Koalition erworben haben.

Um die Ursachen der tiefgreifenden Krise zu erkennen, ist es notwendig, die gesellschaftlichen Konflikte in der Regierungszeit der Unidad Popular zu analysieren. Da diese wiederum in den 60er Jahren, speziell in der Präsidentschaftsperiode Eduardo Freis (1964 - 1970) grundgelegt sind, werden wir dieses Kapitel mit der Untersuchung der Bedingungen des gesellschaftlichen Konfliktes in dieser Zeit einleiten. Nachfolgend werden wir versuchen, die Entwicklung der Krise und die Rolle der Streitkräfte dabei zu analysieren. Auch wenn eine deutliche Kausalität zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Krise und dem politischen Verhalten der Streitkräfte besteht, man muß davon ausgehen, daß unter den gesellschaftlichen Institutionen die Streitkräfte einen spezifischen Prozeß durchgemacht haben. Die Teilnahme der Streitkräfte an der Entfaltung der gesellschaftlichen Krise hat demnach einen anderen Charakter als die der anderen Institutionen.

4.1. Die Faktoren der gesellschaftlichen Krise und ihre Entwicklung während der Regierung Eduardo Freis (1964 - 1970)

4.1.1. Die Krise des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells

Nach der Volksfrontregierung (1938 - 1941) wurde in Chile bis in die Mitte der fünfziger Jahre eine Wirtschaftspolitik getrieben, deren Schwerpunkt an die Förderung einer nationalen, verarbeitenden Industrie lag.¹ Die wichtigsten Impulse für diesen relativ autonomen Industrialisierungsprozeß waren einerseits die staatliche Investitionspolitik, andererseits die Investitionen in- und ausländischer Unternehmer, die nach der Krise des Exportmodells infolge der Depression von 1929 in diesem Bereich die Möglichkeit sahen, die Krise zu überwinden und ihre Gewinne zu sichern. Seit Mitte der fünfziger Jahre zeigte sich jedoch die Schwäche dieses Industrialisierungsmodells: Niedrige Wachstumsraten, wachsende Arbeitslosigkeit und sich erhöhende Staatsverschuldung drücken die Unfähigkeit des Modells aus, den notwendigen inneren Markt für nationale Produktionen ständig zu erweitern; unmittelbare Ursachen hierfür sind eine restriktive Lohnpolitik und das Festhalten an der traditionellen Agrarstruktur des Landes.²

1 Entrevista a Raúl Sáez. 40 años de la CORFO. In: Mensaje. Nr. 278. Santiago de Chile. May 1979. S. 241 - 245.

Entrevista a Raúl Sáez. Evaluación de la CORFO. In: Mensaje. Nr. 279. Santiago de Chile. Juni 1979. S. 309 - 311.

Flehsig, S.: Einige Fragen der Entwicklung der verarbeitenden Industrie Chiles und ihrer Zweigstruktur - Hauptentwicklungsetappen. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrsemester 1978. S. 89 - 126.

Pinto, Anibal: Desarrollo económico y relaciones sociales. In: Pinto, A. u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile 1970. S. 22 ff.

Gunder Frank, André: La política económica en Chile. Del Frente Popular a la Unidad Popular. In: Punto Final. Nr. 153 (Suplemento). Santiago de Chile. März 1972. S. 1 - 23.

2 Gunder Frank, André: La política económica en Chile...a.a.O. S. 4 - 7.

Leuchter, W: Zur Rolle der staatlichen Investitionspolitik im Rahmen der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Chiles in den fünfziger und sechziger Jahren. Lateinamerika. Rostock. Herbstsemester 1975. S. 49 - 55.

Die Maßnahmen zur Belebung der stagnierenden Wirtschaft brachten eine Abkehr von der bis dahin betriebenen Wirtschaftspolitik. Die zweite Regierung Carlos Ibanez (1952 - 1958) sah in der Öffnung der chilenischen Wirtschaft für ausländisches Kapital die einzige Möglichkeit, die zur Dynamisierung der Wirtschaft benötigten Mittel zu bekommen.¹ Diese Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik wurde allerdings erst dadurch möglich, daß sich das transnationale US-Kapital seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in einer Expansionsphase befand. Im Unterschied zu anderen Phasen richtet sich nun das ausländische Kapital auf die Durchdringung und Bestimmung nicht nur der Rohstoffproduktion, sondern auch der dynamischen Sektoren der Industrie.² So entstanden sowohl Industrieunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung als auch solche unter der alleinigen Kontrolle internationalen Kapitals.

Die Politik der Regierung Ibanez wurde von Jorge Alessandri (1958 - 1964) fortgesetzt. Tatsächlich ermöglichte die bereits unter Ibanez vollzogene Wende in den ersten Jahren der neuen Regierung eine Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung; später jedoch zeigten sich ähnliche Schwierigkeiten wie in den Jahren der Regierung Ibanez.³

Die Regierung Alessandris wurde wesentlich von der monopolistischen Großbourgeoisie, der Oligarchie der Großgrundbesitzer und dem ausländischen Kapital unterstützt. In dem Maße, wie diese Regierung nicht in der Lage war, die sozio-ökonomischen Probleme des Landes zu lösen, gewannen reformorientierte, von der christdemokratischen Partei und Eduardo Frei getragene und sozialistische, von den linken Parteien repräsentierte Alternativen an politischer Bedeutung.

1 Gunder Frank, André: La política económica en Chile...a.a.O. S. 5 - 6.
Leuchner, W.: Zur Rolle der staatlichen Investitionspolitik...a.a.O. S. 52.

2 Caputo.O./ Pizarro.R.: Dependencia y relaciones internacionales...a.a.O. S. 211 ff.
Caputo.O./ Pizarro.R.: Desarrollismo y capital extranjero. Santiago de Chile 1970. S. 69 ff.

3 Petras. James: Political and Social Forces in Chilean Development. Berkeley und Los Angeles. 1969. S. 104 ff.
Pinto, Anibal: Desarrollo económico y relaciones sociales...a.a.O. S. 41 ff.

Der Sieg E. Freis (1964 - 1970) in den Wahlen vom September 1964 setzt einen neuen Rahmen für die gesellschaftlichen Konflikte. Zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch Frei ist die sozio-ökonomische Struktur bestimmt durch folgende Merkmale:

- Die chilenische Wirtschaft ist stark vom US-Kapital abhängig. Die Durchdringung mit ausländischem Kapital macht sich besonders im monopolistischen Finanz-, Großindustrie- und Minensektor bemerkbar.
- Die Heterogenität der sozio-ökonomischen Struktur des Landes macht die Koexistenz verschiedener Produktionsweisen möglich: Im landwirtschaftlichen Bereich funktionieren kapitalistische neben quasi feudalen Produktionsformen, im industriellen Bereich koexistieren monopolistische Großunternehmen mit handwerklichen Betrieben.
- Das Eigentum an den Unternehmen der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes aus dem Finanz-, Handels- und Industriesektor ist stark konzentriert.
- Die Agrarwirtschaft behält im Wesentlichen die Züge, die seit dem 19. Jahrhundert dominieren.

Diese Faktoren wurden sowohl von den reformorientierten als auch den sozialistischen Kräften als Ursache der Unterentwicklung betrachtet.¹ Das christdemokratische Modell intendierte die Lösung der sozio-ökonomischen Hauptprobleme wie Einkommensverteilung, Arbeitslosigkeit und Inflation usw. durch Korrekturen und Reformen. Sie gingen von der Reformfähigkeit des abhängigen kapitalistischen Systems in Chile aus. Die Grundsätze ihrer Wirtschaftspolitik lassen sich folgendermaßen auf-

¹ Aranda, S./ Martínez, A.: Estructura económica: Algunas características fundamentales. In: Pinto. A.u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile. 1970. S. 55 - 173.

Molina S., Sergio: El diagnóstico en 1964 y los cambios producidos durante el gobierno de la Democracia Cristiana. In: Atria, R u.a.: Hacia un nuevo diagnóstico de Chile. Santiago de Chile 1973. S. 11 - 31.

Eine Ausnahme innerhalb der oppositionellen Strömungen bildeten verschiedene politische Gruppierungen, die die Positionen der Kleinbourgeoisie und der Arbeiterschaft im Sinne der Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems vertraten. Nach dem Sturz der legalen Diktatur bildeten sich verschiedene fortschrittliche Gruppierungen¹ wie die Nueva Accion Politica (NAP - Neue politische Aktion), die Accion Revolucionaria Socialista (Revolutionäre Sozialistische Aktion), die Partido Socialista Marxista (Marxistische Sozialistische Partei), die Partido Socialista Unificado (Sozialistische Einheitspartei) und die Gruppe Orden Socialista (Sozialistische Ordnung). Fast alle diese Gruppierungen stammen aus der USRACH, die den Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 1925, Jose Santos Salos, aufgestellt hatten und die sich im April 1933 in der Sozialistischen Partei Chiles zusammenschlossen. Dazu zählte auch die nach dem Sturz von Ibanez legal wirkende kommunistische Partei Chiles.

Die sozialistisch orientierten politischen Organisationen waren jedoch nicht in der Lage, die breite Unzufriedenheit zugunsten ihrer Positionen zu kanalisieren, zum einen wegen der Repression, der sie während der Regierung Ibanez ausgesetzt waren, zum anderen wegen der sich am Anfang befindenden ideologischen Organisations - und Definitionsphase, in der sich die Mehrheit unter ihnen befand.

Unter diesen Umständen waren es die demokratisch bürgerlichen Kräfte, die die Protestbewegung gegen Ibanez führen konnte. Die Gesamtheit der politischen Vertretungsorgane der herrschenden Klassen und die Mehrheit der Mittelschichten unterstützte diese Alternative.

Während die alten Strukturen und ideologischen Inhalte innerhalb der Streitkräfte nicht geändert wurden, entstand jedoch insofern eine neue Lage, als die Positionen, die in den vorangegangenen Jahren aus den Streitkräften ausgeschlossen waren (Grove, Bravo u.a.), nun reintegriert wurden. Damit finden wir in den Streitkräften die gleichen Tendenzen, aus denen die Intervention von 1925 entstanden war. Den Unterschied zur damaligen Situation lag in der sozial-populistischen Fraktion unter der Führung von Grove. Die Position, die sich früher für eine Verstärkung der Rolle des Staates und für die Beteiligung der Mittelschichten an den politischen Entscheidungsprozessen einsetzte, erfuhr einen ähnlichen Evolutionsprozeß wie die der fortschrittlichen Vertreter der Mittelschicht und setzt sich in

1 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.0. S. 185.

der nach-diktatorischen Phase für ein Programm sozialistischer Orientierung ein.¹

Unter diesen Umständen kehrten die Streitkräfte entgegen den Vorstellungen der bürgerlich-demokratischen Bewegung nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben zurück. Es blieb vielmehr eine latente Interventionsmöglichkeit bestehen.

In diesem politischen Kontext und mit der Perspektive der Wiedereinführung der Demokratie wurden Neuwahlen ausgeschrieben, die der gemeinsame Kandidat der demokratisch orientierten, herrschenden Gruppen Juan Esteban Montero gewann (Oktober 1931). Ohne ein Programm striktureller Veränderungen war er praktisch gezwungen, ähnliche Wirtschaftsmaßnahmen wie die gestürzte Regierung zu ergreifen. Damit waren die Rahmenbedingungen für neue Regierungsstürze und -veränderungen gegeben.

In kürzester Zeit hatte diese Regierung jede soziale Unterstützung verloren und nach einigen Monaten der Regierungsausübung kämpften wiederum jene drei erwähnten Strömungen um die Macht im Staat:

eine populistisch-demokratische unter der Führung Alessandris;

eine populistisch-autoritäre, in der die Anhänger Ibanez' zusammengeschlossen waren;

und eine sozial-populistische, die im Verlauf dieses Prozesses sozialistische Positionen übernahm.

Diese drei Tendenzen fanden aufgrund des sozio-politischen Charakters dieser Prozesse zivile und militärische Anhänger.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß unter den post-diktatorischen Rahmenbedingungen die beiden zuletzt genannten zivil-militärischen Fraktionen ihre politischen Postulate entweder anders darstellten als die Vertreter des autoritären Populismus, oder einen politisch-ideologischen Prozeß durchgemacht haben, wie im Fall der sozio-reformistischen Fraktion.

1 Thomas, J.R.: The Evolution...a.a.O. S. 27.

Thomas, J.R.: Marmaduke Grove...a.a.O. S. 132 ff.

Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 358 ff.

Faletto, E.u.a.: Génesis histórica...a.a.O. S. 97.

Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O. S. 799 ff.

Die Anhänger Ibañez postulierten in dieser Periode diverse Maßnahmen, die sie als sozialistisch bezeichneten¹, die im Grunde jedoch nicht über den Rahmen eines kapitalistischen Systems mit starker Beteiligung des Staates hinausgingen. Die Vertreter der ursprünglich sozial-reformistischen Richtung sahen nun die Notwendigkeit, mit der bestehenden abhängigen kapitalistischen Ordnung zu brechen. In der Überwindung der Eigentumsverhältnisse, der Abhängigkeit Chiles vom Auslandskapital und der latifundistischen Agrarstruktur sahen sie die Möglichkeit, die sozio-ökonomischen Probleme Chiles zu lösen.²

Innerhalb der Streitkräfte vertrat diese Position der Kommandierende Chef der im Jahre 1931 gegründeten chilenischen Luftwaffe, Oberst Grove. Diese Strömung hatte während der kurzen Regierungszeit Monteros besonderen Einfluß in der Luftwaffe, fand aber auch Anhänger in Marine und Armee. Innerhalb der zivilen Gruppierungen wurde die sozialistische Fraktion von dem späteren Mitbegründer der Sozialistischen Partei Chiles, Eugenio Matte, vertreten.

Die punktuelle politische Übereinstimmung der zuletzt genannten Fraktionen setzte der Regierung Montero durch den Staatsstreich vom 4.6.32 ein Ende. Als Folge dieses Staatsstreiches bildete sich eine zivil-militärische Regierungsjunta, der General Puga - ohne feste Bindung an eine an der Regierung beteiligten Fraktionen-, der Vertreter der autoritär-populistischen Fraktion, Carlos Dávila, und der Vertreter der sozialistischen Fraktion, Eugenio Matte, angehörten. Oberst Grove wurde zum Verteidigungsminister ernannt. Nach einer Verschiebung ihrer sozio-politischen Schwerpunkte blieb die neue Regierung nur etwa 100 Tage im Amt und beabsichtigte währenddessen eine sozialistische Republik in Chile zu errichten.

Zwei Phasen zeigen die wechselnde Vorherrschaft der verschiedenen Fraktionen. In der ersten Phase setzte sich die sozialistische Fraktion durch (4.6.32 - 16.6.32). In diesen zwölf Tagen gelang es ihnen aber nicht, ihre programmatischen Vorschläge vollends durchzusetzen.³ Diese Phase endete mit dem Ausschluß der bedeutenden sozialistischen Vertreter (Grove und Matte) aus der Regierung. Die historische Bedeutung dieser zwölftägigen Regierung liegt darin, daß es zum ersten Mal in der Geschichte Chiles Vertretern einer sozialistischen Alternative möglich wurde, Regierungs-

1 Charlin, Carlos: Del avión rojo a la república socialista...a.a.O.S.725ff.

2 ebd.

3 ebd. S. 725 ff.

verantwortung zu übernehmen und dabei von bedeutenden Teilen der Streitkräfte unterstützt zu werden. Diese Regierung wurde zwar massiv aus der Bevölkerung unterstützt, war jedoch nicht in der Lage, eine breite politische Basis zu organisieren.

Die zweite Phase war durch die Vorherrschaft der autoritär-populistischen Fraktion und durch den Ausschluß der sozialistischen Kräfte gekennzeichnet. Die Regierung wurde von Carlos Davila geführt und konnte insbesondere mit der Unterstützung der Armee rechnen. Sie führte kaum andere Maßnahmen durch als die ähnlich orientierte legale Diktatur Ibanez. Zu den wichtigsten, durchgeführten Maßnahmen gehörte das Erlassen einer Reihe von Gesetzesdekreten (*decretos con fuerza de Ley*), die die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates ausweiteten, z.B. die Möglichkeit der Enteignung privaten Besitzes vorsahen.¹ Keines der neuen Gesetze wurde aber in diesen Monaten vollzogen.

Die Stellung der Regierung in der Periode des Übergangs von der legalen Diktatur Ibanez bis zur Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse war äußerst instabil. Man kann eher von einer Reihe politisch-militärischer Experimente sprechen, bei denen sich keine der konkurrierenden Fraktionen durchsetzen konnte.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten in Bezug auf die wirtschaftliche und politische Krise konfrontiert wie die Regierungen Ibanez und Montero, sah sich die Regierung Davila im September 1932 gezwungen zurückzutreten. Damit ging eine achtjährige Periode zu Ende, in denen die Streitkräfte trotz der Existenz demokratisch gewählter ziviler Regierungen eine zentrale Rolle im Staate spielten. In diesen Jahren wurden alle für diese Epoche erdenklichen Regierungsformen erprobt, eine neue politische Verfassung trat in Kraft, es wurde aber keine sozio-ökonomische Änderung im Lande durchgeführt. Am Ende der Regierung Davila war es für alle politischen Kräfte deutlich, daß eine Politik der Militärinterventionen und Gegeninterventionen nicht in der Lage war, starke und stabile politische Bündnisse zu errichten.

Auf der anderen Seite waren die Streitkräfte vor allem wegen ihrer Unfähigkeit, die sozio-ökonomischen Probleme des Landes zu lösen und solide politische Strukturen zu etablieren, isoliert und bei der zivilen Bevölkerung in Mißkredit geraten. Es wäre nach diesen politisch-militärischen

¹ Charlin, Carlos: *Del avión rojo a la república socialista...a.a.o.* S. 86 ff.

Experimenten kaum möglich gewesen, zivile Unterstützung für neue Militär-initiativen zu gewinnen.

Aus diesen Gründen und nach einer totalen Ausschöpfung militärischer Alternativen, wuchs die Erkenntnis bei den zivilen politischen Kräften nach der Notwendigkeit, ein breites politisches Bündnis unter Einschluß aller aktiven sozio-politischen Gruppierungen zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise auf der Basis der Verfassung von 1925 zu bilden.

Die Umstände für diesen neuen Versuch bzw. Konsens waren diesmal günstiger als bei ähnlichen Versuchen, die nach 1924 stattgefunden haben, da die zivilen und militärischen Fraktionen, die eine autoritäre Lösung der Krise befürworteten, isoliert und handlungsfähig waren.

So schlossen sich nach einem Jahr der politischen Instabilität Konservative, Liberale und Radikale um die Person des ehemaligen Präsidenten der Republik, Arturo Alessandri zusammen.¹ Im Oktober 1932 wurde Alessandri wiederum gewählt, mit einem Programm, das auf der wirtschaftlichen Ebene keine bedeutenden Unterschiede zum Programm Ibañez aufwies, jedoch von dem Umstand begünstigt wurde, daß eine Belebung der Weltwirtschaft in Sicht war. Zu dieser Wahl kandidierten auch die Vertreter der sozialistisch orientierten Gruppen um Grove und der Vertreter der kommunistischen Partei, Elias Laferte, die aber beide keine bedeutende Unterstützung bekamen.

3.5. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie. Die Regierung Arturo Alessandris (1932 - 1938)

Die Regierung Alessandris war die erste Regierung - noch in den Jahren politischer Instabilität -, die ihr Amt im Rahmen der neuen verfassungsmäßigen Ordnung antrat. Ein wichtiger Faktor, der zur Stabilität dieser Regierung beitrug, war die Tatsache, daß die neue politische Ordnung theoretisch und praktisch von allen politischen Parteien unterstützt wurde. Alle Parteien setzten sich dafür ein, die gesellschaftlichen Widersprüche im Rahmen der neuen Verfassungsordnung auszutragen.

Eine zentrale Bemühung der neuen Regierung war die Durchführung diverser Maßnahmen zur Einschränkung der politischen Macht der Streitkräfte. Die Regierung bildete die "Republikanischen Milizen", eine zivile Körperschaft,

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor....a.a.0. S. 120 ff.

die von der Exekutive unterstützt wurde und sich aus Angehörigen der Liberalen und Konservativen Partei zusammensetzte.¹ Die "Republikanische Miliz" hatte etwa 10.000 Mitglieder und sollte ein Gegengewicht bei einer eventuellen Intervention der Streitkräfte darstellen. Die Teilnahme der Angehörigen der rechten Parteien ist damit zu erklären, daß mit der Errichtung der zwölfwägigen sozialistischen Republik für die herrschenden Klassen zum ersten Mal deutlich wurde, daß die Möglichkeit einer Militärintervention anti-oligarchischer Natur real war. Dazu kam, daß die Stabilisierung der neuen herrschenden Einheit eine klare Hegemonie dieser Gruppen auch auf dem militärischen Gebiet voraussetzte.

Wegen ihres eindeutigen Klassencharakters wurden die republikanischen Milizen von den linken oppositionellen Kräften als die "Sturmabteilung" der herrschenden Klassen bezeichnet. Eine wachsende Opposition gegenüber den Milizen und eine Destabilisierung der politischen Verhältnisse zwangen die Regierung im Jahr 1935 zum Rücktritt.²

Die Integration der Mittelschichten durch die Teilnahme der Radikalen Partei an der Regierungsallianz konnte nur vorübergehend, und zwar bis zum Jahre 1935, erreicht werden. Die eindeutige Kontrolle der Regierung von Seiten der Liberalen und Konservativen, die langsame Belebung der Wirtschaft nach der Krise von 1929 und die geringen Umverteilungsmöglichkeiten zugunsten der Mittelschichten trieb die radikale Partei im Jahre 1935 in die Opposition. Während der Regierung Alessandris setzte sich der Radikalisierungsprozeß von bedeutenden Teilen der Mittelschicht und der Arbeiterschaft fort. Wie bereits ausgeführt, identifizierten sich Teile der Mittelschichten und Arbeiter bereits im Jahre 1925 mit der Gründung der USRACH mit sozial-reformistischen Konzeptionen. Im Jahre 1932 sympathisierten diese Gruppen eindeutig mit der Orientierung der zwölfwägigen sozialistischen Republik. Im Jahre 1933 gründeten diese Gruppierungen die Sozialistische Partei Chiles.

Die Sozialistische Partei setzte sich aus einer Reihe heterogener, kleinerer politischer Strömungen zusammen, die ein breites Spektrum - von sozialdemokratischen bis zu anarchistischen Tendenzen - umfaßten. In ihrem

1 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor... a.a.O. S. 127 - 128.

Tarr, Terence S.: Military Intervention...a.a.O. S. 149 ff.

2 Donoso, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor...a.a.O. S. 127 - 128.

programmatischen Grundsatz wurde die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution mit nationalem Charakter, also unter Berücksichtigung der partikularen Bedingungen der sozio-ökonomischen Gesellschaftsformation Chiles, betont.¹ In Bezug auf ihre internationalen Beziehungen fällte die Sozialistische Partei den autonomen, nationalen Charakter ihrer Organisation heraus. Damit wollten sich die Sozialisten einerseits eindeutig gegen die kapitalistische Herrschaft im Lande abgrenzen, andererseits ihr eigenes sozialistisches Profil, beziehungsweise die Unterschiede zur damaligen Kommunistischen Partei, deutlich machen.

Im Jahre 1935 rief die Sozialistische Partei alle politischen linken Gruppierungen und gewerkschaftlichen Organisationen zur Bildung eines "Blocks der linken Kräfte" auf, mit dem Ziel, eine eindeutige politische Alternative zur Politik Alessandris zu bilden. Die Kommunistische Partei schloß sich dem Block der Linken nicht an, suchte jedoch kurz darauf ebenfalls ein politisch alternatives Bündnis zu bilden.

Der VII. Kongress der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 formulierte für die Kommunistischen Parteien Europas die Aufgabe, eine breite sozio-politische Volksfront zur Bekämpfung des Faschismus anzustreben. Diese Richtlinien wurden von der Kommunistischen Partei Chiles übernommen und den politischen Bedingungen Chiles angepaßt. Sie schlugen die Bildung einer breiten Volksfront mit folgenden programmatischen Zielen vor:²

- Durchführung einer Agrarreform
- Förderung der autonomen Industrialisierung und einer nationalen Bourgeoisie (Prinzip der Vollendung der bürgerlichen Revolution in Chile)
- Umverteilung von Löhnen und Gehältern
- Errichtung einer fortschrittlichen bürgerlichen Demokratie auf der politischen Ebene.

Diese Vorschläge schafften die Grundlage für eine politische Übereinkunft mit dem "Block der linken Kräfte" und der Radikalen Partei. Dies führte zur Bildung einer Volksfront, die sich bei den Wahlen des Jahres 1938 gegen die Kandidatur der Liberalen und Konservativen Partei durchsetzen konnte. Mit der Regierungsübernahme der Volksfront im Jahre 1938 gelang es zum

1 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.0. S. 197 - 201.

Jobet, J.C.: El Partido Socialista de Chile. Tomo I. Santiago de Chile 1971. S. 38 ff.

2 Jobet, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo...a.a.0. S. 198 ff.

ersten Mal in der Geschichte Chiles, eine eindeutige Alternative zu den herrschenden Klassen und deren Form der Kontrolle der Exekutive durchzusetzen.¹

Mit der Wahl der Volksfrontregierung ging eine bedeutende Periode sozio-politischer Auseinandersetzungen zu Ende, bei denen die Streitkräfte eine zentrale Rolle spielten und in denen es neuen sozialen und politischen Kräften gelang, die gesellschaftlichen Ereignisse mitzubestimmen.

3.6. Schlußfolgerungen zur sozio-politischen Rolle der Streitkräfte während der untersuchten Periode

Wir wollen an dieser Stelle die wesentlichen sozio-politischen Funktionen der Streitkräfte in der untersuchten Periode analysieren. Bei dieser Analyse gehen wir davon aus, daß die chilenischen Streitkräfte im wesentlichen nicht über den von den herrschenden Gruppen - in ihren liberalen wie konservativen Varianten - bestimmten Rahmenbedingungen hinaus handelten, obwohl sie Militärinterventionen mit verschiedenen sozio-politischen Akzenten durchführten. Die einzige Ausnahme bildete die kurzlebige zwölf-tägige, sozialistische Republik.

Die Streitkräfte als Bewahrer der materiellen Interessen der herrschenden Klassen

Wenn man die gesamte, zu untersuchende Periode betrachtet und von Ausnahmen (zwölf-tägige sozialistische Republik) absieht, kann behauptet werden, daß die Streitkräfte stets, jedoch in unterschiedlicher Form, zur Aufrechterhaltung der grundlegenden materiellen Interessen der herrschenden Klassen beitrugen.

Während der Periode der traditionellen oligarchischen Herrschaft (1891 - 1924) ist diese Rolle - wie bereits gesehen - leichter nachzuweisen. In der Periode der direkten Militärinterventionen blieb diese Rolle unverändert, obwohl sich die sozio-politische Orientierung der Interventionen punktuell verlagerte. Es ist für die Periode der Militärinterventionen bezeichnend, daß trotz der Einführung sozio-ökonomischer und politischer

¹ Faletto, E.u.a.: Génesis histórica...a.a.O. S. 108 ff.

Reformen die ökonomische Macht der Agrar-, Finanz- und Handelsoligarchie und später der industriellen Bourgeoisie in keiner Weise angetastet wurde.

Die Streitkräfte als Bewahrer der Einheit der herrschenden Klassen

Am Ende der ersten Regierungsperiode Alessandris schienen die Widersprüche zwischen der traditionellen und konservativen Oligarchie und der "modernisierenden" Bourgeoisie unüberbrückbar. Keine politische Instanz war in der Lage, zwischen beiden Interessenslagen eine schlichtende Funktion zu spielen.

Der Verdienst der Streitkräfte war es in dieser Situation, die Durchsetzung eines neuen politischen, bürgerlichen Systems und eine Reihe wirtschaftlicher Reformmaßnahmen im Jahre 1925 zu unterstützen. Dadurch wurde eine neue Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit von konservativen und liberalen Fraktionen des herrschenden Blocks auf der Basis einer Verfassungsordnung geschaffen, die gleichzeitig eine bedingte Partizipation der Mittelschichten und der Arbeiterschaft ermöglichte.

Dies war schließlich die Formel, die sich einige Jahre später mit der Wahl Arturo Alessandris zum Präsidenten der Republik (1932 - 1938) als die geeignete Lösung erwies, ein neues stabiles, gesellschaftliches System unter Führung der herrschenden Klassen, diesmal jedoch auf eine breite soziale Basis gestützt, zu errichten.

Die Streitkräfte als Bewahrer der Einheit der herrschenden Interessen durch direkte militärische Machtausübung

Aufgrund ihrer spezifisch militär-ideologischen Ausbildung und der erwiesenen Unfähigkeit der herrschenden Kräfte, sich weder vor noch nach der Einführung sozio-ökonomischer und politischer Reformen des Jahres 1925 zu einigen, kamen die Streitkräfte zu dem Schluß, daß die Realisierung dieser Einheit nur unter dem Druck direkter Machtausübung zu erreichen sei. Dies bildete den Hintergrund für die direkte Militärintervention vom Januar 1925 und insbesondere für die legale Diktatur Ibanez.

Die legale Diktatur Ibanez ist im wesentlichen als ein Versuch der Streitkräfte zu verstehen, die nach dem Scheitern der Regierung Figueroas nicht gelungene Einheit der herrschenden Gruppen auf der Basis der militärischen

Kontrolle durchzusetzen. Davon konnte aber nur in den ersten beiden Regierungsjahren die Rede sein. Das Scheitern der Regierung Ibanez beweist nur die Unfähigkeit der Streitkräfte und Teilen der herrschenden Gruppen, ihre politischen Ziele zu erreichen, ändert aber nichts an den ursprünglichen Absichten dieser Militärregierung.

Die Streitkräfte als Vertreter diverser sozio-politischer Interessen

Das Mitwirken der Streitkräfte führte, wenn man die ganze Periode betrachtet, zur Errichtung einer neuen Herrschaftsform, bei der sich die traditionelle, konservative Oligarchie und die liberale Bourgeoisie verständigten. Dies fand seinen Ausdruck in der zweiten Regierungsperiode Alessandris und prägte die gesellschaftlichen Machtverhältnisse bis zur Regierungsübernahme der Unidad Popular im November 1970. Diese These bezieht sich auf die gesamte untersuchte Periode. Betrachtet man nämlich die Militärinterventionen dieser Jahre isoliert, so ist festzustellen, daß sie Ausdruck diverser sozio-politischer Orientierungen sind. So wandelte sich die Militärintervention vom September 1924 in eine Militärregierung, die letztlich die Interessen der traditionellen konservativen Oligarchie vertrat, während die Militärinterventionen vom Januar 1925 eher den Interessen der liberalen Bourgeoisie diene. Die Regierung Ibanez ihrerseits sollte die Einheit dieser Kräfte sichern, während die militärischen Träger der zwölftätigen sozialistischen Republik sich ausdrücklich für eine alternative Gesellschaftsordnung einsetzten.

Im Gegensatz zur Intervention vom Januar 1925, die zur Durchsetzung sozio-politischer, liberaler Reformen beitrug, stellte sich Ibanez die Aufgabe, diese Reform wieder einzuschränken. Diese Sachlage beweist noch einmal, daß in Perioden globaler gesellschaftlicher Krisen, wenn die gesamte Gesellschaftsstruktur infrage gestellt ist, - in diesem Falle geht es um die Infragestellung der konservativen oligarchischen Herrschaft-, alle früheren geltenden Legitimations- und Machtmechanismen, die die Streitkräfte an die gegebene alte Ordnung binden, relativiert werden. Unter diesen Umständen und in direktem Zusammenhang mit der Entfaltung verschiedener sozio-politischer Alternativen zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise entstand die Möglichkeit der Bildung verschieden orientierter Fraktionen innerhalb der Streitkräfte.

4. ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN DER DIKTATUR DER NATIONALEN SICHERHEIT

Der Staatsstreich vom September 1973 ist das Ergebnis einer tiefgreifenden, generellen Krise, die sich seit der Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten der Republik im September 1970 verschärft. Diese Krise resultiert aus dem unüberbrückbaren Gegensatz zweier Gesellschaftsmodelle; ihre Vertreter kämpfen um die Macht, als unabdingbare Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen. Die Regierungskoalition, deren Programm den Übergang in eine sozialistische Gesellschaft intendiert, unterliegt mit dem Staatsstreich in diesem Kampf der bis dahin oppositionellen Koalition reformorientierter und oligarchischer Kräfte, die mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika und einiger transnationalen Unternehmen mit Interessen in Chile eine Vormachtsstellung in der Koalition erworben haben.

Um die Ursachen der tiefgreifenden Krise zu erkennen, ist es notwendig, die gesellschaftlichen Konflikte in der Regierungszeit der Unidad Popular zu analysieren. Da diese wiederum in den 60er Jahren, speziell in der Präsidentschaftsperiode Eduardo Freis (1964 - 1970) grundgelegt sind, werden wir dieses Kapitel mit der Untersuchung der Bedingungen des gesellschaftlichen Konfliktes in dieser Zeit einleiten. Nachfolgend werden wir versuchen, die Entwicklung der Krise und die Rolle der Streitkräfte dabei zu analysieren. Auch wenn eine deutliche Kausalität zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Krise und dem politischen Verhalten der Streitkräfte besteht, man muß davon ausgehen, daß unter den gesellschaftlichen Institutionen die Streitkräfte einen spezifischen Prozeß durchgemacht haben. Die Teilnahme der Streitkräfte an der Entfaltung der gesellschaftlichen Krise hat demnach einen anderen Charakter als die der anderen Institutionen.

4.1. Die Faktoren der gesellschaftlichen Krise und ihre Entwicklung während der Regierung Eduardo Freis (1964 - 1970)

4.1.1. Die Krise des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells

Nach der Volksfrontregierung (1938 - 1941) wurde in Chile bis in die Mitte der fünfziger Jahre eine Wirtschaftspolitik getrieben, deren Schwerpunkt an die Förderung einer nationalen, verarbeitenden Industrie lag.¹ Die wichtigsten Impulse für diesen relativ autonomen Industrialisierungsprozeß waren einerseits die staatliche Investitionspolitik, andererseits die Investitionen in- und ausländischer Unternehmer, die nach der Krise des Exportmodells infolge der Depression von 1929 in diesem Bereich die Möglichkeit sahen, die Krise zu überwinden und ihre Gewinne zu sichern. Seit Mitte der fünfziger Jahre zeigte sich jedoch die Schwäche dieses Industriialisierungsmodells: Niedrige Wachstumsraten, wachsende Arbeitslosigkeit und sich erhöhende Staatsverschuldung drücken die Unfähigkeit des Modells aus, den notwendigen inneren Markt für nationale Produktionen ständig zu erweitern; unmittelbare Ursachen hierfür sind eine restriktive Lohnpolitik und das Festhalten an der traditionellen Agrarstruktur des Landes.²

1 Entrevista a Raúl Sáez. 40 años de la CORFO. In: Mensaje. Nr. 278. Santiago de Chile. May 1979. S. 241 - 245.

Entrevista a Raúl Sáez. Evaluación de la CORFO. In: Mensaje. Nr. 279. Santiago de Chile. Juni 1979. S. 309 - 311.

Flechsig, S.: Einige Fragen der Entwicklung der verarbeitenden Industrie Chiles und ihrer Zweigstruktur - Hauptentwicklungsstadien. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrsemester 1978. S. 89 - 126.

Pinto, Anibal: Desarrollo económico y relaciones sociales. In: Pinto, A. u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile 1970. S. 22 ff.

Gunder Frank, André: La política económica en Chile. Del Frente Popular a la Unidad Popular. In: Punto Final. Nr. 153 (Suplemento). Santiago de Chile. März 1972. S. 1 - 23.

2 Gunder Frank, André: La política económica en Chile...a.a.O. S. 4 - 7.

Leuchter, W: Zur Rolle der staatlichen Investitionspolitik im Rahmen der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Chiles in den fünfziger und sechziger Jahren. Lateinamerika. Rostock. Herbstsemester 1975. S. 49 - 55.

Die Maßnahmen zur Belebung der stagnierenden Wirtschaft brachten eine Abkehr von der bis dahin betriebenen Wirtschaftspolitik. Die zweite Regierung Carlos Ibanez (1952 - 1958) sah in der Öffnung der chilenischen Wirtschaft für ausländisches Kapital die einzige Möglichkeit, die zur Dynamisierung der Wirtschaft benötigten Mittel zu bekommen.¹ Diese Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik wurde allerdings erst dadurch möglich, daß sich das transnationale US-Kapital seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in einer Expansionsphase befand. Im Unterschied zu anderen Phasen richtet sich nun das ausländische Kapital auf die Durchdringung und Bestimmung nicht nur der Rohstoffproduktion, sondern auch der dynamischen Sektoren der Industrie.² So entstanden sowohl Industrieunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung als auch solche unter der alleinigen Kontrolle internationalen Kapitals.

Die Politik der Regierung Ibanez wurde von Jorge Alessandri (1958 - 1964) fortgesetzt. Tatsächlich ermöglichte die bereits unter Ibanez vollzogene Wende in den ersten Jahren der neuen Regierung eine Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung; später jedoch zeigten sich ähnliche Schwierigkeiten wie in den Jahren der Regierung Ibanez.³

Die Regierung Alessandris wurde wesentlich von der monopolistischen Großbourgeoisie, der Oligarchie der Großgrundbesitzer und dem ausländischen Kapital unterstützt. In dem Maße, wie diese Regierung nicht in der Lage war, die sozio-ökonomischen Probleme des Landes zu lösen, gewannen reformorientierte, von der christdemokratischen Partei und Eduardo Frei getragene und sozialistische, von den linken Parteien repräsentierte Alternativen an politischer Bedeutung.

1 Gunder Frank, André: La política económica en Chile...a.a.O. S. 5 - 6.
Leuchner, W.: Zur Rolle der staatlichen Investitionspolitik...a.a.O. S. 52.

2 Caputo.O./ Pizarro.R.: Dependencia y relaciones internacionales...a.a.O. S. 211 ff.

Caputo.O./ Pizarro.R.: Desarrollismo y capital extranjero. Santiago de Chile 1970. S. 69 ff.

3 Petras. James: Political and Social Forces in Chilean Development. Berkeley und Los Angeles. 1969. S. 104 ff.

Pinto, Anibal: Desarrollo económico y relaciones sociales...a.a.O. S. 41 ff.

Der Sieg E. Freis (1964 - 1970) in den Wahlen vom September 1964 setzt einen neuen Rahmen für die gesellschaftlichen Konflikte. Zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch Frei ist die sozio-ökonomische Struktur bestimmt durch folgende Merkmale:

- Die chilenische Wirtschaft ist stark vom US-Kapital abhängig. Die Durchdringung mit ausländischem Kapital macht sich besonders im monopolistischen Finanz-, Großindustrie- und Minensektor bemerkbar.
- Die Heterogenität der sozio-ökonomischen Struktur des Landes macht die Koexistenz verschiedener Produktionsweisen möglich: Im landwirtschaftlichen Bereich funktionieren kapitalistische neben quasi feudalen Produktionsformen, im industriellen Bereich koexistieren monopolistische Großunternehmen mit handwerklichen Betrieben.
- Das Eigentum an den Unternehmen der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes aus dem Finanz-, Handels- und Industriesektor ist stark konzentriert.
- Die Agrarwirtschaft behält im Wesentlichen die Züge, die seit dem 19. Jahrhundert dominieren.

Diese Faktoren wurden sowohl von den reformorientierten als auch den sozialistischen Kräften als Ursache der Unterentwicklung betrachtet.¹ Das christdemokratische Modell intendierte die Lösung der sozio-ökonomischen Hauptprobleme wie Einkommensverteilung, Arbeitslosigkeit und Inflation usw. durch Korrekturen und Reformen. Sie gingen von der Reformfähigkeit des abhängigen kapitalistischen Systems in Chile aus. Die Grundsätze ihrer Wirtschaftspolitik lassen sich folgendermaßen auf-

¹ Aranda, S./ Martínez, A.: Estructura económica: Algunas características fundamentales. In: Pinto. A.u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile. 1970. S. 55 - 173.

Molina S., Sergio: El diagnóstico en 1964 y los cambios producidos durante el gobierno de la Democracia Cristiana. In: Atria, R u.a.: Hacia un nuevo diagnóstico de Chile. Santiago de Chile 1973. S. 11 - 31.

zeigen:

Die industrielle Entwicklung. Die mangelnde Investitionsbereitschaft der chilenischen Bourgeoisie sollte durch staatliche und ausländische Investitionen kompensiert werden. Dadurch sollte die industrielle Entwicklung vorangetrieben werden und gleichzeitig positiv auf andere Wirtschaftssektoren wirken.¹

Die Entwicklung des Agrarsektors. Die von der Regierung angestrebte Agrarform sollte die Macht der Großgrundbesitzer einschränken bei gleichzeitiger Förderung von kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben. Modernisierung der Landwirtschaft, Erhöhung der Agrarproduktion und eine gerechtere Einkommensverteilung waren drei weitere Hauptpunkte des Programms. Die sich daraus ergebende erhöhte Nachfrage sollte weitere Impulse auf die Volkswirtschaft erzeugen. Die Reformen im Agrarsektor waren von besonderer Bedeutung, weil sich in der Geschichte des Landes dieser Bereich immer wieder als Hindernis für eine Weiterentwicklung erwiesen hatte.²

Der Exportsektor. Eine wesentliche Quelle der Staatseinnahmen stellte die Exportsteuer dar, deren Betrag sich 1964 zu 85 % aus Kupferexporten ergab. Da die Großkupferproduktion ausschließlich in der Hand der US-Monopole lag, bedeutete dies einen Verlust wertvoller Mittel für die Entwicklung des Landes.³ Während die sozialistisch orientierten Kräfte die Nationalisierung der Kupferproduktion forderten, wollte die Regierung Freis über Verhandlungen ausschließlich die Beteiligung des chilenischen Staates an die Kontrolle der Produktion und der Gewinne der Kupferförderung erhöhen.

1 Sassenfeld, Heinrich: Chile. Erfahrungen mit Entwicklungsstrategien. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Aus den Materialien der Dokumentationsstelle. Nr. 16. Bonn. Juli 1974.

2 Chonchol, Jaques: Poder y reforma agraria en la experiencia chilena. In: Pinto, A. u.a.: Chile hoy. ...a.a.O. S. 255 - 322.

Chonchol, Jaques: La reforma agraria en Chile (1964 - 1973). In: Chile-América. Nr. 25-26-27. Rom. Nov.-Dez. 1976. S. 23 - 38.

Kay, Cristóbal: Chile: Agrarian Reform 1965 - 1973. In: América Latina. Vol. 17. Rio de Janeiro. 1976. S. 18 - 31.

3 Caputo, O./ Pizarro, R.: Desarrollismo y capital extranjero. a.a.O. S. 69ff
Kruse, Heinz: Ursachen, Wesen und Ergebnisse der Politik der Regierung Frei zur Chilenisierung des Kupferbergbaus in Chile 1964 - 1970. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrsemester 1972. S. 39 - 55.

4.1.2. US-Lateinamerikapolitik und die Ergebnisse der Reformprogramme

Die Kennedy- Administration arbeitete unter dem Eindruck wachsender anti-imperialistischer Reformbewegungen in Lateinamerika-Kuba, Guatemala, Bolivien- ein Reformprogramm aus, das unter der Bezeichnung "Allianz für den Fortschritt" bekannt wurde.¹

Mit Hilfe dieses Programms sollten Maßnahmen in den Ländern Mittel- und Südamerikas eingeleitet werden, die die "Modernisierung" der Wirtschafts- und Sozialstruktur dieser Länder zum Ziel hatten und dadurch die "Unterentwicklung" beheben sollten. Es wurde erwartet, daß sich die sozio-ökonomischen Bedingungen der Bevölkerung entsprechend verbessern.

Der Sieg der kubanischen Revolution und die real mögliche und befürchtete Ausweitung sozialistisch orientierter Bewegungen in der Region verstärkte den Willen dieser Modernisierungsprogramme als evolutionäre Alternative zu den sozialistischen Konzeptionen einzuführen.

Die drei wichtigsten programmatischen Grundsätze seien hier genannt:

1. Die Regierungen der einzelnen Länder sollten Erziehungs- Wohnungsbau- und Gesundheitsprogramme zur Verbesserung der sozialen Lage der ärmsten Schichten der Bevölkerung entwickeln.
2. Die Regierungen sollten Agrarreformen durchführen, um einerseits die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und andererseits die traditionellen sozialen Verhältnisse zu überwinden.
3. Errichtung eines Investitionsfonds, in dem sowohl US-Administration als auch private Investoren bis 1970 20 Milliarden Dollar eingezahlt haben sollten.

Da aber das Programm keine Erfolge zeigte, wurde es bereits unter US-Präsident L.B. Johnson als gescheitert angesehen.² In Chile fand das

¹ Griffith-Jones, Stephany: The Alliance for Progress: an Attempt at Interpretation. In: Development and Change. Vol. 10. Nr. 3. Den Haag. 1979. S. 423 - 443.

Köttnitz, Rudolf: Allianz gegen den Fortschritt. In: Deutsche Außenpolitik. Jg. 11. Nr. 2. Ost-Berlin. 1966. S. 154 - 163.

O'Brien, Philip: La Alianza para el progreso y los préstamos por programa a Chile. In: Estudios Internacionales. Vol. 2. Nr. 4. Santiago de Chile. Januar-März 1969. S. 461 - 490.

² ebd.

Programm "Allianz für den Fortschritt" in der christdemokratischen Konzeption "Revolution in Freiheit", ihren Ausdruck. Bereits die Bezeichnung machte die Absicht deutlich, die Regierung Freis als Alternative zum kubanischen Modell im lateinamerikanischen Raum zu profilieren. Die Durchführung des Freis- Programms führte aber weder zu einer beständigen Entwicklung, noch zur angestrebten Modernisierung, so daß sich im Gefolge auch nicht die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung verbesserten. Mit Ausnahme der Agrarreform und einigen Maßnahmen zur Organisation der Landarbeiter, Bauern und marginalisierten Teilen der Bevölkerung gab es keine weiteren Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung Chiles. Im folgenden Überblick soll dies deutlich gemacht werden.

- Industrie: Nach wie vor wurde das Gros der Investitionen vom Staat und Auslandskapital betrieben.¹ Die Schlüsselindustrien wurden mehr und mehr vom ausländischen Kapital kontrolliert, was erhöhte Rückzahlungen an das Ausland zur Folge hatte.² Die ohnehin schon existierende Konzentration von Monopolkapital verstärkte sich unter diesen Umständen weiter.³ Beschäftigungspolitische Impulse zur Senkung der Arbeitslosenquote erfolgten nicht. Sie blieb auf dem historischen Stand von 8 %.⁴

- Agrarsektor: Zum ersten Male in der Geschichte Chiles wurde mit der Agrarreform der Versuch gemacht, die Herrschaft des Großgrundbesitzes zu brechen. Es gelang eine Steigerung der Produktion zu erreichen, allerdings wurde die Reform nur halbherzig durchgeführt. Am Ende der Regierungsperiode waren von den angestrebten 100.000 landwirtschaftlichen Produktionsstätten mittlerer Größe lediglich 28.000 gegründet.⁵ Der Großgrundbesitz

1 Sassenfeld, Heinrich: a.a.O. S. 15.

2 Caputo.O./ Pizarro,R: Desarrollismo...a.a.O. S. 69 ff.

3 Garretón, O: La concentración monopólica en Chile. In: Cuadernos de la Realidad Nacional. Nr. 7. Santiago de Chile. März 1971. S. 143 - 164.

4 Bitar, Sergio: Transición, socialismo y democracia. La experiencia chilena. Mexico. 1979. S. 43.

5 Chonchol, Jaques: La reforma agraria...a.a.O. S. 26.

blieb die dominante wirtschaftliche Einheit. Bis 1970 waren nur 1120 von 6493 Großgrundbesitzern enteignet.¹ Das Verhältnis der Landflächen war noch krasser: 2.869.000 ha enteignetem Land standen 24.432.000 ha in Händen von Großgrundbesitzern gegenüber, d.h. ganze 14,5 %² der Anbaufläche waren enteignet. Die Folgen liegen auf der Hand: Die sozialen Widersprüche bleiben bestehen (lediglich 5 - 10 % der besitzlosen Landarbeiter erhielten Land)³ und auch die angestrebte Erhöhung der Nachfrage konnte nicht erreicht werden. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt blieb fast unverändert gegenüber den 15 Jahren vor der Regierung Freis. (Landwirtschaft 9,3 %, Industrie 24 %, Dienstleistungsbereich 44 %).⁴

- Kupfer: Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und den US-Monopolen war die Beteiligung des Staates an der Förderung. Die Entscheidungsbefugnisse verbleiben jedoch völlig in der Hand der Monopole, ebenso Verkauf und Preispolitik.⁵ Zwar berücksichtigte das Abkommen die Exportsteuer des chilenischen Staates, dies geschah aber auf der Basis eines Fixpreises, der jedoch nach einiger Zeit bereits unter dem Kupferweltmarktpreis lag.⁶

Neben der eigentlich erwarteten Begrenzung der Gewinne der ausländischen Monopole zugunsten des chilenischen Staates, strebte die Regierung als unmittelbares Ergebnis auch die Verdoppelung der Förderung auf 1,2 Mill. Tonnen und die Erhöhung der Investitionen auf 767 Mill. US-Dollar an.⁷ In den Jahren 1965 - 1970 erreichte die jährliche Kupferproduktion im Schnitt nur 527.000 Tonnen; die geplanten Investitionen wurden nur zu 37 % durchgeführt.⁸ Die Gewinne der Kupfergesellschaften erhöhten sich von 84,5 Mill. US-Dollar im Jahre 1964 auf durchschnittlich 156 Mill. US-Dollar im Jahre 1968.⁹

1 Aranda, S. / Martínez, A.: Estructura económica...a.a.O. S. 148.

2 Chonchol, Jaques: La reforma agraria...a.a.O. S. 26.

3 Ebd.

4 Nohlen, Dieter: Chile. Das sozialistische Experiment. Hamburg 1973. S. 344.

5 Aranda, S./ Martínez, A.: Estructura económica...a.a.O. S. 115.

6 Kruse, Heinz:a.a.O. s. 51 - 52.

7 Ebd. S. 50 - 51.

8 Ebd. S. 50 - 51.

9 Ebd. S. 52

Die Mängel der Kupferpolitik der Regierung Frei wurden offensichtlich als im Jahre 1971 alle Parteien im chilenischen Kongreß auf Vorschlag der Regierung der Unidad Popular die Nationalisierung der Kupfergesellschaften beschließen.

- Die Rolle des Auslandskapitals: Das Entgegenkommen der christdemokratischen Regierung gegenüber dem ausländischen Kapital hatte den wachsenden Einfluß ausländischer Monopole die wichtigsten Sektoren der chilenischen Wirtschaft zur Folge, dem entsprechend erhöhte sich auch die Rückführung an die Muttergesellschaften in den USA und Europa. Während im Jahre 1950 die Gewinnübertragung - in Form von Abschreibungen, Zinsen, Überschüssen, Patentgebühren u.a. - 83 US-Dollar betrug, erreichte sie im Jahre 1967 458 Mill. US-Dollar.¹ Die Auslandsverschuldung erhöhte sich von 598 Mill. US-Dollar im Jahre 1960 auf 3.000 US-Dollar im Jahre 1970.²

Das die Wirtschaftspolitik der Regierung keine Veränderung der sozio-ökonomischen Lage breiter Bevölkerungskreise bewirkte, läßt sich anhand folgender Tabelle aufzeigen:

Einkommensverteilung nach Beschäftigungskategorien.(1960 - 1970) in %.³

	1964	1970
Arbeitgeber	36,1	33,0
Arbeiter auf eigene Rechnung	17,1	12,4
Angestellte	26,5	34,2
Arbeiter	20,3	20,4
	100,0	100,0

1 Caputo, O./Pizarro, R.: Desarrollismo...a.a.O. S. 73.

2 Galdames, J./ Auda, J.: Chile: Un país andino del Pacífico Sur. Santiago de Chile. 1972. S. 105.

3 Bitar, Sergio:...a.a.O. S. 32.

4.1.3. Soziale Konflikte und die Mobilisierung der sozialen Kräfte

Um die zugespitzte soziale Lage analysieren zu können, soll im Folgenden die Regierungspolitik gegenüber den sozial unterprivilegierten Schichten einerseits und der Organisationsgrad und die politische Einstellung der Marginalisierten andererseits untersucht werden.

Wie bereits erwähnt, sollten durch die Modernisierung der Wirtschaft der Lebensstandard angehoben und damit große Teile der Bevölkerung integriert werden. Die Regierung bzw. die christdemokratische Partei, die zu ihrer Basis vor allem die städtischen Mittelschichten (kleine und mittlere Unternehmen, öffentliche und Privatangestellte) rechnete, erhoffte sich durch Hinwendung in ihrer Sozialpolitik zu den Bewohnern der Slums und der Bauern und Landarbeiter eine Verbreiterung der Basis und Unterstützung ihrer Politik insgesamt.

Bewohner der Slums. Landflucht und Verelendung in den Randgebieten der Großstätte ist eine typische Erscheinung in den Gesellschaften der Entwicklungsländer. Die chilenische Regierung versuchte durch die Verbesserung der Lebensbedingungen und durch Förderung sozialer Organisationen für die Slumbewohner diese in die Gesellschaft zu integrieren. Das erste Ziel der Integrationspolitik - die Verbesserung der Lebensbedingungen - wurde nicht erreicht, weil trotz erhöhter Sozialausgaben die Vermögenskonzentration¹ bestehen blieb und keine grundsätzliche Einkommensverteilung stattfand. Mit der Förderung sozialer Organisationen konnte die Regierung Erfolge verbuchen. 1969 waren 1,5 Mill. Bewohner Mitglieder in 19.901 kommunalen Organisationen.²

Die Landarbeiter und Bauern. Das Agrarreformgesetz wurde durch ein Gesetz zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisationen von Landarbeitern und Bauern ergänzt, wodurch die soziale Mobilisierung auf dem Agrarsektor er-

1 Ramos, S.: Chile: ¿una economía de transición? Santiago de Chile. 1972. S. 98.

2 Eßer, K.: Durch freie Wahlen zum Sozialismus...a.a.O. S. 91.

Glauser, K.: Crisis social del capitalismo en Chile. In: Mensaje. Santiago de Chile. September 1971. S. 64 ff.

heblich vorangetrieben wurde. Während 1964 24 Agrargewerkschaften mit 1658 Mitgliedern existierten, erhöhte sich diese Anzahl auf 211 Gewerkschaften mit 47.473 Mitgliedern im Jahre 1967. 1970 schließlich waren 114.473 Landarbeiter und Bauern in 510 Gewerkschaften organisiert.¹

Die Arbeiterorganisation. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter hatten im sozialen und politischen Leben Chiles einen bedeutenden Einfluß erlangt. Dies vor allem auf Grund der kontinuierlichen organisatorischen Tätigkeit der kommunistischen und sozialistischen Partei seit Anfang des Jahrhunderts.² Trotz der Versuche der christdemokratischen Regierung parallele Gewerkschaftsorganisationen zu gründen, hatten sie einen bedeutenden Grad an Einheit erreicht. Seit 1953 waren die Mehrzahl der Gewerkschaften in der "Central Unica de Trabajadores" (Einheitszentrale der Arbeiter) vereinigt. Von 1964 bis 1970 war ein zunehmend höherer Organisationsgrad zu verzeichnen und die Zahl der Streiks nahm zu.

Die Unternehmensorganisation. In den letzten Dekaden fand innerhalb der Unternehmensgruppen ein Prozeß wachsender Integrateion statt.³ Ausdruck dieses Integrationsprozesses war die Bildung zentraler Organisationsformen. Die Fachverbände, in denen sich die einzelnen Unternehmer entsprechend ihrer Branche zusammengeschlossen hatten, wurden dabei wieder durch die zentrale Dachorganisation "Cofederacion de la Produccion y del Comercio" (Konföderation der Produktion und des Handels) repräsentiert.

1 Eßer, K....a.a.O. S. 104.

2 Barrfa, J.: El movimiento obrero: Del Frente Popular a la Unidad Popular. In: Witker, Alejandro: Chile: Sociedad y política. México. 1978. S. 290 - 346.

Angell, Alan: La clase obrera y la política en Chile. In: Desarrollo Económico. Vol. 9. Nr. 23. Buenos Aires 1969. S. 33 - 65.

Strauch, Wolfhard: Struktur und Organisation der Arbeiterklasse in Chile. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrssemester 1972. S. 5 - 37.

Hackethal, E.: Arbeiterbewegung und politische Parteien in Chile. In: Lateinamerika. Rostock. Herbstsemester 1972. S. 11 - 27.

3 Eßer, K....a.a.O. S. 70 - 72.

Aufgrund der großen Diskrepanz zwischen den Erwartungen, die durch das Programm "Revolution in Freiheit" auf seiten der ärmsten Teile der Bevölkerung geweckt worden waren, und den realen Leistungen der Regierung nimmt es nicht Wunder, daß diese Schichten stark enttäuscht waren und sich in Opposition zur Regierung stellten.

Die wachsende Opposition in der Bevölkerung verschärfte schließlich die Krise der chilenischen Gesellschaft: Die Anzahl der Streiks und die Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter nahm eine beachtliche Entwicklung¹; in den Fabriken, Großgrundbesitzungen und Slums entwickelten sich neue Kampf-formen, und die sozialen Konflikte nahmen zu, wie die nachfolgende Tabelle ausweist.

Besetzungen von Latifundien, Fabriken und unbewohnte Siedlungen ²

	1968	1969	1970
Latifundien	16	121	368
Unbewohnte Siedlungen	15	26	352
Fabriken	5	24	133

Den Auseinandersetzungen schlossen sich auch andere soziale Gruppierungen an, z.B. die Studenten, die seit 1966 für die Reform des Hochschulsystems stritten; die wichtigsten Hochschulen wurden während dieser Zeit von den Studenten besetzt.³

Kristalisationspunkt der sozialen Konflikte war jedoch die Durchführung der Agrarreform. Die Großgrundbesitzer leisteten entschiedenen Widerstand gegen die Enteignungsmaßnahmen der Regierung, indem sie in den zentralen Provinzen des Landes bewaffnete Gruppen zur Verteidigung der Ländereien bildeten und damit erfolgreich die vollständige Durchführung der Agrarreform verhinderten.⁴ Während die Großgrundbesitzer die Parole von der

1 Vitale, Luis: Interpretación marxista de la historia de Chile. De semicolonía inglesa a semicolonía norteamericana. Barcelona 1980. s. 184 - 185.

2 Bitar, Sergio....a.a.O. s. 34.

3 Vasconi, T./ Reca, I.: Movimiento estudiantil y crisis en la Universidad de Chile. In: Pinto, A. u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile 1970. S. 345 - 385.

Labrousse, Alain: El experimento chileno. Barcelona 1973. S. 71 - 77.

4 Ebd. S. 119 - 121.

Verletzung des "Eigentumsrechts" durch die Regierungspolitik in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen versuchten und daraufhin von Finanz-, Handels- und Industrieunternehmen unterstützt wurden, nahm die Regierung eine widersprüchliche Haltung ein. Einerseits förderte sie weiterhin die sozialen Organisationen der Bevölkerung, andererseits setzte sie in zunehmendem Maße den Polizei- und Militärapparat zur Unterdrückung der wachsenden Proteste ein.

4.1.4. Die Krise des Staates und die politischen Kräfte

Die sozialen Konflikte spitzten sich unter der Regierung Frei so zu, daß die Staatsinstitutionen und politischen Kräfte nicht mehr in der Lage waren, Lösungen auf Basis des Konsens für die chilenische Gesellschaft zu finden. Die wachsenden Widersprüche in allen Bereichen und die wachsende Bedeutung sozialistischer Alternativen stellten die Fundamente und die Handlungsfähigkeit des chilenischen Staates in Frage.¹ Die Erklärung der wachsenden Funktionsunfähigkeit des Staates ist in einem historischen Widerspruch innerhalb der chilenischen Gesellschaft, der sich während der christdemokratischen Regierungsperiode zuspitzt, zu finden. Einerseits macht die institutionelle Struktur des Staates die Durchführung von Reformen möglich, die zu einer zunehmenden Organisation und begrenzten Partizipation bislang von Machtentscheidungen ausgeschlossener Gruppen und damit zu erhöhter Demokratisierung gesellschaftlicher Organisationen führt. Auf der anderen Seite besitzt der bürgerliche Staat eine wirtschaftliche Struktur, die die Mehrheit der Bevölkerung von wirtschaftlichen Vorteilen ausschließt. Dieser Widerspruch spitzte sich angesichts der wachsenden sozialen Organisation der Bevölkerung unter der Regierung Frei zu.

Es entstand eine Situation, in der der Entwicklung der sozialen Mobilisierung der Bevölkerung auf der einen Seite die zunehmende Verunsicherung der oligarchischen Klassen auf der anderen Seite entsprach. Während

1 Ríz, Liliana de: Sociedad y política en Chile: De Portales a Pinochet. México 1979. S. 73 ff.

letztere "Ordnung" forderten, kämpften die unterdrückten Klassen und Schichten für eine Demokratisierung der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse. Der Staat konnte auf keine der beiden Forderungen befriedigend antworten. Die zunehmende Repression gegenüber der demokratischen Protestbewegung reichte weder aus, das Vertrauen der Oligarchie wiederzuerlangen, noch die Volksbewegung zu befrieden. Die Regierungsperiode endete mit der politischen Isolierung der Regierung und der Spaltung der christdemokratischen Partei.

Die christdemokratische Partei, die oligarchische Rechte vertreten durch die Nationale Partei und die sozialistisch orientierte Linke waren die drei maßgeblichen Kräfte, die die Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre bestimmten.

4.1.4.1. Die Christdemokratische Partei¹

Die Christdemokratische Partei entstand in den dreißiger Jahren durch die Spaltung der Jugendbewegung der konservativen Partei. Ihre ideologischen und programmatischen Fundamente stammen aus der christlichen Soziallehre. Die soziale Zusammensetzung der Partei war sehr heterogen, Angehörige aller Klassen und Schichten waren dort organisiert. Vorherrschend waren die bürgerlich-nationalen Fraktionen, die zum größten Teil dem Auslandskapital verbunden waren und sich auf die wirtschaftlich-ideologischen Positionen der CEPAL (Comision Economica para America Latina) (Wirtschaftskommission für Lateinamerika) stützten. Das Scheitern der Regierungen von Ibanez und Alessandri und die Forderungen der Bevölkerung nach Umgestaltung des existierenden Herrschaftsmodells machten die Christdemokratische Partei zu einer realen Alternative.

Neben dem Einfluß der Christdemokratischen Partei trugen noch andere nationale und internationale Faktoren zur Wahl Freis bei. Die politischen Gruppen der Rechten konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten

¹ Ammon, Alf/ Froehling, Heino: Die Christliche Demokratie Chiles. Die Spaltung der Christdemokratischen Partei 1969. Bonn 1971. S. 1 - 139.

einigen und betrachteten Frei als das kleinere Übel gegenüber dem Kandidaten der sozialistischen Linken, Salvador Allende. Außerdem genoß Frei die Unterstützung durch die westdeutsche Christdemokratie und die USA, die Einfluß auch über den CIA ausübten.¹ In den Augen der USA sollte eine Regierung Frei signalisierende Wirkung für den lateinamerikanischen Raum haben, wie oben schon ausführlicher dargestellt.

Die christdemokratische Regierung versuchte durch eine begrenzte, partielle Bündnispolitik mit den rechten politischen Gruppierungen und mit der Linken ihre Stellung zu festigen. So konnte sie die "Nationalisierung" der Kupferminen mit Unterstützung der oligarchischen politischen Gruppen durchführen; die Agrarreform und die Förderung der sozialen Volksorganisationen jedoch mit Unterstützung der Linken. Nach anfänglicher Reformpolitik bis ca. 1967 setzte sich innerhalb der Partei der rechte Flügel durch; die darauf folgenden Fraktionskämpfe spitzten sich dermaßen zu, daß der linke Flügel der Partei 1969 die MAPU (Movimiento de accion popular unitario/ Bewegung der Volkseinheit)² gründete und sich dem Bündnis der linken Parteien - Unidad Popular - anschloß.

Da die Christdemokratische Partei nicht in der Lage war, ihr Reformprogramm umzusetzen, verlor sie an Stimmen: Während sie bei den Wahlen zum Kongress und Abgeordnetenhaus 1965 noch 44 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, waren es 1969 lediglich noch 31 %.³ Ihre Unfähigkeit, beständige Bündnisse mit anderen politischen Kräften zu schließen, z.B. mit der Radikalen Partei, verstärkte ihre politische Isolierung. Sie konnte schließlich nur noch mit der Unterstützung durch mittelständige Schichten rechnen.

4.1.4.2. Das politische Vertretungsorgan der Oligarchie: Die Nationale Partei

Nach der Regierung Alessandris, die bis 1964 aus einer Koalition aus Konservativer und Liberaler Partei bestand, waren die rechten Gruppierungen

1 Labarca, Eduardo: Chile invadido. Santiago de Chile 1969. S. 82 ff.
Staff Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities. United States Senate.: Covert Action in Chile 1963 - 1973. Washington 1975. S. 14 ff.

2 Ammon, A./ Froehling, H...a.a.O. S. 150 ff.

3 Nohlen, Dieter:...a.a.O. S. 374.

so geschwächt, daß sie nicht in der Lage waren, einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 1964 aufzustellen. Bei den Kongreßwahlen 1965 erhielten sie nur 11 % der abgegebenen Stimmen.¹ An diesem Tiefpunkt versuchten sie, gemäß ihrer gemeinsamen sozio-ökonomischen Interessen eine politische Partei zu gründen: Durch den Zusammenschluß der Konservativen und der Liberalen Partei mit der Bewegung "Nationale Aktion" entstand eine einheitliche Organisation der oligarchischen Fraktionen: die Nationale Partei.

Private Initiative als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und Ablehnung des "bürokratischen Staates" waren die Kernpunkte ihres "nationalistischen" Aktionsprogrammes.² Gegenüber der christdemokratischen Regierung betrieb sie eine differenzierte Politik:

Einerseits unterstützte sie die Regierung sowohl, was die Nationalisierung der Kupferminen, als auch, was die Haushaltspolitik Freis, die eine Subventionspolitik zugunsten des Finanzwesens und der Industrie darstellte, anbelangt. Unter dem Einfluß ihrer agraroligarchischen Fraktion stand sie andererseits in Opposition zum Agrarreformprogramm der Regierung. Die ständige Furcht, daß die von der Regierung betriebene soziale Mobilisierung der Volksmassen letztlich in einen generellen Protest gegen das Herrschaftssystem münden könnte, führte schließlich dazu, daß sich die Partei geschlossen zur Opposition gegen die Regierung formierte; Frei wurde als der "chilenische Kerenski" bezeichnet.

In dieser Periode wurde deutlich, daß die Nationale Partei dazu bereit war, das politische System zu boykottieren, sobald Maßnahmen durchgeführt wurden, die gegen Interessen ihrer einzelnen Fraktionen gerichtet waren. Die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung wurde aktiver betrieben; Anwendung offener Gewalt, Teilnahme an den Putschversuchen 1967 und 1969³ sowie schließlich die Aufstellung bewaffneter Banden der Großgrundbesitzer legen davon beredtes Zeugnis ab.

1 Nohlen, Dieter:...a.a.O. S. 374.

2 Gil, F.: El sistema político de Chile. a.a.O. S. 274.

Nohlen, Dieter:...a.a.O. S. 113 - 115.

3 Vitale, Luis: Interpretación marxista de la historia de Chile. De semicolonía...a.a.O. S. 191 - 193.

Labrousse, Alain...a.a.O. S. 119 - 121 und 177 - 179.

Zeitung El Siglo. 13.5.68. S. 3.

4.1.4.3. Die sozialistische Linke

Salvador Allende wurde 1970, nachdem er schon dreimal (1952, 1958, 1964) für die Linke bei Präsidentschaftswahlen kandidiert hatte, mit der Unterstützung der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei zum Präsidenten gewählt. In erster Linie stellte die Industriearbeiterschaft die Basis beider Parteien, wenn auch der Einfluß der Bauern, Landarbeiter und der Bewohner städtischer Randgebiete zunahm. Beide Parteien waren maßgeblich an der Organisation und Stärkung der Arbeiterbewegung beteiligt.

1964 wurde Salvador Allende von einem Bündnis unterstützt (FRAP: Frente de ACCion Popular/ Front der Volksaktion), das in seinem Programm eine vollständige Agrarreform, die Nationalisierung der Rohstoffgewinnung (Kupfer, Salpeter, Kohle, Erz) und die Vergesellschaftung der Handels-, Finanz- und Industriemonopole forderte. Das kurzfristige Globalziel des Programms war die Errichtung eines Übergangssystems zum Sozialismus. Trotz der politischen Einheit von Kommunistischer und Sozialistischer Partei waren doch konzeptionelle Unterschiede verbunden, etwa in den Fragen der Charakterisierung des Herrschaftssystems, der Einschätzung der internationalen Lage und ihrer Bedeutung für Chile und der Bündnispolitik, um die Übergangsregierung möglich zu machen. Während sich die Kommunisten für eine Volksfrontpolitik einsetzten, vertrat die sozialistische Partei die Position der Arbeiterfront.¹ In wichtigen politischen Entscheidungen und deren programmatischer Formulierung stimmten beide Parteien jedoch immer überein.

Unter der Regierung Frei waren vor allem Fragen der Bündnispolitik und Aktionsformen strittig. Auf ihrem Kongreß in Chillan entschied sich die Sozialistische Partei programmatisch und für die Durchführung begrenzter Aktionen des bewaffneten Kampfes gegen die kapitalistische Ordnung. Der historischen Tendenz entsprechend setzte sich mit dem Ende der Regierung Frei in der Praxis die Politik des breiten Bündnisses durch, dem auch der Wahlsieg von 1970 zu verdanken ist.

Das Verhältnis der Linken zur Regierung (Freis) wurde durch die konkreten Maßnahmen bestimmt, die diese ergriff. Maßnahmen, die tendenziell geeignet waren, eine Transformation des Systems herbeizuführen und/oder die

1 Labrousse, Alain:...a.a.O. S. 193 - 200.

Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung zu verbessern, fanden immer die Zustimmung der linken Parteien. Sie opponierten dagegen ständig gegen Maßnahmen, die die ohnehin privilegierten Schichten bevorteilten.

Die sozialistische Linke übte selbstverständlich Kritik am bürgerlich-parlamentarischen System als einem System der herrschenden Klasse, sah allerdings auch gleichzeitig Möglichkeiten, gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der Verfassung von 1925 durchzuführen. Das Scheitern der christdemokratischen Regierung führte die unzufriedenen Teile der Bevölkerung der sozialistischen Linken zu, wobei die durchgeführte soziale Mobilisierung verstärkender Faktor war. Eine weitere Stärkung der Linken ergab sich durch Flügelkämpfe in anderen Parteien: In der Führung der Radikalen Partei setzten sich die Vertreter des "demokratischen Sozialismus" gegen den pro-oligarchischen Flügel durch; und der linke Flügel der Christdemokratie formierte sich zur MAPU, die eindeutig für ein Bündnis mit Sozialisten und Kommunisten eintrat.

Im November 1970 übernahm eine Koalition aus den erwähnten politischen Kräften als "Unidad Popular" die Regierung.

4.2. Die Vertiefung der Krise der chilenischen Gesellschaft. Die Regierung der Unidad Popular (1970 - 1973)

Am Ende der Regierungsperiode Frei existierte die weitverbreitete Meinung, daß sich die gesamte chilenische Gesellschaft in einer Entscheidungskrise befände. Die diversen Präsidentschaftsprogramme für die Wahl im September 1970 versuchen in ihren Konzeptionen, diese Situation aus unterschiedlichen Gesichtspunkten her zu beleuchten und zu überwinden.¹

Die oligarchischen Gruppen unterstützten die Kandidatur des ehemaligen Präsidenten der Republik (1958 - 64) Jorge Alessandri. Für diese politische Richtung lag der Ursprung der gesellschaftlichen Probleme zum einen in der Unfähigkeit der "Politiker", die Möglichkeiten des bestehenden Systems auszuschöpfen: Zum anderen wurde die zu groß gewordene Rolle des Staates bei der Wirtschaftsförderung, die Aufblähung der Staatsbürokratie, die Bekämpfung der Inflation u.ä. für die Krise verantwortlich gemacht.

¹ Nohlen, Dieter: ...a.a.O. S. 113 ff.

Die programmatischen Vorschläge befürworteten eine effiziente Führung des abhängigen kapitalistischen Systems Chile, einen Impuls des wirtschaftlichen Wachstums durch die Förderung der Privatinitiative und gleichzeitige Zurückdrängung der Wirtschaftstätigkeit des Staates.

In der Christdemokratischen Partei, die unter dem Eindruck des Scheiterns des Reformprogrammes der Regierung Frei stand, setzte sich die fortschrittliche Orientierung ihres linken Flügels durch, der vom Präsidentschaftskandidaten Radomiro Tomic, geführt wurde. Die PDC forderte die Nationalisierung der Rohstoffe (Kupfer, Erz, Salpeter), die Weiterführung der Agrarreform und einen sozialisierten Wirtschaftssektor, der sich aus strategischen industriellen Bereichen wie Kohle, Elektrizitätswerken, Eisen usw., zusammensetzen sollte. Von einem sozio-politischen Gesichtspunkt aus befürwortete die PDC eine breite Partizipation der schon bestehenden sozialen Organisationen und eine Demokratisierung der staatlichen Instanzen.

Nach einem komplizierten Entscheidungsprozeß wurde bei den Linken eine Übereinstimmung über das Programm der Unidad Popular und in Bezug auf die Nominierung Allendes als Präsidentschaftskandidat erreicht.

Die Unidad Popular stellte sich als Hauptaufgabe die Überwindung des abhängigen kapitalistischen Modells und die Errichtung eines Übergangsmodells, um später den Sozialismus zu erreichen. Im Unterschied zu anderen sozialistischen Modellen sollten die Ziele dieses Programmes jedoch in Grenzen und unter den Bedingungen der bestehenden institutionellen Strukturen des Staates angestrebt werden. Im wirtschaftspolitischen Teil beinhaltete das Programm eine Reihe struktureller Transformationen wie die Nationalisierung der Rohstoffindustrie, die vollständige Durchführung der Agrarreform und die Bildung eines nationalen, vergesellschaftlichten Wirtschaftssektors, bestehend aus strategischen Unternehmen und denjenigen, die eine monopolistische Stellung innerhalb ihrer Branche innehatten. Gleichzeitig sollte ein gemischter Wirtschaftssektor beibehalten werden, in dem Staat und Privatwirtschaft in gleichen Teilen an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt waren.¹

¹ Regierungsprogramm der Unidad Popular. In: Garcés, Joan E. (Hrsg.): Salvador Allende. Chiles Weg zum Sozialismus. Wuppertal 1972. S. 135 ff.

Kurzfristig wurde ein Reaktivierungsprogramm vorgeschlagen, das neben den oben erwähnten strukturellen Reformen positiv auf die Umverteilung des Einkommens, die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, der Produktion, der Beschäftigungszahlen und Investitionsquoten wirken sollte. Es wurde ein Prozeß angestrebt, der die Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage der Mehrheit der Bevölkerung kombinierte mit den Maßnahmen zur Transformation des bestehenden gesellschaftlichen Systems.¹ Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde ein Programm für die Partizipation der Arbeiter in den vergesellschaftlichen Unternehmen und des Großgrundbesitzes (Latifundien), sowie auf der staatlichen Planungsebene vorgeschlagen. Hinsichtlich der politischen Entscheidungsorgane des Staates sah das UP-Programm eine Umstrukturierung dieser Organe für die Institutionalisierung der Basispartizipation auch auf dieser Ebene vor.²

Die tiefgreifenden Unterschiede in den Programmen der Unidad Popular und der Christdemokraten auf der einen Seite und dem Programm Alessandris auf der anderen, sowie die Zuspitzung der politischen und gesellschaftlichen Konflikte der letzten Jahre und der höhere Grad an politischer Organisiertheit der im Konflikt teilnehmenden Kräfte deuteten darauf hin, daß der Wahl im Jahre 1970 ein Entscheidungscharakter zukam.

Im September 1970 setzte sich der Kandidat Salvador Allende (36 % der Stimmen) gegenüber dem christdemokratischen (29 %) und dem rechten Kandidaten (34 %) durch.³

Nach zwei Monaten intensiver politischer Auseinandersetzung wurde am 4. November 1970 Allende mit Unterstützung der christdemokratischen Parlamentarier vom Kongress als Präsident der Republik bestätigt.⁴

1 Regierungsprogramm der Unidad Popular. In: Garcés, Joan. E. (Hrsg.). a.a.O. S. 135 ff.

2 Ebd.

3 Nohlen, Dieter...a.a.O. S. 371.

4 Labarca, E.: Chile al rojo. Reportaje a una revolución que nace. Santiago de Chile., S. 27 - 107.

4.2.1. Die Umsetzung des Wirtschaftsprogrammes der UP und die Entwicklung der politischen Krise

Die Umsetzung des Wirtschaftsprogrammes und der Charakter der politischen Beziehungen zwischen Regierung und Opposition sind zwei zentrale Aspekte zum Verständnis der Form und des Inhalts der gesellschaftlichen Krise in dieser Periode. Den Rahmen, in dem diese Prozesse stattfanden, bildete die zugespitzte Auseinandersetzung um die Durchführung des Transformationsprogrammes der Regierung. Sie wollte ihr Programm verwirklichen, indem sie versuchte, die historischen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Grundlagen der existierenden gesellschaftlichen Herrschaftsträger und ihre internationale Stützung, in erster Linie des nordamerikanischen Imperialismus, aufzuheben.

Die ursprüngliche heterogene Opposition versuchte durch die verschiedensten legalen, illegalen, konspirativen Mittel und Methoden die Umsetzung des Regierungsprogrammes zu verhindern und ihre historische Machtposition zu verteidigen. Für die Verwirklichung ihrer Ziele erhielt sie wichtige Unterstützung der nordamerikanischen Regierung und der transnationalen Unternehmen, die in Chile engagiert waren.¹

In groben Zügen kann die Durchführung des Wirtschaftsprogramms der Regierung in zwei Etappen unterteilt werden:

- Von der Regierungsübernahme im November 1970 bis Dezember 1971.
- Von Dezember 1971 bis September 1973.

Die erste Etappe ist charakterisiert durch die fast vollständige Durchführung der strukturellen Maßnahmen wie der Nationalisierung der Rohstoffindustrien, der Weiterführung der Agrarreform und der Enteignung bzw. Beschränkung der Banken-, Industrie- und Lebensmittelverteilungsmonopole. Besonders umstritten waren die Durchführung der Agrarreform und die Enteignung der städtischen Monopole. Hierfür existierte keine geeignete gesetzliche Grundlage, mit Ausnahme eines Gesetzesdekretes, erlassen während der sozialistischen Republik aus dem Jahre 1932, das die Intervention in Unternehmen wegen mangelhafter Verwaltung vorsah. Die Opposition sah in diesen Interventionsmaßnahmen der Regierung eine Verletzung und Überschreitung der verfassungsmäßigen Befugnisse der Exekutive.

1 Staff Report of the Select Committee...a.a.O. S. 23 - 39.

Petras, J./ Merley, M.: The United States and Chile: Imperialism and Overthrow of the Allende Government. New York/ London 1975. S. 27 - 36.

Die Dauer des Konfliktes zwischen der Exekutive und dem Kongreß um die Frage der Eigentumsverhältnisse im Lande, die übrigens bis zum Ende der Regierungsperiode nicht geregelt werden konnten, bewirkte bei den kleineren und mittleren Wirtschaftsunternehmen eine Verunsicherung, da sie in der Ungeklärtheit dieses Problems ihren Besitz bedroht sahen. Diese Unsicherheit, die zum großen Teil unbegründet war, da das Regierungsprogramm eigentlich nur die Vergesellschaftung der Großunternehmen vorsah, wurde gezielt von der Opposition ausgenutzt, um diese soziale Schicht gegen die Regierungspolitik einzunehmen. Ferner wurde die Situation dadurch verschärft, daß innerhalb der Regierungskoalition und in der linken Opposition gegenüber der Regierungspolitik Kräfte existierten, die eine undifferenzierte Vergesellschaftung befürworteten, die sich in der Besetzung von kleineren und mittleren Unternehmen ausdrückte.

Die Strukturmaßnahmen wurden in dieser Etappe mit der Durchführung eines kurzfristigen Programms zur Reaktivierung der Wirtschaft kombiniert.¹

Wichtige Maßnahmen in diesem Kontext waren die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und die Steigerung der Kaufkraft der Lohnabhängigen. Dadurch sollte eine wachsende Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen hervorgerufen werden, die sich wiederum positiv auf die Steigerung der Produktion auswirken sollte. Die Existenz einer nicht ausgelasteten Produktionskapazität von 25 % im industriellen Sektor und einer Devisenreserve von 300 Mio. US-Dollar bildeten eine solide Grundlage für diese kurzfristige Politik.²

Die Durchführung dieser Maßnahmen im Jahre 1971 brachte zwar die erwarteten Erfolge, gleichzeitig blieben jedoch viele Fragen hinsichtlich der realen Möglichkeiten offen, dieses Programm fortzusetzen.

Dazu einige Daten:³

- Das Bruttosozialprodukt wuchs um 7,7 %; die industrielle Produktion um 13,7 %.
- Die Arbeitslosigkeit sank in Santiago um 8,3 % auf 3,8 % im Dezember 1971.
- Die Inflationsrate ging von 34,9 % im Dezember 1970 auf 22 % im Dezember 1971 zurück.

1 Bitar, S.:...a.a.O. S. 77 - 82.

2 Ebd. S. 78.

3 Ebd. S. 85.

- Der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttosozialprodukt wuchs von 52,8 % im Jahre 1970 auf 61,7 % im Jahr 1971.

Diese Reaktivierungspolitik wurde jedoch von Schwierigkeiten auf anderen Wirtschaftsgebieten begleitet, die die Kontinuität der erwähnten Erfolge für die nächste Etappe in Frage stellen sollten. So konnte das Produktionswachstum nicht mit dem expandierenden Konsum Schritt halten; das Fiskaldefizit erhöhte sich auf 168,2 % ¹, das Zahlungsbilanzdefizit erhöhte sich auf 341 Mio. US-Dollar ² und verringerte dadurch die Devisenreserven; der Kreditfluß aus den nordamerikanischen Banken nach Chile wurde als Bestandteil des Boykotts der US-Banken gegenüber Chile erheblich verringert, ³ die Investitionsquote im Jahre 1971 erreichte nur 12 %, jedoch wäre eine Steigerung auf 18 % nötig gewesen, um ein beständiges Wachstum für das Jahr 1972 zu gewährleisten. ⁴

In der zweiten Etappe versuchte die Regierung, die kurzfristigen und strukturellen Maßnahmen fortzuführen. Jedoch waren zu diesem Zeitpunkt die günstigen Vorbedingungen, die den Anfang der ersten Etappe begünstigt hatten, nicht mehr vorhanden. Die nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten waren praktisch vollständig in den produktiven Prozeß integriert worden; die Währungsreserven ausgeschöpft; die Möglichkeiten der Anschaffung von Geldmitteln am europäischen Geldmarkt sowie aus den sozialistischen Ländern begrenzt. Unter diesen Bedingungen wurde eine Politik der Lohnerhöhung und des Wachstums der öffentlichen Ausgaben weiterbetrieben, was angesichts der Schwierigkeiten zu einem Ungleichgewicht zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der Nachfrage führte. Die negativen Folgen dieser Politik traten mit aller Deutlichkeit schon im Juli 1972 auf und trotz Korrekturmaßnahmen verschärfte sich das Ungleichgewicht für die nachfolgende Regierungsperiode. Das drückte sich aus im wachsenden Konsum um 17 % in den Jahren 1971 und 1972, während das gesamte Waren- und Dienstleistungsangebot nur um 10,8 % wuchs. ⁵ Die Inflationsrate erhöhte

1 Griffith-Jones, Stephany: Una evaluación crítica de la política financiera y de corto plazo de la Unidad Popular chilena. In: Revista Interamericana de Planificación. Vol. 12. Nr. 47 - 48. México. September-Dezember 1978. S. 87.

2 Bitar, S....a.a.O. S. 86.

3 Petras, J./ Morley, M.....a.a.O. S. 79 ff.

4 Sassenfeld, Heinrich...a.a.O. S. 20.

5 Bitar, S....a.a.O. S. 180.

sich im Jahre 1972 auf 163,4 %.¹ Diese Situation veranlaßte die Regierung, erneut Korrekturmaßnahmen in Angriff zu nehmen, die im folgenden knapp dargestellt werden sollen.²

- Finanzierung des Fiskaldefizits durch ein gestaffeltes Steuersystem, das besonders die höheren Einkommen belasten sollte.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Produktion.
- Differenzierte Preiskontrollpolitik.
- Sicherung der Versorgung der Mehrheit der Bevölkerung durch ein zentrales Distributionssystem, das das Horten von Produkten durch die höheren Einkommensschichten verhindern sollte.

Diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als nicht ausreichend, um die erwähnten negativen Trends zu beenden. Zwar gab es Mängel und Fehler auf Seiten der Regierung bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik, jedoch war für ein Scheitern in erster Linie die systematische Boykottpolitik der Opposition und des US-Imperialismus verantwortlich, deren Ziel die Destabilisierung der Regierung war. Sehr früh bemerkten die radikalsten oppositionellen Gruppen, daß in diesem Ungleichgewicht der empfindlichste Punkt der Regierungspolitik lag, und dementsprechend zielten alle Handlungen darauf ab, dieses Problem zu verschärfen. Der Korrekturpolitik der Regierung setzte die Opposition folgende Maßnahmen entgegen.³

- Blockade der Haushaltspolitik der Regierung. Das Haushaltsbuch für das Jahr 1972 wurde vom Kongreß mit einem Defizit von 70 % verabschiedet.
- Boykott der Produktion mit terroristischen Methoden sowohl in der Stadt wie auf dem Land.
- Rückgang der privaten Investitionen.
- Schaffung eines schwarzen Marktes, der jede Versorgungspolitik behinderte.
- Illegale Einfuhr von Devisen, die der Opposition vom transnationalen Kapital und der Regierung der USA zur Verfügung gestellt wurden. Dieses Geld, auf dem schwarzen Markt eingetauscht, wurde zur Vertiefung des Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage benutzt.
- Massives Horten von Gütern, insbesondere von Konsumgütern.

1 Griffith-Jones, Stephany: Una evaluación crítica...a.a.0. S. 94.

2 Bitar, S....a.a.0. S. 151 ff.

3 Griffith-Jones, Stephany: Una evaluación crítica ...a.a.0. S. 88.

Kristallisationspunkt der Gegenmaßnahmen war der Unternehmerstreik im Oktober 1972. Initiiert von den Lastwagenunternehmern dehnte er sich schnell auch auf andere Mittelstandsgruppen aus, wie Berufsverbände, kleine und mittlere Kaufleute usw. Dieser Streik wirkte sich negativ auf die gesamte Produktion und die Versorgung des Landes aus. Ziel des Streikes war es, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Regierung zu verschärfen. In erster Linie aber sollten die Bedingungen geschaffen werden, um eine Intervention der Streitkräfte zu provozieren.¹

Da es der Regierung von nun nicht mehr möglich war, neue Korrekturprogramme durchzusetzen, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage ständig.

Im Juli 1973 war die Industrieproduktion weiter rückläufig; die Inflation hatte zwischen Januar und Juli eine Rate von 114 % erreicht; das Zahlungsbilanzdefizit, das Ende 1972 581 Mio. US-Dollar betrug, konnte nicht verringert werden.²

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage reichte jedoch nicht aus, um den Sturz der Regierung herbeizuführen. Noch im Juli 1973 rechnete die Regierung mit beträchtlicher politischer und militärischer Unterstützung, durch die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einigermaßen kompensiert werden sollten.

In diesen Zeitraum fällt ein zweiter Unternehmerstreik, der dem von Oktober 1972 sehr ähnlich war. Zu den wirtschaftlichen Problemen kam nun noch erschwerend die fast vollständige Isolierung der Regierungskräfte von den Mittelschichten hinzu.

4.2.2. Die Entwicklung des politischen Prozesses in der Oligarchie

Um den politischen Prozeß und seine Phasen zu verstehen, ist es notwendig, eine allgemeine Darstellung des Charakters und der Widersprüche der wesentlichen politischen Kräfte zu geben.

1 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia chilena. Las armas de la política. Barcelona, Caracas, México 1976. S. 286 ff.

Garretón, Manuel A./ Moulian, T.: Analisis coyuntural y proceso político. Las fases del conflicto en Chile (1970 - 1973). San José de Costa Rica 1978. S. 77 ff.

2 Sassenfeld, Heinrich...a.a.O. S. 29.

Die oligarchischen Kreise versuchten zunächst zwischen September und November 1970 die Übernahme der Regierung durch Allende zu verhindern. Danach schlossen sie sich zu einer harten Opposition zusammen, um die Bedingungen für einen Sturz der Regierung zu schaffen. Bereits während der Regierung Frei gab es konspirative Aktionen, um die Umsetzung des Agrarreformprogramms zu verhindern.

Mitte der 60er Jahre lösten sich die liberale und die konservative Partei auf, die die historischen politischen Stützen der oligarchischen Kreise waren. An ihre Stelle trat die 1965 gegründete Nationale Partei, in der es bis 1970 zwei Strömungen gab: eine bürgerlich-republikanische und eine nationalistisch-profascistische Fraktion. Die letztere sah in der Krise der politischen Institutionen das Ende des demokratisch-republikanischen Staates.

Der Hauptvertreter dieser Richtung, Jorge Prat, vertrat die Meinung, daß durch diese Krise ein Machtvakuum entstanden sei, das, wenn es nicht schnell gefüllt würde, nur von einer der beiden folgenden Kräfte besetzt werden könne: "eine(r) internationale(n), die von der kommunistischen Partei vertreten ist...oder eine(r) nationalistische(n), die angesichts der Krise der Parteien, von den Streitkräften vertreten sei."¹ Während der Regierungszeit der Unidad Popular wurde die letztgenannte Position von allen Fraktionen der Partei vertreten.

Unmittelbar nach dem Wahlsiege Allendes entstand eine kleine Gruppe mit eindeutiger faschistischer Ideologie, die bekannt wurde als nationalistische Bewegung "Vaterland und Freiheit". Ihre Hauptkampfform war der Terrorismus. Zu ihren Mitgliedern und Sympathisanten gehörten 'namhafte' Persönlichkeiten der Unternehmerverbände. Ferner unterhielt die Bewegung enge Beziehungen zum CIA und führte eine systematische Infiltrationsarbeit in den Streitkräften durch.²

Die oligarchische Opposition wandte kombinierte Kampfformen gegen die Regierung an. Auf der parlamentarischen Ebene entwickelte sie eine Politik, deren Hauptziel im Nachweisen der Illegitimität der Regierung bestand. Auf der außerparlamentarischen Ebene beabsichtigte sie die Unterminierung und Zerschlagung jeder geplanten Wirtschaftspolitik, um dadurch die sozio-

1 Miranda C., Sergio: Jorge Prat: Personalidad y obra. In: Portada. Nr. 36. Santiago de Chile. Jan.-Febr. 1973. S. 16.

2 Riz, Liliana de...a.a.O. S. 178 - 179.

Staff Report of the Select Committee...a.a.O. S. 30 - 31.

politische Unterstützung der Regierung zu schwächen und die Mittelschichten für ihre Umsturzpolitik zu gewinnen. Die Vereinnahmung der Mittelschichten war eine wesentliche Voraussetzung, um die Regierung zu isolieren und eine Reaktion der Streitkräfte zu provozieren. Diese Strategie hatte einen durchgreifenden Erfolg, als sich die christdemokratische Partei eindeutig für einen Regierungssturz einsetzte.

Diese Hauptkampfformen wurden durch ständige Öffentlichkeitskampagnen¹ unterstützt, in denen nachgewiesen werden sollte, daß die Regierung und ihre Maßnahmen illegitim seien, und daß die einzige demokratische Alternative die Opposition sei. Die systematische Anwendung terroristischer Methoden gegen strategische Anlagen, Attentate auf Politiker und Militärs - die Ermordung des Generals Schneider im Oktober 1970² und die des Kapitäns Arturo Araya im August 1973 - komplettierten den Kampf der Opposition gegen die Regierung. Ausschlaggebend für die Planung und Durchführung der Umsturzstrategie war die technische und finanzielle Unterstützung von Seiten der amerikanischen Regierung.

In der christdemokratischen Partei waren zwei Konzeptionen nebeneinander zu finden. Die eine vertrat das Wahlprogramm Tomics und unterstützte zu Beginn die von der Regierung durchgeführten Maßnahmen. Der Einfluß dieser Richtung innerhalb der Partei schaffte den Rahmen für die Zustimmung aller christdemokratischen Parlamentarier zur Ernennung Allendes zum Präsidenten durch den Kongreß im November 1970. Bis Mai 1973 blieb der Einfluß dieser Richtung auf die Parteilinie erhalten; bis zu diesem Zeitpunkt konnte dadurch verhindert werden, daß eine enge Zusammenarbeit mit den rechten Gruppen und eine Übernahme ihrer Umsturzstrategie zustandekam.

Die zweite Richtung wurde von dem ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei geführt. Sie vertrat ein Reformprogramm des abhängigen kapitalistischen Systems Chiles und tendierte von Anfang zu einer parlamentarischen und außerparlamentarischen Blockadepolitik gegenüber der Regierung. Bis Oktober 1972 unterschied sich diese christdemokratische Fraktion von den rechten Gruppierungen hinsichtlich der Perspektive und der Kampfformen der Opposition. Die Christdemokraten setzten ihre Hoffnungen auf eine Ver-

1 Molina y Vedia, Silvia: El caso chileno como prototipo de guerra psicológica contrarevolucionaria. In: Revista Mexicana de Ciencias Políticas y Sociales. Nr. 86/87. México 1976/77. S. 99 - 129.

Domic K. Juraj: Fundamentos de la praxis marxista-leninista an Chile. Santiago de Chile 1976. S. 151 ff.

2 Labraca, Eduardo: Chile al rojo...a.a.O. S. 27 - 107.

schleißstrategie der linken Regierungskräfte, die eine Wahlniederlage bei den nächsten Präsidentschaftswahlen bewirken wollte. Es gelang dieser Gruppierung aber nicht, die gesamte Opposition auf dieses Konzept festzulegen. Im Jahre 1973 beteiligte sich diese Richtung aktiv an der Umsturzstrategie der oligarchischen Opposition. Sie konnten zwei entscheidende Faktoren in ihr Kalkül einbeziehen: zum einen konnten sie mit der Unterstützung wichtiger Offiziere, die sich die Frei-Politik zu eigen gemacht hatten, rechnen; zum anderen kontrollierten sie die Führung der Christdemokratischen Partei ab Mai 1973.¹

Die Anlehnung der Christdemokraten an die Umsturzstrategie war ein entscheidender Faktor für die Vorbereitung des Staatsstreiches. Die Christdemokratische Partei war der Repräsentant verschiedenster sozialer Gruppen (Mittelschicht, Landarbeiter, Bauern, Arbeiter usw.), so daß die oligarchische Opposition durch die Zusammenarbeit wichtige soziale Stützen für ihre Politik gewann. Diese Annäherung brachte eine Veränderung der gesamten Kräfteverhältnisse, insbesondere führte sie zu einer Änderung innerhalb der bis dahin verfassungstreuen Streitkräfte.

4.2.3. Die politische Entwicklung innerhalb der UP

Bei den politischen Kräften, die die Regierungskoalition unterstützten, bildete sich während der Wahlperiode und in den ersten Monaten nach der Regierungsübernahme ein hoher Grad an politischer Übereinstimmung heraus. Die historischen Unterschiede zwischen den zwei Hauptstützen der Koalition - der kommunistischen und der sozialistischen Partei - traten jedoch wie schon in den 60er Jahren erneut auf und beeinflussten das Verhalten aller an der Koalition beteiligten Parteien.

So entstehen in dieser Periode zwei unterschiedliche strategische Konzeptionen hinsichtlich der Rolle der Regierung, der Etappen des sozialistischen Aufbaus und der Kampfformen bei der Erreichung dieser Ziele.²

¹ Garcés, Joan E.: *Állende y la experiencia...*a.a.O. S. 291.

Garretón, M.A./ Moulian, T....a.a.O. S. 96 ff.

² Garcés, Joan E.: *Allende y la experiencia...*a.a.O.

Die eine Konzeption, vertreten durch Allende, Teile der sozialistischen Partei, die MAPUOC, die kommunistische und die Mehrheit der radikalen Partei, sah die Funktion der Regierungspolitik darin, Wegbereiter für eine spätere Errichtung eines sozialistischen Modells zu sein. Ihrer Meinung nach war der bestehende staatliche institutionelle Rahmen der Ort, in dessen Grenzen die programmatischen Ziele realisiert werden sollten und der zusätzlich die Möglichkeit bot, den Einfluß der Regierung auf die Streitkräfte zu festigen und zu erweitern. Diese Erwartung basierte auf der 30-jährigen Tradition der Unterordnung der Streitkräfte unter die zivilen Institutionen. Ein Schwerpunkt dieser Konzeption lag letztlich auch auf der Integration der Mittelschichten in die Regierungspolitik, ohne daß jedoch ein ausgereiftes Konzept zur vollständigen Realisierung dieses Zieles vorgelegen hätte.

Die Hauptaufgabe der Koalition, so lautete der übereinstimmende Grundsatz der Bündnispolitik, war die Beseitigung der hemmenden sozio-politischen Hauptfaktoren für die Entwicklung Chiles, nämlich die Herrschaft des Imperialismus, der Monopolbourgeoisie und der Latifundien. Man kann sagen, daß dieses Konzept zwar in angemessener Weise die Rahmenbedingungen erkannte, innerhalb derer sich eine gesellschaftliche Transformation des Landes vollziehen sollte, jedoch zeigten sich deutliche Mängel bei der Durchführung des Regierungsprogrammes, und die Koalition vernachlässigte die Vorbereitung geeigneter Maßnahmen für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Die andere Konzeption wurde vertreten durch Teile der Sozialistischen Partei, der Christlichen Linken, MAPU und hatte zusätzlich die Unterstützung der nicht in der Regierungskoalition vertretenen MIR. Im Aufbau eines sozialistischen Systems sahen sie die Hauptaufgaben der UP-Regierung und forderten dementsprechend eine Beschleunigung und Radikalisierung der Regierungspolitik. Der antiimperialistischen und antioligarchischen Ausrichtung der Regierungspolitik stimmten sie zwar zu, in der Praxis jedoch betrieben sie eine Politik der undifferenzierten Besetzung kleinerer und mittlerer Betriebe sowohl in der Stadt wie im Agrarsektor, und gingen damit weit über die bündnispolitischen Absichten der Regierung hinaus.

Die Regierung Allendes hatte für sie einen reformistischen Charakter, der sich an den Grenzen des bürgerlichen Staates orientierte, und folglich wurde ihr nur eine relative Bedeutung zugemessen. Aufgrund dieser Überlegungen versuchte diese Gruppierung eine autonome Volksmacht- bestehend

aus den Basisorganisationen der Bevölkerung und den von ihnen als revolutionär eingestuften Parteien - zu errichten, die sich in vielen Fällen gegen die Regierungsentscheidungen wandten. Die Errichtung und Festigung dieser parallelen Macht sahen sie in dieser Etappe als Hauptaufgabe an. Die wichtige Position der Mittelschichten wurde klar erkannt aber sie sollten sich vollständig den Bedingungen einer sozialistischen Politik anpassen.

Die Streitkräfte, die als der historische bewaffnete Arm der bürgerlichen Institutionalität betrachtet wurden, wurden weder für evolutionsfähig noch kooperationsfähig für bestimmte Regierungsmaßnahmen gehalten. Als Allende im Oktober General Carlos Prats, Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, zum Innenminister ernannte, um dadurch einen letzten Versuch zu unternehmen, um den Unternehmerstreik zu brechen, wandten sich diese linken Gruppierungen entschieden gegen diese Maßnahme, die sie als ein schwerwiegendes Hindernis für eine sozialistische Entwicklung und als Konsolidierung des reformistischen Charakters der Regierung werteten. In ihrer Analyse der Streitkräfte übertrugen sie die Klassenstruktur der Gesellschaft auch auf die Armee. So seien die Interessen des Offizierskorps denen der Oligarchie vergleichbar, während die Unteroffiziere und die Truppen mit den unterdrückten Klassen gleichgesetzt werden könnten. Auf der Grundlage dieser Analyse gingen sie von einem tiefen Widerspruch zwischen Unteroffizieren und Truppe einerseits und Offizierskorps andererseits aus. Diese vereinfachende Analyse übersah die Tatsache, daß sich auch unter den Offizieren Anhänger der Regierungspolitik fanden. Die wahren Trennungslinien innerhalb der Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt konnten deshalb nicht in den Blick kommen.

Die Bildung einer eigenen militärischen Kraft - Volksarmee - sollte ihrer Meinung nach dazu dienen das Volk auf eine unvermeidbare Auseinandersetzung mit den offiziellen Streitkräften vorzubereiten. Dieses blieb jedoch mehr eine verbale Stellungnahme ohne eindeutige praktische Konsequenzen.

Unter zwei Blickrichtungen sind Mängel dieser Konzeption zu verzeichnen: zum einen wurden die Rahmenbedingungen, unter denen die Regierung das Konzept durchführen sollte, mangelhaft ausgewertet. Zum anderen fehlte eine adäquate Einschätzung der bündnispolitischen Bedingungen für die erfolgreiche Transformation der chilenischen Gesellschaft.

Der politische Prozeß muß im Rahmen der Auseinandersetzungen dieser drei politischen Hauptkräfte verstanden werden, die ihren Einfluß auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens auszudehnen versuchten. Deshalb ist der politische Prozeß nicht auf die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Parlament begrenzt und muß in seiner Wirkung auf alle Gebiete der Gesellschaft bezogen und analysiert werden.

Ungeachtet der oben erwähnten Differenzen und betrachtet aus der heutigen Perspektive hätte die UP-Politik unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden können.

Die Durchführung der sozio-ökonomischen Maßnahmen sollte das Kräfteverhältnis zugunsten der Regierung ändern, was sich in positiveren Wahlergebnissen und dadurch einer Stärkung der Regierungsposition im Parlament niederschlagen sollte. Gerade der letzte Punkt sollte die Folge haben, daß die nötigen Gesetze zur Durchführung der Regierungspläne ungehindert verabschiedet werden könnten. Da die Regierungskoalition von Anfang an die große Unterstützung der Arbeiter- und Landarbeiterbewegung hatte, hing die Erweiterung der sozio-politischen Unterstützung davon ab, ob es möglich sein würde, die Mittelschichten an die Regierungspolitik zu binden oder angesichts der Politik der oligarchischen Gruppen wird, zumindest zu neutralisieren. Mißlänge der Versuch, die Mittelschichten an die Regierungspolitik zu binden, wie es ja tatsächlich der Fall war, dann wäre die Regierung gezwungen, mit den politischen Trägern dieser Gruppen - insbesondere der christdemokratischen Partei - in partiellen oder auch globalen Punkten eine Übereinstimmung zu erzielen. Entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Regierungspläne lag also in der Verhinderung einer politischen Isolierung.

Diese Voraussetzung schließt eine weiter ein, nämlich die, daß die Durchführung des Programms im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung geschehen sollte. Dieser Aspekt spielte eine entscheidende Rolle bei der Legitimierung und Stärkung der Regierungsposition. Denn die Ausdehnung der Einflußmöglichkeiten der Regierung innerhalb der Streitkräfte hing zum großen Teil von der Fähigkeit ab, das Regierungsprogramm innerhalb der legitimierten verfassungsmäßigen Ordnung durchzuführen.

Aufgrund dieser Bedingungen bei der Regierungsübernahme waren die Möglichkeiten der Regierungskoalition stark eingeschränkt, massive Vorbereitungen für ihre erfolgreiche militärische Verteidigung außerhalb des gegebenen

verfassungsmäßigen Rahmens zu treffen. Eine Volksbewaffnung während der ersten beiden Regierungsjahre hätte einen Rechtfertigungsgrund für eine militärische Intervention geliefert und diese beschleunigt, denn dadurch hätte die Regierung ihre verfassungsmäßige Legitimität verloren.

Nach den Parlamentswahlen im März 1973 und insbesondere nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juni 1973 bekundeten die aggressivsten oppositionellen Gruppen offen ihren Willen, die Regierung gewaltsam zu stürzen. Erst danach setzte sich bei den Koalitionsparteien die Meinung durch, daß neben dem politischen Kampf zur Stärkung der Regierung auch die militärische Vorbereitung der Parteimitglieder und der Basisorganisationen notwendig sei, um einen eventuellen gewaltsamen Umsturzversuch erfolgreich begegnen zu können. Da diese Maßnahmen jedoch zu spät eingeleitet wurden und die Vorbereitung der eben genannten Gruppen mangelhaft war, zeigten sich keinerlei positive Auswirkungen.¹

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Einbeziehung der Mittelschichten und die Gewinnung der Christdemokratischen Partei für die eigenen politischen Ziele sowohl im Konzept der Unidad Popular wie der auf Umsturz orientierten oligarchischen Gruppen Kernpunkte bildeten. Ziel beider Richtungen war es, die soziale Basis in der Bevölkerung zu erweitern und ihre Position innerhalb der Streitkräfte zu verstärken, da die Offiziere im wesentlichen den zu gewinnenden sozialen Gruppen entstammten.

Die Gewinnung der Mittelschichten war noch von einem anderen Gesichtspunkt her von Bedeutung, da das Militär sich am ehesten der politischen Kraft zuwenden würde, die die Mittelschichten und damit eine breite soziale Unterstützung hinter sich bringen könnte. Die Christdemokratische Partei schließt bereits Mitte 1971 partielle Bündnisse mit den rechten Gruppierungen. Sie hatte dabei die Hoffnung, die gesamte Opposition auf ihr Konzept festlegen zu können. Als sich jedoch im Oktober 1972 die Auseinandersetzung zuspitzte, verloren sie ihre Führungsfunktion und ordneten sich allmählich der Umsturzstrategie unter.

Nachdem der Prozeß der Hinwendung der Christdemokraten zu einer Umsturzstrategie vollzogen war, ging es der Opposition vor allem darum, die politische Auseinandersetzung mit den Zielen der Regierung in die Streitkräfte hinein zu verlagern und das zentrale Prinzip ihrer Unterordnung unter die zivile Macht in Frage zu stellen.

¹ Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 310 ff.

Am 29. Juni 1973 erhob sich das Panzerregiment Nr. 2 von Santiago gegen die Regierung. Der Putschversuch scheiterte aber an der entschiedenen Haltung der regierungstreuen Offiziere und der breiten Massenmobilisierungen gegen den Putschversuch. Dennoch wurde das konspirative Netz innerhalb der Streitkräfte nicht funktionsunfähig gemacht. Auch wenn der Putsch scheiterte, darf dieses nicht über die breite Sympathie in der Armee mit den Putschisten hinweg täuschen.¹ Von diesem Zeitpunkt an begann die Endphase der UP-Regierung, die mit dem Staatsstreich am 11. September 1973 endete. Die bedeutenden Ereignisse der letzten zwei Monate waren:²

- Die Regierung versuchte ihre politische Isolierung zu durchbrechen, indem sie die Zustimmung der Christdemokratischen Partei zu dem Ziel suchte, die verfassungsmäßige Ordnung zu erhalten. Die Annahme der Bedingungen der Christdemokraten hätte aber praktisch den Verzicht auf die programmatischen Grundlagen der Regierungspolitik bedeutet. Die katholische Kirche setzte sich entschieden für eine Übereinkunft zwischen Regierung und Christdemokraten ein.
- Parallel zum Dialog zwischen Christdemokraten und Regierung riefen die Unternehmer- und Berufsverbände zu einem neuen Streik auf. Ziel dieser Mobilisierung war es, die Christdemokraten zu einer eindeutigen Entscheidung zu zwingen, die unter diesem Druck auf weitere Gespräche mit der Regierung verzichtete.
- Nach dem Scheitern des Dialogs versuchte die Regierung ähnlich wie im Oktober 1972 die Streitkräfte durch eine Kabinettsumbildung in die Regierung zu integrieren. Dieser Integrationsversuch hatte aber nicht die gleichen Erfolge wie im vorhergehenden Jahr, da sowohl die Spaltung innerhalb der Armee wie auch die Unterstützung der Umsturzstrategie durch die Offiziere weit fortgeschritten war.
- Als die politische und militärische Isolierung der Regierung deutlich sichtbar war, erklärten die Mehrheit der Angehörigen der Abgeordnetenkammer (am 22. August 73), die Nationale Partei und Mitglieder der Christdemokratischen Partei, daß die Regierung nicht mehr mit der Verfassung konform sei.

1 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.0. S. 292 ff.

2 Garcés, Joan E.: So fiel Allende. In: Horizonte, Wochenzeitung für Internationale Politik. Nr. 45, 46, 47. Berlin 1975.

- Am 23. August, nach starken Pressionen durch die oppositionellen Offiziere, wurde der Oberbefehlshaber der Streitkräfte gezwungen, zurückzutreten. Da mit ihm auch andere hohe, verfassungstreue Offiziere zurücktraten, verlor die Regierung ihre letzte sichere Unterstützung innerhalb der Streitkräfte.

Die Umsturzstrategie setzte sich so auch auf der obersten Ebene der Streitkräfte durch. Damit wurden die letzten Hindernisse für die Durchführung eines der blutigsten Staatsstreiches in der Geschichte Lateinamerikas beseitigt.

Am 11. September 1973 putschten die drei Zweige der chilenischen Streitkräfte und die Polizei gegen die verfassungsmäßige Regierung der Unidad Popular. Präsident Salvador Allende wurde im Regierungspalast ermordet,¹ und eine Repressionswelle unbekannten Ausmaßes setzte gegen die Anhänger der Regierung und Angehörige der Christdemokratischen Partei ein. Alle von der Regierung der Unidad Popular zugunsten einer Mehrheit der Bevölkerung durchgeführten Maßnahmen wurden rückgängig gemacht.

4.3. Die Streitkräfte in der Periode von 1932 - 1945

Die Militärintervention vom September 1973 muß als Höhepunkt einer gesellschaftlichen Krisensituation verstanden werden, die schon am Ende der sechziger Jahre zu erkennen war. Die chilenischen Streitkräfte als Teil der staatlichen Institutionen mit Beziehungen zu den Klassen und Schichten der Gesellschaft beteiligten sich entsprechend ihren spezifischen Merkmalen daran.

Die direkte Intervention der chilenischen Streitkräfte fand nach einer langen Periode statt, in der die Militärinterventionen im wesentlichen als indirekte Interventionen zu charakterisieren sind.

Die Versuche von Teilen der Streitkräfte während der Jahre 1932 und 1973, direkt zu intervenieren wie im Falle des Putschversuchs von Ariosto Herrera gegen die Volksfrontregierung im Jahre 1939², der Verschwörung der

1 Branch, Taylor/ Propper, Eugene M.: Labyrinth. New York 1982. S. 65.

2 Villalobos R., Sergio u.a.: Historia de Chile. Tomo 4 ...a.a.O. S. 953.

Nunn, F.: The Military in Chilean History...a.a.O. S. 242 - 244.

Militärliga PUMA im Jahre 1950, des Putschversuchs der Militärvereinigung Linea Recta im Jahre 1954 ¹, des Putschversuchs des General Robero Viaux im Jahre 1969 ² und schließlich der Putschpläne anlässlich der Regierungsübernahme von Salvador Allende im Oktober 1970 ³, konnten verhindert werden. Sie endeten in der Regel als konspirative Tätigkeiten von Minderheiten innerhalb der Streitkräfte.

Die Putschversuche, die nach 1964 stattfanden, werden später wegen ihrer Relevanz für die allgemeine Krise der chilenischen Gesellschaft analysiert. Zwar zeigen die oben genannten Beispiele eine relative Disposition der Streitkräfte, militärisch direkt zu intervenieren, sie machen aber auch deutlich, daß es im Gesellschaftssystem Faktoren gibt, die die militärische Macht zurückdrängen. Unter anderem sind hier folgende zentrale Faktoren zu erwähnen:

- Die für die Mehrheit der Bevölkerung geltende Legitimität der politisch-institutionellen, bürgerlich - demokratischen Ordnung des Landes, die einerseits die Hegemonie der herrschenden Klassen sicherte, sich andererseits aber als flexibel genug erwies, die Arbeiterparteien in den politischen Prozeß zu integrieren.
- Die seit den dreißiger Jahren bedeutende wirtschaftspolitische Aktivität des Staates, die eine relative Dynamisierung der Wirtschaft und eine begrenzte Redistribution des Einkommens ermöglichte, was eine radikale Zuspitzung der sozio-politischen Auseinandersetzungen verhinderte.
- Die extreme Isolation der Militärinstitutionen von anderen Sektoren der Gesellschaft nach den Militärinterventionen der Periode zwischen 1924 und 1932.

Bevor wir uns mit den konkreten Formen beschäftigen, wie sich die chilenischen Streitkräfte an politischen Entscheidungsprozessen seit Ende der

1 Nunn, F.: The Military in Chilean History...a.a.O. S. 244 ff.

Mires, Fernando: Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile. Berlin 1975. S. 49 - 50.

2 Labrousse, Alain...a.a.O. s. 177 ff.

3 Labarca, Eduardo: Chile al rojo...a.a.O. S. 27 - 127.

sechziger Jahre beteiligt haben, ist es notwendig, die Entwicklung der chilenischen Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg zu analysieren. Da wir uns im vorangegangenen Kapitel mit der Analyse der chilenischen Streitkräfte bis zum Jahre 1932 beschäftigt haben, ist es an dieser Stelle erforderlich, die Periode der Jahre zwischen 1932 und 1945 - einführend für die Zeit nach 1945 - zu untersuchen.

4.3.1. Soziale Isolierung, ideologisch - korporative Konsolidierung und Verzicht auf direkte politische Intervention.

Die Beziehungen der Streitkräfte zur chilenischen Gesellschaft werden in diesen Jahren sehr stark von den Folgen der Militärinterventionen der Periode von 1924 bis 1932 geprägt. Das verminderte Ansehen, die reale Durchsetzung des Prinzips der Unterordnung unter die zivilen staatlichen Institutionen und die Kürzung der Militärausgaben im Staatshaushalt¹ deuten darauf hin, daß der Einfluß der chilenischen Streitkräfte auf die gesellschaftlichen Verhältnisse stark reduziert war. Unter diesen Umständen begann ein Prozeß, in dem sich die Streitkräfte auf die Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben zurückzogen und der von einer Phase relativer sozialer Isolierung begleitet wurde. Die Streitkräfte konzentrierten sich auf die Konsolidierung der inneren Strukturen, die durch die Fraktionskämpfe der Periode von 1924 bis 1932 geschwächt waren sowie auf die Konsolidierung ihrer doktrinären Orientierungen.

Die Stabilisierung der ideologisch-doktrinären Orientierung muß in zweierlei Hinsicht verstanden werden:

- Einerseits werden die alten, unter dem Einfluß der deutschen Missionen übernommenen Doktrinen aktualisiert und verbreitet.
- Andererseits werden neue Konzeptionen übernommen, insbesondere die Konzeption der Geopolitik.

¹ Díaz, Francisco J.: A propósito de nuestra política militar. Santiago de Chile 1938. S. 44 ff.

Varas, A. u.a.: Chile, democracia, Fuerzas Armadas...a.a.O. S. 79 und 94.

Díaz, F. J.: A propósito de nuestra política naval. Santiago de Chile 1938. S. 19 ff.

Die Isolierung der Streitkräfte von den gesellschaftlichen Verhältnissen muß in einem relativen Sinne verstanden werden. Es handelt sich hierbei um einen Rückzug, der jedoch die Unterordnung unter eine bestimmte Form bürgerlicher Herrschaft, wie sie sich nach 1932 durchsetzte, akzeptiert. Die gesellschaftliche Isolierung bezieht sich hier auf die Beziehungen der Streitkräfte zu den weiterhin unterdrückten Klassen und Schichten. Letztere hatten praktisch kaum Einfluß auf die Organisation und die ideologischen Wertstrukturen der Streitkräfte. Diese Feststellung ist von großer Bedeutung, da diese Beziehungen bis zur Regierung Allende unverändert blieben.

Der Rückzug in die Kasernen nach 1932 hatte einen begrenzten Ausschluß von solchen Offizieren zur Folge, die eindeutig die Militärregierungen der Jahre 1927 bis 1931 unterstützt hatten. Er bedeutete aber gleichzeitig keine Änderung der Militärdoktrinen, die bis dahin die Militärdeologie bestimmt hatten. Bis in die Gegenwart besteht eine deutliche Kontinuität der schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts übernommenen Auffassungen. Die Rückkehr zur Demokratie ließ diesen Aspekt unberührt. Die militärischen Veröffentlichungen der Periode von 1932 bis 1945 liefern uns einen eindeutigen Beweis dafür. Dort werden wiederholt alte Auffassungen dargestellt, wie zum Beispiel folgende:

- die integrative Rolle der Nation,¹
- die Beziehungen zwischen Offizieren und Gesellschaft und zwischen Offizieren und soziale untergeordnete Gruppe,²
- die Erziehungsfunktion der Streitkräfte: Schutz des Soldaten vor anarchistischen und kommunistischen Doktrinen,³

1 Toro Concha, Guillermo: Algunos aspectos de la misión militar y social de las Fuerzas Armadas de la República. In: Memorial del Ejército de Chile. (MECH). Nr. 183. Santiago de Chile. Nov.-Dez. 1942. S. 2021-2028.

2 Mariscal Lyautey: La función social del oficial. In: MECH. Santiago de Chile. Nov.-Dez. 1939. S. 851 - 867.

3 Molina P., Victor: El ejército y su función social de acuerdo con la necesidad de capacitar al individuo en un oficio, que le permita desempeñarse en forma mas eficiente al ser restituido a la sociedad civil. In: MECH. Santiago de Chile. Sept.-Okt. 1935. S. 833 - 841.

Carmona, Jorge: ¡ Hacia la economía! La racionalización de nuestra instrucción militar. In: MECH. Nov. 1931.

Reclutador: La educacion militar en el pais. In: MECH. Jan. 1932. S. 39-44.

Cañas M., Ramón: Fuerzas Morales. In: MECH. Okt. 1932.

Montero, René: Los principios comunistas frente a las leyes biológicas y la estructura expiritual de la sociedad moderna. In: MECH. Vol. 26. Nr. 1. Jan. 1932.

- die Idealisierung der Streitkräfte als beste Institution der Reaktion und als letzte Reserve der Nation zum Schutz vor ausländischen Feinden und feindlichen Doktrinen im Inneren,¹
- die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Konzeption des "Totalen Krieges".

Diese Auffassungen konnten beibehalten werden, weil sie nach wie vor eine klare Funktionalität in Bezug auf den Erhalt des existierenden Herrschaftssystems zeigten.

Während innerhalb der Streitkräfte kaum Veränderungen stattgefunden haben, änderten sich jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die bewaffneten Institutionen handeln mußten.

Während der institutionell-politische Rahmen vor 1920 breitere gesellschaftliche Kreise von den politischen Entscheidungen ausschloß, ermöglichte die im Jahre 1925 eingesetzte, aber erst nach 1932 praktisch wirksam werdende Verfassung eine wesentlich breitere Partizipation jener Gruppen. Während bis zum Jahre 1920 das Exportmodell die wirtschaftlichen Entscheidungen wesentlich beeinflusste, setzte sich in den dreißiger Jahren ein Modell durch, das die Dynamisierung der Industrie begünstigte und durch eine aktive Wirtschaftstätigkeit des Staates unterstützt wurde. In die ausschließliche Herrschaft der alten oligarchischen Fraktionen wurde jetzt die Industriebourgeoisie integriert.

Anders als vor 1920 hatten die Volksbewegungen und ihre Parteien in den dreißiger Jahren eine viel solidere und bedeutendere politische Struktur und damit auch größeren Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse. Dies wurde deutlich, als im Jahre 1938 eine Volksfrontregierung unter Teilnahme von Sozialisten, Kommunisten und Radikalen gewählt wurde. Diese neue Situation verhinderte eine direkte politische Intervention und zwang die Streitkräfte zu Anpassung und Übernahme von Werten, die in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen Gültigkeit besaßen. Diese Werte kamen zu den alten ideologischen Grundsätzen der Militärs hinzu. Zwei Aspekte der neu entstandenen gesellschaftlichen Wirklichkeit wurden besonders internalisiert:

- das in der Verfassung von 1925 festgelegte Prinzip der Unterordnung unter die zivilen Institutionen. Dieses Prinzip blieb bis zum Jahre 1973 im wesentlichen unverändert.

¹ Montero, René.: Los principios comunistas...a.a.o.

- die Identifizierung der Streitkräfte mit dem populistischen Modell, das seit der Regierung von Pedro Aguirre Cerda (1938 - 1940) bis zum Jahre 1970 im wesentlichen vorherrschte. Die industrielle Entwicklung - zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Militärputsch von 1973 - wurde von den chilenischen Militärs als bevorzugtes Mittel betrachtet, das wirtschaftliche Potential des Landes zu verstärken, weil sie auch die Möglichkeit bot, bestimmte Rüstungsgegenstände im Lande selbst zu produzieren.¹

Alle bisher erwähnten Bestandteile der Militärideologie sind nicht in einem umfassenden Konzept geordnet, auch wenn sie eine innere Logik haben und kohärent sind mit den Erfordernissen des gesellschaftlichen Herrschaftsmodells.

Die bedeutendste Konzeption jedoch, an der sich die gesellschaftliche Praxis der Armee orientiert, ist die des "Totalen Krieges".

Diese Konzeption war bereits während des Ersten Weltkrieges im Rahmen der engen Beziehungen zwischen der chilenischen und der deutschen Armee übernommen worden. Sie erweitert die Aufgabe der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die im Kriegsfall der strategischen Führung untergeordnet sind.

Die chilenischen Streitkräfte übernahmen nur teilweise diese Konzeption, wenn man Vergleiche mit den deutschen Streitkräften anstellt. Im chilenischen Fall diente hauptsächlich als theoretische Grundlage, um eine direkte Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Führung anzustreben.

Dieser Aspekt hatte besonderen Einfluß auf die direkten Militärinterventionen, die im vorigen Kapitel untersucht worden sind.

Eine systematische und umfassende Konzeption übernahm die chilenische Armee erst in den vierziger Jahren mit der Einführung der Geopolitik sowohl in theoretischen Studien als auch in der Praxis.

1 Molina P., Victor: El ejército y su función social...a.a.o.

Videla, Benjamín: La intervención del ejército en obras de beneficio público. In: MECH. Sept.-Okt. 1947.

Estado Mayor General del Ejército: La Nación y su defensa. In: MECH. Juli-August 1949.

Varas, A./ Agüero, F.: El desarrollo doctrinario de las Fuerzas Armadas chilenas. Unveröffentlichtes Manuskript. Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO). Santiago de Chile. o.J. S. 50 - 91.

4.3.2. Die Militärideologie. Die Geopolitik als Ergänzung der bestehenden ideologischen Grundsätze der chilenischen Streitkräfte

Die Geopolitik ist um die Jahrhundertwende als Notwendigkeit entstanden, die Expansionspolitik der europäischen imperialistischen Länder zu rechtfertigen.¹ Sie diene zum einen als theoretisches Instrument zur Analyse der Gesellschaft und auch der Außenpolitik der Nationen, zum anderen als Orientierung für die Durchführung der Innen- und Außenpolitik.

Diese theoretische Konzeption integriert alle relevanten Faktoren, die die Existenz einer Staat-Nation bestimmen, wie zum Beispiel die Geographie, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren und weist ihnen ausgehend von einem bestimmten Wertsystem und einem gesellschaftlichen Herrschaftsmodell eine bestimmte Funktion zu.

Von den erwähnten Faktoren spielen die geographischen Gegebenheiten eines Landes eine bestimmende Rolle, die wie folgt definiert wird:

"Die Geopolitik ist die Wissenschaft, die den Einfluß der geographischen Faktoren im Leben und in der Evolution der Staaten mit dem Ziel, politische Schlußfolgerungen zu ziehen, untersucht. (Die Geopolitik, F.E.) leitet den Staatsmann in der Führung der Innen- und Außenpolitik des Staates und dient dem Militär als Orientierungsgrundlage für die Vorbereitung der nationalen Verteidigung und die strategische Führung." 2

Wie wir später sehen werden, handelt es sich hierbei um ein sehr ideologisiertes Konzept der Gesellschaft und ihren Außenbeziehungen.

1 Trias, Vivian: *Imperialismo y Geopolítica en América Latina*. Buenos Aires 1969. S. 7 ff.

La Geopolítica, parte integrante del fascismo de Pinochet. In: Cavalla R., Anonio: *La Geopolítica y el fascismo dependiente*. Mexico 1979. S. 198 ff.

Cavalla R., Antonio: *Notas para una caracterización de la Geopolítica clásica*. In: Cavalla R., Antonio: *La Geopolítica...*a.a.O. S. 93 - 123.

Kjellen, Rudolf: *Die Großmächte der Gegenwart*. Leipzig und Berlin 1914.

2 Jorge E. Atencio: *¿Qué es la Geopolítica ?* Buenos Aires 1965. Zit. nach: Trias, V....a.a.O. S. 10.

Auch wenn die theoretische Entstehung der Geopolitik in der politischen Geographie zu suchen ist und ihre Hauptvertreter aus dem Gebiet der Geographiewissenschaft stammen - Harold McKinder in England, Rudolf Kjellen in Schweden, Friedrich Ratzel in Deutschland¹ - wurde sie sehr schnell von den europäischen Streitkräften übernommen. Einen Höhepunkt erreichte die Geopolitik mit der Gründung der Münchener geopolitischen Schule unter der Leitung des Generals Karl Haushofer.²

Hier wurden die geopolitischen Orientierungen ausgearbeitet, die als Grundlage für die Expansionspläne des deutschen Faschismus dienen sollten. Die Übernahme der Geopolitik durch militärische Kreise ist kein Zufall, wie wir in unserer Analyse der theoretischen Bestandteile und des sie stützenden Wertsystems sehen werden. Es darf auch nicht befremden, daß die Geopolitik in den USA viele Anhänger gefunden hat. Geopolitische Ansätze, die heute noch volle Gültigkeit besitzen, werden in den USA seit Anfang des Jahrhunderts verfolgt.³

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Wort "Geopolitik" so sehr mit den Expansionsplänen des deutschen Faschismus assoziiert, daß es durch den Begriff "Nationale Sicherheit" ersetzt und erweitert wurde.

Wir werden zusammenfassend die wesentlichen Komponenten der Geopolitik beschreiben und analysieren.

1 Wittfogel, Karl August: Geopolitik, geographischer Determinismus und Marxismus. k.A. S. 26 ff.

Cavalla R., Antonio: Breve introducción descriptiva a la Geopolítica. In: Cavalla R., Antonio u.a.: La Geopolítica y el fascismo dependiente. ...a.a.O. S. 16 ff.

2 Weigert, Hans: Geopolítica. Mexico 1942.

Wittfogel, K.A...a.a.O. S. 37 ff.

Cavalla R., A.: Breve introducción...a.a.O. S. 30 - 35.

3 Spykman, Nicholas J.: Estados Unidos frente al mundo. Mexiko 1944.

Neulich schrieb Jan Reifenberg in der Frankfurter Allgemeine Zeitung folgendes im Sinne der heutigen geopolitischen Ansprüche der USA zu Mittelamerika: "Schwerlich läßt sich andererseits leugnen, daß hier eine neue Auflage der Monroe-Doktrin, vor allem der flottenpolitischen Grundsätze Admiral Mahans von Washington betrieben wird, daß so die Erinnerung an Theodore Roosevelts These "Sprich sanft, aber trage stets einen dicken Knüppel", an jene Zeit wachgehalten wird, da Amerika das Gebiet von Mexiko bis Feuerland geopolitisch als das seine ansah." Vgl. F.A.Z. 20.8.83. S. 3.

Mahan, Alfred T.: La influencia del poder naval en la historia.

Die Welt wird von den Geopolitikern als eine Totalität ¹, als eine Gesamtheit von Einheiten oder Staaten - Nationen betrachtet, die expansiv um ihr Überleben kämpfen. Der Staat als der Faktor, der die Einheiten - Länder - im Inneren strukturiert, wird als lebendiger Organismus verstanden, der einen Evolutionsprozeß von seiner Entstehung bis zu seinem Untergang durchmacht. Die Formulierung "der Staat entsteht, wächst und stirbt" ist eine der populärsten Maximen der Geopolitiker.²

Das natürliche Streben eines Staates soll auf Expansion ausgerichtet sein. Dies wird in der Geopolitik auf der einen Seite als normale Folge des Bevölkerungswachstums verstanden, auf der anderen Seite erfordert das natürliche Lebensgesetz den Kampf um das Überleben, indem die schwachen Organismen den stärkeren, das heißt, den mächtigeren Staaten, untergeordnet werden sollen.³

So wird die Notwendigkeit der Expansion als eine natürliche Suche des Staates nach Lebensraum betrachtet, um die Evolutionsbedürfnisse der Staaten - Nationen zu befriedigen.

Die Staat-Nation wird von den Geopolitikern als ein Organismus von Zellen (=Zellorganismus) dargestellt, der sich aus folgenden Bestandteilen zusammensetzt:⁴

- aus einer Grenze oder einer Haut, die ihn von den anderen Organismen trennt,
- aus einem Kommunikations- oder Nervensystem, das alle Teile verbindet,
- aus einem Herzen, Grundkern oder Heartland, wo das Entscheidungszentrum bzw. die Staatsadministration liegt,
- und aus einem Territorium zwischen Grenze und Grundkern, das als Hinterland bezeichnet wird und dessen Funktion die Ernährung des Grundkerns ist.

1 Mackinder, Halford: El pivote geográfico de la historia. In: Pinochet, Augusto: Geopolítica. Diferentes etapas para el estudio geopolítico de los estados. Santiago de Chile 1968. S. 245 - 264.

2 Cavalla A., Antonio: Breve introducción...a.a.O. S. 16 ff.
Wittfogel, K.A....a.a.O. S. 26 ff.

Kjellen, Rudolf: Der Staat als Lebensform. Leipzig und Berlin 1917.
Sieger, R.: Rudolf Kjellen. In: Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 1. München 1924. S. 339 - 346.

3 Wittfogel, K.A....a.a.O. S. 29.

4 Pinochet, Augusto: Geopolítica. Diferentes etapas para el estudio geopolítico de los estados. Santiago de Chile 1968. S. 74 - 76.

Eine wesentliche Eigenschaft des Staates liegt darin, daß er eine Einheit ist, die den gemeinsamen Willen der Bevölkerung repräsentiert, dem alle partikulären Interessen untergeordnet werden.

Die Stärke des Staates im Hinblick auf seine geopolitischen Ziele beruht auf bestimmten innenpolitischen Faktoren ¹: Einer starken wirtschaftlichen Macht, die Unabhängigkeit und Autarkie anstrebt; einem Staat, der die Ziele der Nation durchsetzen kann; einer sozialen Macht, die aus den verschiedenen Sektoren der Bevölkerung zusammengesetzt und durch rassische Homogenität und kulturelle Entwicklung gekennzeichnet ist; einer militärischen Macht, die die Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung des Krieges sichert.

Die Bedeutung der Staat-Nation und ihren Möglichkeiten hängen von der naturgegebenen geographischen Lage ab. Folgende Beispiele sind für geopolitische Überlegungen typisch:

Schon im Jahre 1895 behauptete McKinder ² nach einer Reihe von Überlegungen über die geographischen Vorteile Osteuropas und des heutigen Territoriums der Sowjetunion, daß diese Gebiete so etwas wie eine "Weltinsel" bilden, die sehr vorteilhaft hinsichtlich der Weltherrschaft wären. Die Kontrolle der Welt hängt - nach McKinder - von der Kontrolle dieser "Weltinsel" ab. Ergänzt durch andere Thesen inspirierten diese Überlegungen die deutsche Expansionspolitik gegen Osten während des Zweiten Weltkrieges.

Die nordamerikanischen Geopolitiker - insbesondere Spykman und Mahan - kamen ebenfalls durch geographische Überlegungen zu der Schlußfolgerung, daß die USA große Vorteile von der Weltherrschaft hätten. ³

Die Geopolitik, die eindeutig von der Konzeption des "Totalen Krieges" beeinflusst ist, legt besonderen Wert auf die Festigung des Staates und auf die Verfolgung der nationalen Ziele. Darüberhinaus geht man davon aus, daß der Krieg ein natürliches und unvermeidbares Mittel ist ⁴, um die natürliche Vorherrschaft der starken über die schwachen Staaten zu sichern.

1 Pinochet, Augusto: Geopolítica....a.a.O. S. 71 ff.

2 MacKinder, Halford...a.a.O.

3 Spykman, N.J....a.a.O.

Mahan, A.T....a.a.O.

4 Cavalla R., Antonio: Breve introducción...a.a.O. S. 37.

Cavalla R., Antonio: Notas para una caracterización...a.a.O. S. 113.

Der Krieg wird als die bestimmende Form dargestellt, die Konflikte zwischen den Staaten zu lösen. So wird die militärische Macht zur letzten Garantie einer Nation, ihre geopolitischen Ziele zu erreichen.

Schließlich hat die Geopolitik als Theorie die zentrale Funktion, den Regierenden bei der Verfolgung der nationalen Ziele beratende Hilfe zu leisten. Diese Ziele, die den geopolitischen Zielen entsprechen sollen, müssen die Handlungen der politischen Macht in Krisenzeiten bestimmen. Die Streitkräfte verstehen die Geopolitik als die umfassendste, vollständigste und systematisierte Konzeption, um erfolgreich den Krieg vorzubereiten und durchzuführen.

Eine rein deskriptive Darstellung der Geopolitik reicht allerdings nicht aus. Entscheidend für die Analyse der Geopolitik ist die Untersuchung der relevanten Werte bzw. Grundvoraussetzungen, auf die sich diese Theorie stützt, des historischen Kontext, in dem sie wirkt und der gesellschaftlichen Folgen ihrer Anwendung.

Wir beziehen uns in unserer Analyse auf das sozio-politische Wertsystem, das die Geopolitik impliziert.

- Da sich die Geopolitik auf den Sozialdarwinismus stützt, erscheinen eine Reihe von Phänomenen als von der Natur bestimmt, der das bewußte menschliche Handeln untergeordnet ist. Der geographische Determinismus, die Betrachtung der Nation als ein lebendiger Organismus, der Krieg als ein unvermeidbares Phänomen der menschlichen Evolution usw., all dies beweist unsere Behauptung.

Wenn man die gesellschaftliche Entwicklung unter diesen Voraussetzungen analysiert, leugnet man, daß zwischen Natur und gesellschaftlichen Institutionen eine Vermittlungsebene existiert, die von der menschlichen Arbeit bestimmt ist und die letztlich den sozialen Charakter der Gesellschaft und ihrer Institutionen bestimmt.

Nur durch die Analyse dieser Ebene kann man den realen sozialen Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse - das heißt die hegemonialen Interessen, die diese Gesellschaft bestimmen - erklären. Wenn aber die gesellschaftlichen Phänomene durch gegebene, "natürliche" Faktoren erklärt werden, kann man weder die reale Ursache, noch die reale Funktionsweise und Interessenlage der betreffenden Gesellschaft in adäquater Form darstellen.

Die Geopolitik geht von gegebenen, durch die Natur legitimierten Grundvoraussetzungen aus, auf die sich alle anderen Prämissen und Handlungsvorschläge stützen. Dies hat wichtige Folgen für die Legitimierung politischer Entscheidungen und Handlungen.

Die für die Geopolitik maßgeblichen, gegebenen Bestimmungsfaktoren sind aber nichts als Bestandteile bzw. Stützen eines bestimmten Herrschaftssystems, in dem bestimmte Werte vorherrschen, die wiederum bestimmten sozialen Interessen entsprechen. Die wahren Inhalte des geopolitischen Wertesystems werden verschleiert, indem sie einfach als naturgegeben erklärt werden.

- Die Interessen, die der Staat vertritt, werden von der Geopolitik nicht in Frage gestellt. Sie erscheinen vielmehr als durch die gesellschaftliche Evolution legitimiert.

Die Phase von Wachstum und Expansion findet auf der Basis kontinuierlicher Entwicklung der existierenden Grundlage statt. Die Entwicklung des Staates und seiner Orientierung ist von vornherein festgelegt.

In dieser Überlegung ist die Transformation der Fundamente des Staates, seiner sozialen Stützen, seiner Werte etc. automatisch ausgeschlossen. Die sozio-politischen Alternativen, die auf die Errichtung einer qualitativ anderen sozialen und politischen Ordnung zielen, werden als nicht legitim betrachtet.

- Die Einheit Staat-Nation hat per definitionem gemeinsame Interessen, die in der Geopolitik für alle Einwohner Gültigkeit besitzen. Diese Universalität dient auf der einen Seite der Verschleierung sozialer Interessensgegensätze, auf der anderen Seite der Legitimation der Unterordnung sozial-alternativer Strömungen unter die hegemonialen Interessen.

Die Streitkräfte verteidigen in Wirklichkeit einen bestimmten Staat und dessen Interessen. So betrachtet ist die gesellschaftliche Funktion der Streitkräfte wie auch die des Staates nur scheinbar eine universelle.

- Die Expansion der Staat-Nation ist ein ständiges Ziel, der Krieg das bevorzugte Mittel zur Erreichung dieses Ziels.

Die Streitkräfte müssen ständig für den Ernstfall vorbereitet sein. Die Kriegsvorbereitung wird so zur ständigen Übung. Eine Perspektive, die den Krieg als vermeidbares Phänomen betrachtet, wird in der Geopolitik ausgeschlossen. Die zentrale Bedeutung des Krieges für die Geopolitik hat

entscheidende Folgen für die Bestimmung der gesellschaftlichen Funktion der Streitkräfte. Entsprechend der Notwendigkeit der Festigung und Expansion des Staates müssen die Streitkräfte eine ständig wachsende Rolle auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens einnehmen.

- Geopolitik wird definiert als eine Doktrin, die den Regierenden beratende

Hilfe leisten soll. Mit ihrer Anwendung erhält der Staatschef das beste Instrument für die Analyse der Gesellschaft und auch in Hinblick auf ihre Führung. Da aber der Krieg in dieser Konzeption entscheidenden Stellenwert besitzt, - die Geopolitik soll eine erfolgreiche Kriegsvorbereitung und -durchführung ermöglichen - werden die Fundamente, die das Handeln der Staatsführung bestimmen, im wesentlichen nach den militärisch-strategischen Erfordernissen ausgerichtet, die aus den Bedürfnissen des Staates entstehen. Die Staatsführung orientiert sich also nicht primär an dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität. Durch die Anwendung der Geopolitik wird nicht nur die militärische Macht verstärkt, sondern auch demokratische Prinzipien in der Führung des Staates relativiert.

Zuletzt möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die Übernahme der geopolitischen Konzeption nicht automatisch die volle praktische Anwendung aller ihrer Prämissen einschließt, denn dies hängt jeweils von den konkreten Umständen in der betreffenden Gesellschaft ab.

4.3.2.1. Die Geopolitik in Chile

Die Geopolitik verbreitete sich in Chile als Folge der Beziehungen zwischen der chilenischen und der deutschen Armee zu dem Zeitpunkt, als diese Beziehungen sich allmählich ihrem Ende näherten.

General Ramón Mantalvo - Stabschef der chilenischen Armee von 1948 bis 1950 - hatte die Geopolitik während seines Aufenthaltes in Schweden als Militärattaché der dortigen chilenischen Botschaft kennengelernt.

An der Universität von Upsala konnte er die Seminare von Rudolf Kjellén besuchen.¹ Als er später ähnliche Aufgaben in der chilenischen Botschaft

¹ Fenner, Oscar: Precursor de nuestra Geopolítica. In: Ercilla. 13-19.10.75. S. 50.

in Berlin ausübte, "hielt er systematische und herzliche Kontakte mit dem General Haushofer"¹, der nach dem Ersten Weltkrieg als Direktor des geographischen Instituts in Berlin tätig war.

Die geopolitischen Schriften Canas in Bezug auf Chile wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in chilenischen Geographie- und Militärzeitschriften verbreitet. Ende 1943 wurde die Geopolitik auf Verfügung der Leitung der chilenischen Kriegsakademie als offizielles Fach im Studiengang in Ergänzung zur Militärgeographie eingeführt.² Parallel dazu erschienen in der chilenischen Armeenzeitschrift Artikel, die sich mit diesem Thema beschäftigten.³ Die theoretischen Elemente der Geopolitik wurden der chilenischen Wirklichkeit angepaßt.

Die Überbetonung innermilitärischer Aspekte trat in den Hintergrund, da die Streitkräfte in diesen Jahren daran gehindert waren, eine aktive Rolle in der politischen Führung des Landes zu spielen. Letzteres gilt auch für die Möglichkeiten einer expansionistischen Politik nach geopolitischen Maßstäben.

Im Jahre 1929 schlossen die Regierungen Chiles und Perus einen Vertrag, der die Grenzstreitigkeiten, die im Pazifikkrieg entstanden waren, regelte.⁴ Auch mit Bolivien und Argentinien gab es noch ungeklärte Grenzfragen; die lateinamerikanische Einheit zur Unterstützung der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges verhinderte jedoch jeden Expansionsversuch. Schließlich nahm auch der Militärhaushalt in den Wirtschaftsprogrammen nach 1932 ab. Die Geopolitik diente in diesen Jahren im wesentlichen dazu, den Streitkräften ein Handlungsmodell zu liefern, das die Ziele der Außenverteidigung systematisierte. Mit der Übernahme der Geopolitik wurde die militärische Planung kohärenter und systematischer, es wurden nun verschiedene Angriffsmöglichkeiten der Nachbarländer - im Norden von Peru und Bolivien, im Süden von Argentinien - für die eigene Verteidigung berücksichtigt.

1 Fenner, Oscar: Precursor de nuestra Geopolítica...a.a.0. S. 50.

2 Ebd.

3 Thorndike, Joseph J. (Jr.): Geopolítica. la fantástica carrera de un sistema científico que un británico inventó, los alemanes usaron y los americanos necesitan estudiar. MECH. Nr. 188 - 189. Sept.-Dez. 1943. S. 881 - 901.

3 Polloni R., Alberto: Las Fuerzas Armadas de Chile en la vida nacional. Santiago de Chile 1972. S. 361 - 365 und 425 - 431.

Ausgehend von der geographischen Lage Chiles wurde die Perspektive festgelegt, Chile in eine Seemacht zu verwandeln, die sich an der pazifischen Küste und der Antarktis orientiert.¹

Auf der anderen Seite wurden diejenigen Prämissen der Geopolitik, die das Gewicht der Streitkräfte innerhalb der Gesellschaft erhöhen, nie in Frage gestellt, sondern unter dem Mantel der Außenverteidigung reproduziert. Diese Grundsätze sind neben anderen schon ausgeführten Aspekten Bestandteile der Militärdeologie der chilenischen Streitkräfte. Ein Beweis dafür ist, daß bis heute in keiner militärischen Veröffentlichung Kritik an den Fundamenten der Geopolitik geübt worden ist. Viele innenpolitische Maßnahmen, die von der heutigen Militärdiktatur getroffen wurden, sind mit geopolitischen Grundsätzen gerechtfertigt worden.² General Pinochet ist selbst der bedeutendste Vertreter der Geopolitik in Chile seit den 60er Jahren.³

1 Chaves D., Victor: Chile y el Pacífico Sur. El centro de gravedad geopolítico terrestre. Rutas Aéreas a Australia. Destino histórico. In: MECH. Nr. 278. S. 93 - 103.

Cañas M., Ramón: Reflexiones geopolíticas sobre el presente y el futuro de América y de Chile. In: MECH. Nov.-Dez. 1948. S. 11 - 26.

Saavedra R., Eduardo: Aspecto geopolítico de la antártica chilena. In: MECH. Sept.-Okt. 1948. S. 95 - 99.

Díaz L., Florentino: Geopolítica de Chile. In: Estrategia. Nr. 48. Buenos Aires 1977. S. 56 - 66.

Buzeta, Oscar: Chile geopolítico: Presente y futuro. CISEC. (Edición privada). Santiago de Chile 1978.

2 Chateau, Jorge: Geopolítica y regionalización. Algunas relaciones. FLACSO. Documento de trabajo Nr. 75/78. Santiago de Chile. Agosto 1978.

3 Pinochet, Augusto: Geopolítica...a.a.o.

Cendoya F., Andrés: Ideas geopolíticas del Gral. Augusto Pinochet. In: Estrategia. Nr. 24. Buenos Aires 1973. S. 78 - 82.

4.3.3. Der Anfang der neuen abhängigen Militärbeziehungen

Im Jahre 1937 endete der militärische Austausch zwischen Chile und Deutschland. Militärbeziehungen zu den USA wurden angeknüpft. Mit dem Beginn der Politik der "guten Nachbarschaft", die von US-Präsident F.D. Roosevelt begonnen wurde und die um Verstärkung der Beziehungen der USA mit den lateinamerikanischen Ländern bemüht war, begann eine neue Etappe der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Lateinamerika.¹ Diese Politik entsprach den alten Bestrebungen des amerikanischen Kapitals und der politischen und militärischen Kreise, ihre Einflußmöglichkeiten auszuweiten, diesmal im Namen einer allseitigen Zusammenarbeit.

In dem Maße, wie sich die Möglichkeit eines Zweiten Weltkriegs andeutete, verstärkten die USA ihre Bemühungen in die erwähnte Richtung, was in den Vorschlägen der USA für die panamerikanischen Konferenzen seit 1936² immer deutlicher wird.

Angesichts des Kriegeausbruches und der unmittelbar bevorstehenden Teilnahme der USA wurde Lateinamerika von den Alliierten als ein wichtiger Rohstoff- und Truppenlieferant betrachtet.³

Auf der anderen Seite rechneten die deutschen Faschisten mit der Möglichkeit, daß einige Länder Lateinamerikas als Brückenkopf für ihre Expansionspläne dienen könnten oder daß sie sich neutral verhalten würden.⁴ Hier

1 Fournial G./ Labarre R.: De Monroe a Johnson. La politique des Etats-Unis en Amérique Latine. Paris 1966. S. 41 ff.

Gil G., Federico; Latinoamérica y Estados Unidos. Dominio, cooperación y conflicto. Madrid 1975. S. 137 ff.

2 Naudon, Carlos: Las relaciones interamericanas. In: Naudon, Carlos: America 70 ¿Servidumbre o independencia en la presente década? Santiago de Chile 1970. S. 26 - 46.

Child, John: Unequal Alliance: The Inter-American Military System, 1938 - 1978. Colorado 1980. S. 35.

3 Naudon, Carlos...a.a.O.

Child, John...a.a.O. S. 35 ff.

4 Katz, Friedrich: Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika von 1898 bis 1941. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika (1933 - 1943). Humboldt-Universität zu Berlin 1966. S. 9 - 71.

Kossok, Manfred: "Sonderauftrag Südamerika". Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 - 1942. In: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus (1810 - 1960). Berlin 1961. S. 243 - 256.

Grishin, Yuri; El fracaso de los planes hitlerianos en América Latina. In: América Latina. Nr. 2. Moskau 1975. S. 45 - 57.

Fernández A., Hugo: The Nazi Underground in South America. New York 1942.

dachte man insbesondere an Chile, Argentinien und Brasilien, da in diesen Ländern zahlreiche Kolonien von deutschen Emigranten existierten, die in der Regel mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. Außerdem bestanden zu diesen Ländern seit Ende des 19. Jahrhunderts sehr enge Beziehungen. Aus diesen Überlegungen heraus entstand für die USA die Notwendigkeit, mit den lateinamerikanischen Ländern eine umfassende Allianz unter US-Führung einzugehen. Dieses Ziel wurde während der panamerikanischen Konferenzen und der Beratungstreffen der Außenminister zwischen 1940 und 1941 nahezu erreicht.¹

Der von den USA in Lateinamerika auf politischer und wirtschaftlicher Ebene gewonnene Einfluß sollte nun militärisch unterstützt werden.

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg verfügten die USA über präzise militärische Pläne für alle Länder Lateinamerikas, die den Nachweis über ihre Expansionsabsichten liefern.²

Für Chile existierte zum Beispiel der Plan "Purple", der die Besetzung Valparaiss und Santiagos vorsah: "Die größte Bedrohung stellten die bewaffneten Kräfte Argentiniens und Chiles dar, deren Kampfkraft als gut bezeichnet wurde, Brasilien und Uruguay wurden als fair eingestuft, während die Stärke der anderen Staaten als niedrig eingestuft wurde."³

In dem Maße, wie sich die Verhältnisse änderten, versuchten die USA zunehmend - vor allem auf der militärischen und politischen Ebene -, Organisationen aufzubauen, um mit jenen Staaten zusammenzuarbeiten. Im April 1938 entstand das Standing Liaison Committee (SLC), das zusammengesetzt war aus Angehörigen des State Department, der Marine und der Armee. Zentrale Aufgabe dieses Komitees war die Koordinierung der Aktivitäten des State Departments und der US-Streitkräfte hinsichtlich Lateinamerikas.⁴

1 Gil, Federico: *Latinoamerica y Estados Unidos...*a.a.O. S. 161 ff.

2 Child, John: From "Color" to "Rainbow": U.S. Strategic Planning for Latin America, 1919 - 1945. In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*. Vol. 21. Nr. 2. California 1979. S. 233 - 261.

Child, John: Strategic Concepts of Latin America; An Update. In: *Inter-American Economic Affairs*. Vol. 34. Nr. 1. 1980. S. 61 -62.

3 Child, John: From "Color....a.a.O. S. 245.

4 Child, John: *Unequal Alliance...*a.a.O. S. 19.

Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour verstärkten die USA ihre Bemühungen. In diesem Kontext fand das dritte Beratungstreffen mit den lateinamerikanischen Außenministern statt, bei dem die Errichtung einer Interamerican Defense Joint (IDJ) (1942) beschlossen wurde. Sie setzte sich aus militärischen Vertretern (Armee und Marine) aus allen an dem Treffen teilnehmenden Ländern zusammen, die von ihren Regierungen beauftragt wurden, Untersuchungen durchzuführen und Maßnahmen für die Verteidigung des Kontinents zu empfehlen.¹

Wenn man das politische Gewicht der Teilnehmer betrachtet wird deutlich, daß dieser Zusammenschluß von den Interessen der USA bestimmt werden würde. Die IDJ diente später als Grundmuster für alle bi- und multilateralen Abkommen, die in der Periode des Kalten Krieges zwischen US- und lateinamerikanischen Streitkräften geschlossen wurden. Die IDJ besteht übrigens bis heute.

Die Entstehung von Militärmissionen sowie die Anzahl der Militärattachés von Armee und Marine nahmen zu.² Mit der Entstehung der IDJ begannen die Waffenlieferungsprogramme - Ausleihen und kostenlose Zuwendungen - der USA nach Lateinamerika.³

Chile befand sich während des Zweiten Weltkrieges nach Brasilien und Mexiko an dritter Stelle der Länder, die Waffen von den USA erhielten.⁴ Unter den neuen Umständen wurden die bis 1930 existierenden US-Militärpläne in Kooperationspläne umgewandelt. So wurde ein Plan für Venezuela, Peru und Chile im Jahre 1942 entworfen, der die vorübergehende Stationierung von US-Truppen in diesen Ländern vorsah, um die einheimischen Streitkräfte im Gebrauch von Küstenartillerie auszubilden: in Venezuela wegen seiner reichen Erdölvorkommen, in Chile und Peru wegen ihrer langen Küsten, die theoretisch einem japanischen Angriff ausgesetzt waren.⁵

1 Child, John: Unequal Alliance...a.a.O. S. 37 ff.

2 Ebd. S. 44 ff.

3 Ebd. S. 47 - 48.

4 Ebd. S. 48

5 Child, John: From "Color"...a.a.O. S. 245.

Zusammenfassend wurde die Wichtigkeit Chiles und die Notwendigkeit enger militärischer Beziehungen aus der Sicht der USA wie folgt dargestellt:

"Obwohl Chile...seine diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten in Rio nicht abgebrochen hatte, betrachteten die USA Chile mit Verständnis aufgrund seiner offenen Küstenlinie und seiner Verwundbarkeit durch den argentinischen Einfluß. Weiterhin hatte Chile aufgrund seiner Rohstoffe und der Kontrolle des Pazifikzugangs zu der Magellan-Straße wichtige strategische Bedeutung." 1

Kurzfristig betrachtet hatte diese neue - in der Zeit des Zweiten Weltkriegs entstandene - Form der militärischen Abhängigkeit keine besondere Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Streitkräften und den zivilen Organen innerhalb Chiles. Die Bedeutung liegt vielmehr in der Tatsache, daß die damals entstandenen Beziehungen eine langfristige Abhängigkeit sicherten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg konsolidierte. Die spätere Vertiefung der Beziehungen hatte - wie wir noch sehen werden - entscheidende Bedeutung für die innenpolitischen Beziehungen zwischen zivilen und militärischen Organen.

4.3.4. Zusammenfassung der Periode von 1932 bis 1945

- auf der Ebene der Militärideologie:

Die chilenischen Streitkräfte hielten unverändert an ihren unter dem Einfluß der deutschen Militärmissionen entstandenen militär-ideologischen Konzeptionen fest. Sie wurden mit der Einführung der Geopolitik systematisiert und vervollständigt. Ausgehend von dieser Militärideologie bekundeten die Streitkräfte ein wachsendes Interesse an politischen Prozessen. Dieser Faktor wirkte der gleichzeitigen Übernahme des Prinzips der Unterordnung unter die zivilen Institutionen des Staates und der Ablehnung des Militärapparates an die Grundsätze des populistischen Wirtschaftsmodells entgegen.

1 Child, John: Unequal Alliance...a.a.O. S. 62.

- auf der Ebene der militärischen Abhängigkeit:

Hier entwickelten sich die aus den Beziehungen zur deutschen Armee entstandene Theorie weiter, gleichzeitig gingen jedoch die deutschen Waffenlieferungen und der Austausch von Militärmissionen zu Ende. Das dadurch entstandene Vakuum wurde durch die neuangeknüpften Beziehungen zu den USA während des Zweiten Weltkrieges beseitigt.

- auf der Ebene der zivil-militärischen Beziehungen:

Die chilenischen Streitkräfte waren in dieser Periode nicht in der Lage, direkt in das politische Leben einzugreifen. Der einzige Versuch dieser Art scheiterte im Jahre 1939 und ist als isolierte Handlung ohne genügende militärische Unterstützung zu verstehen. Diese politische Enthaltsamkeit der Streitkräfte erklärt sich aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die diese Jahre charakterisierten. Dies ist der wichtigste Faktor, der die militärischen Tendenzen, die auf der militär-ideologischen Ebene stark betont wurden, zwar einschränken, jedoch nicht beseitigen konnte.

4.4. Die chilenischen Streitkräfte in der Nachkriegszeit

4.4.1. Die Vereinigten Staaten und Lateinamerika

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, waren die Umstände für die USA günstig, ihre Hegemonialansprüche auf den lateinamerikanischen Subkontinent geltend zu machen. Davon ausgehend verstärkten sie ihre Initiativen auf der wirtschaftlichen und politischen Ebene zur Erlangung ihrer hegemonialen Ziele.

Bei der Bildung der "Organización de Estados Americanos" (Organisation amerikanischer Staaten. OAS)¹ waren alle zentral- und südamerikanischen Staaten und die USA beteiligt. Die Gründung der OAS wurde auf der 9. Konferenz der amerikanischen Staaten in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota im Jahre 1948 vereinbart und bildet einen wesentlichen Bestandteil des Beziehungssystems, das als Interamerikanisches System bekannt ist. Im Rahmen

¹ Gil, Federico: Latinoamérica y Estados Unidos...a.a.O. S. 186 ff.

dieses System nahm die Einbeziehung der lateinamerikanischen Staaten in die Politik des kalten Krieges konkrete Gestalt an:

"Das Interamerikanische System wurde von den Vereinigten Staaten vor allem als weiteren Glied in der Kette antikommunistischer Bündnisse im Rahmen der containment Strategie betrachtet." ¹

Die wirtschaftlichen und politischen Initiativen der USA wurden durch die Ausarbeitung eines militärischen Sicherheitskonzeptes ergänzt, das in der im Jahre 1947 unterzeichneten "Tratado Interamericano de Asistencia Reciproca (TIAR)" ² (Interamerikanischer Vertrag für gegenseitige Hilfe) seinen Ausdruck fand und die die Weiterführung der US-Militärpolitik zu Lateinamerika im Zweiten Weltkrieg unter veränderte Rahmenbedingungen bedeutete.

4.4.1.1. Das globale Sicherheitskonzept der USA und seine Wirkung auf Lateinamerika

Seit der Formulierung der Monroe-Doktrin im Jahre 1823 ist die Absicht der USA deutlich, ihre Hegemonialansprüche auf die lateinamerikanischen Nachbarländer auszudehnen. In den nachfolgenden Konzeptionen wurde das Grundprinzip der Monroe-Doktrin, "Amerika den Amerikanern" an die jeweils neu entstandenen Bedingungen angepaßt.

Am Ende des 19. Jahrhunderts formulierten die USA die Politik der "manifest destiny"; am Anfang des 20. Jahrhunderts die Politik des "big stick", bekannt auch als die Politik der "dollar diplomacy"; am Anfang der 30er Jahre die Politik der "good neighbourschhip" und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Politik der "hemispheric security". ³ Letztere wurde in den OAS und TIAR institutionalisiert und sah eine gemeinsame Verteidigung der unterzeichnenden amerikanischen Staaten vor.

¹ Child, John: Unequal Alliance ...a.a.O. S. 71.

² Gil, Federico: Latinoamérica y Estados Unidos ...a.a.O. S. 182.

Minello, Nelson: El Sistema Interamericano de Defensa. Las relaciones norteamericanas con las Fuerzas Armadas de América Latina. In: Cavalla R., Antonio: Geopolítica y seguridad nacional en América. México 1979. S. 195 - 223.

Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca (TIAR). In: Cavalla R., Antonio: Geopolítica y seguridad nacional...a.a.O. S. 223 - 231.

³ Gil, Federico: Latinoamérica y Estado Unidos...a.a.O. S. 59 ff.

Spätestens seit der Formulierung der Politik der "manifest destiny" wurden die politischen Zielsetzungen durch militärische Pläne ergänzt, die den Einfluß der USA ursprünglich in Mittelamerika und der Karibik verstärken sollten.

Während des Zweiten Weltkrieges dehnten die USA ihre Pläne jedoch auf andere Teile Lateinamerikas aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg streckten sich diese Pläne auf den gesamten Subkontinenten aus.¹

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges konnten diese Pläne nicht vollständig verwirklicht werden, jedoch hatten sie in einigen Ländern Lateinamerikas direkte Interventionen der US-Streitkräfte zur Folge. So entsandten die USA in den Jahren von 1903 bis 1916 Truppen nach Kuba, in die Dominikanische Republik, nach Nikaragua, Mexiko, Haiti und Kolumbien.² Diese Militärpolitik wurde deutlich von geopolitischen Grundsätzen geleitet, die Lateinamerika als Teil der US-amerikanischen Einflußsphäre definierten, wie anhand der Konzeptionen der beiden bedeutendsten Vertreter der US-Geopolitik, Spykman und Mahan, nachgewiesen werden kann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die USA zu einer Weltmacht mit globalen Herrschaftsansprüchen mit einer politisch-militärischen Konzeption, die diese Ansprüche geltend machen sollte.

In den USA setzte sich die Auffassung durch, daß sich die westliche Welt, unter der Führung der hegemonialen Macht USA, in einem "kalten Krieg"³ gegen den Kommunismus befindet. "Kalter Krieg" meint eine Konfrontation beider Machtblöcke die sich nicht in einer direkten militärischen Auseinandersetzung ausdrückt, aber dennoch weltweit alle ihre politischen, ökonomischen und militärischen Beziehungen bestimmt. Alle Konflikte in der Welt wurden als Teile der totalen Konfrontation beider Machtblöcke verstanden, ungeachtet der Ursachen, aus die diese Konflikte zurückzuführen sind, und unabhängig davon, ob es sich um Konflikte außerhalb beider Blöcke, z.B. Befreiungskriege in den Entwicklungsländern, oder um direkte Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten handelt. Ferner gingen die Regierung der USA von einer Überlegenheit der westlichen Wertvorstellungen

1 Child, John: Strategic Concepts...a.a.O. S. 61 - 82.

2 Gil, Federico: Latinoamérica y Estados Unidos...a.a.O. S. 85 - 137.

3 Horowitz, David: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. Band 1 und 2. Berlin 1973.

und einem Streben nach globaler Herrschaft seitens des Kommunismus aus, vor der sie die westliche Welt auf allen Ebenen schützen wollte. So schlossen die USA in Westeuropa, Südostasien und Lateinamerika eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verträgen um den Kommunismus weltweit einzudämmen. Aus US-amerikanischer Sicht der Dinge waren die Wertvorstellungen und Interessen der USA mit denen der übrigen westlichen Welt identisch. Daraus konnte geschlossen werden: Alles was die USA stärkt oder schwächt, wirkt sich in gleicher Weise auf ihre Bündnispartner aus. Umgekehrt wirkten sich Stärke und Schwäche der Bündnispartner entsprechend auf die Macht der USA aus. Trotz der gegenseitigen Verflechtungen bestimmten die Sicherheitsinteressen der USA die Beziehungen des westlichen Bündnisses.

Der Gedanke einer äußeren Bedrohung und die Idee der globalen Sicherheit bilden die zentralen Elemente der politisch-militärischen Konzeption der USA.

Diese zentralen Elemente sind in der US-amerikanischen Doktrin der nationalen Sicherheit nachzuweisen¹, die in Lateinamerika vor allem durch militärische Ausbildungsabkommen zwischen den Streitkräften der USA und denen der betreffenden Länder seit 1947 verbreitet werden. Wir werden später noch auf diese Doktrin eingehen.

4.4.1.2. Das hemispherische Sicherheitssystem²

Im Rahmen der oben erwähnten Leitlinien werden die militärischen Beziehungen der USA zu den Ländern Lateinamerikas auf der Grundlage der Zusammenarbeit während des Zweiten Weltkrieges nach 1945 fortgesetzt und in einem bi- und multilateralen Paktemsystem institutionalisiert. Es werden ein Vertrag für gegenseitige Hilfe abgeschlossen und die bereits erwähnten Ausbildungs- und Hilfeprogramme vereinbart.

1 Comblain, José: Dos ensayos sobre Seguridad Nacional. Vol. 1. Vicarfa de la Solidaridad. Santiago de Chile 1977. S. 147 ff.

2 Germain, Louis: L'importance strategique de l'Amerique Latine pour les Etats-Unis. In: Defense Natinale. Vol. 31. Nr. 1. Paris 1975. S. 98-104.

Wyckoff, Theodore: La situación estratégica de América del Sur. In: Military Review. Kansas. Juli 1956.

Llambias W., Jaime: El Sistema Interamericano: Un producto de la política exterior de los E.E.U.U. que estimula el militarismo en América Latina. In: Chile- América. Nr. 19,20,21. Rom.

Diese Interessen wurden unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vom Generalstab der US-Streitkräfte (Joint Chiefs of Staff, JCS) und dem Rat für Nationale Sicherheit (National Security Council, NSC), zwei bedeutenden Organen für die Bestimmung der US-amerikanischen Sicherheitsinteressen, folgendermaßen definiert:

- "- Zugang zu strategischen Produkten Lateinamerikas.
- Politische und innere Stabilität innerhalb jeder lateinamerikanischen Nation, um den Fluß dieser strategischen Produkte zu sichern.
- Schutz der für die USA lebenswichtigen Kommunikationslinien.
- Zugang zu Stützpunkten in Lateinamerika zur Unterstützung dieser Kommunikationslinien.
- Die Ausdehnung möglicher militärischer Einheiten von einigen größeren lateinamerikanischen Nationen könnten für die Unterstützung von US-amerikanischen Expeditionstruppen verfügbar sein.
- Im geographischen Hinsicht wurden die wichtigen strategischen Gebiete wie folgt definiert:
Panama-Kanal und Umgebung; Öl- und Eisenfördergebiete in Venezuela; Ölfördergebiete in Curacao-Aruba und Trinidad;
Nord-ost Brasilien; River-Plate Mündung und Umgebung; Mollendo, Peru bis Antofagasta, Chile (Kupfer und andere Mineralien);
Magellanstraße; Bauxitfördergebiete in Guayana." 1

Der erste Schritt zur Integration der lateinamerikanischen Streitkräfte in das strategische Konzept der USA vollzog sich auf der Konferenz der amerikanischen Staaten in Rio de Janeiro im Jahre 1947, wo der Vertrag für gegenseitige Hilfe geschlossen wurde. Dieser Vertrag enthielt unter anderem folgende Vereinbarungen:

- Der bewaffnete Angriff einer ausländischen Macht auf ein amerikanisches Land muß als ein Angriff auf die Gesamtheit der Unterzeichnerstaaten des Vertrages betrachtet werden (Artikel 3).
- Der Vertrag sieht die militärische Hilfeleistung der anderen Länder zur Unterstützung des angegriffenen Landes vor (Artikel 8 letzte Klausel).²

1 Child, John: Inequal Alliance...a.a.O. S. 111.

2 Tratado Interamericano de Asistencia...a.a.O. S. 223-231.

Ein Merkmal dieses Vertrages, das ihn von anderen Militärverträgen wie z.B. der NATO unterscheidet, ist, daß er weder ein gemeinsames Militärkommando noch ein für die Planung und Koordinierung zuständiges Organ vorsieht. Diese Funktionen - insbesondere die der Planung und Koordinierung der Aktivitäten aller Streitkräfte - werden später von der im Jahre 1942 gegründeten Interamerikanischen Verteidigungsjunta übernommen. Die Orientierungen der Interamerikanischen Verteidigungsjunta werden im wesentlichen in den USA vom Generalstab der US-Streitkräfte und vom Rat für nationale Sicherheit bestimmt.¹

Nach der Unterzeichnung des Vertrages über gegenseitige Hilfe (TIAR) werden die ersten umfassenden Pläne zur Durchführung des Vertrages entwickelt. Im Jahre 1948 entsteht das "Common Defense Scheme for the Western Hemisphere" (Gemeinsames Verteidigungsschema für die westliche Hemisphäre);² das Jahre danach vervollständigt wurde und während des 4. Beratungstreffens der amerikanischen Staaten im Jahre 1951 offiziell unter der Bezeichnung "General Military Plan for the Defense of the Continent" (Allgemeiner militärischer Plan zur Verteidigung des Kontinents)³ verabschiedet wurde.

Als Ergänzung des TIAR und des allgemeinen militärischen Plans entstehen nach 1951 die Waffenlieferungsprogramme und die militärischen Ausbildungsprogramme, die im Rahmen des vom US-Kongreß 1951 verabschiedeten Mutual Security Act (Gesetz über die gegenseitige Sicherheit) vorgesehen sind.⁴ Dieses Gesetz machte in Form von Leihgaben und Schenkungen die Militärhilfe für die lateinamerikanischen Länder möglich, wenn sie bereit wären "an wichtigen Missionen zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre teilzunehmen"⁵. Es sieht auch die Möglichkeit bilateraler Abkommen mit den am TIAR beteiligten Ländern vor, die sich im Military Assistance Programm (MAP) (Militärhilfeprogramm) konkretisieren.⁶

1 Child, John: Inequal Alliance...a.a.O. S. 112.

2 Ebd.

3 Ebd. S. 119.

4 Minello, Nelson...a.a.O. S. 213.

5 Ebd.

6 Ebd. S. 214.

Child, John: Unequal Alliance...a.a.O. S. 121 ff.

Veneroni, Horacio: Estados Unidos y la Fuerzas Armadas de América Latina. Buenos Aires 1971. S. 15 ff.

Neben den Waffenlieferungen wird im Rahmen des MAP die Entsendung von Militärmissionen (Military Assistance Advisory Groups (MAAG) (Gruppen für militärische Hilfe und Beratung)¹ zur Ausbildung der lokalen Streitkräfte und zur Überwachung der militärischen Hilfeprogramme geregelt.

In den Jahren 1952 bis 1955 wurden die ersten 10 bilateralen Abkommen mit lateinamerikanischen Ländern einschließlich Chiles unterzeichnet.² Ende der fünfziger Jahre kann die Militärhegemonie der USA in Lateinamerika wie folgt zusammengefaßt werden:³

- Militärmissionen in 18 Ländern
- Über 800 zugewiesene Militärberater (MAAG-Programm). Hierbei sind Militärattachés und das Militärpersonal in der Panamakanalzone nicht mitgezählt
- Ausbildung lateinamerikanischen Militärpersonals in militärischen Sonderschulen der USA in der Panamakanalzone und in Ausbildungsstätten in den USA
- Quasimonopol für Waffenlieferungen an Lateinamerika
- Errichtung eines einheitlichen Regionalkommandos (aller drei Waffengattungen) der USA für Lateinamerika in der Panamakanalzone: US-Southern Command (Southcom).

Diese Zusammenfassung muß um einen weniger quantifizierbaren, gleichwohl jedoch real existierenden Aspekt ergänzt werden. Die Ausbildungsprogramme beinhalten über ihren technischen Charakter hinaus eine deutlich ideologische und doktrинelle Orientierung:

Eine ideologische Orientierung, weil durch sie die US-Interpretation des Kalten Krieges und der Kampf gegen ihren Hauptfeind in die Streitkräfte Lateinamerikas eingeführt wird. Eine militärisch-doktrинelle Orientierung, weil mit der Durchführung dieser Programme ein bestimmtes Modell über die Rolle der Streitkräfte in der Gesellschaft vermittelt wird.

1 Minello, Nelson...a.a.O. S. 218.

Lindenbergh, Klaus: Militär und Abhängigkeit in Lateinamerika. Fremdbestimmte Faktoren seiner institutionellen Entwicklung, seines professionellen Rollenverständnisses und seines politischen Verhaltens. In: Puhle, H.J. (Hrsg.): Lateinamerika: Historische Realität und Dependencia-Theorien. Hamburg 1977. S. 204.

2 Minello, Nelson...a.a.O. s. 214.

3 Child, John: Unequal Alliance...a.a.O. S. 126.

Diese ideologisch-doktrinelle Konzeption ist in der Doktrin der Nationalen Sicherheit (DNS) systematisiert.¹ Diese DNS, die in den USA ursprünglich als Rahmen für die Bestimmung der zivil-militärischen Beziehungen entwickelt worden war, um die Sicherheit des Staates nach innen und außen zu definieren, und die grundsätzlich von militärischen und zivilen Kreisen akzeptiert wurde, verbreitete sich durch die militärischen Ausbildungsprogramme in allen lateinamerikanischen Ländern und ersetzt bzw. ergänzt dort die bis dahin existierenden Orientierungen der Streitkräfte.

Im Fall Chile wirkt die DNS ergänzend auf die schon analysierte Konzeption des "totalen Krieges" und auf die Geopolitik. Diese konzeptionelle Kontinuität der chilenischen Streitkräfte werden wir später eingehend analysieren.

4.4.1.3. Die Evolution des Modells der hemisphärischen Sicherheit

Das ursprüngliche Modell der hemisphärischen Sicherheit sah in einem Angriff des sozialistischen Blocks die wahrscheinlichste äußere Bedrohung. Die innerhalb einiger lateinamerikanischen Länder vollzogenen gesellschaftlichen Transformationen führten jedoch zu einer Ergänzung der oben erwähnten Konzeption. Es handelt sich hierbei um die Konzeption des "internen Kriegs", auch "antisubversiver Krieg" genannt, d.h. einer Konzeption, die die Konfrontation mit dem kommunistischen Feind innerhalb der Gesellschaft einschließt.

In den Jahren 1952 und 1954 bildeten sich in Bolivien und in Guatemalas national-fortschrittliche Regierungen, die partielle Transformationen der sozio-ökonomischen Verhältnisse, wie z.B. eine Agrarreform und die Nationalisierung ausländischer Unternehmen, umzusetzen suchten.

1959 entsteht in Kuba eine national-fortschrittliche Regierung, die in den nachfolgenden Jahren eine sozialistische Orientierung verfolgte. In den drei erwähnten Fällen richteten sich die Hauptforderungen dieser Regierungen gegen die Abhängigkeit von den USA. Auch wenn in den beiden ersten Fällen eine tiefgreifende Transformation nicht stattfindet, so

¹ Comblain, José: Dos ensayos...a.a.o.

wurde im Falle Kubas trotz einer entschiedenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Boykottpolitik seitens der USA der Transformationsprozeß fortgesetzt.

Der Sieg der kubanischen Revoluto hatte unmittelbar die von den USA durchgeführten Änderungen in der bisherigen Konzeption der hemisphärischen Sicherheit zur Folge. Im Unterschied zu der ursprünglichen Auffassung einer möglichen Invasion des amerikanischen Kontinents durch die sozialistischen Länder, gehen die USA seit 1960 davon aus, daß die Hauptgefahr für ihre Hegemonie in Lateinamerika jetzt im Innern der Gesellschaften zu suchen ist.¹

Die neue US-Auffassung unterstellt eine neue sowjetische Taktik, die in der Förderung von Guerilla-Bewegungen in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern besteht. Nach Meinung der US-Strategen operieren diese Guerilla-Bewegungen als "fünfte Kolonne" und eine Machtübernahme dieser Gruppen würde die betreffenden Länder unvermeidlich in die kommunistische Einflußsphäre geraten lassen.

1 Comblain, José: Dos ensayos...a.a.O. S. 73 ff.

Child, John: Unequal Alliance...a.a.O. S. 143 ff.

Veneroni, Horacio...a.a.O. S. 60 ff.

Klare, Michael T.: La guerra sin fin. Barcelona 1974.

McConaughy, John B.: Latinoamérica. Objetivo soviético. In: Military Review. Kansas. Okt. 1961.

Hilsman, Roger: La guerra interna. Nueva estrategia comunista. In: Military Review. Kansas. April 1962.

Gallegos, Enrique: Success in Peru. A Case Study in Counterinsurgency. In: Military Review. Februar 1966.

Kent, Irvin M.: Political Warfare for Internal Defense. In: Military Review. Kansas. August 1970.

Silvermann, Jerry M./ Jackson, Peter M.: Terror in Insurgency Warfare. In: Military Review. Kansas. Okt. 1970.

Bradford, Zeb B. (Jr.): US Tactics in Vietnam. In: Military Review. Kansas. Februar 1972.

Alisky, Marvin u.a.: The Political-Military Defense of Latin America. Bureau of Governmental Research. Arizona 1963.

Ampuero, Raúl: La formazione del soldato multinazionale. In: Politica Internazionale. Nr. 5/6. Firenze 1977. S. 37 ff.

Herrera, Inigo: EE. UU.: La cambiante lucha contra la subversión comunista. In: Mensaje. Vol. 26. Nr. 263. Santiago de Chile. Okt. 1977. S. 559 - 564.

Martínez C., Enrique: Continental Defense and Counterinsurgency. In: Military Review. Nr. 4. Kansas 1970.

Mit der Anpassung der ursprünglichen Konzeption an die neuen Bedingungen änderte sich auch die Hauptform der Bekämpfung des Kommunismus. Die neue Kriegsform, also die Guerilla, unterscheidet sich - in den nordamerikanischen Überlegungen - wesentlich von den konventionellen Kriegsformen. Der Feind bietet keine deutliche Front, er greift die regulären Truppen überraschend an, bedient sich terroristischer Methoden usw., kurzum, er führt einen "schmutzigen Krieg" und muß mit ähnlichen Methoden bekämpft werden. Die lateinamerikanischen Streitkräfte, bisher nur in den Praktiken des konventionellen Krieges ausgebildet, müssen auf diese neue Kriegsform vorbereitet werden. Die Erfahrungen der Franzosen in der Bekämpfung der Guerilla-Bewegung in Indochina sollten als Grundlage für die Neuorientierung der Ausbildung der lateinamerikanischen Streitkräfte dienen. Mit der Einführung der Programme zur Bekämpfung der Guerilla-Bewegung unter der Kennedy-Administration wurde eine neue Phase der Militärbeziehungen zwischen den Streitkräften der USA und Lateinamerikas eröffnet. In einer Rede in den Ausbildungsstätten der US-Streitkräfte in West Point behauptete Kennedy - selbst ein guter Kenner klassischer Werke von Guerilla-Führern -:

"Die Subversion ist eine andere Form des Krieges, neuer Intensität und alten Ursprungs. Es handelt sich hier um den Guerilla-Krieg, der dazu bestimmt ist, Unruhe, Morde und zuletzt den Aufstand zu verursachen....Um diese Kriegsform aufhalten zu können, sind wir dazu verpflichtet, eine neue Strategie anzuwenden und eine militärische Kraft zu bilden, die eine neue militärische Vorbereitung und Training erforderlich macht." 1

Das Interesse der US-Militärbeziehungen zu Lateinamerika wird sich in den folgenden Jahren auf die inneren Entwicklungen der lateinamerikanischen Länder konzentrieren, wobei es in erster Linie darum geht, diejenigen potentiellen innergesellschaftlichen Faktoren zu isolieren bzw. zu bekämpfen, die ein zweites Kuba verursachen könnten.

Wie wir noch sehen werden, erfaßte diese aus rein militärischen Überlegungen entstandene Politik der Bekämpfung der Guerillabewegungen allmählich weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und verwandelte sich in ihrer konkreten Anwendung in eine Politik zur Bekämpfung jeder sich gegen die Herrschaftsordnung und gegen die US-Politik richtenden Volksbewegung.

1 Klare, Michael T.: La guerra sin fin...a.a.0. S. 49.

Die neue Auffassung bringt eine neue Praxis der Militärbeziehungen zwischen den lateinamerikanischen und den US-Streitkräften mit sich, die durch folgende Aspekte deutlich wird:

- Erhöhung und Veränderung der Qualität der Waffenlieferungen
- Änderung der technisch-militärischen Instruktionen und der ideologisch-doktrinellen Ausbildung der lateinamerikanischen Streitkräfte

4.4.1.4. Die Bewaffnung

Die Ausrüstung, die infolge der neuen Konzeption von den USA an die lateinamerikanischen Streitkräfte geliefert wurde, war besonders für die Guerillabekämpfung geeignet. Es handelte sich in erster Linie um leichte Ausrüstung, wie z.B. Maschinengewehre, Hubschrauber, Truppentransporter, Artillerie mittlerer Reichweite usw..

Gleichzeitig erhöhten sich unmittelbar nach Einführung der neuen Konzeption die Waffenkäufe der lateinamerikanischen Streitkräfte. Während im US-Fiskaljahr 1961/62 die US-Militärverkäufe an die lateinamerikanischen Länder 23,4 Mill. US-Dollar erreichten, erhöhten sie sich auf 47,7 Mill. US-Dollar im Fiskaljahr 1963/64 und auf 56 Mill. US-Dollar im Fiskaljahr 1965/66.¹

Während für den Zeitraum von 1952 bis 1958 die Waffenlieferungen an die Gesamtheit der lateinamerikanischen Länder den Wert von 128,3 Mill. US-Dollar erreichten, erhöhte sich dieser Wert für den Zeitraum von 1962 bis 1968 auf 260 Mill. US-Dollar.²

4.4.1.5. Die Militärausbildung

Die neue Militärausbildung war zum einen dadurch gekennzeichnet, daß sie in ihrer ideologischen Orientierung viel deutlicher wurde zum anderen aber auch dadurch, daß sie ganz neue Ausbildungsbereiche umfaßt.

1 Yelutin, Y.: Latin America, the Pentagon and the Arms Drive. In: International Affairs. Nr. 12. Moskau 1968. S. 49.

2 Baines, John M.: U.S. Military Assistance to Latin America. An Assessment. In: Journal of Inter-American Studies and World Affairs. Vol. 14. Nr. 4. 1972. S. 475.

Die technisch-militärische Ausbildung zur Bekämpfung¹ der Guerilla wurde von einer Indoktrinierung zur "Bekämpfung der kommunistischen Ideologie" begleitet. Der umfassende Charakter der Ausbildung bezog sich auf die Einführung unterschiedlichster neuer Ausbildungsinhalte, die zur effektiven Bekämpfung der subversiven Bewegungen für nötig gehalten wurden. So wurden die lateinamerikanischen Streitkräfte in neuen Fachgebieten wie Politik-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften geschult. In diese Fachgebiete gehörten Themen wie "Theorie und Strategie des Kommunismus", "Öffentlichkeitsarbeit und Vorbereitung von psychologischen Operationen", "Soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung" usw..²

Die Ausbildung findet seit 1961 in Ausbildungsstätten der US-Streitkräfte in der Panamakanalzone und in den USA selbst statt.³ Weitere Ausbildungsprogramme werden von besonderen US-Einheiten in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern durchgeführt. Es handelt sich hierbei um US-Sondereinheiten, auch als Green Berets bekannt, die auf den Antiguerrillakrieg spezialisiert sind. Aus diesen Sondereinheiten bilden sich die "Mobile Training Teams" (MTT), (Bewegliche Trainingseinheiten), gegründet zu Beginn der sechziger Jahre, die die Funktionen der MAAG in den verschiedenen Ländern ergänzen.⁴

1 Cuartel General. Ministerio del Ejército de EEUU: Defensa y desarrollo internos. In: Cavalla R., Antonio: Geopolítica y Seguridad Nacional... a.a.O. S. 231 - 243.

Cuartel General. Ministerio del Ejército. (Mayo 1962): Operaciones contra fuerzas irregulares. (FM 31 - 15). Reglamento de Servicio del Ministerio de Ejército. In: Selser, Gregorio: Espionaje en América Latina. Buenos Aires 1966. S. 339 - 387.

Case, Robert: El entrenamiento de militares latinoamericanos en los Estados Unidos. In: Aportes. Vol. 6. Paris 1967. S. 44 - 56.

Rivas S, Fernando/ Reiman W., Elisabeth: Die Streitkräfte Chiles. Ein Fall imperialistischer Durchdringung. Frankfurt/M. 1977.

2 Escuela de las Américas. Catálogo 1975. In: Cavalla R., Antonio: Geopolítica y Seguridad Nacional... a.a.O. S. 257 - 273.

3 Veneroni, Horacio... a.a.O. S. 27.

4 Child, John: Unequal Alliance... a.a.O. S. 167.

Zuletzt ist hier noch die Ausbildung der lateinamerikanischen Polizeikräfte zu erwähnen, die in eigenen Ausbildungsstätten, getrennt von den Streitkräften, ebenfalls in der Panamakanalzone und in den USA durchgeführt wird. Die Zahl der in all diesen Programmen ausgebildeten Offiziere und Unteroffiziere hat sich seit 1950 ständig erhöht:

1950 - 1965	32.000 ¹
1950 - 1970	54.270 ²
1950 - 1975	71.652 ³

Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere (ausgewählte Länder)

	1950 - 1970 ⁴	1950 - 1975 ⁵
Brasilien	6.856	8.448
Peru	5.007	6.734
Chile	4.374	6.328
Kolumbien	4.629	6.200

4.4.1.6. Entwicklung als Ergänzung der Sicherheitspolitik

Das neue Konzept der hemisphärischen Sicherheit wurde durch die Einführung von Entwicklungsprogrammen, die zur Überwindung der "Rückständigkeit" der lateinamerikanischen Gesellschaften beitragen sollten, ergänzt.

Hierbei ist es erforderlich, den Zusammenhang zwischen zwei zentralen Bestandteilen der Lateinamerika-Politik der USA zu berücksichtigen, der gleichzeitig eine große Bedeutung für das Verständnis des politischen Verhaltens der lateinamerikanischen Streitkräfte hat. Es ist dies der Zusammenhang zwischen den Begriffen Sicherheit und Entwicklung.⁶ Der erste

¹ Yelutin, Y...a.a.O. S. 49.

² Lindenborg, Klaus: Militär und Abhängigkeit in Lateinamerika...a.a.O. S. 207.

³ Minello, Nelson...a.a.O. S. 218.

⁴ Lindenborg, Klaus: Militär und Abhängigkeit...a.a.O. S. 207.

⁵ Minello, Nelson...a.a.O. S. 218.

⁶ McNamara, Robert: Die Sicherheit des Westens. Bedrohung und Abwehr. München 1970. S. 31 - 33.

Barrett, Raymond J.: The Development Process and Stability Operations. In: Military Review. Kansas. Nov. 1972.

Begriff bezieht sich auf die Durchführung der hier bereits analysierten militärischen, der Zweite auf die Durchführung wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen.

Die Idee der Entwicklung als Ergänzung der Sicherheitspolitik - man könnte auch von der Entwicklung als Bestandteil der Sicherheitspolitik sprechen -, geht davon aus, daß die ausschließliche Durchführung technisch-militärischer Maßnahmen nicht ausreicht, um die Entstehung von Guerilla- und Volksbewegungen in den entsprechenden Ländern zu verhindern. Der Nährboden, in dem sich die Guerilla- und Volksbewegungen entwickeln, sind die sozio-ökonomischen Bedingungen, unter denen die lateinamerikanischen Völker leben. Hierdurch entsteht eine potentielle Entwicklungsbasis für diese Bewegungen, die zur Destabilisierung der mit den USA traditionell verbündeten Regierungen beiträgt. Die kubanische Revolution dient als Beispiel für diese Hypothese. Auf dieser Grundlage wurde die Idee entwickelt, daß sich die USA stärker bei der Lösung der sozio-ökonomischen Probleme engagieren müssen.

Anfang der sechziger Jahre entstanden in den USA eine Reihe theoretischer Darlegungen, die ein Entwicklungsmodell zur Überwindung der "Rückständigkeit" der Entwicklungsländer anboten.¹

Ausgehend von der Theorie des strukturellen Dualismus, der Modernisierungs- und Elitetheorie und anderen Theorien, die sich mit den kulturellen Erfordernissen zur Überwindung der Rückständigkeit befassen, wird folgendes Modell formuliert:

Es existiert ein einziger Weg von der Rückständigkeit zur Modernität, der im historischen Geschehen der entwickelten Industriegesellschaften implizit durchlaufen worden ist. Wenn die unterentwickelten Länder diesem Weg folgen, können sie den gewünschten Entwicklungszustand wie in den kapitalistischen Ländern und demzufolge die Befriedigung der sozio-ökonomischen Bedürfnisse erreichen.

Da aber in den Entwicklungsländern einige Voraussetzungen fehlen, die in den entwickelten Ländern in ihrem historischen Geschehen gegeben waren, wie z.B. die Aneignung technischer Kenntnisse, die Ausbildung einer modernisierenden unternehmerischen Elite, eine ausreichende Spar- und Investitionsrate u.a., liegt die Hauptaufgabe für die rückständigen Länder in der Überwindung dieser entwicklungshemmenden Faktoren.

¹ Siehe das erste Kapitel der vorliegenden Arbeit.

Die Industriegesellschaften können bei dieser Aufgabe hilfreich sein, indem sie diesen Ländern bestimmte Mittel - durch Kapitalexport, die Verbreitung kultureller Werte und technologischer Kenntnisse usw. - zur Verfügung stellen.

Auf diese Weise konnten die gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisiert und die Entstehung revolutionärer Bewegungen verhindert werden.

Die Kennedy-Administration initiierte auf der Grundlage dieses Modells Anfang der sechziger Jahre ein globales Entwicklungsprogramm für Lateinamerika, das Programm der Allianz für den Fortschritt, das bereits in dieser Arbeit analysiert wurde.

Auf der Ebene der militärischen Beziehungen hatte diese Entwicklungskonzeption zwei wichtige Folgen, auf der einen Seite bei der Definition der Rolle der Streitkräfte im Rahmen dieses Modells, auf der anderen Seite bei der Ausarbeitung der Civil-Action-Plans (Pläne für zivile Aktionen).

4.4.1.6.1. Die Rolle der Militärs in dem Entwicklungsprogramm

Eine der wichtigsten Voraussetzungen der Modernisierungstheorien zum Erreichen eines entwickelten Zustandes liegt in der Existenz einer mit bestimmten Merkmalen - planungsfähig, risikofreudig, konkurrenzfähig, modern usw. - ausgestatteten unternehmerischen Elite. Diese die Entwicklung vorantreibende zivile Elite existierte in den "rückständigen" Ländern nicht bzw. hatte die erwähnten Eigenschaften kaum verinnerlicht.

Bei ihrer Suche nach einer Elite, die den Übergang zur Modernität gewährleisten konnte, entdeckte die US-amerikanische Entwicklungssoziologie die Militärinstitutionen ¹. Es wird behauptet, daß die Streitkräfte Lateinamerikas die einzige soziale Gruppe ist, die die Eigenschaften zur Übernahme der Rolle der Entwicklungselite besitzen.

Sie seien eine soziale Gruppe, die die Gesamtheit der nationalen Traditionen seit der Zeit der Unabhängigkeit verkörpern; sie seien eine homogene Gruppe, die in ihrer inneren Organisation eine soziale Übereinstimmung ausdrückt, da sie sich aus verschiedenen sozialen Klassen und Schichten mit einer einheitlichen Orientierung zusammensetzt; sie verfügen über einen

¹ Siehe das erste Kapitel der vorliegenden Arbeit.

höheren Grad der Organisierung; sie sind für planmäßiges Handeln ausgebildet und sie verfügen, auf Grund ihres gewohnten Umgangs mit modernen Kriegsgeräten, über ein höheres Modernitäts- und Ausbildungsniveau. Folglich sind die Streitkräfte eher als einige zivile Eliten in der Lage, ihre Länder zu modernisieren. Die mangelhafte Entwicklung der zivilen Eliten verwandelt die Streitkräfte in die geeignete soziale Organisation für den Aufbau der Nation.

4.4.1.6.2. Die "Civic-Actions-Programms"¹

Die Streitkräfte sollen aber nicht nur auf einer makro-sozialen Ebene eine wichtige Rolle spielen, sondern auch bei der Durchführung von kleinen begrenzten Entwicklungsprogrammen.

In verschiedenen Entwicklungsländern hatten die Streitkräfte bereits vor der Einführung der Antiguerilla-Konzeption zu einer begrenzten Entwicklung beigetragen. Sie bauten Straßen, Brücken, Sanitäreanlagen und waren mehrfach von ihren Regierungen bei Naturkatastrophen zur Hilfe gerufen worden. In Chile z.B. existierte seit 1952 für diese Aufgaben das "Cuerpo militar del trabajo" (Militärisches Arbeitscorps).²

Aus diesen schon bestehenden Erfahrungen heraus und im Rahmen der neuen Rolle der Streitkräfte im Entwicklungsmodell wurden mit allen lateinamerikanischen Streitkräften Civic-Action-Pläne ausgearbeitet, deren Zielsetzungen sich jedoch eindeutig von den bis dahin existierenden mikro-sozialen Funktionen der Streitkräfte unterschieden. Unter den neuen Perspektiven werden diese konkreten Entwicklungsaufgaben den Erfordernissen des Antiguerilla-Krieges untergeordnet.

¹ Klare, Michael...a.a.O.

Walterhouse, Harry F.: El buen vecino uniformado. In: Military Review. Kansas. Februar 1965.

Smith, Laun C.: Acción cívica militar en Centroamérica. In: Military Review. Kansas. Januar 1969.

Barber, Willard F./ Ronning, C. Neale: Internal Security and Military Power. Counterinsurgency and Civic Action in Latin America. Ohio State University Press 1966.

Siehe das erste Kapitel der vorliegenden Arbeit.

² Polloni, Alberto: Las Fuerzas Armadas de Chile en la vida nacional. Santiago de Chile 1972. S. 304 ff.

López Rubio, Sergio E.: Historia del Ejército. Santiago de Chile 1973. S. 73 ff.

Der Entstehung der Civic-Action-Pläne lag folgende Überlegung zu Grunde. Nach einer eingehenden Untersuchung der erfolgreichen Guerilla-Bewegungen in China, Vietnam, Algerien u.a. wurde von den US-Strategen behauptet, die Hauptvoraussetzungen für die Erfolge der Guerilla läge in der ständigen Unterstützung durch die Bevölkerung. Sie kann die Guerilla schützen und ihr logistische und informatorische Unterstützung gewähren.

Dementsprechend wurde gefolgert, daß der Isolierung der Revolutionäre von der umliegenden Bevölkerung strategische Bedeutung zukomme. Um dieses Ziel zu erreichen sei es nötig, von den Streitkräften getragene sozio-ökonomische Aktionspläne, wie z.B. den Bau von Sanitäranlagen, Wegen, Schulen usw., durchzuführen, die die materielle Lage der Bevölkerung sichtlich verbessern. Neben der Lösung konkreter Probleme sollten diese Aktionen zur Unterstützung der Militärtätigkeit und gleichzeitig zu einer Isolierung der revolutionären Bewegung führen.

Bei der Durchführung dieser Konzeptionen und Maßnahmen wurde eine große Anzahl lateinamerikanischer Offiziere seit Anfang der sechziger Jahre ausgebildet, die das politische Verhalten der Streitkräfte erheblich beeinflussten. Es steht fest, daß die Umsetzung der erwähnten Orientierungen die Neigung der Streitkräfte zur politischen Intervention verstärkt hat, dadurch daß sie historische Aufgaben der zivilen Institutionen zum Teil relativ autonom übernommen haben. Diesen Aspekt wollen wir später eingehend bei der Untersuchung der Doktrin der Nationalen Sicherheit behandeln.

4.4.1.6.3. Alternative Sicherheits- und Entwicklungsvorstellungen in den lateinamerikanischen Streitkräften

Als die oben erwähnten Entwicklungskonzeptionen keine eindeutig positiven Auswirkungen zeigten, gewannen diejenigen alternativen Auffassungen an Einfluß, die die Entwicklungshindernisse in den bestehenden Verhältnissen selber sahen, wie wirtschaftliche Abhängigkeit, Monopolisierung der wichtigsten Finanz-, Handels- und Industrieaktivitäten, Latifundienwirtschaft. Die Streitkräfte einiger lateinamerikanischen Länder lernten die reale materielle Lage der Bevölkerung besonders der Landbevölkerung kennen, als sie das aus der USA importierte Sicherheits- und Entwicklungsmodell insbesondere der Partisanenbekämpfung anzuwenden versuchten. Dort ent-

deckten sie Zustände extremen Elends, das mit dem besagten Entwicklungsmodell nicht gelöst werden konnte.¹ Aus diesen Erfahrungen entstanden erste Impulse für eine Reinterpretation der Sicherheits- und Entwicklungsbegriffe in den lateinamerikanischen Streitkräften. Beeinflußt durch das Scheitern der Allianz für den Fortschritt, durch die Verbreitung der Dependenztheorien, durch die Existenz populistischer Strömungen in den Streitkräften und nicht zuletzt auch durch den direkten Kontakt mit der sozioökonomischen Lage der armen Bevölkerungsgruppen, entstanden neue, in der Tendenz unterschiedliche Deutungen der Sicherheit und der Entwicklung. Bei den Streitkräften von Peru, Panama und Ekuador, aber auch bei denen anderer lateinamerikanischer Länder zentrierten sich die Neuformulierungen um die Frage, wie durch die Förderung der Entwicklung die Sicherheit erreicht werden kann. Die Entwicklung galt hier als Voraussetzung der Sicherheit.²

Was den Entwicklungsbegriff betrifft, unterschied er sich auch von den Grundsätzen der Modernisierungstheorie und war eher mit dem der Dependenztheorieansätze zu vergleichen. Das Beispiel der peruanischen Militärregierung in ihrer ersten Phase (1968 - 1975), die Maßnahmen wie die Nationalisierung der Kupfervorkommen, die Agrarreform und die Reform der Industrie durchführte, belegen hier unsere Meinung.³

Während der Militärstaatsstreich der brasilianischen Streitkräfte 1964 noch den Orientierungen der ursprünglichen US-Modernisierungstheorie folgte, führte der Staatsstreich der peruanischen Militärs eher zur Anwendung der alternativen Sicherheits- und Entwicklungskonzeption. Wenn man die US-amerikanische Konzeption der Entwicklung und der Sicherheit in den sechziger Jahren im gesamten lateinamerikanischen Kontext betrachtet, kann man behaupten, daß ihre Übernahme nur unterschiedlich erfolgte und sie in ihrer Anwendung zu widersprüchlichen Ergebnissen führte. In einem Punkt erfüllten sich jedoch die ursprünglichen Erwartungen bei der Einführung

1 Villanueva, Victor: Ejército peruano. Del caudillaje anárquico al militarismo reformista. S. 302 - 305.

2 Mercado Jarrín, Edgardo: Seguridad, política, estrategia. Buenos Aires 1975.

Mercado Jarrín, Edgardo: Reflexiones sobre la seguridad y el desarrollo en América Latina. In: Estrategia. Vol. 5. Nr. 24. 1973.

3 Villanueva, Victor: Ejército peruano...a.a.O. S. 331 ff.

Moncloa, Francisco: Perú. ¿Que pasó ? Lima 1977.

der Konzeption. Einerseits nahmen die Streitkräfte aktiv an den historischen Lösungsversuchen der bis dahin von den zivilen Regierungen angegangenen Problemen teil, andererseits verstärkte sich dadurch die Militarisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften. Dies gilt für alle lateinamerikanischen Streitkräfte ungeachtet der politischen Orientierung, der die Militärs an die Macht folgten.

4.4.1.7. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit

Alle vorher von uns erwähnten ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Teilaspekte, die die Sicherheitspolitik der USA ausmachen, lassen sich unter einem, wenn auch sehr ideologisierten Begriff einordnen: Die Doktrin der Nationalen Sicherheit.

Die Doktrin der Nationalen Sicherheit (DNS) wurde in den USA formuliert. In Lateinamerika wurde sie zuerst bekannt durch Veröffentlichungen ihrer Grundsätze in Militärzeitschriften, insbesondere der brasilianischen, argentinischen und chilenischen Streitkräfte.¹ In den USA entstand sie als eine Doktrin, die das Handeln des Staates und dementsprechend auch das der Streitkräfte in Fragen der Außenpolitik, der Verteidigung und der inneren Ordnung lenkte.

Auf die lateinamerikanischen Länder bezogen ist die DNS nichts anderes als die Übertragung der nordamerikanischen Doktrin - insbesondere der Aspekte, die die innere Ordnung betreffen -, entsprechend den lokalen Wirklichkeiten und politischen Situationen.

Was die Anwendung der DNS in Lateinamerika angeht, ist es erforderlich, zwischen dem Modell der DNS, das von den Streitkräften schon vor der Machtergreifung theoretisch übernommen wurde, und dem Modell der DNS, das nach der militärischen Machtübernahme angewandt und perfektioniert wurde, zu unterscheiden. Diese Unterscheidung ist besonders wichtig für die spätere Untersuchung der Anwendung der DNS in Chile. Während es für den ersten Fall, vor der Machtergreifung, wegen des Gewichts der sozialen

1 Comblain, José: Dos ensayos...a.a.0. S. 203.

demokratischen Kräfte nicht möglich war, alle Möglichkeiten der Doktrin auszuschöpfen, konnte dies im zweiten Fall, nach der Machtergreifung nachgeholt werden.

4.4.1.7.1. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in den USA

An dieser Stelle möchten wir uns auf die Beschreibung der Strukturen beschränken, unter denen in den USA die DNS in die Praxis umgesetzt werden konnte. Mit der inhaltlichen Analyse und den politischen Folgen ihrer Anwendung werden wir uns in Zusammenhang mit der Analyse der DNS in Lateinamerika und Chile beschäftigen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich alle US-Weltherrschaftsabsichten unter dem Begriff Sicherheit einordnen.¹ Es existiert eine Deutung der Sicherheit, die sich zunächst auf die Erlangung der Stabilität und der inneren Ordnung der USA selbst bezieht. Daneben existiert eine andere erweiterte Deutung, die auf der ersten aufbaut und alle diejenigen Länder und Regionen umfaßt, die von den USA als wichtig für ihre Hegemoniepolitik - genannt globale Sicherheit - betrachtet werden.

"Die USA weisen sich selbst die Mission zu, die westliche Welt gegen den Kommunismus zu verteidigen, so wie sie sie gegen die Nazibedrohung verteidigt hatten....Alle Präsidenten von Truman bis Nixon (diese Veröffentlichung entstand 1977 F.E.) bestätigten diese Mission und engagierten sich für ihre Durchführung. Eine kommunistische Bedrohung existiert überall dort, wo eine Regierung aufhört, die US-Interessen zu begünstigen." 2

1 Barnet, Richard J.: Intervention and Revolution. America's Confrontation with Insurgent Movements Around the World. New York 1972.

Barnet, Richard J.: Roots of War. London/New York/Ontario 1981.

Berkowitz, Morton/ Bock, P.G.: American National Security. A Reader in Theory and Policy. New York 1965.

Smoke, Richard: The National Security Affairs. In: Handbook of Political Science. Band 8. Massachuset 1975. S. 247 - 362.

Comblain, José: Dos ensayos...a.a.O. S. 147.

2 Ebd. S. 162.

Dieses Sicherheitsverständnis ist im wesentlichen nicht anderes, als die Fortsetzung der historischen geopolitischen Expansionspläne der USA. Der Gebrauch des Begriffs Geopolitik war jedoch in Mißkredit geraten, da er sehr eng in Zusammenhang mit den Expansionsplänen des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wurde. Der erweiterte Weltsicherheitsbegriff ersetzte und ergänzte in vieler Hinsicht die geopolitische Konzeption. Die ersten Hinweise auf die Existenz einer DNS stehen in Zusammenhang mit der Errichtung einer Reihe von Organen, die sie innerhalb und außerhalb der USA in die Praxis umsetzen sollten. Die Entstehung dieser Organe und die Ausarbeitung der DNS fallen zusammen mit einer Definition der Weltlage, die von den Prinzipien des kalten Krieges bestimmt wird.

Mit der Bewilligung des "National Security Act" (Gesetz für nationale Sicherheit) im Jahre 1947 wurden auch die konzeptionellen und organisatorischen Fundamente für die Institutionalisierung der DNS gelegt. Das Gesetz sieht vor:¹

- Die Institutionalisierung der gemeinsamen Führung der US-Streitkräfte in den "Joint Chiefs of Staff" (JCS) (Generalstab), die bis zum Zweiten Weltkrieg in die Kriegs- und Marineabteilung unterteilt war.
- Die Gründung der "Central Intelligence Agency" (CIA), deren Tätigkeitsfeld sich auf weitere Länder außerhalb der USA erstrecken sollte.
- Die Errichtung der Ausschüsse zur Koordinierung der Kriegsindustrie und Kriegsforschung
- Die Gründung eines "National Security Council" (Nationaler Sicherheitsrat), der dem Präsidenten der USA untergeordnet war und dessen Funktion in der Koordinierung der Richtlinien und der oben erwähnten Organe für die Umsetzung der DNS auf nationaler und internationaler Ebene lag.

Die Formulierung der DNS erfolgte in der 1946 gegründeten "National War College" (Nationale Kriegsschule), die ihren Tätigkeitsbereich nachträglich dadurch ausweitete, in dem sie sich mit der Verbreitung der DNS in weiten gesellschaftlichen Kreisen durch das Angebot auf das Thema bezogener Seminare und Schulungen beschäftigte. An dieser Art von Schulungen nehmen höhere Militärs, sowie führende Kräfte der Wirtschaft, der Finanzen, des diplomatischen Dienstes und der Politik teil.²

1 Comblain, José: Dos ensayos....a.a.O. S. 173.

Cooper, Chester L.: The CIA and Decision-Making. In: Foreign Affairs. Nr. 2. January 1972. S. 223 und 236.

Halperin, Morton H.: The President and the Military. In: Foreign Affairs. Nr. 2. January 1972. S. 310 - 324.

2 Polloni, Alberto....a.a.O. S. 65.

Eine ähnliche Tätigkeit übt das "Industrial College of Armed Forces" (Industrielle Schule der bewaffneten Streitkräfte) aus, das sich um die Verbreitung der DNS auf einer breiteren sozialen Ebene durch die Veranstaltungen von 15-tägigen Kursen in allen Städten der USA bemüht.¹

4.4.1.7.2. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in Lateinamerika²

Die Übernahme der DNS von den lateinamerikanischen Streitkräften erfolgte durch militärische Ausbildungsprogramme, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA entwickelt wurden. Dem nordamerikanischen Modell folgend, wurden in den lateinamerikanischen Streitkräften nach 1945 spezialisierte Studienzentren gegründet, in denen die Militärs die Grundsätze der nordamerikanischen DNS verbreiteten und vertieften, diese gleichzeitig aber auch an die einheimischen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen versuchten. Die bekanntesten Studienzentren sind die Escuela Superior de Guerra (Höhere Kriegsschule) der brasilianischen Streitkräfte und das Centro de Altos Estudios Militares (Zentrum für höhere Militärstudien) der peruanischen Streitkräfte.³

Die brasilianischen Militärs "erkannten offen, daß sie (die Höhere Kriegsschule. F. E.) das National War College nachahmte (imitierte), welches im Jahre 1946 mit einem ähnlichen Ziel gegründet worden war. Die zentralen Themen ihrer Doktrin fanden die brasilianischen Militärs in der DNS der USA." ⁴

Genauer gesagt, daß, was die lateinamerikanischen Streitkräfte daraus übernehmen, waren diejenigen Aspekte der DNS und USA, die sie als angemessen betrachteten, um eine nationale, nach Innen gerichtete DNS formulieren zu können.

1 Comblain, José: Dos ensayo...a.a.0. S. 179.

2 Ebd. S. 201 ff.

3 Ebd.

4 Comblain, Joseph: La doctrina de la Seguridad nacional. In: Mensaje. Nr. 247. Santiago de Chile. März-April 1976. S. 96.

Amaral G., Jose A.: Segurança e Democracia. Rio de Janeiro 1975. S. 29.

Diejenigen Aspekte, die sich in der ursprünglichen US-Doktrin mit dem Welteinfluß befaßten, wurden wegen des realen Potentials der lateinamerikanischen Länder nur sehr begrenzt übernommen.¹ Andererseits schlossen sich die nationalen Formulierungen der DNS in Lateinamerika den weltpolitischen Zielen der US-Politik an, da sie sich als Bestandteil des großen Weltsicherheitsprogramms der USA verstanden. Die nationalen Entwürfe der DSN sind nicht anders, als "Miniprogramme" im Rahmen einer Welt-herrschaftsstrategie.

Auch wenn die DNS bereits in den ersten Jahren des kalten Krieges - wie wir im Falle Chiles sehen werden - verbreitet wurde, wurde sie erst in den 60er und 70er Jahren als Gesellschaftsmodell vollständig von den lateinamerikanischen Streitkräften angewendet. Im Rahmen der Ausführung der antisubversiven Kriegsprogramme konnte sie eine viel realere Existenz erlangen, als in der früheren Periode, in der die hemispherische Sicherheit auf der Basis eines möglichen äußeren Angriffs der sozialistischen Länder aufgebaut war.

Der konzeptionelle Gesichtspunkt der DNS drückt im wesentlichen eine sehr einfache und selbstverständliche Gesellschaftstheorie aus. Es scheint eine Theorie von allgemeiner Gültigkeit zu sein. Für eine objektive Bewertung der DNS muß man jedoch ihre Grundvoraussetzung und die politischen Ziele, die mit ihrer Durchführung erlangt werden sollten, von vornherein betrachten.

- Die DNS ist eine Theorie der sozialen Kontrolle zur Begrenzung des Einflusses der Volksbewegung in den gesellschaftlichen Ereignissen.
- Die DNS ist eine von den lateinamerikanischen Streitkräften übernommene Konzeption die ihre volle Anwendung in den Situationen findet, in denen die herkömmlichen politischen Mechanismen zur Steuerung der gewöhnlichen lateinamerikanischen gesellschaftlichen Krisen funktionsunfähig werden und in denen die Streitkräfte als letzte Reserve des entsprechenden Herrschaftssystems ihre Rolle wahrnehmen sollen.
- Die DNS ist eine Konzeption, die die Rolle des Staates, der Nation, der wirtschaftlichen Entwicklung, des Krieges usw. im Rahmen der Politik des totalen und globalen kalten Krieges zur Verteidigung der "freien Welt" auf allen Ebenen gegenüber der kommunistischen Bedrohung definiert.
- Die DNS weist den Streitkräften eine zentrale, führende Rolle bei der Kontrolle der sozialen und politischen Prozesse zu.

1 Child, John: Geopolitical Thinking in Latin America. In: Latin America Research Review. Vol. 14. Nr. 2. 1979. S. 89 - 111.

- Zuletzt geht die DNS von den Prämissen der Geopolitik aus, wobei ihre Inhalte und Werte durch die DNS weiter reproduziert werden.¹ Unsere bereits geleistete kritische Analyse der Geopolitik gilt im wesentlichen für die Interpretation der DNS.

Der Ausgangspunkt der DNS ist die Existenz der Nation bzw. der Zusammenschluß von Menschen und sozialen Gruppen, die bestimmte gemeinsame Bindungen, wie die gleiche Rasse, Sprache, Religion, Bräuche, Sitten und insbesondere eine gemeinsame historische Tradition nachweisen können.²

Dieses zentrale Merkmal der Nation ist in der Definition der einheitliche und gemeinsame Charakter ihrer Bestandteile. Im historischen Werdegang entwickelte diese Nation auch einen gemeinsamen Willen, auf dessen Grundlage einheitliche gesellschaftliche Ziele formuliert werden.

Das führende Element der Nation ist der Staat. Er wird verstanden als die Nation, die sich juristisch organisiert hat. In der DNS werden Nation und Staat vom Gesichtspunkt ihrer Ziele als untrennbare Bestandteile verstanden. Dieses Begreifen von Staat und Nation läßt keinen Raum für die Entstehung alternativer Definitionen dieser Bestandteile, die von einer anderen Interpretation der Konzepte "Sitte" und "historische Tradition" ausgehen.³ In der lateinamerikanischen Wirklichkeit bilden diese "Bräuche", "Sitten" und "historische Traditionen" hochideologisierte Begriffe, die mit einem bestimmten Herrschaftssystem assoziiert werden. Es handelt sich hier eher um Normen und Werte, auf denen sich Herrschaftssysteme aufbauen lassen.

Die Basis für die Legitimität des Staates wird primär von einem Wertesystem gegeben. Dadurch werden automatisch sogar grundsätzliche Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, wie etwa das Prinzip der Volkssouveränität, relativiert und die Möglichkeit der totalen Autonomie des Staates gegenüber des Volkswillens offen gehalten. Im Falle der lateinamerikanischen Militärdiktaturen ist diese Möglichkeit Realität geworden, mit der logischen

1 Comblain, Joseph: La doctrina...a.a.O. S. 97 - 99.

2 Polloni, Alberto....a.a.O. S. 31.

3 Arriagada H., Genaro/ Garretón, M.A.: América Latina a la hora las doctrinas de la Seguridad Nacional. In: Arriagada, Genaro u.a.: Las Fuerzas Armadas en la sociedad civil. CISEC (edición privada). Santiago de Chile 1978. S. 185 - 186.

Folge, daß solange diese Diktaturen nicht in der Lage sind, reale Mehrheiten für ihre Herrschaftsmodelle zu gewinnen, sie sich nur durch militärische Macht und Repression an der Macht halten können. Der General Augusto Pinochet lieferte uns eine vorzügliche Erklärung über die Rolle des Staates:

"Vom 18. Jahrhundert an ist das als ein unbewußter und notwendiger Prozeß der menschlichen Natur zu begreifen, dabei stellt sich der Staat über den Willen der Willkür der Individuen. Der Staat ist ein Organismus, er ist die höchste Persönlichkeit des Lebens. Diese Konzeption die den Staat als eine Superperson, als die höchste Form der sozialen Evolution betrachtet, ist vollständig von der Geopolitik akzeptiert." ¹

Wie schon erwähnt schließt die DNS die Existenz von nationalen Zielen des Staates und der Nation ein, die theoretisch von allen Teilen der Gesellschaft als verbindlich betrachtet werden sollen. Diese Ziele sind in der DNS in sehr allgemeiner Form dargestellt worden. Es handelt sich um Ziele, die theoretisch von allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden sollen, wie etwa Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und territoriale Integrität, Erlangung des gemeinsamen Wohlergehens der Bevölkerung, Errichtung eines politischen Systems auf der Grundlage einer christlichen Konzeption des Menschen und der Gesellschaft, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der nationalen Einheit usw. ²

Es ist von Relevanz zu erklären, wie der DNS zufolge die nationalen Ziele zu bestimmen sind. Da die Streitkräfte als "eine Organisation die den Staat zum Schutz und Verteidigung seiner physischen, moralischen und historisch-kulturellen Identität errichtet hat" ³ definiert sind, spielen sie eine zentrale und fast ausschließliche Rolle bei der Bestimmung der nationalen Ziele:

"Das große nationale Schicksal kann nicht von den durch die Demagogie, zur Erlangung parteilicher und partikulärer Machtziele und Interesse, verführten wankelmütigen Massen abhängen. Die großen nationalen Ziele existieren bereits in der Geschichte und in der

1 Pinochet, Augusto...a.a.O. S. 26.

2 Junta Militar: Objetivo nacional del Gobierno de Chile. In: Witker, Alejandro: Chile: Sociedad y política. Del acta de la independencia hasta nuestros días. México 1978. S. 407 - 408.

Ähnliche Formulierungen der nationalen Ziele sind auch von anderen lateinamerikanischen Streitkräften vertreten. Siehe Comblain, José: Dos ensayos...a.a.O. S. 201 ff.

3 Arriagada H., Genaro/ Garretón, M.A.: América Latina a la hora...a.a.O. S. 186.

Tradition.... Die Aufgabe der Erfindung (Herausfinden) der Ziele des Staates in dieser Tradition kann darum nicht die Aufgabe des Volkes sein sondern einiger führenden Eliten und insbesondere der Militärelite." 1

Es ist nötig, darauf hinzuweisen, daß in der historischen Praxis solch nationale Ziele in Übereinstimmung mit bestimmten sozialen Herrschaftsinteressen festgelegt werden.

Zur Umsetzung ihrer nationalen Ziele soll sich die Einheit Staat-Nation auf ihre Mächte, Fähigkeiten oder Möglichkeiten stützen. Die DNS sieht die Existenz vier wichtiger Mächte in einem Land: Die Politische, Ökonomische, Militärische und Psycho-soziale.

Die psycho-soziale Macht umfaßt die soziale, politische und kulturelle Organisation der Gesellschaft. Diese Organisationen verfügen über eine bestimmte "Autonomie", solange sie sich im Sinne der festgelegten nationalen Ziele orientieren. Die soziale Partizipation ist hier in Funktion der Ziele der nationalen Sicherheit zu verstehen. Wenn sie aber über diese Ziele hinaus gehen, etwa im Sinne einer alternativen Konzeption der nationalen Sicherheit, muß sie zur Erfüllung der ursprünglichen nationalen Ziele umorientiert werden, womit diese Partizipation ihren demokratischen Inhalt verliert. Hier sehen wir wiederum wie das Prinzip der Volkssouveränität bereits in der Definition der DNS relativiert wird.

In Bezug auf den psychologischen Aspekt der sozialen Macht, handelt es sich hier um die Gemeinsamkeit von moralischen und kulturellen Qualitäten der sozialen Bestandteile einer Gesellschaft, die als geistige Voraussetzungen betrachtet werden damit die soziale Macht sich in angemessener Form in die Erfüllung der nationalen Ziele orientiert.

In der Definition der gesellschaftlichen Rolle der sozialen Macht lassen sich eindeutig korporativistische Fundamente erkennen, auch wenn die DNS sich nicht als eine auf faschistischen Grundsätzen begründete Konzeption versteht.

Die nationalen Mächte müssen zur Erfüllung der nationalen Ziele koordiniert werden und ihre Summe bildet die nationale Macht. Diese Aufgabe muß vom Staat erfüllt werden, insbesondere von seinen politischen und militärischen

1 Arriagada H., Genaro/ Garretón, M.A.: América Latina a la hora...a.a.O. S. 186.

Strukturen. Eine angemessene Koordinierung sollte die Erfüllung der nationalen Ziele und einen idealen Zustand der nationalen Sicherheit zur Folge haben.

In ihrer vollständigen Anwendung sieht die Definition der DNS, wie im Falle der Militärdiktaturen Lateinamerikas nachzuweisen ist, eine totale Machtkonzentration vor:

"Die Streitkräfte werden die Instanz sein, die die nationale Macht zur Erfüllung der nationalen Ziele kontrollieren werden. Es ist eine sehr elementare Schlußfolgerung dieser Doktrin aber auch das Fundament der heutigen Militärdiktaturen. Da die Streitkräfte sich um ein hierarchisches Prinzip organisieren, ist daraus logisch zu schließen, daß die Doktrin nicht nur die Machtkonzentration in der Institution voraussetzt, sondern auch in den höheren Kommandostellen und zuletzt... in dem kommandierenden Chef der Streitkräfte." 1

Auch wenn die DNS den Streitkräften eine Theorie zur Rechtfertigung direkter Militärinterventionen und zur Definition der Formen der Machtausübung der Militärs an die Macht geliefert hat, wird sie weiterhin in den "Freiheitszeiten" bzw. in den Perioden in denen zivile Gruppen die Macht im Staate ausüben, von den Streitkräften umgesetzt. In diesen Situationen ist für die Streitkräfte das Verbleiben der zivilen Kräfte an der Macht davon abhängig, ob sie in der Lage sind, die Anforderungen der nationalen Sicherheit zu erfüllen. Falls diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, dient die DNS dann als eine wirksame Doktrin zur Rechtfertigung der direkten Militärinterventionen.

In diesem Sinne sind ergänzende konkretere Theorien von den lateinamerikanischen Streitkräften übernommen worden, die die Grenze der Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Macht genau festlegen, wie zum Beispiel die "West-Point-Doktrin" ² die die Situationen beschreibt, in denen eine direkte Militärintervention gerechtfertigt ist, wobei die Entscheidung darüber selbstverständlich in den Streitkräften selbst liegt.

1 Achondo, Gonzalo: La Doctrina de la Seguridad Nacional. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 1. Berlin (West). April 1980. S. 69.

2 Lanusse, Alejandro: Mi testimonio. Buenos Aires 1977. S. 4-5. Zit. nach: Rojas, Sergio: La Doctrina de la Seguridad Nacional y los EE.UU. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. Nr. 37. Sept.-Okt. 1979. S. 63.

Wenn man den historischen Kontext und die Praxis der Streitkräfte in den letzten zwanzig Jahren in Lateinamerika betrachtet, ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Verbreitung der DNS objektiv zu einer Ausbreitung der Machtbefugnisse der Streitkräfte in der Gesellschaft geführt hat. In der DNS finden wir eine bedeutende Quelle zum Studium der "institutionellen" Motivation der Streitkräfte zur Durchführung von direkten Militärinterventionen.

An dieser Stelle sind die Ausnahmen in der Ausführung und Interpretation der DNS innerhalb der lateinamerikanischen Streitkräfte zu erwähnen. Trotz der starken Abhängigkeit der lateinamerikanischen Gesellschaften sind darin sozio-politische Bewegungen entstanden, die sich für mehr oder weniger radikale Alternativen zum herkömmlichen kapitalistischen, abhängigen Herrschaftsmodell einsetzen und die auch das sozio-politische Verhalten der Streitkräfte beeinflußt haben und haben können. So sind andere Sicherheitsbegriffe entstanden, wie im Falle der peruanischen und anderer lateinamerikanischen Streitkräfte bereits dargestellt wurde.

Zuletzt muß darauf hingewiesen werden, daß die Durchführung der DNS zur Stabilisierung des kapitalistischen abhängigen Herrschaftsmodells Variationen entsprechend der nationalen Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas aufweist. Die Unterschiede in der Machtausübung der Streitkräfte in Argentinien, Brasilien, Uruguay und Chile sollen bei den konkreten Fallanalysen betrachtet werden.

4.4.2. Die chilenischen Streitkräfte und das hemisphärische Sicherheitssystem

Das Verständnis der Beziehungen der chilenischen Streitkräfte im Rahmen des hemisphärischen Sicherheitssystem hat eine zentrale Bedeutung bei der Bestimmung des Einflusses der bewaffneten Institutionen in der inneren Machtstruktur. Wir werden uns zunächst auf diese Beziehung konzentrieren, um uns später der inneren Dynamik des zivil-militärischen Verhältnisses zuzuwenden.

Die globale Hegemoniepolitik der USA in Lateinamerika findet in Chile in drei wesentlichen Bereichen ihren Ausdruck. Auf der wirtschaftlichen Ebene vervollständigte sich nach dem 2. Weltkrieg die schon Mitte der 20er Jahre begonnene wirtschaftliche Durchdringung, die ursprünglich ihren Ausdruck in der Kontrolle der wichtigsten Rohstoffe des Landes (Kupfer, Salpeter, Eisen) fand und die sich später auf die wichtigsten Industriezweige erstreckte.¹

Auf der politisch-ideologischen Ebene orientierten sich die Regierungen nach dem 2. Weltkrieg an den Richtlinien der US-Lateinamerikapolitik und teilten im wesentlichen die US-Definitionen über die Weltlage und über die Formen der Bekämpfung des kommunistischen Einflusses. Chile unterzeichnet den Interamerikanischen Vertrag für Gegenseitige Hilfe (1947) und die OAS-Charta (1948). Damit waren die wesentlichen Züge der chilenischen Außenpolitik bestimmt. Erst Mitte der 60er Jahre zeigten sich gewisse Änderungen, als die Regierung Frei diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern aufnahm.²

Der Anschluß Chiles an die Politik des kalten Krieges der USA führte zu inneren Maßnahmen gegen einige Gewerkschaften und gegen die kommunistische Partei, die mit der Bewilligung des "Ley de defensa de la democracia" (Gesetz zur Verteidigung der Demokratie) (1948) bis 1958 für illegal erklärt wurde.³

Auf der militärischen Ebene wurden die US-Richtlinien vollständig übernommen. Mit der Unterzeichnung des Interamerikanischen Vertrages für Gegenseitige Hilfe begann ein Prozeß der Institutionalisierung der militärischen Abhängigkeit von den USA. Mit der Unterzeichnung des bilateralen Military Assistance Pact (MAP) (Pakt für militärische Hilfe) im Jahre 1952⁴ und ersten Waffenlieferungen und militärischen Ausbildungsprogrammen nahmen die militärischen Beziehungen konkrete Gestalt an. Das

1 Siehe die Analyse über die Regierung Frei am Anfang dieses Kapitels.

2 Boye, Otto: Chile y el interamericanismo en las dos últimas décadas. In: Mensaje. Santiago de Chile. Sept. 1971. S. 494 -501.

Wilhelmy, Manfred: Hacia un análisis de la política exterior chilena contemporánea. In: Estudios Internacionales. Vol. 12. Nr. 48. Santiago de Chile. Okt.-Dez. 1979. S. 440 - 472.

3 Varas, A. u.a.: Chile, democracia...a.a.O. S. 95.

4 Child, John: Unequal Alliance...a.a.O. S. 125.

hemisphärische Sicherheitsmodell wurde in allen Grundsätzen übernommen und in den damaligen Militärpublikationen verbreitet:

"Es ist angebracht, die Stellung Südamerikas im Hinblick auf einen zukünftigen Weltkonflikt zu analysieren, wobei Südamerika vollständig verpflichtet ist, an der Seite der westlichen Mächte für die Verteidigung ihrer eigenen Existenz, ihrer Lebensweise, ihres abendländischen Erbes und ihrer Zukunft einzutreten. Uns ist diese Verpflichtung willkommen. Es darf nicht vergessen werden, daß mehr oder weniger alle Südamerikanischen Länder sich offen gegen den Kommunismus geäußert haben. Das bedeutet, in die deutliche Sprache der Realität übersetzt, daß sie sich ohne weiteres als potentielle Feinde der Sowjetunion erklärt haben." 1

Die Übernahme der hebisphärischen Konzeption erfolgte jedoch in Übereinstimmung mit den Auffassungen über die nationale Verteidigung.

"Die Bedeutung unseres Landes durch seine besondere geographische Lage und seine Rolle als wichtiger Rohstoffproduzent innerhalb der südamerikanischen Nationen, verwandeln es in ein Bollwerk des besagten Sicherheitssystems." 2

Es ist wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die Eingliederung Chiles in die Us-Strategiedefinition für Lateinamerika ständig die nationale geopolitische Definition, die mit relativer Selbständigkeit schon vor dem 2. Weltkrieg entstanden, beeinflusst. Mit der Übertragung geopolitischer Kenntnisse durch die Beziehungen der chilenischen zur deutschen Armee entstand - wie schon erwähnt - eine eigene Auffassung von dem, was die Geopolitik Chiles sein sollte. Kernpunkt der chilenischen Auffassung, die nichts anderes als eine Anpassung an schon vor dem 2. Weltkrieg existierende deutsche und amerikanische Konzeptionen war, ist die Feststellung, daß die Frage der Kontrolle über den pazifischen Ozean - Chile besitzt 5000 km Küste - eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Machtverteilung auf Weltebene spielen sollte.

1 Cubillos L., Hernán: La defensa naval del continente. Revista de Marina. Julio-Agosto 1950. In: Varas, A./ Agüero, F.: El desarrollo doctrinario... a.a.O. S. 162.

2 Salinas F., Ramón: La posición estratégica de Chile en la defensa del continente. MECH. Sep.-Okt. 1947. Zit. nach: Varas, A. u.a.: Chile, democracia... a.a.O. S. 96.

Die Überlegungen der chilenischen Geopolitiker gingen davon aus, daß in Zukunft der größte Teil des Welthandels über diesen Ozean geführt werde. Da eine Expansion des kommunistischen Blocks durch Westeuropa und Nordamerika wegen der Stärke der westlichen Mächte nicht möglich sei, ging man von der Annahme aus, daß die wahrscheinlichste Ausdehnung der Sowjetunion und China über den pazifischen Ozean erfolgen würde.¹

Die strategische Bedeutung des Pazifiks wurde wie folgt eingeschätzt:

"Der 2. Weltkrieg verlagerte das Zentrum des Weltinteresses hin zum Pazifischen Ozean. Das alte Europa und der Atlantik haben ihre Mission schon erfüllt. Die Vereinigten Staaten, das sowjetische Rußland, das moderne China, Indien,..., Australien und Neuseeland sind bzw. werden in näherer Zukunft Mächte sein, die sich auf ihre Stellung im Pazifik stützen werden. Unter diesen Umständen werden wir (Chile. F.E.) nicht mehr mit dem Rücken zur erschöpften europäischen Welt stehen, da sich vor uns eine reiche, vorwärtsstrebende Zukunft öffnet. So wird Chile mit seinem Gesicht vor die Zivilisation und den Fortschritt treten und im Besitz einer der Wege sein, die zum großen pazifischen Ozean führen." 2

Auf der Basis dieser geopolitischen Weltbetrachtungen wurde die geopolitische Lage Chiles bestimmt. Sie mußte in der Hegemoniekonzeption der USA für Lateinamerika nach dem 2. Weltkrieg berücksichtigt werden.³ In der Tat wurde dieser partikuläre Standpunkt Chiles in den militärischen Plänen der Interamerikanischen Verteidigungsjunta (1951) für Lateinamerika vollständig berücksichtigt. Somit wurde die partikuläre Funktion Chiles in der globalen Strategie nicht nur als Rohstofflieferant festgelegt.

Chiles Rolle als Schutzzone eines großen Teils der lateinamerikanischen Pazifikküste, einschließlich der Magellan-Straße, vor einer angeblichen kommunistischen Aggression gegen den amerikanischen Kontinent war Bestandteil dieses Konzeptes.

1 Cañas M., Ramón: Reflexiones geopolíticas...a.a.O. S. 13 - 15 und 20.
Cubillos L., Hernán...a.a.O. S. 162 - 163.

2 Guzmán S., Oscar: Resumen - comentario del libro de Samuel Flagg Bemis: "La diplomacia de Estados Unidos en la América Latina." In: MECH. Nov.-Dez. 1948. S. 119 - 120.

3 Cubillos L., Hernán...a.a.O.
Salinas F., Ramón...a.a.O.
Cañas M., Ramón...a.a.O.
Guzmán S., Oscar...a.a.O.

Auf dem Weg zur Durchführung dieser Auffassung wurden konkrete Schritte unternommen. Seit dem Jahr 1960 nahm Chile neben anderen lateinamerikanischen Ländern an gemeinsamen Seemanövern der US-Marine teil. Diese Übungen sind als OPERATION UNITAS bekannt und werden bis heute durchgeführt. Für die Rechtfertigung der Eingliederung Chiles in die globalen militärischen Pläne der USA waren die Formulierungen, die die angebliche Übereinstimmung zwischen nationalen und globalen US-Interessen betonten, von besonderer Bedeutung. Diese Argumentationsrichtung erstreckte sich auch auf die Betrachtung angeblicher wirtschaftlicher Gemeinsamkeiten. Dieser Gesichtspunkt, der in erster Linie von der chilenischen Oligarchie ständig vertreten wurde, wurde auch von den chilenischen Streitkräften proklamiert:

"Die Vereinigten Staaten brauchen uns. Sie werden uns aus zwei Gründen ihre Hand entgegen strecken: um uns beim Fortschritt zu helfen, weil so ihre eigene Sicherheit gefestigt wird und um jede nicht amerikanische Einmischung zu verhindern. Wenn die lateinamerikanischen Staatsmänner diese Gelegenheit nutzen, können sie mit Hilfe der USA sogar mehr erreichen, als diese Macht durch uns gewinnen kann. Lateinamerika braucht die Vereinigten Staaten, weil nur durch diese Zusammenarbeit das für den Fortschritt nötige ausländische Kapital zu bekommen ist. Dies wird uns weder das verschlissene Europa noch das weit entfernte Rußland erleichtern." 1

An einer anderen Stelle wird die Proklamierung der gemeinsamen Interessen noch deutlicher:

"Die vaterländischen Interessen sind auch die Interessen Nordamerikas. Sie müssen mit der Hilfe der Mächtigen in Erfüllung gehen. Das Wort "Pan Amerikanismus" bedeutet Brot, Einheit und faktische Sympathie; sonst wird es zur leeren Formel." 2

Auch auf der ideologisch-politischen Ebene fanden die chilenischen Militärs Gemeinsamkeiten mit der politischen und militärischen Konzeption der USA. Bereits die Unterzeichnung der oben erwähnten beiderseitigen Abkommen setzte eine ideologische Übereinstimmung voraus, da alle zu Grunde liegenden Kriegshypothesen den Kommunismus als potentiellen Angreifer definierten.

1 Guzmán S., Oscar...a.a.O. S. 118.

2 Campo S., Julio: Consideraciones sobre el panorama político-estratégico mundial. MECH. Sept.-Okt. 1950. Zit. nach Varas, A./ Agüero F.: El desarrollo doctrinario...a.a.O. S. 161.

Bereits vor der Verkündung der Politik des Antiguerilla- Krieges Anfang der 60er Jahre hatten die chilenischen Streitkräfte Ende der 40er Jahre darauf aufmerksam gemacht, daß der Feind auch innerhalb der eigenen Gesellschaft zu finden ist. Die Sicherheit der westlichen Hemisphäre sei durch die kommunistische Gefahr nicht nur von außen bedroht. So wurde behauptet:

"Als wir die Kriegshypothese analysierten, stellte sich als wichtigster Faktor die Gefährlichkeit der kommunistischen fünften Kolonnen heraus. Chile beobachtet dieses Problem und breitete sich auf ein entschiedenes Entgegenreten vor." ¹

Mit der Definition der Gemeinsamkeiten zwischen globalem Sicherheitsmodell und vermeintlichem Interesse Chiles wurde ein bedeutender Schritt zur Legitimierung der Notwendigkeit einer engen Bindung der chilenischen Streitkräfte an die USA gemacht.

Dies war die Grundlage, die die Materialisierung der Beziehungen in Form von militärischer Ausbildung, Waffenlieferung und Militärhilfeprogrammen ab 1952 einleitete." ²

Was die Militärhilfe in Form von Waffenlieferungen angeht, erlangte Chile unter den lateinamerikanischen Ländern einen besonderen Status. Zwischen 1950 und 1965 erhielt es von den USA Zuwendungen für Waffen im Wert von 66,1 Mill. US-Dollar und nahm damit hinter Brasilien (171,6 Mill. US-Dollar) den zweiten Platz ein.³ Ähnliches geschah mit den Waffenlieferungen, die Chile durch das Programm der Überschußbestände (excess stock program) erhielt. Zwischen 1960 und 1966 bekam Chile Waffen im Wert von 22,9 Mill. US-Dollar und blieb auch hier auf dem zweiten Platz hinter Brasilien.⁴

Wenn wir die Anzahl von chilenischen Offizieren, die nach 1945 an den US-Ausbildungsprogrammen teilnahmen, betrachten, können wir feststellen, welche Bedeutung dieses Gebiet für die USA hatt. Nur in den brasilianischen Streitkräften wurden von den USA mehr Offiziere und Unteroffiziere ausgebildet. Zwischen 1950 und 1965 wurden 2064 Angehörige der chilenischen Streitkräfte in den USA und 549 außerhalb der USA ausgebildet, während die Zahl der in den USA ausgebildeten brasilianischen Offiziere 3632 betrug.⁵

¹ Campo S., Julio: Consideraciones sobre el panorama...a.a.O. S. 160 - 161.

² Labarca, Eduardo: Chile invadido...a.a.O. S. 37 - 38.

³ Joxe, Alain...a.a.O. S. 100 - 101.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

Zwischen 1965 und 1970 wuchs die Proportion der in den USA ausgebildeten Chilenen (1950 - 1970 = 2553) an. Dagegen verdreifachte sich die Zahl der außerhalb der USA ausgebildeten (1950 - 1970 = 1821 Mann).¹

Der sprunghafte Anstieg der außerhalb der USA ausgebildeten chilenischen Soldaten erklärt sich aus der konzeptionellen Änderung des hemisphärischen Sicherheitssystems. Danach fand die Ausbildung für den Kampf gegen die Guerillas insbesondere in der Panamakanalzone durch die von den USA entsandten und für diese neue Kriegsform spezialisierten Sondereinheiten (mobile Trainingstruppen) (MTT)² statt. Weiterhin erklärt sich der rapide Anstieg in den 60er Jahren durch die Bedeutung, die das Modell der "Revolution in Freiheit" während der Regierung Eduardo Freis als Alternative zur kubanischen Revolution für die USA hatte. Gleichzeitig spielte auch der wachsende Einfluß der linken Parteien eine wichtige Rolle. Dieser Gesichtspunkt kommt an mehreren Stellen des Berichtes des US-Senats über die Aktivitäten des CIA in Chile zwischen 1963 und 1973 zum Ausdruck.³

In der Nachkriegsperiode traten bei der Verteilung der Militärhilfe an die drei Waffengattungen bestimmte quantitative Unterschiede auf. Dabei wurden die Luftwaffe und die Marine begünstigt. Während das Heer zwischen 1959 und 1969 0,3 % ihrer Angehörigen in US-Kasernen ausbilden ließ, waren es 1,4 % der Marine und 1,1 % der Angehörigen der Luftwaffe, die in dieser Periode an der Ausbildung teilnahmen.⁴

Diese Diskrepanz erklärt sich in erster Linie aus den verschiedenen technischen Anforderungen der drei Waffengattungen und führte letztlich zu einer verstärkten Abhängigkeit der Marine und der Luftwaffe von der US-Politik.

Zuletzt ist die US-Hilfe für die chilenische Polizei hinzuzufügen. Die im Jahre 1927 gegründete einheitliche Polizei (cuerpo de carabineros) wurde als militarisierte Einheit zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung betrachtet. Ihre Stärke betrug 1967 24.000 Mann und war bis 1973 dem Innenministerium unterstellt.⁵

¹ Lindenberg, Klaus: Militär und Abhängigkeit...a.a.O. S. 207.

² North, Liisa: Los militares en la política chilena. In: Revista Mexicana de Sociología. Vol. 37. Nr. 2. April-Juni 1975. S. 487 - 488.

³ Staff Report...Covert Action in Chile 1963 - 1973...a.a.O.

⁴ North, Liisa: Los militares...a.a.O. S. 487.

⁵ Joxe, Alain...a.a.O. S. 97.

In den 60er Jahren bekam die Polizei, wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, durch den Verstärkerungsprozeß eine wachsende Bedeutung. In diesen Ländern rechneten die US- und lateinamerikanischen Militärstrategen eher mit einem Volksaufstand in den Städten als in den ländlichen Gebieten.

Im Rahmen der Vorbereitung der polizeilichen und militärischen Kräfte in Bezug auf die Kriegshypothese erhielt die chilenische Polizei eine ständige Ausbildung zur Unterdrückung von Massendemonstrationen und Streikbewegungen.

Im Fall Chiles gibt es viele Beispiele, die diese Behauptung belegen. Für den Fall von städtischen Protestdemonstrationen wurde eine Sondereinheit der Polizei im Jahre 1960 gegründet. Diese ist als "Grupo Mobil de Carabineros (mobile Einsatztruppe der Polizei) bekannt.¹

In den 60er Jahren wurde die chilenische Polizei durch die Teilnahme an US-Ausbildungsprogrammen in die Pläne für die hemisphärisch Sicherheit integriert. Seit dem Jahre 1962 nahmen chilenische Polizisten regelmäßig an Kursen der Internationalen Polizeiakademie in der Panamakanalzone teil. Später wurde diese Akademie nach Washington verlagert und ist seit 1964 als Interamerikanische Militärakademie bekannt. Neben den Ausbildungsprogrammen erhielt die chilenische Polizei weitere US-Hilfe in Form von Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung.²

4.4.2.1. Die Übernahme der Konzeption des antisubversiven Krieges durch die Streitkräfte

Die Konzeption des Antiguerilla-Krieges wurde in Chile mit einigen Besonderheiten, die wir später untersuchen werden, Anfang der 60er Jahre übernommen und umgesetzt.

Die endgültige Durchsetzung dieses Kriegsmodells durch die US-Streitkräfte wurde zusätzlich erleichtert durch Prämissen militärischer Art die vorher

1 Joxe, Alain...a.a.O. S. 98.

2 Veneroni, Horacio...a.a.O. S. 28 ff.

bereits innerhalb der chilenischen Streitkräfte existierten. Im Zweiten Weltkrieg fanden militärische Prämissen ihre Anwendung, die aus der Konzeption des totalen Krieges abgeleitet waren. Hier wurde als Prinzip festgelegt, daß die gesamte Nation in verschiedenen Formen an den Kriegseignissen teilnehmen sollte. Konkret meint dies, daß während die bewaffneten Institutionen in erster Linie direkt an dem Krieg beteiligt waren, es die Aufgabe der nicht direkt an den Kriegseignissen teilnehmenden Bevölkerung sei, die Kämpfenden moralisch und materiell zu unterstützen.

Das Kriegsergebnis hängt somit von dem erfolgreichen Zusammenwirken beider Faktoren ab.

Unter diesen Umständen ging man davon aus, daß der Feind auch daran interessiert sei, auf die innere Front Einfluß auszuüben und zwar in zwei Formen:

Auf der einen Seite sollten die Einwohner des feindlichen Lagers durch die Anwendung von psychologischen Kriegsmethoden - Gerüchten, falschen Informationen, Überbetonung der eigenen Kraft, usw. - geschwächt werden, auf der anderen Seite sollte die materielle Basis der Unterstützung der Kriegsfrent durch spezielle Einheiten zerstört werden. Abgezielt auf eine starke Behinderung der Unterstützungsaufgaben der nicht direkt an den Kampfhandlungen teilnehmenden Bevölkerung, um so lähmend auf die eigentlichen Kampfhandlungen zu wirken. Erfüllt werden sollten diese gesamten Aufgaben von besonderen Propagandaeinheiten, Spionen, einer fünften Kolonne usw. im feindlichen Lager.

für die Ziele unserer Arbeit ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Übernahme der Auffassung über die Rolle der inneren Front in den Kriegseignissen eine besondere Bedeutung bei der Entstehung der Theorie und Praxis der chilenischen Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg gehabt hat und daß sie seitdem große Verbreitung durch die Militärpublikationen fand. Wie wir sehen werden, wurde die Konzeption der Rolle der inneren Front innerhalb einer globalen Strategie an die inneren Bedingungen Chiles angepaßt und diente zu eindeutigen politischen Zwecken.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges fand diese Konzeption eine besondere und neue Anwendung.

Obwohl kein eigentlicher Krieg zwischen den Weltmächten erklärt worden war, handelte die US-Politik und die sie in Lateinamerika unterstützenden Kräfte nach den Prinzipien eines faktischen Krieges. Der Feind bzw. der Angreifer war in diesem sehr schematischen Ansatz die Sowjetunion. Den Volksbewegungen kam die Funktion der Fünften Kolonne zur Schwächung der

eigenen inneren Front zu. Schon vor der vollen Übernahme der Antiguerrilla-Kriegskonzeption, die, wie gezeigt, aus der Auffassung über die Rolle der inneren Front in der Globalstrategie abgeleitet ist, hatten sich die chilenischen Streitkräfte am Ende der 40er Jahre mit diesen Fragen beschäftigt.¹ Einige Jahre später wurde in den chilenischen Militärpublikationen das Problem anlässlich einer Bewertung der Ergebnisse des "Gesetzes für die Verteidigung der Demokratie" (1948 - 1958), welches die Repression der linken Parteien erlaubte und die Kommunistische Partei als illegal erklärte, wie folgt diskutiert:

"Unter einem anderen Gesichtspunkt sollten wir daran erinnern, wie das gewaltige uferlose kommunistische innere Handeln durch den Einsatz der Streitkräfte im Jahre 1947 ohne Blutvergießen aufgehalten und zerschlagen wurde. Wir sollten auch daran erinnern, wie sie (die Streitkräfte, F.E.) still ihre Pflicht jedesmal erfüllen, wenn sie dazu aufgefordert werden, gewerkschaftliche Ausschreitungen, deren Folgen unter bestimmten Umständen furchtbar für die sozio-ökonomische und militärische Struktur des Landes wären, zu verhindern." 2

Das antisubversive Kriegskonzept wurde ursprünglich als ein Mittel zur Bekämpfung der Guerilla-Bewegungen in den ländlichen Gebieten entwickelt. Die Bedeutung und der Charakter der Kubanischen Revolution beeinflusste stark die in dieser Richtung orientierte US-Politik.

Erst später gewann die Bekämpfung von Guerilla- und sozialen Bewegungen in den Städten an Bedeutung.

Beide Auffassungen sind konzeptionell sehr eng miteinander verbunden und unterscheiden sich nur in den Kampfmethoden, die in der Bekämpfung von Guerilla-Einheiten in den Städten oder auf dem Land angewendet werden. Neben den konkreten Umsetzungen der Antiguerrilla-Kriegskonzeption erscheinen sowohl in den nordamerikanischen als auch in den chilenischen Militärveröffentlichungen ständig und systematisch Beiträge, die sich mit diesem Themenbereich beschäftigen.

1 Campo S., Julio: Consideraciones...a.a.O. S. 161.

2 Urzúa M., Luis A.: Fuerzas Armadas. Revista de Marina, März-April 1956. In: Varas, A./ Agüero, F.: El desarrollo doctrinario...a.a.O. S. 26.

Die Tatsache, daß in den chilenischen Militärpublikationen keine kritischen Beiträge über diese "neue Kriegsform" existieren, führt uns zu der Behauptung, daß diese Konzeption und alle ihre ideologischen militär-strategischen und politischen Grundvoraussetzungen von den chilenischen Streitkräften akzeptiert worden waren.

Im chilenischen Fall konzentrierte sich die Theorie und Praxis der Streitkräfte auf die Bekämpfung möglicher "subversiver" Aktionen in den Städten. Die Erklärung hierfür ist in den geographischen Gegebenheiten des Landes, insbesondere aber in der Tatsache zu suchen, daß die potentiellen Träger der subversiven Bewegungen, nämlich die organisierte Volksbewegung um und in den wichtigsten Städten des Landes gut strukturiert waren.

Somit war die antisubversive Kriegshypothese für die chilenischen Streitkräfte von vornherein von einem geopolitischen, politischen und sozialen Gesichtspunkt her definiert.

Die ersten Hinweise auf eine theoretisch-praktische und ständige Übernahme der Prinzipien des antisubversiven städtischen Krieges in Chile fallen zusammen mit der Bewilligung einiger Gesetze und mit der Durchführung einiger organisatorischer Erneuerungen in den Streitkräften und der Polizei.

Diese Gesetze und Maßnahmen implizierten die Übergabe der gesamten Verantwortlichkeit bei inneren Unruhen und Notstandssituationen an die bewaffneten Institutionen.

An dieser Stelle sind folgende Gesetze zu erwähnen:

- Decreto por Fuerza de Ley (D.F.L.) (Gesetzesdekret) Nr. 22 (1959) Ley de Regimen Interior (Gesetz für die Innere Ordnung)
- Ley de Seguridad Interior del Estado. Nr. 12927 (1958) (Gesetz für die Innere Sicherheit des Staates.
- Decreto con Fuerza de Ley (D.F.L.) (Gesetzesdekret) Nr. 181. (1960), das den höchsten Rat für nationale Sicherheit gründet.¹

Von diesen drei Gesetzen ist das Gesetz über die Innere Sicherheit von besonderer Bedeutung. Ursprünglich übertrug es den Militärs die Kontrolle eines Gebietes im Falle einer Invasion, eines Außenangriffs auf das Land oder einer Naturkatastrophe, seit der Regierung Frei wurde sein Anwendungsbereich auf politische und soziale Erschütterungen erweitert und wurde

¹ Barriga, J. de D.: Lo que debemos saber sobre seguridad y defensa nacional. MECH. May-August 1973. In: Varas, A./ Agüero F.; El desarrollo doctrinario...a.a.O. S. 40.

dann auch mehrmals gegen oppositionelle Demonstranten und Streikbewegungen angewandt.¹

Während der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre wurden konkrete antisubversive Operationspläne entworfen bei gleichzeitiger Einführung organisatorischer Maßnahmen zur Vorbereitung der Streitkräfte und der Polizei auf diese neue Kriegsform.

Wie schon erwähnt wurde im Jahre 1962 die Sondereinsatztruppe der Polizei für die Kontrolle politischer und sozialer Unruhen in den Städten gegründet.

Im Jahre 1965 begann die Gründung von in dieser Kriegsform spezialisierten Sondereinheiten in allen Zweigen der chilenischen Streitkräfte. Die bekannteste dieser Sondereinheiten innerhalb der Armee ist die "Escuela de Paracaidismo y Tropas Especiales del Ejercito" (Fallschirmjäger- und Sondereinsatztruppenschule der Armee).

An ihrer Ausbildung sowie an der Ausbildung ähnlicher Formationen in der Marine und in der Luftwaffe beteiligten sich die mobilen Trainingstruppen der USA mit Sitz in der Panamakanalzone.²

Am Anfang der 70er Jahre wurden die Comandos de Area Juridiccional de Seguridad Interior (CAJSI) (Gebietskommandos für die innere Sicherheit) mit der Funktion errichtet, eine spezialisierte militärische Befehlsstruktur auf regionaler Ebene zur Durchführung der Regierungsorientierungen im Falle eines inneren oder äußeren Krieges zu sein. Sie sollten in jeder Militärprovinz die einheitliche Führung der Streitkräfte und der Polizei ermöglichen und waren juristisch dem Innenministerium untergeordnet. In der Praxis jedoch besaß das Verteidigungsministerium die vollständige Kontrolle über die Organisation und Koordinierung dieser Befehlsstrukturen.³

Dadurch bekamen sie eine große Autonomie gegenüber der exekutiven Gewalt.

1 Ampuero, Raul: El poder político y las Fuerzas Armadas. In: Punto Final (Suplemento). Nr. 181. Santiago de Chile. April 1973.

2 López Rubio, Sergio E.: Historia del Ejército...a.a.O. S. 67 -68.

Pollini, Alberto: Las Fuerzas Armadas de Chile...a.a.O. S. 281.

Rivas S., Fernando/ Reiman W., Elisabeth: Die Streitkräfte Chiles...a.a.O. S. 7 - 20.

3 El Mercurio. 11.9.74. ¿ Como llegaron las Fuerzas Armadas a la acción del 11 de Septiembre de 1973 ? (Sublemento). S. 5

Diese regional-militärische Organisationsform und ihre fast ausschließliche Verbindung zum Verteidigungsministerium spielte eine zentrale Rolle bei der Organisation und Durchführung des Staatsstreichs im September 1973.

Auf der Ebene der konzeptionellen Verbreitung dieser neuen Kriegsform erscheinen ab 1963 regelmäßig in den chilenischen Militärzeitschriften Stellungnahmen, die den hohen Grad an Konkretheit belegen, den die chilenischen Streitkräfte auf diesem Gebiet erreicht haben.

In einem wichtigen Artikel ¹ der Januar-Februar-Ausgabe 1963 des "Memorial del Ejército de Chile" wurde zum ersten Mal vollständig die innere Kriegskonzeption öffentlich dargestellt. In diesem Artikel "Subversion, Propaganda y Rebelión" (Umsturz, Propaganda und Rebellion) wurde das Problem wie folgt dargestellt. Man behauptet, daß in Chile die subversive Bewegung in den Städten zu bekämpfen sei, da "die Rebellion in Chile das ist was in anderen Ländern als revolutionärer Krieg bekannt ist." ²

Weiterhin bezieht sich der Artikel auf alle nationalen und internationalen Ursachen der neuen Kriegsform, auf die Operationsformen der zur Rebellion führenden Bewegungen sowie auf ihre Etappen und Bekämpfungsformen.

Es ist bezeichnend für diesen Artikel, daß diejenigen Faktoren, die als Träger der subversiven Ideen betrachtet wurden nichts anderes waren als Ausdrucksformen einer Volksbewegung, die sich bis 1973 legal betätigen konnte.

Wie aus dem folgenden Zitat deutlich herauszulesen ist, wurden viele sozio-politischen Aktionsformen als Kriegstaten begriffen.

"Der Umsturz ist kein unerwarteter Prozeß, er entwickelt sich allmählich in dem Maße wie er immer größere Bestandteile einer Institution oder Nation umfaßt...Seine äußere Form ist verschiedenartig; er kann sich entweder durch die in einer politischen Versammlung demonstrierte Unzufriedenheit derjenigen, die sich wirtschaftlich benachteiligt fühlen, ausdrücken...oder in Form von Angriffen durch die Presse auf Regierungsinstitutionen, auf bestimmte als ausbeuterisch und gegen die nationalen Interessen gerichtet bezeichnete Unternehmen und nicht zuletzt auf bestimmte wichtige Persönlichkeiten. Er zeigt sich in Form von illegalen Streikbewegungen, die lange danach zu Lösungsformen gelangen, die am Anfang der Streikbewegung von der Unternehmenseite oder von der Regierung vorgeschlagen worden waren. Er drückt sich auch durch Studentendemonstrationen oder durch von studentischen oder schulischen Jugendführern geförderten Streikbewegungen aus..." ³

1 Fernández R., Sergio: Subversión-Propaganda-Rebelión. MECH. Jan.-Febr. 1963

2 Labarca, Eduardo: Chile invadido...a.a.O. S. 42.

3 Fernández R., Sergio: Subversión...a.a.O. In: Varas, A./ Agüero, F.: El desarrollo doctrinario...a.a.O. S. 265 - 266.

In diesen Jahren wurde die Auffassung über die Rolle der inneren Front in einer globalen Strategie mit der Konzeption des antisubversiven Krieges vollständig in Einklang gebracht. Dieser Zusammenhang wurde in der Regel im Rahmen der Analyse anderer militärischer Themen, aber auch als isoliertes Studienobjekt, betrachtet. So z.B. in einem Aufsatz mit dem Titel "el frente interno en la estrategia global" (1969) (Die innere Front in der globalen Strategie), in der der Autor sich nach der Analyse der Funktion der inneren Front mit der Geschichte des Konzepts, mit der Beschaffenheit der inneren Front und zuletzt mit der Analyse ihrer Erfordernisse für eine angemessene Antwort unter den Bedingungen des modernen Krieges beschäftigt. Bezüglich des antisubversiven Krieges stellt sich dem Autor die Frage nach der Grenze oder der Breite der inneren Front, dabei wird folgendes behauptet:

"Heute hat die innere Front keine territoriale Grenze. Es gibt weder Grenze noch Unterteilungen zwischen dem Schlachtfeld und der inneren Front. Das gilt heute um so mehr, da die marxistische Kriegskonzeption, d.h. die des revolutionären Krieges, die Bevölkerung - wesentlicher Bestandteil der inneren Front - in ihr Hauptziel, in ihr ständiges Handlungsgebiet verwandelt hat." 1

Ausgehend von dem entscheidenden Stellenwert, der der inneren Front bei der aktuellen historischen Lage zukommt, wird entsprechend in dem Aufsatz von einer Priorität der Verteidigung der inneren gegenüber der äußeren Front gesprochen:

"Zweifelloos hat der heutige Krieg einen integralen, totalen Charakter und aufgrund seines neuen Verständnisses verlagert sich sein Schwerpunkt von der äußeren auf die innere Front. Zwischen beiden Fronten kennt man keine Grenze mehr." 2

Unter diesen Umständen konzentriert sich das militärische Handeln auf die Bevölkerung des eigenen Landes mit dem Ziel, sie für die verfolgte Sache zu gewinnen, und die Versuche der subversiven Kräfte, eine Basis für ihre Aktionen zu gewinnen, zu vereiteln. Diese inhaltliche Bestimmung der Aufgabe der Streitkräfte verwandelt die eigentliche militärische Funktion der

1 Zavalla C., Rafael: El frente interno en la estrategia general. In: MECH. Nr. 348. März-April 1969. S. 32.

2 Ebd. S. 55.

Streitkräfte in eine politisch-militärische, die wie folgt dargelegt wurde:

"Die Bevölkerung ist ohne Zweifel der wesentliche Bestandteil der inneren Front, gleichzeitig aber auch das Milieu, das Handlungsgebiet der marxistischen Kräfte gegen die freie Welt. Es ist dann leicht, die Bedeutung, die die Bevölkerung bei der Führung der inneren Front in dem Krieg, in dem wir uns befinden, übernommen hat, und die dringende Notwendigkeit, ihre Struktur zu konsolidieren, zu verstehen. Die Eroberung der inneren Front wird erst real sein, nachdem wir die Bevölkerung ideologisch zu gewinnen wissen." 1

Das bisher erarbeitete Material macht deutlich, wie die politischen, ideologischen und militärischen Orientierungen der USA innerhalb der chilenischen Streitkräfte aufgenommen wurden. Eine Analyse der behandelten Themenstellung in der Militärliteratur der USA zeigt uns - auch wenn wir hier an dieser Stelle nicht ausführlich darauf eingehen können - deutliche Ähnlichkeiten in Form und Inhalt zu den Stellungnahmen der chilenischen Streitkräfte.

Ausgehend von den bisher dargestellten Materialien über die chilenischen Streitkräfte zeigt sich deutlich, daß die bewaffneten Institutionen ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Machtkampf als einen völlig normalen Vorgang betrachteten, und sich wenig an dem orientierten, was über ihre gesellschaftliche Rolle innerhalb der Verfassung des Landes ausgesagt wurde.

Die "ideologische Eroberung der inneren Front" wurde so als eine ständige Aufgabe, in Konkurrenz und Opposition zur Volksbewegung, von den Streitkräften übernommen.

Ihr ideologischer und repressiver Kampf gegen den Marxismus unter den politischen Bedingungen der 60er Jahre in Chile bedeutete, daß sie beinahe 40 % der Bevölkerung den Krieg erklärten. Das war ungefähr das politische Wahlpotential der Sozialistischen und Kommunistischen Partei und ihrer Bündnispartner. Teile der Christdemokratischen Partei, die ein Jahrzehnt später auch zu den vom Marxismus beeinflussten Kräfte gerechnet wurde, ist hier noch nicht dazugenommen worden.

Operationspläne, die diese Konzeption des Kampfes an der inneren Front konkret ausdrücken, existierten auch schon in den 60er Jahren. Sie waren damals der Öffentlichkeit nicht bekannt; nur ein Teil von ihnen wurde nach dem Militärputsch von 11.9.1973 im Zusammenhang mit dem Militärgerichts-

1 Zavalla C., Rafael: El frente interno...a.a.O. S. 55.

prozeß gegen eine Gruppe von Offizieren und Unteroffizieren der chilenischen Luftwaffe, die treu zur gestürzten Regierung standen, veröffentlicht. Dieser Prozeß hatte damals zum Kernpunkt der Anklage, die Soldaten hätten mit dem inneren Feind kollaboriert. Da es weder in der bürgerlichen noch in der Militärgesetzgebung klare Bestimmungen über den "inneren Feind" gab, mußte die Anklage gestützt werden durch Verweis auf Operationspläne, die auch Luftwaffe und Marine bekannt waren - folglich auch den Angeklagten - und in denen angeblich auch die Bedeutung des Begriffs klar dargelegt ist. Das Militärtribunal folgte der Argumentation der Anklage, in der Verurteilung wurde auf folgende Operationspläne hingewiesen: ¹

- Instruktion des Stabschefs der Luftwaffe: "In den Planungen der inneren Sicherheit entsteht Mitte der 60er Jahre eine deutliche Umorientierung, mit dem Ziel, den subversiven Aktionen entgegenzutreten." ²

- Generalplan gegen Aufstände des Comando General Area de Santiago de la Fuerzas Aerea (CGAS) (Generalgebietskommando der Luftwaffe für Santiago), bekannt als Plan "Ariete" vom 2. Juli 1969. Neuer Plan.

In Übereinstimmung mit der neuen nationalen Lage beinhaltete dieser Plan anzuwendende Maßnahmen für den Fall eines Aufstandes, der Durchführung von Sabotageakten, des Terrorismus, der Guerillatätigkeiten, der Angriffe auf private oder öffentliche Eigentümer, der direkten Angriffe gegen Einheiten der Streitkräfte, usw.. ³

- Operationsplan "Lanceta" vom 31. August 1970.

Ähnlich wie der vorherige Plan mit besonderer Betonung der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten gegenüber den subversiven Kräften. ⁴

- Plan für die innere Ordnung der GGAS vom 26. September 1969, bekannt als Plan Cobre. "Er verfügt über präventive Maßnahmen zur Verhinderung extremistischer Aktionen gegen Luftwaffeneinheiten...als Reaktion auf nachgewiesene Aktivität existierender paramilitärischer Gruppen wird hier die Aktivierung aller Verteidigungspläne der Luftwaffenstützpunkte und die Bildung von antisubversiven Kompanien in den verschiebenen Garnisonen befohlen." ⁵

1 Boizard, Ricardo: Proceso a una traición. Detalles íntimos del sumario de la FACH. Santiago de Chile 1974.

2 Ebd. S. 160.

3 Ebd. S. 161.

4 Ebd. S. 158.

5 Ebd. S. 164.

- Weiterhin sind in der Anklageschrift andere zwischen 1970 und 1973 ausgearbeiteten Operationspläne erwähnt.
- Kernpunkt der Anklageschrift bildet die folgende Begründung des Kriegsrates zur Rechtfertigung des Urteils:

"Aus diesen Gründen beschließt der verurteilende Kriegsrat, daß in diesem Prozeß ausgehend von der Ausarbeitung der zitierten Pläne, das heißt, schon vor dem Wahlkampf 1970, aber auch in den nachfolgenden Jahren, deutlich die Existenz eines 'inneren Feindes' im Lande festzustellen ist...Dieser innere Feind setzte sich aus Gruppen zusammen die zur aufrührerischen Zwecken militärisch organisiert und bewaffnet waren, ausländischen Doktrinen folgten und unter folgenden Namen bekannt waren.

Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR) (Bewegung der revolutionären Linke), Vanguardia Organizada del Pueblo (VOP) (Organisierte Avantgarde des Volkes), Brigada Ramona Parra (BRP), Brigada Elmo Catalan (BEC), Frente de Trabajadores Revolucionarios (FTR) (Front revolutionärer Arbeiter), Movimiento Obrero-Campesino (MOC) (Bewegung der Arbeiter und Bauern)." 1

Wichtig ist, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß einige der erwähnten Organisationen Unterabteilungen der legal existierenden Sozialistischen und Kommunistischen Partei waren.

An anderen Stellen der Anklageschrift wurden in ausführlicher Form die Merkmale des antisubversiven Krieges in ähnlicher Form dargestellt wie in der vorliegenden Arbeit analysiert wurde. Dies bestätigt meine Darstellung des Problems.²

Aus der Analyse der Anklageschrift läßt sich vermuten, daß ähnliche Operationspläne sowohl für das Heer als auch die Marine existierten, die jedoch der Öffentlichkeit bis heute nicht zugänglich gemacht werden konnten.

Die hier durchgeführte Analyse verweist noch einmal auf die Bedeutung, die die Theorie und Praxis des antisubversiven Krieges innerhalb der chilenischen Streitkräfte spielten, sowie auf den Stellenwert innerhalb der Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen innerhalb des Landes.

Mit diesem Aspekt werden wir uns später beschäftigen.

1 Boizard, Ricardo: Proceso a una traición....a.a.O. S. 168.

2 Ebd. S. 169 - 174.

4.4.2.2. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in Chile

In unserer allgemeinen Darstellung der DNS behaupteten wir, daß sie eine allmähliche Entwicklung durchgemacht hat und maßgeblich von Konzeptionen wie der des totalen Krieges, der Rolle der inneren Front in der globalen Strategie und der Geopolitik beeinflusst wurde bzw. wichtige Inhalte von diesen Konzeptionen aufnahm. Weiterhin behaupteten wir, daß sie durch den US-Einfluß auf die lateinamerikanischen Streitkräfte verbreitet wurde. Die Übernahme der Konzeption des totalen Krieges ermöglichte es den chilenischen Streitkräften den Krieg als einen Wesenszug der menschlichen Natur zu betrachten¹, der alle gesellschaftlichen Bereiche beeinflusst. In einer solchen Perspektive der Kriegsvorbereitung fanden die Streitkräfte die notwendige Rechtfertigung dafür, sich nicht nur in wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Angelegenheiten zu beschäftigen, sondern auch zu intervenieren, falls die politischen Institutionen ihren Ansprüchen an eine erfolgreiche Kriegsvorbereitung und Kriegsführung nicht genügten.

Die Übernahme der Konzeption der inneren Front und später die des antisubversiven Krieges bedeutete für die Streitkräfte die endgültige Festlegung von Anforderungen an die Bevölkerung des Landes als ein entscheidender Bestandteil von Kriegshandlungen. Dies bedeutet die Festlegung eines Katalogs von Aufgaben und ideologischen Grundsätzen, auf den sich die Funktionsfähigkeit der inneren Front stützen sollte. So vergrößerte sich das Interventionspotential der chilenischen Streitkräfte in den sozio-politischen Angelegenheiten und ermöglichte die Identifizierung mit einer importierten Weltanschauung. Die Tatsache, daß in der Periode von 1932 - 45 keine erfolgreiche direkte militärische Intervention der chilenischen Streitkräfte stattfand, hat mehr mit ihrer schwachen institutionellen Position nach dem Scheitern der Militärregierungen zwischen 1924 und 1932 und mit der gleichzeitigen Stärkung der politischen Institutionen in dieser Periode zu tun, als mit dem Interventionswillen und den militär-ideologischen Grundpositionen der Streitkräfte.

1 Parada Moreno, Bernardino: Polemología básica. Biblioteca del oficial. Estado Mayor del Ejército. Vol. 33.
Auch unter der Bezeichnung MECH.Nr. 338. Santiago de Chile 1977.
S. 190 ff.

Die Eingliederung Chiles in das US-hemisphärische Sicherheitsmodell nach dem Zweiten Weltkrieg hatte unter anderem zur Folge, daß sich die institutionelle Rolle der Streitkräfte in der chilenischen Gesellschaft wieder verstärkte, da die Grundsätze und Ziele der militärischen Allianz mit den USA dem Interesse der chilenischen Regierung und der herrschenden Wirtschaftsguppen im Lande entsprachen. Alle entscheidenden Machtinstanzen waren mit der US-Konzeption und der Rolle Chiles in ihr einverstanden. Trotz des Mißtrauens der politischen Gruppen aufgrund der Militärinterventionen in der früheren Periode konnte die von den militärischen und politischen Instanzen akzeptierte gemeinsame Konzeption die Militärinstitutionen und ihre doktrinaire Grundsätze verstärken. Von nun an bewahren die Streitkräfte ihre gesellschaftliche Funktion und die ihr zugrundeliegenden konzeptionellen Grundsätze mit der Zustimmung der einflußreichen Machtinstanzen. Die partikuläre Funktion der Streitkräfte in der Gesellschaft erreicht so einen universell legitimierten Charakter.

Mit der Eingliederung Chiles und seiner Streitkräfte in das Modell der US-hemisphärischen Sicherheit wurde ein weiterer Schritt in der Definition der ideologisch-politischen Orientierung der militärischen Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg getan. Die Teilnahme am US-Sicherheitsmodell bedeutete die Übernahme der neuen, vollständigeren und umfassenderen Doktrin der Nationalen Sicherheit im Vergleich mit den bis dahin bestehenden theoretischen Konzeptionen der Geopolitik, des totalen Krieges und der Funktion der inneren Front in der globalen Strategie. Es handelt sich um eine Theorie, die aus einer militärischen Perspektive alle gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Funktion für bestimmte von den Streitkräften festgelegte nationale Ziele sieht. Von der Erreichung dieser nationalen Ziele hängt letztendlich die Bewertung des Sicherheitszustandes des Landes ab. Nach diesem Maßstab werden die soziopolitischen Ereignisse und die Regierungen bewertet von den Streitkräften; d.h. jeweils nach ihrer Fähigkeit, den Erfordernissen der nationalen Sicherheit zu entsprechen. Diese Erfordernisse werden von den Streitkräften, die sich als Sicherheitsexperten verstehen, definiert.

Von nun an gründet sich das Verhältnis der Streitkräfte zu den zivilen gesellschaftlichen Machtinstanzen auf die Basis einer deutlichen Definition ihrer Aufgaben und Interessen. Die Anforderungen der DNS verwandeln sich

in korporative und in erster Linie partikuläre Forderungen der Streitkräfte an die Gesellschaft. In dieser Übergangsphase von der Übernahme der DNS bis zu ihrer Ausführung findet ein stiller indirekter Interventionsprozeß in die außermilitärischen sozio-politischen Entscheidungsinstanzen statt. Die spezifische Form, die dieser Prozeß annimmt, besteht darin, daß die Streitkräfte nun ihre partikulären korporativen Interessen mit den sogenannten nationalen Zielen in Verbindung bringen. Indem sie diese mit den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft verbinden, erreichen sie eine viel größere Legitimation für ihre Forderungen. Gleichzeitig haben sie damit ein Druckmittel in der Hand, um ihre Forderungen gegenüber der Gesellschaft durchzusetzen.

In dem Maße, wie die DNS den Streitkräften die Rolle der letzten Reserve der Nation zuweist, indem die Regierungen und politischen Institutionen einen vorübergehenden Charakter haben, während die Nation einen absoluten permanenten Charakter hat, eröffnet sich die Möglichkeit einer relativ autonomen Entwicklung der Streitkräfte von den politischen Institutionen. Mehr noch: dieser Autonomisierungsprozeß wurde sogar bewußt von einigen Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg gefördert.¹

Da diese Anforderungen der DNS sich auf die Verteidigung und Stabilisierung der bestehenden gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse der Nation beziehen, müssen die von der DNS gestellten Aufgaben mit oder ohne Unterstützung der zivilen gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen durchgeführt werden können. So entsteht ein Prozeß, der ein weitgehend autonomes Handeln der Streitkräfte gegenüber den zivilen Institutionen möglich macht. Die DNS und ihre konkreten Anforderungen an die Gesellschaft verwandeln sich nach und nach in das Programm und die Hauptaufgabe der Streitkräfte. Die konkrete Form, wie die DNS von den Streitkräften umgesetzt wurde, werden wir im Folgenden behandeln.

Im Jahre 1949 erschienen zwei Artikel in dem "Memorial del Ejército de Chile", die unter der Verantwortung des Generalstabs geschrieben wurden und die zum ersten Mal ausführlich die DNS als offizielle Doktrin der chilenischen Armee darstellten und erläuterten.²

1 Jorge Alessandri y las Fuerzas Armadas. In: Zeitschrift Ercilla. Nr. 1717. 15.-21.5.68. S. 12 -13.

Ampuero, Raúl: El poder político...a.a.0. S. 3.

2 Estado Mayor General del Ejército: Seguridad Nacional función de gobierno. In: MECH. Mayo - Junio 1949.

Estado Mayor General del Ejército: La Nación y su defensa. In: MECH. Julio-Agosto 1949.

Beide Artikel behandeln ähnliche Aspekte der DNS, die wir an anderer Stelle dieser Arbeit beschrieben haben. Die Wichtigkeit dieser Artikel liegt darin, daß hier zum ersten Mal die alten doktrinären leitenden Prinzipien der chilenischen Streitkräfte vorgestellt, systematisiert und mit einer Darstellung der Anforderungen der Streitkräfte an die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen für eine erfolgreiche Kriegsvorbereitung und Kriegsführung vervollständigt wurden. Auf diese Weise wurden zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg die Absichten der Streitkräfte in Bezug auf die Einwirkung auf gesellschaftliche Bereiche, die bis dahin ausschließlich unter dem Einfluß der zivilen Gruppen und Institutionen standen, expliziert. Das wäre jedoch nicht problematisch, wenn von vornherein die Unterordnung der Streitkräfte unter die zivilen Institutionen in einem demokratischen Sinne gesichert wäre; sie tendierten aber - wie wir später sehen werden - zu einem eigenmächtigen Handeln, das allerdings nie grundsätzlich zu den Interessen der herrschenden Oligarchie im Widerspruch stand. Das Modell der nationalen Sicherheit, das in den Artikeln skizziert wurde, wurde immer noch im Rahmen einer traditionellen Kriegshypothese gesehen, d.h. man ging von einer äußeren Aggression aus. Doch wie oben dargestellt, waren schon vor der Übernahme der Konzeption des antisubversiven Krieges bei den chilenischen Streitkräften deutliche Absichten zu erkennen, in zivil-politischen Angelegenheiten zu intervenieren. Die Stellungnahme des Generalstabes bedeutete ursprünglich die Anlehnung an die Grundsätze der DNS; im Nachhinein versuchten sie, diese Prinzipien auf einer legislativen juristischen Ebene zu institutionalisieren. Während der Regierungsperiode des Präsidenten General a.D. Ibanez entstanden günstige Bedingungen für die Durchführung dieser Absichten. Auf Bestreben der Streitkräfte und von der Regierung unterstützt wurden zwei Gesetzentwürfe zu ihrer Verabschiedung in den Kongreß eingebracht. Die Analyse dieser Gesetzentwürfe wird uns dabei helfen, die wahren Absichten, die die Streitkräfte in ihren Beziehungen zu der zivilen Macht verfolgten, zu erklären. Die erwähnten Gesetzentwürfe trugen die Namen "Gesetz der Nationalen Sicherheit" und "Gesetz für die nationale Mobilisierung".¹

¹ López, L., Guillermo: Nuestra seguridad nacional. In: MECH. Nr. 261. 1954. S. 55.

Der Gesetzentwurf "Gesetz der Nationalen Sicherheit" sieht unter anderem vor: Die Bildung eines nationalen Sicherheitsrates für die Beratung des Präsidenten der Republik, ein Rat zur Verwaltung der Ressourcen für die nationale Sicherheit (Consejo de recursos), die Ausweitung des Aufgabebereichs der Sektion Öffentlichkeitsarbeit und Presse des Verteidigungsministeriums und die Bildung einer Sektion der nationalen Sicherheit in allen Ministerien.¹

An dieser Stelle wollen wir auf zentrale Aspekte dieses Gesetzesentwurfs eingehen.

Der Rat für nationale Sicherheit:

Er wurde als beratendes Organ des Präsidenten der Republik vorgeschlagen

"für diejenigen, die nationale Sicherheit betreffenden Aspekte, die sich auf die Definitino der Innen-, Außen- und Militärpolitik beziehen, mit dem Ziel die Ministerien, die staatlichen Organe und die Streitkräfte zu einer koordinierten und leistungsfähigen Zusammenarbeit zu befähigen." 2

Er sollte sich aus folgenden Angehörigen der Regierung zusammensetzen: Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungsminister und der Stabschef der Streitkräfte.³ Sonderarbeitsorgan des nationalen Sicherheitsrates sollte der Generalstab der Streitkräfte sein.⁴

Die Sektion der nationalen Sicherheit in den Ministerien:

Hier wurde Folgendes vorgeschlagen:

die Ministerien werden über ihre eigentliche Funktion hinaus mit der Vorbereitung und Durchführung der nationalen Sicherheit in allen sie betreffenden Angelegenheiten und Aktivitäten beauftragt." 5

"Die Ministerien müssen als Sonderarbeitsorgan für die nationale Sicherheit betreffende Angelegenheiten eine Sektion für die nationale Sicherheit haben, die sich aus Personal des eigenen Ministeriums zusammensetzt und direkt dem entsprechenden Minister untergeordnet ist." 6

1 López, L., Guillermo: Nuestra seguridad nacional...a.a.O. S. 55 - 59.

2 Ebd. Anexo. Kap. 2, b. Art. 8.

3 Ebd. Anexo. Kap. 2, b. Art. 9.

4 Ebd. Anexo. Kap. 2, b. Art. 10.

5 Ebd. Anexo. Kap. 3, a. Art. 21.

6 Ebd. Anexo. Kap. 3, a. Art. 23.

Sektion öffentliche Beziehungen des Verteidigungsministeriums:

"Der Generalstab der Streitkräfte ist das beauftragte Organ, das alle auf die nationale Sicherheit bezogenen Informationen der Sektion Öffentlichkeitsarbeit und Presse des nationalen Verteidigungsministeriums beschaffen darf." 1

"Unter diese Abteilung werden organisatorisch die Beauftragten und Informationsorgane der zivilen Ministerien und sonstige Massenmedien in allen auf die nationale Sicherheit bezogenen Aspekte untergeordnet." 2

Unter den wichtigsten Befugnissen dieser Sektion ist wegen der politischen Konsequenzen folgender Aspekt hervorzuheben:

"Sie muß die Informationstätigkeit der diversen Ministerien, der staatlichen Abteilung und der privaten Rundfunkübertragung leiten und koordinieren." 3

Die Analyse dieser Zusammenstellung bestätigt unsere anfangs formulierte Hypothese von der Ausweitung der militärischen Befugnisse auf fast alle sozialen und politischen Bereiche des Landes. Die Bewilligung dieses Gesetzes hätte die Mißachtung der in der Verfassung des Landes festgelegten bürgerlich-demokratischen Rechte ermöglicht, aber aufgrund einer starken Gegenreaktion der öffentlichen Meinung, einiger politischer Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen mußte die Regierung beide Gesetzentwürfe vom Kongreß zurückziehen. 4

Auch wenn keiner der erwähnten Gesetzentwürfe die Bedeutung der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung in Frage stellt, handelt es sich doch um Militäranforderungen innerhalb der gegebenen Ordnung. Darüber hinaus wurden parallel zur Diskussion dieser Gesetzentwürfe in den Streitkräften Stimmen laut, die dahin tendierten, das Unterordnungsprinzip der Streitkräfte unter die zivile Macht zu realisieren. 5 Diese Stimmen, die sich zwar nicht in eine offizielle Position der Streitkräfte verwandelten, müssen jedoch als Bestandteil einer sehr verbreiteten Pression von Seiten der militärischen Institutionen angesehen werden, ihre politisch-militärischen Befugnisse so weit wie möglich auf gesellschaftliche Bereiche auszudehnen.

1 López, L., Guillermo: Nuestra seguridad nacional...a.a.o. Anexo. Kap. 2, d. Art. 18.

2 Ebd. Anexo. Kap. 2, d. Art. 19.

3 Ebd. Anexo. Kap. 2, a. Art. 20.

4 Ebd. S. 55.

5 Montaldo B., Fernando: Ningún cuerpo armado puede deliberar. In: MECH. Juli-August 1953. S. 79 - 84.

Das Zurückziehen der Gesetzentwürfe seitens der Regierung bedeutet nicht, daß die Streitkräfte auf ihre Absichten verzichteten - im Gegenteil, auch wenn die in diesen Gesetzen formulierte leitenden Prinzipien der Doktrin der nationalen Sicherheit keine juristische Legitimation erlangten, setzten die Streitkräfte ihre Bemühungen in dieser Richtung fort, nun aber unabhängig von zivilen politischen Orientierungen. Die Wichtigkeit, die das Thema in den nachfolgenden Jahren in den Militärpublikationen hatte und weitere politische Offensiven des Militärs zur institutionellen Legitimation der DNS-Ansätze belegen unsere Behauptung.¹

Nach der Ablehnung beider Gesetzentwürfe wurden die Bemühungen der Streitkräfte fortgesetzt, grundsätzliche Ideen der DNS auf juristischer Ebene zu legitimieren:

"Das Mißgeschick, das das Gesetz für nationale Sicherheit fand, muß nicht der Verzicht oder die endlose Verschiebung solcher Studien von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte bedeuten. Im Gegenteil ist es ihre Pflicht eine Lehre aus dieser kleinen Episode zu ziehen, um die Formel eines einfachen Systems ohne Schwierigkeiten für die öffentliche Verwaltung zu finden." 2

Seit 1958 kann eine neue Militäroffensive zu Legitimierung der in den Gesetzentwürfen vom Jahre 1953 enthaltenen Grundkonzeptionen festgestellt werden. Die Verabschiedung des Gesetzes für innere Sicherheit des Staates (1958) und die Gründung des Höheren Rates für nationale Sicherheit u.a. erklären den relativen Erfolg der Streitkräfte bei der Ausweitung ihres gesellschaftlichen Einflßbereiches.

Diese neue Initiative wurde mit der Notwendigkeit begründet, die Verwaltungs- und Personalstruktur der Streitkräfte auf realer und legaler Ebene neu zu definieren. Es wurde vorgeschlagen, ein neues juristisches Statut

¹ Siehe dazu Cabrera, René: Gestación del objetivo político. In: MECH. Nov.-Dez. 1955.

Arratia, Osvaldo: Objetivos políticos. In: MECH. May - Juni. 1958.

Arce F., Horacio: Las Fuerzas Armadas y la seguridad nacional. In: MECH. März - April 1957.

Diaz E., Nicanor: El problema del desarme latinoamericano. In: Revista de la Fuerza Aérea. April-May-Juni. Nr. 73. 1959.

2 López L., Guillermo...a.a.O. S. 56.

der Streitkräfte zu erlassen. Darüber hinaus sollte eine neue Beziehung zwischen den neu organisierten Streitkräften und dem Staatsapparat, aufgebaut werden, was eigentlich die Möglichkeit eröffnete die gleichen im Jahre 1953 abgelehnten Strukturen für die nationale Sicherheit anders und neu zu begründen und zu legitimieren.

"Es ist in der heutigen Situation unerlässlich, eine Gesetzgebung zu errichten, die nicht nur das Personal der Streitkräfte umfassen soll sondern auch alle Aspekte die den öffentlichen Dienst betreffen: seine Doktrin, seine Organisation in allem was die vollständige nationale Sicherheit erfordert sowie das, was die eigentliche militärische Organisation betrifft...Daher muß der Statut der Streitkräfte die Organe der nationalen Sicherheit und ihre Funktionsweise für diese Zwecke festlegen.

In den fortgeschrittenen Ländern existieren im wesentlichen - dem Staatsoberhaupt untergeordnet -, folgende Organe: Der nationale Sicherheitsrat, der mit der Formulierung der inneren, diplomatischen und militärischen Politik beauftragt ist und der Empfehlungen, die die Struktur, Größe und Schlagkraft der Streitkräfte herausgibt. Die sogenannte Junta de Recursos, die mit der Koordinierung der zivilen, militärischen und industriellen Mobilisierung, darüber hinaus aber auch mit der Entwicklung der Politik und der Programme der wirtschaftlichen Mobilisierung beauftragt ist." 1

Ein wichtiger Schritt bei der Durchführung der militärischen Absichten war die Bewilligung des Gesetzesdekret Nr. 181 aus dem Jahre 1960, das die Gründung des Consejo Superior de Seguridad Nacional (Consupsen) (Höhere Rat für nationale Sicherheit) ermöglichte.

Der Höhere Rat für nationale Sicherheit hat eine ähnliche Zusammensetzung wie der im Jahre 1953 vorgeschlagene Rat und folgende Befugnisse:

- "1. Der Höhere Rat für nationale Sicherheit hat außer der Funktion der Beratung des Präsidenten der Republik die Aufgabe, Vorschläge zu machen zur Ausführung der vom Präsidenten der Republik festgelegten Politik, sowie die Koordination der Arbeit der verschiedenen Ministerien.
2. Der Höhere Rat für nationale Sicherheit muß die grundlegenden Dokumente für die nationale Verteidigung erarbeiten und vorschlagen.
3. Er muß die Pflichten jedes Ministeriums festlegen in allen Fragen, die die nationale Sicherheit betreffen." 2

1 Arce F., Horacio...a.a.O. In: Varas, A./ Agüero, F.: El desarrollo doctrinario...a.a.O. S. 219.

2 Barriga, J. de D....a.a.O. S. 226.

In den 60er Jahren wurde die DNS innerhalb der militärischen Institutionen weiterentwickelt, wobei sich ihre grundsätzliche Formulierung im wesentlichen nicht von der in den vorhergehenden Dekaden ausgearbeiteten Grundsätzen unterscheidet.¹

Unter den Bedingungen der 60er Jahre fand diese Doktrin jedoch eine viel konkretere Anwendung bei den innenpolitischen Ereignissen des Landes und wurde um die in der gleichen Periode von den chilenischen Streitkräften übernommene Konzeption des antisubversiven Krieges ergänzt.

In der gleichen Periode bemühen sich die Streitkräfte darum, die DNS in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Sie gehen von der Auffassung aus, daß in einem modernen Krieg die Gesamtheit der Nation beteiligt sein muß und daß aufgrund dessen die DNS von der breiten Öffentlichkeit und insbesondere von den Eliten der Nation gekannt und akzeptiert werden muß. Es wurde vorgeschlagen, die DNS auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, für die Eliten des Landes durch die Einrichtung von Lehrfächern an die Universitäten, zu verbreiten.²

1 Von Maiziere, Ulrich: Responsabilidad nacional de la defensa militar. In: MECH. Sept.-Okt. 1965.

Zambrano R., Florencio: La base general nacional y la base general de las Fuerzas Armadas. In: MECH. Juli-Aug. 1966.

Von Chrismar E., Juan: Administración de la seguridad nacional. In: MECH. Nov.-Dez. 1968.

Barrientos V., Juan: La ciencia política y la seguridad nacional. In: MECH. May-Juni 1967.

Ackerknecht, Cristián: La seguridad del mundo occidental. In: MECH. May - Juni 1967.

Zaballa C., Rafael...a.a.O.

Von Chrismar E., Organización del Estado Mayor de la Defensa Nacional de los Estados Unidos. In: MECH. Jan.-Febr. 1970.

Pinochet, Augusto...a.a.O.

Von Chrismar, Julio: Geopolítica - Leyes que se deducen del estudio de la expansión de los estados. In: MECH. May-Juni 1968.

Barriga, J. de D....a.a.O.

Vigil S., Hernán: Elementos del poder nacional. In: MECH. Jul.-Aug. 1963.

Medina L., Alejandro: Seguridad Nacional - Un concepto que debe difundirse. In: MECH. Sept.-Okt. 1966.

2 Medina L., Alejandro...In: Polloni, A...a.a.O. S. 61 - 65.

Am Anfang der 70er Jahre entstehen innerhalb der Armee gewisse Änderungen in der Interpretation der DNS, die in mancher Hinsicht Ähnlichkeiten mit der DNS-Auffassung, die damals von den peruanischen Streitkräften vertreten wurde, hatte.

Diese Variante der DNS setzte ihren Schwerpunkt auf die Analyse der sozio-ökonomischen Hindernisse einer integralen nationalen Sicherheit. Einige Gruppen in den Streitkräften unterstützten die Nationalisierungsmaßnahmen und andere programmatische Grundsätze der Regierung der Unidad Popular. Der Begriff nationale Souveränität, der bis dahin ausschließlich im Sinne der Verteidigung der territorialen Grenzen des Landes verstanden worden war, wurde ausgeweitet und durch den Begriff "geo-ökonomische Souveränität", der die Idee der ökonomischen Unabhängigkeit im Gegensatz zu der Idee ökonomischer Abhängigkeit einschließt, ersetzt.¹

Da diese neuen Formulierungen der nationalen Sicherheit in einer spezifischen Konjunktur unter dem Einfluß von reformorientierten Regierungen Ende der 60er Jahre in anderen Ländern Lateinamerikas und in Chile unter dem Einfluß einer verstärkten Volksbewegung während der Regierung der Unidad Popular entstanden waren, konnten sie keinen dominierenden Einfluß innerhalb der chilenischen Streitkräfte ausüben. Der Staatsstreich vom September 1973 bedeutete das Überwiegen der historisch vorherrschenden, nach dem Zweiten Weltkrieg internalisierten, Konzeption der nationalen Sicherheit. Mit der Machtübernahme der Militärregierung verwandelte sich die DNS endgültig in die leitende Konzeption aller gesellschaftlichen Verhältnisse und lieferte die Orientierung für die Theorie und Praxis der Regierung sowie ihrer Hauptstütze, der Streitkräfte.

4.4.3. Die inneren Faktoren, die die Entwicklung der Streitkräfte bestimmen

Der Militäreinfluß der USA hat unterschiedliche Folgen in den verschiedenen Ländern, da es spezifische Faktoren in jeder lateinamerikanischen Gesellschaft gibt, die dazu führen, daß sich USA-Orientierungen jeweils entsprechend der partikulären Wirklichkeit eines Landes auswirken. In gleicher Weise, wie die Gesellschaft spezifische Züge trägt, sind ihre Institutionen zu unterscheiden.

¹ Prats, Carlos: Una vida por la legalidad. Mexico 1976.

Um das sozio-politische Verhalten der chilenischen Streitkräfte erklären zu können, reicht es nicht aus, die exogenen Einflüsse zu analysieren. Neben diesen Einflußfaktoren ist hier die Wirkung zu berücksichtigen, die die spezifischen inneren gesellschaftlichen Faktoren auf die chilenischen Streitkräfte ausübten.

Es ist jedoch notwendig darauf hinzuweisen, daß es im Moment des Handelns der militärischen Institutionen sehr schwer ist zu unterscheiden, ob die Motivation der entsprechenden Aktion von internen oder externen Faktoren verursacht wurde. Unsere Unterscheidung muß daher auch als eine Darstellungsform dienen, diese verschiedenen Zusammenhänge zu verdeutlichen.

4.4.3.1. Die Streitkräfte und das Prinzip der Unterordnung unter die zivile Macht

Nach der Reihe von Militärinterventionen, die im Jahre 1932 zu Ende gingen, verwandelte sich das Prinzip der Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Macht in die wesentliche Orientierung, die die Beziehungen zwischen beiden Sphären regelte. Daß diese bis 1973 galt, war bereits in der Verfassungsordnung vom Jahre 1925 ratifiziert.

Daß dieses Prinzip nur relativ verinnerlicht war, beweist die Tatsache, daß die chilenischen Streitkräfte immer bestimmte Formen der politischen Betätigung - wie oben dargestellt - ausübten und daß zwischen 1932 und 1973 mehrmals gescheiterte Putschversuche stattfanden. Das Prinzip bewies jedoch im wesentlichen seine Funktionsfähigkeit, aber nicht so sehr aufgrund der Orientierungen und des konkreten Handelns der Streitkräfte, sondern eher aufgrund der Merkmale der etablierten sozio-politischen Ordnung.

In der Tat basierte die sozio-politische Ordnung, die Ende der 30er Jahre entstand, auf einem relativ breiten Konsens der beteiligten sozio-politischen Gruppierungen, wenn man die Situation mit der anderer lateinamerikanischer Länder vergleicht. Die wichtige wirtschaftliche Rolle des Staates ermöglichte eine gewisse Einkommensumverteilung und kompensierte einigermaßen die existierenden tiefgreifenden sozio-ökonomischen Widersprüche. Auf der politischen Ebene konnten die Reformparteien bestimmte Maßnahmen durchsetzen.

Diese Situation änderte sich jedoch Ende der 60er Jahre, als sich das Gesellschaftssystem in einer Krisensituation befand. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage machte die gesellschaftlichen Widersprüche deutlicher, die sozialen Konflikte spitzten sich zu, die Konsensfähigkeit des politischen Systems begann an Bedeutung zu verlieren, die leitenden Prinzipien der staatlichen Institutionen wurden zunehmend relativiert und zum ersten Mal nach vielen Jahren entstanden Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Parteien, die eine Intervention der Streitkräfte zur Überwindung der kritischen Lage bevorzugten. Unter diesen Umständen sollte auch das Unterordnungsprinzip an Bedeutung verlieren.

Die von der Verfassung von 1925 vorgesehene Form zur Ausführung des Unterordnungsprinzips gab im wesentlichen den legislativen Instanzen die wichtigsten Befugnisse zur Kontrolle der militärischen Institutionen. Sie konnten das Militärhaushaltsgesetz bewilligen oder ablehnen, die Vorschläge für die Beförderung der Offiziere sanktionieren sowie in Frage gestelltes Verhalten der Streitkräfte und ihrer Angehörigen untersuchen. In der Praxis jedoch sahen diese Befugnisse bzw. ihr Vollzug anders aus.

Die im Parlament vertretenen Regierungskoalitionen übergaben die Kontrollbefugnisse über die Streitkräfte praktisch der Exekutive, ausgehend von einem faktischen in der Verfassung nicht festgelegten Prinzip, das den Präsidenten der Republik als Generalissimus der Streitkräfte anerkennt. Durch dieses Verfahren wurde eine Einflußnahme der oppositionellen Gruppen, die nur sehr begrenzt die Entscheidungen der Exekutive beeinflussen konnten, in die Militärangelegenheiten stark eingeschränkt.¹

Der Verteidigungsausschuß, in dem die Vertreter der linken Parteien bedeutenden Einfluß hatten, wurde mehrmals in den 60er Jahren daran gehindert, Untersuchungen über die repressiven Tätigkeiten der Streitkräfte durchzuführen.² Die Kontrollpraxis der militärischen Institutionen war auch durch die Existenz eines gewissen Tabus bei der Behandlung der die Streitkräfte betreffenden Probleme in den legislativen Organen gekennzeichnet. Der Militärhaushalt und das Beförderungsgesetz wurden in der Regel ohne Diskussion in den legislativen Instanzen bewilligt. Es setzte sich eine Praxis durch,

1 Ampuero, Raúl: El poder político...a.a.0. S. 3-6.

2 Ebd. S. 3-4.

die in folgender Weise beschrieben wurde:

"Ein höchst effektiver Weg zur Lösung der Meinungsunterschiede zwischen Politikern und Militärs durch direkte Verhandlungen hinter der Bühne, trug dazu bei, eine Fassade militärischer nicht-Intervention in die politischen Angelegenheiten des Landes aufrechtzuerhalten. Auf dieser Weise wurde die oben erwähnte Ideologie (Ideologie der herrschenden Klasse Chiles) verstärkt." 1

Das Unterordnungsprinzip war im Grundgesetz mit den Prinzipien der politischen Enthaltsamkeit und dem der hierarchischen Unterordnung unter die festgelegte militärische Führung verankert. Alle diese Prinzipien zielten darauf ab, eine neutrale Stellung der Streitkräfte und ihrer Angehörigen gegenüber den sozio-politischen Kräften zu garantieren. Das Prinzip der politischen Enthaltsamkeit beruhte jedoch auf einer militärischen Praxis, die seine reale Umsetzung stark behinderten, da sich die Streitkräfte mit einer Doktrin identifizierten, die ebensowenig neutral war - wie schon dargestellt - wie die permanente indirekte politische Interventionspraxis der Streitkräfte. So war das Prinzip der politischen Enthaltsamkeit in Wirklichkeit auf das fehlende Infragestellen der bestehenden sozio-politischen Ordnung und der doktrinären Grundsätze der Streitkräfte begrenzt.

"Die Toleranz gegenüber einer Normenabweichung variierte je nachdem, ob die Abweichung nach links oder nach rechts tendierte. Während einerseits 'ein offenes Engagement für irgendeine Philosophie die Karriere eines Offiziers gefährdete', wurde auf der anderen Seite ein offenes Engagement für die 'radikale Linke' besonders mißbilligt." 2

Zusammenfassend läßt sich behaupten, daß das Prinzip der politischen Enthaltsamkeit eine wichtige Rolle bei der Konsolidierung der Organisation und Doktrin der chilenischen Streitkräfte und bei der Konsolidierung der bestehenden staatlichen Ordnung spielte, gleichzeitig schränkte es beträchtlich die Möglichkeit ein, alternative Ansätze in die Doktrin und Praxis der Streitkräfte einzuführen.

1 Nef, Jorge: The Politics of Repression. The Social Pathology of the Chilean Military. In: Latin American Perspectives. Vol. 1. Nr. 2.1974. S. 58.

2 North, Liisa: Los militares...a.a.O. S. 480.

4.4.3.2. Idealisierung der militärischen Funktion und institutionelle Verstärkung

Mit der Übernahme der DNS und im Rahmen eines neu erlangten Selbstverständnisses wiesen sich die Streitkräfte eine gesellschaftliche Rolle zu, die sie über die politischen Institutionen stellte und ihre relativ autonome Entwicklung rechtfertigte. In der DNS sind die Streitkräfte per Definitionem die Institution, die letztendlich die Verantwortung für die Wahrung der Interessen der Nation trägt. Die Nation ist auch das einzige, über die verfassungsmäßige Bestimmung hinaus, dem sie sich unterordnen, da Regierungen und politischen Institutionen nur vorübergehende Existenz zugeschrieben wird. Die Treue der Streitkräfte zur Nation ist zusätzlich durch die Darstellung ihrer Rolle in der Geschichte des Landes legitimiert. Sie betrachten sich als die entscheidende Institution bei der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes, bei dem militärischen Sieg über Peru und Bolivien im vorigen Jahrhundert, bei der Erhaltung und Verteidigung der Landesgrenzen usw..

Schließlich legitimieren die Streitkräfte ihre zentrale Rolle mit dem Argument, daß in ihrer inneren Organisation die verschiedenen sozialen Gruppen, vereint für die höheren Ziele der Nation, vertreten sind. So werden die Streitkräfte als die einzige gesellschaftliche Institution vorgestellt, die nicht den gesellschaftlichen Widersprüchen ausgesetzt ist und dementsprechend besser als andere Institutionen in der Lage ist, die Fundamente der Nation zu verteidigen.

In dem Maße, wie sich in den anderen Ländern Lateinamerikas die gesellschaftlichen Krisen zuspitzten, wurden die bürgerlich-demokratischen Legitimationsformen von den herrschenden Oligarchien sowie von der US-Politik nicht mehr als funktionsfähig für die Erhaltung des Herrschaftsmodelle betrachtet. So wurden die Streitkräfte auch zur letzten Reserve der Gesellschaft angesichts des Scheiterns der politischen Herrschaftsformen.

Diese in den sechziger Jahren durch militärische Ausbildungsprogramme weit verbreitete Auffassung war allmählich auch entsprechend der zunehmenden krisenhaften Entwicklung im Lande von den chilenischen Streitkräften akzeptiert worden und trug dazu bei, das idealisierte Selbstverständnis der bewaffneten Institutionen zu konsolidieren.

Die Rolle der Streitkräfte in der Krisensituation am Ende der sechziger Jahre wurde eindeutig von seiten der US-Streitkräfte definiert:

"Die Vereinigten Staaten stehen jeder Art von Tyrannei entgegen. Das Problem ist die Tyrannei, nicht aber die militärische Herrschaft an sich... Das Militär, einzige traditionelle soziale Klasse, die wahrscheinlich im Prozeß sozialen Wandels überleben wird, könnte bei gleichzeitiger Erhaltung der Stabilität eine wichtige Rolle spielen bei der Förderung der (sozialen, F.E.) Mobilität, bei der Ermöglichung des Wandels und bei der Verhinderung des Chaos. Der erfolgreiche Übergang könnte von der Wirksamkeit abhängig werden, mit der der Militärssektor zur Übernahme dieser Rolle angeleitet werden könnte." 1

Durch die Verinnerlichung solcher Auffassungen, in denen die Treue zur Nation der ausschließliche Maßstab für die soziopolitische Orientierung der Streitkräfte war, wurde die untergeordnete Beziehung der bewaffneten Institutionen relativiert und jene gesellschaftliche Rolle der Streitkräfte unterstrichen.

Das idealisierte Selbstverständnis der Streitkräfte wurde auch dadurch bekräftigt, daß sie einer spezifischen Organisations- und Sozialisationsform für den Krieg unterzogen waren, die sie einerseits von den anderen gesellschaftlichen Gruppen unterschied und sie andererseits vom gesellschaftlichen Leben abtrennte:

"Truppen bilden korporative Interesse und, kaserniert wie sie sind, ...werden weitgehend von der Gemeinschaft, die sie umgibt, isoliert. Eine derartige Armee bildet einen Corpsgeist heraus und wird eine Organisation an und für sich. Die Kombination von Merkmalen der Streitkräfte und der Politik geben solchen Armeen eine eigenartige geistige Struktur, die ihr Gefühl der korporativen Identität verstärkt..." 2

Die vom Herrschaftsmodell gewährte relative Entscheidungsautonomie und ihre soziale Isolierung verstärkte die Tendenz zu einer Entwicklung der Streitkräfte, die die Forderungen breiter, mit den Interessen der herrschenden Klassen nicht übereinstimmender gesellschaftlicher Kreise nicht berücksichtigt bzw. als subversiv ablehnte. Die Möglichkeit der Einflußnahme alternativer Militärdoktrinen und anderer Interpretationen der DNS, etwa der linken Parteien, war dadurch stark behindert. Somit konnte sich das traditionelle Selbstverständnis der chilenischen Streitkräfte weiter reproduzieren.

1 David R., Hughes: The Myth of Military Coups and Military Assistance. In: Military Review. Kansas. Dez. 1967. S. 4 - 5.

2 Nef, Jorge...a.a.O. S. 65.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß die idealisierte Vorstellung ihrer eigenen Funktion unter anderen Faktoren dazu beitrug, daß sich die Streitkräfte allmählich in Widerspruch zur bürgerlich-demokratischen Ordnung entwickelten. Eine direkte Intervention rückte jedesmal näher, wenn sie zu dem Schluß kamen, daß die zivilen Kräfte und Institutionen nicht mehr in der Lage seien, das Gesellschaftsmodell zu erhalten und die Sicherheit der Nation zu garantieren.

4.4.3.3. Soziale Zusammensetzung und soziale Widersprüche innerhalb der Streitkräfte

Die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der Streitkräfte ist aus zweierlei Gründen besonders problematisch: Erstens mangelt es an exakten und vertraulichen Informationen. Zweitens ist es äußerst schwierig, überhaupt an Daten über die Streitkräfte zu gelangen. Daher sind die bisherigen Untersuchungen sehr knapp, die dort angewandte Methodologie ist äußerst fraglich.¹ Es besteht jedoch ein relativer Konsens darüber, daß die Offiziere der chilenischen Streitkräfte aus den sogenannten Mittelschichten stammen.² Da es uns an dieser Stelle nicht möglich ist, den Begriff Mittelschicht näher zu explizieren, beschränken wir uns auf eine Beschreibung der sozialen Abstammung, indem wir nach den Berufen der Armeeoffiziere fragen.

Klassenzugehörigkeit der Offiziere mit Abschluß an der Militärakademie Bernardo O. Higgins:

Obere Mittelklasse	42 %
Mittelklasse	39 %
Untere Mittelklasse	19 %

¹ Hansen, Roy Allen: Military Culture and Organizational Decline: A Study of the Chilean Army. Dissertation. University of California, Los Angeles 1967.

² Joxe, Alain...a.a.O. S. 126 ff.

Klassenzugehörigkeit der Offiziere mit Abschluß an der Kriegsakademie und der politechnischen Schule:

Oberklasse	29 %
Mittelklasse	65 %
Untere Mittelklasse	6 %

Berufe der Väter von 37 Generälen, die zwischen 1952 und 1964 pensioniert wurden:

Unternehmer	22 %
Akademiker und leitende Angestellte	51 %
Landwirte	19 %
Angestellte	8 %

Berufe der fünf besten Freunde der befragten Militärs im zivilen Leben:

Akademiker und leitende Angestellte	86,1 %
Großgrundbesitzer	8,3 %
Politiker	2,8 %
Unternehmer	2,8 %
Angestellte	keine
Arbeiter	keine ¹

Marine und Luftwaffenoffiziere stammen überwiegend aus der oberen Mittelschicht.

"Aufgrund ihrer (Marine und Luftwaffe, F.E.) fortgeschrittenen Technologie, der Möglichkeit, die technische Ausbildung auf attraktive zivile Berufe zu übertragen und der Chance, häufiger (ins Ausland, F.E.) zu reisen, erlangen diese Teilstreitkräfte anscheinend ein höheres Prestige. Diese Maxime hat eine besonders aristokratische Tradition, jene Offiziere werden aus der oberen Klasse rekrutiert."²

¹ Hansen, Roy Allen....a.a.O. S. 178, 188, 206.

² North, Liisa: Los militares....a.a.O. S. 483 - 494.

In Bezug auf die Polizeikräfte sind die zur Verfügung stehenden Daten ebenfalls knapp. Es wird jedoch übereinstimmend angenommen, daß sich das Offizierscorps der Polizei aus der Mittelschicht, besonders aus der unteren Mittelschicht zusammensetzt.

Die sozialen Merkmale der Militär- und Polizeioffiziere zeigen eine deutliche Ähnlichkeit mit der zivilen Staatsbürokratie hinsichtlich ihrer soziökonomischen Stellung. Auch wenn die Behauptung richtig ist, daß die Offiziere in der Periode der Zuspitzung der Gesellschaftskrise in Chile ein ähnliches politisches Verhalten zeigten wie die Mittelschichten, so sind doch die Motivationen, die dieses Handeln erklären, aufgrund einer besonderen Sozialisation der Angehörigen der Streitkräfte unterschiedlich. Die Angehörigen der Mittelschichten, die den Militärberuf wählen, werden durch die Militärausbildung 'resozialisiert'. Sie entwickeln ein eigenes Wertsystem, da sie von ihrer ursprünglichen sozialen Klasse getrennt leben und einer hierarchischen Struktur untergeordnet sind, die sie zu einer besonderen gesellschaftlichen Gruppe macht. Aus diesem Grund ist entschieden auf ihre Besonderheiten hinzuweisen, auch wenn sie ein ähnliches sozio-politisches Verhalten wie andere Klassen und Schichten zeigen.

Die soziale Abstammung als erklärende Kategorie für die Bestimmung des politischen Verhaltens der Streitkräfte muß daher relativiert bzw. in Verbindung mit anderen hier untersuchten Faktoren behandelt werden. Die Analysen der sozialen Zusammensetzung der lateinamerikanischen Streitkräfte konzentrieren sich auf die Untersuchung des Offizierscorps innerhalb der Armee - dort wo Militärinterventionen entschieden werden. Die Merkmale der modernen Staatsstriche, bei denen die Streitkräfte in der Regel als Institution handeln, machen es für eine erfolgreiche Ausführung der Militärintervention erforderlich, daß die Verschwörung die höheren Ränge der Militärs umfaßt. Unter den Bedingungen eines hohen Hierarchisierungsgrades, der in allen professionalisierten lateinamerikanischen Streitkräften anzutreffen ist, werden Erfolg oder Mißerfolg immer auf der Offiziersebene entschieden.

Es ist jedoch notwendig, die soziale Herkunft der Unteroffiziere und Mannschaften und deren Beziehungen zum Offizierscorps zu analysieren, da in diesen Beziehungen potentielle Widersprüche existieren, die unter bestimmten Umständen die Orientierung einer direkten Intervention ändern können.

Im Fall Chiles rekrutieren sich Unteroffiziere und Mannschaften aus den unteren Mittelschichten der Arbeiter- und Landarbeiterschaft. Gleich den Offizieren werden diese militärischen Gruppen einem Resozialisierungsprozeß unterzogen, so daß sie dementsprechend nicht ihre soziale Klasse vertreten. Da aber die Mannschaften keine Berufssoldaten sind - im Unterschied zu Unteroffizieren und Offizieren - und nach dem Wehrdienst ins normale gesellschaftliche Leben zurückkehren, werden ihre Beziehungen zu den Klassen ihrer sozialen Herkunft meist nicht unterbrochen. Dieser Sachverhalt bietet im Vergleich zu Offizieren und Unteroffizieren eher die Möglichkeit, alternative Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle der Streitkräfte zu entwickeln.

In Chile wurden alternative Inhalte der Volksbewegung nie in kohärenter und planmäßiger Form in die Streitkräfte hineingetragen. Dafür waren konzeptionelle Mängel und fehlende Versuche verantwortlich, mit Ausnahme der Regierungsperiode der Unidad Popular und auch hier nur mit geringem Erfolg. Es kommt hinzu, daß die frühe Professionalisierung der chilenischen Streitkräfte eine solche hierarchische Struktur entstehen ließ, die die Entstehung und Artikulation alternativer Inhalte von der Basis her sehr erschwerte. Diese Struktur und das analysierte Selbstverständnis der Streitkräfte verhinderte auch die Entfaltung realer Widersprüche zwischen Offizierscorps und unteren Rängen der Militärinstitutionen.

4.4.3.4. Korporative und ökonomische Interessen der chilenischen Streitkräfte

Innerhalb der korporativen Bedürfnisse der chilenischen Streitkräfte muß zunächst das Interesse berücksichtigt werden, die doktrinären Grundsätze der bewaffneten Institutionen auf juristisch-legislativer Ebene zu verankern. In dieser Hinsicht können wir die Versuche der Streitkräfte in den 50er und 60er Jahren als erfolgreich betrachten. In unserer Analyse der DNS haben wir erläutert, wie die grundlegenden Bestandteile derselben allmählich auf der legislativen Ebene in Chile durchgesetzt wurde.

Ein anderer Aspekt der korporativen Bedürfnisse bezieht sich auf die ständige Erhöhung der Militärausgaben, die in Chile mit einigen Unterbrechungen ständig angestiegen sind. Während der Militärhaushalt im Jahre 1950 64 Mill. US-Dollar betrug, war er im Jahre 1960 auf 135 Mill. und

zehn Jahre später auf 203 Mill. US-Dollar angestiegen.¹ Dieses in absoluten Zahlen ausgedrückte Wachstum reflektiert jedoch weder das Verhältnis zwischen Militärausgaben und Bruttosozialprodukt, noch ihren Anteil am gesamten Fiskalaufkommen. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt sank², der Anteil an den Fiskalausgaben, der in den 50er Jahren durchschnittlich bei 19,3 % gelegen hatte, nahm in den 60er Jahren erheblich ab und erreichte durchschnittlich nur noch 14,5 % der Fiskalausgaben.³

Diese prozentuale Abnahme erklärt sich aus folgenden Gründen:

- Während der Regierung Freis erhöhten sich die Fiskalausgaben in unverhältnismäßig stärkerem Maße als die Militärausgaben.
- Das Wachstum der Militärausgaben und ihr Anteil an den Fiskalausgaben.

Während der 50er Jahre war eine unmittelbare Folge der Eingliederung der chilenischen Streitkräfte in das Modell der hemisphärischen Verteidigung und des Wachstums der Waffenlieferungen aus den USA nach der Ausführung des im Jahre 1952 unterzeichneten Military Assistance Pact. Dieser Sachverhalt erklärt sich aber aus inneren, die zivil-militärischen Beziehungen bestimmenden Umständen während der Regierung von General a. D. Carlos Ibenaz:

"Rein militärische Pressionen und das Entstehen eines populistischen Cäsarismus erklären, daß Chile unter Ibanez, bei nicht existierender Gefahr von außen, den Verteidigungsanteil am Bruttosozialprodukt auf 3,2 % bis 3,3 % erhöhte. Das ist die absolut höchste Rate für Lateinamerika seit 30 Jahren (1969, F.E.)." 4

- Der prozentuale Rückgang während der Regierungen Alessandris und Freis ist in direktem Bezug zur Reproduktionsfähigkeit des politischen Systems erklärt worden:

"Aufgrund der Sträke des zivilen chilenischen Regimes, des Fehlens jedweden realen Konfliktes mit dem Ausland und des globalen Wachstums der Staatsausgaben, erhöhte sich der Index der Staatsausgaben von 100 im Jahre 1950 auf 305 im Jahre 1965 (in konstanter Währung)." 5

1 Heare, Gertrude E.: Trends in Latin American Military Expenditures 1940 - 1970. Part 1. Washington 1971. S. 3.

2 Ebd. S. 13.

3 Ebd. S. 13.

4 Joxe, Alain...a.a.O. S. 94.

5 Ebd. S. 89.

Ein großer Teil der Militärausgaben war in den 60er Jahren in Ausrüstungen und nötige Infrastruktur zur Umsetzung der Konzeption des antisubversiven Krieges gesteckt worden, wobei die Anschaffung von konventionellen Waffen für eine mögliche Konfrontation mit den Nachbarländern an Bedeutung verlor. Unter diesen Umständen verschlechterte sich die Besoldungssituation bei den Streitkräften mit der Folge zunehmender Unzufriedenheit unter den Offizieren. So war man Ende der 60er Jahre der Auffassung, daß die Besoldung der Armeeeoffiziere weit unter dem Gehalt vergleichbarer Berufsgruppen läge.¹ Der Sold einiger Unteroffiziere war so niedrig wie der von Lohnarbeitern. Bei der Polizei war die Besoldungslage ähnlich, während die Einkommen der Marine- und Luftwaffenoffiziere etwas höher waren.² Die Unzufriedenheit aufgrund niedriger Einkommen wurde noch dadurch verstärkt, daß der Anteil der Militärausgaben an den gesamten Staatsausgaben in den Nachbarländern höher ausgefallen war als in Chile.

Argentinien, Peru und Chile: Gesamtmilitärausgaben und Anteil an den Fiskalausgaben (in Millionen US-Dollar) ³

	Gesamte Militärausgaben			Militärausgaben in Prozent		
	Argentinien	Peru	Chile	Argentinien	Peru	Chile
1965	347	103	161	18,5	15,9	13,5
1966	428	100	185	18,0	14,5	14,8
1967	418	136	187	16,8	19,0	12,1
1968	411	124	168	16,8	19,8	13,1
1969	430	118	166	17,6	16,4	12,8

Während vom Gesichtspunkt der Militärdoktrin die Macht der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft wuchs, entwickelte sich eine zunehmende Unzufriedenheit im Hinblick auf die nicht erfüllten ökonomisch-korporativen Forderungen. Solange diese Unzufriedenheit in einer relativ stabilen sozio-politischen Stabilität eingebettet blieb, konnten die damit verbundenen Probleme innerhalb der gegebenen politischen Rahmenbedingungen ge-

1 Hernández Parker, Luis : La revolución de las aspiraciones. In: Ercilla. Nr. 1717. Santiago de Chile. 15.-21.5.68. S. 10 - 12.

Zegers A., Cristián: Las Fuerzas Armadas soporte de una institucionalidad democrática. In: Baranoa U., Pablo u.a.: Visión crítica de Chile. Santiago 1972. S. 332.

2 North, Liisa: Los militares...a.a.O. S. 481 - 482.

3 Heare, Gertrude E...a.a.O. S. 11, 13, 15, 29.

löst werden, ohne daß sie eine Gefahr für das Gesamtsystem darstellten. Wenn aber die Unzufriedenheit der Militärs mit der gesellschaftlichen Krise zusammenfällt, wie sie sich zum Ende der Regierung Frei abzeichnete, und wenn sich gleichzeitig oligarchische Gruppen für eine direkte Militärintervention zur Lösung der gesellschaftlichen Krise stark machen, dann können die ökonomisch-korporativen Forderungen der Streitkräfte als Auslözungsfaktoren dienen, um Interessen durchzusetzen, die über rein militärischen Charakter hinausgehen und letztendlich in Richtung einer radikalen Transformation der bürgerlich demokratischen Basis zielen. Mit dieser Frage werden wir uns später ausführlicher in der Analyse der wachsenden Interventionstätigkeit der chilenischen Streitkräfte am Ende der Regierung Frei beschäftigen.

4.4.3.5. Die chilenischen Streitkräfte und die wirtschaftliche Entwicklung

Die mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängenden Probleme waren nach dem Ersten Weltkrieg immer Bestandteil der theoretischen Diskussion innerhalb der chilenischen Streitkräfte. Das immer wieder auftauchende Thema war die Forderung nach einer industriellen Entwicklung, die die ökonomischen, infrastrukturellen und auf die Ausrüstung bezogenen Bedürfnisse befriedigen sollte. Aus dieser Perspektive bewerteten die Militärs die Alternativen der verschiedenen Regierungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und ordneten Fragen nach dem Entwicklungsmodell, nach wirtschaftlicher Abhängigkeit u.a. diesem Gesichtspunkt unter. So unterstützten sie z.G. nach dem Zweiten Weltkrieg das mehr oder weniger autonome Industrialisierungsmodell, während sie aber gleichzeitig das unbegrenzte Eindringen ausländischen Kapitals in die chilenische Wirtschaft tolerierten. Auf diese Weise war die Entwicklungskonzeption der chilenischen Streitkräfte in der Tat den Orientierungen der herrschenden Klassen untergeordnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg vertraten die Militärs keine andere wirtschaftliche Konzeption als die verschiedenen Regierungen, um so ihre korporativ-institutionellen Forderungen durchsetzen zu können. Lediglich am Ende der Regierung Frei gab es innerhalb der Streitkräfte einige isolierte Meinungen über mögliche alternative Entwicklungsmodelle, die von

einer neuen Interpretation der DNS ausgingen.¹ Diese Auffassungen waren stark von der Theorie und Praxis reformorientierter Militärregierungen, wie der damaligen peruanischen Regierung beeinflusst. Diese Tendenz erreichte ihren Höhepunkt und damit größten Einfluß während der Regierungsperiode der Unidad Popular (UP), konnte sich aber nicht in allen Militärinstitutionen durchsetzen.

Ein anderer Aspekt der Problematik 'Militär und wirtschaftliche Entwicklung' beruht auf der direkten Mitwirkung einiger Teile der Streitkräfte an Entwicklungsaufgaben. In dieser Hinsicht vertraten die Streitkräfte die Auffassung, daß sie aufgrund ihrer technischen Qualifikationen in der Lage seien, Aufgaben wie Straßen- und Brückenbau, Ausbildung von Traktorfahrern für die Landwirtschaft, Hilfeleistung bei Naturkatastrophen u.a. erfüllen zu können. So konnte der Staat beträchtliche wirtschaftliche Mittel sparen. Die Ausführung dieser Aufgaben wurde jedoch stark durch die Furcht behindert, daß eine zu intensive Mitarbeit in dieser Richtung die Streitkräfte von ihren spezifischen Aufgaben ablenken könnte.

4.4.3.6. Streitkräfte und politische Macht in den 60er Jahren

Im Rahmen der gesellschaftlichen Krise Ende der 60er Jahre wurde innerhalb der oligarchischen Kreise die Meinung laut, die wirtschaftlichen und politischen Grundsätze, auf die sich die staatliche Struktur Chiles stützte, zu verändern. Hiermit begann ein Prozeß, in dem die Grundlage des bürgerlichen Staates, der breite Partizipationsmöglichkeiten für Mittelschichten, Arbeiter und ländliche soziale Gruppen bot, von Teilen der Oligarchie in Frage gestellt wurde.

Diese Staatsform war das Ergebnis einer ständig wachsenden Bedeutung untergeordneter Klassen und Schichten. Das machte es theoretisch und später auch real möglich, daß die Volksbewegung die Regierung übernehmen und ein anderes gesellschaftliches Modell errichten konnte. Gleichzeitig hatte der Staat die zentrale Rolle inne, bestimmte industrielle Branchen zu fördern, soziale Ausgaben zugunsten der niedrigeren Einkommensgruppen zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

1 López S., Claudio: Las Fuerzas Armadas en el Tercer Mundo. In: MECH. Juli-Aug. 1970. S. 11 - 51.

Damit waren aber weder die Ausbeutungsverhältnisse noch die wirtschaftlichen Probleme gelöst. Die politischen Vertretungsorgane der oligarchischen Gruppen setzten einen Prozeß der Umorganisierung und programmatischen Neuformulierung zur Transformation der Fundamente des Entwicklungsmodells und der staatlichen Ordnung in Gang. Dieser Prozeß führte zur Gründung der Nationalen Partei, in der sich die liberale, die konservative und die nationale Aktionspartei vereinigten. Letztere Partei vertrat neofaschistische Konzeptionen.¹

Die Umformulierung des Entwicklungsmodells drückt sich in einer offenen Kritik an der wirtschaftlichen Rolle des Staates und dem Industriealisierungsmodell aus. In diesem Sinn behauptet die Nationale Partei:

"Die Nationale Partei wird die Aufgabe übernehmen, zur Dynamisierung und Orientierung der Privatinitiative...das Eigentumsrecht wiederherzustellen, die Besteuerung von Ersparnissen aufzuheben, die die industrielle Entwicklung unnötig belasten." 2

Bei der Analyse des industriellen Rückstandes Chiles wurde ebenfalls die staatliche Tätigkeit dafür verantwortlich gemacht.

"Es ist schwer nachzuweisen, daß die Probleme aus überflüssiger, unverantwortlicher und zerrüttender staatlicher Intervention entstehen." 3

In der gleichen Richtung wurde bei der Kritik des Versicherungssystems, der "Industrialisierung um jeden Preis", den Preisbestimmungen für die Landwirtschaft und bei den Einschränkungen der Auslandsinvestitionen argumentiert.

Das Wirtschaftsprogramm der Nationalen Partei orientierte sich bereits damals an einer extrem monetaristischen Politik der freien Marktwirtschaft, die erst nach dem vom September 1973 durchgesetzt werden konnte. In Bezug auf die Transformation in der Organisatinos-, Orientierungs- und Funktionsweise des Staates bedeuteten die Vorschläge der Nationalen Partei eine radikale Änderung der historischen Postulate der Oligarchie seit den 30er Jahren.

1 Ramírez N., Hernán: El Fascismo en la evolución política de Chile hasta 1970. In: Araucaria. Nr. 1. Madrid. 1978. S. 24.

Varas, A.u.a.: Chile, democracia...a.a.0. S. 154 ff.

2 Jarpa, Onofre: Los mitos de nuestro tiempo. Santiago 1968. S. 9.

3 Ebd.

"Die Absichten der Nationalen Partei bestehen darin, an die Macht zu gelangen, um das Gerüst der Nation wiederherzustellen und die staatlichen Institutionen zu modernisieren. Mit dieser Periode wird sie eine tiefgreifende Transformation des politischen Lebens, in der öffentlichen Verwaltung und innerhalb der Staatsorgane durchführen."¹

Hinter diesen Vorhaben steht eine scharfe Kritik an den bestehenden demokratischen Institutionen und dem Vorgehen der staatlichen Ordnung. Dies ist in folgender Weise beurteilt worden:

"In der Stellungnahme der Nationalen Partei war die Rolle der politischen Parteien drastisch beschnitten worden. Unter den konkreten historischen Bedingungen würde eine widersprüchliche und undenkbbare Demokratie bedeuten. Die Demokratie verwandelt sich so in eine reine Abstraktion. Der Angriff auf die Parteien war ein indirekter Angriff auf die Demokratie als solche...Weiterhin wurde auch die 'bürokratische Mentalität' und der 'Mißbrauch der staatlichen Macht', 'die die Macht als ein Werkzeug für ein parteiliches Vasallenwerkzeug verwendet', angegriffen." ²

Die wirtschaftlichen und politischen Vorschläge wurden im Programm des 'unabhängigen' Kandidaten der Rechte, Jorge Alessandri, für die Präsidentschaftswahlen von 1970, bekannt als Programm für die "Neue Republik", vorgestellt. Bis 1970 sahen die Nationalen die Möglichkeit, ihr Programm im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung durchzusetzen. Gleichzeitig nahmen sie aber auch an illegalen Aktivitäten teil und verstärkten ihre Beziehungen zu einigen Gruppen der Streitkräfte.

Nach 1970 hatte die Teilnahme der Partei an der bürgerlich-demokratischen Ordnung einen rein formalen Charakter, da sich ihre Hauptbemühungen auf den Sturz der Unidad Popular konzentrierten.

Zuletzt ist hier auf die programmatischen Vorschläge der Nationalen Partei in Bezug auf die Streitkräfte hinzuweisen. Sie unterstützten Konzeptionen wie die der DNS und identifizierten sich mit der zunehmenden Interventionsneigung der chilenischen Streitkräfte.³

Das Programm der Nationalen Partei befürwortet eine wachsende Mitbestimmung bei Staatsangelegenheiten und Belangen der Gesellschaft. In Bezug auf das

1 Jarpa, Onofre: Los objetivos del Partido Nacional. Santiago de Chile 1967. S. 3.

2 Varas, A.u.a.: Chile, democracia...a.a.O. S. 160 - 161.

3 Garcés, Joan E.: 1970. La pugna política por la presidencia en Chile. Santiago de Chile 1971. S. 98.

Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit hat für sie die Sicherheit Vorrang vor der Entwicklung. Diese programmatische Äußerung zielt einerseits darauf ab, sich als politische Vertreter der korporativen Bedürfnisse der Streitkräfte hinzustellen, andererseits sollten dadurch die Positionen reformorientierter und sozialistischer Parteien, die die Entwicklung als nötige Voraussetzung für eine effektive Sicherheit betrachten, bekämpft werden. So behaupteten die Nationalen, daß "Ideologen aus unterschiedlichen Gründen, in der Regel von ausländischen Lösungsversuchen inspiriert, behaupten, daß der Haushalt für nationale Verteidigung abgeschafft werden soll und das soziale Entwicklungsprogramm Vorrang erhalten sollen."¹ Diese Haltung der Nationalen gegenüber den Streitkräften wurde auf legislativer Ebene durch Vorschläge zur Verbesserung der Einkommen und der Ausrüstung der Militärs ergänzt. All das bewegte sich im Rahmen der Gesetzgebung und der politischen Auseinandersetzung. Auf der Ebene der realen Politik jedoch unterstützte die Nationale Partei alle illegalen Forderungen und Staatstreichversuche von Teilen der Streitkräfte während der Regierung Frei.

Im Jahre 1968 wurde die Führung der Nationalen Partei auf Anordnung des Innenministers wegen Stellungnahmen festgenommen, in denen die Regierung für die schlechte materielle Lage der Streitkräfte verantwortlich gemacht und das Recht gefordert wurde, daß die Streitkräfte ihre politischen Forderungen offen gegenüber der zivilen Macht erheben können.

Im Jahre 1969 solidarisierte sich die Nationale Partei anlässlich des gescheiterten Staatsstreiches von General Viaux offen mit den aufständischen Militärs und machte die Regierung für die institutionelle Krise verantwortlich.²

In dieser Periode stellte das Vorgehen der Nationalen Partei eine qualitative Änderung der oligarchischen Politik dar und drückte die große Unzufriedenheit von Teilen der herrschenden Klassen hinsichtlich der Grundsätze der bürgerlich-demokratischen Ordnung und dem ihr zu Grunde liegenden Entwicklungsmodell aus. Die Demokratisierungsmöglichkeiten, die diese Ordnung anbot, liefen den realen Interessen der chilenischen Oligarchie entgegen. Die Legitimität dieser Ordnung zu relativieren steht im Mittelpunkt des Aktionsprogrammes der chilenischen Rechten Ende der sechziger Jahre.

1 Partido Nacional: La Nueva República. Santiago de Chile 1970. S. 89.

2 Filippi, E./ Hernández P., Luis: Militares. El tenso fin de semana. In: Ercilla. Nr. 1792. Santiago de Chile. 22.-28.10.69. S. 11.

4.4.3.7. Die Reaktion der Streitkräfte auf die gesellschaftliche Krise

Die Breite und Tiefe der Gesellschaftskrise drückte sich unter anderem dadurch aus, daß die sozialen Klassen ihre politischen und sozialen Vertretungsorgane verstärkten. Außerdem erhielten die Forderungen der verschiedenen Gruppen zunehmend politischen als sozioökonomischen Charakter. Dies war in den sechziger Jahren bei den Streikbewegungen der Studenten, in der Gewerkschaftsbewegung, beim Widerstand der Großgrundbesitzer gegen die Agrarreform, in der Tätigkeit der Unternehmerverbände und auch bei den Streitkräften zu erkennen.

Die Relativierung der staatlichen Ordnung und die soziale Mobilisierung beeinflussten auch das politische Verhalten der Streitkräfte. Seit 1964 wurde von offiziellen oder offiziösen Quellen regelmäßig über mehr oder weniger organisierte Pressionen der Streitkräfte gegenüber der Regierung berichtet, die darauf abzielten, die materielle Lage der Militärs zu verbessern.¹

Diese Bewegungen innerhalb der Streitkräfte suchten zunächst ihre ökonomisch-korporativen Forderungen durchzusetzen und führten im Jahre 1969 zum ersten ernstzunehmenden Staatsstreichversuch seit 1932. Trotz der erwähnten Qualität dieser Bewegungen implizierten sie eine Interventionsform, die grundsätzlich mit dem institutionellen Normensystem zur Regelung der Streitfragen zwischen ziviler Macht und Streitkräften im Widerspruch stand. Auch wenn diese Tätigkeiten als vergleichbar mit Gewerkschaftsaktivitäten oder der anderer sozialer Vertretungsorgane dargestellt wurden, verletzten sie das institutionelle Prinzip der politischen Enthaltsamkeit des Militärs und stellten gleichzeitig die Fähigkeit des Staates infrage, die Bedürfnisse der grundlegenden Institutionen der Nation zu erfüllen. In der Logik der Streitkräfte handelte die Regierung letztendlich gegen die Interessen des Gemeinwohls bzw. der Nation, wenn sie nicht in der Lage sei, die Forderungen des Militärapparates - Fundamente der nationalen Sicherheit - zu erfüllen.

Dadurch war es für die Streitkräfte aufgrund ihrer verinnerlichten doktrinen Grundsätze leicht, eine direkte Intervention zu legitimieren. Unter diesen Rahmenbedingungen können diese Handlungen aber kaum mit den sozio-

¹ Nef, Jorge...a.a.O. S. 63.

Staff Report.... Covert Action in Chile....a.a.O. S. 16 -17.

ökonomischen Forderungen, etwa einer gewerkschaftlichen Organisatino verglichen werden. Wegen ihrer Stellung im Staat und ihrem realen Machtpotential wird aus der Bewegung zur sozio-ökonomischen Verbesserung schnell eine politische Protestbewegung. Die partielle Kritik an der Regierung verwandelt sich so in eine Kritik an einem System, das nicht fähig ist, die wesentlichen Erfordernisse der Sicherheit zu garantieren. Die bedeutendsten politisch-militärischen Aktionen von Teilen der Streitkräfte am Ende der Regierungsperiode Frei sind die folgenden:

- Im Mai 1968 traten bei gleichzeitiger Auseinandersetzung über den Haushalt im Kongreß 152 Offiziere aus der Armee zurück, mit dem Ziel, besser bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten in zivilen Berufen zu finden. Diese Demonstration der Unzufriedenheit fand ihre Unterstützung bei einigen führenden Offizieren und führte zum Konflikt mit der Exekutive.

Das Problem war vorübergehend gelöst worden mit der Verabschiedung des damaligen Jahresetats, der eine Erhöhung der Offiziersgehälter vorsah, mit der Rücktrittsforderung der Exekutive an einige höhere Offiziere, mit der Ersetzung des kommandierenden Chefs der Armee durch einen regierungstreuen Offizier und mit der Ernennung eines hohen Offiziers zum Verteidigungsminister.¹

Im Oktober 1969 fand ein Staatstreichversuch mit weitreichenden politischen Folgen statt. General Roberto Viaux, kurz zuvor von der Regierung zum Rücktritt bewegt, besetzte die "Tacna"-Kaserne in Santiago, nachdem er einen Protestbrief an die Regierung verfaßt hatte, in dem er deren Finanzpolitik gegenüber den Streitkräften scharf kritisiert hatte. Der Brief des Generals bzw. sein Forderungskatalog wurde von den Massenmedien der Rechten im Wortlaut verbreitet. Bei der Besetzung konnte Viaux auf die Unterstützung mehrerer Einheiten in der Hauptstadt - auf eine Sondereinheit der Armee, auf Offiziere der Kriegsakademie und Teile der Luftwaffe - und einige Einheiten in den Provinzen zählen.²

1 Hernández P., Luis...a.a.0.

Hernández P., Luis: El "gremio" uniformado. In: Ercilla 1716. 8.-14.5. 1968. S. 10 - 13.

Situación de las Fuerzas Armadas. In: Ercilla. 22.-28.5.1968. S. 15 - 19.

Vexler: Erica: El primer militar del gabinete. In: Ercilla. 1916. 8.-14-5.68. S. 19-20.

2 Larga espera en el Tacna. In: Ercilla.Nr. 1792. 22.-28.10.69. S. 5-9.

Nach Ablauf eines Tages wurde ein Konzept mit den Aufständischen geschlossen, in welchem sich die Regierung verpflichtete, Änderungen in der Kommandostruktur der Streitkräfte und Verbesserungen der Besoldungslage vorzunehmen.¹ Formal betrachtet hatten die Forderungen der putschenden Offiziere sozio-ökonomischen Charakter, doch hatte dieser Vorgang eine eindeutige politische Zielrichtung und kann nur in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen er stattfand, betrachtet werden.

Die Aufständischen forderten im wesentlichen zweierlei:²

- Verbesserung der Besoldungslage der Offiziere und der militärischen Ausrüstung
- Kritik an den Kommandostellen wegen ihrer Unfähigkeit, die Interessen der Streitkräfte gegenüber der Exekutive zu vertreten, eine Kritik, die sich letztendlich auf deren Übereinstimmung mit der Regierung bezog. Dies ist nicht anders als eine politische Stellungnahme zu verstehen.

Der politische Charakter dieser Bewegung wird deutlich, wenn andere Aspekte analysiert werden:

- Der politische Charakter entspricht einer anhaltenden Propagandakampagne der Nationalen Partei, in der verbreitet wurde, daß sich das Land in einem politischen Machtvakuum befände, für welches die Staatsführung verantwortlich sei.
- Die Forderungen der Aufständischen fanden ein starkes Echo in den von oligarchischen Kreisen kontrollierten Medien. Nach der Besetzung der Kaserne solidarisierte sich die Nationale Partei mit dem Vorgehen jener Militärs.³
- In späteren Erklärungen behaupteten Viaux und andere an dem Staatsstreichversuch beteiligte Offiziere, daß die Tacna-Besetzung nicht nur sozio-ökonomischen Forderungen erzwingen wollte, sondern auch die Staatsführung infrage zu stellen beabsichtigte.⁴ Bei einer im April 1970 von pensionierten

1 Hernández P., Luis: Movilización de los cascos. In: Ercilla. Nr. 1793. 29.10.-4.11.1969. S. 10.

2 Carta der General Roberto Viaux al Presidente Eduardo Frei. El Diario Ilustrado. 27.10.69. In: Varas, A./ Agüero F.: El desarrollo doctrinario ...a.a.0. S. 222 - 230.

3 Filippi, E./ Hernández P., Luis: Militares. El tenso...a.a.0. S. 10 - 11.

4 Labarca, Eduardo. Chile al rojo...a.a.0. S. 266 - 268.

Offizieren inszenierten Verschwörung zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung nahmen auch Offiziere teil, die an den Aktionen vom Oktober 1969 beteiligt waren.¹

- Die Schwierigkeiten, auf die die aufständischen Offiziere hinwiesen, existierte auch während der Regierung Alessandris, ohne jedoch zum Staatsstreich geführt zu haben, da die Bedingungen andere waren: die Regierung Frei trieb einige Reformen voran, die politische Linke hatte durchaus Chancen, die Regierung zu übernehmen.

Der Staatsstreich von 1969 bildete einen wichtigen Markstein für die zivil-militärischen Beziehungen in Chile und konnte nur nach schwierigen Verhandlungen, die die bereits existierenden direkten Interventionshandlungen noch verstärkten, zum Scheitern gebracht werden. Die Militärpression hatte in der Tat den Rücktritt fast der ganzen höheren Kommandostellen zur Folge und führte zu einer beträchtlichen Erhöhung der Militärausgaben für das Jahr 1970.²

Dieser Staatsstreichversuch hätte den Sturz der Regierung bedeuten können, falls er sozio-politische Unterstützung gefunden hätte. Die aufständischen Offiziere waren aber sehr schnell von der Mehrheit der Bevölkerung isoliert. Die Anhänger der Christdemokratischen Partei und der Unidad Popular zeigten entschiedenen Widerstand.

Die gewerkschaftlichen Organisationen riefen zum Generalstreik auf und besetzten Fabriken. Für die demokratischen Kräfte war es deutlich, daß der Staatsstreich den Interessen der Oligarchie entsprach und daß die institutionelle Ordnung nach einem langen Demokratisierungsprozeß eher der Entwicklung einer demokratischen Volksbewegung als den Interessen der herrschenden Kreise diene.

Die Besetzung der Tacna-Kaserne bildete innerhalb der Streitkräfte den Anfang eines Prozesses, der im September 1973 seinen Höhepunkt erreichte. Die Bedeutung dieser Aktion kann wie folgt zusammengefaßt werden:

- Es handelte sich um einen offenen Bruch mit den verfassungsmäßigen Verfahrensformen, die die zivil-militärischen Beziehungen bis dahin geregelt

¹ Millas, Hernán: Conspiraciones. El "Putsch" de semana santa. In: Ercilla 1815. Santiago de Chile. 1.-7.4.1970. S. 11 - 15.

² 1970. La inflación del Tacnazo. In: Panorama Económico. Santiago de Chile. Dez. 69/ Jan. 70. S. 5 - 6.

hatten. Die Tatsache, daß sich der nachfolgende Chef der Armee als zentrale Aufgabe die Wiederherstellung des Unterordnungsprinzips der Streitkräfte unter die zivile Macht stellte, bestätigt diese Behauptung.

- Verfassungsmäßige Prinzipien werden von einer wichtigen Institution des Staates relativiert. Die Durchsetzung entschiedener Forderungen der aufständischen Militärs erweitern die Möglichkeit, diese auch außerhalb der verfassungsmäßigen Mechanismen durchzusetzen.

Die Treue zur Verfassung war durch die gegebene Situation bedingt und letztendlich von der Bewertung der Fähigkeit der bestehenden Ordnung durch die Streitkräfte, die von ihr festgelegten nationalen Ziele erfüllen zu können, bestimmt.

- Es zeigte sich, daß in einer gesellschaftlichen Krisensituation alle Institutionen zu gesellschaftlichen Alternativen Stellung nehmen. So wie es in den Streitkräften Anhänger eines Staatsstreiches gab; hatten andere Offiziere das Interesse, die gegebene Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Streitkräfte bildeten in Bezug auf gesellschaftliche Fragen durchaus keinen einheitlichen Block.

- Es ist festzuhalten, daß die doktrinären Grundlagen, die lange Zeit als neutrale Prinzipien im Sinne der bereits skizzierten Unparteilichkeit dargestellt wurden, den Ausdruck für bestimmte gesellschaftliche Optionen darstellten, die in gesellschaftlichen Krisensituationen mit aller Offenheit auftreten können. Das schließt zwar nicht das Vorhandensein anderer Tendenzen innerhalb der Streitkräfte aus, weist aber auf die Hauptströmung hin.

- Seit der Besetzung der Tacna-Kaserne stellten die Streitkräfte offen einen politischen Faktor dar. Dieser Trend verstärkte sich während der Regierung der UP und fand seinen vorläufigen Höhepunkt mit dem Staatsstreich vom September 1973.

4.4.4. Die chilenischen Streitkräfte während der Regierungszeit der UP

Die Erfolgchancen des "chilenischen Weges zum Sozialismus" waren immer von der Haltung der Streitkräfte gegenüber der Regierungspolitik abhängig. Die politische Herausforderung auf diesem Gebiet bestand letztlich darin, die politische Unterstützung der Streitkräfte bzw. wichtiger Faktoren innerhalb der Streitkräfte für die programmatischen Vorschläge der Regierung zu gewinnen. Diese Frage war von besonderer Wichtigkeit, wenn man die sozio-politische Entwicklung der chilenischen Streitkräfte und insbesondere ihre grundlegenden Doktrinen der letzten 25 Jahre berücksichtigt.

Die Analyse des Verhaltens der chilenischen Streitkräfte in dieser entscheidenden Periode kann nur im Rahmen eines sich zuspitzenden Kampfes um die Macht verstanden werden, in dem sich die entschiedene Opposition oligarchischer Gruppen und der USA gegen die Wahl Salvador Allendes von vornherein bemerkbar machte.

Im Rahmen einer Situation, in der selbst die staatlichen Institutionen und ihre herkömmlichen Mechanismen zur Steuerung der gesellschaftlichen Widersprüche radikal in Frage gestellt wurden, konnten die Streitkräfte von diesem Prozeß nicht ausgeschlossen bleiben. In diesem Zusammenhang kristallisierte sich innerhalb ihrer Strukturen verschiedene Strömungen heraus. Am Ende dieser Entwicklung setzte sich die bereits untersuchte traditionelle Konzeption der Nationalen Sicherheit durch. Die wichtige Rolle, die Streitkräfte in dieser Periode spielten, wurde bereits bei der Bestätigung des Wahlsieges von Allende deutlich.

In Folge des Wahlsieges der Unidad Popular vom September 1970 versuchten die herrschenden Klassen in Übereinstimmung mit der US-Regierung die Wahl Allendes zum Präsidenten der Republik auf jeden Fall zu verhindern. Die Bestätigung Allendes hing in erster Linie von der Haltung der christdemokratischen Kongreßabgeordneten ab, da die Unidad Popular nicht über die nötige Mehrheit verfügte, um diese Entscheidung allein durchzusetzen. Als sich die Unterstützung der Christdemokraten abzeichnete, strebten US-Regierung und herrschende Gruppen nach einer Intervention der Streitkräfte, um ihre Ziele durchzusetzen.

Die CIA, die ITT und die erwähnten chilenischen Kreise entwarfen einen von der Nixon-Kissinger-Administration genehmigten Plan zur politischen, ökonomischen und militärischen Destabilisierung des Landes, deren Höhepunkt die

Entführung des kommandierenden Generals der chilenischen Streitkräfte, Rene Schneider, bilden sollte, der für seine verfassungstreue Haltung bekannt war.¹ Nach gelungener Ausführung sollten ultralinke Gruppen der Tat beschuldigt und ein Bild von Chaos und sozialen Unruhen verbreitet werden, das den Vorstellungen rechter Kreise über die zukünftige Regierung entsprach. Die Regierungsübernahme einer linken Koalition sollte auf diese Weise diskreditiert werden.

Der Plan scheiterte und endete mit der Ermordung General Schneiders durch ein rechtes Terrorkommando, dessen Operation von General a.D. Roberto Viaux geplant worden war. Eine schnelle Entlarvung der Täter und eine gleichzeitige soziale Mobilisierung zur Unterstützung der verfassungsmäßigen Ordnung verhinderten zu diesem Zeitpunkt eine Militärintervention. Daß tatsächlich ein Staatsstreich drohte, beweist die Verwicklung des Kommandeurs der Garnison Santiagos, Armeegeneral Camilo Valenzuela, des Kommandierenden der Marine, Admiral Hugo Tirado und des kommandierenden Chefs der Polizei, Vicente Huerta, in jede Verschwörung.²

4.4.4.1. Die Politik der Regierung der Unidad Popular gegenüber den Streitkräften³

In der Regierungskoalition der UP war die historische Entwicklung der chilenischen Streitkräfte nicht systematisch analysiert worden. So gab es den Militärs gegenüber keine klar definierte Politik. Es existierten lediglich verschwommene Eindrücke von einigen Merkmalen der bewaffneten Institutionen, vor allem die Einsicht, daß es eine Institution zu neutralisieren galt, die per definitionem entstanden war, die herrschende Ordnung gegenüber der Volksbewegung zu verteidigen.

1 Labarca, Eduardo: Chile al rojo...a.a.O. S. 27 - 107.
Staff Report... Convert Action in Chile ...a.a.O. S. 23 - 26.
Documentos Secretos de la ITT. Santiago de Chile 1972.
Der Spiegel. Nr. 49/1975. S. 97 - 100.

2 Labarca, Eduardo: Chile al rojo...a.a.O. S. 76.

3 Regierungsprogramm der "Unidad Popular"...a.a.O. S. 150 - 151.
Tercer Pleno del MAPU, 28, 29 y 30.5.1971. In: el primer año del Gobierno Popular. Unidad Proletaria 1. Santiago de Chile Nov. 1971. S. 141 - 145.
Garcés, Joan: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 132 ff.
Almeyda, Clodomiro: El problema militar en la experiencia de la Unidad Popular chilena. In: Chile-América. Nr. 37 - 38. Rom 1977. S. 63 - 72.

Auf dieser Grundlage wurde eine Politik gegenüber den Streitkräften entworfen, die von den wichtigsten Parteien der Koalition unterstützt und getragen wurde. Mit der Perspektive der Einflußnahme auf die Streitkräfte orientierte sich die Regierungspolitik an folgenden Richtlinien:

- Davon ausgehend, daß die Streitkräfte als Institution seit 1932 keine direkten Interventionen betrieben und daß sie sich den verfassungsmäßigen Vorschriften gebeugt hatten, sah die Regierung die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Streitkräften auf der Basis der Verfassung. In diesem Prozeß sollten - wie es tatsächlich anfangs geschah - die verfassungstreuen Kommandostrukturen verstärkt und die zum Staatsstreich neigenden Kreise isoliert werden.
- Ausgehend von der weiten Verbreitung der Begriffe "Sicherheit" und "Entwicklung" orientierte sich die Regierungspolitik an der Reformulierung
- d.h. Neudefinition unter anderen Gesichtspunkten - beider Kategorien. Sie wurden unter wirtschaftlichen und politischen Prämissen interpretiert, die dem Regierungsprogramm zu Grunde lagen.

Für die Regierungspolitik lagen die Ursachen der Unterentwicklung in Chile im wesentlichen in der historischen Herrschaft der oberen Klassen und in der Abhängigkeit vom Auslandskapital begründet. Darum sollte eine Politik zur Überwindung dieser Lage bzw. zur Förderung eines anderen Entwicklungsmodells diese Faktoren in Rechnung stellen. Der Begriff "Entwicklung" sollte einen anderen Charakter bekommen. In dem Maße, wie dieses Vorhaben die Mehrheit der Bevölkerung begünstigte und damit auch der Nation an sich diente, wurde es von den Streitkräften akzeptiert. Da das Land mit der Durchführung des Programms über zunehmende materielle Ressourcen verfügte, konnten diese Mittel zum Teil auch für die Erhöhung des Verteidigungs-etats verwendet werden. Die Überwindung der sozio-ökonomischen Probleme, die die Mehrheit der Bevölkerung betrafen, sollte zur Festigung der inneren Sicherheit des Landes beitragen, indem die historischen Ursachen der sozialen Konflikte nach und nach beseitigt werden sollten, da eine reale Identifikation der Bevölkerung mit den staatlichen Institutionen zur Konsolidierung der nationalen Einheit führen sollte.

Diese Vorschläge fanden insbesondere in den ersten beiden Regierungsjahren zahlreiche Anhänger innerhalb der Streitkräfte. Unter dem Einfluß dieser Konzeptionen wurden alternative, doktrinäre Entwicklungen innerhalb der Militärs vorangetrieben, die eine Annäherung der Positionen der Streitkräfte und der Regierung zur Folge hatte.

So erklärte der kommandierende Chef der Armee, General Carlos Prats, im November 1972, zu diesem Zeitpunkt Vizepräsident der Republik, in Abwesenheit Präsident Allendes:

"Hier existiert eine lange demokratische Tradition, die sich nicht in theoretischen Sätzen, sondern in greifbaren Faktoren ausdrückt. Seit 150 Jahren sind wir ein unabhängiges Land, das aber auf wirtschaftlicher Ebene nicht als unabhängig betrachtet werden kann. Es ist wahr, daß sich heutzutage kein Land als völlig unabhängig bezeichnen kann, es ist aber gefährlich, von einer Nabelschnur abhängig zu sein. Die Streitkräfte hatten früher ein statisches Konzept ihrer Mission, nämlich die geographischen Grenzen zu sichern. Das Konzept der Nationalen Sicherheit hat einen Evolutionsprozeß mitgemacht. Es gibt Werte, die zum Begriff der Aufrechterhaltung der Nationalen Sicherheit hinzu gehören. Es ist daher besser, von geo-ökonomischer Souveränität zu sprechen...Wie konnte uns das Schicksal des Kupfers, Hauptquelle der Mittel für die nationale Verteidigung, von den transnationalen Trusts bedroht, gleichgültig bleiben? All diese Zusammenhänge beziehen sich in den Augen der Streitkräfte auf die nationale Sicherheit..." 1

- Im Hinblick auf die Demokratisierung der sozialen und politischen Institutionen- ein zentrales Ziel der Regierungspolitik - stellte sich die Regierung die Aufgabe, die Streitkräfte in die Gesellschaft zu integrieren und ihre gesellschaftliche Partizipation dadurch zu fördern. Im Rahmen dieser Orientierungen berief die Regierung Offiziere für wichtige öffentliche Leitungsfunktionen: in die Conforacion de Fomento de la Produccion, Secretaria Nacional de Distribucion, ins Oficina Nacional de Planificación (Nationales Planungsbüro) u.a., sowie in die Schlüsselindustrien des vergesellschafteten Wirtschaftssektor.² Die Streitkräfte bewerteten diese Regierungsinitiative positiv. General Carlos Prats faßte die Position der Führung der Streitkräfte in dieser Hinsicht wie folgt zusammen:

"Die Streitkräfte müssen eine dynamische Rolle spielen: In der Erziehung durch das Hochhalten nationaler Werte, in der Förderung eines Bewußtseins über die nationale Sicherheit..., in der Kolonialisierung eigener Gebiete wie Aysen..., in den infrastrukturellen und strategischen Unternehmen, wie Massenmedien, Transport- und Energiesektor eingeschlossen." 3

1 Prats: El hombre, el General, el Vicepresidente (Interview). In: Ercilla. Nr. 1950. Santiago de Chile 29.11.-5.12.1972. S. 12.

2 Balart Contreras, René: Los militares y la seguridad nacional. In: Punto Final. Santiago de Chile 1973. S. 14.

3 Prats: El hombre, el General...a.a.o. S. 12.

- Ein anderer Aspekt der Politik der UP-Regierung gegenüber den Streitkräften bezog sich auf die Erfüllung ihrer institutionellen Forderungen, einschließlich der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den US-Militärinstitutionen.

"Die Regierung der Unidad Popular bewilligte Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Angehörigen der Streitkräfte, insbesondere für die mittleren und unteren Ränge. Die Streitkräfte zogen auch Nutzen aus neuen Wohnungsprogrammen und aus Anschaffungen neuer Ausrüstung." 1

Ein Vergleich der Militärausgaben der Regierungsperioden Freis (1964 - 70) und Allendes (1970 - 73) verdeutlicht unsere Behauptung.

Im ersten Fall erhöhten sich die Militärausgaben auf 1.312 Mill. US-Dollar, während sie unter Allende 1.303 Mill. US-Dollar ausmachten. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt während der Regierungszeit der Unidad Popular im Vergleich zur Administration Freis.²

- Im Rahmen einer Außenpolitik, die die Abhängigkeit Chiles von den USA beenden wollte, wurden die Beziehungen zu den nicht paktgebundenen Ländern ausgeweitet. Bereits in den ersten Regierungsmonaten knüpfte Chile diplomatische Beziehungen zu Kuba, Nord-Korea, Nord-Vietnam, zur VR China, zur Deutschen Demokratischen Republik u.a..³

Entsprechend der Ausweitung der chilenischen Außenbeziehungen, versuchte man auch, die Militärbeziehungen Chiles auszudehnen. Mehrere Militärmissionen besuchten sozialistische Länder und informierten sich über die Möglichkeit, Ausrüstungsgegenstände für die Streitkräfte zu beziehen.⁴ Diese Alternative wurde aber nicht konkretisiert. Die Ausweitung der militärischen Beziehungen zum Ausland bedeutete jedoch weder eine Unterbrechung der Beziehungen zu den US-amerikanischen Militärinstitutionen noch einen Bruch mit den Rahmenbedingungen des interamerikanischen Systems. Die gemeinsamen Seemanöver mit der US-Marine - Operation UNITAS - und die Ausbildungsprogramme wurden fortgesetzt. Zwischen 1970 und 1973 wurden 1345 chilenische Offiziere und Unteroffiziere ausgebildet von den US-Streit-

1 North, Liisa: Los militares...a.a.O. S. 494.

2 SIPRI Yearbook, World Armaments and Disarmaments. London 1979. S. 56-57.

3 Kaufman, Edy: La política exterior de la Unidad Popular chilena. In: Foro Internacional. Vol. 17. Nr. 2. Mexiko 1976. S. 245 - 274.

Salvador Allende y las relaciones exteriores de Chile (Entrevista a Clodomiro Almeyda). In: Araucaria. Nr. 2. Madrid 1978. S. 3 - 17.

4 Las ff.aa. en 1972. In: Portada. Nr. 35. Santiago de Chile 1972. S. 37.

kräften ausgebildet. Die Kredite zur Finanzierung von Ausrüstung wurden erweitert, während die Kredite für nicht militärische Zwecke gleichzeitig suspendiert wurden.¹

Die Aufstellung einer eigenen militärischen Kraft durch die Regierung war vor uns nach dem Staatsstreich vom September 1973 Gegenstand scharfer Kontroversen.

Wie in der einführenden Analyse der Regierungsperiode der Unidad Popular behauptet wurde, konnten solche Maßnahmen aufgrund der verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen, die die Durchführung des Regierungsprogramms bestimmten nur im Falle eines totalen Zusammenbruchs dieser Rahmenbedingungen getroffen werden.

Ein ähnlicher Zustand trat mit dem vom Panzerregiment Nr. 2 initiierten Staatsstreichversuch vom 29.6.73 ein. Dieser - wie oben beschrieben - gescheiterte Staatsstreich zeigte mit aller Deutlichkeit die Absichten der aufständischen rechten und christdemokratischen Gruppierungen, die Regierung mit illegalen Mitteln zu stürzen. In Folge dieser Ereignisse begannen alle linken Organisationen, paramilitärische Maßnahmen zu treffen, um im Falle eines erneuten Putschversuchs die verfassungstreuen Teile der Streitkräfte bei der Verteidigung der Regierung zu unterstützen. Man ging davon aus, daß ein neuer Staatsstreichversuch die Spaltung der Streitkräfte und einen Bürgerkrieg zur Folge haben würde.²

Nach dem Staatsstreich vom September 1973 verbreitete die Militärjunta das Gerücht, daß die erwähnten Maßnahmen der linken Parteien darauf abgezielt hätten, einen Staatsstreich zur Bewahrung der Regierungsmacht durchzuführen.³ Mit diesem Argument wollte man jedoch ausschließlich den Militärputsch vom 11. September als eine präventive Aktion darstellen und rechtfertigen.

Jene Initiativen der linken Parteien nach dem 29. Juni 1975 konnten keinen Erfolg haben, da der geplante Staatsstreich von allen Zweigen der Streitkräfte und der Polizei - nach blutigen Säuberungsaktionen in ihren Reihen - getragen wurde, und die Vorbereitungszeit für erfolgreiche Gegenmaßnahmen zu kurz war.

1 Petras, J./ Morley, M.: The United States and Chile...a.a.O. S. 119 ff.

2 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 279 - 284.

3 Secretariat-General of the Government. Republic of Chile: White Book of the Change of Government in Chile. Santiago de Chile Ende 1973.

4.4.4.2. Kritische Betrachtung der Regierungspolitik der UP gegenüber den Streitkräften

Auch wenn sich die Militärpolitik der Regierung zum Teil auf vernünftige und erfolversprechende Ansätze stützte, wies diese Politik doch schwerwiegende Unzulänglichkeiten auf, und zwar in Bezug auf folgende Aspekte:

- Die Politik gegenüber den Streitkräften und die sozio-politische Unterstützung der Regierung

Wie bereits untersucht worden ist, konnte die Regierungspolitik der Unidad Popular Mitte 1973 mit der Unterstützung des größten Teils der Arbeiterschaft in Stadt und Land rechnen. Mit der fast vollständig fehlenden Einbeziehung der Mittelschichten war ein Ziel der Regierungspolitik nicht erreicht. Die verschiedenen politischen Orientierungen innerhalb der Koalition trugen neben anderen bereits untersuchten Faktoren entschieden dazu bei.

Diese Frage war von großer Wichtigkeit für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Regierung und ihrer Parteien und den Streitkräften. Diese Tatsache erschwerte die Möglichkeit, der verfassungstreuen Gruppen innerhalb der Streitkräfte, ihren Einfluß an Vertretung einer Mehrheitsregierung zu erweitern.

Auf der anderen Seite wirkte sich dies negativ auf die Regierungspolitik aus, da die Mehrheit des Offizierscorps aus der Mittelschicht stammte. Unter diesen Umständen hing die Unterstützung für die Regierungspolitik durch die Streitkräfte von der Haltung der sozialen Gruppen gegenüber der Regierung ab.

Da man am Anfang der Regierungsperiode durchaus von politischer Stabilität sprechen kann, und Teile der Mittelschichten die Politik der UP unterstützen bzw. sich ihr gegenüber neutral verhielten, konnte die Regierung wichtige Unterstützung innerhalb der Streitkräfte finden. Als aber die Unsturzpolitik der Rechten auch in den Mittelschichten an Bedeutung gewann, wurde die Schwächung verfassungskonformer Positionen innerhalb der Militärs, besonders nach den Märzahlen des Jahres 1973, offensichtlich.

- Inhalte der Militärkonzeptionen und deren Vermittlung gegenüber den Streitkräften

Die Regierungspolitik der Unidad Popular versuchte, die grundlegenden militär-ideologischen Fundamente der chilenischen Streitkräfte in Richtung auf die eigenen Interessen umzuformulieren. Diese Perspektive hatte zunächst einigen Erfolg und konnte die traditionelle DNS- Konzeption und den Einfluß der rechten Gruppierungen, die auf den Sturz der Regierung drängten, neutralisieren, aber keine soliden Stürze unter den Streitkräften gewinnen. Dieses Ziel hätten nur dann erreicht werden können, wenn die Regierung über eine alternative militär-ideologische Konzeption verfügt hätte, um die geltenden Doktrinen der Streitkräfte grundlegend zu verändern. Diese Alternative hätte Konzeptionen, wie die der DNS, die des inneren Krieges oder die der militärischen Abhängigkeit von den USA, grundsätzlich in Frage stellen müssen. Es hätte dazu einer offensiveren Politik zur Transformation der militär-ideologischen Fundamente der Streitkräfte bedurft.

Ursprünglich orientierte sich die Regierungspolitik an den legalen Möglichkeiten, die die Verfassung anbot, um ihren Einfluß auf die Streitkräfte zu erweitern. Als sich aber die sozialen Konflikte zuspitzten und nur zwei reale Alternativen bestanden - Fortsetzung des Regierungsprogramms oder Militärdiktatur - war die Frage nach dem verfassungsmäßigen Verhalten der gesellschaftlichen Institutionen von zweitrangiger Bedeutung, und zwar für alle am Konflikt Beteiligten.

Für die Streitkräfte war in dieser Situation entscheidend, welche gesellschaftliche Ordnung die Probleme lösen könne, d.h. die Entscheidungskriterien waren rein politischer Natur geworden. Diese Situation trat spätestens nach den Parlaments- und Senatswahlen ein, und hätte eine qualitativ neue Unterstützung der Regierungspolitik von Seiten der Streitkräfte gefordert, nicht nur aus verfassungsrechtlichen Überlegungen, sondern auch auf der Basis der Identifikation mit den programmatischen Zielen und politischen Grundsätzen der Regierungspolitik.

Unter diesen Umständen wäre es erforderlich gewesen, die Vorstellungen einer neuen militär-ideologischen Konzeption in die Streitkräfte hineinzutragen und die gesellschaftliche Rolle der Streitkräfte in Übereinstimmung mit der seit 1970 bestehenden Lage neu zu definieren.

- Die militärische Abhängigkeit und die Beziehungen zu den USA

Wir haben bereits die innenpolitischen Folgen, die die Beziehungen zwischen chilenischen - und US-Streitkräften hatten, untersucht.

Diese Form der Beziehungen zu ändern bzw. zu unterbrechen, hätte eine Hauptaufgabe der Regierungspolitik sein müssen. Es wurden aber kaum Maßnahmen in dieser Richtung getroffen, so daß die Einflußmöglichkeiten der US-Streitkräfte auf die chilenischen Militärs weiterhin bestanden. Das war ein schwerwiegender Fehler, wenn man bedenkt, daß die US-Politik von vornherein auf eine Destabilisierung der UP-Regierung abzielte und dafür die Militärbeziehungen - wie damals bekannt und durch den Putsch bestätigt - ausnutzte.

Die Durchführung von Maßnahmen in diese Richtung wäre sicherlich nicht einfach gewesen, wenn man die engen Bindungen zwischen chilenischen und US-Streitkräften einerseits und das tiefe Mißtrauen der Streitkräfte gegenüber der Regierungspolitik andererseits berücksichtigt. - Die Regierung zeigte aber wenig Entschlossenheit bei der Durchsetzung von Maßnahmen, die die einseitige Abhängigkeit abgebaut hätten und die innerhalb der Streitkräfte schon teilweise akzeptiert waren, wie z.B. die Intensivierung der Militärbeziehungen zu Westeuropa und den sozialistischen Ländern.

- Die Streitkräfte und ihre sozialen Beziehungen zur Volksbewegung

Das Programm zur Partizipation der Streitkräfte an der nationalen Entwicklung war nicht sehr umfassend und beschränkte sich darauf, einigen höheren Offizieren Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung und in der Schlüsselindustrie zu übertragen, um ihnen so die sozio-ökonomischen Probleme des Landes näher zu bringen und sie aus ihrer historischen Isolierung zu lösen. Eine Zusammenarbeit und Identifizierung der Streitkräfte mit der Volksbewegung fand jedoch nicht statt. Diese hätte wenigstens zur individuellen, politischen Entwicklung mittlerer und unterer Dienstränge beitragen können. Bessere Beziehungen zwischen sozialen Basisorganisationen und den Streitkräften hätte sich in verschiedenen Formen gestalten können, z.B. durch Integration der Truppen in produktive, öffentliche Arbeiten in Form der Mitarbeit in Gewerkschafts- und Bürgerorganisationen, bei technisch-erzieherischen Aufgaben etc..

- Die Politik gegenüber den Streitkräften und die Anwendung der Gesetzgebung zur Stärkung der präsidentiellen Legitimität

Trotz der Verfassungsmäßigkeit der Regierung war die Anwendung legaler Mittel in Hinblick auf eine stärkere, militärische Stellung in vieler Hinsicht ungenügend.

Die Analyse zweier charakteristischer Situationen kann unsere Behauptung verdeutlichen.

Wegen des wachsenden Einflusses der zum Umsturz der Regierung entschlossenen Gruppen innerhalb der Streitkräfte und der Entwicklung paramilitärischer Organisationen, in der Bewegung "Vaterland und Freiheit", in der Nationalen Partei - Kommando Rolando Matus - und in der Christdemokratischen Partei - Kommando Juan Millalongo - stellte sich auch für die Regierung Anhänger die Frage nach der militärischen Vorbereitung. Dieses Vorhaben, das erst zum Ende der Regierungszeit in die Tat umgesetzt wurde, hätte auch innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung durchgesetzt werden können. Die Gesetzgebung sah die Möglichkeit vor, eine von Streitkräfteoffizieren ausgebildete zivile Reserve Defensa Civil im Falle innerer Unruhen oder auch ausländischer Aggressionen zu bilden.¹

Die Ausnutzung dieser Möglichkeit wäre sicherlich gerade in einer Periode, in der die Regierung wichtige Stützen innerhalb der Armee besaß, auf starken Widerstand der Opposition gestoßen.

Die zweite Situation bezieht sich auf die legale Befugnis des Präsidenten der Republik, höhere Offiziere zu ernennen und auch abzusetzen. Eine angemessene Anwendung dieser präsidentiellen Befugnis hätte den Einfluß verfassungstreuer Offiziere bei gleichzeitiger Isolierung umsturzorientierter Offiziere vergrößern können.

Selbstverständlich war die Umsetzung dieser Kompetenz von der realen politischen Stärke der Regierung abhängig. Ihre Lage ist aber eher durch eine zunehmende Isolierung, vor allem in den letzten Regierungsmonaten, gekennzeichnet.

Es gab jedoch wenigstens zwei Gelegenheiten, bei denen die Regierung unloyale Offiziere aus dem Dienst hätte entfernen können: nach den Kommunalwahlen vom März 1971, bei denen die Regierungsparteien 51 % der Stimmen erlangten und nach dem Staatsstreichversuch vom 29. Juni 1973. Im letzten

1 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 279 - 280.

Fall waren der Regierung die über den Offizieren des Panzerregimentes 2 hinaus beteiligten Verschwörer bekannt. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung den Staatsstreich ablehnte, und so ein Vorgehen gegen alle putschenden Offiziere gerechtfertigt gewesen wäre, handelte die Regierungskoalition unentschlossen.

Über die oben untersuchten Unzulänglichkeiten der Militärpolitik der UP - Regierung hinaus steht außer Zweifel, daß sich die UP durch ihre Initiativer wichtige Unterstützung von Seiten der Streitkräfte - zumindest während der ersten Regierungsjahre - sichern konnte. Seit der Sozialistischen Republik im Jahre 1932 war während der UP-Regierung zum ersten Mal wieder eine Annäherung zwischen Streitkräften und Volksbewegung möglich. Aus schon untersuchten Gründen und weiteren Faktoren, die im Folgenden analysiert werden, behauptete sie sich jedoch letztlich die Tradition der Unterordnung der Streitkräfte unter die Interessen der herrschenden Klassen.

4.4.4.3. Die Insurrektionspolitik der Opposition und der Streitkräfte

Trotz aller Fehler und Schwächen der Militärpolitik der UP-Regierung ließ ihre erfolgreiche Durchführung vor allem gegen Ende 1972 in der Opposition die Befürchtung entstehen, die verfassungstreuen Kreise könnten ihren Einflußbereich innerhalb der Armee ausdehnen und so zu einer Stärkung der Regierung beitragen. Dieser Umstand zwang die Gegner der Allende-Regierung, eine klare Politik für die Streitkräfte festzulegen.

Die Ermordung des Oberbefehlshabers des Heeres, René Schneider, verdeutlichte der Mehrheit der Bevölkerung das Interesse der oligarchischen Kreise in der Opposition, ihren Einfluß in der Armee auszubauen, um eine Regierungsübernahme der UP zu verhindern.

Eine Analyse der Militärpolitik der Opposition muß das Verhalten der USA - insbesondere des CIA - im Hinblick auf den gewaltsamen Sturz der verfassungsmäßigen Regierung mit einbeziehen.

In der Opposition zeichnen sich im wesentlichen zwei Tendenzen im Hinblick auf den Sturz der Allende-Regierung ab; eine wird von Unternehmerverbänden, Nationalpartei (PN) sowie der Bewegung "Vaterland und Freiheit" (Patria y Libertad) und die andere von dem sich zunehmend innerparteilich durchsetzenden rechten Flügel der Christdemokratischen Partei Chiles (PDC) verfolgt.

Das erste Projekt sieht den militärischen Sturz der UP-Regierung und den Aufbau einer neuen Institutionalität vor, die zu jenem Zeitpunkt nicht näher spezifiziert wird, aber inhaltlich deutliche korporativistische Grundzüge aufweist:

"Drei grundlegenden Kräften...kommt es zu, in der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung eine entscheidende Rolle zu spielen. Das sind: die Parteien, die bereit sind, am Aufbau mitzuwirken und nicht ein Chaos hervorzurufen; die Armee, deren Aktivität zum Wiederaufbau von Disziplin und Leistung und zur Förderung des Fortschritts unerlässlich ist, und die gremiale Kraft, die den Hebel des Fortschritts und das Moment der Kohäsion der nationalen Gemeinschaft darstellt." 1

Die hier vorgestellte Auffassung schließt die linken Partei - die vermeintlichen Verursacher des Chaos - von jeglicher zukünftiger politischer Konstellation aus und zielt auf eine Veränderung der institutionellen Ordnung und die politische Prädominanz der gesellschaftlichen Unternehmerkreise ab, d.h. auf einen radikalen Bruch mit der bis dahin herrschenden bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung, denn ein institutionelles System wie das oben dargestellte kann nur unter den Bedingungen einer Diktatur von Militär und Unternehmern eingeführt werden.

Die positive Haltung des rechten PDC-Flügels gegenüber einem Staatsstreich wurde erst Ende 1972 und besonders seit den Wahlen vom März 1973 deutlich, mit denen nach Auffassung der Opposition die Möglichkeiten einer legalen Beseitigung der Regierung zu Ende gingen, denn dazu hätten die oppositionellen Parteien bei diesen Wahlen eine Zweidrittelmehrheit im Kongreß erhalten müssen. Die Insurrektionspolitik der PDC sah den gewaltsamen Sturz der Regierung und die darauffolgende Bildung einer vorübergehenden Militärregierung vor, das die Rückkehr zum angeblich von der UP-Regierung übertretenen, bürgerlich-demokratischen System ermöglichen sollte. Die entscheidende Überlegung in diesem Vorhaben war die, daß die PDC in einer solchen "Rückkehr zur Demokratie" die besten Voraussetzungen haben würde, eine neue Regierung zu bilden.²

1 Fontaine, Jorge. Intervención en cadena radial. 13.3.73. Zit. nach: Varas, A. u.a.: Chile, democracia...a.a.0. S. 188.

2 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.0. S. 296.

Die Zuspitzung der sozialen Krise und der Wunsch der Oligarchie, das Land nach dem Sturz der Regierung unter ihrer Hegemonie politisch und ökonomisch neu zu organisieren, ließ dieses intermediäre, von der PDC und einigen hohen Militärs verfolgte Konzept undurchführbar erscheinen. So wurde das christdemokratische Vorhaben schließlich de facto den Plänen des radikalsten Flügels der Oligarchie untergeordnet, dem es gegen Ende des hier betrachteten Zeitraums gelang, die Führung innerhalb der Opposition an sich zu reißen. Aus diesem Grunde wird sich die vorliegende Untersuchung der oppositionellen Insurrektionspolitik gegenüber der Armee auf die sich erfolgreich durchsetzende Alternative konzentrieren.

4.4.4.3.1. Die Bildung einer gesellschaftlichen Basis für den Staatsstreich

Im Zeitraum 1970 - 73 versuchte die Rechte verschiedentlich vereinzelte Komplottaktionen, die von der Regierung durchgehend unter Kontrolle gebracht werden konnten; die bekanntesten Ereignisse dieser Art waren der von General Alfredo Canales geleitete Staatsstreichversuch im März und September 1972 und ein weiterer Putschversuch vom 29.6.1973.¹ Beide Vorfälle bildeten eine Bestätigung der Verschwörungstaktik, erreichten allerdings nicht die gewünschte gesellschaftliche Mobilisierung einschließlich der Mittelschichten, ohne deren Unterstützung ein Aufstand nur sehr geringe Erfolgsaussichten hatte. Ausgehend von diesen Erfahrungen entstanden Initiativen zur Stärkung des gesellschaftlichen Rückhalts der Aktionen der Opposition, um so die Bedingungen für eine irgendwie legitimierte Intervention des Militärs zu schaffen. Darin lag in erster Linie die Funktion der Streiks von Unternehmern und berufsständischen Verbänden, die von der Rechten im Oktober 1972 und Juli 1973 vom Zaune begrochen wurden; letzterer dauerte bis zum 11. September 1973.

Bestreitung der Legitimität der Regierung

Wie gesagt, war die Infragestellung der Legitimität der Regierung einer der wichtigsten Punkte der politischen Orientierung im Hinblick auf die Streit-

¹ Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 253-271 u. 284-297.
Harnecker, Marta: Plan Septiembre en Octubre. In: García, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974. S. 15 - 18.

kräfte, unter deren doktrinären Grundlagen die Verfassungstreue einen nicht unbedeutenden Teil darstellte.

Daher war die Rechte seit Beginn der Volksregierung darum bemüht, die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens der Exekutive aufzuzeigen. Besondere Bedeutung kam dabei den Verfassungsklagen gegen verschiedene Minister und den Anschuldigungen von seiten der Opposition zu, die Regierung wolle einen zur Verfassung im Widerspruch stehenden Bereich vergesellschafteten Eigentums schaffen.

Diese politische Orientierung wurde von einem sorgfältig ausgeführten Plan zur Destabilisierung der Regierung begleitet, der Wirtschaftssabotage und bewaffnete Aktionen oppositioneller Banden einschloß und das Ziel verfolgte. ein Bild des Chaos und der Unfähigkeit der Regierung zu zeichnen.

"(...) aufgrund der turbulenten Umstände in Chile bestand eine Vielzahl von Beziehungen zwischen den von der CIA unterstützten Parteien, den verschiedenen militanten Berufsständen und den paramilitärischen Gruppen, die zum Terrorismus und zur gewaltsamen Aktion tendierten." 1

"Die wichtigste der paramilitärischen Gruppen der Rechten war 'Patria y Libertad', die im Anschluß an die Wahl von Allende (...) im Verlauf der sog. Operation Track II entstand. Die CIA versorgte 'Patria y Libertad' im Bemühen um die Erzeugung von Spannungen und als möglichen Vorwand für die Intervention des chilenischen Militärs im Zeitraum der Durchführung von Track II über Dritte mit 38.500 \$. Nachdem Allende die Präsidentschaft übernommen hatte, ließ der CIA der Gruppe kleine Geldsummen zukommen. Im Verlauf der Regierungszeit von Allende war 'Patria y Libertad' die schrillste Stimme gegen jeden Kompromißversuch der Christdemokraten und rief zum Widerstand gegen die Verfügungen der Regierung und zum Eingreifen der Armee auf. Ihre Taktik ähnelte gar der der Bewegung der Revolutionären Linekn (MIR) auf der extremen Gegenseite der politischen Landschaft. Die Kräfte von 'Patria y Libertad' gingen mit allen Zeichen des Aufstands zu den Demonstrationen. Während des landesweiten Streiks der Fuhrunternehmer im Oktober 1972 hieß es, 'Patria y Libertad' verstreute Nägel auf den Straßen, um die Paralisierung des Transportsystem im Land zu erzwingen. Am 13. Juli 1973 brachte 'Patria y Libertad' in einer Zeitung in Santiago eine Erklärung, in der die Organisation die Verantwortung für einen gescheiterten Putsch vom 29. Juni übernahm, und am 17. Juli kündigte der Chef von 'Patria y Libertad', Roberto Thieme, an, seine Gruppe werde eine bewaffnete Offensive vom Zaune brechen, um die Regierung zu stürzen." 2

1 Staff Report....Covert Action in Chile...a.a.O. S. 31.

2 Ebd.

Das Kalkül der Opposition ging davon aus, daß eine solche Grundstimmung - wäre erst einmal die juristische und politische Illegitimität der UP-Regierung nachgewiesen - das Vorgehen der Militärs gegen das gewählte Regime begünstigen würde. Diesem Konzept entspricht die Entschließung der mehrheitlich von der Opposition besetzten Abgeordnetenkammer vom 22.8.1973, in der erklärt wurde, die Regierung habe ihren verfassungsmäßigen Handlungsspielraum überschritten.¹ Ähnlich war es mit der Erklärung des Obersten Gerichtshofes, der höchsten juristischen Instanz in Chile, am 26. May und am 26. Juni des Jahres 1973.²

4.4.4.3.2. Die ideologische Beeinflussung der Streitkräfte

Die orthodoxe Auffassung der Ideologie der Nationalen Sicherheit, die Äußerungen über den Krieg gegen den Feind im Innern und andere Aspekte der Ideologie der Armee waren zur Bestätigung des Herrschaftsanspruchs der historisch herrschenden Klassen entwickelt und propagiert worden. Die diesen Konzeptionen eigene, implizite antisozialistische Orientierung bildete den Kern der ideologischen Übereinstimmung mit der oppositionellen Oligarchie.

Die Militärpolitik der Opposition war darauf ausgerichtet, die traditionellen Inhalte der Ideologie der Nationalen Sicherheit lebendig zu erhalten; dies kam offen in einigen Äußerungen hochstehender Persönlichkeiten der Oligarchie zum Ausdruck.³

1 Acuerdo de la Cámara de Diputados sobre el grave quebrantamiento del orden constitucional y legal de la República. In: Pinochet, Augusto: El día decisivo. Santiago de Chile 1980. S. 201 - 211.

2 Official Despatch from the Supreme Court of Justice. 26.5.1973. In: Secretariat-General of the Government: White Book...a.a.O. S. 209.
Official Despatch from the Supreme Court of Justice. (extracted). In: Secretariat-General... Ebd. A. 210-213.

3 Miranda C., Sergio: Las Fuerzas Armadas en el ordenamiento jurídico chileno. In: Baraona U., Pablo u.a.: Fuerzas Armadas y Seguridad Nacional. Santiago de Chile 1973. S. 34 - 73.

Cox, Ricardo: Defensa social interna. In: Baraona U., Pablo u.a.: Fuerzas Armadas...a.a.O. s. 73 - 122.

Baraona U., Pablo: Economía y Seguridad Nacional. In: Baraona U., Pablo u.a.: Fuerzas Armadas...a.a.O. S. 140 - 160.

Gleichzeitig wurde versucht, den Nachweis anzutreten, daß die gewählte Regierung in der Praxis gegen grundlegende historische Doktrinen der Armee verstieße. Auf ökonomischer Ebene hieß es, die Wirtschaftsentwicklungspolitik der UP-Regierung mit ihren praktischen Auswirkungen wie Inflation, Produktionsrückgang in einigen Zweigen, Versorgungsproblemen, Einschmelzen der Währungsreserven, etc. bedeute eine ernsthafte Gefahr für die Volkswirtschaft des Landes, für die Ausrüstung der Streitkräfte und somit für eine der Grundlagen der Nationalen Sicherheit.¹ Eine solche Argumentation übergeht einen entscheidenden Umstand: der größte Teil dieser ökonomischen Probleme war von den Vertretern der Insurrektionspolitik verursacht worden und Teil eines detaillierten Plans zur Destabilisierung der Regierung, der von Teilen der Opposition, dem CIA und der US-Regierung entwickelt worden war.

Darüber hinaus wurde das Argument angebracht, das Programm politischer Umwälzungen habe in Chile zu einer derartigen gesellschaftlichen Polarisierung geführt, daß das Land praktisch zweigeteilt sei. Diese Argumentation wurde in der Sprache der Militärs als Verstoß gegen einen der Eckpfeiler der Nationalen Sicherheit, nämlich die Einheit der Nation, interpretiert.

Und schließlich wurde behauptet, die Politik der Regierung ziele auf eine Spaltung der Armee ab; diese Behauptung wurde durch regelmäßige Propagandakampagnen der Presse verbreitet, die über angebliche Pläne der Linken zur Infiltration des Heeres berichtete, deren Ziel es gewesen sein soll, genügend Unterstützung für einen Linksputsch zur Entmachtung der Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu erreichen.²

All diese hier skizzierten Argumente sollten in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, Chile wäre bei einem Angriff von außen nur sehr unzureichend zur Verteidigung seiner Souveränität in der Lage.

1 Baraona U., Pablo: Economía y Seguridad Nacional...a.a.0.

2 Las ff.aa. en 1972 ...a.a.0. S. 36.

Domic K., Juraj: Destrucción de las Fuerzas Armadas por el Partido Comunista. In: Domic K., Juraj: Fundamentos de la praxis marxista-leninista en Chile. Santiago de Chile 1977. S. 457 - 489.

4.4.4.3.3. Die Politik der systematischen Durchdringung der Streitkräfte

Die soziale Herkunft der Mitglieder von Armee und Polizei sowie die mannigfaltigen gesellschaftlichen Beziehungen, die zwischen oppositionellen Politikern und den hohen Offizieren in den Jahrzehnten der Machtausübung der Ersteren entstanden waren, begünstigte das Verhältnis zwischen Opposition und Streitkräften.¹ Diesen Vorteil konnte die UP nicht für sich verbuchen, sondern die Ideologie der Militärs ließ vielmehr eine Haltung des Ungehorsams gegenüber der linken politischen Führung zu. Diese Umstände erleichterten zweifellos die Erweiterung des militärischen Einflusses der Opposition in den Streitkräften. Darüberhinaus gab es Bemühungen der direkten Infiltration der Armee besonders in den mittleren Offiziersgraden. Nach den heute verfügbaren Unterlagen geschah dies - wenn auch nicht ausschließlich - in erster Linie durch die Bewegung Patria y Libertad,² und zwar anfangs vor allem in der Luftwaffe und Marine und später im Heer. So wurde der Putschversuch vom 29.6.1973 z.B. von Offizieren getragen, die in den von Patria y Libertad aufgebauten Zellen innerhalb der Streitkräfte organisiert waren. Das wichtigste Ziel dieser Durchdringung war die Bildung von Meinungszentren, den Vorstellungen der Regierung folgenden Generalstabes relativieren sollten. Diese direkte Penetration ging mit einer Propagandakampagne einher, die im wesentlichen eine weitergehende Autonomie der mittleren Offiziersränge gegenüber der Hierarchie und den örtlichen Oberbefehlshabern in die Diskussion brachte.³

¹ Villanueva, Victor: Modelo contrarevolucionario chileno. Lima 1974. S. 64 - 65.

² Ebd. s. 93 ff.

De Riz, Liliana: Sociedad y política...a.a.O. S. 178 - 181.

Cayuela, José: El complot viene de Bolivia. In: García, Pio...a.a.O. S. 137 - 141.

Vaccaro, Victor: Itinerario de un golpe frustrado. In: García, Pio...a.a.O. S. 164 - 170.

Cayuela, José: Otro golpe frustrado. In: García, Pio...a.a.O. S. 195-199.

³ Miranda C., Sergio...a.a.O.

Martínez, Enrique: Lucha por el Ejército y el gobierno popular. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. k.a. 1979. S. 45.

Diese Maßnahmen zur Relativierung der Befehlsgewalt waren Teil eines Kalküls, das folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: die Armee zeichnete sich durch ihren hierarchischen Aufbau aus, der sich im Anschluß an die Militärinterventionen zwischen 1924 und 1932 verfestigte. Da die Regierung im Streit um ihre Legitimität auf den stillschweigenden Rückhalt der hohen Offiziersränge rechnen konnte, erkannte die Opposition die Schwierigkeit, einen Staatsstreich mit der vollen Unterstützung der gesamten Streitkräfte vom Zaune zu brechen. Aus dieser Einsicht entstand die theoretische Überlegung, nur mit einem Teil der Militärhierarchie einen Putsch durchzuführen, was zu einer Spaltung der Streitkräfte und konsequenterweise zum Bürgerkrieg geführt hätte. Unter diesen Bedingungen hing der Grad der Unterstützung eines solchen Putsches davon ab, inwieweit die Kräfte der mittleren Offiziersränge gewonnen werden konnten, um in einem Bürgerkrieg erfolgreich sein zu können.¹

4.4.4.4. Die Vereinigten Staaten und die chilenischen Streitkräfte

Eine wesentliche Hilfe für die Pläne zum Sturz der Allende-Regierung stellt das Vorgehen der USA zur Destabilisierung des verfassungsmäßigen Regimes dar. Dieser Plan war sehr weitreichend und umfaßte Wirtschaftssabotage, politische Unterstützung der Opposition, Unterstützung von Terroranschlägen der extremen Rechten und ein Programm im Hinblick auf die Armee. Zur Destabilisierung der UP-Regierung gaben die USA über 13 Millionen Dollar aus.²

In dem hier interessierenden Aspekt läßt sich das Vorgehen der USA - insbesondere durch das CIA - hauptsächlich in zwei Bereichen beobachten, nämlich zum einen die Durchdringung der Streitkräfte und die Orientierung der Kontaktleute auf einen Militärputsch und zum anderen die Ausnutzung der militärischen Abhängigkeit der chilenischen Armee, um diese institutionell in die gewünschte Richtung zu drängen, wobei vor allem die für militärische Ausrüstungsgegenstände bestimmte Wirtschaftshilfe als Druckmittel angewandt wurde.

1 Martínez, Enrique: Lucha por el Ejército y el gobierno popular...a.a.0.

2 Staff Report....Covert Action in Chile....a.a.0. S. 7.

Zum ersten Punkt ist festzuhalten, daß die Durchdringung der Streitkräfte seit Ende der sechziger Jahre systematisch betrieben wurde:

"Im Juli 1969 beantragte und erhielt der CIA-Posten in Santiago bei der Hauptzentrale die Genehmigung für ein Geheimprogramm zum Aufbau einer Nachrichtenkartei der chilenischen Armee mit dem Ziel, die Putschvorbereitungen genau verfolgen zu können. Dieses Programm wurde vier Jahre lang fortgesetzt, beinhaltete Daten aus den drei Waffengattungen der chilenischen Streitkräfte und schloß hohe Offiziere, Standortoffiziere, pensionierte Offiziere des Generalstabes und Truppenpersonal ein." 1

Nach der Wahl Allendes wurden diese Kontakte mit dem ausdrücklichen Ziel intensiviert, die Übernahme der Regierungsgewalt durch den gewählten Kandidaten mittels eines Militärputsches zu verhindern:

"Am 15. September 1970 teilte Präsident Nixon dem CIA-Chef Richard Helms mit, eine Allende-Regierung sei für die USA nicht tragbar. Der CIA wurde von Präsident Nixon angewiesen, direkt in die Organisation eines Militärputsches in Chile einzugreifen, um der Übernahme der Präsidentschaft durch Allende zuvorzukommen. (...) der Geheimdienst mußte den Berater des US-Präsidenten in Fragen der Nationalen Sicherheit, Henry Kissinger, informieren und dessen Weisungen entgegennehmen.

Die an dem Komplott gegen Allende Beteiligten gruppierten sich um mehrere Schlüsselfiguren. Eine von ihnen war der General im Ruhestand Roberto Viaux... Eine andere bedeutende Person, war General Camilo Valenzuela, der Standortkommandant in Santiago, der mit mehreren chilenischen Offizieren in Verbindung stand.

Die Möglichkeiten eines Staatsstreiches erschienen nach Einschätzung der von General Valenzuela und Admiral...(ausradiert) angeführten Gruppe aktiver Militärs immer vielversprechender als in der Gruppe um Viaux (...). Am Vormittag des 19. Oktober wurden von Washington Maschinenpistolen und Munition im Diplomatengepäck abgeschickt...

Am selben Tag informierte General Valenzuela den Attaché, er und drei weitere hochrangige Generals seien vorbereitet, den Putsch zu unterstützen... Der Plan bestand in der Entführung von General Schneider... Die Entführung am 19. Oktober mißlang... Der zweite Entführungsversuch am 20. Oktober scheiterte ebenfalls...(....). Die Gruppe der Komplotteure im Heer zerfiel und Allende wurde in das Präsidentenamt eingeführt. Nach seiner Wahl (im Abgeordnetenhaus, d.Ü.) hielten der CIA und die nordamerikanischen Attachés Kontakte mit chilenischen Militärs aufrecht, um geheimdienstliche Informationen zu sammeln." 2

1 Staff Report... Covert Action in Chile....a.a.O. S. 36.

2 Study-Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities. United States Senate: Alleged United States involvement in Assassination Plots in Five Foreign Countries. Washington 1975. Zit. nach: Varas, A. u.a.: Chile, democracia...a.a.O. S. 191 - 192.

Nachdem Allende erst einmal als Präsident vereidigt worden war, wurde das Vorgehen im Hinblick auf die Armee in Übereinstimmung mit der zunehmenden politischen Bemühung der Opposition um die Erzeugung der Bedingungen für einen Staatsstreich akzentuiert:

"Nach dem Scheitern...baute der CIA sein Kontaktnetz neu auf und war auf Tuchfühlung mit den chilenischen Militärs, um das Geschehen in den Streitkräften zu überwachen. Im Bewußtsein um die unterstützende Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber einem Putsch zur Vereitelung der Amtsübernahme durch Präsident Allende nahmen die chilenischen Offiziere wiederum die Andeutungen über eine Fortsetzung der Unterstützung eines Staatsstreiches durch die Vereinigten Staaten ganz willkommen auf.

Im September 1971 bestand bereits ein neues Agentennetz, und der CIA-Posten erhielt fast täglich Berichte über neue Konspirationen. Posten wie Hauptzentrale begannen nach Wegen zu suchen, wie sie dieses Netz ausnutzen könnten...

Das nachrichtendienstliche Netz informierte zwischen 1972 und 1973 weiterhin über umstürzlerische Aktivitäten. 1972 setzte der CIA-Posten die eingehende Beobachtung der Gruppierung fort, die erfolgreich putschen könnte, und räumte der Infiltration dieser Gruppe mehr von der Zeit und dem Aufwand ein, die er in der Vergangenheit anderen Gruppen hatte zukommen lassen. Diese Gruppierung zog zum ersten Mal im Oktober 1971 die Aufmerksamkeit des Postens auf sich. Im Januar 1972 war es ihm gelungen, in diese einzudringen, und er stand über einen Mittelsmann in Kontakt mit deren Anführern.

Ende 1971 und Anfang 1972 nahm der CIA gegenüber seinem Programm der Penetration der Armee eine aktivere Haltung ein...

Die Berichte über Verschwörungen wiesen zwei Höhepunkte auf, einen in der letzten Juniwoche 1973 und den anderen Ende August und in den beiden ersten Septemberwochen. Es steht fest, daß der CIA die Monate Juli, August und September 1973 über Informationen über die Pläne eines Staatsstreiches der Gruppe erhielt, die ihn am 11. September erfolgreich durchführte." 1

Das bisher an dieser Stelle Dargestellte über die nordamerikanische Penetration zwischen 1970 und 1973 sind Belege, die nach dem Putsch vom September 1973 veröffentlicht wurden; wir glauben jedoch, daß dies nicht die einzigen Aktionen waren. Es kann auch angenommen werden, daß über den CIA hinaus auch Geheimdienstorgane tätig wurden, die direkt mit der USA-Armee in Verbindung stehen.

1 Staff Report....Covert Action in Chile....a.a.O. S. 37 - 39.

Eine zweite Ebene des Vorgehens gegenüber den chilenischen Streitkräften bildete der ökonomische Druck auf die bewaffneten Institutionen, sei es durch die Androhung der Kürzung nordamerikanischer Kredite zum Ankauf von militärischen Ausrüstungsgegenständen oder durch die verstärkte Vergabe von Krediten mit dem Ziel, die militärische Dependenz zu bestätigen und bestimmte Militärkreise zu einer direkten Aktion gegen die verfassungsmäßige Regierung zu bewegen.

Die erstgenannte Art des Wirtschaftsdrucks ist im Zeitraum zwischen der Wahl Allendes und seiner Bestätigung als Präsident durch den Kongreß zu beobachten und ein Bestandteil der in diesen Monaten praktizierten Destabilisierungspolitik:

"Der Botschafter (E. Korry. F.E.) erhielt die Genehmigung, einen Staatsstreich zu fördern, sofern Frei mit dieser Lösung einverstanden sei. In der Versammlung des Komitees 40 am 14. September wurden er und 'der Mission nahestehende Mitglieder' autorisiert, ihre Kontakte zu chilenischen Offizieren zu intensivieren...Der Botschafter erhielt auch den Auftrag, den Kontaktleuten im chilenischen Heer klarzumachen, daß die Militärs, wenn Allende die Präsidentschaft übernehme, mit weiterer Militärhilfe (MAP) durch die Vereinigten Staaten nicht rechnen könnten. Später sollte Korry die chilenischen Offiziere darüber informieren, daß das gesamte Militärhilfeprogramm MAP und die Verkäufe militärischen Materials in Erwartung des Ausgangs der Sitzung des Kongresses am 24. Oktober unterbrochen würde." 1

Das Ziel solcher Manöver ist es natürlich, in der Armee die Furcht vor einer Unterbrechung der regelmäßigen Versorgung mit Militärgütern durch die USA zu wecken und die Verantwortung dafür den politischen Kräften der UP anzulasten. Ein derartiger Druck konnte in jenen Tagen nicht ohne erheblichen Einfluß auf die chilenischen Streitkräfte bleiben.

Die zweite Form der direkten ökonomischen Einflußnahme der USA auf die Armee Chiles bestand in einer drastischen Erhöhung der für militärische Zwecke bestimmten Wirtschaftshilfe seit 1972, während die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bestimmten Kredite ebenso drastisch gesenkt wurden.

"Die Materialverkäufe stiegen abrupt von 1972 auf 1973 und noch deutlicher von 1973 auf 1974, nach dem Putsch. Die Ausbildung chilenischer Militärs in Panama nahm ebenfalls während der Jahre Allendes zu." 2

1 Staff Report....Covert Action in Chile....a.a.O. S. 26.

2 Ebd. S. 37.

Verkäufe militärischen Materials durch die USA an Chile im Rahmen des F.M.S.-Programms (Foreign Military Sales) (in Mill. Dollar): ¹

	1970	1971	1972	1973	1974
Chile	7.699	2.968	6.185	15.012	68.194

Bei den kurzfristigen Handelskrediten der USA an Chile war genau das Gegenteil zu beobachten: es kam zu einem spürbaren Rückgang, was direkt eine Verschlimmerung der bestehenden Wirtschaftsprobleme zur Folge hatte.

"Die Verfügbarkeit kurzfristiger Kredite in den Vereinigten Staaten ging von etwa 300 Millionen Dollar während der Frei-Regierung auf rund 30 Millionen im Jahre 1972 zurück. Diese Drosselung, ein Ergebnis der Kombination ökonomischer und politischer Faktoren, traf empfindlich die Kapazität der Allende-Regierung, Ersatz- und Maschinenteile für die kritischsten Bereiche der Volkswirtschaft zu erwerben..." ²

Zählt man die Summe der für militärische Zwecke bestimmten Wirtschaftshilfe zwischen 1970 und 1973 hinzu, stellt sich heraus, daß ihr Umfang dem der aus den USA stammenden, kurzfristigen Kredite während der UP-Regierung entspricht, sich in beiden Fällen also auf etwa 30 Millionen Dollar beläuft.

Der Vergleich dieser beiden Zahlen ist insofern interessant, als er eine differenzierte Behandlung der chilenischen Regierung einerseits und der Streitkräfte andererseits verdeutlicht: während die Regierung boykottiert wird, erhält die Armee Unterstützung. Ein solches Vorgehen war einzig und allein darauf abgestellt, den Streitkräften in ihren Aktionen im Sinne der nordamerikanischen Interessen, d.h. im Hinblick auf den Sturz der Allende-Regierung, den Rücken zu stärken.

Interessant ist außerdem, daß die Steigerung des Verkaufes militärischen Materials zu einem Zeitpunkt erfolgt, als der US-Geheimdienst - nach dem Bericht des nordamerikanischen Kongresses über die CIA-Aktivitäten in Chile - bereits enge Beziehungen zu der Gruppe von Militärs aufgebaut hatte, deren Aussichten auf einen erfolgreichen Staatsstreich die besten waren.

¹ Llambias W., Jaime: Elgunos antecedentes sobre la entrega de armas norteamericanas a las FF.AA. chilenas. In: Chile-America. Nr. 28, 29, 30. Rom. S. 64.

² Staff Report....Covert Action in Chile....S. 32.

4.4.4.5. Die innere Entwicklung der Streitkräfte in dieser Periode

4.4.4.5.1. Übergewicht konstitutionalistischer Positionen

Die Regierungsübernahme durch die UP stellt die bis dahin vorherrschenden Orientierungen innerhalb der Streitkräfte in Frage. Der Grundwiderspruch, dem sich die Armee in dieser Zeit gegenüber sieht, besteht zwischen der Fortsetzung der Loyalität gegenüber ihren historischen ideologischen Ausrichtungen und damit der Rolle als wichtige Stütze der alten Staatsordnung einerseits und der Frage der Integration oder Identifikation mit dem Programm gesellschaftlicher Umstrukturierungen, das langfristig mit einer sozialistischen Gesellschaftsform gleichzusetzen war, andererseits. Obwohl dies der reale Widerspruch ist, zeigt er sich in der dargestellten Form erst gegen Ende der Regierungszeit der UP. In der Anfangsphase, d.h. bis in die ersten Monate des Jahres 1972, wurde dieser zentrale Konflikt durch die Auseinandersetzungen über verfassungstreue bzw. -bruch überdeckt. Der hier aufgezeigte Widerspruch setzt logischerweise das Vorhandensein potentieller Vertreter beider Grundsatzpositionen voraus. Dieser Abschnitt der vorliegenden Arbeit soll der Darstellung der Entwicklung beider Strömungen in der Armee gewidmet werden.

Solange der Umstrukturierungsprozeß politische und ökonomische Erfolge zeitigte, konnte die Regierung bei der Durchsetzung ihrer programmatischen Ziele mit der institutionellen Unterstützung der Streitkräfte rechnen, auch wenn die Opposition dort über bedeutenden Rückhalt verfügte. Angesichts der allgemeinen politischen Lage und der weitestgehenden Koordinierungsschwierigkeiten sahen sich die oppositionellen beide Gruppen nicht zur Durchführung eines Putsches in der Lage. Diese Phase dauerte bis 1971. In diesem Zeitraum gewinnen die konstitutionalistischen Einflüsse - Unterstützung der Regierung auf der Grundlage deren Einhaltung des Verfassungsrahmens - an Boden, und die "Schneider-Doktrin" - politische Enthaltensamkeit der Militärs, Unterordnung unter die konstitutionelle Gewalt und Unterstützung jedweder Regierung, die über die zur Übernahme des Amtes des Staatspräsidenten notwendigen Stimmen verfügt - ¹ wird zur offiziellen Richtlinie der Streitkräfte.

1 La doctrina del general. Ercilla. Nr. 1822. 20.-26.5.1970. S. 11.

Hernández P., Luis: Por eso lo mataron. In: Ercilla. Nr. 1845. 28.10.-4.11.1970. S. 10-11.

In diesem Zeitraum sollten die konstitutionalistischen Positionen, die sich um die Figur des Oberbefehlshabers des Heeres, General Carlos Prats, gruppierten, eine Änderung der Grundlagen der Ideologie der Nationalen Sicherheit anstreben und das oben dargestellte Konzept der "Geostrategischen Sicherheit" einbringen. Die Integratio hoher Offiziere in administrative Regierungsaufgaben ist die direkte Konsequenz dieses beginnenden Orientierungswechsels.

4.4.4.5.2. Die Struktur der Putschisten und die Vorbereitung des Aufstandes

Seit Ende 1971 verschlechterten sich jedoch die politischen und ökonomischen Bedingungen der Regierung, und gleichzeitig nimmt die Stärke der Opposition und die Koordination ihres Vorgehens zu.

Die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen kommen in der Armee durch die wachsende Aktivität der oppositionellen Positionen nahestehenden Militärs zum Ausdruck. Neben vereinzelt Komplotversuchen (z.B. die versuchte Ermordung von Allende) beginnen sich - ausgehend von der institutionellen Struktur der Armee - klarere und ausgefeiltere Versuche eines Putsches abzuzeichnen, die letztendlich erfolgreich sein sollten.

Gegen Ende April 1972 befürwortete die große Mehrheit der hohen Offiziere in Luftwaffe und Marine einen militärischen Sturz der Regierung. Im Heer überwog dagegen der Einfluß verfassungstreuer Kreise. Dies ist insofern von Bedeutung, als aufgrund der geographischen und militärischen Struktur Chiles allein Heer und Polizei über eine militärische Organisation im gesamten Territorium verfügen, während Luftwaffe und Marine nur dort von Wichtigkeit sind, wo sie ihre Stützpunkte haben. Zudem bestand das bedeutendste militärische Kontingent in der Hauptstadt, wo sich der Erfolg eines Militäraufstandes entscheiden mußte, aus Einheiten des Heeres.

Dies stellte die Anhänger eines Staatsstreiches vor technische Schwierigkeiten, genauer gesagt vor die Frage, wie sie einerseits die von dem alle drei Waffengattungen der Armee umfassenden Generalstab abhängenden operativen Führungen und andererseits bestimmte zentrale Befehlspositionen für sich gewinnen könnten. Ersteres war für die Koordinierung des Vorgehens der drei Waffengattungen und zweiteres für eine Abstimmung der Aktionen des Heeres und gleichzeitig die Isolierung der konstitutionalistischen

Offizierskreise von Bedeutung. In beiden Fällen hatten die Anhänger eines Staatsstreiches bis 1972 die unmittelbar den Oberbefehlshabern unterstellte Hierarchie auf ihre Seite gebracht:

"Vizeadmiral Patricio Carvajal übernimmt 1972 den Posten des Generalstabschefs der chilenischen Streitkräfte, eines beratenden und Planungsorgans, das dem Rat der Oberbefehlshaber (dem obersten militärischen Organ, das sich aus den amtierenden Oberbefehlshabern der drei Waffengattungen zusammensetzt, F.E.) untergeordnet ist und das Vorgehen der gesamten Streitkräfte koordinieren soll." 1

"Mit Beginn des Jahres 1972 wird General Augusto Pinochet Ugarte zum Generalstabschef des Heeres ernannt. Der Allgemeine Generalstab ist ein planendes und beratendes Organ, aber die Führung hat der amtierende Oberbefehlshaber des Heeres inne, in diesem Fall General Prats." 2

Die erwähnten Ernennungen waren für die Organisation des Putsches von großer Bedeutung, da die Stellung des Oberbefehlshabers in allen drei Waffengattungen bis zu diesem Zeitpunkt in Händen verfassungstreuer Militärs lag. Zweifellos ist die Ernennung von Augusto Pinochet die wichtigere, bedeutete sie doch die Einbeziehung des wichtigsten Planungsorgans des Heeres in die Vorbereitung eines Militärputsches. Auch finden diese Ernennungen in zeitlicher Übereinstimmung mit dem erfolgreichen Abschluß der Bemühungen des CIA um Integration in die relevantesten Zentren der Putschisten statt. 3

Die Planung des Staatsstreiches bereits zu diesem Zeitpunkt wurde im Nachhinein von den Beteiligten selbst bestätigt:

"Am 13. April 1972 haben wir im Generalstab des Heeres die Möglichkeiten analysiert und sind an diesem Tag zu dem Schluß gekommen, daß es für den Konflikt zwischen exekutiver und legislativer Gewalt keine verfassungskonforme Lösung gibt (...).4

"Sehen Sie, sagte Pinochet, hier ist ein Memorandum vom August 1972. Hier ist noch eins vom Juli, das die Möglichkeit der Übernahme der Kontrolle über die Nation aufwirft. 1972 haben wir begonnen, Einheiten zur Bekämpfung extremistischer Gruppen um die Hauptstadt herum aufzubauen." 5

1 ¿Como llegaron la Fuerzas Armadas a la acción del 11 de Septiembre de 1972 ? In: El Mercurio (Suplemento). 11.9.74. S. 5.

2 Ebd.

3 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 253 ff.

4 Interview Pinochets mit einem Journalist der Presseagentur Reuter. Los Angeles Times. 29.12.1973. In: Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 284.

5 Ebd. S. 285. Siehe auch Pinochet, Augusto: El día decisivo. Santiago de Chile 1980. S. 71-88.

Das ideologische Fundament der Putschisten unter den Militärs stimmt weitgehend mit dem der Oppositio in dem hier betrachteten Zeitraum überein. Soziales Chaos, Illegitimität der Regierung, Wirtschafts- und Gesellschafts-krise mit ihren negativen Auswirkungen auf die Nationale Sicherheit, etc. worauf noch in einer eingehenderen Untersuchung eingegangen werden wird.¹

4.4.4.5.3. Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise und die Polarisierung der politisch-militärischen Alternativen

Der Unternehmerstreik vom Oktober 1972 stellt einen entscheidenden Markstein bzgl. der Machtfrage in der chilenischen Gesellschaft während der Regierungszeit der UP dar, wobei der partielle Ausweg aus dieser Krise wichtige Konsequenzen für das Verhalten der Streitkräfte hatte.

Das Land konnte damals vor allem durch das entschlossene Vorgehen der Anhänger der Volksregierung, insb. der Arbeiter, nicht paralysiert werden. Dieser Umstand, die zögernde Haltung der Christdemokratischen Partei gegen Ende des Ausstandes und die Unterstützung, die die Regierung noch unter den verfassungstreuen Militärs hatte, ließen die damaligen Putschpläne scheitern. Auch wenn die konstitutionalistische Einstellung im Militär keineswegs eine mehrheitliche war, war sie doch gerade in entscheidenden Positionen vertreten, nämlich in der Person des amtierenden Oberbefehlshabers des Heeres, des amtierenden Oberbefehlshabers der Marine, dem Kommando der 2. Heeresdivision (Santiago) und folglich des Befehlshabers des Standortes Santiago.

All diese Faktoren zusammen sicherten der Regierung eine wichtige Position der Stärke, die sie zur teilweisen Lösung der Krise zu ihren Gunsten nutzte. So wurde ein Kabinett unter Beteiligung der wichtigsten Vorsitzenden in der Einheitengewerkschaft CUT und von Militärs der drei Waffengattungen gebildet. Der Oberbefehlshaber des Heeres übernahm das Innenministerium, und als Präsident Allende einen Monat später eine Auslandsreise unternahm, führte Prats als Vize-Präsident die Amtsgeschäfte weiter.

Auch wenn diese politische Entscheidung eine institutionelle Annäherung der Streitkräfte an die Orientierungen der Regierung ermöglichte, hatte sie gleichzeitig nicht weniger weitreichende politische Konsequenzen. Von

1 Pinochet, Augusto: El día decisivo...a.a.0.

diesem Zeitpunkt an beginnt in der Armee ein Prozeß politischer Auseinandersetzungen zwischen Kreisen, die aus Gründen der Unterordnung unter die Befehlsgewalt des Staatspräsidenten zur Unterstützung der Regierung bereit waren, und den oppositionellen Militärs, die ein Ausscheiden der Militärs aus dem Kabinett anstrebten.

Im Grunde verdeutlichte diese Spaltung des Heeres eine Krise der gesamten Gesellschaft, die für die Staatsmacht die Konsequenz hatte, daß sie nicht mehr mit den in der Verfassung festgelegten Mittel allein regieren konnte. Als sich die Armee nach den Parlamentswahlen im März aus der Regierung zurückzieht, schlägt sich die in der Gesellschaft vorgezeichnete Spaltung und Polarisierung unter den Militärs in nicht weniger als vier verschiedenen Tendenzen nieder: ¹

Sozialistische Tendenz: Wenig organischen Charakter, ohne bedeutende Kommandostellungen, begrenzter Einfluß bei Teilen von Marine und Luftwaffe; ihre politische Arbeit in der Armee praktisch im Untergrund, den politischen Forderungen eines Bereiches der Sozialistischen Partei, des MAPU und des MIR nahestehend.

Konstitutionalistische Tendenz: Auf der Grundlage der oben in ihren wesentlichen Aspekten dargestellten Schneider-Prats-Doktrin lange Zeit die vorherrschende Tendenz in der Armee; ausgehend von bürgerlich-demokratischen Positionen entwickelte sie eine progressive nationale Einstellung und bildete den solidesten Rückhalt der Regierung. Die Stärke dieser Tendenz leitet sich daraus ab, daß ihre Vertreter Schlüsselpositionen im Militärapparat innehatten und die traditionelle politische Unterordnung der Streitkräfte unter die institutionelle Ordnung verteidigten.

Ultrarechte oder faschistische Tendenz: Von großer Bedeutung in Luftwaffe und Marine und in wichtigen Positionen im Heer vertreten; diese Tendenz hat ihren Rückhalt in den mittleren Offiziersrängen, die mit dem CIA und chilenischen Politikern der extremen Rechten in Verbindung stehen. Sie ist in den Koordinationsorganen der Landesverteidigung und in den Unteraus-schüssen des Generalstabs vertreten und ihr Ziel ist ein direkter Staatsstreich.

¹ Siehe dazu Martínez, Enrique: Lucha por el Ejército...a.a.O. S. 38-43.
Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.O. S. 296-297.

Nicht-faschistische rechte Tendenz: In wichtigen Positionen des Heeres vertreten und den Positionen der Christdemokratischen Partei Chiles sehr nahestehend. Diese Tendenz verfolgte zwei Alternativen: einerseits die Bildung eines ausschließlich aus Militärs bestehenden Kabinetts - ohne Beteiligung der UP-Parteien unter Gewährleistung der weiteren Ausübung der Funktion des Staatsoberhauptes durch den amtierenden Präsidenten, ähnlich wie dies 1973 in Uruguay mit Präsident Bordaberry geschah; andererseits wurde die Alternative einer Demission des Staatspräsidenten und der Bildung eines sich aus Vertretern der Oppositionsparteien zusammensetzenden Kabinetts ins Spiel gebracht.

"Auf letzterem Vorgehen ruhten die Hoffnungen der Christdemokratie. Nach dem Sturz der UP-Regierung, zu dem die rechte Christdemokratie 'im Namen und zur Verteidigung der Verfassung' aufrief, rechneten sie sich aus, daß die Staatsführung - immer 'gemäß der Verfassung' - dem Senatspräsidenten Eduardo Frei anvertraut würde. 1

4.4.4.5.4. Isolierung der verfassungstreuen Kreise

Der für Oktober 1972 geplante Putsch fand letztendlich weder die notwendige gesellschaftliche Unterstützung noch den Rückhalt der Armee. Zum damaligen Zeitpunkt war der Einfluß der verfassungstreuen Militärs entscheidend. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden die Verstärkung des oppositionellen Einflusses in den Streitkräften und die Isolierung der konstitutionalistischen Kreise nach den Wahlen vom März 1973 zum vorrangigen Ziel der Opposition.

Auf dieser Grundlage wird die abschließende Offensive der Gegner der UP-Regierung vorbereitet. Im Mai befindet sich die Führung der Christdemokratischen Partei in den Händen ihrer Rechten und am 30. Juli erfolgt der zweite Unternehmersausstand. Im August nimmt die Regierung erneut Vertreter der verschiedenen Waffengattungen in das Kabinett auf, erzielt jedoch nicht die gleichen Ergebnisse wie im Oktober des Vorjahres.

Die Situation hatte sich nun dahingehend geändert, daß die putschistischen Kreise die Armee vollständig kontrollierten, der soziale Rückhalt eines

1 Garcés, Joan E.: Allende y la experiencia...a.a.0. S. 296.

Staatsstreiches gewachsen und die politisch-militärische Befehlsgewalt in einer Befehlszentrale zusammengefaßt war; somit war die Konterrevolution praktisch besiegelt.

Die entscheidende Frage in dieser Phase war die der Bestimmung des politischen Selbstverständnisses der Armee, was sich vom Standpunkt der Aufständischen auf das Problem der Isolierung und Entmachtung der Sozialisten und Konstitutionalisten in den Streitkräften reduziert.

Anfang August werden die sozialistischen Marineangehörigen unter Druck gesetzt und ihnen enge Beziehungen zu Abgeordneten der Regierung sowie ein angeblich geplanter Komplott zur Entmachtung der Oberbefehlshaber der Marine vorgeworfen.¹

Am 23. August verzichtet General Carlos Prats auf den Posten des Oberbefehlshabers des Heeres, und mit ihm danken alle ranghohen, verfassungstreuen Generäle des Standortes Santiago ab. Die Rücktritte sind ein Ergebnis des Drucks, der im Generalstab des Heeres auf die konstitutionalistischen Offiziere ausgeübt wurde.²

Zwischen dem 10. und 11. September 1973 werden ungefähr 2.000 konstitutionalistischen Strömungen nahestehende Angehörige des Heeres verhaftet und erschossen.

Ohne nennenswerten militärischen Rückhalt wird die UP-Regierung gestützt und der Weg für eine Militärdiktatur freigemacht.

1 Vaccaro, Victor: Persecución a los leales. In: Garcia, Pio...a.a.O. S. 224-228.

Cayuela, José: La izquierda acosada en la Marina. In: Garcia, Pio...a.a.O. S. 265-267.

2 Prats, Carlos: Una vida por la legalidad...a.a.O. S. 75-84.

5. HERRSCHAFT DER OLIGARCHIE UND MILITÄRDIKTATUR

Der Putsch vom September 1973 überläßt die Kontrolle des Staatsapparates der Armee; aber obgleich diese in vorderster Front auftritt, ist die Militärherrschaft gerade die äußerste Antwort der chilenischen Bourgeoisie und des nordamerikanischen Imperialismus auf den Versuch linker Kräfte, die gesellschaftlichen Strukturen des Landes auf der Grundlage eines weiter oben in dieser Arbeit untersuchten Modells zu verändern.

Versteht man die gesellschaftliche Wechselbeziehung, die hinter der Militärintervention steckt, kann man auch den hinter dem Staatsstreich stehenden, tieferen Sinn in seiner Gesamtheit erfassen. Strenggenommen muß die vorliegende Untersuchung bei der Analyse des mit dem Putsch eingeführten Gesellschaftsmodells über die eigentlichen militärischen Ereignisse hinausgehen, um festzustellen, daß hinter der Machtübernahme durch Armee und Polizei gesellschaftliche Interessen bzw. Interessenkombinationen stehen. Aus dem gemeinsamen Vorgehen im Sinne sozialer und militärischer Interessen soll ein Beziehungsmodell für die ganze Gesellschaft entstehen. Der Untersuchung dieses Modells ist der erste Teil dieses Kapitels gewidmet, um dann die Betrachtung auf die Veränderungen und Merkmale der Militärinstitutionen als relativ selbständigen Untersuchungsgegenstand des Gesamtmodells zu konzentrieren.

Nach dem Putsch ist die zentrale Aufgabe des neuen Machtblocks, d.h. all jener sozialen, militärischen und politischen Kräfte, die den Sturz der vorherigen Regierung verfolgt hatten, die Festlegung eines neuen Gesellschaftsmodells, das einerseits die Neustrukturierung des sozialen Beziehungsgeflechtes in Übereinstimmung mit den nun herrschenden Interessen ermöglicht und andererseits jegliche potentielle Wiederkehr einer Regierung wie der soeben gestürzten in der Geschichte Chiles ausschließt. So ist es zu erklären, daß neben einer Reihe von noch näher zu beschreibenden Maßnahmen anfangs ein besonderer Schwerpunkt auf der Repression der Volksbewegung und insbesondere ihrer wichtigsten Ausdrucksformen liegt. Obwohl die allgemeinen Zielsetzungen der neuen Politik abgesteckt waren, stand für den neuen Machtblock keineswegs die spezifische Form ihrer Herrschaft fest; dies galt sowohl für die zivilen Organisationen als auch für die Streitkräfte.

Die Zivilisten unter den neuen Herrschenden zeichneten sich durch die Heterogenität ihrer sozialen Zusammensetzung wie ihrer politischen Projekte aus, und unter den Uniformierten gab es trotz der Repression in der Armee noch Anhänger einer populistischen Lösung in politischer und einer verstärkten industriellen - mehr oder weniger autonomen - Entwicklung (desarrollismo F.E.) in ökonomischer Hinsicht.

In der endgültigen Festlegung der Politik des Militärregimes war anfangs die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen des im Putsch erfolgreichen Zivilistenblocks um die Durchsetzung der Herrschaft einer bestimmten Schicht von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig findet eine ähnliche Auseinandersetzung in der Armee statt, in der sich die ganz orthodoxen Auffassungen der Ideologie der Nationalen Sicherheit gegen die populistischen Militärkreise durchsetzen, die den politischen Vorstellungen der Christdemokratie nahestanden und das Militärregime als eine Übergangslösung ansahen, die den Weg zur Bildung einer zivilen Regierung ohne Beteiligung der linken Parteien freimachen sollte. Nachdem unmittelbar nach dem Putsch eine permanente Säuberung der Streitkräfte von mit der Christdemokratischen Partei sympathisierenden Offizieren begonnen hatte, wurde Anfang 1976 mit der Ausschaltung der Gruppe um General Arellano Stark die Hegemonie des Heeres über die anderen Waffengattungen der Streitkräfte und die Durchsetzung der orthodoxen Positionen der Ideologie der Nationalen Sicherheit in der gesamten Armee gesichert.¹

Doch nun zurück zu der Auseinandersetzung unter den zivilen Trägern des Staatsstreiches; im Anschluß sollen hier kurz die wichtigsten daran beteiligten Positionen dargestellt werden:

- Die Christdemokratische Partei hält den Putsch für eine Möglichkeit, zu der in der Verfassung von 1925 festgelegten Regierungsform zurückzukehren und auf der Grundlage dieser politischen Ordnung zur dominierenden zivilen Kraft in der Politik zu werden. Die Christdemokraten begreifen das Militärregime als Übergangsform bei der Neuorganisation des Staates. Die

¹ Im Januar 1976 war der Stabchef der chilenischen Streitkräfte General Sergio Arellano Stark mit anderen 10 Generälen gezwungen zurückzutreten. Siehe dazu Keegan, John: World Armies. London 1979. S. 130.

Chili. Les militaires hostiles au général Pinochet n'ont pas de projet politique commun. In: Le Monde 11.-12.6.1976.

Armee hätte somit die Aufgabe, bei der Überwindung des durch das Vorgehen der UP-Regierung verursachten sozialen Chaos mitzuarbeiten und die Voraussetzungen für die Bildung einer bürgerlich-demokratischen Regierung zu schaffen.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene tritt die Christdemokratie für ein Programm zur Privatisierung der während der Regierungszeit der UP vergesellschafteten Unternehmen ein, und zwar unter der Perspektive eines "desarrollistischen" Wirtschaftsprogramms zur Wiederbelebung der Volkswirtschaft. Daher stellte die Christdemokratische Partei anfangs der Militärjunta eine bedeutende Gruppe von Ökonomen zur Verfügung, die schon während der Frei-Regierung aktiv gewesen waren.

Wie sich noch zeigen wird, konnte sich diese Alternative nicht durchsetzen, da die erwähnte Kapitalakkumulation und die sie notwendigerweise begleitende politische Organisation des Staates von den einflußreichsten oligarchischen Kreisen des transnationalen Kapitals als mögliche Gesellschaftsform zerstört worden war.¹

- Die zweite Alternative, die hier skizziert wird², soll als "desarrollistischer Korporativismus" bezeichnet werden. Gesellschaftlich wird dieses Modell von den Gremialorganisationen der Mittelschicht, die entscheidend an den Streiks im Vorfeld des Sturzes der UP-Regierung beteiligt gewesen waren, und von einigen Unternehmergruppen repräsentiert. Politisch wird es von der nationalistischen Bewegung "Patria y Libertad" getragen, die - obwohl sie sich unmittelbar nach dem Putsch selbst aufgelöst hatte - weiterhin Einfluß besaß.

In der Frage der gesellschaftspolitischen Organisation des Landes verfolgen sie die Stärkung der Macht der Gremialbewegung als relevanteste Vermittlungsinstanz zwischen der sozialen Basis und dem Staat. Der korporativistische Charakter des Projektes und der Einfluß der klassischen faschistischen Konzeptionen ist offenkundig.³ Grundlage dieser politischen Vor-

1 Osorio U., Jaime: Las contradicciones interburguesas y la alternativa Frei a la dictadura militar chilena. In: Investigación Económica. Vol. 35. Nr. 138. México 1976. S. 369 und 381.

Perez, Robinson: El dilema del PDC. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 1. Berlin (West). April 1980. S. 21-40.

2 Siehe Carvajal, Juan: "Duros" y "Blandos": Una pugna real. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 2. Berlin (West). Juni 1980. S. 77-93.

3 Ramirez N., Hernán: El fascismo en la evolución política de Chile hasta 1970. In: Araucaria. Nr. 1. Madrid 1978. S. 24 ff.

stellung ist die radikale Kritik an dem bis 1973 bestehenden bürgerlich-demokratischen Staat; nach Auffassung dieser rechten Kreise liegt das entscheidende Moment für den Niedergang der republikanischen Institutionen und der anhaltenden Wirtschaftskrise in Chile im Wesen des früheren institutionellen Regimes, das mit seiner weitgehenden politischen Permissivität das Auftauchen "internationalistischer" Organisationen ermöglicht hatte, die "Demagogie" und den "Mißbrauch der Politik" zu ihrem wichtigsten Verhalten gemacht haben, um sich an der Macht zu halten und die Grundlagen der Nation zu untergraben.

Gegenüber der Armee wird betont, deren Rolle als "Retter der Nation" ließe ihr eine zeitlich unbegrenzte, vorrangig historische Funktion in der Führung des Staates zukommen. Die Streitkräfte sollten somit zu Hütern der zu begründenden korporativen Ordnung werden. Die Funktion, die der Armee von den Vertretern des "desarrolistischen Korporativismus" zugeschrieben wird, stimmt also im wesentlichen mit den grundlegenden Elementen der Ideologie der Nationalen Sicherheit bzw. mit der Rolle überein, die sich die bewaffneten Staatsinstitutionen bei Anwendung derselben zuweisen. So wie nach Auffassung korporativistischer Kreise die organisierte soziale Bewegung die diktatorische Staatsordnung tragen soll, wird von ihnen auch eine zumindest teilweise mit dieser Funktion übereinstimmende Wirtschaftspolitik angestrebt. Ähnlich wie die Christdemokratie heben sie auf eine aktive Rolle des Staates in der Volkswirtschaft und die Förderung eines Industriekapitalismus ab, der sich durch eine gewisse Einkommensverteilung auszeichnet und in der Lage ist, die im Gremialismus organisierte soziale Bewegung hinter dem Projekt eines korporativen Staates zu einen. Diese Vorstellung hatte und hat die Unterstützung bestimmter Militärkreise und war für den Aufbau des Repressionsapparates von entscheidender Bedeutung. Nach der Auflösung der Bewegung "Patria y Libertad" schloß sich ein beachtlicher Teil ihrer Mitglieder dem Geheimdienst DINA an ¹, der während der vier ersten Jahre der Militärregierung die Unterdrückung der Volksbewegung zur Aufgabe hatte.

¹ Dinges, John/ Landau, Saul: Assassination on Embassy Row. New York 1980. S. 129.

- Die dritte Strömung unter den neuen chilenischen Machthabern wird durch die neo-liberalen Konzeptionen der Chicagoer Schule vertreten.¹ Sie ist insbesondere durch ihre ökonomischen Vorstellungen bekannt, die allerdings, umfassend und mit allen Konsequenzen angewandt, ein gesellschaftliches Gesamtkonzept darstellen. Die Untersuchung des monetaristischen Wirtschaftsmodells Chicagoer Prägung muß an dieser Stelle notwendigerweise kurz ausfallen, um im Anschluß an die Beschreibung allgemeinere Merkmale des Neoliberalismus eingehender die daraus für den Fall Chiles abgeleiteten und angewandten Vorstellungen sowie deren Konsequenzen beleuchten zu können.²

Die Chicagoer Schule Milton Friedmans schlägt als grundsätzliches Prinzip den vollständigen Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Landes vor; ihm kommen allein die durch das Subsidiaritätsprinzip vorgeschriebenen Funktionen zu, d.h. er muß sich um die Aufgaben wie Landesverteidigung, Legislative und Jurisdiktion kümmern und über die Entwicklung der ungehinderten und freien Initiative des Einzelnen wachen. Als Alternative zu den übrigen sozioökonomischen Ideologien - die von den Neoliberalen gemeinhin als etatistische Konzepte angesehen werden - wird von ihnen die uneingeschränkte wirtschaftliche Freiheit der Unternehmerentscheidungen, der Warenzirkulation, der Wirtschaftsbeziehungen, der Schaffung eines Kapitalmarktes, des Warenaustausches mit dem Ausland, des internationalen Kapitalflusses, etc. aufgeworfen.

Dieses Konzept wurde mit all seinen Auswirkungen von den der Großindustrie und besonders dem chilenischen Finanzkapital nahestehenden Monopolen übernommen. Es entsprach darüber hinaus den Vorstellungen des transnationalen Finanzkapitals, das an Investitionen in den Ländern interessiert war, in denen der Staat ihre Geschäfte am wenigsten limitierte. Die Position der monopolistischen Konzerne ist nicht nur theoretisch von den neoliberalen Prinzipien beeinflusst, sondern entspricht einer Haltung, die von der Oligarchie seit Ende des vorhergehenden Jahrzehntes eingenommen wurde und sich in den ökonomischen Postulaten von Alessandri bei seiner Kandidatur

1 Carvajal, Juan: "Duros" y "Blandos" a.a.O.

2 Schubert, Alexander: Die Diktatur in Chile. Frankfurter/ Main; New York 1981.

für die Präsidentschaft widerspiegelt. Nach der Übernahme des neoliberalen Konzepts ist bereits damals die Perspektive klar, daß das bis zu jenem Zeitpunkt herrschende Modell der kapitalistischen Akkumulation - übergeordnete Rolle des Staates bei der Förderung eines abhängigen Industriekapitalismus, Umverteilung der Einnahmen des Staates, Finanzierung der Agrarreform, für Lateinamerika fortschrittliche Sozialgesetzgebung, etc. - nicht den Erfordernissen der Kapitalakkumulation weder der chilenischen Oligarchie noch des transnationalen Kapitalismus entsprach. Verhinderten damals die politischen Bedingungen und besonders das Gewicht einer organisierten Volksbewegung die Durchsetzung eines Wirtschaftsmodells der Radikalität des von der Oligarchie angestrebten, schufen nun hingegen die Herrschaft einer Militärdiktatur sowie die Repression der Volksbewegung und vor allem der linken Parteien eine unvergleichliche Möglichkeit, die oben skizzierten neoliberalen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen.

Im Hinblick auf die politische Staatsordnung behauptet das neoliberale Konzept in seiner Theorie, die "wirtschaftliche Freiheit" sei die Voraussetzung der "politischen Freiheit"; die "etatistische" Vergangenheit der chilenischen Gesellschaft mache einen langwierigen Sozialisationsprozeß notwendig, bis die Umsetzung dieser ökonomischen "Freiheit" soweit internalisiert ist, daß eine Wiederholung des vom Neoliberalismus heftig kritisierten staatlichen Interventionen als ausgeschlossen betrachtet werden kann. Die Militärregierung wird so als Notwendigkeit gerechtfertigt; erst wenn sich die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Privatinitiative als Ideologie durchgesetzt und als gangbare ökonomische Alternative für die Mehrheit des Landes erwiesen hat, kann die Stunde der politischen Freiheit und der neuen Demokratie gekommen sein.

Diese neue Demokratie muß in erster Linie auf die "Stabilität" des politischen Regimes ausgerichtet sein, das in Gegenüberstellung zum klassischen Konzept der "Partizipation" des Volkes in der Verfassung und den Entscheidungen des Staates durchgesetzt werden soll. Dies bedeutet im Klartext, das all jene für das zu errichtende System dysjunktionale politische Kräfte vom Kampf um die Macht ausgeschlossen sein sollen, was nichts anderes als die Ausschaltung der politischen und gesellschaftlichen Aktivität der linken Organisation bedeutet.

Nach neoliberaler Auffassung sollen die Streitkräfte im wesentlichen die Voraussetzungen der Ideologie der Nationalen Sicherheit erfüllen und die neue Demokratie schützen. Wie sich noch herausstellen wird, eröffnet die im September 1980 einem Plebiszit unterworfene, neue Staatsverfassung Chiles der Armee durch die Institutionalisierung ihrer politischen Funktion im Rat für Nationale Sicherheit hervorragende Interventionsmöglichkeiten.

Die letztgenannte Konzeption setzt sich schließlich unter den zivilen Strömungen im Rahmen des Militärregimes durch. Bereits im März 1975, als der "Cauas-Plan" oder die "Schocktherapie" eingeleitet werden, läßt sich ein Übergewicht der neoliberalen Vorstellungen gegenüber den "desarrollistischen" Plänen ausmachen. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Grundlage verfügte die monetaristische Politik über den größten Rückhalt und die engsten Kontakte mit dem transnationalen Kapital; darüber hinaus hatten sich die Finanz- und Industriemonopole am heftigsten der Verstaatlichungspolitik der UP-Regierung widersetzt,¹ indem sie entscheidende Positionen in Industrie und Banken innehielten, die von der Volksregierung nicht sozialisiert werden konnten. Diese Gruppen verfügten als einzige über ein Modell und eine wirtschaftspolitische Strategie, die schon vor dem Sturz der Regierung ausgearbeitet worden war.

Die Durchsetzung des neoliberalen Konzepts unter den nicht-uniformierten Trägern der Militärdiktatur vervollständigte das System der umfassenden Beherrschung der Gesellschaft und schuf Platz für ein Beziehungsgeflecht zwischen Zivilisten und Militärs und aus beiden gesellschaftlichen Gruppen gebildeten Regierungen, in denen die Armee die Aufgabe der politisch-repressiven Führung des Staates übernimmt, auf deren Grundlage ein sozio-ökonomisches System errichtet wird, das in erster Linie den Interessen der Oligarchie in Verbindung mit dem transnationalen Kapital dient. Wie sich noch zeigen wird, besteht eine deutliche Funktionalität zwischen der von der Militärregierung in all ihren Konsequenzen angewandten Konzeption des inneren Krieges und der Notwendigkeit einer Disziplinierung der Forderungen der unteren Bevölkerungsschichten, was eine unerläßliche Voraussetzung und eine vorrangige Notwendigkeit der Einführung des neoliberalen Wirtschaftsmodells ist.

1 Rivera, Eugenio: Tres fases de la política económica en Chile (1973 - 1978). In: Cuadernos Políticos. Nr. 22. México 1979. S. 75-90.

Die Durchsetzung dieser Strömung unter den Zivilisten des herrschenden Blocks bedeutete keineswegs das Verschwinden der beiden erstgenannten; so nahm die Christdemokratische Partei eine Haltung offener Opposition gegenüber dem Regime ein, sobald es sich korporativistischer Kreise zur Aufgabe machte, durch ihren Einfluß in verschiedenen Gruppen von Militärs, durch die der Regierung nahestehende Presse und durch ihre mit Regierungsaufgaben betretenen Vertreter, ausgehend vom Regime selbst ihre Vorstellungen durchzusetzen.

5.1. Wirtschaftsmodell und Organisation der Gesellschaft

Die umfangreiche Literatur über das Wirtschaftsmodell der chilenischen Regierung erspart uns eine eingehendere Untersuchung des das politische Vorgehen der Armee begleitenden ökonomischen Konzepts.¹

1 Siehe dazu Schubert, Alexander: Die Diktatur...a.a.O.

Letelier, Orlando: Economic "freedom's" awfull toll. The Chicago Boys in Chile. In: The Review of Radical political Economics. Vol. 8. Nr. 3. New York 1976. S. 44 - 52.

Ferrer, Aldo: El monetarismo en Argentina y Chile. (Primera parte). In: Comercio Exterior. Vol. 31. Nr. 1. México. Januar 1981. S. 3 - 13.

Ferrer, Aldo: El monetarismo en Argentina y Chile. (Segunda parte). In: Comercio Exterior. Vol. 31. Nr. 2. México. Februar 1981. S. 176-192.

Blardone, Gilbert: La politique économique chilienne: un monetarisme repressif. In: Problèmes Economiques. Nr. 1644. Paris. 24.10.1979. S. 16 - 22.

Bitar, Sergio: Monetarismo y ultraliberalismo. 1973 - 1980. In: Cuadernos de Marcha. Vol. 2. Nr. 7. México 1980. S. 17 - 33.

Bitar, Sergio: Libertad exonómica y dictadura militar. La Junta militar chilena 1973 - 78. In: Chile-América. Nr. 56/57. Rom 1979. S. 37-54.

Pinto, Anibal: El modelo ortodoxo y el desarrollo nacional. In: Mensaje. Nr. 297. Santiago de Chile. März-April 1981. S. 104 - 109.

Pinto, Anibal: Apertura al exterior. In: Mensaje. Nr. 298. Santiago de Chile. May 1981.

Voigt, Arnold/ Flehsig, Steffen: Wirtschaftsmodell im Dienste der Monopole - fünf Jahre Wirtschaftspolitik der faschistischen Militärjunta in Chile. In: Asien, Afrika, Lateinamerika. Vol. 7. Nr. 2. Berlin (DDR) 1979. S. 283 - 295.

Calderón, Hugo u.a.: Chile. Der Monetarismus an der Macht. Hamburg 1981.

Zahler, Roberto: The Monetary Real Effects of the Financial Opening up National economies to the Exterior. The Case of Chile 1975 - 1978. In: Cepal Review. April 1980. S. 127 - 153.

Vignolo, Carlos; Inversión extranjera en Chile 1974 - 1979. Una evaluación crítica. In: Mensaje. Nr. 286. Santiago de Chile. Januar-Februar 1980. S. 36 - 41.

Die Umsetzung des "Cauas-Plans" bzw. der "Schocktherapie" in der chilenischen Volkswirtschaft fällt zeitlich mit dem Besuch von Milton Friedman, dem weltweit bedeutendsten intellektuellen Vertreter des Neoliberalismus, in Chile zusammen. Die neue Wirtschaftselite des lateinamerikanischen Landes war an der Universität von Chicago ausgebildet worden und unterhielt sowohl auf akademischer als auch auf persönlicher Ebene weiterhin enge Kontakte zu ihrem nordamerikanischen Lehrmeister; die wichtigsten Vertreter einer monetaristischen Wirtschaftspolitik wurden als "Chicago-Boys" bekannt.

Nach neoliberaler Vorstellung gab es für das Team aus Wirtschaftstechnokraten und die einflußreichsten Unternehmer im Militärregime eine Hauptaufgabe: die Sicherung optimaler kapitalverwertungsbedingungen durch die Anwendung eines liberalen Wirtschaftsmodells auf die inneren und äußeren volkswirtschaftlichen Verhältnisse Chiles.

Liberalisierung des Binnenmarktes.

Ausgehend von der Kritik der traditionellen Rolle des Staates in der chilenischen Volkswirtschaft wird von den Ökonomen der Militärregierung die Meinung vertreten, die Inflation beruhe im Grunde auf der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität des Staates in Bereichen, die über das Subsidiaritätsprinzip, Subventionen, Sozialhilfe, Arbeiten der öffentlichen Hand, etc. hinausgehen; darüber hinaus habe diese staatliche Aktivität die ökonomische Privatinitiative eingeschränkt.

Über der Kritik der Rolle des Staates in der Volkswirtschaft kommen die Vertreter des Neoliberalismus zur Kritik der Politik der vorangegangenen demokratischen Regierungen, indem sie dem Staat vorwerfen, er habe sich in eine Art ökonomisches und politisches Monopol verwandelt. Die Politiker seien somit zu untergeordneten Figuren eines solchen Monopols geworden und hätten sich gezwungen gesehen, diese Situation zu reproduzieren, um an der Macht zu bleiben. Die Wahlversprechen hätten nur durch eine ständige Erhöhung der Staatsausgaben erfüllt werden können.

Als Konsequenz aus dieser Kritik schlagen die Wirtschaftsfachleute aus der Chicagoer Schule den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, und dies in zweierlei Hinsicht: durch die Abtretung staatlicher Betriebe an Privatunternehmer, was durch die Fortsetzung der Privatisierung von Staatsunternehmen umgesetzt wird, sowie durch die "Liberalisierung" aller Wirtschafts-

beziehungen nach den Erfordernissen der unsichtbaren Hand des Marktes. Beide Faktoren sollten zusammen mit der Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen notwendigerweise zu einer Art natürlichen Selektion der Wirtschaftszweige und Unternehmen im Land führen, wo sich logischerweise jene durchsetzen würden, die sich in der freien Marktwirtschaft als leistungsfähigste erwiesen.

Die Förderung der Privatinitiative sowie die Liberalisierung der in- und ausländischen Wirtschaftsbeziehungen sollte zum Motor des Wirtschaftswachstums werden. Die Privatunternehmer, die von allen ihnen durch das regulative Vorgehen des Staates auferlegten Fesseln befreit sind, könnten frei über das Volumen des Geldflusses bestimmen, der zum Wirtschaftswachstum erforderlich ist, und so das Inflationproblem lösen.

Liberalisierung der wirtschaftlichen Außenbeziehungen.

Zu Verbesserungen dieser Beziehungen werden im wesentlichen folgende Maßnahmen eingebracht:

- Liberalisierung des Warenaustausches; Festsetzung eines zehnprozentigen Einfuhrzolls.
- Die Exportwirtschaft muß nach den Gesichtspunkten der "Wettbewerbsvorteile" organisiert werden, d.h. nur solche chilenischen Produkte sind exportfähig, die tatsächlich Chancen haben, sich gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen. Während in den meisten Ländern die für den internationalen Markt bestimmten Erzeugnisse im allgemeinen durch staatliche Subventionen gefördert werden, wurden solche Beihilfen im Fall Chiles abgeschafft.
- Liberalisierung der internationalen Finanzbeziehungen. Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung im Inland wird der Verschuldung beim transnationalen Bankwesen der Vorzug gegeben. Die Funktion der Auslandsverschuldung ist die, ein Land mit den für seine wirtschaftliche Entwicklung notwendigen finanziellen Mittel zu versehen, die nicht allein durch Bemühungen der inländischen Unternehmer zu erreichen sind.

Diese Maßnahmen zielen in ihrer Gesamtheit darauf ab, eine neue Dynamik in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu bringen und als Beitrag anderer Länder zum Wirtschaftswachstum in Chile ausländische Investitionen in Produktions- und Finanzunternehmen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang hängt die Ausgeglichenheit der Zahlungsbilanz von der Möglichkeit ab,

einen internationalen konkurrenzfähigen, produktiven Volkswirtschaftszweig aufzubauen und Zugang zu Auslandskrediten zu bekommen. Wie wir sehen werden, ist der letztgenannte Punkt sowohl für den allgemeinen Erfolg des Modells als auch für das spezielle Ziel des Ausgleichs der Handelsbilanz entscheidend.

5.1.1. Ergebnisse des Wirtschaftsmodells ¹

Solange der Fluß des ausländischen Finanzkapitals anhielt - also bis 1980 - wurden die ökonomischen Ziele allmählich erfüllt. Die Inflationsrate, die in den ersten Jahren der Militärregierung im Jahresdurchschnitt annähernd 300 % erreicht hatte, ging bis 1980 auf 30 % zurück ², und die Handelsbilanz wies einen Überschuß auf, der mit der wachsenden Auslandsverschuldung finanziert wurde.

Die Wirtschaftspolitik des Militärregimes kann jedoch nicht ausschließlich auf der Grundlage dieser beiden Daten analysiert werden, denn die Auswirkungen des Neoliberalismus gehen weit über die von den Promotoren einer solchen Wirtschaftspolitik angestrebten Zielsetzungen hinaus.

- Die Rolle des Staates: Mit dem Beginn der Militärregierung wurde ein Programm zur Reprivatisierung der während der UP-Zeit verstaatlichten Unternehmen eingeleitet. Hauptnutznießer dieser Politik war das chilenische Finanzkapital, das mit Hilfe ihrer von der UP-Regierung nicht vergesellschafteten Finanzorganisationen und aufgrund der uneingeschränkten Unterstützung des transnationalen Bandwesens über die zum Erwerb reprivatisierter Betriebe notwendigen finanziellen Mittel verfügte.

Nach der Konsolidierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells ging die Regierung daran, die Ausgaben für Verwaltung und Sozialleistungen im Staatshaushalt zu reduzieren. Bis zum Jahre 1979 gingen die staatlichen Investitionen im Gesundheits- und Erziehungswesen um 70 % bzw. 60 % gegenüber 1973 zurück. ³

1 Zur wirtschaftlichen Ergebnissen im Jahre 1982 siehe Meller, Patricio: Un balance de la situación económica chilena del año 1982. In: Mensaje. Nr. 316. Santiago de Chile. Januar-Februar 1983. S. 42 - 46.

2 Bitar, Sergio: Monetarismo y ultraliberalismo...a.a.o. S. 22.

3 Foxley, A.: ¿Resuelve el modelo económico los problemas de fondo? Zeitschrift Hoy. Nr. 221. Santiago de Chile. S. 37.

- Repression und Lohnpolitik:¹ Die Repression der Kräfte der Volksregierung hatte direkt die Beschränkung der Stärke der Arbeiterbewegung zur Folge. In den ersten Jahren der Militärregierung war es nahezu unmöglich, eine strukturierte Bewegung aufzubauen, im die von der Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte erreichten gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Errungenschaften zu verteidigen. Das Vorgehen der Regierung zielte nicht nur darauf ab, die Druckmittel der Gewerkschaftsorganisation zu beschneiden, sondern erfüllte darüber hinaus eine direkte ökonomische Funktion im Rahmen der neoliberalen Konzeption der Inflationsbekämpfung und der Unternehmerautonomie. Während die Unternehmerverbände der Regierung ungehindert ihre Forderungen vorlegen konnten, war die organische Ausdrucksmöglichkeit der Gewerkschaften absolut eingeschränkt; auf diese Weise übte der Staat eine ganz spezielle wirtschaftliche Aktivität aus.

Die Inflationsbekämpfung brachte eine restriktive Lohnpolitik mit sich, die durch die weitgehende Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung und aufgrund des großen Heeres von Arbeitslosen durchgesetzt werden konnte. Die Angaben über Reallohnentwicklung und Arbeitslosigkeit in diesen Jahren mögen diese Einschätzung bestätigen:

Entwicklung der Realeinkommen (Index 1970 = 100) ²

Jahr	Index	Jahr	Index
1970	100,0	1976	64,7
1971	122,7	1977	71,4
1972	96,1	1978	76,0
1973	80,4	1979	82,3
1974	65,0	1980	89,2
1975	62,9	1981	97,2

¹ Zur sozio-ökonomischen und organisatorischen Lage der chilenischen Arbeiterschaft unter der Militärdiktatur siehe:

Campero, Guillermo: Movimiento sindical, política laboral y modelo económico después de 1973. In: Chile-América. Nr. 76/77. Rom. Februar-März 1982. S. 37 - 43.

Ruiz-Tagle, Jaime: Los ingresos reales de los trabajadores más pobres. In: Mensaje. Nr. 305. Santiago de Chile. Dez. 1981. S. 706 - 709.

Ruiz-Tagle, Jaime: Otra vuelta de tuerca. Nueva legislación laboral. In: Mensaje. Nr. 303. Santiago de Chile. Okt. 1981. S. 529 - 531.

Ruiz-Tagle, Jaime: Seis años de política social. Una revolución en marcha. In: Mensaje. Nr. 282. Santiago de Chile. Sept. 1979. S. 515 - 520.

Meller, Patricio/ Cortázar, René/ Marshall, Jorge: El estancamiento del empleo en Chile: 1974 - 1978. In: Mensaje. Nr. 286. Santiago de Chile. Januar - Februar 1980. S. 42 - 45

² Solidaridad. Informativo de la Vicaría de la Lolidaridad del Arzobispado de Santiago. Año 7. Nr. 142. Santiago de Chile. Sept. 1982. S. 13.

Arbeitslosenrate (in %) ¹

Jahr	Prozentsatz	Jahr	Prozentsatz
1970	6,1	1976	19,2
1971	3,8	1977	18,1
1972	3,1	1978	17,9
1973	4,7	1979	17,3
1974	9,2	1980	17,2
1975	18,3	1981	23,0

Neben diesen faktischen Ergebnissen wurde eine Arbeitsgesetzgebung durchgesetzt, die auf eine Beschränkung der gewerkschaftlichen Organisation an der Basis abzielte.

- Einkommens- und Besitzkonzentration: Die Politik der ökonomischen Liberalisierung brachte einen entscheidenden Startvorteil für die großen Konzerne mit sich, die innerhalb der chilenischen Bourgeoisie als einzige über genügend Kapital verfügten, die soeben reprivatisierten Betriebe aufzukaufen und darin wieder die Produktion aufzunehmen. Dies war aus den oben genannten Gründen möglich, also aufgrund der Kontrolle entscheidender Wirtschaftspositionen nach dem Sturz der UP und der besonderen Beziehungen zum transnationalen Kapital, mit deren Hilfe die Konsortien eventuelle Mitstreiter innerhalb der Bourgeoisie schon zu Beginn ausschalten konnten. Gegen 1978 kontrollierten nur fünf Konzerne 50 % des Kapitals der 250 größten Unternehmen Chiles. Für die drei größten Wirtschaftskonsortien des Landes seien hier die Zahlen der von ihnen kontrollierten Unternehmen angegeben: CRUZAT-LARRAIN = 109, JAVIER VIAL = 65, ELIODORO MATTE = 35 Unternehmen. Im Finanzwesen kontrollierten dieselben Konzerne mit über 11 Banken 82 % des gesamten Bankvermögens und 60 % des Gesamtumfangs der Kredite. ² In den nachfolgenden Jahren vermehrten die angeführten Wirtschaftsklans weiterhin das Kapital ihrer Unternehmen, wodurch der 1973 begonnene Prozeß der Kapitalkonzentration und -zentralisierung weiter zugespitzt wurde. ³

- Förderung des spekulativen Kapitalismus und Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung: Die wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Ausland hatte u.a. das Ziel, Direktinvestitionen zu begünstigen, um mit Hilfe eines

¹ Eigene Zusammenstellung der Daten aus:

Schubert, A.....a.a.O. S. 125.

Foxley, A.....a.a.O. S. 38.

Silva Henríquez, Raúl: Respuesta a Director de Odeplan. In: Análisis. (Separata). Santiago de Chile. Okt. 1981. S. 8.

² Schubert, Alexander....a.a.O. S. 114.

³ Zeitschrift Hoy. Nr. 219. Santiago de Chile. S. 26 - 28.

massiven Kapitalflusses die Gesamtinvestitionsrate als grundlegende Bedingung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu erhöhen. Trotz der ihm gebotenen, extrem günstigen Bedingungen beschränkte sich das transnationale Kapital jedoch darauf, die Kreditströme zu den monopolistischen Konzernen zu öffnen, anstatt Direktinvestitionen zu tätigen. Hierzu ein Beispiel: während sich die Auslandsverschuldung 1981 auf 15 Milliarden Dollar belief - das ist die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes Chiles und mehr als das Doppelte des Gesamtexportvolumens von 1980 -, waren bis Anfang 1981 nur 915,2 Millionen Dollar an ausländischen Direktinvestitionen ins Land geflossen.¹

Was geschah währenddessen mit den Auslandskrediten, die den chilenischen Monopolen von der transnationalen Bank zur Verfügung gestellt wurden? Diese Auslandskredite wurden im wesentlichen zur Finanzierung der Auslandsverschuldung - 1982 mußten gegenüber dem Ausland 4 Milliarden Dollar zur Bezahlung von Zinsen und Tilgung aufgebracht werden² -, zur Förderung des importabhängigen Handels, für spekulative Finanzgeschäfte und für Rüstungsausgaben verwandt.

Während die Importrate auf dem extrem niedrigen Niveau von 10 % gehalten wurde, sah sich Chile einer regelrechten Überschwemmung mit Importartikeln aus den Zentren der Weltwirtschaft ausgeliefert. Dieses Phänomen führte wiederum zum Zusammenbruch wichtiger Produktionszweige, die nicht mit den eingeführten Waren konkurrieren konnten.

Der Geldfluß aus dem Ausland gelangt über die Finanzmonopole in die chilenische Volkswirtschaft und wird den Importunternehmen sowie den Konsumenten dieser Importartikel zu Zinssätzen zur Verfügung gestellt, die sich auf jährlich bis zu 70 % beliefen³, d.h. daß nicht nur die Importe selbst über die Verschuldung im Ausland finanziert werden, sondern auch der Absatz dieser importierten Waren im Inland, indem mit den Dollarkrediten bei der transnationalen Bank den Konsumenten in Chile von den dortigen Banken

1 Möckenberg, M.O.: Los dólares que no llegan. In: Zeitschrift Hoy. Santiago de Chile. 11.-17.2.81. S. 32-33.

2 FGS Ökonomie und Politik: Die Instabilität internationaler Verschuldung und die Transnationalen Banken. Occasional Papers 7/82. Freie Universität Berlin. May 1982. S. 48.

3 Ebd.

Kreditkette gebildet, die vornehmlich Spekulationen der Banken und den Handel mit importierten Waren fördert; gleichzeitig gehen die Anreize zu Investitionen in der Produktion im Land selber zurück.

Konkret führte das oben skizzierte Wirtschaftsmodell zu folgenden Ergebnissen:

- Die Gesamtinvestitionsrate, die sich zwischen 1960 und 1970 im Jahresdurchschnitt auf 15,3 % belief, sank zwischen 1974 und 1979 auf 11,2 %.¹
- Die Zuwachsrate des Inlandproduktes, die zwischen 1960 und 1970 durchschnittlich bei 4,5 % jährlich gelegen hatte, ging zwischen 1974 und 1979 auf 2,5 % im Jahresdurchschnitt zurück. Der deutlichste Anstieg vollzog sich im Dienstleistungsbereich - Banken, Finanzgesellschaften, Handel, etc. -, wo die mittlere Zuwachsrate bei 3,7 % im Jahr lag.²
- Das neoliberale Modell verursachte einen Stillstand der industriellen Entwicklung; erst 1978 wurde wieder das Produktionsniveau von 1968 erreicht.³ Danach erfährt die Industrieproduktion einen deutlichen Rückgang, der sich in einer Wachstumsrate von 0,1 % im Jahre 1981 niederschlägt.⁴ Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Wachstumsrate in der Industrieproduktion 1971 und 1972 bei 13,7 % bzw. 11,4 % lagen, wohingegen sie 1979 - also im Jahr des stärksten industriellen Wachstums unter dem derzeitigen Regime - nur 7,7 % erreichte.⁵
- Extreme Abhängigkeit vom transnationalen Kapital: Die Öffnung gegenüber dem Ausland und die Spezialisierung auf Export-Güter, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, brachte bis 1980 einen ständigen, über den Werten der Vorjahre liegenden Anstieg des Exportes mit sich. Als es jedoch zu Einbußen bei der Produktivkraft des Landes kam, ließ sich ein konstantes Anwachsen der die Exporte übersteigenden Importe verzeichnen: (in Milliar-

1 Arriagada, Genaro: En busca del "milagro económico" perdido. In: Zeitschrift Hoy. Nr. 222. Santiago de Chile. S. 10.

2 Ebd.

3 García, Gonzalo: La producción en Chile en los años 70. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. Nr. 48. Juli-August 1981. S. 13.

4 Mönckeberg, M.O.: "Estamos tocando fondo". In: Análisis. Santiago de Chile. März 1982. S. 16.

5 García, Gonzalo...a.a.0.

den US-Dollar) ¹

	1970	1978	1979	1980
Export	+ 2,186	+ 2,416	+ 3,821	+ 4,300
Import	- 2,244	- 2,958	- 4,442	- 5,100
Handels- bilanz	- 55	- 542	- 621	- 800

Da das Land über keine anderen Mittel zum Erwerb von Devisen außer den Exporten und dem Auslandskredit verfügt, griffen die Wirtschaftspolitiker angesichts der dem Modell inhärenten Notwendigkeit einer positiven Zahlungsbilanz auf die weitestgehende Verschuldung im Ausland zurück, um die Volkswirtschaft zu beleben und einen Zahlungsbilanzüberschuß zu erzielen. Seit 1978 kam es zu einem umfangreichen Zustrom ausländischen Kapitals nach Chile, was bis 1980 eine Auslandsverschuldung von 11,2 Milliarden Dollar hervorrief, die 1981 auf 14,8 Milliarden anstieg und Chile zum Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in der Welt macht.² Auch wenn das Wirtschaftsmodell zwischen 1976 und 1980 sicherlich Zuwachsraten des Sozialproduktes um 6 % bewirkte³ - was in der dem Regime wohlwollend gegenüberstehenden internationalen Presse eingehend dargestellt wurde⁴ - war dies eben allein aufgrund des massiven Kapitalflusses aus dem Ausland in die chilenische Volkswirtschaft möglich. Letztendlich deckte sich das "chilenische Wirtschaftswunder" nicht mit dem Bemühen um Steigerung der wirtschaftlichen Stärke im Inland, sondern hing vornehmlich von den Absatzmöglichkeiten chilenischer Exporte auf dem Weltmarkt und den Möglichkeiten des internationalen Bankwesens ab, einen wachsenden Zustrom ausländischer Kredite in die chilenische Wirtschaft zu gewährleisten. Fällt eine dieser Voraussetzungen weg, steht das Land vor einer Wirtschaftskrise, wie es seit 1981 der Fall ist. Kommt es zu einer Unterbrechung des Kreditflusses, bricht das gesamte auf dieser Grundlage errichtete Geflecht von Wirtschaftsbeziehungen zusammen.

¹ Schubert, Alexander...a.a.O. S. 52.

² FGS Ökonomie und Politik: Die Instabilität...a.a.O. S. 47.

³ Bitar, Sergio: Monetarismo y ultraliberalismo...a.a.O. S. 22.

⁴ Capital-Raport: Chile. Wirtschaftswunder. In: Capital. Nr. 1. Januar 1982. S. 134 - 162.

5.1.2. Die Schwächen des Modells

Der Beginn der weltweiten Rezession 1981, die starke Geldmengenbeschränkung und die hohen Zinsen der Auslandskredite limitierte drastisch den Zustrom ausländischen Kapitals in die chilenische Volkswirtschaft. Der Kupferpreis sank auf dem Weltmarkt, und folglich nahmen die Exporteinnahmen Chiles ab, da sich andere Exportartikel auf dem Weltmarkt nicht durchsetzen konnten. Wie bereits ausgeführt wurde, trifft das chilenische Finanzkapital außerdem auf große Schwierigkeiten bei der Beibehaltung des vollen Umfangs für das Entwicklungsmodell erforderlichen Kreditflusses. Als es zur angesprochenen Unterbrechung des Kapitalflusses kommt, sind die chilenischen Banken gezwungen, die Kreditvergabe im Inland einzustellen oder drastisch zu senken, was zusammen mit den steigenden Zinssätzen - bis zu 60 % im Jahre 1981 - zu einer Paralyisierung der Wirtschaft und dem Scheitern des neoliberalen Modells führt. Mit dem Konkurs von CRAV¹, dem größten Zuckerkonzern Chiles, nimmt die Kette der zahlreichen Firmenzusammenbrüche ihren Anfang; während sich die Zahl der Firmenschließungen bis 1980 auf etwa 400 pro Jahr belief - doppelt so viele wie vor 1973 - mußten allein im ersten Halbjahr 1982 362 Unternehmen Konkurs anmelden. Der wesentliche Grund für diese Firmenschließungen liegt darin, daß die Unternehmer nicht in der Lage sind, die Kredite an die Banken zurückzuzahlen. Da wiederum deren Kunden somit zahlungsunfähig sind, macht die Krise, die sich zudem in einer über 30 %igen Arbeitslosigkeit niederschlägt, auch vor dem chilenischen Finanzkapital nicht halt. Unter Verstoß gegen die Prinzipien der neoliberalen Ökonomie sah sich der Staat gezwungen, zur Gesundung und Finanzierung der Bankkredite einzugreifen.²

Wenn weder der Staat noch Einzelne in der Lage sind, den Zufluß von Auslandskrediten zu gewährleisten, besteht die einzige Möglichkeit, einen relativen Aufschwung zu erreichen, in der Verstärkung der staatlichen Präsenz in der Wirtschaft, was wiederum notwendigerweise zu einer Erhöhung des Haushaltsdefizites, zu höherer Inflation und zu wachsenden Schwierigkeiten bei der Erhaltung einer positiven Zahlungsbilanz führen muß.

1 Schubert, Alexander: Caso CRAV: El modelo económico (to davía) no se derrumba. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 8. Berlin (West) Sept. 1981. S. 23-25.

2 Mönckeberg, M.O.: El pueblo paga la cuenta. In: Análisis. Nr. 54. Santiago de Chile. Februar 1983. S. 7 -10.

Los "Pirañas": Historia de una historia. In: Análisis. Nr. 54. Santiago de Chile. Februar 1983. S. 11-15.

Zusammengefaßt beruht die große Debität des monetaristischen Wirtschaftsmodells darauf, daß es so unmittelbar von der Weltwirtschaftslage abhängt; gleichzeitig mit einer Verschlechterung der Produktivität des Landes ist die chilenische Volkswirtschaft dazu verurteilt, allen Schwankungen der internationalen Wirtschaft ausgesetzt zu sein, ohne über Instrumentarien zum Schutz vor solchen äußeren Einflüssen zu verfügen.

Ein zweiter Aspekt der Schwäche des Modells, der weitgehende Konsequenzen für die Stabilisierung des Militärregimes und für dessen Beziehung zu den gesellschaftlichen Organisationen hat, ist die Unfähigkeit des Neoliberalismus, die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern. Anfangs machte die für das Sysetm notwendige Kapitalakkumulation eine Überausbeutung der Arbeiterklasse erforderlich, und später ließ sich die aus Budgetgründen unumgängliche Rationalisierung des Staatsapparates nur durch Massenentlassungen staatlicher Angestellter erreichen. Mit der Durchsetzung des freien Wettbewerbs als Grundprinzip der chilenischen Volkswirtschaft vollzog sich durch die Enteignung mittlerer und kleiner Unternehmen eine ökonomische Konzentration und Zentralisierung. Somit reduziert sich die einzig stabile Unterstützung des Regimes objektiv auf Hochfinanz und Armee.

5.2. Staatsführung und politische Institutionalisierung des Modells. Die Armee als Regierung

Aufgrund der Form der Regierungsübernahme durch die Opposition gegen die UP-Regierung liegt die Hauptverantwortung für die Führung des Staates bei den Streitkräften. Die Besetzung der Staatsgewalt durch die Armee entspricht den Bedürfnissen der Oligarchie, für die das neue Modell der kapitalistischen Akkumulation einer langfristigen Durchsetzung sowie einer entschiedenen Repressionspolitik bedurfte, um die Organisationsformen des Volkes und seine Parteien zu zerschlagen und jegliche neue Ausdrucksform für dessen Forderungen zu unterbinden. Letztendlich besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Sparpolitik der Neoliberalen und der von der Militärregierung ausgeübten Gewalt.

Anfangs ließen die Zerschlagung der Opposition und aller Formen politischer Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat ein Modell politischer und sozialer Kontrolle entstehen, das durch eine De-facto-Politik gekennzeichnet ist. Der legale Rahmen wurde entsprechend den sich ergebenden Notwendigkeiten geschaffen. In der ersten Phase, die praktisch bis 1980 dauert, regiert das Militärregime auf der Grundlage von Gesetzesdekreten, die von der Regierungsjunta und dem Staatspräsidenten erlassen werden. Seit 1976 wird mit der Schaffung der Bedingungen für eine neue, stabilere institutionelle Ordnung begonnen. Im Jahre 1980 wird in einem von der Regierung manipulierten Plebiszit eine neue Verfassung angenommen, die die neue institutionelle Struktur des Landes festlegt und erst ab 1989 Gültigkeit haben wird. Im März 1981 wurde eine Übergangsphase eingeleitet, die 1989 abgeschlossen sein soll, wenn angeblich die Zeit der "neuen Demokratie" beginnen wird.¹

In allen hier skizzierten Phasen stehen die Streitkräfte im Zentrum der politischen Macht des Staates, bis 1989 ganz offen und danach etwas verborgener. Doch soll auf diesen Aspekt an einer anderen Stelle eingegangen werden.

Nach einer langen Phase politischer Enthaltensamkeit durch Nicht-Eingreifen in die Staatsführung hatte die Armee keinerlei Regierungserfahrung, verfügte aber über eine Ideologie, die ihr eine Vorstellung über Angelegenheiten des Staates aus einer ganz besonderen Sichtweise erlaubte: die Doktrin der Nationalen Sicherheit. (DNS). In Ermangelung anderer Konzepte der Staatsführung wurde die DNS vom Zeitpunkt des Putsches ab zum Leitmodell des Vorgehens der Militärs an der Regierung.

Im Unterschied zu den Armeen anderer lateinamerikanischer Länder wie Peru und Brasilien besaßen die chilenischen Streitkräfte keine speziellen Studienzentren, in denen sie besondere Regierungsaufgaben planen konnten, so daß die Anwendung der INS eher einem allgemeinen theoretischen Rahmen als einer auf verschiedene Aspekte des nationalen Lebens zugeschnittenen Theorie entsprach; dies hatte eine totale und extrem dogmatische Umsetzung der INS und eine Regierungspolitik zur Folge, in der die Armee den praktischen Initiativen der vorherrschenden Gruppe von Zivilisten, d.h. der chilenischen Großoligarchie, unterworfen war. Erst 1975 entstand ein den

1 Constitución Política de la República de Chile 1980. Santiago de Chile. Agosto 1980.

brasilianischen und peruanischen ähnliches Studien- und Planungsinstitut, die Akademie für Nationale Sicherheit.¹

Da der theoretische Inhalt der DNS auf den vorhergehenden Seiten mehr oder weniger ausführlich untersucht worden ist, soll an dieser Stelle nicht erneut detailliert darauf eingegangen werden. Mit Hilfe offizieller Dokumente soll hier nur die grundlegende Bedeutung aufgezeigt werden, die die INS für die Staatsführung durch die Armee sowohl in der Phase der Ausnahmesituation (bis 1980) als auch während der Institutionalisierung des Regimes (seit 1980) hatte.

Zwar bildete die DNS die zentrale Leitlinie der Militärmacht, doch muß darauf hingewiesen werden, daß sich in der angewandten Staats- und Gesellschaftstheorie auch andere theoretische Einflüsse wie der nationalistische Korporativismus, der katholische "Integrismus" sowie die bereits untersuchten neoliberalen Konzeptionen erkennen lassen.² In der vorliegenden Arbeit wird allerdings davon ausgegangen, daß es sich dabei um der INS untergeordneten Strömungen handelt, auf die nicht näher eingegangen werden soll. Die Bedeutung der DNS im politischen Aufbau des neuen Staates geht aus zahlreichen Dokumenten der Regierung hervor, die als Grundlage für die folgende Analyse herangezogen wurden.³

1 Solari, Ricardo: La Academia Superior de Seguridad Nacional. In: Seguridad Nacional. Nr. 1. Santiago de Chile. Juli-August 1976. S. 89-97.

2 Garretón, M.A.: De la Seguridad Nacional a la nueva institucionalidad. Notas sobre la trayectoria ideológica del nuevo estado autoritario. In: Revista Mexicana de Sociología. Vol. 40. Nr. 4. México 1978. S.1259-1282.
Garretón, M.A.: El proceso político chileno. FLACSO. Santiago de Chile 1983. S. 89 ff.

Almeyda, Clodomiro: Reflexiones en torno al integrismo católico reaccionario. In: Araucaria. k.A. S. 163-169.

Rojas-Mix, Miguel: El hispanismo. Ideología de la dictadura en "Hispanoamérica". In: Araucaria. k.A. S. 47-59.

Silva Solar, Julio: El integrismo católico fascista en la ideología de la Junta Militar. In: Chile-América. Nr. 1. Rom. 1974. S. 1-3.

Moulian, Tomas: Religion and Authoritarianism. In: Social Compass. Vol. 26. Nr. 2/3. Brussel 1979. S. 331-344.

3 Junta Militar: Objetivo nacional del Gobierno de Chile. In: Witker, Alejandro: Chile: Sociedad y política. Del Acta de la Independencia a nuestros días. México 1978. S. 406-433.

Heredia S., Gonzalo: Actas Constitucionales del 11 de Septiembre de 1976. In: Mensaje. Nr. 253. Okt. 1976. S. 463-465.

Constitución Política...a.a.O.

Declaración de Principios del Gobierno de Chile. Zeitung El Mercurio. 12.5.74.

5.2.1. Die nationale Einheit

In den Konzeptionen der DNS spielen die Begriffe "Nation" und "Nationale Einheit" eine zentrale Rolle; wie bei allen Definitionen der chilenischen Version der INS handelt es sich dabei um einen Einheitsbegriff, dessen Zielsetzungen nicht auf der Grundlage einer vom Volkswillen ausgehenden Konsensentscheidung festgelegt wurden, sondern Nationale Einheit und Nationale Ziele werden a priori definiert. Die Nationalen Ziele - Grundlagen der Einheit - haben sich in der Tradition der Geschichte Chiles herausgebildet; es gibt eine Art Nationale Seele, die niemals klar umrissen wird und deren spezifischer Ursprung ebensowenig ausdrücklich bekannt ist wie die sich hinter ihr verbergenden Ziele.

Die Nationalen Ziele implizieren die Existenz gemeinsamer Interessen der gesamten Bevölkerung, und alle Mitglieder der nationalen Gemeinschaft sind gezwungen, sich daran zu halten und sie zu erfüllen. Eine solche Auffassung verkennt die Möglichkeit, daß etwa aufgrund unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle innerhalb eines Landes verschiedene Nationale Ziele bestehen könnten, d.h. diese korporativistische Sichtweise schließt per definitionem verschiedenartige Gesellschaftskonzepte aus; andere Vorstellungen werden als von den traditionellen abweichende Ziele betrachtet. Das Ergebnis ist somit eine Auffassung der INS "als Konzept, das nicht nur zum Schutz der territorialen Integrität des Staates bestimmt ist, sondern ganz besonders zur Verteidigung der wesentlichen Werte der Nationalen Seele oder Tradition, da ohne sie gar die Nationale Identität verloren ginge." ¹

Unter den Bedingungen einer Militärregierung hatte diese einheitliche Betrachtungsweise von Nation, Nationaler Einheit und Nationalen Zielen die Funktion, der Rechtfertigung des Staatsstreiches, da "Chile lange Zeit systematisch gespalten worden war" ². Gleichzeitig mit der Rechtfertigung des neuen, angeblich einzig realisierbaren Gesellschaftsmodells wird jegliche denkbare Alternative ausgeschlossen. Das neue Gesellschaftskonzept - wirtschaftlich neoliberal und politisch diktatorisch - soll die Aufgabe eine Neudefinition der Nationalen Ziele und die Unterordnung der Nation unter diese Vorstellungen erfüllen und somit auch die Nationale Einheit auf neuen Grundlagen durchsetzen.

1 Rodríguez V., Mario: Fundamento de la nueva institucionalidad (el concepto de Seguridad Nacional). In: Mensaje. Nr. 253. Santiago de Chile. Okt. 1976. S. 460.

2 Declaración de Principios...a.a.0.

Es ist festzustellen, daß die hier angerissenen Inhalte der DNS einen weitgehend ideologisierten Charakter aufweisen und - so wie allgemein alle Formulierungen der chilenischen Version der DNS - wesentlich eine Rechtfertigungsfunktion erfüllen.

Wem wird die Verantwortung für diese Art des Verrats an den Nationalen Zielen zugeschrieben ? Und wer ist also nach Auffassung der Militärregierung für den Niedergang der Nationalen Einheit verantwortlich ? Bei der Beantwortung dieser beiden Fragen finden sich weitere Beweise für die Behauptung, die INS sei die entscheidende theoretische Staatsgrundlage unter den Bedingungen der Militärdiktatur.

5.2.2. Die antikommunistische Ideologie

Im Mai 1974 stellt General Pinochet fest: "Es wurde versucht, die Chilenen in Klassen, Parteien oder feindliche bzw. unversöhnliche Gruppen zu spalten. Alles, was eine Spaltung begünstigte, wurde gefördert und dabei das Wesentliche, was uns eint, außer Augen verloren..."¹

Die Zerstörung der Nationalen Einheit und die Provozierung einer gesellschaftlichen Spaltung sei Teil eines Konzeptes des subversiven Krieges, der auf eine Destabilisierung der Gesellschaften abziele, "um sie zu weiteren Satelliten des sowjetischen Imperialismus zu machen"². In diesem Sinne heißt es weiter:

"Wie andere Länder der Welt und besonders Lateinamerika hat Chile unter dem heftigen Ansturm des Marxismus-Leninismus gelitten und sich entschlossen, gegen ihn vorzugehen und ihn bis zu seiner totalen Niederlage zu bekämpfen...Dennoch zeigt die derzeitige Wirklichkeit, daß der Marxismus nicht allein eine eigentliche perverse Ideologie ist. Sie ist darüber hinaus permanente Aggression, heute im Dienste des sowjetischen Imperialismus...Diese Form der Aggression eröffnet einen unkonventionellen Krieg, in dem die territoriale Invasion durch den Versuch der Kontrolle des Staates von innen heraus ersetzt wird. ... Einerseits infiltrierte er die lebenswichtigen Zentren der freien Gesellschaften ...Andererseits verursacht er sämtliche Formen von Unordnung... Und als verirrte Synthese all dieser Störungen entsteht und verbreitet sich der Terrorismus... Das äußerste Ziel dieser

1 Declaración de Principios....a.a.O.

2 Pinochet, Augusto: Mensaje del 11 de Septiembre de 1976. In: Zeitung El Mercurio. 12.9.76.

allgemeinen Unordnung ist die Schwächung der Gesellschaften, die nicht von der roten Sekte kontrolliert werden, um im geeigneten Augenblick seine Fänge auf sie niedergehen zu lassen und sei in weitere Satelliten des sowjetischen Imperialismus zu verwandeln..." 1

5.2.3. Die Rolle der Streitkräfte

Alle oben angeführten Punkte weisen auf eine über die bloße Verurteilung des Vorgehens der linken politischen Kräfte und ihrer Regierungspolitik während der UP-Zeit hinausgehende Kritik hin. Es geht um eine globale Kritik an der Funktionsweise der bürgerlichen Demokratie in Chile. Von daher auch die ständig wiederkehrenden Aussagen der Regime-Anhänger, die aktuelle Lage erlaubt keine Rückkehr zu den vor 1973 bestehenden Bedingungen. Diese korruptierte, vom Marxismus infiltrierte Demokratie, die unfähig ist, die Nationalen Ziele und die Nationale Einheit aufrechtzuerhalten, muß durch eine neue Art der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft ersetzt werden. Die Phase der Ausnahmezustände und deren spätere Institutionalisierung sollen die Grundlage für eine Ersetzung der alten Staatsform schaffen. Dabei spielen die Streitkräfte eine entscheidende Rolle:

"Gegenüber dem zu ständiger Aggression gewordenen Marxismus ist es dringend erforderlich, die Macht in den Streitkräften und der Polizei zu verankern, da sie allein über die Organisation und Mittel verfügen, ihm die Stirn zu bieten. Dies ist die grundlegende Wahrheit dessen, was in weiten Teilen unseres Kontinents geschieht." 2

Die Durchsetzung der INS in der Organisation des Staates vollzieht sich in zwei Etappen, und zwar in einer als Notstandslage bezeichneten Phase zwischen 1973 und 1980, der die 1980 mit der Verkündung der neuen Verfassung beginnende Periode der Institutionalisierung des Regimes folgt.

1 Pinochet, Augusto: Mensaje del 11 de Septiembre....a.a.O.

2 Ebd.

5.2.4. Die Zeit der Notstandssituation

Nach der Übernahme der Macht durch die Armee verfolgt diese eine Politik der Staatsführung, die sich nach den jeweilig gegebenen Situationen richtet und von den Fraktionen bestimmt wird, die sich unter den zivilen wie militärischen Trägern des Regimes durchsetzen. Bereits zu Beginn dieser Phase liegt die Hegemonie im zivilen Bereich in Händen der Großmonopolbourgeoisie, die aus einer starken Machtposition ihren Beitrag zur Bestimmung des Charakters der Notstandssituation und zur Vorbereitung der Periode der Institutionalisierung des Regimes leistet.

Die DNS und die Machtausübung durch die Armee decken sich vollständig mit den ökonomischen Bedürfnissen neoliberaler Kreise, die als grundlegende Bedingung für den Erfolg ihres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modells den völligen Ausschluß der Forderungen des Volkes verlangen. Die systematische Repression der linken politischen Kräfte und allmählich auch der Christdemokratischen Partei ist das entscheidende Instrument bei "der Befriedung" weiterer Bevölkerungskreise.

Ohne daß sämtliche, periodisch auftretenden Widersprüche im Inneren der militärischen Institutionen überwunden würden, setzen sich im Militär die orthodoxesten Positionen der DNS durch.

Die Staatsstruktur während der Notstandsphase: Durch den Militärputsch übernimmt eine aus den Oberkommandierenden der drei Waffengattungen und dem Polizeichef zusammengesetzte Junta die politische Kontrolle des Staates. Diese erteilt sich selbst Kontrollbefugnisse über die exekutive und die judikative Gewalt, wobei sie Struktur und personale Zusammensetzung der Legislative beibehält. Auf kommunaler Ebene und in den Provinzen werden Gouverneure und Intendenten eingesetzt, so daß die Regierungsverantwortlichkeit in die Hände von Armeeoffizieren fallen.

Auch in der Zentralregierung ruhen die meisten ministeriellen Aufgaben und der überwiegende Teil der öffentlichen Verwaltung auf Offizieren der Streitkräfte. Dasselbe ist in den wichtigen Posten des Erziehungswesens festzustellen, wo z.B. die Leitung der Universitäten von der Junta designierten Militärrektoren zufällt.

Zusammengefaßt läßt sich also sagen, daß die wichtigsten Positionen der Regierungsverantwortlichkeit von Mitgliedern der Streitkräfte besetzt sind, und zwar nach einem Verteilungsschlüssel, der sich nach der realen Stärke

der drei Waffengattungen und der Polizei richtet. Seit 1976, als man von der Institutionalisierung des Regimes zu sprechen begann, erhielten denn auch zivile Anhänger der Militärjunta verstärkt Zugang zu Regierungsposten. Gleichzeitig wird die Beseitigung des bürgerlich-demokratischen Systems eingeleitet: Schließung des Nationalkongresses, Verbot der linken politischen Parteien, Unterbindung der politischen Arbeit der übrigen Parteien, Beschränkung der öffentlichen Freiheiten wie Informations- und Versammlungsfreiheit und Recht auf freie Meinungsäußerung.

Kurz nach dem Putsch beginnen sich die Aufgaben in der Militärjunta entsprechend dem realen Machtanteil der drei Waffengattungen und der Bereitschaftspolizei herauszukristallisieren und zu differenzieren. Im Oktober 1973 übernimmt der Oberbefehlshaber des Heeres, Augusto Pinochet, den Vorsitz in der Junta und wird im Dezember 1974 von dieser zum Staatspräsidenten ernannt. Dadurch wird die Macht des Heeres in der Militärjunta institutionalisiert, denn die exekutive Gewalt liegt eindeutig in Händen dieser innenpolitisch so bedeutenden Waffengattung. Die Legislative obliegt, dies wird ebenfalls festgelegt, der nunmehr aus den Oberbefehlshabern der Luftwaffe und der Marine sowie dem Polizeichef zusammengesetzten Militärjunta.

Diese Arbeitsteilung in der Staatsführung hat die zusätzliche Konsequenz einer weitgehenden Personalisierung in der Regierungsarbeit, was permanente Widersprüche in der Junta und den Streitkräften hervorgerufen hat.¹

Die Machtausübung beruhte in dieser Notstandsphase vornehmlich auf zwei Mechanismen: einerseits werden die Anweisungen der Regierung mittels vom Staatspräsidenten verkündeten Dekreten mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die auf Initiative eben des Präsidenten oder der Regierungsjunta erarbeitet werden²; andererseits basiert das Vorgehen der Militärs auf der Repression. Dieser letztgenannte Aspekt ist in beiden Phasen der Pinochet-Regierung von entscheidender Bedeutung und muß daher in seinen wichtigsten Merkmalen und Auswirkungen untersucht werden.

1 Chili. Les militaires hostiles...a.a.o.

Keegan, John: World Armies...a.a.o.

El asesinato del General Carlos Prats. In: Chile-América. Nr. 2. Rom 1974. S. 9-13.

La muerte del General Bonilla. In: Chile-América. Nr. 5. Rom 1975. S. 23-28.

Clerc, Jean-Pierre: Chili. Le ministre de défense est tué dans un accident d'hélicoptère. In: Le Monde. 5.3.1975. S. 2.

Varas, Florencia: Gustavo Leigh. El General disidente. Santiago de Chile 1979.

2 Ademar R., Felipe: Variaciones de la nueva legalidad chilena. In: Mensaje. Nr. 252. Santiago de Chile. Sept. 1976. S. 409 - 442.

Die ersten Monate nach dem Putsch sind durch massive Repression gekennzeichnet; annähernd 100.000 Menschen wurden in Konzentrationslager und Gefängnisse gesperrt, etwa 25.000 Personen wurden ermordet, 2.500 sind seitdem verschwunden, und eine große Zahl von Anhängern der gestürzten Regierung mußte das Land verlassen.¹

Der massiven folgt die selektive Repression, wobei in diesem Zusammenhang die Bildung des Geheimdienstes DINA (Dirección de Inteligencia Nacional) von zentraler Bedeutung war. Inoffiziell entstand die DINA im November 1973 und wurde am 18.6.1974 durch das Gesetzesdekret Nr. 521 in ein offizielles Regierungsorgan umgewandelt.² Seine wichtigsten Funktionen seien hier kurz dargestellt:

- Koordinierung des Vorgehens der übrigen Nachrichten- und Geheimdienste der Armee
- Durchführung von Verhaftungen aufgrund der dem Präsidenten durch die Erklärung des verschärften Ausnahmezustandes zuerkannten Sonderrechte
- Beratung des Staatspräsidenten in Fragen der Planung, Entwicklung und Nationalen Sicherheit.³

Im Hinblick auf diese Zielvorstellungen entstand ein nicht nur in Bezug auf die direkte Repression sondern auch in Fragen der Regierungspolitik überaus einflußreicher Nachrichten- und Geheimdienst; so hat die DINA, um ein Beispiel zu nennen, der Regierung den ersten konkreten Plan einer Wirtschaftspolitik vorgelegt.

1 Bartsch, Hans-Werner u.a.: Chile. Ein Schwarzbuch. Köln 1974. Einleitung. Bericht von Hans Göran Franck. In: Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile. 28.-30.11.1980. Rom. S. 13.

2 ¿Que cosa es la DINA ? In: Chile-América. Nr. 31 - 32. Rom. S. 172-175. Dinges, John/ Landau, Saul: Assassination...a.a.O.

Decreto-Ley Nr. 521. Ministerio del Interior. Crea la Dirección de Inteligencia Nacional (DINA). 18.6.74. In: Frühling, Hugo u.a.: Estado y Fuerzas Armadas. Santiago de Chile 1982, S. 100-101.

Quiroga, Patricio: Fuerzas Armadas y violencia: Las fases de la represión en Chile. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 7. Berlin (West). Juni 1981. S. 53 - 73.

3 ¿Que cosa es la DINA ?...a.a.O. S. 173.

Die DINA bestand offiziell bis Juli 1977 und umfaßte in ihren Reihen ein annähernd 20.000köpfiges Personal: 7.000 Militärs im aktiven Dienst oder im Ruhestand, 5.000 Zivilisten und 8.000 Verbindungsleute in den verschiedensten Bereichen.¹

Durch die enge Zusammenarbeit mit anderen lateinamerikanischen Geheimdiensten und sogar mit der CIA weiteten sich ihre Aktivitäten über die Grenzen Chiles aus.² Offenkundige Beweise dafür sind Überwachung und Eliminierung Oppositioneller im Exil wie im Fall der Ermordung des früheren Ministers der UP-Regierung, Orlando Letelier, in Washington (September 1976)³ und des ehemaligen Oberbefehlshaber des Heeres, Carlos Prats⁴, in Buenos Aires (September 1974) sowie der Mordversuch an dem führenden christdemokratischen Führer Bernardo Leighton in Rom (Oktober 1975).⁵ Große Unterstützung in ihrer Repression erfährt die Militärregierung in Santiago von den Nachrichtendiensten der USA und insbesondere von der CIA. Der Bericht des nordamerikanischen Senats über das Vorgehen der CIA in Chile ist in diesem Punkt deutlich:

"Zwischen 1970 und 1973 sammelte der Posten (der CIA in Santiago, F.E.) die notwendigen operationalen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse für den Fall eines Putsches - Verhaftungslisten, Einrichtungen und benötigtes ziviles Schutzpersonal, zentrale Regierungseinrichtungen, derer man sich zu bemächtigen hätte, und Notfallpläne der Regierung für den Fall eines Militäraufstandes." 6

Über das Vorgehen der CIA nach dem Putsch erklärt der Bericht, die Junta sei in Fragen der Propaganda und der "Vorbereitung einer umfassenden Wirtschaftspolitik" beraten worden.⁷ Zusammenfassend heißt es in dem Senatsbericht weiter, "das verdeckte Vorgehen in Chile nach dem Putsch war eine Fortsetzung oder Adaption früherer Projekte...".⁸

1 ¿ Que cosa es la DINA ?....a.a.O. S. 174.

2 Dinges, John/ Landau, Saul: Assassination...a.a.O. S. 181 - 186, 200-206 u.a.

3 Ebd.

Branch, Taylor/ Propper, Eugene M.: Labyrinth. New York 1982.

4 Dinges, John/ Landau, Saul: Assassination...a.a.O. S. 139 - 143.
Branch, Taylor/ Propper, Eugene M.: Labyrinth...a.a.O. S. 66 - 69.

5 Ebd. S. 307 ff.

Dinges, John/ Landau, Saul....a.a.O. S. 158 - 163.

6 Staff Report....Covert Action in Chile ...a.a.O. S. 38.

7 Ebd. S. 40.

8 Ebd. S. 40.

5.2.5. Die Phase der Institutionalisierung

Seit Beginn des Jahres 1976 - Durchsetzung der neoliberalen Strömungen, erste schwere Wirtschaftskrise seit 1973, Auseinandersetzungen innerhalb der Armee über den zukünftigen Charakter des Regimes - entsteht unter den Anhängern der Militärregierung die Diskussion über Wesen und Aufbau des zu errichtenden Staates. Dieser Zeitraum ist dadurch gekennzeichnet, daß der Staatspräsident, jedesmal wenn sich die Widersprüche zwischen den Regimeanhängern sowohl unter den Zivilisten als auch unter den Militärs zuspitzten, um eine Wiederherstellung der Einheit bemüht war und Konsensvorschläge unterbreitete, die weder die eine noch die andere Gruppe vollständig befriedigten, aber Übereinkünfte zuließen, durch die praktisch alle die Regierung stützenden Gruppen gezwungen sind, sich den Plänen und dem Vorgehen der Regierung anzuschließen. Zu solchen Auseinandersetzungen kam es in erster Linie zwischen den sog. "duros" und den "blandos" ¹, während die "duros" (die Harten) für eine permanente Präsenz der Streitkräfte in einem auf einem starken Repressionsapparat und einem korporativistischen Gesellschaftsmodell fußenden Staat eintreten, zeichnen sich die "blandos" (die Weichen) durch eine gewisse Flexibilität in der Handhabung der Repression und den Wunsch nach einer eingeschränkten Demokratie aus, die die Einbeziehung der Christdemokratischen Partei in die Aufgaben des Staates vorsieht, aber jegliche Partizipation der linken Parteien ausschließt; die "blandos" sind die vehementesten Verfechter des Neoliberalismus. In der praktischen Politik haben sich beide Strömungen schließlich mit dem Regime identifiziert, auch wenn die politischen Definitionen letztendlich den Stempel der oligarchischen Konzerne tragen.

Besagte Auseinandersetzungen über die zukünftige Staatsform fanden ihren Höhepunkt in den Jahren 1975 und 1980; in beiden Fällen wurde die Einheit auf der Grundlage eines Institutionalisierungsprogramm der Regierung wiederhergestellt, das im wesentlichen deren Fortbestehen vorsieht. Die Verkündung der Verfassungsakten Nr. 2, 3 und 4 (in Ergänzung zu Nr. 1) ist der erste Schritt zur endgültigen Festlegung der Staatsform, die man zu errichten gedenkt. Verfassungsakte Nr. 2 definiert die Grundzüge der

¹ Carvajal, Juan.....a.a.o.

neuen institutionellen Rechtsordnung, Akte Nr. 3 bestätigt in allgemeiner Form die neuen Individualrechte und -pflichten, und in der vierten dieser Verfassungsakten werden die Ausnahmesituationen geregelt, welche die in Akte Nr. 3 festgesetzten Individualrechte erheblich einschränken.¹

Die bedeutendste weil die Anwendung der in den drei Verfassungsakten dargelegten Normen regelnde Festlegung ist die Determinierung der Souveränität und die Form ihrer Ausübung. Artikel 4 der Verfassungsakte Nr. 2 stellt fest, die Souveränität "ruht im wesentlichen auf der Nation" und "wird gemäß der Verfassungsakte der Regierungsjunta und aller Regeln ausgeübt, die in Übereinstimmung mit dieser festgelegt wurden oder werden".²

Daraus ist zu ersehen, daß sich die Regierungsjunta die verfassungsgebende, legislative und exekutive Gewalt gegeben hat, so daß die staatliche Macht und die Ausübung der Souveränität im wesentlichen bei ihr liegt, d.h. Staat, Souveränität und Nation bilden ein organisches Ganzes, an dessen Spitze die Streitkräfte stehen, die die Macht in ihren Händen konzentrieren. Eine offensichtliche Folge einer solchen Staatsstruktur und Machtverteilung ist eine Politik im Sinne der Ideologie der Nationalen Sicherheit.

Ein neuer Schritt bei der Institutionalisierung des Regimes erfolgt im Juli 1977 mit der Ankündigung einer neuen Verfassung, die vor 1981 ratifiziert werden und 1985 in Kraft treten sollte. Dieses Vorhaben enthält zum ersten Mal Angaben über die Fristen bei der Einführung einer neuen Staatsverfassung; zudem fällt die Ankündigung mit einer großen Mobilisierung unter den Oppositionellen, die für die Klärung des Schicksals der verschwundenen politischen Gefangenen eintreten, und dem wachsenden Druck der US-Regierung auf das Militärregime zusammen, sich bei der Aufklärung des Falls Letelier kooperativ zu zeigen.

In der Rede von Chacarillas (Juni 1977) definierte Pinochet auch die Merkmale der neuen institutionellen Ordnung:

"Die 'neue Demokratie' werde autoritär, geschützt, integriert und technifiziert sein und zu einer authentischen Beteiligung führen." 3

1 Heredia S., Gonzalo: Actas constitucionales...a.a.O.
Rodríguez V., Mario: La experiencia política chilena y las actas constitucionales. In: Mensaje. Nr. 254. Santiago de Chile. Nov. 1976. S. 554-560.

2 Heredia.....a.a.O. S. 463.

3 Schubert.....a.a.O. S. 73.

Im August 1980 kündigt die Regierung schließlich die Einführung einer neuen Verfassung an, die in einem Plebiszit ratifiziert werden soll, das am 11.9. desselben Jahres stattfinden werden. Mit diesem Plebiszit, über dessen Manipulationen für die Mehrheit keine Zweifel bestehen, wird der lange Weg der Institutionalisierung des Militärregimes eingeschlagen. Die neue, am 11.9.1980 angenommene Verfassung enthält Artikel permanenten und vorübergehenden Charakters.¹ Erstere werden mehrheitlich dann in Kraft treten, wenn die Verfassung faktische Gültigkeit erhält, also 1989; die Übergangsartikel hingegen regeln die Staatsführung bis zu jenem Jahr. In der ersten Phase (1981 - 1989) wird im wesentlichen die in der Notstandsperiode festgelegte Gewaltenteilung zwischen Regierungsjunta und Staatspräsident beibehalten. Die Souveränität liegt bei der Nation und ihre Ausübung in Händen der zur Staatsmacht umgewandelten Armee. Neben der militärischen gibt es im chilenischen Staat drei weitere einflußreiche und bedeutende Organismen:

- Das Verfassungsgericht, dessen Aufgabe die Überwachung der Verfassungskonformität von Grundgesetz und Dekreten ist;
- Der Staatsrat, der auf Anfrage des Präsidenten verschiedene Themen bearbeitet;
- Der Rat für Nationale Sicherheit;

Letzterer ist der wichtigste der genannten Organe in der neugeschaffenen Staatsstruktur. Er setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, unter denen sich die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen der Armee und der Polizeichef befinden; ihre Hauptaufgabe besteht darin, der Zentral- oder einer Provinzialregierung "ihre Meinung" über ein Ereignis "darzustellen", das "erheblich gegen die Grundlagen der Institutionalität oder die Nationale Sicherheit verstößt."² Somit kann der Rat für Nationale Sicherheit in allen Bereichen eingreifen, in denen es ihm notwendig erscheint. Ist die Bedeutung dieses Gremiums während der Übergangsphase noch relativ gering, wird es in der nachfolgenden Etappe, d.h. nach dem endgültigen Inkrafttreten der neuen Verfassung, zu einer der wichtigsten Instanzen des Staatsapparates werden.

1 Constitución Política...a.a.o.

2 Verdugo, Patricia: Quién es quién y qué es qué. In: Zeitschrift Hoy. Nr. 191. Santiago de Chile. März 1981. S. 11.

Unter den Übergangsartikeln ist zweifellos Artikel 24 von besonderer Wichtigkeit: er regelt das Vorgehen und die Befugnisse der Exekutive, solange der Ausnahmezustand aufrechterhalten wird - gerade das permanente Rekurren auf die chilenische Notstandsgesetzgebung hat je die Lage in jenem südamerikanischen Land seit 1973 gekennzeichnet. Besagter Artikel der 1981 in dem bereits erwähnten, wenig vertrauenswürdigen Plebiszit angenommenen Übergangsverfassung erteilt dem Staatspräsidenten ausdrücklich die Befugnis, Personen bis zu 20 Tage lang an geheimen Verhaftungsorten festhalten zu lassen, das Versammlungsrecht und die Informationsfreiheit zu beschränken, die Einreise in chilenisches Territorium zu untersagen und Ausweisungen sowie Verbannungen bis zu drei Monaten anzuordnen.¹

Mit dem endgültigen Inkrafttreten der neuen Verfassung im Jahre 1989 werden einige veränderte Vorgehensweisen festgeschrieben, ohne daß eine nennenswerte Änderung in der Staatsmacht stattfindet. Einige Aspekte dieser neuen chilenischen Verfassung seien hier aufgrund ihrer Bedeutung angesprochen:

- der Staatspräsident wird auf acht Jahre gewählt
- es wird eine Abgeordnetenversammlung geben, deren Mitglieder in direkter Wahl bestimmt werden
- es wird ein ebenfalls mehrheitlich in Direktwahl zusammengestellter Senat gebildet, von dem der Präsident ein Drittel der Abgeordneten bestimmt
- während der Staatsrat aufgelöst wird, werden Verfassungsgericht und Rat für Nationale Sicherheit mit den ihnen bereits in der Übergangsperiode zugeschriebenen Aufgabenbereichen weiterbestehen.

Die neue Verfassung sieht eine äußerst beschränkte politische Partizipation vor, die durch ein in der Übergangsphase auszuarbeitendes Parteienstatut geregelt werden soll. Einige Hinweise aus dem Text der neuen Verfassung geben einen Einblick in die Inhalte eines solchen Statuts; so heißt es im Artikel 8:

"Jeglicher Akt von Einzelpersonen oder Gruppen, der auf die Propagierung von Ideologien abzielt, die die Familie verletzen, für Gewalt oder für eine totalitäre bzw. auf dem Klassenkampf begründete Auffassung von Gesellschaft, Staat oder Rechtsordnung eintreten, ist unzulässig und widerspricht der institutionellen Ordnung der Republik." 2

1 Constitución Política...a.a.O. S. 83.

2 Ebd. S. 10.

Der Ausschluß aller gegenüber dem System des Militärregimes potentiell alternativen oder abweichenden Parteien und Organisationen ist somit von Anfang an festgeschrieben.

Die staatlichen Repressionsapparate werden durch die neue Verfassung in den Vorrechten des Staatspräsidenten, in der Armee und der Polizei verändert, doch zeigt die zweijährige Erfahrung des Übergangs zur "neuen Demokratie" hier eine Politik der Tatsachen, die in der neuen Ordnung in keinsten Weise verankert ist.

Aufgrund des wachsenden Drucks im In- und Ausland gegen die Verbrechen der DINA in Chile und anderen Ländern wurde diese aufgelöst und im Juli 1977 durch die Nationale Nachrichtenzentrale CNI ersetzt. Die Arbeit dieses neuen Geheimdienstes sollte sich durch größere Wissenschaftlichkeit auszeichnen und die neu geschaffene Organisation aus direkter Repression heraushalten, die dem Ansehen der DINA so sehr geschadet hatte. Praktisch erfüllte aber auch die CNI von Anfang an ähnliche Funktionen, allerdings mit dem Unterschied, daß sie nicht als Verantwortliche für Verhaftungen, Entführungen und Morde auftritt. Neben dem öffentlich bekannten Vorgehen der CNI, die für die im Sinne der inneren Sicherheit ausgeübte Repression die Verantwortung übernimmt, ist dabei vor allem die Existenz einer umfassenden Geheimarbeit zu nennen, die zwar von der CNI geleitet, aber von anderen Organisationen verantwortet wird.

So nennt die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile neun Organisationen, die direkte Repressionsaufgaben erfüllen, und beweist ihre Verbindung zur CNI; zu diesen unbehelligt im Untergrund tätigen Gruppen gehören die Todesschwadron, das Kommando Roger Vergara, das Antisubversionskomitee und andere.¹

Ein anderer Teil der Schmutzarbeit wird von einer Reihe von privaten Sicherheitsunternehmen geleistet, die in den letzten Jahren entstanden sind; sie existieren legal und werden insbesondere von ehemaligen Armeeeoffizieren geleitet. Die wichtigsten dieser Sicherheitsfirmen befinden sich unter der Leitung früherer DINA- und CNI-Chefs.²

Für die Existenz der CNI gibt es keinerlei gesetzliche Grundlage, sie wird nicht einmal in der neuen Verfassung erwähnt; sie geht auf ein Dekret aus dem Jahre 1977 zurück, das offensichtlich noch nicht wieder außer Kraft gesetzt worden ist.

1 Vassalli, Giuliano: Unterdrückung in Chile im Jahre 1980. In: Internationale Kommission zur Untersuchung...a.a.O. S. 36 - 37.

2 Empresas de Seguridad, ¿una nueva policia? In: ¿Qué Pasa ? Nr. 546. Santiago de Chile. 24.-30.9.81. S. 7-10.

Die Bedeutung der Institutionalisierung: Das Modell der Institutionalisierung des chilenischen Militärregimes entspricht den gesellschafts-politischen und ökonomischen Interessen der mit dem transnationalen Kapital in Verbindung stehenden monopolistischen Großbourgeoisie in Chile. Ein überaus wichtiger Gesichtspunkt bei der Einführung dieses Modells ist nicht nur dessen langfristige Perspektive, die ein relatives Wirtschaftswachstum ermöglichen sollte, sondern auch dessen Resozialisierungsfunktion der Gesellschaft im Sinne der Prinzipien von "individueller Freiheit" und "freier Initiative" in einem Land, in dem der Staat angeblich die Schranken seiner Aktivität überschritten hatte.

Dies macht notwendigerweise die anhaltende Präsenz der Armee in der Staatsmacht erforderlich, die allein jegliche Involution des Projektes ausschließen und den "sozialen Frieden" über einen längeren Zeitraum garantieren kann. In anderen Worten: dieses Modell könnte nicht unter den Bedingungen einer bürgerlichen Demokratie zur Anwendung gebracht werden. Zu jedem Zeitpunkt der Errichtung des neuen Staates spielen die Streitkräfte eine zentrale Rolle, sei es in der Staatsführung oder über den Rat für Nationale Sicherheit.

Diese militärische Kontrolle über den Staat wird umso unvermeidlicher, je weniger Erfolge die Wirtschaftspolitik zeitigt und die in diesen Jahren entstandene soziale Lage eine immer entschlosseneren oppositionelle Bewegung hervorruft. Darüber hinaus muß die Resozialisierung Chiles unter den Vorzeichen einer individualistischen Ideologie mit der alten Tradition des demokratischen und solidarischen Kampfes der unteren Bevölkerungsschichten kollidieren, was die Aufgabe der sozialen "Befriedung" des Landes erheblich erschwert.

Die Grundtendenz des politischen und ökonomischen Modells ist die der Reproduktion der in diesen Jahren geschaffenen Bedingungen; dies schließt es keineswegs aus, daß die Oligarchie dann und wann eine die angekündigten Fristen vorwegnehmende politische Öffnung andeutet, was immer dann zu bemerken war, wenn die neoliberale Wirtschaftspolitik ihre Schwächen gezeigt hat, besonders aber während der Krisen von 1975/76 und 1981/82. Die Erfahrung lehrt, daß die Herrschenden ihre Demokratisierungsvorschläge sehr rasch wieder vergessen, wenn die Krise erst einmal überwunden werden konnte.

Zusammengefaßt bedeuten diese beiden grundlegenden Gesichtspunkte des Modells von Oligarchie und Militär eine radikale Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, die nun auf eine permanente Festschreibung der Machtposition selbst in dem Fall einer gewissen Öffnung gegenüber der wachsenden Partizipation oppositioneller Kreise an der Staatsführung abzielen. Der lange Zeitraum der Indoktrination der Armee im Sinne der INS hat deren Beteiligung an der staatlichen Macht dermaßen in das Bewußtsein ihrer Angehörigen eingeprägt, daß die Möglichkeit einer erneuten Unterordnung der Militärs unter eine mehrheitlich unterstützte Zivilregierung ohne eine radikale Veränderung äußerst unwahrscheinlich erscheinen muß. Die vorherrschende Tendenz in der Armee war die der Unterwerfung unter die orthodoxesten Konzeptionen der IDS.

5.3. Äußere Faktoren bei der Einführung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells

In einem abhängigen Land wie Chile spielen die äußeren Faktoren für das Wohl und Wehe der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine entscheidende Rolle. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Beziehung zu den einflußreichsten Staaten auf Regierungsebene und zum transnationalen Kapital auf ökonomischer Ebene zu. Unter beiden Gesichtspunkten waren die Beziehungen zu den USA für Aufrechterhaltung und Reproduktion des Modells von grundlegender Bedeutung.

Wie auf den vorangegangenen Seiten bereits ausgeführt, spielten die US-Regierung und einige transnationale Konzerne bei dem Sturz der UP-Regierung eine entscheidende Rolle. Nachdem der Putsch erfolgt war, konnte das Militärregime mit der uneingeschränkten Unterstützung der Nixon/Kissinger- und der Ford/Kissinger-Regierungen rechnen und erhielt gleichzeitig Wirtschaftshilfe in beträchtlichem Umfang von den transnationalen Banken.¹

Während die diplomatischen Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern insbesondere wegen der Entrüstung der internationalen Öffentlichkeit über die Repressionspolitik des Regimes eingefroren wurden, fand eine Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen statt.²

¹ Schubert, Alexander: Die Diktatur...a.a.O. S. 36 ff.

² ASK: Die Beziehungen der BRD zur faschistischen Militärjunta in Chile. Frankfurt/M. 1977.

Parallel zum Ausbau der guten Beziehungen auf Regierungsebene zwischen den USA und Chile unterstrich der nordamerikanische Kongreß seine Forderungen nach einer Sanktionierung der Pinochet-Regierung wegen ihrer ständigen Verstöße gegen die Menschenrechte. In diesem Kontext gehört auch die Annahme des sog. Harking-Antrags (Harking-Amendment) im US-Kongreß, die eine Aufforderung an die Regierung beinhaltet, einen Bericht über die Menschenrechtssituation in all jenen Staaten vorzulegen, die Finanz- und Militärhilfe von den Vereinigten Staaten erhalten; zudem wird die Koppelung der Gewährung von Entwicklungshilfe an bestimmte Bedingungen für alle Länder gefordert, in denen es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Dies bedeutet eine Verringerung der finanziellen Hilfe der US-Regierung für Chile während der Carter-Administration, denn die von der Regierung der westlichen Weltmacht vergebene Entwicklungshilfe sank zwischen 1976 und 1977 auf 40 Millionen Dollar.¹ Außerdem wird der Verkauf von Waffen und Ausrüstungsgegenständen an Chile an bestimmte Bedingungen geknüpft, doch wurden derartige Klauseln nie wirklich eingehalten und die Rüstungsexporte erfolgten über andere Kanäle.²

Die kritische Haltung der Carter-Regierung gegenüber dem Militarregime in Chile wurde erheblich durch die Ermordung des ehemaligen Ministers der UP-Regierung, Orlando Letelier, im September 1976 in Washington verstärkt. Die Nachforschungen über dieses Verbrechen legten die direkte Beteiligung der DINA an den Tag, was wiederum dazu führte, daß die US-Regierung einen Auslieferungsantrag für drei Offiziere des Heeres und der DINA stellte; als die chilenische Regierung diesem Antrag nicht nachkam, antworteten die USA im Januar 1980 mit neuen Sanktionen wie dem endgültigen Verbot von Waffenexporten an die chilenische Armee, der Verringerung der diplomatischen Mission in Chile, dem teilweisen Rückzug der Militärmission und der Unterbrechung der gemeinsamen Marinemanöver UNITAS.³

1 Schubert, Alexander: Die Diktatur...a.a.O. S. 37.

2 Arnsen, Cynthia/ Klare, Michael: Law or no Law, the Arms Flow. In: The Nation. 29.4.1978.

Arnsen, Cynthia/Klare, Michael: Chile Still Gets U.S. Military Equipments. In: Los Angeles Time. 26.11.77.

Arnsen, Cynthia/Klare, Michael: Supplying Repression. U.S. Support for Authoritarian Regimes Abroad. Institut for Political Studies. Washington 1981. S. 82.

3 González, Eliodoro: Arms Sale Policy: The Chilean Case. In: Interamerican Economic Affairs. Vol. 34. Nr. 3. 1980. S. 3 - 24.

Auch wenn feststeht, daß die Menschenrechtspolitik gegenüber Lateinamerika besonders in der ersten Phase der Carter- Administration das Militärregime Chiles vor große Schwierigkeiten stellte und der Mord an Letelier in den USA zu einem Ereignis öffentlichen Interesses wurde, darf nicht übersehen werden, daß die USA durchaus nicht alle zur Verfügung stehenden Druckmittel ausschöpften, um eine tatsächliche Änderung der Menschenrechtsfrage in Chile und eventuell weitreichende politische Veränderungen herbeizuführen. Zwischen der Reagan-Regierung und dem chilenischen Militärregime bestehen weitgehende Übereinstimmungen insbesondere in Fragen der Politik der Ost-West-Konfrontation und der Bewertung der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Beide erkennen diese Bewegungen nicht als Ergebnisse der extremen Ausbeutung vieler lateinamerikanischer Völker, sondern als Fortsetzung der Ost-West-Konfrontation und Teil eines Destabilisierungsplans, der in Lateinamerika von Kuba und weltweit von der Sowjetunion vorangetrieben wird.¹

Der weltweite Kampf gegen den Kommunismus wird so zum Kampf gegen die lokalen Befreiungsbewegungen; im Fall Chiles rechtfertigt diese Haltung das Regime und sein Vorgehen gegen die Opposition.

Diese Übereinstimmung hat die Reagan-Administration dazu geführt, die Wirtschaftsmaßnahmen gegen die chilenische Regierung aufzugeben, und der Wiedereinführung von der gemeinsamen jährlichen Seemanöver von chilenischer und nordamerikanischer Marine zuzustimmen.²

¹ ASK: Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre. Geheimsdokument des Komitees von Santa Fe. Frankfurt/M. 1982.

Fagen, Richard: United States Policy in Central America: A Critique. Paper für das Symposium Dritte Welt und Weltmächte. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 10. - 11. May 1982.

Müller-Plantenberg, Urs.: Wandlungen und Zielsetzungen der US-amerikanischen Politik im karibischen Raum. Paper für das Symposium Dritte Welt und Weltmächte. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 10.-11. May 1982.

Maira, Luis: América Latina, pieza clave en la política de contención de la administración Reagan. In: Cuadernos Semestrales Nr. 9. México. 1. Semester 1981. S. 215 - 255.

Bitar, Sergio: Reagan y América Latina: Cambios cosméticos. In: Chile-America. Nr. 84 - 85. Rom 1983. S. 62 - 67.

² González, M.L.: Adquisición de materiales para las Fuerzas Armadas caracterizó año 81. In: Zeitung La Nación. Santiago de Chile. 6.1.82.

Trotz der großen ideologischen Übereinstimmungen zwischen beiden Regierungen hat sich das Bild Chiles in den USA nicht verbessert und es ist der Reagan-Administration nicht gelungen, im Kongreß eine ausreichende Mehrheit zusammenzubekommen, die ihr eine Aufhebung der 1976 verhängten militärischen Sanktionen gegen das Militärregime erlauben würde.¹ Zudem haben die Weltwirtschaftskrise und die hohen Dollarzinsen dem chilenischen Wirtschaftsmodell zusätzliche Schwierigkeiten gebracht und zu einer Einstellung des Zuflusses finanzieller Mittel aus dem Ausland geführt, was die Krise der chilenischen Ökonomie in den Jahren 1981 und 1982 verschärft hat. Zu der internationalen Lage Chiles sei noch gesagt, daß dieses südamerikanische Land nach dem Putsch die diplomatischen Beziehungen zu fast allen sozialistischen Ländern - mit Ausnahme von Rumänien und der Volksrepublik China - abgebrochen hat, aus der Gruppe der Blockfreien ausgestoßen wurde und sich aus dem Andenpakt zurückzog.² All dies deutet auf die Ausmaße der internationalen diplomatischen Isolation Chiles hin, die entscheidenden Einfluß auf die Möglichkeiten der Stabilisierung des Modells haben. Die uneingeschränkste Unterstützung hat die Militärjunta von dem transnationalen Kapital erfahren, das für das weitere Schicksal des Regimes und seiner Politik überaus wichtig bleiben wird.

5.4. Entwicklungen und neue Grundzüge der bewaffneten Institutionen durch die Machtausübung

Die Umstrukturierung in der Armee während der Militärregierung sind ein Ergebnis deren neuer Rolle in der Gesellschaft als Machtzentrum im diktatorischen Staat. Dies hat partielle Auswirkungen in den verschiedensten Bereichen der Militärpräsenz wie z.B. Rüstungsausgaben, Beziehung zum Staat und den Gesellschaftsschichten, Organisation der Armee, etc. Im Verlaufe der 1973 beginnenden Phase sehen sich die Streitkräfte neuen Herausforderungen gegenüber - neue Rolle im Staat, Ausweitung ihrer Repressionsfunktion, Anpassung an ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell - die von den in den davorliegenden 40 Jahren verfolgten Aufgaben völlig verschieden und auf die sie nur ideologisch vorbereitet sind.

1 Bitar, Sergio: Reagan y América Latina...a.a.o. S. 64 ff.

2 Muñoz, Heraldo: Relaciones exteriores del gobierno militar. In: Mensaje. Nr. 303. Santiago de Chile. Okt. 1981. S. 572 - 579.

Wie im vergangenen Kapitel bereits ausgeführt werden konnte, gab es seit 1932 keine direkte politische Intervention der chilenischen Armee, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß eine ökonomische, soziale und institutionelle Struktur, auch wenn sie tiefgreifenden gesellschaftlichen Widersprüchen ausgesetzt war, einen politischen Bezugsrahmen bot, dem sich alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten unterwarfen; in anderen Worten herrschte über vier Jahrzehnte lang in Chile eine bürgerliche Demokratie, die den Forderungen der unteren Bevölkerungsschichten insoweit nachzukommen erlaubte, wie dies nicht die Herrschaft des großen chilenischen Monopolkapitals und die Interessen des transnationalen Kapitals in Frage stellte.

Auch wenn in dieser Zeit keine direkten Interventionen des Militärs zu erkennen waren, findet in der Armee Chiles ein Ideologisierungsprozeß statt, der besonders seit 1950 unter den Militärs den Kampf um zunehmende Beteiligung an politischen Fragen hervorruft. Der preußischen Militärtradition entstammende Auffassungen, die Annahme der Geopolitik als Staatsideologie, die INS als offizielle Ideologie der chilenischen Armee und die in nord-amerikanischen Militärakademien entworfenen Konzepte des antisubversiven Krieges bilden die ideologische Basis für das Streben der Streitkräfte nach einer entscheidenderen Rolle im Staat. Wie bereits festgestellt werden konnte, wurde dieser Prozeß durch eine Ideologisierung von deren Funktion in der Gesellschaft und durch die Überbewertung ihrer Rolle als potentielle Retter der Nation begleitet.

Hält man sich vor Augen, daß der Putsch das Ergebnis eines detaillierten Planes zur Destabilisierung der UP-Regierung im Interesse des nordamerikanischen Imperialismus und der chilenischen Oligarchie ist und wenige Tage nach der Säuberung der Armee von linken und verfassungstreuen Offizieren erfolgt - d.h. die Vertreter einer orthodoxen Linie im Sinne der INS mußten eine zeitlang mit Anhängern anderer politischer Vorstellungen zusammenarbeiten -, wird deutlich, daß die Armee zum Zeitpunkt des Putsches über keine klaren Vorstellungen bzgl. ihres Vorgehens an der Macht verfügte; die Ideen der putschenden Militärs im September 1973 lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Zwar war die zum Sturz der UP-Regierung notwendige Einheit erreicht worden, doch hatten sie noch kein handfestes und detailliertes Konzept des anzustrebenden Gesellschaftsmodells

- Sie verfügten über ein theoretisches Staatsmodell im Sinne einer idealen und einigen Gesellschaft, das weite Bevölkerungskreise ausschließt, das Privileg der Armee in der Staatsführung hervorhebt und ansonsten an den Prinzipien der DNS orientiert ist; die Militärs haben jedoch keine genaue Vorstellung über ihre spezifische Politik
- Seit den 60er Jahren sind sie insbesondere daran interessiert, das Niveau der Befriedigung ihrer korporativistischen Bedürfnisse zu erhöhen. Diese Zielvorstellungen der Streitkräfte wären ganz offensichtlich unzureichend für die Errichtung eines Gesellschaftsmodells gewesen, wie es später verwirklicht werden sollte.

Die hier umschriebene Ausgangssituation der Armee zwang sie zur Festlegung eines eigenen zukunftsorientierten und dynamischen Projektes, in dem die Streitkräfte in eine Institution umgewandelt wurden. In Ermangelung eines solchen umfassenden Modells, von dem anfangs nur bekannt war, wer von der Partizipation ausgeschlossen werden mußte, wendeten sich die Minister nach dem Putsch naturgemäß an die sich ihnen anbietenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte, und das sind genau dieselben, die zur Durchsetzung ihrer von der UP-Regierung bedrohten sozialen Interessen die Bedingungen für den Staatsstreich geschaffen hatten. Diese gesellschaftlichen Gruppen wußten sehr wohl, welches Gesellschaftsmodell sie anstrebten, und aus der Synthese solcher bestimmter Interessen von Militärs und Zivilisten entsteht nach einem Prozeß der Definition des neuen Machtblocks der endgültige Charakter des neuen Herrschaftssystems.

Anfangs waren in der Allianz zwischen Zivilisten und Militärs alle hinter dem Putsch stehenden Gruppen vertreten, so daß man von einem Bündnis mit inhärenten Widersprüchen sprechen muß, die sowohl unter den Militärs als auch unter den Zivilisten zu einer Auseinandersetzung über gesellschaftliche Interessen und politische Projekte führen mußte. Unter den nicht-uniformierten Mitgliedern des Machtblocks wurden die Differenzen 1975 schließlich mit der Umsetzung des Cauas-Plan den neoliberalen Vorstellungen untergeordnet. Unter den Militärs setzen sich die orthodoxesten Interpretationen der DNS durch, nachdem die Reihen des Heeres von den Anhängern des Projektes der Christdemokratischen Partei im Offizierskorps gelichtet worden waren (März 1976). Dieser Prozeß beginnt im Jahre 1975 mit dem dubiosen Flugzeugabsturz, bei dem der zweitwichtigste Mann des Heeres und

wichtigste Exponent der christdemokratischen Strömungen in der chilenischen Armee, General Oscar Bonilla, ums Leben kam¹, und findet ein Jahr darauf seinen Abschluß mit der Rücktrittsaufforderung an eine Gruppe von 10 Offizieren, die um den ebenfalls christdemokratisch orientierten General Arellano Stark organisiert waren.²

Nachdem das unter der Militärdiktatur angestrebte Gesellschaftssystem auf den angeführten uniformierten und zivilen Fundamenten verankert worden war, erwarb es in den folgenden Jahren eigene und spezifische Merkmale. Seine Festlegung und Definition hatte direkte Auswirkungen auf die militärischen Institutionen, da diese sowohl im Hinblick auf die Konsolidierung und Reproduktion dieses Systems als auch auf ihre eigene Entwicklung als Institution in denselben neuen Anforderungen gerecht werden mußten. Die Armee muß somit Veränderungen vollziehen, um ihre oben skizzierte ideologische und politische Lage zum Zeitpunkt des Putsches zu überwinden. Das neue Gesellschaftsmodell bringt jedoch von Anfang an wichtige Keime ökonomischer, sozialer und politischer Widersprüche mit sich, die sich auch mit geringerer oder stärkerer Intensität in den Streitkräften widerspiegeln werden. Darüber hinaus führt der interne Veränderungsprozeß in der Armee dazu, daß die orthodoxe Einstellung in Fragen der Nationalen Sicherheit mit anderen potentiellen Strömungen zu kollidieren droht, die nicht restlos eliminiert werden konnten und teilweise über beachtlichen gesellschaftlichen Rückhalt verfügen. Aus diesem und anderen, noch zu spezifizierenden Gründen weist der interne Veränderungsprozeß der Armee eine widersprüchliche Dynamik auf, auch wenn orthodoxe Positionen ihr Durchsetzungsvermögen unter Beweis stellen konnten. Die Untersuchung dieser Widersprüche ist für die weitere Entwicklung der militärischen Institutionen, aber auch für die Bewertung der möglichen Entwicklung demokratischer Kreise in den Streitkräften von großer Bedeutung. Die folgende Analyse konzentriert sich dabei auf zwei relevant erscheinende Aspekte: die Änderungen und die neuen Merkmale der bewaffneten Institutionen und die latenten Widersprüche, die diesen Prozeß begleitet haben.

1 La muerte del General Bonilla...a.a.O.

Clerc, Jean-Pierre: Le ministre de defense...a.a.O.

2 Chili. Les militaires hostiles...a.a.O.

Keegan, John: World Armies...a.a.O.

5.4.1. Politische Partizipation und Einheit der Streitkräfte

Das neue Herrschaftsmodell bedarf zu seiner Konsolidierung der einheitlichen Unterstützung der Streitkräfte. Diese ist allerdings nicht automatisch gegeben und die Einheit der Armee kann aus den verschiedensten Gründen in Gefahr geraten, durch Identifikation bestimmter Kreise mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, Wirtschaftskrisen, korporativistischen Forderungen, o.a.. Nach den Erfahrungen der lateinamerikanischen Diktaturen liegt eine Quelle für Spaltungen der Streitkräfte in der Ausübung der politischen Macht. Auch wenn ein Gesellschaftssystem in seinen Grundzügen klar umrissen ist, bleibt es Widersprüchen ausgesetzt, sei es, weil seine Durchsetzung nicht den erwarteten Ergebnissen entspricht, oder weil es im Gegensatz zu anderen sozialen Interessen steht; im letzteren Fall werden die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen Ausdrucksformen suchen, um ihre zum herrschenden Modell alternativen Vorstellungen einzubringen. In diesem Fall können sich auch die Streitkräfte nicht völlig von jeglicher Beeinflussung durch solche alternativen Konzepte freisprechen, die logischerweise in der Armee Widerhall finden wird; so entstehen von der Regierungspolitik abweichende militärstrategische Überlegungen, die diese im Extremfall sogar aktiv bekämpfen können.

Zu einer solchen Situation ist es in der Armee in den vergangenen Jahren in der Phase der endgültigen Festlegung des Systems - Ausschluß der christdemokratisch orientierten Offiziere - und während der Auseinandersetzung um die "neue Demokratie" gekommen - Ausschluß des Vertreters der Luftwaffe in der Regierungsjunta, Gustavo Leigh, und 20 weiterer Generäle dieser Waffengattung im Juli 1978. In den letzten Jahren gab es immer wieder Differenzen über die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärjunta.¹ Dies hat den hohen Offiziersstab dazu gezwungen, Maßnahmen zur Eindämmung dieser Strömung zu ergreifen, die letztlich darauf hinauslaufen, den Einfluß anderer gesellschaftspolitischer Modelle, die die korporativistischen Merkmale der bewaffneten Institutionen betonen, aus der Armee auszuschließen.

¹ Varas, Florencia: Gustavo Leigh....a.a.O.

Geis, Irene: El rumor se hace general. In: Análisis. Nr. 48. Santiago de Chile. Agosto 1982. S. 4 - 8.

5.4.1.1. Die Militärideologie

Die DNS hatte in diesem Zusammenhang die Funktion, die Streitkräfte in einem Rahmen von Prinzipien zusammenzufassen, der ihrem Vorgehen Kohärenz verleiht. Die gesamte Offiziersgeneration, die heute die chilenischen Streitkräfte anführt, wurde auf der Grundlage dieser Ideologie ausgebildet. Diese bereits vor dem Putsch bestehende Indoktrinierung wurde nach 1973 intensiviert, was der Armee eine im Vergleich zu anderen Zeiten höhere Objektivierung ihrer Funktion in der Gesellschaft erlaubte.

Das Verständnis der DNS als Modell einer aus mehreren Institutionen vermeintlich ähnlicher Zielsetzung bestehenden Gesellschaft führte in den Streitkräften zu der Auffassung, mögliche alternative Gesellschafts- und Sicherheitsmodelle seien nichts anderes als Abweichungen von dieser Grundform. Zu der nach dem Putsch durchgesetzten Interpretation der DNS gehört die Ausschließlichkeit des von den Militärs eingeschlagenen Weges zur Erreichung der Nationalen Ziele, so daß alle andersartigen Vorstellungen im Militär als außerhalb der grundlegenden Nationalen Einheit stehend verstanden werden. Somit erfüllt die integrierende Konzeption der DNS auch die Funktion der Unterbindung jeglicher alternativer Haltung.

Ausgehend von der DNS wird die Strategie des antisubversiven Krieges entwickelt. In all den Jahren der Militärdiktatur haben die uniformierten Machthaber den inneren Feind beschworen, der die Einheit der Gesellschaft bedrohe. Während unter diese Kategorie anfangs die linken politischen Kräfte fielen, wurde sie später mit dem Anwachsen der Opposition gegenüber dem Regime auch auf die Kirche und die Christdemokratische Partei ausgeweitet. Der ständige Hinweis auf einen solchen, versteckt oder offen aktiven Feind hatte die Funktion, den integrierenden Zusammenschluß der bewaffneten Institutionen gegenüber einer realen oder imaginären Bedrohung der Nationalen Einheit und der Armee zu erreichen.

5.4.1.2. Die Repression in der Armee

Das Vorgehen der Nachrichten- und Geheimdienste beschränkte sich nicht auf die Zivilbevölkerung, und schon vor dem Putsch hatte eine umfangreiche Säuberungsaktion der Armee von den Putschplänen ablehnend gegenüberstehenden Militärs stattgefunden. Nach dem Staatsstreich kam es zu weiteren

intensiven Säuberungsmaßnahmen, und DINA wie CNI überwachten in der Folgezeit sämtliche potentiell abweichenden Strömungen sowie ihre Vertreter, und in den meisten Fällen wurden letztere aus der Armee ausgeschlossen, verhaftet und sogar ermordet. Der Repression kam somit auch eine Abschreckungsfunktion gegen die Herausbildung möglicher Alternativen zu.

5.4.1.3. Transformation der Prinzipien von Befehl und Gehorsam

Ausgehend von einer klaren Definition der Nationalen Ziele impliziert die DNS ein Modell weitestgehend hierarchischer gesellschaftlicher Organisation. Abweichungen von den Zielen der Nation werden als Verstoß dagegen drastisch bestraft. In diesem System erwerben die mit diesen Nationalen Zielen identifizierten Regierungspersonen und Befehlshaber einen hohen Grad an Legitimation, die unkritische Unterordnung unter die Prinzipien des Staates ist die die sozialen Beziehungen bestimmende Verhaltensregel.

Die Übertragung dieser Prinzipien von Befehl und Gehorsam auf die Armee verstärkte die ohnehin schon deutlich hierarchisch-autoritäre Tradition der chilenischen Streitkräfte. Neben der hierarchischen Militärstruktur kann keine zivile Institution auf die individuellen und kollektiven Forderungen am Rande der institutionalisierten Befehlsgewalt eingehen, da diese nun der Staatsmacht unterliegt, die Unterordnung unter den Oberbefehl muß also vollständig sein.

Die Verstärkung der Macht der höheren hierarchischen Strukturen der Streitkräfte wurde durch einen Prozeß der Machtkonzentration im Heer ergänzt. Nachdem in einer Anfangsphase die strukturellen Veränderungen vorgenommen worden waren, die die Regierungspartizipation für die drei Waffengattungen und der Polizei gleichwertig ermöglichte, konnte das Heer seine Machtstellung aufgrund seiner Präsenz in allen Landesteilen und eine bessere materielle Ausstattung gegenüber den anderen Waffengattungen konsolidieren.¹ Marine und Luftwaffe besitzen jedoch weiter eine relative Autonomie vor allem aus technischen Gründen.

Die erwähnte Machtstellung spiegelt sich u.a. in dem Übergewicht der Armee bei der Besetzung von Regierungsposten wieder.

¹ Varas, Augusto: Fuerzas Armadas y gobierno militar: Corporativización y politización castrense en Chile. Materiales de discusión Nr. 21. FLACSO. Santiago de Chile. Sept. 1981. S. 4.

5.4.1.4. Eingeschränkte Partizipation an der Machtausübung

Alle hier dargestellten Faktoren zielen auf die Stärkung des Zusammenhalts der Armee durch die bewußte Annahme der von der militärischen Führung bestimmten Prinzipien oder durch Zwangsmaßnahmen der Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen ab. Diese Faktoren orientieren sich jedoch auch auf die Abschirmung der Streitkräfte gegenüber abweichenden gesellschaftlichen Einflüssen, wobei letzterer Aspekt auch bei der Analyse des wahren Charakters der politischen Partizipation der Armee in der Machtausübung auffällt.

Genau genommen sind die Streitkräfte insgesamt nicht an der Staatsmacht beteiligt, und zwar sowohl bzgl. des Entscheidungsprozesses in der Armee als auch im Hinblick auf die quantitative Beteiligung ihrer Angehörigen an den Regierungsämtern. Der Prozeß der Hierarchisierung und Konzentration der Macht in den Jahren der Militärdiktatur brachte es mit sich, daß, nachdem die Machtverhältnisse im Generalstab sowie desselben im Staat festgelegt waren, die von dort ausgehenden Strömungen in den unteren Rängen der bewaffneten Institutionen Verbreitung fanden. Ein umgekehrter Prozeß von der Basis zum Offizierskorps findet allerdings nicht statt. Das alte Verfassungsprinzip, das die Rolle der Streitkräfte im Staat als die von "untergeordneten und nicht beratenden bewaffneten Organisationen" festlegte, wird nun zur Beschränkung der Partizipation der Armee selber an den Entscheidungsprozessen des Staates herangezogen, die Streitkräfte werden also gegenüber einer Konfrontation mit den realen Problemen, die zum Ausgangspunkt des Dissens werden könnten, abgeschirmt.

Vom quantitativen Gesichtspunkt aus ist die Beteiligung der Armee insgesamt an den Regierungsaufgaben zurückgegangen. Im Unterschied zur Anfangszeit des Militärregimes, wo die Partizipation der Militärs in den Staatsangelegenheiten überaus weitgehend war, wurde die Zahl ihrer Repräsentanten auf einige wichtige Positionen reduziert.¹

Hinter diesen Bemühungen zur Beschränkung der Partizipation der gesamten Armee läßt sich die deutliche Absicht erkennen, einen Politisierungsprozeß in dieser Institution zu vermeiden, der unweigerlich auftritt, wenn deren Angehörige an einem Entscheidungsprozeß beteiligt sind, in dem sie sich

¹ Varas, Augusto: Fuerzas Armadas...a.a.0. S. 5.

notwendigerweise mit anderen Auffassungen als denen der Oberbefehlshaber konfrontiert sehen. Der Prozeß der institutionellen Abschottung wird zu einem bevorzugten Mittel für die Durchsetzung von Zusammenhalt und einheitlicher Verfolgung der Ziele des hohen Offizierskorps und letztendlich des neuen Herrschaftssystems.

Auch wenn sich die hier genannten Mechanismen zur Erreichung dieses Zusammenhalts bisher als wirksam erwiesen und die Kontrolle sowie die Unterordnung der Armee unter das neue Gesellschaftsmodell möglich gemacht haben, treten auch in der militärischen Führung sich ständig reproduzierende Widersprüche auf; darauf soll an einer anderen Stelle eingegangen werden.

5.4.2. Gesellschaftliche Zusammensetzung und soziale Beziehungen der Streitkräfte

Ein weiterer Berührungspunkt der Armeeingehörigen mit der zivilen Gesellschaft und dadurch mit alternativen Konzeptionen gegenüber der unter den Militärs herrschenden Ideologie bildet die durch die Klassenzusammensetzung der Streitkräfte bedingte klasseninterne Beziehung Uniformierter innerhalb und außerhalb der bewaffneten Institutionen.

Auch wenn im Augenblick keine exakte Analyse der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Armee vorliegt, sind sich die Experten darin einig, daß sich diese nach 1973 nicht wesentlich geändert hat.¹ Sehr wohl hat sich in diesem Zusammenhang seitdem die Qualität der Beziehung der Streitkräfte zu den verschiedenen Klassen der chilenischen Gesellschaft grundlegend geändert, was besonders in der Unterwerfung der Militärs unter das neue gesellschaftliche System zum Ausdruck kommt.

Generell rekrutiert sich die Offizialität der chilenischen Armee nach wie vor aus der oberen und mittleren Mittelschicht, die Unteroffiziere aus der niedrigeren Mittelschicht und die Soldaten der Truppe aus der städtischen und ländlichen Arbeiterklasse. Wie schon früher gibt es gewissen Unterschiede zwischen den verschiedenen Waffengattungen; die Marine rekrutiert z.B. ihre Offizialität aus der oberen Mittelschicht und der Oligarchie. Solange das Modell in seiner Gesamtheit die an es gestellten Erwartungen erfüllte und das Militärregime sich bis zu einem gewissen Grade stabilisierte - dies war insbesondere in den Jahren des umfangreichen Zuflusses

¹ Covarrubias, Osvaldo: Cambios y nuevo rol de las Fuerzas Armadas chilenas. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 4. Berlin (West). Nov. 1980. S. 33 - 51.

von Auslandskrediten nach Chile, also zwischen 1978 und 1980, der Fall - stellte die Zugehörigkeit zur Armee in erster Linie für jene Gruppen der Mittelschicht, die am härtesten durch die Konzentration und Zentralisierung von Einkommen und Besitz betroffen waren und weder auf persönliche noch auf familiäre Vorleistungen in der Politik verweisen konnten, ein sicheres Vehikel des gesellschaftlichen Aufstiegs dar. Dieser Aspekt ist relevant, weil das nach 1973 errichtete Kontrollsystem innerhalb der Armee die Einbeziehung der ideologischen Komponente in die vorläufigen Auswahlkriterien bedeutete. Die Mittelschichtsangehörigen, die nun in die bewaffneten Institutionen eintreten, dürfen von Anfang an keine von dem herrschenden System abweichende Position einnehmen.¹ Das für einige Mittelschichtskreise dominierende Verständnis der Armee als attraktives Mittel des sozialen Aufstiegs wurde durch eine Aufbesserung der Gehälter sowie die vielen Sonderleistungen für Militärangehörige gestärkt - steuerfreier Import, bevorzugter Zugang zu Bankkrediten, Vergünstigungen beim Erwerb von Fahrzeugen, Beteiligung an Unternehmensleitungen, etc.²

Unter der chilenischen Oligarchie war ein Posten in der Armee nicht so begehrt, da die Einführung des für sie überaus vorteilhaften Wirtschaftssystems eine Orientierung auf rentablere Aktivitäten als die Militärlaufbahn, und zwar im Management privater Monopole oder im bürokratischen Staatsapparat, mit sich brachte. Hinzu kam zweifellos auch ein ideologisches Moment: seit Beginn dieses Jahrhunderts herrschte in der Oligarchie eine gewisse Verächtlichkeit gegenüber der Beteiligung an direkten militärischen Aktivitäten.

Auch wenn die gesellschaftliche Herkunft des Offizierskorps in den entscheidenden Augenblicken der Festlegung, Neudefinition oder Veränderung des Systems eine wichtige Rolle spielen kann, ist dieser Zusammenhang nur in Verbindung mit bestimmten permanenten Besonderheiten der bewaffneten Institutionen untersucht werden.

Der Bürger, der in die Armee eintritt, unterliegt einem Resozialisierungs- und Indoktrinierungsprozeß und ist der hierarchischen Organisation der Streitkräfte unterworfen. Im Fall der chilenischen Armee zielen diese Prozesse auf die Konsolidierung der Bindungen des einzelnen Soldaten an die

1 Covarrubias, Osvaldo: Cambios y nuevo...a.a.O. S. 40 - 41.

2 Der Spiegel. Nr. 39/1979. S. 196 - 201.

Institution und den Abbau seiner Verbindungen zu seiner nicht-militärischen gesellschaftlichen Bezugsgruppe ab. So erfolgt also eine Art Neuideologisierung und Aufbau einer Verpflichtung gegenüber dem eingeführten Gesellschaftssystem und der neuen Rolle der Armee. So wird der Soldat allmählich seiner ursprünglichen sozialen Beziehungen entfremdet und neuen Verhaltensnormen unterworfen. Diese Prozesse verlaufen komplementär und zielen auf die Loslösung des Soldaten von seinen originären gesellschaftlichen Bindungen durch eine bevorzugte Behandlung in Form von hohen Löhnen und anderen Vergünstigungen ab.

Mit der Betonung der institutionellen Werte der Armee werden auch ihre Ziele im Staatsapparat in dieser historischen Periode bestätigt, was durch die neue Beziehung der Militärs zum Staat und ihre ausschließenden Klasseninteressen zu einer Identifikation des Individuums mit dem eingeführten Gesellschaftssystem und folglich mit der herrschenden Oligarchie führt. Da aufgrund der Definition der DNS keine Alternativen zu diesem sozialen Beziehungsmodell existieren können, entspricht das Vorgehen der Streitkräfte mehr als zu anderen Zeiten de facto den Vorstellungen dieser Klassen und ihrer historischen Bestimmung.

Das Modell der sozialen Loslösung und der Identifikation mit den Prinzipien der Armee hatte zusammen mit anderen Mechanismen des institutionellen Zusammenhalts positive Erfolge zu verzeichnen, betrachtet man den hier untersuchten Zeitraum in seiner Gesamtheit. Es gab jedoch auch kritische Phasen, in denen eine Reihe von Militärs geneigt war, sich mit den von der Klasse ihrer gesellschaftlichen Herkunft vertretenen Interessen zu identifizieren und diesen gemäß zu handeln. Das Verhalten der christdemokratisch orientierten Militärs im Jahre 1976 und bedeutender Teil der Luftwaffe zwei Jahre später sowie die Positionen nationalistisch orientierter Generale und Offiziere der chilenischen Armee, die sich der Privatisierung der während der UP-Regierung nationalisierten Bergwerksbetriebe widersetzen¹, verdeutlichen, daß unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise, einer Definitions- und Identifikationskrise des Systems, starken Drucks aus dem Ausland - im Fall Letelier des Drucks der USA und der sich daraus ergebenden Konse-

1 González C., Ignacio: F.F. A.A. Un mundo por conocer. In: Zeitschrift Hoy Nr. 188. Santiago de Chile. März 1981. S. 7 - 9.

Correa, Raquel: Entrevista con el General Gastón Frez. In: Cosas. Nr. 110 Santiago de Chile. Dez. 1980. S. 12 - 14.

Varas, Augusto: Fuerzas Armadas y gobierno militar...a.a.O. S. 20.

quenzen für den Ausschluß von General Leigh aus der Regierungsjunta sowie seiner Entfernung aus der Führung der Luftwaffe zusammen mit 20 anderen Generalen - oder aufgrund des Fortbestehens von Ansichten der vor der Durchsetzung der orthodoxen Interpretation der DNS herrschenden Militär-ideologie die Bindung an ideologische und organisatorische Prinzipien relativiert wird und die Beziehung einiger Angehöriger der Streitkräfte zu der Klasse ihrer Herkunft intensiver werden kann.

Die erwähnten Vorfälle haben allerdings auch gezeigt, daß jegliche Möglichkeit neuer Beziehungen der Militärs mit Zivilisten drastisch unterdrückt werden können und keine ernsthafte Hinterfragung der derzeitigen Armee-führung erreichen. Der entscheidende Grund für diese bis heute zu beobach-tende mangelnde Durchsetzungsfähigkeit dissidenter Militärs lag zweifel-los darin, daß sie in den Streitkräften keine größere Unterstützung er-werben konnten.

Währenddessen vermochte die zivile Opposition kein politisches oder mili-tärisches Ausdrucksniveau vorweisen, das den potentiell dissidenten Mili-tärs ein anderes Gesellschaftssystem durchführbar erscheinen ließ.

5.4.3. Organisch-technische Entwicklung der Streitkräfte

Die völlige Durchsetzung der DNS und die neue Rolle der Armee im Staats-apparat zwangen die Streitkräfte zu weitreichenden Veränderungen in ihrer Organisation und technischen Ausrüstung.

5.4.3.1. Die neue Auffassung von Krieg

Unter den neuen Bedingungen sehen sich die chilenischen Streitkräfte ge-zwungen, ihre Vorbereitung auf kriegerische Auseinandersetzungen in zwei Grundrichtungen zu orientieren: einerseits müssen sie die traditionelle Aufgabe der Landesverteidigung gegen eine potentielle Gefährdung von Außen, d.h. durch ein oder mehrere Nachbarländer, erfüllen und haben in diesem Sinn Kriegshypothesen aufgestellt, die eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Argentinien, Peru oder Bolivien bzw. im Extremfall mit allen drei Staaten gleichzeitig voraussehen; andererseits mußte die Armee mit der

Übernahme der Prinzipien des antisubversiven Krieges als Teil der offiziellen Staatsideologie nach dem Putsch vom September 1973 Mechanismen zur Aufrechterhaltung eines militärischen Einsatzpotentials schaffen, das komplementär und gleichzeitig autonom gegenüber der Konzeption eines möglichen Angriffs von Außen war.

Der Krieg gegen einen äußeren Feind.

Unter dem Militärregime sind die Möglichkeiten einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den Nachbarländern gewachsen. Zwischen 1975 und 1976 verschlechterten sich aufgrund des bolivianischen Anspruchs auf offenen Zugang zum Meer die Beziehungen zwischen diesem Land und Chile soweit, daß ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Staaten nicht unwahrscheinlich wurde. Ende 1978 konnte ein Krieg zwischen Chile und Argentinien um die Besitzansprüche an drei Inseln im Beagle-Kanal nur durch ein Vermittlungsangebot des Vatikans verhindert werden, was zu bis heute andauernden Verhandlungen zwischen beiden Ländern geführt hat. Die Möglichkeiten eines Grenzkrieges wurden so real wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte Chiles. Der aggressive Charakter und die nationalistische Propagande, die die drei damals in diesen Ländern herrschenden Militärregime auszeichneten, hatten das Klima kriegerischer Auseinandersetzungen entscheidend begünstigt. Die Zuspitzung internationaler Spannungen ist ein wiederholt von den Militärdiktaturen zur Lösung innenpolitischer Probleme herangezogener Mechanismus.

Im Fall Chiles hatte sich das Militärregime außerdem durch sein innen- wie außenpolitisches Vorgehen in eine internationale politische Isolation manövriert, die es den aggressiven Strategen der Nachbarländer erlaubte, über reale Erfolgsaussichten in einem Krieg mit einem an einer wesentlichen Front geschwächten Land zu spekulieren; dieser Umstand erhöhte zweifelsohne die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konfliktes. Die angeschlagene Verteidigungsbereitschaft und der eingeschränkte diplomatische Handlungsspielraum zwangen die chilenische Diktatur zur Erhöhung ihrer militärischen Abschreckungskapazität, was in einer beachtlichen Steigerung der Rüstungsausgaben und der zunehmenden Modernisierung der Armee zum Ausdruck kam.

Der Krieg im Inneren.

Seit dem Militärputsch wurde der Kampf gegen die Opposition zum Synonym für den antisubversiven Kampf, wodurch der Krieg im Inland zu einem ständigen Bestandteil des Modells der militärischen Professionalisierung wurde.¹ Auch wenn diese Auffassung vom Krieg bereits vor 1973 existierte, hing ihre Anwendung damals auch von der Entscheidung der zivilen politischen Macht ab. Unter der Militärherrschaft ist der Krieg gegen den Feind im Inneren zur offiziellen Staatsideologie geworden; aufgrund des neuen Staatsaufbaus ist die Anwendung dieser Ideologie letztendlich ausschließlich von der Entscheidung der Streitkräfte abhängig.

Die vollständige Durchsetzung der Auffassung vom Krieg gegen den Feind im Inneren machte den Entwurf einer Kriegshypothese notwendig, die die Ergänzung der Erfordernisse eines Krieges gegen einen äußeren Feind durch die eines Krieges im Inland ermöglichte.² Außerdem bedeutete sie die teilweise Umverteilung des Rüstungshaushaltes von den traditionellen Aufgaben der Armee auf den antisubversiven Kampf. Dies zeigte sich z.B. im Ausbau der mit inländischen Repressionsaufgaben betrauten Militärkräfte: Militärs waren an geheimdienstlichen und mit direkter Repression beauftragten Organisationen beteiligt, die nicht organisch der Armee unterstellt sind; wie weiter oben gezeigt werden konnte gilt dies in erster Linie für die DINA und später die CNI. Darüber hinaus haben sowohl alle drei Waffengattungen als auch die Polizei das im nicht-konventionellen Antiguerrillakampf eingesetzte Personal deutlich aufgestockt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die in den vergangenen Jahren durchgesetzte aggressive Militärpolitik zu einem qualitativen und quantitativen Ausbau der Streitkräfte geführt hat und organisch-technische Veränderungen großer Bedeutung erforderlich machte. Auf das Problem der Steigerung der militärischen Kapazität der Armee wird an anderer Stelle im Zusammenhang mit der Analyse der Befriedigung der korporativen Bedürfnisse der Streitkräfte unter dem Militärregime näher eingegangen werden.

¹ Medina L., Alejandro: La teoría de la Seguridad Nacional. In: Chile-América. Nr. 58-59. Rom 1979. S. 87-91.

² Covarrubias, Osvaldo...a.a.O. S. 38.

5.4.4. Einheitliche Militärführung in Armee und Staat

Nach der Definition der DNS steht die militärische Führung in unmittelbarer Verbindung mit der Staatsführung und konkretisiert sich in der Person des Staatspräsidenten, der gleichzeitig amtierender Oberbefehlshaber der Armee und Staatsoberhaupt ist.¹ Auch wenn die militärische Präsenz nicht im gesamten Staatsapparat in massiver Form zu beobachten ist, erscheint sie doch an entscheidenden Positionen der militärisch-politischen Führung, wie sie dem Staatsoberhaupt direkt untergeordnet ist.

Diese neuen Aufgaben der Streitkräfte zwingen sie zu weitreichenden organischen Veränderungen im Hinblick auf die Beibehaltung eines Gleichgewichtes zwischen der Notwendigkeit einer effektiven Kontrolle der politischen Macht durch die Präsenz von Militärs in entscheidenden Verantwortlichkeiten und der gleichzeitigen Vermeidung einer abweichenden Politisierung der Armeeangehörigen, die sich normalerweise aus der Ausübung von Regierungsverantwortlichkeiten ergibt.

Diese organischen Veränderungen zeigten sich im Aufbau von Einrichtungen zur Ausbildung des Armeepersonals, in denen sie auf ihre militärisch-politische Aufgabe vorbereitet werden können, wie z. B. in der Höheren Akademie der Nationalen Sicherheit (Academia Superior de Seguridad Nacional, ASUSENA), in der Schaffung von Organismen zur Koordinierung der zivilen und militärischen Führung und auf regionaler Ebene in der Versetzung von Militärs in die öffentliche Verwaltung und in Staatsunternehmen. Die letztgenannten Versetzungen vollziehen sich hauptsächlich in zwei Richtungen:

5.4.4.1. In die staatliche Verwaltung auf nationaler und Provinzebene

Die Beteiligung von Militärs an der öffentlichen Verwaltung auf nationaler Ebene wurde in der Übernahme einiger Ministerposten - hier variiert die militärische Repräsentanz jeweils nach der aktuellen politischen Situation

¹ Zuñiga, Gastón: Estructura de la Seguridad Nacional. In: Chile-América. Nr. 58-59. Rom 1979. S. 92-94.

und der politischen Programmatik und ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen -, sowie einiger verantwortlicher Positionen in der Wirtschaft wie z.B. in der staatlichen Vereinigung zur Förderung der Industrie (Corporación de Fomento a la Producción, CORFO), der unter der Allende-Regierung durch die Nationalisierung der großen Kupferminen entstandenen Kupfergesellschaft CODELCO (Corporación del Cobre) und in der letzten Zeit auch im Planungsministerium ODEPLAN (Oficina de Planificación Nacional) ¹; in den chilenischen Provinzen wurden Offiziere zu Militärintendanten ernannt. Insgesamt ist in diesem Zusammenhang besonders auffällig, daß die meisten der hier aufgeführten Posten von Angehörigen des Heeres bekleidet werden.

Auf Regierungsebene hängen die politisch aktiven Mitglieder der Streitkräfte direkt vom Staatspräsidenten ab; dadurch laufen alle Bereiche der militärisch-politischen Führung in einer Hand zusammen. Auf Provinzebene waren Strukturen erforderlich, die eine Zentralisierung der politischen Macht und die gleichzeitige Vermeidung einer Funktionsdoppelung gewährleisten. Dies wurde durch eine genauere Umschreibung der Aufgaben der Gebietskommando für Innere Sicherheit (Comandos de Area Jurisdiccional de Seguridad Interior, CAJSI) erreicht, die von Pinochet bereits vor dem Ende der UP-Regierung ins Leben gerufen wurden; sie spielten eine zentrale Rolle bei der Koordinierung des Putsches auf nationaler und regionaler Ebene und ihre Führungen haben das operative Kommando auf regionaler Ebene in ihren Händen. Derzeit gibt es neun dieser Kommandos, von denen sechs den Heeresdivisionen Iquique, Antofagasta, Santiago, Concepción, Valdivia und Punta Arenas, zwei den Marinebereichen Valparaíso und Talcahuano und eins der Luftwaffenbrigade in Puerto Montt entsprechen. ² Die Funktion dieser Kommandos CAJSI liegt darin, die bewaffneten Organisationen einem Operationsplan und einem einheitlichen Befehl zu unterstellen. Z.Zt. sind die meisten CAJSI-Chefs regionale Intendanten, so daß die politisch-militärische Einheit in den Provinzen sichergestellt ist.

¹ Covarrubias, Osvaldo...a.a.O. S. 45.

² ¿ Como llegaron las Fuerzas Armadas...? ...a.a.O. S. 5.

5.4.4.2. Beteiligung der Streitkräfte an militärischen und strategischen Industrien

Die DNS schreibt keine spezifische Form des einzuführenden Wirtschaftssystems vor. Allerdings lassen sich mit Hilfe ihrer antikommunistischen Ideologie verschiedene Systeme rechtfertigen, die den abhängigen Kapitalismus festschreiben. Aus diesem Grund wurde die DNS zur Begründung unterschiedlicher wirtschaftlicher Vorstellungen herangezogen: in einigen Fällen wird die Beteiligung des Staates an ökonomischen Entscheidungen betont - so bei den Militärdiktaturen in Argentinien und Brasilien -, in anderen die Einführung einer neoliberalen Politik befürwortet, wie unter der Militärdiktatur in Chile - bis heute -, in Uruguay und in Argentinien bis zum Malvienkrieg.

Auch in Chile war das regulierende Eingreifen des Staates in die Wirtschaftsbeziehungen eines abhängigen Kapitalismus ein unumstrittener Bestandteil der ideologischen Vorstellungen der Armee. Zudem unterstützte sie in ihrem ureigenen Streben nach der funktionellen Unterordnung der Orientierungen des Staates und der Volkswirtschaft unter die Erfordernisse einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung und den Wunsch nach weitergehendem Vordringen der bewaffneten Institutionen in politische und ökonomische Entscheidungen die Positionen der vorherigen Regierung, die ihnen Verantwortlichkeiten in der Verwaltung der strategischen Unternehmen - Energie, Kommunikation und Bodenschätze - überlassen hatte. So wurde die Beteiligung der Armee am Management der strategisch wichtigen Unternehmen zu einem in der Verfassung verankerten Prinzip. Auch unter den derzeitigen Bedingungen hat sich dieses Prinzip erhalten und den Kern ständiger Widersprüche mit der neoliberalen Wirtschaftslehre gebildet.

Schließlich wurde ein Kompromiß erzielt, nach dem die in diesen Jahren realisierte Reprivatisierungspolitik keins der von Militärs verwalteten Unternehmen betrifft. Somit verblieben die in ihrem Management von Uniformierten getragenen, strategischen Unternehmen unter der Kontrolle von Staat und Armee und gehören in den allgemeinen Rahmen der ökonomischen Vorstellungen der Oligarchie.

Die dargestellte militärische Beteiligung an wirtschaftlichen Aktivitäten machte die Versetzung von Kapazitäten in die Führungspositionen von Staatsunternehmen erforderlich. Heute werden die großen Kupferminen über die

CODELCO (Corporación del Cobre), das staatliche Erdölunternehmen ENAP, die Erdölgenossenschaft Chiles (COPEC), das Nationale Fernmeldeunternehmen (ENTEL) und die im Nuklearenergiegewerbe tätigen Betriebe von Militärs verwaltet.¹

Ein weiterer Aspekt der Beteiligung der Armee an unternehmerischen Aktivitäten zeigt sich im Management der Rüstungsindustrie. Die notwendige Verstärkung des Rüstungspotentials zur Erfüllung der mit der Kontrolle des Staates sowie der die Versorgung mit Rüstungsgegenständen aus dem Ausland erschwerenden internationalen Isolation des Regimes, der wachsenden Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den Nachbarländern und ureigenen korporativistischen Zielsetzungen der Streitkräfte verbundenen Anforderungen führten zu einer beachtlichen Entwicklung der chilenischen Rüstungsproduktion, insbesondere bei Maschinenpistolen, Schiffen und Landungsbooten sowie bei der Produktion von Jagdfliegern. Voraussetzungen für diese Ausweitung der Rüstungsproduktion war ein Ausbau der Fabriken und Werkstätten des Heeres (Fábrica y Maestranzas del Ejército, FAMA), der Werften und Ausrüstungsstätten der Marine (Astilleros y Maestranzas de la Armada, ASMAR) und der Fabrikations- und Reparaturwerkstätten der chilenischen Luftwaffe.²

5.4.5. Befriedigung der korporativen Bedürfnisse

Jene spezifisch militärischen Bedürfnisse, die aus der besonderen Dynamik der Entwicklung der Streitkräfte entstehen, wurden als korporative Bedürfnisse bezeichnet. Von deren Befriedigung hängt weitgehend der Grad der Erfüllung der ihnen vom Staat übertragenen oder sich selbst zugeschriebenen Aufgaben ab. Einige dieser korporativen Bedürfnisse gehen aus dem theoretischen Selbstverständnis ihrer gesellschaftlichen und politischen Funktion hervor, in Chile insbesondere aus den aus der DNS abgeleiteten Vorstellungen. Solche ideologischen Definitionen sind die Grundlage der materiellen Bedürfnisse, die von der Armee als Grundbedingungen für die Erfüllung ihrer Rolle angesehen werden.

¹ Covarruvias, Osvaldo...a.a.O. S. 45.

² Rojas, Sergio: Las Fuerzas Armadas y la economía chilena. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. Nr. 47. May-Juni 1981. S. 64-82.

Varas, Augusto: Fuerzas Armadas y gobierno militar...a.a.O. S. 17-19.

ACHIP: Militarización, armamentismo y desarrollo (1973 - 1980). In: Chile-América. Nr. 80 - 81. Rom 1982. S. 52-59.

Darauf basierten seit den 50er Jahren historisch zwei Arten spezifisch militärischer Forderungen. Auf der einen Seite stand die zunehmende ideologische Militarisierung, die der zivilen Macht eine größere Beteiligung an der Staatsführung abverlangte, und dieses Bedürfnis wurde mit der Übernahme der staatlichen Macht durch die Armee im September 1973 weitestgehend befriedigt; auf der anderen Seite hatten die Streitkräfte seit geraumer Zeit materielle Forderungen nach Gehaltserhöhungen, Ausbau und Modernisierung der Waffensysteme, Entwicklung einer Rüstungsindustrie, etc. gestellt.

Die zu diesem Punkt auf den vorhergehenden Seiten angestellten Überlegungen müssen nun noch weiter ausgeführt werden. Dabei wird sich die entsprechende Untersuchung auf die Fragen einer Vergrößerung des materiellen Potentials der chilenischen Armee konzentrieren, wodurch gleichzeitig festgestellt wird, daß auch eine weitgehende Befriedigung der materiellen korporativen Bedürfnisse des Militärs stattgefunden hat.

5.4.5.1. Zunehmende Zahl von Armee- und Polizeiangehörigen

Die neuen Aufgaben der chilenischen Streitkräfte machte eine deutliche Aufstockung des Personalbestandes der bewaffneten Organisationen erforderlich. Die folgende Tabelle verdeutlicht die quantitative Zunahme der drei Waffengattungen und der Polizeikräfte: ¹

	Heer	Marine	Luftwaffe	Polizei	Insgesamt
1973	32.000	18.000	10.000	30.000	90.000
1976	45.000	23.800	10.800	30.000	109.000
1978	50.000	24.000	11.000	30.000	115.000

Auch wenn bereits die hier vorgestellten Zahlenangaben über das Personal von Militär und Polizei deren Zuwachs unter der Diktatur verdeutlichen, umfassen sie nicht die Gesamtheit des menschlichen Potentials der bewaffneten Organisationen, zu denen die im Fall eines kriegerischen Konfliktes mobilisierbaren Reserven - allein das Heer kann auf eine ausgebildete Reserve von 160.000 Mann zurückgreifen - und die von den Geheim-

¹ Covarrubias, Osvaldo...a.a.O. S. 42.

diensten abhängenden Militärkräfte hinzuzurechnen sind; so verfügte die DINA über ein Kontingent von nicht weniger als 20.000 Mann.¹

Vergleicht man die Zahl der Militärangehörigen pro Kopf der Bevölkerung in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, bildet das Verhältnis vom Militär zur Gesamtbevölkerung in Chile ein eindeutiges Indiz für die hochgradige Militarisierung der chilenischen Gesellschaft.²

5.4.5.2. Rüstungsausgaben

Die Entwicklung des Rüstungshaushaltes erlaubt eine umfassende Einschätzung der Militärinstitutionen. Während eben dieser Posten im chilenischen Staatshaushalt in den Jahren 1969-72 bei jährlich rund 322 Millionen Dollar³ lag, erfährt er in den folgenden Jahren eine deutliche Erhöhung:

Der chilenische Militärhaushalt 1973-79 (in Mill. Dollar 1979)⁴

Jahr	Rüstungshaushalt	Jahr	Rüstungshaushalt
1973	776.755 (100 %)	1977	1.077.539 (138 %)
1974	1.056.926 (136 %)	1978	1.210.706 (155 %)
1975	841.432 (108 %)	1979	1.323.353 (170 %)
1976	835.086 (107 %)	1980	

Der Anstieg der chilenischen Rüstungsausgaben kann besonders im direkten Vergleich zur Entwicklung des Bruttosozialproduktes bewertet werden. Zwischen 1968 und 1972 flossen durchschnittlich bis zu 2,3 % des BSP in den Militärhaushalt, wohingegen die Rüstungsausgaben zwischen 1973 und 1977 im Durchschnitt 3,2 % des Nationaleinkommens ausmachten.⁵ Dies sind allerdings sehr vorsichtige Einschätzungen der finanziellen Auswirkungen der zunehmenden Militarisierung: andere Autoren sprechen von einem Anteil der Rüstungsangaben am BSP im Umfang von 5,6 % in den letzten Jahren.⁶

1 ¿Que cosa es la DINA ?....a.a.O. S. 173.

2 Rojas, Sergio...a.a.O. S. 75.

3 Varas, Augusto: Fuerzas Armadas y gobierno militar...a.a.O. S. 12.

4 ACHIP: Militarización...a.a.O. S. 52.

5 Tapia V., Jorge: Armamentismo y Doctrina de la Seguridad Nacional: El caso de la Junta Militar chilena. In: Documento Nr. 51. Institute for the New Chile. Rotterdam 1980. S. 10.

6 Rojas, Sergio...a.a.O. S. 76.

Durch die Steigerung des Rüstungshaushaltsvolumens avancierte Chile - nach Brasilien und Argentinien - zum Land mit den dritthöchsten Rüstungsausgaben in Lateinamerika.¹

Rüstungsausgaben und Staatshaushalt: Eine weitere, für die angemessene Beurteilung der Erhöhung der Rüstungsausgaben wichtige Beziehung ergibt sich aus der Analyse des Anteils der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt sowie des Verhältnisses zwischen Rüstungs- und Sozialausgaben.

Zwischen 1969 und 1971 belief sich der Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt in Chile auf annähernd 13 %², um sich in den Jahren nach dem Putsch auf 32,9 % (1979)³, oder gar auf 46,3 % in anderen Jahren zu erhöhen.⁴

Im Vergleich mit den Verteidigungshaushalten anderer Staaten zeigt sich der Einfluß der direkten Beteiligung der chilenischen Streitkräfte an der Staatsführung mit der sich daraus ergebenden Verteilung der Haushaltsmittel. Während die Sozialausgaben - Gesundheitswesen, Erziehung, Wohnungsbau und Sozialversicherung - in den Jahren 1969 - 1971 im Durchschnitt etwa 48 % des Haushaltsvolumens ausmachten, verringerte sich ihr Anteil bis 1978 auf durchschnittlich 41 %.⁵

Waffenimport: Die Erhöhung der Rüstungsausgaben geht mit einem wachsenden Waffenimport einher, der sich aus der Notwendigkeit ergibt, mit dem realen, den Streitkräften 1973 zur Verfügung stehenden Potential die Abschreckung sowohl nach innen als auch nach außen zu gewährleisten. Eine detaillierte Untersuchung der Waffenimporte in diesen Jahren ginge über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus; doch sollen einige allgemeine Angaben nicht unterschlagen werden.⁶

In den Jahren 1970-74 belief sich das gesamte Volumen der chilenischen Waffenimporte auf 255 Millionen Dollar (1975) und stieg zwischen 1975 und 1979 auf 543 Millionen Dollar pro Jahr an.⁷

1 Portales, Carlos / Varas, Augusto: Carrera armamentista en América del sur. In: Mensaje. Nr. 276. Santiago de Chile 1979. S. 53-59.

2 Varas, A.u.a.: Chile, democracia...a.a.O. S. 134-135.

3 ACHIP: Militarización....a.a.O. S. 55.

4 Der Spiegel. Nr. 39/1979. S. 196.

5 ACHIP: Militarización...a.a.O. S. 56.

6 Tapia V., Jorge: Armamentismo...a.a.O.
Rojas Sergio: Las Fuerzas Armadas...a.a.O.

7 ACHIP: Militarización....a.a.O. S. 53.

Doch auch diese Zahlen werden in anderen Veröffentlichungen als hinter der Wahrheit zurückbleibend betrachtet. Die Summe des Wertes aller bis 1980 importierten Rüstungsgegenstände deutet auf ein weit über den oben angeführten, offiziellen Zahlen liegendes Einfuhrvolumen hin; einige Autoren errechnen aus der Aufstellung der gesamten im Ausland erworbenen Rüstung ein Waffenimportvolumen von nahezu 1,5 Milliarden Dollar,¹ wohingegen andere den Wert der eingeführten Waffensysteme auf 2 Milliarden Dollar schätzen.²

5.4.6. Die Widersprüche in der Armee

Die einflußreiche Rolle der Armee im neuen Gesellschaftssystem und die in den vergangenen Jahren erfolgten, institutionellen Veränderungen wurden von einer Reihe von Widersprüchen begleitet, die teilweise durch die allgemeine, in diesen Jahren hervorgerufene Situation, aber auch durch bereits vor dem Putsch bestehende, gesellschaftliche und militärisch-ideologische Phänomene erklärt werden können, die fortbestehen und von Zeit zu Zeit offenkundig werden. Während der Veränderungsprozeß in den bewaffneten Institutionen bis heute die einheitliche Zentralisierung der Entscheidungen und des Willens der gesamten Armee und Polizei möglich gemacht hat, schaffen die gleichzeitig auftretenden Widersprüche interne Differenzen, die, wenn sie die Streitkräfte insgesamt erfassen - und nicht bloß in vereinzelter Äußerungen weniger Offiziere zu Tage kommen (vgl. die vorangehenden Seiten, F.E.) -, nicht nur die institutionelle Einheit, sondern das ganze System in Frage stellen.

Der industrie-expansive Populismus und das neoliberale System: Seit den 40er Jahren verfolgten die chilenischen Militärs verschiedene Entwicklungsmodelle, die sich allesamt durch eine wirtschaftlich desarrollistische Tendenz auszeichneten, die eine industrielle Entwicklung vorantrieben und dem Staat eine wichtige volkswirtschaftliche Rolle zuschrieben, sei es im

1 Rojas, Sergio: Las Fuerzas Armadas...a.a.O. S. 77.

2 Tapia V., Jorge: Armamentismo....a.a.O. S. 110.

Hinblick auf die Subventionierung der in- und ausländischen Industrialisierungsbemühungen oder bei der Förderung der den Forderungen von Lohnabhängigen und Mittelschichtstangehörigen teilweise nachkommenden gesellschaftlichen Entwicklung.

Die neoliberale Politik zielt auf die Zurückdrängung des Staates aus der Ökonomie ab und hat dadurch die Paralisierung der industriellen Entwicklung sowie eine Verschlimmerung der sozialen Bedingungen der unteren Bevölkerungsschichten hervorgerufen.

Dies hat sich äußerst negativ auf die Unterstützung der Militärregierung durch die Bevölkerung ausgewirkt, da die Krise des Wirtschaftssystems auch die "neue Institutionalität" gefährdet.

Unter diesen Umständen traten wiederholt Gruppen von Offizieren auf den Plan, die sich für eine zunehmende Beteiligung des Staates an der Volkswirtschaft und eine Begrenzung des Aktionsradius der großen Konzerne aussprachen. Die angesichts der schlimmen Wirtschaftskrise zu beobachtenden, partiellen politischen Veränderungen gehen auf Initiativen bestimmter Militärkreise zurück, die - ohne die Machtstruktur des Systems zu brechen - die Aktualisierung einiger bis 1973 bestehender, populistisch-desarrollistischer Vorstellungen anstreben. Davon zeugen einige wirtschaftspolitische Maßnahmen dieses Jahres wie die Intervention des gesamten Finanzsystems und die in allen Fällen nur beschränkte Ankurbelung staatlicher Initiativen in öffentlichen Arbeiten, etc..

Der Widerspruch im Zusammenhang mit dem nationalistischen Charakter des Projektes der Militärjunta: Das Militärregime bezeichnet den nationalistischen Charakter ihres Systems als eine der Grundlagen ihrer Existenz. In der Praxis hat sich diese nationalistische Orientierung jedoch als rhetorische Floskel erwiesen. De facto gewährt jede neoliberale Politik dem ausländischen Kapital immer weitergehende Garantien, z.B. in der Ausbeutung der bis 1973 nicht verstaatlichten Bodenschätze. Darüber hinaus hat diese Öffnung gegenüber dem ausländischen Kapital eine zunehmende Auslandsverschuldung und die Zerstörung der inländischen Produktion mit sich gebracht. Im eventuellen Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den Nachbarländern sind die Versorgungsmöglichkeiten der chilenischen Armee wie der Bevölkerung äußerst beschränkt und können nur durch den Import der benötigten Güter gewährleistet werden. In einer Kriegssituation hängt die

Handlungsfähigkeit des Generalstabes von der Hilfe des Auslandes und nicht von der eigenen Stärke des Landes ab, was einen entscheidenden Nachteil darstellt.

Die äußere Sicherheit: Neben anderen Überlegungen wurde der Putsch vom September 1973 durch den Hinweis auf die damalige Schwächung des Landes durch die bestehende Uneinigkeit und die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerechtfertigt. Das Vorgehen des Militärs sollte so die Ursachen der möglichen Unterlegenheit gegenüber einem potentiellen Angreifer beseitigen und die Bedingungen zur Verbesserung der äußeren Sicherheit schaffen. Die Praxis der Jahre nach dem Putsch zeigt, daß die äußere Sicherheit Chiles nicht gestärkt werden konnte. Zu keinem Zeitpunkt seiner Geschichte sah sich das Land den der vergangenen Jahre vergleichbaren, ernsthaften Konflikten mit seinen Nachbarländern ausgesetzt, die an anderer Stelle bereits erwähnt wurden; die diplomatischen Beziehungen Chiles stehen nicht zum Besten und auch das Verhältnis zu den USA hat sich insbesondere nach der Ermordung von Orlando Letelier verschlechtert.

Die innere Sicherheit und die Nationale Einheit: Eine der zentralen Zielsetzungen bei der Umsetzung der DNS war die Erreichung eines hohen Maßes an innerer Sicherheit und Nationaler Einheit. Der Kampf gegen die Subversion und eine auf die Überwindung der sozialen Ungleichheit abzielende, wirtschaftliche Entwicklung soll eine der Grundvoraussetzungen dieser Ideologie sein. Betrachtet man das Problem vom Standpunkt der Auffassung vom Krieg gegen einen Feind im Inneren und der psycho-sozialen Machtbeziehung (einer der vier Machtfaktoren, auf die sich die Staatsführung nach der DNS stützen muß), stellt sich heraus, daß sowohl ein innerer als auch ein äußerer Krieg die weitgehende Unterstützung der Bevölkerung für seine erfolgreiche Durchführung erforderlich macht.

Die vergangenen Jahre haben allerdings gezeigt, daß das Militärregime zunehmend den gesellschaftlichen Rückhalt gegenüber seinem Modell verloren hat und unter den Chilenen die vorherrschende Tendenz die der Bildung einer Opposition gegen das derzeitige Gesellschaftssystem ist. Unter diesen Bedingungen konnten die Ziele der Militärs bzw. der DNS nur durch eine permanente Repressionspolitik durchgesetzt werden.

Die hier aufgezeigten Widersprüche pflegen periodisch in den bewaffneten Institutionen aufzutreten und zeigen sich im offenen Dissenz bestimmter Militärkreise.

Wie auf den vorangehenden Seiten bereits angedeutet, hängt die Möglichkeit, diese Widersprüche in letzter Konsequenz umzusetzen, nicht allein von den Beziehungen in Armee und Polizei ab; dennoch existieren sie und können unter gegebenen Umständen von grundlegender Bedeutung für die Ablösung des derzeitigen Regimes und damit seines Gesellschaftssystems sein.

Trotz der Existenz der oben erwähnten Widersprüche, deren Entwicklung die Geschlossenheit der Streitkräfte sowie die Stabilität der Militärregierung in Frage stellen könnten, ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß sie bisher zugunsten der institutionellen Führung der Regierung und der Streitkräfte gelöst werden konnten. In all diesen Jahren konnte man die regelmäßige Entstehung von Militärfraktionen, die diese oder jene Aspekte der Regierungspolitik in Frage stellten, beobachten. Jedoch waren sie nicht in der Lage sich über die Hierarchie der Streitkräfte und ihre Politik durchzusetzen. Diese Versuche endeten in der Regel mit der Ausweisung der Beteiligten aus den Streitkräften.

LITERATURVERZEICHNIS

A) Bücher

- ALESSANDRI, Arturo: Recuerdos de Gobierno. Tomo I. Santiago de Chile 1967.
- AMARAL G., JOSE A.: Segurança e Democracia. Rio de Janeiro 1975.
- AMMON, Alf / FROEHLING, Heino: Die Christliche Demokratie Chiles. Die Spaltung der Christdemokratischen Partei 1969. Bonn 1971.
- ANGELL, Alan: Partidos políticos y movimiento obrero en Chile. Mexiko 1974.
- ARISMENDI, Rodney: Lenin, la revolución y América latina. Uruguay 1970.
- ARNSON, C. / KLARE, M.: Supplying Repression. U.S. Support for Authoritarian Regimes Abroad. Institut for Political Studies. Washington 1981.
- ATENCIO Jorge E.: ¿Qué es la Geopolítica ? Buenos Aires 1965.
- Autorenkollektiv: Soldat und Krieg. Probleme der moralisch-politischen und psychologischen Vorbereitung in der Sowjetarmee. Berlin 1972.
- BANADOS ESPINOZA, Julio: Balmaceda, Su gobierno y la revolución de 1891. Tomo I y II. Paris 1893.
- BARAONA, Pablo.u.a.: Fuerzas Armadas y Seguridad Nacional. Santiago de Chile 1973.
- BARAONA, Pablo.u.a.: Visión crítica de Chile. Santiago de Chile 1972.
- BARBER, Willard F. / RONNING, C. Neale: Internal Security and Military Power. Counterinsurgency and Civil Action in Latin America. Ohio State University Press 1966.
- BARI M., David: El ejército ante las nuevas doctrinas sociales. Santiago de Chile 1922.
- BARNET, Richard J.: Intervention and Revolution. America's Confrontation with Insurgent Movements Around the World. New York 1972.
- BARNET, Richard J.: Roots of War. London/ New York/ Ontario 1981.
- BARTSCH, Hans-Werner.u.a.: Chile. Ein Schwarzbuch. Köln 1974. Einleitung.
- BARROS, Mario: Historia diplomática de Chile (1541 - 1938). Barcelona 1970.
- BASADRE, Jorge: Una antología sobre la guerra del pacífico. Biblioteca de autores tacneños. Tacna 1976.
- BELTRAN, V.R.: El papel político y social de las fuerzas armadas en América Latina. Caracas 1970.

- BENETT, Juan: La revolución del 5 de Septiembre de de 1924. Santiago de Chile o.J.
- BERKOWITZ, Morton/ BOCK, P.G.: American National Security. A Reader in Theory and Policy. New York 1965.
- BILLINGHURST, Guillermo: Los capitales salitreros de Tarapacá. Santiago de Chile 1889.
- BITAR, Sergio: Transición, socialismo y democracia. La experiencia chilena. Mexico 1979.
- BLANCPAIN, Jean-Pierre: Les allemands au Chili (1816 - 1945). Köln-Wien 1974.
- BOIZARD, Ricardo: Proceso a una traición. Detalles íntimos del sumario de la FACH. Santiago de Chile 1974.
- BRANCH, Taylor/ PROPPER, Eugene M.: Labyrinth. New York 1982.
- BUZETA, Oscar: Chile geopolítico: Presente y futuro. CISEC. (Edición privada). Santiago de Chile 1978.
- CABERO, Alberto: Chile y los chilenos. Santiago de Chile 1948.
- CALDERON, Hugo u.a.: Chile. Der Monetarismus an der Macht, Hamburg 1981.
- CAPUTO, D./ PIZARRO, R.: Desarrollismo y capital extranjero. Santiago de Chile 1970.
- CARDOSO, F.H./ FALETTTO, E.: Dependencia y desarrollo en América Latina. México 1974.
- CAVALLA R. Antonio u.a.: Geopolítica y seguridad nacional en América. Mexico 1979.
- CAVALLA R, Antonio u.a.: LA Geopolítica y el fascismo dependiente. Mexico 1977.
- CEPAL: Estudio económico para América Latina. Santiago de Chile 1949.
- CHARLIN, Carlos: Del avión rojo a la república socialista. Santiago de Chile 1972.
- CHENEN ROJAS, Alejandro: Trayectoria del socialismo. Buenos Aires 1968.
- CHILD, John: Unequal Alliance: The Inter-American Military System, 1938 - 1978. Colorado 1980.
- COMBLAIN, José: Dos ensayos sobre Seguridad Nacional. Vol. 1. u. 2. Vicaría de la Solidaridad. Santiago de Chile 1977.
- CONCHA, Malaquías: El programa de la democracia. Santiago de Chile 1905.
- COX MENDES, Ricardo: Recuerdos de 1891. Santiago de Chile 1944.

- DIAZ, F.J.: La instrucción militar alemana en Chile. Recuerdos de cuarenta años. Santiago de Chile 1926.
- DINGES, John/ LANDAU, Saul: Assassination on Embassy Row. New York 1980. S. 129.
- DOMIC K. Juraj: Fundamentos de la praxis marxista-leninista en Chile. Santiago de Chile 1976.
- DONOSO, Ricardo: Alessandri agitador y demoledor. Tomo I y II. México 1953.
- DONOSO, Ricardo: Desarrollo político y social de Chile desde la Constitución de 1833. Santiago de Chile 1942.
- DONOSO, Armando: Recuerdos de 50 años. Santiago de Chile 1947.
- EDWARDS, Alberto: Bosquejo histórico de los partidos políticos chilenos. Santiago de Chile 1976.
- ELLSWORTH, P.T.: Chile, an Economy in Transition. New York 1945.
- ENCINA, F.A.: Nuestra inferioridad económica. Santiago de Chile 1972.
- ENCINA, Francisco A./ CASTEDO, Leopoldo: Resumen de la historia de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1956.
- EPSTEIN, Fritz T.: European Military Influences in Latin America. Unpublished Manuscript. Library of Congress. Washington 1941.
- ESPINOZA, Fernando: Drei Interpretationen der sozio-ökonomischen Entwicklung Lateinamerikas. Magisterarbeit. Münster 1978.
- EBER, Klaus: Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut. Reinbek bei Hamburg 1972.
- EYZAGUIRRE, Jaime: Historia de las instituciones políticas y sociales de Chile. Santiago de Chile 1979. S. 69 ff.
- FALETTO, E./ RUIZ, E./ ZEMELMAN, H.: Génesis histórica del proceso político chileno. Santiago de Chile 1972.
- HERNANDEZ A., Hugo: The Nazi Underground in South America. New York 1942.
- FINER, S.A.: The Man on Horseback. The Role of the Military in Politics. London. Second printing 1967.
- FOURNIAL G./ LABARRE R.: De Monroe a Johnson. La politique des Etats-Unis en Amérique Latine. Paris 1966.
- FREY G., Luise: Influencia del general Körner en la organización del ejército de Chile. Unveröffentlichte Examensarbeit. Santiago de Chile 1952.
- GALBRAITH, John K.: Como controlar a los militares. Buenos Aires 1970.

- GAIDAMES, J./ AUDA, J.: Chile: Un país andino del Pacífico Sur. Santiago de Chile 1972.
- GARCES, Joan E.: Allende y la experiencia chilena. Las armas de la política. Barcelona, Caracoa, México 1976.
- GARCES, Joan E.: 1970. La pugna política por la presidencia en Chile. Santiago de Chile 1971.
- GARCIA, Pío: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974.
- GARRETON, M.A.: El proceso político chileno. FLACSO. Santiago de Chile 1983.
- GARRETON, Manuel A./ MOULIAN, T.: Análisis coyuntural y proceso político. Las fases del conflicto en Chile (1970 - 1973). San José de Costa Rica 1978.
- GIL, Federico G.: El sistema político de Chile. Santiago de Chile 1969.
- GIL, Federico: Latinoamérica y Estados Unidos. Dominio, cooperación y conflicto. Madrid 1975.
- GODOY, Hernán (Hrsg.): La estructura social de Chile. Santiago de Chile 1971.
- GOFFMAN, Erving: Asylum. Garden City. N.Y. 1961.
- GRABENER, J.: Klassengesellschaft und Rassismus. Düsseldorf 1971.
- GUNDER Frank, André: Capitalismo y subdesarrollo en América latina. Buenos Aires 1974.
- GUNDER Frank, André: Sociología del desarrollo y subdesarrollo de la sociología. Cuadernos Anagrama 16. Barcelona o.J.
- HALPERING DONGHI, Tulio: Historia contemporánea de América Latina. Madrid 1975.
- HANSEN, Roy Allen: Military Culture und Organizational Decline: A Study of the Chilean Army. Dissertation, University of California, Los Angeles 1967.
- HEISE GONZALEZ, Julio: 150 años de evolución institucional. Santiago de Chile 1977.
- HEISE, Julio: Historia constitucional de Chile. Santiago de Chile 1954.
- HERMANN, Alberto: La producción en Chile de los metales y minerales mas importantes desde la conquista hasta fines del año 1902. Santiago de Chile 1903.

- HOROWITZ, David: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. Band 1 und 2. Berlin 1973.
- HUNTINGTON, Samuel P.: The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-military Relations. Cambridge. Mass. 1957.
- HUNTINGTON, Samuel: Political Order in Changing Societies. New Haven. Conn. 1958.
- JARA, Alvaro: Guerra y sociedad en Chile. Santiago 1971.
- JARPA, Onofre: Los objetivos del Partido Nacional. Santiago de Chile 1967.
- JARPA, Onofre: Los mitos de nuestro tiempo. Santiago 1968.
- JOBET, J.C.: Ensayo crítico del desarrollo económico-social de Chile. Santiago de Chile 1955.
- JOBET, Julio César: Recabarren, los orígenes del movimiento obrero y del socialismo chilenos. Santiago de Chile 1955.
- JOBET, J.C.: El Partido Socialista de Chile. Tomo I. Santiago de Chile 1971.
- JOHNSON, John J.: Political Change in Latin America. The Emergence of the Middle Secotrs. Stanford. Cal. 1958.
- JOHNSON, J.J. (Hrsg.): The Role of the Military in Underdeveloped Countries. Princeton N.J. 1962.
- JOHNSON, John J.: The Military and Society in Latin America. Stanford. Cal. 1967.
- JOXE, Alain: Las fuerzas armadas en el sistema político chileno. Santiago de Chile 1970.
- KEEGAN, John: World Armies. London 1979.
- KJELLEN, Rudolf: Die Großmächte der Gegenwart. Leipzig und Berlin 1914.
- KJELLEN, Rudolf: Der Staat als Lebensform. Leipzig und Berlin 1917.
- KLARE, Michael T.: La guerra sin fin. Barcelona 1974.
- KONETZKE, Richard: Süd- und Mittelamerika I. Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft. Frankfurt/ M. 1965.
- KRAMER - KASKE, Lieselotte: Präventivkrieg gegen das kämpfende Volk. Die Strategie der USA in Lateinamerika (1960 - 1970). Berlin 1977.
- LABARCA, Eduardo: Chile invadido. Santiago de Chile 1969.

- LABROUSSE, Alain: El experimento chileno. Barcelona 1973.
- LANG, Kurt: The Military Putsch in a Developed Political Culture: Confrontations of Military and Civil Forces und Society. Den Haag 1968.
- LECHNER, Norbert: Der Demokratisierungsprozeß in Chile. Versuch einer Interpretation der politischen Entwicklung. Inaugural-Dissertation. Albert-Ludwig-Universität Freiburg 1969.
- LENIN, W.I./ LIEBKNECHT, K.: Militarismus - Antimilitarismus. Reihe Sozialistische Klassiker. Frankfurt/M.
- LEON ECHAIZ, R.: Evolución histórica de los partidos políticos chilenos. Buenos-Aires-Santiago de Chile 1971.
- LINDENBERG, Klaus: Fuerzas Armadas y Política en América Latina, Bibliografía Selecta. ILDIS. Santiago de Chile 1972.
- LOPEZ RUBIO, Sergio E.: Historia del Ejército. Santiago de Chile 1973.
- LOPEZ URRUTIA, Carlos: Historia de la marina de Chile. Santiago de Chile 1969.
- MARTNER, Daniel: Política comercial chilena. Santiago de Chile 1923.
- McNAMARA, Robert: Die Sicherheit des Westens. Bedrohung und Abwehr. München 1970.
- MEDINA, Ernesto: El problema militar en Chile. Leipzig 1912.
- MERCADO JARRIN, Edgardo: Seguridad, política, estrategia. Buenos Aires 1975.
- MERINO, Jose T.: La armada nacional y la dictadura militar. Santiago de Chile 1932.
- MIRANDA SALAS, Felix: Balmaceda. El hombre. Santiago de Chile 1973.
- MIRES, Fernando: Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile. Berlin 1975.
- MONCLOA, Francisco: Perú. ¿Que pasó ? Lima 1977.
- MONTERO, René: La verdad sobre Ibañez. Santiago de Chile 1952.
- NAUDON, Carlos: Las relaciones interamericanas. In: NAUDON, Carlos: América 70 ¿Servidumbre o independencia en la presente década ? Santiago de Chile 1970.
- NOHLEN, Dieter: Chile. Das sozialistische Experiment. Hamburg 1973.
- NORTH, Liisa: Civil-Military Relations in Argentina, Chile and Perú. Institute of International Studies. University of California. Berkeley 1966.

- NUNN M., Frederick: The military in Chilean History. Essays on Civil-Military Relations, 1810-1973. University of New Mexico Press 1976.
- PALMA Z., Luis: Historia del Partido Radical. Santiago de Chile 1967.
- PARADA MORENO, Bernardino: Polemología básica. Biblioteca del oficial. Estado Mayor del Ejército. Vol. 33. Auch unter der Bezeichnung MECH. Nr. 338. Santiago de Chile 1977.
- Partido Nacional: La Nueva República. Santiago de Chile 1970.
- PEREZ ROSALES, Vicente: Ensayo sobre Chile. Santiago de Chile. o.J.
- PETRAS, James: Political and Social Forces in Chilean Development. Berkeley und Los Angeles. 1969.
- PETRAS, J./ MERLEY, M.: The United States and Chile: Imperialism and Overthrow of the Allende Government. New York/ London 1975.
- PIKE, Frederick B.: Chile and the United States, 1880 - 1962. The Emergence of Chile's Social Crisis and the Challenge to United States Diplomacy. University of Notre Dame Press 1963.
- PINOCHET, Augusto: Geopolítica. Diferentes etapas para el estudio geopolítico de los estados. Santiago de Chile 1968.
- PINOCHET, Augusto: El día decisivo. Santiago de Chile 1980.
- PINTO, Anibal u.a.: Chile Hoy. Santiago de Chile 1970.
- PINTO, Anibal: Chile, un caso de desarrollo frustrado. Santiago de Chile 1973.
- POLLONI, Alberto: Las Fuerzas Armadas de Chile en la vida nacional. Santiago de Chile 1972.
- PRARS, Carlos: Una vida por la legalidad. Mexico 1976.
- PYE, Lucien W.: Aspects of Political Development. MIT. Boston und Toronto 1966.
- RAMIREZ, Hernán: Historia del movimiento obrero en Chile. Santiago de Chile 1956.
- RAMIREZ, Hernán: Orígenes y formación del Partido Comunista de Chile. Santiago de Chile 1965.
- RAMIREZ, Hernán: Historia del imperialismo en Chile. Santiago de Chile 1971.
- RAMIREZ, Hernán: Balmaceda y la contrarrevolución de 1891. Santiago de Chile 1972.

- RAMOS, S.: Chile: ¿una economía de transición ? Santiago de Chile 1972.
- RATTENBACH, Benjamín: Sociología militar. Buenos Aires 1959.
- RIVAS S, Fernando/ REIMAN W., Elisabeth: Die Streitkräfte Chiles. Ein Fall imperialistischer Durchdringung. Frankfurt/ M. 1977.
- RIVAS VICUÑA, Manuel: Historia política y parlamentaria de Chile. Tomo I. Santiago de Chile 1964.
- RIZ, Liliana de: Sociedad y política en Chile: De Portales a Pinochet. México 1979.
- ROSTOW, W.W.: The Stages of Economic Growth. A non Communist Manifest. Cambridge 1960.
- ROUQUIE, Alain: L'Etat Militaire en Amerique Latine. Paris 1982.
- SAEZ M., Carlos; Recuerdos de un soldado. Tomo I. Santiago de Chile 1934.
- SANCHEZ DEL POZO, Vicente: Régimen legal de Carabineros. Tesis de Derecho. Santiago de Chile 1930. S. 32.
- SANDOVAL RODRIGUEZ, Isaac: Las crisis políticas latinoamericanas y el militarismo. Mexico 1978.
- SCHAEFER, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika. Militär und Rüstungsinteressen in Argentinien, Bolivien und Chile vor 1914. Düsseldorf 1974.
- SCHLÖSSER, Dietmar: Militärsoziologie. Königstein/TS.
- SCHREINER, Albert: Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers. Frankfurt/ Main 1981.
- SCHUBERT, Alexander: Die Diktatur in Chile. Frankfurt / Main; New York 1981.
- Secretariat-General of the Government. Republic of Chile: White Book of the Change of Government in Chile. Santiago de Chile Ende 1973.
- SEPULVEDA, Sergio: El trigo chileno en el mercado mundial. Santiago de Chile 1959.
- SPYKMAN, Nicholas J.: Estados Unidos frente al mundo. Mexico 1944.
- SUNKEL, O./ PAZ, P.: El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo. Madrid 1973.
- TARR, Terence S.: Military Intervention and Civilian Reaction in Chile. Dissertation. University of Florida 1960.

- TELLEZ, Indalicio: Recuerdos militares. Santiago de Chile 1949.
- THOMAS, R.J.: Marmaduke Grove: A Political Biography. Dissertation. The Ohio University Press 1962.
- TORO, Agustín: Síntesis histórico militar de Chile. Santiago de Chile 1977.
- TRIAS, Vivian: Imperialismo y Geopolítica en América Latina. Buenos Aires 1969.
- URZUA VALENZUELA, Germán: Los partidos políticos chilenos. Las fuerzas políticas. Ensayos de insurgencia política en Chile. Santiago de Chile 1968.
- VAGT, Alfred: Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik. New York 1937.
- VAGT, Alfred: History of Militarism. London 1959.
- VARAS, A./ Agüero, F. / Bustamante, F.: Chile, democracia, Fuerzas Armadas. Santiago de Chile 1980.
- VARAS, A./ Agüero, F.: El desarrollo doctrinario de las Fuerzas Armadas chilenas. Unveröffentlichtes Manuskript. Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO). Santiago de Chile. o.J.
- VARAS, A./ Florencia: Gustavo Leigh. El General disidente. Santiago de Chile 1979.
- VELASCO, Fanor: La revolución de 1891. Memorias. Santiago de Chile 1925.
- VENERONI, Horacio: Estados Unidos y la Fuerzas Armadas de América Latina. Buenos Aires 1971.
- VENERONI, Horacio: Estados Unidos y las Fuerzas Armadas de América Latina. Buenos Aires 1971.
- VERA, Mario: Una política definitiva para nuestras riquezas básicas. Santiago de Chile 1964.
- VICUÑA, Pedro Felix: Vindicación de los principios e ideas que han servido en Chile de apoyo a la oposición en las elecciones populares de 1846. Lima 1846.
- VILLALOBOS, Sergio: Historia de Chile. Tomo IV. Santiago de Chile 1979.
- VILLALOBOS, Sergio.u.a.: Historia de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1979.

- VILLANUEVA, Victor: Ejército peruano. Del caudillaje anárquico al militarismo reformista.
- VILLANUEVA, Victor: Modelo contrarevolucionario chileno. Lima 1974.
- VITALE, Luis: Interpretación marxista de la historia de Chile. Tomo IV. Frankfurt/ M. 1975.
- VITALE, Luis: Interpretación marxista de la historia de Chile. De semicolonía inglesa a semicolonía norteamericana. Barcelona 1980.
- VON DER GOLTZ, Colmar: Das Volk in Waffen. Berlin 1883.
- WATSON, Peter: Psycho-Krieg. Möglichkeiten, Macht und Machtmißbrauch der Militärpsychologie. Düsseldorf und Wien 1982.
- WEIGERT, Hans: Geopolítica. Mexico 1942.
- WITKER, Alejandro: Chile sociedad y política: Del acta de la independencia hasta nuestros días. México 1978.
- WITTFOGEL, Karl August: Geopolitik, geographischer Determinismus und Marxismus. k.a.
- YRARRAZABEL LARRAIN, José M.: El presidente Balmaceda. Tomos I y II. Santiago de Chile 1940.

B) Aufsätze, Dokumente, Broschüren

- ACHIP: Militarización, armamentismo y desarrollo (1973-1980). In: Chile-América. Nr. 80-81. Rom 1982.
- ACHONDO, Gonzalo: LA Doctrina de la Seguridad Nacional. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 1. Berlin (West). April 1980.
- ACKERKNECHT, Christián: La seguridad del mundo occidental. In: MECH. May-Juni 1967.
- Acuerdo de la Cámara de Diputados sobre el grave quebrantamiento del orden constitucional y legal de la República. In: PINOCHET, Augusto: El día decisivo. Santiago de Chile 1980.
- ADELMAR R., Felipe: Variaciones de la nueva legalidad chilena. In: Mensaje. Nr. 252. Santiago de Chile. Sept. 1976.
- ALISKY, Marvin u.a.: The Political-Military Defense of Latin America. Bureau of Governmental Research. Arizona 1963.
- ALMEYDA, Clodomiro: El problema militar en la experiencia de la Unidad Popular chilena. In: Chile-América. Nr. 37-38. Rom 1977.

- ALMEYDA, Clodomiro: Reflexiones en torno al integrismo católico reaccionario. In: Araucaria. Madrid o.J.
- ALMEYDA, Clodomiro (Entrevista): Salvador Allende y las relaciones exteriores. In: Araucaria. Nr. 2. Madrid 1978.
- ANDRESKI, Stanislav: Conservatism und Radicalism of the Military. In: Archives européennes de sociologie. Be. 2. 1961.
- ANGELL, Alan: La clase obrera y la política en Chile. In: Desarrollo Económico. Vol. 9. Nr. 23. Buenos Aires 1969. S. 33-65.
- AMPUERO, Raúl: La formazione del soldato multinazionale. In: Politica Internazionale. Nr. 5/6. Firenze 1977. S. 37 ff.
- AMPUERO, Raúl: El poder político y las Fuerzas Armadas. In: Punto Final (Suplemento). Nr. 181. Santiago de Chile. April 1973.
- ARANDA, S./ MARTINEZ, A.: Estructura económica: Algunas características fundamentales. In: PINTO, A.u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile. 1970.
- ARCE F., Horacio: Las Fuerzas Armadas y la seguridad nacional. In: MECH. März-April 1957.
- ARCOS, Santiago: Carta a Francisco Bilbao. In: GODOY, Hernán (Hrsg.): Estructura social de Chile. Santiago de Chile 1971.
- ARRATIA, Osvaldo: Objetivos políticos. In: MECH. May-Juni 1958.
- ARRIAGADA H., Genaro/ Garretón, M.A.: América Latina a la hora de las doctrinas de la Seguridad Nacional. In: ARRIAGADA, Genaro u.a.: Las Fuerzas Armadas en la sociedad civil. CISEC (edición privada). Santiago de Chile 1978.
- ASK: Die Beziehungen der BRD zur faschistischen Militärjunta in Chile. Frankfurt/M. 1977.
- ASK: Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre. Geheimgedokument des Komitees von Santa Fe. Frankfurt/ M. 1982.
- ATRIA B., Raúl: Tensiones políticas y crisis económica: El caso chileno 1920 - 1938. In: Estudio Sociales. Nr. 1. Santiago de Chile Marzo 1973.
- AYLWIN O., Mariana/ Alamos V., Ignacia: Los militares en la época de Don Arturo Alessandri Palma. In: 7 ensayos sobre Arturo Alessandri Palma. Santiago de Chile 1979.
- BAINES, John M.: U.S. Military Assistance to Latin America. An Assessment. In: Journal of Inter-American Studies and World Affairs. Vol. 14. Nr. 4. 1972.

- BALART CONTRERAS, René: Los militares y la seguridad nacional. In: Punto Final. Santiago de Chile 1973.
- BALLESTEROS M./ DAVIS, T.E.: The Grow of Output and Employment in Basic Sectors of the Chilean Economy, 1908-1957. In: Economic Development and Cultural Change. Vol. 11. Nr. 2. Juni 1963.
- BARAONA U., Pablo: Economía y Seguridad Nacional. In: BARAONA U., Pablo u.a.: Fuerzas Armadas y Seguridad Nacional. Santiago de Chile 1973.
- BARCELO LIRA, José M.: La evolución del ejército chileno desde la ocupación del territorio araucano (1859-1879) hasta nuestros días. In: Memorial del ejercito de Chile. Jg. 28. 1. Semester. Santiago de Chile 1935.
- BARRETT, Raymond J.: The Development Process and Stability Operations. In: Military Review. Kansas. Nov. 1972.
- BARRIA, J.: El movimiento obrero: Del Frente Popular a la Unidad Popular. In: Witker, Alejandro: Chile: Sociedad y política. México. 1978.
- BARRIENTOS V., Juan: La ciencia Política y la seguridad nacional. In: MECH. May-Juni 1967.
- BARRIGA, J. de D.: Lo que debemos saber sobre seguridad y defensa nacional. MECH. May-August 1973.
- BAUER, Arnold J.: Expansión económica en una sociedad tradicional: Chile central en el siglo XIX. In: Revista Historia. Nr. 9. Universidad Católica de Chile. Santiago de Chile 1970.
- Bericht von Hans Göran Franck. In: Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile. 28.-30.11. 1980. Rom.
- BITAR, Sergio: Libertad económica y dictadura militar. La Junta militar chilena 1973-78. In: Chile-América. Nr. 56/57. Rom 1979.
- BITAR, Sergio: Monetarismo y ultraliberalismo, 1973-1980. In: Cuadernos de Marcha. Vol. 2. Nr. 7. Mexico 1980.
- BITAR, Sergio: Reagan y América Latina: Cambios cosméticos. In: Chile-América. Nr. 84-85. Rom 1983.
- BLARDONE, Gilbert: La politique économique chilienne: en monétarisme repressif. In: Problèmes Economiques. Nr. 1644. Paris. 24.10.1979.
- BOECKH, Andreas; Dependencia - Theorien. In: NOHLEN, Dieter (Hrsgl): Lexikon Dritte Welt. Baden-Baden 1980. S. 87-93.

- BOYE, Otto: Chile y el interamericanismo en las dos últimas décadas. In: Mensaje. Santiago de Chile. Sept. 1971.
- BRADFORD, Zeb B. (Jr.): US Tactics in Vietnam. In: Military Review. Kansas. Februar 1972.
- BRUNN, Gerhard: Deutscher Einfluß und deutsche Interessen in der Professionalisierung einiger lateinamerikanischer Armeen vor dem 1. Weltkrieg (1885-1914). In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika. Bd. 6. Köln-Graz 1969.
- BÜTTNER, Friedemann: Militär und Entwicklung in der Dritten Welt. In: BÜTTNER, Friedemann u.a.: Reform in Uniform? Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Bonn-Bad Godesberg 1976.
- BURR, Robert: The Balance of Power in Nineteenth-Century South America: An Exploratory Essay. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 35. Nr. 1. North Carolina 1955.
- CABRERA, René: Gestación del objetivo político. In: MECH. Nev.-Dez. 1955.
- CAMPERO, Guillermo: Movimiento sindical, política laboral y modelo económico después de 1973. In: Chile-América. Nr. 76/77. Rom. Februar-März 1982.
- CAMPO S., Julio: Consideraciones sobre el panorama político-estratégico mundial. MECH. Sept.-Okt. 1950.
- CAÑAS M., Ramón: Fuerzas Morales. In: MECH. Okt. 1932.
- CAÑAS M., Ramón: Reflexiones geopolíticas sobre el presente y el futuro de América y de Chile. In: MECH. Nov.-Dez. 1948.
- Capital-Report: Chile. Wirtschaftswunder. In: Capital. Nr. 1. Januar 1982.
- CARMONA, Jorge: ¡Hacia la economía! La racionalización de nuestra instrucción militar. In: MECH. Nov. 1931.
- Carta der General Roberto Viaux al Presidente Eduardo Frei. El Diario Ilustrado. 27.10.69. In: VARAS, A./ AGÜERO F.: El desarrollo doctrinario de las Fuerzas Armadas chilenas. Unveröffentlichtes Manuskript. FLACSO. Santiago de Chile. o.J.
- CARVAJAL, Juan: "Duros" y "Blandos": Una pugna real. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 2. Berlin (West). Juni 1980.
- CASE, Robert: El entrenamiento de militares latinoamericanos en los Estados Unidos. In: Aportes. Vol 6. Paris 1967.
- CAVALLA R., Antonio: Breve introducción descriptiva a la Geopolítica. In: CAVALLA R., Antonio u.a.: La Geopolítica y el fascismo dependiente. Mexiko 1977.

- CAVALLA R., Antonio: Notas para una caracterización de la Geopolítica clásica. In: CAVALLA R., Antonio u.a.: La Geopolítica y el fascismo dependiente. Mexico 1977.
- CAVAROZZI, Marcelo: El orden oligárquico en Chile 1880-1940. In: Desarrollo Económico. Revista de Ciencias Sociales. Vol. 18. Nr. 70. Buenos Aires 1978. S. 234-236.
- CENDOYA F., Andrés: Ideas geopolíticas del Gral. Augusto Pinochet. In: Estrategia. Nr. 24. Buenos Aires 1973.
- CHANG, David W.: Military Forces and Nation Building. In: Military Review. Sept. 1970.
- CHATEAU, Jorge: Geopolítica y regionalización. Algunas relaciones. FLACSO. Documento de trabajo Nr. 75/78. Santiago de Chile. Agosto 1978.
- CHAVES D., Victor: Chile y el Pacífico Sur. El centro de gravedad geopolítico terrestre. Rutas Aéreas a Australia. Destino histórico. In: MECH. Nr. 278.
- CHILD, John: From "Color" to "Rainbow": U.S. Strategic Planning for Latin America, 1919-1945. In: Journal of Interamerican Studies and World Affairs. Vol. 21. Nr. 2. California 1979.
- CHILD, John: Geopolitical Thinking in Latin America. In: Latin America Research Review. Vol. 14. Nr. 2. 1979.
- CHILD, John: Strategic Concepts of Latin America: An Update. In: Inter-American Economic Affairs. Vol. 34. Nr. 1. 1980.
- CHONCHOL, Jaques: La reforma agraria en Chile (1964-1973). In: Chile-América. Nr. 25-26-27. Rom. Nov.-Dez. 1976.
- CHONCHOL, Jaques: Poder y reforma agraria en la experiencia chilena. In: PINTO, A.u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile 1970.
- COMBLAIN, Joseph: La doctrina de la Seguridad nacional. In: Mensaje. Nr. 247. Santiago de Chile. März- April 1976.
- Constitución Política de la República de Chile 1980. Santiago de Chile. Agosto 1980.
- COOPER, Chester L.: The CIA and Decision-Making. In: Foreign Affairs. Nr. 2. January 1972.
- COVARRUBIAS, Osvaldo: Cambios y nuevo rol de las Fuerzas Armadas chilenas. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 4. Berlin (West). Nov. 1980.
- COX, Ricardo: Defensa social interna. In: BARAONA U., PABLO u.a.: Fuerzas Armadas y seguridad nacional. Santiago de Chile 1973.

- Cuartel General. Ministerio del Ejército. (Mayo 1962): Operaciones contra fuerzas irregulares. (FM 31-15). Reglamento de Servicio del Ministerio de Ejército. In: SELSER, Gregorio: Espionaje en América Latina. Buenos Aires 1966.
- Cuartel General. Ministerio del Ejército de EEUU: Defensa y desarrollo internos. In: Cavalla R., Antonio: Geopolítica y Seguridad Nacional. Mexico 1979.
- CUELLAR, Oscar: Notas sobre la participación política de los militares en América Latina. In: Aportes. Nr. 19. Paris 1971.
- CUBILLOS L., Hernán: La defensa naval del continente. Revista de Marina. Julio-Agosto 1950.
- DAVID R., Hughes: The Myth of Military Coups and Military Assistance. In: Military Review. Kansas. Dez. 1967.
- Declaración de Principios del Gobierno de Chile. Zeitung El Mercurio. 12.5.74.
- Decreto-Ley Nr. 521. Ministerio del Interior. Crea la Dirección de Inteligencia Nacional (DINA). 18.6.74. In: Frühling, Hugo u.a.: Estado y Fuerzas Armadas. Santiago de Chile 1982.
- DE LEON, César A.: Las capas medias en la sociedad chilena del siglo XIX. In: Anales de la Universidad de Chile. Nr. 132. Santiago de Chile 1964.
- DIAZ, Fernando: Defendamos al conscripto para mantener nuestro ejército. In: Memorial del Ejército de Chile. Vol. 17. Santiago de Chile. 1. Semester 1922.
- DIAZ, F.J.: A propósito de nuestra política naval. Santiago de Chile 1938.
- DIAZ, Francisco J.: A propósito de nuestra política militar. Santiago de Chile 1938.
- DIAZ L., Florentino: Geopolítica de Chile. In: Estrategia. Nr. 48. Buenos Aires 1977.
- DIAZ E., Nicanor: El problema del desarme latinoamericano. In: Revista de la Fuerza Aérea. April-May-Juni. Nr. 73. 1959.
- DIEZ, Lafín: Los alemanes del 70 en Chile. In: Revista Babel. Nr. 45. Santiago de Chile Mayo-Junio 1948.
- Discurso de Dn. Arturo Alessandri, agradeciendo su designación como candidato a la presidencia de la república, pronunciado en la convención presidencial el 25.4.1920 y que constituye su programa de gobierno. In: Arturo Alessandri Palma. Recuerdos de gobierno. Tomi I. Santiago de Chile 1967.

Discursos pronunciados durante el período ordinario de 1916 en la Cámara de Diputados de Chile por los diputados que impugnaron la orden del día del Ministro de Guerra, Sr. Jorge Boonen Rivera, que prohibía a los militares formar parte de sociedades secretas, cofradías i lojías. Santiago de Chile 1916.

DI TELLA, Torcuato: Populism and Reform in Latin America. In: VELIZ, Claudio: Obstacles to Change in Latin America. Oxford University Press 1965.

Documentos Secretos de la ITT. Santiago de Chile 1972.

DOMIC K., Juraj: Destrucción de las Fuerzas Armadas por el Partido Comunista. In: DOMIC K., Juraj: Fundamentos de la praxis marxista-leninista en Chile. Santiago de Chile 1977.

El asesinato del General Carlos. In: Chile-América. Nr. 2. Rom 1974.

ENGELS, F.: El origen de la familia, la propiedad privada y el estado. In: MARX, Carlos/ ENGELS, F.: Obras escogidas en dos Tomos. Tomo II. Moscú 1955.

Entrevista a Raúl Sáez. 40 años de la CORFO. In: Mensaje. Nr. 278. Santiago de Chile. May 1979.

Entrevista a Raúl Sáez. Evaluación de la CORFO. In: Mensaje. Nr. 279. Santiago de Chile. Juni 1979.

ERNST, Jutta/ GUDZENT, Christa/ SCHRAMM, Peter: Auswahlbibliographie zur Geschichte des Militarismus (marxistisch-leninistische Literatur). In: NUB, Karl u.a. (Hrsg.): Der deutsche Militarismus in Geschichte und Gegenwart. Berlin 1980.

Escuela de las Américas. Catálogo 1975. In: CAVALLA R., Antonio: Geopolítica y Seguridad Nacional. México 1979.

Estado Mayor General del Ejército: La Nación y su defensa. In: MECH. Julio-Agosto 1949.

Estado Mayor General del Ejército: Seguridad Nacional función de gobierno. In: MECH. Mayo-Junio 1949.

ESTEVEZ V., Jaime: Notas sobre el desarrollo de las ciencias sociales y la integración cultural latinoamericana. In: Latinoamérica. Anuario. Centro de Estudios Latinoamericanos. Nr. 12. Mexico/ D.F. 1979.

EVERS, T.T./ VON WOGAU, P.: Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung. In: Das Argument 79. 15. Jg. Heft 4-6. Berlin Juli 1973.

FAGEN, Richard: United States Policy in Central America: A Critique. Paper für das Symposium Dritte Welt und Weltmächte. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 10.-11. May 1982.

- FELIU GRUZ, Guillermo: La evolución política, económica y social de Chile. Ensayo histórico sobre los rasgos fundamentales hasta 1924. In: Anales de la Universidad de Chile. Tercer trimestre. Santiago de Chile 1960.
- FERNANDEZ R., Sergio: Subversión-Propaganda-Rebelión. MECH. Januar-Februar 1963.
- FERRER, Aldo: El monetarismo en Argentina y Chile. (Primera parte). In: Comercio Exterior. Vol. 31. Nr. 1. México. Januar 1981.
- FERRER, Aldo: El monetarismo en Argentina y Chile. (Segunda parte). In: Comercio Exterior. Vol. 31. Nr. 2. México. Februar 1981.
- FLECHSIG, S.: Einige Fragen der Entwicklung der verarbeitenden Industrie Chiles und ihrer Zweigstruktur - Hauptentwicklungsetappen. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrsemester 1978.
- FOSSUM, Egill: Factors Influencing the Occurrence of Military Coups d'Etats in Latin America. Journal of Peace Research 3. 1967. S. 228 - 251.
- FGS Ökonomie und Politik: Die Instabilität internationaler Verschuldung und die Transnationalen Banken. Occasional Papers 7/82. Freie Universität Berlin. May 1982.
- FRIEDEBURG, Ludwig von: Militärsoziologie. In: ZOLL, Ralf u.a. (Hrsg.): Bundeswehr und Gesellschaft. Opladen 1977.
- GALLEGOS, Enrique: Success in Perú. A Case Study in Counterinsurgency. In: Military Review. Februar 1966.
- GARCES, Joan E.: So fiel Allende. In: Horizonte, Wochenzeitung für Internationale Politik. Nr. 45, 46, 47. Berlin 1975.
- GARCIA, Gonzalo: La producción industrial en Chile en los años 70. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. Nr. 48. Juli-August 1981.
- GARRETON, M.A.: De la Seguridad Nacional a la nueva institucionalidad. Notas sobre la trayectoria ideológica del nuevo estado autoritario. In: Revista Mexicana de Sociología. Vol. 40. Nr. 4. México 1978.
- GARRETON, O.: La concentración monopólica en Chile. In: Cuadernos de la Realidad Nacional. Nr. 7. Santiago de Chile. März 1971.
- GERMAIN, Louis: L'importance strategique de l'Amerique Latine pour les Etats-Unis. In: Defense Nationale. Vol. 31. Nr. 1. Paris 1975.
- GLAUSER, K.: Crisis social del capitalismo en Chile. In: Mensaje. Santiago de Chile. September 1971.

- GONZALEZ, Eliodoro: Ams Sale Policy: The Chilean Case. In: Inter-american Economic Affairs. Vol. 34. Nr. 3. 1980.
- GRIFFITH-JONES, Stephany: The Alliance for Progress: an Attempt at Interpretation. In: Development and Change. Vol. 10. Nr. 3. Den Haag. 1979.
- GRIFFITH-JONES, Stephany: Una evaluación crítica de la política financiera y de corto plazo de la Unidad Popular chilena. In: Revista Interamericana de Planificación. Vol. 12. Nr. 47-48. México. September-Dezember 1978.
- GRISHIN, Yuri: El fracaso de los planes hitlerianos en América Latina. In: América Latina. Nr. 2. Moskau 1975.
- GUNDER Frank, André: La política económica en Chile. Del Frente Popular a la Unidad Popular. In: Punto Final. Nr. 153 (Suplemento). Santiago de Chile. März 1972.
- GURRIERI, Adolfo: Consideraciones sobre los sindicatos chilenos. In: Aportes. Nr. 9. Paris Julio 1968.
- GUZMAN S., Oscar: Resumen - comentario del libro de Samuel Flagg Bemis: "La diplomacia de Estados Unidos en la América Latina". In: MECH. Nov.-Dez. 1948.
- HACKETHAL, E.: Arbeiterbewegung und politische Parteien in Chile. In: Lateinamerika. Rostock. Herbstsemester 1972.
- HACKETHAL, Eberhard: Die chilenischen Streitkräfte - historische Entwicklung und politische Funktion. In: Asien, Afrika und Lateinamerika. Bd. 2. Heft 2. Berlin DDR 1974.
- HALPERIN, Morton H.: The President and the Military. In: Foreign Affairs. Nr. 2. January 1972.
- HAUPT, Werner: Deutscher Einfluß auf die Militärgeschichte in Chile. In: Deutscher Soldatenkalender - Jahrbuch. Nr. 9. 1961.
- HEARE, Gertrude E.: Trends in Latin American Military Expenditures 1940-1970. Part 1. u. 2. Washington 1971.
- HELL, Jürgen: Deutschland und Chile von 1971 - 1918. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. 14. Jahrgang. Heft 12. Rostock 1965.
- HEREDIA S., Gonzalo: Actas Constitucionales del 11 de Septiembre de 1976. In: Mensaje. Nr. 253. Okt. 1976.
- HERNANDEZ, Silvia: Transformaciones tecnológicas en la agricultura de Chile central. Siglo XIX. In: Cuadernos de CESO. Nr. 3. Santiago de Chile 1966.

- HERRERA, Inigo: EE. UU.: La cambiante lucha contra la subversión comunista. In: Mensaje. Vol. 26. Nr. 263. Santiago de Chile. Okt. 1977.
- HILSMAN, Roger: La guerra interna. Nueva estrategia comunista. In: Military Review. Kansas. April 1962.
- HOCHMANN, Elena/ SONNTAG, Heinz Rudolf: Theorie und Praxis in der Sozialwissenschaft in Lateinamerika. In: Cordova, Armando/ Silva M., Hector: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. Frankfurt a.M. 1974.
- Informe del Barón von Gutschmid, Ministro de Alemania en Santiago 10.1. 1891. In: Documentos publicados por la cancillería alemana: Los acontecimientos en Chile. Santiago de Chile 1891.
- INGROSSO, Marco: Modelos socioeconómicos de interpretación de la realidad latinoamericana: de Mariátegui a Gunder Frank. Cuadernos Anagrama 62. Barcelona o.J.
- JANOWITZ, Morris: On the Current State of the Sociology of Military Institutions. In: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Berichte 17. München 1979.
- JIMENEZ, P.: Misión educativa del ejército además de la preparación para la guerra. In: Memorial del Ejército de Chile. Vol. 17. Santiago de Chile. 2. Semester 1922.
- JOHNSON, J.J.: Algunas características sociales de los militares latinoamericanos. In: Revista Paraguaya de Sociología. Bd. 2. Heft 3. Asunción May - August 1965.
- Junta Militar: Objetivo nacional del Gobierno de Chile. In: WITKER, Alejandro: Chile: Sociedad y política. Del Acta de la Independencia a nuestros días. México 1978.
- JUSTO, Liborio: La sublevación de la escuadra. In: Punto Final. (Suplemento). Nr. 140. Santiago de Chile. Septiembre 1971.
- JONES, Richard A.: The Nation Builder Soldier of the Sixties. In: Military Review. Jan. 1965.
- KAHLE, Günter: Die Encomienda als militärische Institution im kolonialen Hispanoamerika. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Band 2. Köln-Graz 1965.
- KATZ, Friedrich: Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika von 1898 bis 1941. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika (1933 - 1943). Humboldt-Universität zu Berlin 1966.
- KAUFMAN, Edy: La política exterior de la Unidad Popular chilena. In: Foro International. Vol. 17. Nr. 2. México 1976.

- KAY, Cristóbal: Chile: Agrarian Reform 1965 - 1973. In: América Latina. Vol. 17. Rio de Janeiro. 1976.
- KENT, Irvin M.: Political Warfare for Internal Defense. In: Military Review. Kansas. August 1970.
- KÖRNER, EMIL: Die historische Entwicklung der chilenischen Wehrkraft. In: Beiheft zum Militärwochenblatt. Vol. 5. Berlin 1910.
- KÖRNER, EMIL: Relación sobre el estado de la instrucción en la Escuela Militar y propuestas para una reforma de sus reglamentos. In: La instrucción militar alemana en Chile. Recuerdos de 40 años. Santiago de Chile 1926.
- KÖTTNITZ, Rudolf: Allianz gegen den Fortschritt. In: Deutsche Außenpolitik. Jg. 11. Nr. 2. Ost-Berlin. 1966.
- KOSSOK, Manfred: Kirche und Armee. Zur Krise traditioneller Machtinstitutionen in Lateinamerika. In: Lateinamerika. Probleme. Perspektiven. 2. Sonderheft Deutsche Außenpolitik. Berlin 1971.
- KOSSOK, Manfred: "Sonderauftrag Südamerika". Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 - 1942. In: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus (1810 - 1960). Berlin 1961.
- KOSSOK, Manfred: Zur politischen Funktion der Armeen in Lateinamerika. Aktuelle und historische Aspekte. In: Zeitschrift für Militärgeschichte. Bd. 7. Nr. 2. Berlin 1968.
- KRUSE, Heinz: Ursachen, Wesen und Ergebnisse der Politik der Regierung Frei zur Chilenisierung des Kupferbergbaus in Chile 1964-1970. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrssemester 1972.
- La Geopolítica, parte integrante del fascismo de Pinochet. In: CAVALLA R., Antonio u.a.: La Geopolítica y el fascismo dependiente. México 1979.
- La inflación del Tacnazo. In: Panorama Económico. Santiago de Chile. Dez. 69/ Jan. 70.
- La muerte del General Bonilla. In: Chile-América. Nr. 5. Rom 1975.
- Las ff. aa. en 1972. In: Portada. Nr. 35. Santiago de Chile 1972.
- LENIN, V.I.: El estado y la revolución. In: LENIN, V.: Obras escogidas en tres Tomos. Tomo II. Moscu 1956.
- LETELIER, Orlando: Economic "freedom's" awfull toll. The Chicago Boys in Chile. In: The Review of Radical political Economics. Vol. 8. Nr. 3. New York 1976.
- LEUCHTER, W.: Zur Rolle der staatlichen Investitionspolitik im Rahmen der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Chiles in den fünfziger und sechziger Jahren. Lateinamerika. Rostock. Herbstsemester 1975.

- LIEUWEN, Edwin: The Changing Role of the Military in Latin America. In: Journal of Interamerican Studies. Bd. 3. Heft 4. Oktober 1961.
- LINDENBERG, Klaus: Militär und Abhängigkeit in Lateinamerika. Fremdbestimmte Faktoren seiner institutionellen Entwicklung, seines professionellen Rollenverständnisses und seines politischen Verhaltens. In: PUHLE, H.J. (Hrsg.): Lateinamerika: Historische Realität und Dependencia-Theorien. Hamburg 1977.
- LINDENBERG, Klaus: Über die militärische Besetzung der Politik in Lateinamerika. In: BÜTTNER, Friedemann u.a.: Reform in Uniform? Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Bonn - Bad Godesberg 1976.
- LLAMBIAS W., Jaime: Algunos antecedentes sobre la entrega de armas norteamericanas a las FF. AA. chilenas. In: Chile-América. Nr. 28, 29, 30. Rom.
- LLAMBIAS W., Jaime: El Sistema Interamericano: Un producto de la política exterior de los E.E.U.U. que estimula el militarismo en América Latina. In: Chile- América. Nr. 19, 20, 21. Rom.
- LOPEZ S., Claudio: Las Fuerzas Armadas en el Tercer Mundo. In: MECH. Juli-Aug. 1970.
- MAC KINDER, Halford: El pivote geográfico de la historia. In: Pinochet, Augusto: Geopolítica. Diferentes etapas para el estudio geopolítico de los estados. Santiago de Chile 1968.
- MAIRA, Luis: América Latina, pieza clave en la política de contención de la administración Reagan. In: Cuadernos Semestrales Nr. 9. México 1. Sem. 1981.
- Mariscal Lyautey: La función social del oficial. In: MECH. Santiago de Chile. Nov.-Dez. 1938.
- MATYOKA Y., Gertrude: Political Obstructionism in the Chilean Senate 1920-1924; A Study of Legislative Behavior. In: Revista de Historia de America. Nr. 84. México D. F. 1977.
- MARTINEZ C., Enrique: Continental Defense and Counterinsurgency. In: Military Review. Nr. 4. Kansas 1970.
- MARTINEZ C., Enrique: Lucha por el Ejército y el gobierno popular. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. k.J. 1979.
- MC CONAUGHY, John B.: Latinoamérica. Objetivo soviético. In: Military Review. Kansas. Okt. 1961.
- MEDINA L., Alejandro: Seguridad Nacional - Un concepto que debe difundirse. In: MECH. Sept.-Okt. 1966.

- MEDINA L., Alejandro: La teoría de la Seguridad Nacional. In: Chile-América. Nr. 58-59. Rom 1979.
- MELLER, Patricio/ CORTAZAR, René/ MARSHALL, Jorge: El estancamiento del empleo en Chile: 1974-1978. In: Mensaje. Nr. 286. Santiago de Chile. Januar-Februar 1980.
- MELLER, Patricio: Un balance de la situación económica chilena del año 1982. In: Mensaje. Nr. 316. Santiago de Chile. Januar-Februar 1983.
- MERCADO JARRIN, Edgardo: Reflexiones sobre la seguridad y el desarrollo en América Latina. In: Estrategia. Vol. 5. Nr. 24. 1973.
- MILLAR C., René: Significado y antecedentes del movimiento militar de 1924. In: Revista Historia. Nr. 11. Universidad Católica de Chile. Santiago de Chile. 1971.
- MINELLO, Nelson: El Sistema Interamericano de Defensa. Las relaciones norteamericanas con las Fuerzas Armadas de América Latina. In: CAVALLA R., Antonio u.a.: Geopolítica y seguridad nacional en América. México 1979.
- MIRANDA C., Sergio: Jorge Prat: Personalidad y obra. In: Portada. Nr. 36. Santiago de Chile. Jan.-Febr. 1973.
- MIRANDA C., Sergio: Las Fuerzas Armadas en el ordenamiento jurídico chileno. In: BARAONA U., Pablo u.a.: Fuerzas Armadas y Seguridad Nacional. Santiago de Chile 1973.
- MOLINA Y VEDIA, Silvia: El caso chileno como prototipo de guerra psicológica contrarevolucionaria. In: Revista Mexicana de Ciencias Políticas y Sociales. Nr. 86/87. México 1976/77.
- MOLINA P., Victor: El ejército y su función social de acuerdo con la necesidad de capacitar al individuo en un oficio, que le permita desempeñarse en forma más eficiente al ser restituido a la sociedad civil. In: MECH. Santiago de Chile. Sept.-Okt. 1935.
- MOLINA S., Sergio: El diagnóstico en 1954 y los cambios producidos durante el gobierno de la Democracia Cristiana. In: ATRIA, R. u.a.: Hacia un nuevo diagnóstico de Chile. Santiago de Chile 1973.
- MOLS, Martin: Quality of Life in the Americas. Der Bericht Nelson A. Rockefellers als offizielles Dokument für eine Neuorientierung der Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten. In: Zeitschrift für Politik. 17. Jg. Heft 4. Köln-Berlin. November 1970.
- MONTALDO B., Fernando: Ningún cuerpo armado puede deliberar. In: MECH. Juli-August 1953.

- MONTERO, René: Los principios comunistas frente a las leyes biológicas y la estructura espiritual de la sociedad moderna. In: MECH. Vol. 26. Nr. 1. Jan. 1932.
- MOULIAN, Tomas: Religion and Authoritarianism. In: Social Compas. Vo. 26. Nr. 2/3. Brussel 1979.
- MÜLLER-PLANTENBERG, Urs: Wandlungen und Zielsetzungen der US-amerikanischen Politik im karibischen Raum. Paper für das Symposium Dritte Welt und Weltmächte. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 10.-11. May 1982.
- MUÑOZ, Heraldo: Relaciones exteriores del gobierno militar. In: Mensaje. Nr. 303. Santiago de Chile. Okt. 1981.
- NAVARRETE, Mariano: La defensa nacional. Conferencia leída en la Universidad de Chile. Diciembre de 1917. Veróffentlicht in: Memorial del Ejército de Chile. Nr. 358. Nov.-Dez. 1970.
- NEF, Jorge: The Politics of Repression. The Social Pathology of the Chilean Military. In: Latin America Perspectives. Vol. 2 Nr. 2. 1974.
- NOHLEN, Dieter/ NUSCHELER, Franz: Entwicklungstheorien und Entwicklungsbegriff. In: NOHLEN/ NUSCHELER (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt 1. Hamburg 1974.
- NOLFF, Max: La industria manufacturera. In: Geografía económica de Chile. Tomo III. Santiago de Chile 1962.
- NORTH, Liisa: Los militares en la política chilena. In: Revista Mexicana de Sociología. Vol. 37. Nr. 2. April-Juni 1975.
- NOVOA S., G: Deutsche Mitarbeit in der Entwicklung der chilenischen Armee. In: Westküstenbeobachter. III: 65/66. 10.1.35.
- NUNN M., Frederick: Emil Körner and the Prussianisation of the Chilean Army: Origins, Process and Consequences. 1885-1900. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 50. Nr. 2. Durham. N.C. May 1970.
- NUNN, José: A Latin American Phenomen. The Middle-class Military Coup. In: PETRAS, J./ ZEITLIN, M.: Reform or Revolution in Latin America, a Reader. New York 1968.
- NUN, José: Lateinamerika: Die Hegemoniekrise und der militärische Staatstreik. In: KÖNIG, R. (Hrsg.): Aspekte der Entwicklungssoziologie. Sonderheft 13/1969 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln-Opladen 1969.
- Official Despatch from the Supreme Court of Justice. 26.5.1973. In: Secretariat-General of the Government: White Book. Santiago de Chile 1973.

- O'BRIEN, Philip: La Alianza para el progreso y los préstamos por programa a Chile. In: Estudios Internacionales. Vol. 2. Nr. 4. Santiago de Chile. Januar-März 1969.
- OSORIO U., Jaime: Las contradicciones interburguesas y la alternativa Frei a la dictadura militar chilena. In: Investigación Económica. Vol. 35. Nr. 138. México 1976.
- PEREZ, Robinson: El dilema del PDC. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 1. Berlin (West). April 1980.
- PERLMUTTER, A.: The Praetorian State and the Praetorian Army: toward a Taxonomy of Civil-military Relations in developings Policies. In: Comparative Politics. Bd. 1. 1968/69.
- PIKE, Frederick B.: Aspects of class relations in Chile, 1850-1960. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 43. Nr. 1. North Carolina 1963.
- PINTO, Anibal: Desarrollo económico y relaciones sociales. In: PINTO, A. u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile 1970.
- PINTO, Anibal: El modelo ortodoxo y el desarrollo nacional. In: Mensaje. Nr. 297. Santiago de Chile. März-April 1981.
- PINTO, Anibal: Apertura al exterior. In: Mensaje. Nr. 298. Santiago de Chile. May 1981.
- PORTALES, Carlos/ VARAS, Augusto: Carrera armamentista en América del sur. In: Mensaje. Nr. 276. Santiago de Chile 1979.
- PUTMAN, R.D.: Toward Explaining Military Intervention in Latin American Politics. In: World Politics. Bd. 20. Heft 1. Oktober 1967.
- QUIROGA, Alvaro: La génesis histórica de las FF. AA. en Chile 1810-1813. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 9. Berlín (West) Nov. 1981.
- QUIROGA, Alvaro: El "prusianismo" en las fuerzas armadas chilenas. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 14-15. Berlin (West) April 1983.
- ¿Que cosa es la DINA ? In: Chile-América. Nr. 31-32. Rom.
- QUIROGA, Patricio: Fuerzas Armadas y violencia: Las fases de la represión en Chile. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 7. Berlin (West). Juni 1981.
- RAMIREZ N., Hernán: El Fascismo en la evolución política de Chile hasta 1970. In: Araucaria. Nr. 1. Madrid. 1978.
- RAPOPORT, David C.: A Comparative Theory of Military and Political Types. In: HUNTINGTON, Samuel (Hrsg.): Changing Patterns of Military Politics. New York 1962.

- Reclutador: La educación militar en el país. In: MECH. Jan. 1932.
- Regierungsprogramm der Unidad Popular. In: GARCÉS, Joan E. (Hrsg.): Salvador Allende. Chiles Weg zum Sozialismus. Wuppertal 1972.
- REMMER, Karen L.: The Timing, Pace and Sequence of Political Change in Chile, 1891-1925. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 57. Nr. 2.
- RIVERA, Eugenio: Tres fases de la política económica en Chile (1973-1978). In: Cuadernos Políticos. Nr. 22. México 1979.
- Rockefeller Report on Latin America. Hearing before the Subcommittee on Western Hemisphere Affairs of the Committee of Foreign Relations. United States Senate. Ninety-First Congress. Washington November 20. 1969. Appendix: Quality of Life in the Americas.
- RODRIGUEZ V., Mario: La experiencia política chilena y las actas constitucionales. In: Mensaje. Nr. 254. Santiago de Chile. Nov. 1976.
- RODRIGUEZ V., Mario: Fundamento de la nueva institucionalidad (El concepto de Seguridad Nacional). In: Mensaje. Nr. 253. Santiago de Chile. Okt. 1976.
- ROGHMAN, Klaus/ ZIEGLER, Rolf: Militärsoziologie. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 9: Organisation. Militär. Stuttgart 1977.
- ROJAS, Sergio: Las Fuerzas Armadas y la economía chilena. In: Boletín Exterior Partido Comunista de Chile. Nr. 47. May-Juni 1981.
- ROJAS-MIX, Miguel: El hispanismo. Ideología de la dictadura en "Hispanoamérica". In: Araucaria. k.A.
- ROUQUIE, Alain: Le rôle politique des forces armées en Amérique Latina. Etat des travaux. In: Revue Française de Science Politique. Bd. 19. Heft 4. Paris August 1969.
- RUIZ-TAGLE, Jaime: Seis años de política social. Una revolución en marcha. In: Mensaje. Nr. 282. Santiago de Chile. Sept. 1979.
- RUIZ-TAGLE, Jaime: Otra vuelta de tuerca. Nueva legislación laboral. In: Mensaje. Nr. 303. Santiago de Chile. Okt. 1981.
- RUIZ-TAGLE, Jaime: Los ingresos reales de los trabajadores más pobres. In: Mensaje. Nr. 305. Santiago de Chile. Dez. 1981.
- SAAVEDRA R., Eduardo: Aspecto geopolítico de la Antártica chilena. In: MECH. Sept.-Okt. 1948.
- SALINAS F., Ramón: La posición estratégica de Chile en la defensa del continente. MECH. Sept.-Okt. 1947.

- SASSENFELD, Heinrich: Chile. Erfahrungen mit Entwicklungsstrategien. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Aus den Materialien der Dokumentationsstelle Nr. 16. Bonn. Juli 1974.
- SCHUBERT, Alexander: Caso CRAV: El modelo económico (todavía) no se derrumba. In: Cuadernos de Orientación Socialista. Nr. 8. Berlín (West). Sept. 1981.
- SIEGER, R.: Rudolf Kjellen. In: Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 1. München 1924.
- SILVAR SOLAR, Julio: El integrismo católico fascista en la ideología de la Junta Militar. In: Chile-América. Nr. 1. Rom. 1974.
- SILVERMANN, Jerry M./ JACKSON, Peter M.: Terror in Insurgency Warfare. In: Military Review. Kansas. Okt. 1970.
- SMITH, Laun C.: Acción cívica militar en Centroamérica. In: Military Review. Kansas. Januar 1969.
- SMOKE, Richard: The National Security Affairs. In: Handbook of Political Science. Band 8. Massachuset 1975.
- SOLARI, Ricardo: La Academia Superior de Seguridad Nacional: In: Seguridad Nacional. Nr. 1. Santiago de Chile. Juli-August 1976.
- SOSA, Ignacio: La cuestión social y el movimiento obrero en Chile. In: Latinoamérica. Anuario. Centro de Estudios Latinoamericanos. Nr. 11. México 1978.
- SOTELO, Ignacio: Vom Militärcaudillismus zur militärischen Technokratie. In: SOTELO, I./ EBER, K./ MOLTSMANN, B.: Die bewaffneten Technokraten. Militär und Politik in Lateinamerika. Hannover 1975.
- Staff Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities. United States Senate.: Covert Action in Chile 1963-1973. Washington 1975.
- STRAUCH, Wolfhard: Struktur und Organisation der Arbeiterklasse in Chile. In: Lateinamerika. Rostock. Frühjahrsemester 1972.
- Study-Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities. United States Senate: Alleged United States involvement in Assassination Plots in Five Foreign Countries. Washington 1975.
- TAPIA V., Jorge: Armamentismo y Doctrina de la Seguridad Nacional: El caso de la Junta Militar chilena. In: Documento Nr. 51. Institute for the New Chile. Rotterdam 1980.
- THOMAS, J.R.: The Evolution of a Chilean Socialist: Marmaduke Grove. In: Hispanic American Historical Review. Vol. 47. Nr. 1. Februar 1967.

- THORNDIKE, Joseph J. (Jr.): Geopolítica, la fantástica carrera de un sistema científico que un británico inventó, los alemanes usaron y los americanos necesitan estudiar. MECH. Nr. 188-189. Sept.-Diz. 1943.
- TOGLIATTI, Palmiro: A propósito del fascismo. In: Palmiro Togliatti, escritos políticos. México 1971.
- TORO CONCHA, Guillermo: Algunos aspectos de la misión militar y social de las Fuerzas Armadas de la República. In: Memorial del Ejército de Chile. (MECH). Nr. 183. Santiago de Chile. Nov.-Diz. 1942.
- Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca (TIAR). In: CAVALLA R., Antonio: Geopolítica y seguridad nacional. México 1979.
- U.S. Government: Papers relating to the foreign relations... Informe de la Legación de los Estados Unidos en Chile al Departamento de Estado. 17.3.1891.
- URRUTIA, Luis A.: Las industrias nacionales. In: Memorial del ejército de Chile. Vol. 12. Bd. 2. Santiago de Chile 1917.
- URZUA M., Luis A.: Fuerzas Armadas. Revista de Marina, März-April 1956.
- VARAS, Augusto: Fuerzas Armadas y gobierno militar: Corporativización y politización castrense en Chile. Materiales de discusión Nr. 21. FLACSO. Santiago de Chile. Sept. 1981.
- VASCONI, T./ RECA, I.: Movimiento estudiantil y crisis en la Universidad de Chile. In: PINTO, A.u.a.: Chile hoy. Santiago de Chile 1970.
- VASSALLI, Giuliano: Unterdrückung in Chile im Jahre 1980. In: Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrecher der Militärjunta in Chile. 11.80.
- VELIZ, Claudio: La mesa de tres patas. In: GODOY, Hernán (Hrsg.): Estructura social de Chile. Santiago de Chile 1971.
- VERGARA, X./ BARROS, L.: La guerra civil de 1891 y la instauración del parlamentarismo. In: Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales. Nr. 3. Santiago de Chile 1972.
- VICUNA MACKENNA, Benjamín: Las dos crisis actuales. In: El consejero de la agricultura. Tomo II. Santiago de Chile o.J.
- VIDELA, Benjamín: La intervención del ejército en obras de beneficio público. In: MECH. Sept.-Okt. 1947.
- VIGIL S., Hernán: Elementos del poder nacional. In: MECH. Juli-Aug. 1963.
- VIGNOLO, Carlos: Inversión extranjera en Chile 1974 - 1979. Una evaluación crítica. In: Mensaje. Nr. 286. Santiago de Chile. Januar - Februar 1980.

- VOIGT, Arnold/ FLECHSIG, Steffen: Wirtschaftsmodell im Dienste der Monopole - fünf Jahre Wirtschaftspolitik der faschistischen Militärjunta in Chile. In: Asien, Afrika, Lateinamerika. Vol. 7. Nr. 2. Berlin (DDR) 1979.
- VON CHRISMAR E., Juan: Administración de la seguridad nacional. In: MECH. Nov.-Dez. 1968.
- VON CHRISMAR E., Juan: Organización del Estado Mayor de la Defensa Nacional de los Estados Unidos. In: MECH. Januar-Febr. 1970.
- VON HARTROTT, Victor: Der deutsche Einfluß im chilenischen Heere. In: Deutsche Arbeit in Chile. Band 2. Santiago de Chile 1913.
- VON MAIZIERE, Ulrich: Responsabilidad nacional de la defensa militar. In: MECH. Sept. - Okt. 1965.
- WALTERHOUSE, Harry F.: El buen vecino uniformado. In: Military Review. Kansas. Februar 1965.
- WIATR, Jerzy J.: Sozio-politische Besonderheiten und Funktionen von Streitkräften in sozialistischen Ländern. In: KÖNIG, René u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln und Opladen 1968.
- WILDENMANN, Rudolf: Politische Stellung und Kontrolle des Militärs. In: KÖNIG, René u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln und Opladen 1968.
- WILHELMY, Manfred: Hacia un análisis de la política exterior chilena contemporánea. In: Estudios Internacionales. Vol. 12. Nr. 48. Santiago de Chile. Okt. - Dez. 1979.
- WRIGHT, T.G.: Agriculture and Protectionism in Chile, 1880-1930. In: Journal of Latin American Studies. Vol. 7. Nr. 1. England.
- WYCKOFF, Theodore: La situación estratégica de América del Sur. In: Military Review. Kansas. Juli 1956.
- X.Y.Z.: Vontribución al aprovechamiento de la industria nacional por la Armada y el Ejército. In: Revista de la Marina. Nr. 363. Jan.-Febr. 1918.
- YELUTIN, Y.: Latin America, the Pentagon and the Arms Drive. In: International Affairs. Nr. 12. Moskau 1968.
- YOUNG, George F.W.: Jorge Gonzáles von Marees: Chief of Chilean Nacism. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Vol. 11. Köln-Graz 1974.
- ZAHLER, Roberto: The Monetary Real Effects of the Financial Opening up of National economies to the Exterior. The Case of Chile 1975 - 1978. In: Cepal Review. April 1980.

- ZAMBRANO R., Florencio: La base general nacional y la base general de las Fuerzas Armadas. In: MECH. Juli-Aug. 1966.
- ZAVALLA C., Rafael: El frente interno en la estrategia general. In: MECH. Nr. 348. März-April 1969.
- ZEGERS A., Cristián: Las Fuerzas Armadas soporte de una institucionalidad democrática. In: BARAONA U., Pablo u.a.: Vision crítica de Chile. Santiago 1972.
- ZUÑIGA, Gastón: Estructura de la Seguridad Nacional. In: Chile-América. Nr. 58-59. Rom 1979.

C) Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- ARNSON, Cynthia/ KLARE, Michael: Chile Still Gets U.S. Military Equipments. In: Los Angeles Time. 26.11.77.
- ARNSON, Cynthia/ KLARE, Michael: Law or no Law, the Arms Flow. In: The Nation. 29.4.1978.
- ARRIAGADA, Genaro: En busca del "milagro económico" perdido. In: Zeitschrift Hoy. Nr. 222. Santiago de Chile.
- CAYUELA, Jose: Otro golpe frustrado. In: GARCIA, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974.
- CAYUELA, José: La izquierda acosada en la Marina. In: GARCIA, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974.
- CAYUELA, José: El complot viene de Bolivia. In: GARCIA, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974.
- Chili. Les militaires hostiles au général Pinochet n'ont pas de projet politique commun. In: Le Monde 11.-12.6.1976.
- Chile. Höchste Schalthebel. Der Spiegel. Nr. 39/ 1979.
- CLERC, Jean-Pierre: Chili. Le ministre de défense est tué dans un accident d'hélicoptère. In: Le Monde. 5.3.1975.
- ¿Como llegaron las Fuerzas Armadas a la acción del 11 de Septiembre de 1973 ? In: El Mercurio (Suplemento). 11.9.74.
- CORREA, Raquel: Entrevista con el General Gastón Frez. In: Cosas. Nr. 110. Santiago de Chile. Dez. 1980.

DIAZ, F.J.: Artículos sobre la organización militar de Chile publicados en El Mercurio de Santiago, 1931-32: Propaganda social nacionalista. Santiago de Chile o.J..

DIAZ, F.J.: Los Nazis. El Mercurio. Santiago de Chile 26.6.1932.

DIAZ, F.J.: Los Nazis y la colectividad alemana. El Mercurio. Santiago de Chile 29.7.1932.

50.000 Dollar Kopfgeld. Der Spiegel Nr. 49/1975.

Empresas de Seguridad, una nueva policía. In: ¿Que Pasa ? Nr. 546. Santiago de Chile. 24.-30.9.1981.

FENNER, Oscar: Precursor de nuestra Geopolítica. In: Ercilla. 13.-19. 10.75.

FILIPPI, E./ HERNANDEZ P, Luis: Militares. El tenso fin de semana. In: Ercilla. Nr. 1792. Santiago de Chile. 22.-28.10.69.

FOXLEY, A.: ¿Resuelve el modelo económico los problemas de fondo ? Zeitschrift Hoy. Nr. 221. Santiago de Chile.

GEIS, Irene: El rumor se hace general. In: Análisis. Nr. 48. Santiago de Chile. Agosto 1982.

GONZALEZ C., Ignacio: F.F. A.A. Un mundo por conocer. In: Zeitschrift Hoy. Nr. 188. Santiago de Chile. März 1981.

GONZALEZ, M.L.: Adquisición de materiales para las Fuerzas Armadas caracterizó ano 81. In: Zeitung La Nación. Santiago de Chile. 6.1.82.

HARNECKER, Marta: Plan Septiembre en Octubre. In: GARCIA, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974.

HERNANDEZ PARKER, Luis: La revolución de las aspiraciones. In: Ercilla. Nr. 1717. Santiago de Chile. 15.-21.5.68.

HERNANDEZ P., Luis: Movilización de los cascos. In: Ercilla. Nr. 1793. 29.10.-4.11.1969. S. 10.

HERNANDEZ P., Luis: Por eso lo mataron. In: Ercilla. Nr. 1845. 28.10.-4.11.1970.

Jorge Alessandri y las Fuerzas Armadas. Zeitschrift Ercilla. Nr. 1717. 15.-21.5.68.

La doctrina del general. Ercilla. Nr. 1822. 20.-26.5.1970.

Larga espera en el Tacna. In: Ercilla. Nr. 1792. 22.-28.10.69.

- Las cien empresas mas grandes. El poder privado. In: Zeitschrift Hoy. Nr. 219. Santiago de Chile 30.9.-6.10.1981.
- La sedición en el campo. In: Zeitung El Siglo. Santiago de Chile. 13.5.68.
- Los "Pirañas": Historia de una historia. In: Análisis. Nr. 54. Santiago de Chile. Februar 1983.
- MILLAS, Hernán: Conspiraciones. El "Putsch" de semana santa. In: Ercilla 1815. Santiago de Chile 1.-7.4.1970.
- MÖNCKEBERG, M.O.: El pueblo paga la cuenta. In: Análisis. Nr. 54. Santiago de Chile. Februar 1983.
- MÖNCKEBERG, M.O.: "Estamos tocando fondo". In: Análisis. Santiago de Chile. März 1982.
- MÖNCKEBERG, M.O.: Los dólares que no llegan. In: Zeitschrift Hoy. Santiago de Chile. 11.-17.2.81.
- PRATS: El hombre, el General, el Vicepresidente (Interview). In: Ercilla. Nr. 1950. Santiago de Chile 29.11.-5.12.1972.
- PINOCHET, Augusto: Mensaje del 11 de Septiembre de 1976. In: Zeitung El Mercurio. 12.9.76.
- REIFENBERG, Jan: Reagans Mittelamerika-Politik - ein delikater Balance-Akt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). 20.8.83
- SILVA HENRIQUEZ, Raúl: Respuesta a Director de Odeplan. In: Análisis. (Separata). Santiago de Chile. Okt. 1981.
- Situación de las Fuerzas Armadas. Zeitschrift Ercilla. Santiago de Chile. 22.-28.5.68.
- VACCARO, Victor: Itinerario de un golpe frustrado. In: GARCIA, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. Mexico 1974.
- VACCARO, Victor: Persecución a los leales. In: GARCIA, Pio: Las Fuerzas Armadas y el golpe de estado en Chile. Prólogo y selección de textos de la revista Chile Hoy. México 1974.
- VERDUGO, Patricia: Quién es quién y qué es qué. In: Zeitschrift Hoy. Nr. 191. Santiago de Chile. März 1981.
- VEXLER, Erica: El primer militar del gabinete. In: Ercilla. 1716. 8.-14.5.68.

LEBENS LAUF

Ich, Fernando Espinoza Garrido, wurde am 26.08.1951 als ehelicher Sohn von Narciso Espinoza und seiner Ehefrau Yolanda Garrido in Parral, Provinz Linares, Chile geboren.

Von 1958 bis 1962 besuchte ich die Grundschule am Männergymnasium von Talca.

Von 1966 bis 1969 besuchte ich weiterhin das Männergymnasium von Talca, wo ich mit der Gymnasialausbildung begann.

Von 1966 bis 1969 beendete ich die Gymnasialausbildung am Gymnasium "Heiliger Pius der X", wo ich die Befähigung zum Hochschulstudium erlangte.

1969 bestand ich die Prüfung zur Feststellung der Hochschulreife (Prueba de Aptitud Academica) mit Erfolg.

1970 begann ich das Studium der Soziologie und Sozialarbeit an der katholischen Universität von Santiago de Chile, wo ich die Fächer in den Fachrichtungen Soziologie, Philosophie und Psychologie belegte und absolvierte.

Bevor ich in die Bundesrepublik Deutschland kam, besuchte ich im Wintersemester 1973/1974 die Fakultät für Wirtschaft- und Sozialstudium, Abteilung Soziologie der Universität von Manchester.

Nachdem ich den Sprachkurs der Westfälischen-Wilhelms-Universität zwischen April und Oktober 1974 mit Erfolg besucht hatte, wurde ich für das Studium der Soziologie zugelassen und absolvierte dann im November 1978 die Magisterprüfung.

Seit Mitte 1979 arbeite ich an meiner Dissertation, die hiermit fertiggestellt vorliegt.

